

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

1916 bis 1919

2. Jahrgang: 1917

**2. Band:
7. Juli bis 29. Dezember 1917**

Arbeiterpolitik
Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

1916 bis 1919

2. Jg. 1917, 2. Band

Redaktionelle Anmerkungen

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkriptionen sind die Veröffentlichungen des Antonie Pannekoek Archives (aaap.be), die vom IISG (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis – International Institute of Social History) zur Verfügung gestellt wurden, der fotomechanische Neudruck der Originalausgabe 1916-1919 nach dem Exemplar des INSTITUTS FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED, ZENTRALANTIQUARIAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK; LEIPZIG 1974 sowie die kleine Schrift der „Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen“ aus dem Jahre 1965: Die Bremer Linksradiكالen – Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1919

Impressum

Transkription: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

Arbeiterpolitik 27/1917	10
Stockholmer Früchte	10
Aus der russischen Revolution	12
Die Kronstädter Ereignisse	12
Die Offensive	14
Die Sammlung der internationalistischen Kräfte	15
„Die Anarchie in Russland“	16
Zur Affäre Grimm	17
Aus unserm politischen Tagebuch	18
Feuilleton	20
Ums Menschentum	20
Gemeinsam	22
Huttens Beichte	23
Arbeiterpolitik 28/1917	25
Das Komplott vom 22. Juni	25
Der erste Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte	28
Ein Pyrrhussieg	30
Eine Erwiderung	33
Aus unserm politischen Tagebuch	33
Feuilleton	36
Pierre Hamp †	36
Arbeiterpolitik 29/1917	40
Die demokratische Woge	40
Die kleinen Nationen und die Landesverteidigung	43
In den Krallen des französisch– englischen Imperialismus	44
Holland in Not	47
Aus unserm politischen Tagebuch	49
Feuilleton	50
Eine imperialistische Utopie	50
Ein Zwiegespräch	53
Arbeiterpolitik 30/1917	55
An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!	55
Ein Hornberger Schießen	56
Das Spiel von Stockholm	58
Der Fortgang der russischen Revolution	62
Die Offensive und die Stockholmer Friedenskonferenz	64
Ein Brief Lenins an den Bauernkongress	66
Arbeiterpolitik 31/1917	69

Eine imperialistische Kritik des Pazifismus.....	69
Abtrünnig!.....	72
Der gewerkschaftliche und politische Kampf.....	74
Das Komplott gegen die russischen revolutionären Sozialdemokraten.....	75
Blut und Kot.....	76
Feuilleton	79
Ein Bekenntnis.....	79
Arbeiterpolitik 32/1917	84
Über Parteiprogramme.....	84
Die österreichische Sozialdemokratie und der Friede.....	88
Die äußere und innere Lage Russlands.....	89
Zum Komplott gegen die Bolschewik	93
Aus unserm politischen Tagebuch.....	95
Arbeiterpolitik 33/1917	98
Zur Steuerfrage.....	98
Zimmerwald am Scheidewege.....	99
Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus.....	104
Die internationalen Lehren der Petrograder Julitage.....	107
Aus unserm politischen Tagebuch.....	108
Feuilleton	109
Frieden – Vertrauen!.....	109
Der Egoist.....	111
Sprüche.....	112
Arbeiterpolitik 34/1917	113
Zur Steuerfrage.....	113
Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus.....	117
Zum Komplott gegen die Bolschewiki.....	119
Aus unserm politischen Tagebuch.....	124
Feuilleton	124
Eine Lektion.....	124
Arbeiterpolitik 35/1917	127
Die Vereinigten Staaten von Europa.....	127
Die Friedensformel der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.....	130
Der Bankerott der sozialpatriotischen Verständigung.....	132
Die Regierung der Rettung der Revolution.....	134
Aus unserm politischen Tagebuch.....	137
Feuilleton	137
Die Sturmglocke.....	137
Eine Satire auf den Haager Friedenspalast.....	139
In Reih und Glied.....	140

Arbeiterpolitik 36/1917	141
Die Balkanrepublik.	141
Die Friedensformel der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.	143
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.	143
Der Fall Grimm und seine politische Bedeutung.	146
Erklärung.	150
Aus unserm politischen Tagebuch.	150
Feuilleton	151
Die Unbesiegbaren.	153
Zeugen und Rufer.	154
Arbeiterpolitik 37/1917	155
Eine zwiefache Komödie.	155
Regierungspolitik als Marxismus.	157
Partei und Führer.	160
In der Klemme.	163
Die Balkanrepublik.	165
Arbeiterpolitik 38/1917	169
Die Kriegsziele Amerikas	169
Die Balkanrepublik	171
Zu Schutz und Trutz.	172
Zar Alexander Fedorowitsch Kerenski.	175
Die Stimme der Putilowarbeiter.	177
Arbeiterpolitik 39/1917	179
Nach sechs Monaten.	179
Parlamentarisierungs- und andere Satyrspiele.	182
Stockholm.	184
Zur Steuerfrage.	186
Aus unserm politischen Tagebuch.	187
Arbeiterpolitik 40/1917	189
Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.	189
Zur Steuerfrage.	192
Nach sechs Monaten.	194
Die russische Republik.	195
Korniloffs Staatsstreich.	197
Feuilleton	200
Gedichte in Prosa.	200
Arbeiterpolitik 41/1917	204
Eine neue Weltordnung.	204
Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Russland.	206
Der Charakter der russischen Revolution von 1905.	208

Notizen zur Bewegung.....	211
Hinter den Kulissen des Korniloffschen Staatsstreiches.....	212
Aus unserm politischen Tagebuch.	214
Feuilleton	215
Die Seele Chinas.....	215
Arbeiterpolitik 42/1917	219
Hansemann – Michaelis.....	219
Fortschreitende Klärung.....	221
Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Russland.....	223
Die neue Koalitionsregierung.	224
Der Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat.	226
Aus unserm politischen Tagebuch.	230
Feuilleton	230
Arbeiterpolitik 43/1917	233
Ein lustiges Klopffechten.....	233
Der Parteitag der Regierungssozialisten.	235
Die neue Koalitionsregierung.	239
Aus unserm politischen Tagebuch.	241
Feuilleton	242
Arbeiterpolitik 44/1917	245
Das Programm der Verständigung.....	245
Die Welle der Volkserbitterung in Russland.	248
Die russische Revolution und die französische Presse.	250
Der Charakter der russischen Revolution von 1905.	252
Aus unserm politischen Tagebuch.	254
Feuilleton	256
Vor 400 Jahren. (Schluss.).....	256
Was ich denken werde? ...	258
Arbeiterpolitik 45/1917	260
Die Weltlage und die russische Revolution.	260
1. Feinde ringsum.	260
Der österreichische Parteitag.	262
Der Sozialistenkongress in Bordeaux.	263
Die Bolschewiks und das Vorparlament.....	266
Afrika und der Friede.....	268
Vor entscheidenden Kämpfen.....	272
Arbeiterpolitik 46/1917	274
Der Sieg der Bolschewiks.....	274
Die Parlamentarisierung Deutschlands.	276
Die Weltlage und die russische Revolution.	277

Die Krise naht der Lösung.	280
Arbeiterpolitik 47/1917	284
Imperialismus und Demokratie.	284
Der Bürgerkrieg in Russland.	286
Zwei Friedensprogramme.	288
Afrika und der Friede.	292
Feuilleton	295
An der Grenze.	295
Christus.	296
Noch führen wir Krieg!	297
Arbeiterpolitik 48/1917	298
Zur Friedenskundgebung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte.	298
Der Bürgerkrieg in Russland.	299
1. Wie er gekommen ist.	299
Notizen zur Bewegung.	304
Nach dem Demain.	304
Aus unserm politischen Tagebuch.	305
Der Leichenbesorger.	306
Arbeiterpolitik 49/1917	310
Die Lehren der russischen Revolution.	310
Deutsche Reformen.	312
Die ersten Schritte der Arbeiterregierung.	315
Aufruf des Zentral-Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.	316
Aus unserm politischen Tagebuch.	319
Arbeitermarsch.	319
Arbeiterpolitik 50/1917	321
Eine dringende Notwendigkeit.	321
Arbeiterkoalitionen und Arbeiterkämpfe.	323
Die ersten Schritte der Arbeiterregierung.	326
Der Bruch in der menschewikischen Partei Russlands.	328
Träume und Taten.	329
Aus unserm politischen Tagebuch.	330
Feuilleton	331
Der Leichenbesorger.	331
Charakterköpfe des Bolschewikschen Umsturzes.	333
Der Riese.	334
Arbeiterpolitik 51/1917	336
Ein Wendepunkt.	336
Ein Bekenntnis.	337
Aus den Lehrjahren des russischen Proletariats.	339

Aus unserm politischen Tagebuch.	342
Feuilleton	343
Zwei Stätte.	343
Arbeiterpolitik 52/1917	347
Um den Sozialismus.	347
Tragik oder Unvernunft?.....	351
Proletarische Diktatur oder bürgerliche Demokratie.	352
Gewerkschaftsfragen.....	355
Feuilleton	356
Zwei Stätte.....	356

Arbeiterpolitik 27/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 7. Juli 1917.

Nr. 27

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Stockholmer Früchte.

Das große „Friedenswerk“ der pseudointernationalen Diplomatie will durchaus nicht vom Flecke kommen. Zwar sind täglich die Zeitungen vollgeschrieben worden von Nachrichten über die Vorgänge in Stockholm, von Empfängen und Interviews, von geheimen Sitzungen und Kabalen dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Regierung von den großen Männern der Weltgeschichte und ihren erleuchteten Gedanken. Aber aus dem Wust der Reklamenotizen konnte das forschende Auge keine einzige positive Errungenschaft, keinen einzigen Schritt vorwärts erkennen. Noch ist alles in wüster Gärung. Noch sind sich die französischen Regierungssozialisten nicht klar darüber, ob sie den „Sozialisten des Kaisers“ gegenübertreten dürfen. Viel weniger wissen sie, ob ihnen die radikale Pose des Anklägers, des „Anwalts der Freiheit und Demokratie“, gegenüber den deutschen Mehrheitssozialisten, den „Verrätern des Sozialismus“, den „Helfershelfern des preußischen Militarismus“, bessere Dienste bei der Düpierung des französischen Volkes leisten wird oder nicht etwa doch wohl das notdürftige Zusammenleimen der zerschmetterten alten Internationale auf Grund des Zugeständnisses, dass sie letzten Endes vom selben Holze sind, wie die Scheidemänner.

Das erste Mittel würde ihnen aussichtsreicher erscheinen, wenn sie hoffen dürften, dass der nationale Gedanke beim französischen Proletariat noch genügende Durchschlagskraft hat, das zweite, wenn es gilt, das erwachte Proletariat durch internationales Getue wieder einzuschläfern und dadurch ihre wankende Parteiherrschaft zu stützen. Diese Frage, die den Sozialpatrioten der Entente noch so erhebliche Kopfschmerzen macht, ist für ihre deutschen Brüder entschieden. Die Scheidemänner haben alle Hände voll zu tun, um aus der Konkursmasse zu retten, was noch zu retten ist. Wie sie sich durch ihre Gewaltstrieche in den Besitz der Machtmittel der Partei setzten, so versuchen sie jetzt, das Vertrauen derer zu erhalten, die aus der Geschichte der letzten drei Jahre nichts gelernt haben, wohl wissend, dass ihnen ohne den Kredit großer Massen weder die Parteiinstitute etwas einbringen noch sie ihre politischen Ambitionen befriedigen können. Das ist mit ein Grund, der sie zur Rolle des Friedensstifters treibt. Sie brauchen einen äußeren Erfolg.

Stärker noch als diese Erwägungen wirkt ein anderes auf die Haltung der Mehrheitsgruppen ein, das zugleich die Grundlage ihrer ganzen Politik überhaupt bildet. Für das Tun und Lassen der Regierungssozialisten ist die militärische Lage ausschlaggebend. Wegen dieser günstigen militärischen Lage konnten die deutschen Mehrheitssozialisten als Friedensfreunde auftreten. Aber ihre Entrüstung über die Franzosen und Engländer, die durchaus nicht die Stimme sozialistischer Vernunft annehmen wollten, ist keinen Sechser wert. In der Lage der Franzosen würden sie nicht anders handeln. Solange noch eine Hoffnung besteht, die deutsche Militärmacht niederzuwerfen oder Deutschland durch den Hunger zu bezwingen, und solange der innere Zusammenbruch noch nicht zur Tatsache geworden ist, kann bei den französischen Regierungssozialisten nicht das Friedensbedürfnis aufkommen. Die Deutschen aber erwarten von deutschen Heeren in Zukunft in der Hauptsache ein Beschränken auf die Verteidigung, das die Chancen bei den Friedensverhandlungen nicht mehr durchschlagend verbessern können.

Die Parole des Verständigungsfriedens macht sich außerordentlich schön, weil sie den Eindruck erweckt, als sei sie frei von jedem machtpolitischen Gedanken, auf den gesunden Menschenverstand und demokratische Ideen gestützt und eingegeben von reiner Liebe zum Frieden ohne Vergewaltigung. Die Arbeiter haben alle Ursache, sich durch den Schein nicht täuschen zu lassen und den Charakter dieser Friedensvorschläge scharf ins Auge zu lassen

Zunächst ist das bewahrheitet worden, was wir in unserem Aufsatz „Stockholm-Illusionen“ voraussagten: Die Scheidemannsche Friedensparole klopft bei den Regierungen an, sie appelliert nicht an die Völker. Ihr fehlt damit von vornherein das Wesen einer proletarischen Kundgebung, aber auch sonst ist in ihr von proletarischem Geiste kein Hauch zu spüren. Sie ist eine reine Gelegenheits- und Verlegenheitsmacher ohne große historische Linie. An dem Nationalitätenproblem, das nur im Rahmen der sozialen Frage zu lösen ist, wird spießbürgerlich dilettantisch herumgeknobelt. So wird feierlich verkündet:

„Belgien soll weder ein Vasallenstaat Deutschlands noch Englands oder Frankreichs werden.“ Das ist typisch für die biedermännische Gedankenlosigkeit, die ihre Probleme einfach und leicht durch den moralischen Imperativ löst.

Gerade der Weltkrieg hat gezeigt, dass die Selbstständigkeit der Kleinstaaten vor die Hunde gegangen ist. Eines der Weltkriegsziele war die Bildung von Großstaaten und selbst wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, ist doch die Unabhängigkeit der Kleinstaaten keinen Pfifferling mehr wert. Jede solche Deklamation, hinter der nicht der Wille zum Kampf gegen den Imperialismus, gegen das kapitalistische System überhaupt steht, ist nichts als Schellengeläute. Abgesehen davon, dass die Scheidemänner für einen Kampf gegen den Imperialismus überhaupt unfähig sind, trägt ihr Friedensmanifest ausgesprochen imperialistischen Charakter. Es wird die Rückgabe der während des Krieges entrissenen Kolonien gefordert. Statt des Kampfes gegen die Kolonialpolitik, ihre ausdrückliche Sanktionierung! Und als ganz konsequente Ergänzung dazu, die Forderung der Befreiung Irlands, Ägyptens, Tripolis, Marokkos, Indiens, Tibets, Koreas usw. von der Fremdherrschaft, deutsche Kolonialpolitik auf der einen Seite, Befreiung kolonialunterworfenen Völker auf der anderen.

Warum diese Forderungen nur für die Völker gehobener Kultur, die früher das Opfer imperialistischer Unterwerfung geworden sind? Was haben sie vom sozialistischen Standpunkt aus vor den sogenannten niederen Völkern voraus? Nichts! Sind diese etwa ganz selbstverständlich prädestinierte Opfer imperialistischer Raubpolitik und Ausbeutung? Und warum macht man vor der sogenannten friedlichen Durchdringung halt, dieser feinsten Blüte imperialistischer Politik, die sich von der imperialistischen Unterwerfung nur äußerlich unterscheidet? Warum? Nun, weil England diese Forderungen bezahlen müsste. Denselben Sinn hat die Parole Freiheit der Meere.

Mit keinem Worte ist größerer Unfug getrieben worden. Worin bestand denn Englands Seetyrannei? Nicht darin, dass England den friedlichen Handel irgendwie beeinträchtigt hätte, ein so scharfer Gegner Englands, wie der General Bernhardi, stellt z. B. ausdrücklich fest, dass England sogar das Prinzip der offenen Tür in seinen Kolonien durchaus gewahrt habe (Bernhardi, Unsere Zukunft, Seite 17). Seine Herrschaft über das Meer, die ihm durch seine Flotte, durch die Besetzung marinestrategischer Punkte, durch Kohlenstationen usw. gewährleistet war, sicherte England seine Kolonien im Kriege und unterstützte es in seiner Machtpolitik im Frieden. Ein Großstaat, der ebenfalls Kolonial- und imperialistische Machtpolitik treiben will, versteht deshalb unter dem Prinzip Freiheit der Meere die Sicherung seiner eigenen Politik durch Marinestützpunkte usw., sowie die Zurückdrängung Englands. Wo auf dem Kampf gegen den Imperialismus verzichtet wird, verbirgt sich also hinter dieser Forderung gerade eine Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz.

Vervollständigt wird dieses Programm, und damit wird besonders auf die Kurzsichtigkeit der Arbeiter spekuliert, durch pazifistische Forderungen. Ausbau der völkerrechtlichen Bestimmungen, wo der Weltkrieg deutlich genug gezeigt hat, dass solche Konventionen nur Makulatur sind. Internationale Schiedsgerichte, die nur Zwirnsfäden über dem Wege machthungriger Großmächte sind. Abschaffung der Geheimdiplomatie, die sich als unentbehrliches Requisit jeder planmäßigen Machtpolitik überall einnisten muss. Alles das sind Illusionen, Verlegenheitswege für Politiker, die keinen wirklichen Kampf gegen den Imperialismus wagen oder wollen.¹

Die Stockholmer Konferenz ist vorläufig geschlossen worden. Die Blümenträume sind nicht gereift. Nur eine Frucht hat sie hervorgebracht: Das Friedensprogramm der deutschen Sozialpatrioten. Und das ist ein Holzapfel.

Aus der russischen Revolution.

Die Kronstädter Ereignisse.

Über die Kronstädter Ereignisse, über die die bürgerliche Presse viel Lärm machte und mancher friedliche, im Trüben fischende Bourgeois erschauerte, wo die Arbeiter und Soldaten nicht nur die Kastanien der Revolution aus dem Feuer holten, sondern auch selbst die Staatsgewalt in die Hände nahmen, informiert uns ein dortiger Genosse folgendermaßen:

In die politischen Wirrnisse der russischen Revolution leuchtet als Schulbeispiel ein grelles Licht: Kronstadt.

Kronstadt hat sich von Russland abgetrennt und gedenkt, vielleicht morgen schon Petrograd zu bombardieren. Das Kadettenorgan, die Rjetsch, forderte von der provisorischen Regierung die Ergreifung strengster Maßnahmen gegen die Meuterer, und selbst das Organ der fraktionslosen Sozialdemokraten, die von Gorki herausgegebene Nowaja Schyuzj erklärte, dass sie den Kronstädter Ereignissen gegenüber ohne jedes Verständnis bleibe.

In Wirklichkeit ist in den Schreckenstagen in Kronstadt nicht die geringste Änderung der faktischen Sachlage eingetreten: Kronstadt, die große Seefestung, verwaltet sich seit dem ersten Augenblick der Revolution selbst. Die unter dem zarischen Regime bis aufs Blut gepeinigten Matrosen und Soldaten Kronstadts haben in den ersten Tagen der Revolution die Zarenschergen ins Gefängnis geworfen, den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und ihm die ganze Gewalt über die Stadt, den Hafen, die Werkstädte überwiesen. Als dann die bürgerliche

¹ Sehr lustig macht es sich, wenn auch die Leipziger Volkszeitung über den Pazifismus in dem Friedensprogramm herfällt. Dieser Pazifismus ist doch die ganze Schulweisheit der unabhängigen Politik.

provisorische Regierung entstanden ist, wagte sie nicht, den Kronstädtern eigene Beamten auf den Hals zu hetzen. Sie sandte nur einen Regierungskommissär, der sie bei dem Arbeiterdelegiertenrat vertrat, ohne sich praktisch in dessen Tätigkeit einzumischen. Er hatte auch keine Veranlassung dazu, da der Soldatenrat, der das Vertrauen der Volksmasse in vollem Umfang genießt, die vollste Ordnung aufrecht erhielt. Am 30. Mai beschloss der Soldatenrat der faktischen Sachlage den juristischen Ausdruck zu verleihen und schaffte den Regierungskommissär ab. Man lässt sich manchmal den Blinddarm operieren, bevor man an ihm erkrankt, schrieb über diesen Entschluss im Organ des Kronstädter Arbeiterdelegiertenrates sein Vorsitzender, der Soldat Lubowiez: wir wollen keinen anderen Beamten anerkennen als die von uns gewählten.

Wenn auch der Beschluss des Kronstädter Soldatenrates keine Änderungen in der faktischen Sachlage einführte, so hatte er doch einen ernsten politischen Hintergrund, über den die opportunistische Mehrheit des Arbeiterdelegiertenrates in Petrograd Ursache hat nachzudenken. Die vollkommene Unfähigkeit der provisorischen Regierung die Sache des Friedens auch um einen Schritt vorwärtszubringen, der vollkommene Verzicht auf irgendwelche ernste Maßregel gegen die katastrophal zunehmende Teuerung diskreditiert in den Augen der Arbeiterschaft mit jedem Tage mehr nicht nur die bürgerliche Mehrheit der Regierung, sondern auch ihre sozialistische Minderheit. Man braucht sich gar nicht auf die Alarmrufe der diese Minderheit unterstützenden Organe zu berufen, von denen z. B. der Petrograder Denj vom 7. Juni schreibt: „Der Arbeiterdelegiertenrat widerspiegelt keinesfalls mehr vollkommen die Stimmung des Petrograder Proletariats. Wenn die Dinge weiter so gehen, wird der Delegiertenrat bald eine kleine Insel im Meere der Anarchie bilden.“ Die Zeitung stellt fest, dass die „sozialistischen“ Minister mit jedem Tag mehr an Popularität in der Arbeitermasse verlieren, die sie als Helfershelfer der Bourgeoisie betrachtet. Eine noch viel ausdrücklichere Sprache sprechen die einfachsten Tatsachen: entgegen den Beschlüssen des Delegiertenrates oder ohne sie abzuwarten, treten die Arbeiter in Streiks. Wenn dies in Petrograd geschieht, wo ein Dutzend kleinbürgerlicher Zeitungen die Politik der opportunistischen Mehrheit des Delegiertenrates den Arbeitermassen schmackhaft zu machen sucht, wo Hunderte und Aberhunderte kleinbürgerlicher Intellektuellen diese Politik in Versammlungen verteidigen – konsequent wird sie nur von der Prawda und den Bolschewikis bekämpft – so ist es leicht einzusehen, dass wo diese Beeinflussungsmittel fehlen, die Arbeitermassen noch viel schneller als in Petrograd zur Einsicht gelangten, dass ohne die Ergreifung der Macht durch ihre Vertreter, ohne die Beseitigung der kapitalistischen Elemente die Revolution verloren ist. Die Kronstädter Ereignisse lassen sich nur in diesem Zusammenhange erklären. Die Soldatenmasse Kronstadts wollte, wie ihre Vertreter in der Sitzung des Petrograder Delegiertenrates ausdrücklich erklärten, durch ihren Beschluss den Petrograder Arbeitern und Soldaten zurufen: Nehmt die Gewalt in eure Hände! Nun haben die Kronstädter erklärt, dass sie aus ihrem Beschluss über die Nichtanerkennung der provisorischen Regierung momentan keine praktischen Schlüsse ziehen wollen, der Beschluss habe vornehmlich nur die Bedeutung eines Wegweisers für das Petrograder Proletariat gehabt.

Was wollen aber die sozialpatriotischen Opportunisten tun, wenn bei der Verschärfung der Gegensätze an einem wichtigen militärischen oder wirtschaftlichen Knotenpunkte die Soldaten und die Arbeiterschaft von Worten zu Taten übergehen werden?

Die Bolschewikis suchen die Ereignisse keinesfalls zu forcieren, sie wissen wohl die Bedeutung einer einheitlichen Aktion im ganzen Reiche zu würdigen. Aber die Geschichte hat es keinesfalls Petrograd notariell zugesichert, dass es immer den Kopf der Revolution bilden muss. Schon gar nicht davon zu sprechen, dass das Petrograder Proletariat keinesfalls zur lebenslänglichen Anerkennung der opportunistischen Leitung verurteilt ist. Das Ausführungsorgan des Petrograders Delegiertentages fürchtet den Bruch mit der Bourgeoisie.

Es wird ihn nicht vermeiden können. Möge es zusehen, dass es von der Arbeitermasse nicht getrennt dasteht im Moment, wo es selbst einsieht, dass ihm nichts übrigbleibt, als die Gewalt in die Hände zu nehmen.

Die Offensive.

Die provisorische Regierung ist zur Offensive übergegangen. Sie will der Welt zeigen, dass die Feinde Russlands irren, wenn sie annehmen, dass die Revolution die Kraft Russlands geschwächt hat. Die russische Offensive begann gleichzeitig an der rumänischen, wie an der Rigaer Front. Sie wurde eingeleitet durch eine glänzende moralische Attacke des Kriegsministers Kerenski gegen den Geist der Zersetzung. Als nämlich Herr Kerenski eine seiner Reden hielt, die so glänzend geeignet sind, den kriegerischen Geist ... im deutschen Heere zu stärken, da trat ein Soldat auf und äußerte die Meinung, dass die Revolution dem russischen Menschen so viel Ursache gibt zur Lebensfreude, dass es Zeit wäre sich darum zu bemühen, ihm Gelegenheit zum Leben und nicht zum Sterben zu geben – da ließ ihn Herr Kerenski mit Schimpf und Schande aus der Armee entfernen. Nun war alles zu einer Offensive bereit

Aber es zeigte sich, dass die moralische Diffamation einzelner, die der Friedenssehnsucht Ausdruck verleihen, nicht genügt, um den Soldaten die Überzeugung beizubringen, dass sie für die russische Freiheit kämpfen, wenn sie auf Geheiß von London und Paris ins Feuer gesandt werden, sozusagen als lebender Zins an Stelle der nicht ausbezahlten Anleihezinsen. An der rumänischen Front weigerten sich vier Regimenter, in die Frontlinie vorzurücken und arretierten die Offiziere, die sie dazu nötigen suchten. Scherbatschew, der am ersten Mai, als die russischen Soldaten den Genossen Rakowski aus dem rumänischen Gefängnis befreit haben, dagegen protestierte, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht des rumänischen Volkes, wollte den russischen Soldaten das Recht der Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben nicht zuerkennen. Er ließ sie von der Kavallerie und Artillerie umzingeln und drohte Feuer zu geben, wenn sie sich nicht ergeben. Um Blutvergießen zu vermeiden, unterwarfen sich die Regimenter, 200 Mann wurden arretiert, darunter ein bolschewikischer Leutnant, der vom General als „Rädelsführer“ angesehen wird. Gleichzeitig mit der Nachricht über diesen glänzenden Sieg der Offensive Kerenskis über russische Soldaten an der rumänischen Front kommt die Nachricht von der Festnahme des Leutnants Hastow, eines Mitarbeiters der „Okopnaja Prawda“ (Schützengrabenwahrheit), der bolschewikischen Frontzeitung, der die Majestät des Kriegsministers Kerenski durch eine scharfe Kritik beleidigt haben soll.

Die kapitalistische Presskanaille triumphiert. „Wenn jetzt die Tat sich gegen verbrecherische Handlungen wendet, so ist die Zeit vielleicht nicht fern, wo tatkräftig gegen die Propaganda der Anarchie eingeschritten wird, gegen die Personen, die unverantwortlich demagogische Losungen in die Massen werfen.“ So schreiben die „Birschewija Wiedomosti“, das Börsenblatt des Herrn Propper, das sich bisher zwar nur mit der Unterstützung des Börsenjobbertums beschäftigte, aber seit dem Sieg der Revolution natürlich streng revolutionär und republikanisch ist und zu den tapfersten Verteidigern der Revolution vor den konterrevolutionären Machenschaften eines Lenin gehört!

Die „Iswiestia“, das Organ der sozialpatriotischen Mehrheit des Arbeiterdelegiertenrates verteidigt die Gewaltanwendung des Generals Schtscherbatschew gegen die vier Regimenter an der rumänischen Front. Die Ablehnung der Besetzung der Frontlinie durch die Soldaten sei ein Bruch der Solidarität gegenüber den Soldaten gewesen, die sich in der Front befinden, die Revolution dürfe das nicht erlauben. Das Organ vergisst nur eine Kleinigkeit: die provisorische Regierung lässt sich von den Entente-Regierungen an der Nase herumführen, sie stellt an sie kein Ultimatum wegen des Beginns der Friedensverhandlungen, sie unternimmt keine Schritte zur Unterstützung der Friedensbewegung in anderen Ländern. Das

erklärt vollkommen, dass sich Teile der Armee finden, die zum direkten Druck auf die Regierung durch Dienstverweigerung übergehen.

Dagegen können nur die mit revolutionären Mitteln kämpfen, die gegen den imperialistischen Krieg ankämpfen, die den Soldatenmassen die Sicherheit geben, dass kein Tropfen Blut unnütz fließen wird. Die provisorische Regierung, die ein Spielball der Ententenregierungen ist, erweckt dieses Vertrauen nicht. Treibt sie die Soldaten gewaltmäÙig in die Front, so geschieht es nicht im Interesse der Revolution, sondern der Entente.

Aber ganz davon abgesehen, so treibt sie ein gefährliches Spiel. Die jetzigen Revolutionsgeneräle und früheren zarischen Lakaien verstanden es auch sehr gut mit Maschinengewehren die Truppen ins Feuer vorzutreiben. Das Resultat ist bekannt. Sollte es die provisorische Regierung auf ein Blutvergießen ankommen lassen, so wird sie auf den Widerstand der breitesten Arbeiter- und Soldatenmassen treffen. Wie sie den Krieg zu führen gedenkt, wenn sie gleichzeitig einen Bürgerkrieg entfesselt, das ist ein Geheimnis ihrer Zivilstrategen.

Die Bolschewiks aber fürchten die Gewalt der „Jakobiner gegen das Volk“ nicht; eine so fest im Volke verankerte Partei wie die Bolschewikische, braucht die Gewalt nicht zu fürchten, selbst wenn sie vorerst noch eine Minderheit bildet. Sie hat der zarischen Gewalt getrotzt, sie wird der Gewalt der kapitalistisch-sozialpatriotischen Regierung trotzen.

Die Sammlung der internationalistischen Kräfte.

Dies eine hatte die russische Revolution im vornherein voraus: Es bestand eine konsequent internationale Partei, die sich allerdings erst in der Folge der Revolution mit voller Macht durchsetzen muss, die Bolschewiks. Die Tätigkeit der National- und Imperial-Sozialisten, die unklaren Formulierungen und schwankenden Taten der Sozialpazifisten, die allen Anderem eher, denn den Interessen und Wünschen der Arbeiter entsprach, die Krieg und Durchhalten predigten, wo die Arbeiter Frieden und Brot verlangten, musste den Massen die Augen öffnen. Naturgemäß fällt sonach die Sammlung der internationalistischen Kräfte in Russland mit dem Wachsen der Organisationen der Bolschewiks zusammen. Und das umso rapider, je mehr die offiziellen Sozialisten, die Menschewiki, sich ihrer Aufgabe als Bourgeois-Sozialisten anpassen, je konsequenter sie mit Worten und Taten imperialistische Politik treiben. So siegte auf der Reichskonferenz der Menschewiki die sozialpatriotische Politik vollkommen. Die Menschewiks sprachen sich für die Unterstützung der provisorischen Regierung, die den imperialistischen Krieg weiterführt – ohne Rücksicht auf seine Verleugnung in Worten – für die Verzögerung der Expropriation des Großgrundbesitzes bis zur konstituierenden Versammlung usw. aus. Kein einziger Vertreter der Zimmerwalder Politik wurde in die Parteileitung gewählt. Die Konferenz der Menschewiks bewies, was wir immer den Genossen Martow, Martynow und anderen menschewikischen Internationalisten vor der Revolution sagten: ihre Partei ist sozialpatriotisch, weil sie immer opportunistisch war.

Die Internationalisten Menschewiks erklärten der Konferenz, dass sie sich ihren Beschlüssen nicht fügen. Die organisatorische Spaltung der Menschewiks ist also sehr wahrscheinlich. Auf einer Seite stehen die halben und ganzen Sozialpatrioten unter Dans, Zeretellis Führung, die sich von Plechanow nur dadurch unterscheiden, dass sie keine Niederlage Deutschlands erstreben, auf der anderen Seite die Menschewikischen Internationalisten unter Martows, Martynows, Larins Führung, die den Weg zum Frieden auch in Russland im Klassenkampf sehen.

Außerhalb der menschewikischen Organisation stehen die Internationalisten, die der Führung Trotzky's folgen, die Teilnahme an der Koalitionsregierung ablehnen. Sie nennen sich „Vereiniger“ (Objediniency).

Auf diese Weise bestehen neben der Massenorganisation der Bolschewiks zerstreute internationalistische Gruppen, die keine größere organisierte Macht darstellen, aber dank der glänzenden schriftstellerischen Fähigkeiten Martows und Trotzky's, dem Wissen Kjasanows eine nützliche Rolle im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus spielen können. Dies in Betracht ziehend, schlug ihnen das Zentralkomitee der Bolschewiks den Eintritt in unsere Partei vor, bei vollkommener Sicherung der Freiheit der Diskussion in strittigen Fragen, bei Gewährung einer Vertretung in der Redaktion usw. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet, aber schon werden gemeinsame Wahllisten bei den Kommunalwahlen in Petersburg mit den Trotzky'sten aufgestellt.

Die nicht bolschewikischen Internationalisten stehen jetzt vor der Entscheidung, ob sie in Reih und Glied einer großen Partei wirken wollen, die der Haupttrupp der zukünftigen Internationale ist, oder als Freischärler wirken wollen: für eine starke Partei gibt es zwischen dem Lager des Internationalismus und Sozialpatriotismus in Russland keinen Platz.

Das Zentralkomitee der Bolschewiks hat beschlossen, sich nur an der Zimmerwalder Konferenz zu beteiligen und falls diese beschließen würde, zu einer allgemeinen Konferenz mit den Sozialpatrioten zu gehen, aus der Zimmerwalder Vereinigung auszutreten. Schon nach diesem Beschluss fand eine Versammlung des Arbeiterdelegiertenrates statt, an der die Vertreter des Zimmerwalder Büros *Grimm* und *Balabanow* teilnahmen. Grimm erklärte sich gegen eine gemeinsame Konferenz mit den Sozialpatrioten, da dies nur die Autorität der Scheidemänner und Renaudel und ihre kontrerevolutionäre Politik in den Massen stärken könnte. Auf die Anfrage Trotzky's erklärte Grimm, dass der Eintritt in die Koalitionsregierung zusammen mit den Vertretern des Kapitals unvereinbar mit den Grundsätzen der Zimmerwalder Vereinigung ist. In dieser Sitzung wurde keine Entscheidung gefasst.

In der nächsten beschloss das Exekutivkomitee des Arbeiterdelegiertenrates ein neues Manifest, das einen Schritt nach links darstellt. Erstens behält der Arbeiterdelegiertenrat die Einberufung der Konferenz in eigenen Händen er lehnt also die Branting-Huysmans-Konferenz, in der die Sozialpatrioten Herren der Lage wären, ab. Zweitens stellt er als Bedingung der Teilnahme in der Konferenz die Ablehnung des Burgfriedens den Bruch mit der eigenen Regierung.

Was das bedeutet, drückt ein Artikel von W. Rosanow in der „Nomaja Schyzn“ vom 1. Juni klar aus: „Es ist kein Platz da für diplomatische Techtelmechtel. Entweder Bruch mit der Politik des 4. August oder Bruch mit der Internationale.“ (Rosanow ist Sekretär der auswärtigen Abteilung des Exekutivkomitees. Sein Kommentar ist also auch autoritativ.)

Die Bolschewiks schenken den Scheidemännern keinen Glauben, selbst wenn diese unter dem Druck der Verhältnisse den Burgfrieden abschwören würden. Sie würden trotzdem keinen Klassenkampf führen. Jedenfalls stellt der Entschluss der Exekutive einen Schritt nach links dar, da es sehr zweifelhaft ist, ob die Sozialpatrioten unter das kaudinische Joch gehen.

„Die Anarchie in Russland“.

In dem was die bürgerliche Presse als „Anarchie“ verschreit, sieht die revolutionäre Sozialdemokratie ebenso Folgen der zarischen Misswirtschaft wie Anfänge der Neuordnung. Diese Neuordnung kann zu Ende geführt, das Chaos überwunden werden auf zwei Wegen. Entweder durch die sofortige Aufrichtung einer kapitalistischen Gewalt über die Arbeitermassen, die sie unter das Joch beugt, ihnen beibringt, dass auch die bürgerliche Republik die ökonomische Knechtschaft des Proletariats bedeutet. Das wäre die bekannte kapitalistische Ordnung. Oder indem die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft Ordnung entgegen den Interessen des Kapitals in die Verhältnisse zu bringen sucht: d. h. den Kapitalprofit auszuschalten und die Fabrikverfassung zu demokratisieren.

Der erste Weg ist nicht nur für den Sozialismus ungangbar, sondern er ist momentan überhaupt ungangbar. Zu groß ist der Druck der Massen, als dass selbst die Kapitalisten ihn betreten könnten. Sie sammeln erst die Kräfte, sie warten bis die Arbeiterschaft sich wirklich unfähig zeigt, irgendwelche eigene Ordnung zu schaffen. Der zweite Weg erfordert die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte im ganzen Reiche. Nun werden die Volksmassen selbst sich beherrschen, wenn diese Volksregierung die Kontrolle über die am meisten konzentrierten Industriezweige übernimmt, wenn die lokale Arbeiterräte ihre Leitung übernehmen; nur dann wird der Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens von unten beginnen, wird der Widerspruch aufgehoben, der darin besteht, dass der Proletarier nicht gleichzeitig der sich befreiende Bürger und der demütige Lohnsklave sein kann.

Es ist eine gigantische Aufgabe, die hier vor der Arbeiterschaft steht. Inmitten des wütenden Weltkrieges nicht nur die verwüstete Erbschaft des Zarismus zu übernehmen, sondern sie auch auf neuen, nirgends in Europa gesehenen Grundlagen zu ordnen: inmitten des Weltkrieges zwar nicht den Sozialismus durchzuführen, aber jedenfalls Übergangsmaßregeln zu ihm zu ergreifen. Die Größe der Aufgabe lässt auch die ehrlichsten kleinbürgerlichen Elemente von ihr zurückschrecken. „Die Welt ist aus den Fugen gegangen, wehe mir, dass ich sie einrenken muss“, rufen sie mit Hamlet. Und so suchen sie, die sie im Arbeiterdelegiertenrat von Petrograd die Mehrheit haben, diese Aufgabe der provisorischen Regierung zuzuschieben. Aber wenn die provisorische Regierung keine Macht hatte, durch die eigene Kraft, die Kraft des Kapitals den Arbeitern zur „Vernunft“ zu überreden, so wird es auch den kleinbürgerlichen Sozialisten nicht gelingen, dies im Sinne des Kapitals zu tun. Die Streikwelle ergießt sich durch das Land gegen den Willen des Petrograder Arbeiterdelegiertenrates und die sozialistischen Minister werden von immer größeren Kreisen der Arbeiterschaft mit Misstrauen begegnet.

„Was gedenken Sie, Genosse Zeretelli, zu tun, um das Gehalt des Ministers mit dem des Postboten auszugleichen! – wurde Zeretelli auf dem Monstreemeeing am 27. Mai in Moskau gefragt, und die Versammlung stellte an den Petrograder Arbeiterrat die Forderung, er solle die gesamte Gewalt ergreifen. Das Zaudern der Menschewiks, der Trudowiks kann nur das Resultat haben, dass sie von der Welle der proletarischen Bewegung weggeschwemmt werden, wenn sie sich nicht zeitig ermannen und an die sehr schwierige, aber einzig möglich Aufgabe der Organisation dieser Bewegung gehen, wie es die Bolschewiks überall mit voller Kraft tun. Die Opportunisten werden nicht viel Zeit zur Besinnung haben. Die Ereignisse verschärfen sich zusehends. Die Tage der Koalitionsregierung sind gezählt. Jeder größere Streiks kann ihr das Licht auslöschen.

Die Ententepresse hat Recht von ihrem Standpunkt aus, wenn sie ruft: bändigt die Kanaille. Die Revolution bedroht nicht nur den Sieg der Entente, sie bedroht die vom Ententekapitalismus in Russland investierten Kapitalien. Die „Anarchie“ in Russland ist weit davon entfernt, irgendeinem Imperialismus die Wege zu öffnen, sie bedeutet eine Verteidigung der Revolution nach außen, die vielleicht effektiver ist als die Mauloffensive des Herrn Kerenski.

Zur Affäre Grimm.

Da uns bisher keine Erklärung des Zentralkomitees der Russischen Sozialdemokratie zur Affäre des Genossen Grimm vorliegt, halte ich mich für verpflichtet einstweilen folgende persönliche Erklärung abzugeben:

1. Der Fall Grimm berührt die bolschewikische Partei in keiner Hinsicht. Schon am 1. Februar 1917 wie am 20. März 1917 erklärte der Vertreter des Zentralkomitees Genosse Zinojew, wie auch der Unterzeichnete als Vertreter des Landesvorstandes der

Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens in den Sitzungen des Zimmerwalder Bureaus ihr Misstrauen zur politischen Linie des Genossen Grimm schriftlich zu Protokoll. Sie charakterisierten diese Politik als die Politik des Radikalismus in Worten und Opportunismus in der Tat.

2. Genosse Grimm hat in der Woche, in der er die Verhandlungen mit Zeretelli und Skobelew über seine Affäre führte, es vermieden die bolschewikische Partei über sie in Kenntnis zu setzen, wodurch er selbst unterstrich, dass er die Affäre als rein persönliche behandeln will.

3. Die Erklärungen des Genossen Grimm lassen die Frage nach der Ursache, weswegen ihm Bundesrat Hoffmann die Mitteilung über die deutschen Friedenswünsche zugehen ließ, vollkommen unaufgeklärt. Von der Beantwortung dieser Frage wird das Urteil der bolschewikischen Partei, wie aller anderen Teile der Zimmerwalder Linken über den Fall Grimm abhängen. Schon jetzt muss jedoch gesagt werden, dass, falls Genosse Grimm irgendwelche Schritte unternommen hatte, die auf eine diplomatische Vermittlung zwischen den kapitalistischen Regierungen ausgingen, dies unvereinbar mit dem Wesen der Zimmerwalder Bewegung wäre.

4. Dies alles hindert nicht in dem Vorgehen der Zeretelli, Skobelew u. Co. gegen Genossen Grimm einen politischen Anschlag der russischen Sozialpatrioten zu sehen, einen Versuch die internationalistische Bewegung in Russland als eine deutsche Intrige darzustellen. Ohne Rücksicht auf das später zu fassende Urteil über das Vorgehen Grimms, ist deshalb gegen seine Ausweisung aus Russland Protest zu erheben.

5. Die Niederlegung des Amtes als Mitglied der Zimmerwalder Kommission durch den Genossen Grimm ist zu begrüßen.

6. Wenn die Presse der Ententesozialpatrioten die Affäre Grimms als die Katastrophe von Zimmerwald behandelt, so entspricht das den Tatsachen keinesfalls. Die Katastrophe von Zimmerwald würde erst stattfinden, wenn die Vertreter der Zimmerwaldparteien sich an der sozialpatriotischen Konferenz beteiligen würden. Stockholm, 23. Juni 1917. Karl Radek.

Aus unserm politischen Tagebuch.

24. Juni.

Aus Stockholm wird unterm 22. Juni gemeldet: Soeben trafen *Haase, Kautsky, Bernstein, Herzfeld* (letzterer für Hoffmann) und *Stadthagen* ein. Die Verhandlung mit ihnen beginnt noch heute. Sonnabend und Sonntag wird nicht verhandelt, da Mitsommer als Landesfest gefeiert wird. Damit wäre also das Rätsel gelöst, das bisher die unabhängige Delegation für die Stockholmer Konferenz umgab. Zugleich lernen wir eine geradezu geniale und überaus mutvolle Taktik kennen, eine Taktik, die in der Tat die großen Zentrumsmeister Kautsky und Bernstein verrät. In unserem Aufsätze „Stockholmer Illusionen“ hatten wir geschrieben, die deutschen Zentrumsleute würden genötigt sein, den Sozialpatrioten Ehrenerklärungen abzugeben, wenn sie ernsthaft auf der Stockholmer Konferenz mitarbeiten wollten. Ja, Kuchen, sagen diese Sapperloter, Ehrenerklärungen für die Scheidemänner noch lange nicht, um das drücken wir uns herum. Da quetschten sie sich beim Eingang zum Konferenzsaale in eine Ecke, warteten bis die Scheidemänner das Lokal verließen, und husch, waren sie darinnen. Die deutschen Sozialpatrioten hatten bei entsprechender Reklame erst einmal ihr Geschäft in der Popularität gemacht und nun baut die kleine Konkurrenz ihr Büdchen auf und schreit: Wir sind die billigsten Leute! Es ist von überwältigender Komik, zu sehen, mit welchen Mittelchen diese Helden große Politik machen. Wir fürchten aber, dass die Herren in Stockholm aus einem Versteck in das andere kriechen müssen, denn sie sind doch auf dem internationalen Kongress der Sozialpatrioten. Oder genießen sie sich bloß vor dem David,

Ebert, Scheidemann, wogegen die Österreicher verhandlungsfähig sind? Und wie stellen sie sich zu Vandervelde und Renaudel, die sehr gerne mit ihnen bankettieren würden?

Oder werden sie etwa auch unter dem Vorsitze Brantings arbeiten, der unseren Höglund so schmachvoll verraten. Bitte, ihr Herren, was wollt ihr nun eigentlich auf der Konferenz der Sozialpatrioten – nichts weiter, als euch blamieren? Und was sagen die Leute von der Internationalen Gruppe zu dieser jammervollen Taktik?

30. Juni.

In der „Bremer Bürgerzeitung“ finden wir folgende interessante Klarstellung:

„Auch die russische Korrespondenz „Prawda“, die in Stockholm erscheint, übt in ihrer soeben erschienenen vierten Nummer heftige Kritik an den Stockholmer Beratungen. Sie unterscheidet drei Friedensmöglichkeiten, den Siegesfrieden, den diplomatischen Verständigungsfrieden und den Frieden der europäischen Revolution. Den Siegesfrieden wollen die Imperialisten aller Länder, die einen für die Zentralmächte, die anderen für die Entente, und in ihrem Gefolge sind von den russischen Revolutionären die Gutschkow und Miljukow, Plechanow und seine Freunde. Auch die Mehrheit der französischen Sozialisten und englischen Gewerkschaften erstrebt diesen Siegesfrieden. Demgegenüber wollen die Zimmerwalder und Leninisten den Revolutionsfrieden. Die europäische Arbeiterklasse soll sich überall der politischen Gewalt bemächtigen und dann einen Frieden schließen, der jegliche Unterdrückung beseitigt. Das ist gewiss sehr ideal gedacht, aber alle, welche unter diesem entsetzlichen Weltkrieg schwer leiden, werden nicht geneigt sein zu warten, bis nun auch in Deutschland, Frankreich und England eine Revolution stattgefunden hat und so weit fortgetrieben ist, dass die ganze Staatsmacht in den Händen der Arbeiterklasse liegt.

Deshalb erstrebt die deutsche Sozialdemokratie und der russische Arbeiter- und Soldatenrat den diplomatischen Verständigungsfrieden. Entrüstet erklärt die Stockholmer „Prawda“, die übrigens von Karl Radek geleitet wird, dabei würde nur ein ganz ordinärer Schacherfrieden der imperialistischen Diplomatie herauskommen und keineswegs ein Friede der Völker. Mag sein! Aber die Hauptsache ist, dass dabei endlich der Friede herauskommt. Der Siegesfriede ist für den Nationalisten, der Volksfriede für den Revolutionär sehr verlockend, aber der Verständigungsfriede ist allein rasch erreichbar. Darum ist die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an nicht dem Luftgebilde eines Revolutionsfriedens nachgejagt, sondern hat für die Verständigung gearbeitet und wird weiter in diesem Geiste wirken.“

Das ist wirklich sehr nett, klar und deutlich und beweist wiederum: Die einstmals revolutionäre, internationale Sozialdemokratie ist national und kontrerevolutionär.

*

WTB. Berlin, 30. Juni. Am Donnerstag, 29. Juni, am Vorabend von Peter und Paul, wurden in Düsseldorf eine Anzahl von Lebensmittelläden durch Frauen und „halbwüchsige“ Burschen geplündert. Die Beteiligung feindlicher Ausländer, Belgier und Russen, wurde dabei festgestellt. Eine größere Anzahl davon wurde verhaftet und sieht strenger Bestrafung entgegen. Das aus diesem Anlass eingesetzte außerordentliche Kriegsgericht sprach schon am 29. Juni 15 Urteile aus, darunter bis zu 6 Jahren Zuchthaus.

* * *

Die Staatsformen aller Völker bilden sich nur durch Zeit, Krieg, inneren Kampf und Stöße; – folglich müssen sich Gesetze und Verfassungen nach Zeit und Umständen richten, sie sind keine Offenbarungen Gottes. *Demokritos*.

<p>Wir bitten unsere Postabonnenten, falls ab 1. Juli keine Zustellung unserer Zeitschrift durch die Post erfolgt, dieselbe am Orte bei der Post zu bestellen, oder unsere Expedition, Bremen, Aumunderstraße 23 davon in Kenntnis zu setzen. Verlag der Arbeiterpolitik.</p>

Feuilleton

Ums Menschentum.

Ein Kapitel aus *Schillers* Sturm- und Drangperiode. Von *Waler von Molo*.

Die hohen Gäste standen vorne, neben dem Tisch, auf dem die Preise lagen und bekomplimentierten sich. Ein Lakai rannte durch die Reihen der Eleven und meldete atemlos dem Herzoge den Kammerpräsidenten Heribert von Dalberg aus Mannheim an. Doch Karl Eugen hatte diesmal erlauchtere Gäste, der Kavalier galt heute nichts. Mit flüchtiger Handbewegung ward er begrüßt. Er schloss sich stimmungsgewandt dem Kreise jener an, die auf dem erhöhten Podium um Franziska von Hohenheim standen oder saßen, derweil das „Volk“ den großen Balkon und Saalhintergrund füllte und so mit Schnattern die Kulissen stellte zum herzoglichen Gottesdienst der Selbstberäucherung.

Schillers Blicke gingen die Reihen der Gäste entlang, denen heute sinnfällig die ersterbende Dankbarkeit der Akademisten vorgeführt werden sollte. Es war die Parade der Zerschmetterung des eigenen Ichs. Karl Eugen strahlte: seine Schlussansprache hatte rauschenden Beifall geweckt; Professor Abel, der ungenannte Autor, hatte seine Aufgabe zu hoher Zufriedenheit gelöst.

Der Herzog dozierte eifrig in den jungen Herrn zu seiner Rechten hinein, er floss über vor Höflichkeit. Baron von Wedel, der mit zwei anderen Herren im Adler logierte und gestern reitend aus der Schweiz gekommen war, hörte etwas gelangweilt zu; er lachte öfter, wie es schien, mehr um sich selbst die Situation zu erheitern, als entzückt von einem herzoglichen Ausspruch. Tausend Teufel sprangen in seinem Gesichte herum, wenn er sich an den Herrn seiner Begleitung wandte, der links vom Herzog stand und mit ernster Höflichkeit und verbindlichem Lächeln seines Gefährten Liebenswürdigkeiten entgegennahm. Der junge Herr war schön gewachsen und sein Blick leuchtete hell und durchdringend, wenn er über die Akademistenschar hinwegglitt. Das gesundfarbige Antlitz zeichnete die weiße Puderlinie der Frisur scharf aus, was dem feurigen Gesicht, über dem wie eine Maske die Selbstbeherrschung lag, einen seltsamen Ausdruck verlieh. Wie eine neue, lebenheischende, ungeahnte Kraft, die aus alter Form wächst, erschien Schiller das vornehme Antlitz, aus dem der Puder des Rokokos blinkte. Gelangweilt streiften die flugbereiten Blicke die wechselnden gekrümmten Akademistenrücken, deren Arme demütig, mit Kratzfüßen, die Preise aus des Herzogs Hand entgegennahmen.

„Schiller! Schauen Sie sich den Mann gut an,“ sagte Professor Abel leise und heiser von seltsamer Erregung; er prangte heute in Uniform und fühlte ärgerlich, dass der Degen an seine Waden schlug. „Wissen Sie, wer der Herr zur Rechten des Herzogs ist? Er reiset inkognito! Das ist der Herzog von Weimar! Und der andere, der schöne Mann, der so überlegen dreinsieht, das ist der Geheimrat Goethe!“

Goethe! Wie eine Windhose, wie ein plötzlicher Taifun, bäumte das Blut in Schillers Adern auf. Goethe!

„Gestern hat er beim Herzog für Schubart gebeten“.

„Und?“

„Er hat leider die Erfüllung der Bitte verweigert.“

„Der Hund! Der Hund!“

„Schiller! Wollen Sie sich um den Hals reden!“ Professor Abel stieß in Todesangst seinen Freund mit den Fäusten. „Bedenken Sie doch, wo wir sind! Nehmen Sie Vernunft an! Sie sind manchmal zu fürchten. Hören Sie die Rede des Professor Consbruch? Was sagen Sie dazu? Er spricht von den Folgen der Wollust.“

Fritz Schiller schob, in tiefstem Verachten, die Unterlippe vor.

Banal und sänftiglich, mit Bücklingen nach allen einflussreichen Seiten, trabten die üblichen Phrasen des Redners einher. Der breite Froschmund ging anmaßend auf und zu, die weißseidene, goldgestickte Weste glänzte wie ein weißer Bauch. Nun wurde der Chapeau-bas unter dem Armfenster gefasst, kein Zweifel, ein kühner Exkurs stand bevor. Und wirklich: „O Welch' ein schöner Anblick in Gottes Schöpfung ist ein Jüngling, welcher durch Tugend und reine Sitten sich in seiner natürlichen Heiterkeit und Vollkräftigkeit erhält. Ihm verlischt das Feuer nicht zu früh im Auge, ihm verbleichen die Rosen der Wangen nicht schon am Morgen des Lebens, in seiner Miene herrscht Seelenruhe, und ein edler Geist atmet aus seinen Taten. Sehen Sie hingegen jene unglücklichen Opfer verderblicher Lüste an, wie sie am Altar des Lasters bluten.“

„Was haben Sie denn schon wieder, Schiller? Ich bitte Sie, beherrschen Sie sich!“ flüsterte Abel.

Schillers Blick funkelte Wut. „Weiß der Schulfuchs nicht, dass auch Werther so ein unglückliches Opfer war? Was soll Goethe von uns denken. Er ist errötet. Errötet wegen diesem Vieh!“

Professor Abel stahl sich leise beiseite. Er schüttelte wehmütig den Kopf. Der junge Mensch wuchs über ihn. Ihm bangte. Mit schreckerfülltem Blick sah er kummervoll Schillers kühnes Profil. Unter dem Händeklatschen der Zöglinge und anderen Untertanen schloß die vom Herzog befohlene Rede. Stolz verließen des Professors weißseidene Beine die Rednertribüne. Karl Eugen nahm wieder die Liste der Auszuzeichnenden in die Hand. Die Preisverteilung lief weiter. Die jährliche Schlussfeier war ein raffiniert ausgeklügeltes Potpourri von aufgetünchtem Ernst und muffiger Dankbarkeitsdressur.

Der Name Johann Christoph Friedrich Schiller wurde gerufen. Alle Augen sahen auf ihn, der Durchschnitt witterte etwas. Hoherhobenen Hauptes schritt die lange, militärisch aufgerichtete Gestalt durch die Reihen. Nun stand sie vor dem Herzog und das zur Demut gezüchtete Blut siegte über den widerwilligen Geist. Fritz Schiller beugte den Rücken.

„Das ist nämlich ein erleuchtetes Subjektum!“ sagte Karl Eugen gewichtig zu Weimars Herzog. Doch der blickte angelegentlich nach einer jungen Dame auf der Galerie. Der Rektor wandte sich zuerst zu Goethe und sagte nochmals, fast drohend: „Das ist nämlich ein erleuchtetes Subjektum meines Landes!“

Eine Kopfneigung, die verbindliches Interesse markierte, folgte. Mit gleichgültiger Höflichkeit bemühten sich, für einen Augenblick, Goethes glänzende Augensterne, in das totenbleiche Akademistengesicht zu sehen, das mit tiefer Scham der Vorschrift genügte, die gütig anordnete, dass jeder Bürgerliche des Herzogs Rockzipfel dankend zu küssen hätte. Das kalte Licht stand in den hohen Fenstern und sah mit erbarmungsloser Neugier zu. Fritz Schillers gemarterte Augen klammerten sich in Goethes Antlitz fest. Des Geheimrats Blick schwebte weiter. Er gab nicht viel auf Karl Eugens Empfehlung und sann eben allerhand spinnwebfeinen Dingen nach, spinnwebfeinen Dingen, die nicht zu einem armen, schweißnassen Schwabenantlitz passten. Der herzogliche Pädagoge sprach noch immer: „Den Preis in deutscher Sprache und Schreibart hat Er für diesmal wohl an Elwert verloren. Doch Elwert tritt heute aus und Er kann die Scharte im kommenden Jahr noch auswetzen. Halt Er sich nur weiter an der tete und ich will's Ihm nicht fehlen lassen, wenn Er ins Leben kommt!“

Wie im Taumel schritt Fritz Schiller zurück, wie im Taumel stand er in den Reihen. „Er hat dich angesehen!“ flüsterte Hoven und schielte verlegen und schuldbewusst, weil er sein Gefühl nicht wortlos meistern konnte, weil er in des andern tiefste Andacht hineinsprach, wie in eine feierliche Kirchenstille, „wir haben's alle bemerkt!“

Was Fritz Schiller bis heute eine begeisternde Buchstabenfolge, ein mystischer Klang gewesen war, was ihm eine prophetische Leuchte, ein Hoffnungslicht in finsterner Kerkernacht gewesen, das stand dort fleischgeworden vor ihm: der Sprecher aller Sehnsucht seiner Zeit! Erhebend und erschütternd war die leibliche Wirklichkeit. Ein menschliches Wesen, gekleidet wie alle andern, hatte das Herrliche vollbracht. Ein Mensch war Goethe. Ein Mensch wie er. Wie groß, wie begnadet war doch das Menschengeschlecht. Und wie lächerlich war's, dass der Herzog von solchem Geiste die Reverenz verlangen durfte. Wie niederdrückend war die Erkenntnis, dass keine Leistung so hochhob wie die zufällige Zeugung im fürstlichen Bett. Wie verabscheuungswert, wie blind, wie ungerecht, wie tyrannisch dumm war das Menschengeschlecht. Sie gafften die Fürsten an, sie bewunderten die schöne Maitresse. Und Goethe? Goethe! Nun ja, er war der Aufputz der irdischen Macht, der gnädig bewillkommnete Gast des kupplerischen Hofes, der nur dachte, wenn es seinen Freuden galt. Der König im Reiche der Geister stand als geehrter, gütig geduldeter Lakai der ersten Kategorie neben Karl Eugens beleidigender Herablassung. Er, der die Geister in seinem Willen hielt, der sie heulend, jubelnd und röchelnd weinen lassen konnte, wie es seinen machtvollen Worten genehm war, der über Throne und Reiche verfügte in einem kurzen Augenblicke seines inneren Erlebens, der die Weltgeschichte vorauslebte, der war in den Augen der Majestät, in den Triefaugen dieses qualligen Untiers der Menge, eine Rarität, eine Absonderlichkeit, an deren herzgeborenen, hirngeschüttelten Werken jeder Kärner anmaßend herumzog und seine kleinliche Meinung maß, wie vorhin der akademische Mistpantser.

Aber er wollte sie zwingen. Bettelnd sollte die Meute vor ihm knien und um gnädigste Absolution flehen, die er ihnen verweigern würde. Dreck sollten sie fressen und Staub sollte ihr Getränk sein, wenn sie auf der Folter seines rächenden Werkes lagen. Keine Demütigung durfte zu groß sein, wenn sie nur zum Ziele führte, wenn sie diesen Pöbel, der zu herrschen nicht berufen war, in ihrer Folge in den Abgrund donnerte. „O, meine Augenbrauen sollen über euch herhangen wie Gewitterwolken, mein herrischer Name schweben wie ein drohender Komet, meine Stirne soll euer Wetterglas sein. Ich will euch die zackigen Sporen ins Fleisch hauen und die scharfe Geißel versuchen. Die Wahrheit sollt ihr hüllenlos sehen, dass ihr zusammenbrecht.“

Gemächlich und faul würden sie auf ihren Stühlen sitzen und bequemes Verdauungsspiel erwarten. „Mort de ma vie,“ würde der Herr sagen, „das heiß ich einen Schwung!“ „Ey, sy“ würde Mamsell flüstern, „die coiffure der Amalia ist mir zu altmodisch!“ „Sternhagelbataillen, den Kerl, den Räuberhauptmann, hättest du sehen sollen, wie er das Mädchel vor dem Hungerturm auf die Erde schmiss!“ würde der Kutscher zum Lakaien sagen, „und dann hat er sie gar erstochen!“ „Sie fiel aber recht artig,“ würde die gnädige Tante sagen, „recht artig und gustös, sur mon bonheur!“ Wenn sie soweit waren, wollte er mit den glühenden Eisen seiner Worte unter sie fahren. Kanaille, Naternbrut und Hyänengezücht!

Und doch! Schön war es, zu leiden unter den nivellierenden Händen des kurzsichtigen Alltags. Ja, ja! Schön war es trotz alledem! Schön! Warner und Mahner wollte er sein! In Goethes weltfernen, stolzleidenden Augen, im breiten Grinsen des geladenen Volkes war es Friedrich Schiller klar geworden, dass es nun Zeit wäre, sein Lebenswerk zu tun, seine Sendung restlos zu erfüllen: Die Räuber entstanden. Nächte um Nächte und Tage um Tage stritt die schreiende Seele die Mühsale weg.

Gemeinsam.

Es war ein Wald. Doch sein Boden trug keine Frucht; da war niederes Buschwerk, dicht gedrängt und üppige Schlingpflanzen nahmen den stärksten Stämmen ihre Kraft.

Es war ein klarer Morgen – vor Sonnenaufgang. Viele, viele Menschen standen vor dem Walde. Und an ihrer Spitze eine Schar von Männern. Mit scharfem Blick suchten sie die Stellen, an denen sie in den Wald eindringen könnten, setzten mit festem Hieb die Axt an die knorrigen Stämme. Die Menge strömte ihnen nach und trat mit kräftigem Fuß Gestrüpp und Schlingpflanzen nieder. Die Männer wollten Wege bahnen in neues, noch unbetretenes Land; die Sehnsucht der Menschen, die Not, die jene vorwärtsdrängte, hatte sie an ihre Spitze geführt.

Zu einem von ihnen trat ein Mädchen aus der großen Schar: „Ich will dir helfen.“

Aber er wehrte ihr: „Liebst du mich?“ Das Mädchen sah ihm klar entgegen: „Ja.“ „„ Willst du jede Not mit mir tragen, mir zu Liebe alles Schwere auf dich nehmen, meine Arbeit teilen?“

Das Mädchen hob den Kopf: „Alles – für dich!“

Schatten fiel neben die Gestalt des Mannes und schmerzlicher Ernst lag um seinen Mund.

„Du darfst nicht bei mir bleiben. Lass mich allein!“

Da trat sie zurück von ihm, aber seine Axt nahm sie mit sich. Und er ließ sie gewähren.

Tag um Tag arbeiteten der Mann und das Mädchen. Jeder für sich. Und wussten nichts voneinander. An einem Frühlingsmorgen erst kreuzten sich ihre Wege. Von der Arbeit aufblickend sahen sie sich und erkannten einander.

„Du“, staunte das Mädchen, „ich arbeitete. Lange dachte ich nicht deiner. Doch bin ich froh, dass du da bist.“

Warme Freude leuchtete in den Augen des Mannes.

„Du musstest mich vergessen können, um mich zu finden. Musstest die Arbeit wollen um ihrer selbst willen, um zu lieben und Liebe zu gewinnen.“

Da trat das Mädchen neben den Mann. Die Sonne warf ihren ersten Strahl über die beiden Menschen. Schulter an Schulter standen sie, schritten in gemeinsamer Arbeit der aufgehenden Sonne entgegen.

Huttens Beichte.

Von Conrad Ferdinand Meyer.

Hier schreit ich über meinem Grabe nun –
Hei Hutten, willst du Beichte tun?
's ist Christenbrauch. Ich schlage mir die Brust.
Wer ist ein Mensch, und ist nicht schuldbewusst?
Mich reut mein allzu spät erkanntes Amt!
Mich reut, dass mir zu schwach das Herz geflammt!
Mich reut, dass ich in meine Fehden trat
Mit schärf'ren Streichen nicht und küh'n'rer Tat!
Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug!
Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug!
Mich reut – ich streu' mir Aschen auf das Haupt –
Dass ich nicht fester noch an Sieg geglaubt!
Mich reut, dass ich nur einmal bin gebannt!
Mich reut, dass oft ich Menschenfurcht gekannt!
Mich reut – ich beicht' es mit zerknirschtem Sinn –
Dass nicht ich Hutten stets gewesen bin!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 28/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 14. Juli 1917.

Nr. 28

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Das Komplott vom 22. Juni.

Die Ereignisse vom 22. auf den 23. Juni, das Verbot der bolschewikischen Demonstration durch die Mehrheit des allrussischen Kongresses, der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte, der Kampf der sich an diese Ereignisse anschloss, alles das wirft nicht nur ein grelles Licht auf die Lage in Russland, sondern wird die weitere Entwicklung in der nächsten Zeit stark beeinflussen.

Weshalb organisierten die Bolschewiks für den 23. Juni eine Riesendemonstration des Petrograder Proletariats und Garnisonen? Sie erklären es offen. Das Zentralkomitee bekam eine Kunde nach der anderen von der Gärung im Proletariat und der Armee, von den stattfindenden und sich vorbereitenden Demonstrationen einzelner Fabriken und einzelner Stadtteile. Es konnte die Augen darüber nicht verschließen, dass die Gründe für diese Gärung vorhanden sind, dass die Arbeiterschaft Ursache hat, ihre Unzufriedenheit mit der provisorischen Regierung auszudrücken, wie mit der Mehrheit des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates, die die Regierung unterstützt. So beschloss das Zentralkomitee der Bolschewiks die Demonstration, um die Kräfte des Proletariats Petrograds zu zentralisieren, um der Gärung einen klaren Ausdruck zu verleihen.

Die Mehrheit des Arbeiter-Delegiertenrates schreit von einer geheimen Vorbereitung der Demonstration. Es ist wahr, dass die Bolschewiks es nicht für nötig hielten, diese Mehrheit über die Vorbereitung zur Demonstration zu informieren: es war doch zum guten Teil eine Demonstration gegen die Politik dieser Mehrheit: Seit wann gibt man vor einer Demonstration Visitenkarten bei dem ab, gegen den man demonstrieren will. Aber von irgendwelcher Geheimnistuerei konnte keine Rede sein, da an den Vorbereitungen Tausende von Menschen teilnahmen, da doch die Agitation Hunderttausende auf die Beine stellen sollte. Es sollte keine friedliche Demonstration sein, die Regimenter sollen doch bewaffnet auftreten, rufen die Sozialpatrioten. In allen Demonstrationen des revolutionären Russlands treten die Soldaten bewaffnet auf, trotzdem waren diese Demonstrationen friedlich. Die Kräfte der Konterrevolution konnten die Demonstration ausnützen zu ihren Demonstrationen, erklärt der Aufruf der Mehrheit. Und bei den späteren Verhandlungen des Delegiertenrates beriefen sich die Menschewiks auf die Aufrufe einer obskuren Zeitung: „Malenkaja Gazeta“, die zu Demonstrationen für eine militärische Diktatur aufforderte. Darauf antwortete schon das Zentralkomitee der Bolschewiks: wenn ihr konkrete Nachrichten über konterrevolutionäre

Machinationen habt, nun, dann hebt doch die Spelunken der Konterrevolutionäre aus – verbietet aber nicht Demonstrationen gegen die Konterrevolution.

Wenn sich die Mehrheit des Kongresses in ihrem Aufruf damit begnügt, das Recht der Bolschewiks zu besonderen Demonstrationen zu bestreiten, die eventuellen schlechten Folgen dieser Demonstrationen zu denunzieren, und sie daraus den Schluss zieht, der Kongress müsse solche besonderen Demonstrationen verbieten, so war das alles dem rechten Flügel der Mehrheit ungenügend.

Der Minister Zeretelli, der faktische Führer dieser Mehrheit, erklärte, es handle sich um ein Komplott der Bolschewiks, dessen Zweck es war, die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. Gegen dieses Komplott könne man nicht mit Worten ankämpfen, sondern mit Taten. Was für Taten Herr Zeretelli im Auge hatte, sagte er nicht. Genosse *Kamjenuw* antwortete ihm im Namen des Zentralkomitees der Partei: Wenn das wahr ist, was Sie sagen, lassen Sie uns doch festnehmen und vor ein Gericht stellen. Aber Zeretelli wagte nicht, diese Forderung zu stellen, er traf auf den Widerstand seiner eigenen Garde, die dann beschloss, eine Kommission einzusetzen, die die Begleitumstände der verbotenen Demonstration untersuchen soll. Damit ist aber bewiesen, dass alles, was die Herren Sozialpatrioten bisher von der Gefahr der konterrevolutionären Ausnutzung der Demonstration sprachen, von dem Komplott der Bolschewiks, eine Flunkerei war.

Aber ein Komplott gab es am 23. Juni doch. Es war das Komplott der sozialpatriotischen Führer der Zeretelli, Skobelew, Kerenski, Tschernow, Dan, Tschaidze mit den kapitalistischen und junkerlichen Mitgliedern der „revolutionären“ Regierung, ein Komplott mit den Ententeregierungen gegen das russische Proletariat. Am 23. Juni schrien sie so von der Gefahr der Konterrevolution, von den desorganisatorischen Taten der Bolschewiks, weil sie schon in den vier Wänden ihrer ministeriellen Kabinette, geheim vom Volke, die Offensive beschlossen haben. Sie haben beschlossen, die russischen Arbeiter und Bauern auf die Schlachtbank zu führen und da konnte ihnen eine imponierende Demonstration des Petrograder Proletariats und Garnison das Spiel zerstören. Das war *das* Komplott. Und wir zweifeln nicht daran, dass die schwankenden Internationalisten, die Genossen Martow u. Co. unter dem Druck der Mache, unter dem Einfluss des hysterischen Schreiens der Zeretelli dafür eintraten, dass den Parteien, die dem Delegiertenrat angehören, das Recht selbständiger Demonstrationen, ohne Zustimmung der Mehrheit, nicht gegeben werde, einsehen werden, dass dies das Aufgeben des Kampfes gegen die Komplote der Sozialpatrioten ist.

Die Bolschewiks haben auf den Beschluss des Arbeiter-Delegiertenrates ausdrücklich geantwortet, dass sie auf die Freiheit der Aktion nicht verzichten. Der Delegiertenrat ist ein Block von Parteien von verschiedener sozialer Zusammensetzung, und die Bolschewiks werden auf die Freiheit der Aktion auch dann nicht verzichten, wenn die Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte die Macht in die Hände nehmen.

Trotz dieser Erklärung hat die sozialpatriotische Mehrheit des Kongresses sich bisher nicht entschlossen, gegen die Bolschewiks vorzugehen, denn sie überzeugte sich aus den Berichten ihrer eigenen Delegierten, die alle größeren Fabriken und die Regimenter besuchten, welchen Eindruck ihre Beschlüsse in den Massen gemacht haben. „Ihr seid gekauft von der Bourgeoisie“ – diesen Vorwurf mussten die Abgesandten des Delegiertenrates überall hören. Da die Sozialpatrioten nicht wagen, gegen die Bolschewiks vorzugehen, muss sie versuchen, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie beschlossen für den 1. Juli eine allgemeine Demonstration gegen die Konterrevolution zu organisieren. So lange sie mit den Führern dieser Konterrevolution zusammen in der Regierung sitzen, solange sie nicht wagen, sozial gegen die Konterrevolution vorzugehen – sofortige Konfiskation des Grund und Bodens, Kontrolle der Produktion – solange dienen solche Demonstrationen nur zur Einschläferung der Volksmassen.

Deswegen haben die Bolschewiks in den Demonstrationen, die am 1. Juli stattfanden, besondere Losungen aufgestellt: die Gewalt den Delegiertenräten, die Kontrolle über die Fabriken den Arbeitern, kein Sonderfriede mit den Deutschen, aber auch keine geheimen Verträge mit den englischen und französischen Kapitalisten! Nieder mit der Offensive!

Als die Demonstrationen stattfanden, kamen die ersten Nachrichten von der russischen Offensive. Es werden nicht viele Tage vergehen und die Arbeiter Russlands wie der Internationale werden die Möglichkeit haben sich zu überzeugen, wer wirklich der Konterrevolution und wer der Revolution dient. Möge nur diese Feststellung nicht zu viel Opfer erfordern.

*

Ein von der Redaktion der „Prawda“ am 2. Juli abgesandtes Telegramm meldet:

„Die am 1. Juli vom allrussischen Kongress organisierte Friedensmanifestation verwandelte sich in eine wirkliche proletarische Demonstration, die das volle Überwiegen der Bolschewiks in Petrograd bewies. Die Teilnehmer waren ausschließlich Arbeiter und Soldaten. Die Bourgeoisie verbarg sich. Es nahmen 4 - 500 000 an der Demonstration teil. Die ungeheure Mehrheit sprach sich für die ihr kundgegebenen bolschewikischen Losungen. Die Demonstration bezeugt den vollkommenen Bankrott der Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie und den bestimmenden Einfluss der Bolschewiks in Petrograd.

Die Helsingfors „Wolna“, das Organ des Helsingfors bolschewikischen Komitees berichtet, dass die Demonstration in Helsingfors eine Demonstration für die revolutionäre Taktik war. „Die Zeit des Wankens ist vorüber ... Das revolutionäre Helsingfors hat den richtigen Weg betreten ... Aber man darf nicht vergessen, dass das *erste* Wort gesagt wurde. Weitere müssen folgen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Veranstaltung der Demonstration in ganz Russland am 1. Juli dem allrussischen Kongress abgerungen wurde durch den Protest der Petersburger Arbeiter gegen das Verbot der Demonstration am 23. Juni. Und mit vollem Recht schreibt das führende Organ der Konterrevolution, die „Rietsch“ am 27. Juni: Die Sozialpatrioten scheinen sich an das Rezept zu halten: *similia similibus curantur* (Gift. wird mit Gift kuriert). Nachdem der Kongress für drei Tage alle Demonstrationen verboten hat, organisiert er selbst eine ... Dieser Beschluss zeigt noch einmal die Nachgiebigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte den Bolschewiks gegenüber.

Bezeichnend ist noch ein Moment: in der eben zitierten Nummer der „Wolna“ vom Dienstag, den 3. Juli, finden wir vor dem Bericht über die Demonstrationen folgenden Artikel: „Im letzten Augenblick erhalten wir die Nachricht, dass Kerenski einen Aufruf zur Offensive herausgegeben hat.“ Darauf folgt der Protest der Redaktion: „Das, was anfangs laut, dann im stillen vorbereitet wurde, wird jetzt ausgeführt. Die revolutionäre Demokratie Russlands, die gegen das Angriffsabenteuer protestiert hat, bekommt eine Antwort von Kerenski, der den Willen der russischen, französischen und englischen Kapitalisten erfüllt. Die russische Bourgeoisie sieht, dass ihre Macht wankt, dass sie ihren Händen zu entfallen droht - und sie wirft die Völker aufeinander. Das darf nicht geschehen! Der energischste Protest ist nötig. Es darf kein Tropfen Blut im Interesse der Bourgeoisie vergossen werden! Mit dem vollen Bewusstsein der Wichtigkeit des Moments wiederholen wir die Losung der Demonstration des 1. Juli: Fort mit der provokatorischen Politik der Offensive!“

In diesem Moment handelt es sich für uns nicht um die Richtigkeit dieses politischen Urteils. Worauf es uns ankommt, ist die Tatsache, dass der im Auslande am 1. Juli schon bekannte Beginn der Offensive in Helsingfors erst am 3. Juli bekannt wurde. Die russische Bourgeoisie und die Sozialpatrioten suchten zu verhüten, dass sich die Demonstration vom 1. Juli zu einem Schlag gegen die Offensive verwandle.

Der erste Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte.

Der erste Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte von ganz Russland hat stattgefunden, und er bestätigte voll und ganz die Taktik, die bisher von der Mehrheit des Petersburger Rates befolgt wurde: die Taktik des revolutionären Sozialpatriotismus.

Der Sieg des Sozialpatriotismus stand von vornherein fest: von 781 stimmberechtigter Kongressteilnehmer gehörten 297 der Partei der Sozialisten-Revolutionäre (einer kleinbürgerlichen Partei, die sich auf das Bauerntum zu stützen sucht), 253 den Menschewiks (einer opportunistischen sozialdemokratischen Partei), 10 dem jüdischen Arbeiterbund, 3 der Gruppe Plechanows an. Auf der Gegenseite standen 100 Bolschewiks, 32 Menschewiks-Internationalisten, die unter Martows Führung kämpfen, 10 der sogen. Geeinigten Sozialdemokraten, die sich um den Genossen Trotzky sammeln. Wenn man die verschiedenen parteilosen Elemente den Sozialpatrioten zurechnet, so standen gegen 600 Mann des sozialpatriotischen Blocks zirka 150 revolutionärer internationaler Sozialdemokraten gegenüber.

Wie erklärt sich dieses Überwiegen des Sozialpatriotismus auf dem Kongress? Bei der Beurteilung der Delegiertenräte der jetzigen Revolution gilt es, sich ein für alle Mal von der Erinnerung an die Arbeiter-Delegiertenräte des Jahres 1905 zu befreien, die eine reine Vertretung des Proletariats waren. Der schnelle Sieg der Revolution des Jahres 1917 war der Tatsache zu verdanken, dass das sonst vollkommen zersplitterte Bauerntum durch den Krieg in der Armee zusammengefasst dastand und dank der unerhörten Leiden, die es in drei Jahren des Krieges zu erdulden hatte, gegen die zarische Regierung aufgebracht war. Nachdem der Zarismus in der Armee keine Unterstützung fand, galt es, die Armee mit der Arbeiterklasse zu verbinden, um es den konterrevolutionären Elementen unmöglich zu machen, sich auf die Soldaten zu stützen.

So wurden überall in den Städten, wo Garnisonen vorhanden waren, gemeinsame Delegiertenräte gebildet, und die Delegierten der in der Front entstehenden Soldatenräte entsenden ihre Delegationen zum allgemeinen Kongress der Delegiertenräte. Die Armee ist in ihrer Mehrzahl bäuerlich, dazu kommt noch in Betracht, dass sie eine größere Vertretung hat als die Arbeiterschaft, da das Interesse, sie möglichst eng mit der Arbeiterschaft zu verbinden, es am Anfang der Revolution angezeigt sein ließ, jeder auch geringen Militäreinheit eine Vertretung im Delegiertenrate zu gewähren, was jetzt zu ändern verhältnismäßig schwierig ist. Auch die Arbeiterschaft ist keineswegs die alte geblieben.

Da ein großer Teil der Arbeiter eingezogen wurde, in den drei Kriegsjahren auf den Schlachtfeldern fiel, in Gefangenschaft geriet und ihre Stellen von Leuten vom platten Lande, von Hausdienern, Kutschern usw. besetzt wurden, da weiter die Frauenarbeit sehr zugenommen hat, so hat man mit einer Umschichtung der Arbeiterschaft zu tun, die das Niveau des Klassenbewusstseins momentan sehr gedrückt hat.

Es ist klar, dass in diesen Bedingungen die Arbeiter-Delegiertenräte kein Parlament der Arbeiterklasse, geschweige denn der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sind, sondern dass sie die gesamte Demokratie repräsentieren, die in einem Lande wie Russland in ihrer großen Mehrheit kleinbürgerlich ist. Nun ist es offensichtlich, dass in einem Lande, wo das Bauerntum noch revolutionär ist, weil es um Grund und Boden der Großgrundbesitzer kämpft, keine ernst zu nehmende revolutionäre Partei den Bauern den Rücken zukehren kann, dass die Schaffung gemeinsamer Delegiertenräte mit den Soldaten den Interessen der Revolution entspricht. Aber das schafft die Tatsache nicht aus der Welt, dass bei der Disproportion der Soldaten- und Arbeitervertretung, beim Fehlen besonderer Arbeiterräte, in denen sie ihre

Linie selbständig bestimmen würden, die Politik des Proletariats ihre selbständige Orientierung verloren hat, dem Proletariat die Gefahr droht, ins Schlepptau der kleinbürgerlichen Politik genommen zu werden.

Diese Gefahr wurde erhöht durch die ungeheure Kompliziertheit der Lage, in der sich Russland befindet. Der Krieg lässt sich ohne Zweifel durch Russland einseitig nicht beenden. Aus seiner Hölle führen praktisch zwei Wege hinaus: die Verständigung der kapitalistischen Regierungen untereinander, oder die proletarische Revolution. Der erste Weg bedeutet aber, unter den gegebenen Verhältnissen, da England und Frankreich an Verständigung mit Deutschland nicht denken, nichts anderes, als dass die provisorische Regierung und die sie unterstützende Mehrheit des Kongresses die imperialistischen Regierungen zu überzeugen suchen müssen, dass sie an die öffentliche Meinung der Ententeländer appellieren. Die Grenzen dieses „Kampfes um den Frieden“ sind den Führern des Sozialpatriotismus vollkommen klar.

Wir sind überzeugt – erklärte in seiner Kongressrede Zeretelli – dass wir keine Schritte unternehmen dürfen, deren Resultat ein Bruch mit den Verbündeten wäre ... da meines Erachtens als den schlechtesten Ausgang der Friedenskampagne, als einen viel schlechteren, wie es selbst die Verzögerung des Friedensschlusses wäre, ein Separatfrieden mit Deutschland anzusehen ist. Da der Entente dieser Standpunkt wohl bekannt ist, kann sie so lange den Krieg verschleppen, bis sie zum Frieden durch andere Ursachen genötigt sein wird. Die russische Revolution schaltet sich als Friedensfaktor aus, soweit man vom bewussten Handeln, nicht von den spontanen Wirkungen der Revolution spricht. Aber dieser Standpunkt der Sozialpatrioten wird von der kleinbürgerlichen Masse verstanden, denn er überträgt die Friedensarbeit in die Hände der Diplomatie und den Ministern, und die kleinbürgerliche Masse traut den eigenen Kräften überhaupt wenig zu.

Der revolutionäre Weg, den die Bolschewiks den Massen zeigen, hat zur Vorbedingung das Ergreifen der Macht durch das Proletariat und das Kleinbürgertum in einer wirtschaftlich und politisch denkbar schwierigsten Lage. Er erfordert heroische Maßregeln, er sagt der Masse offen, dass trotz dieser Maßregeln die Revolution vom vereinigten europäischen Imperialismus erdrückt werden kann, wenn inzwischen die europäische Arbeiterklasse nicht zur Aktion übergehen sollte. Der kleinbürgerliche Gedanke schreckt vor der zweifellos gigantischen Aufgabe, die Gewalt in die Hände zu nehmen, zurück, er schreckt zurück vor der Aussicht, gegen die Bourgeoisie, gegen den Adel, nur auf die Kräfte der Arbeiter, Bauern und eines Teils des städtischen Kleinbürgertums gestützt, das Riesenreich mit zurückgebliebener Kultur während einer Weltkrise zu reorganisieren, es aus dieser Krise hinauszuführen. Sie zittern bei dem Gedanken, dass die Bourgeoisie ihnen die Gewalt überlassen könnte, um sie zum Fall zu bringen.

Und wie es immer die Kleinbürger getan haben, stecken sie den Kopf in den Sand, suchen sich einzureden, dass die Gefahr keinesfalls besteht. Was sie morgen tun werden, wenn die Lotterwirtschaft der provisorischen Regierung die Volksmassen zur Verzweiflung treibt, daran wollen sie gar nicht denken, obwohl das Bewusstsein, dass dies jeden Augenblick eintreten könnte, ihnen den Schlaf aus den Augen jagt.

So hat die Mehrheit der kleinbürgerlichen Elemente des Delegiertenkongresses die Politik des Sozialpatriotismus gutgeheißen: Unterstützung der Koalitionsregierung der Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Kleinbürger, Verhandlungen mit den Verbündeten wegen des Weges zum Frieden, d. h. im innern und äußern Bündnis mit den Kapitalisten natürlich zur „Rettung der Revolution“, rücksichtsloser Kampf gegen die proletarischen Elemente, die sich um die Bolschewiks gruppieren, der Kampf gegen die Anarchie, natürlich auch „im Interesse der Revolution“.

Im Jahre 1905 gab es keinen Augenblick – schreibt mit vollem Recht Genosse Trotzky in seinem Organ *Wpierod* – wo das Proletariat so isoliert war wie jetzt. Im Dezember 1905 war das Proletariat genötigt die entscheidende Schlacht anzunehmen, bevor die Reserven der zurückgebliebenen Massen in Land und Stadt heraneilen konnten. Aber es war keine Rede von einer Feindschaft dieser erst erwachenden Massen gegen das Proletariat.

Heute ist das erreicht worden. Und wenn man annehmen würde, dass die politische Entwicklung weiter in derselben Richtung gehen wird, in der sich die Führer des Arbeiter-Delegiertenrates bewegen – auf dem Wege der Vereinigung der kleinbürgerlichen Massen mit der Bourgeoisie und der Isolierung des Proletariats für die Sünde des Klassenkampfes, so müsste man annehmen, dass der höchste Punkt der Revolution schon überstiegen ist, dass wir systematisch in die konterrevolutionäre Epoche hineinkommen, die eingeleitet wird durch das Experiment eines von oben eingeleiteten Bürgerkrieges. Aber zum Glück ist es nicht so.

Es wäre ein großer Fehler die weitere Entwicklung der Bauernmassen nach den durch und durch konservativen Auffassungen der Mehrheit des Kongresses zu beurteilen. Die Ereignisse sind viel stärker als die Ansichten. Die vierte Duma war genötigt, gegen ihren Willen die provisorische Regierung zu bilden. Auch der Kongress der Delegiertenräte und die von ihm gewählten Führer können sich genötigt sehen, entgegen dem eigenen Aberglauben, von neuem an die Frage der revolutionären Gewalt heranzutreten und sie ganz anders als bis jetzt zu lösen.

Ein Pyrrhussieg.

Auf der Generalversammlung des *Deutschen Metallarbeiter-Verbandes* in Köln ist eine für die deutsche Arbeiterbewegung denkwürdige Schlacht geschlagen worden. Herr Schlicke behauptete in ihr mit den Seinen das Schlachtfeld. Er holte sich ein „Vertrauensvotum“, das mit 64 gegen 53 Stimmen beschlossen wurde. Der Sieg war so glänzend, dass ein konstitutioneller Minister sich ernstlich überlegen würde, ob er seines Amtes Bürde noch weiterschleppen soll. Der Verbandstag ist eine Etappe im treibenden Arbeitsprozess der Arbeiterklasse. Ein übertrieben unzulänglicher Bericht liegt in der Presse über die Verhandlungen vor. Er wird der Bedeutung der Tagung nicht im Mindesten gerecht, denn er gibt aus den Debatten kaum einen zusammenhängenden Gedankengang, sondern nur spärliche gelegentliche Redewendungen. Da er auch wohlbedachterweise die Mitteilung der oppositionellen Resolutionen unterlässt, ist es uns nicht möglich, über den Charakter der von dem fanatischen Zentrumsmanne Dißmann-Frankfurt geführten Opposition zu fällen. Sollte er sich decken mit dem Inhalt der auch außerhalb des Verbandsrahmens bekannter gewordenen Berliner Resolution, so würde uns das bestärken in der Auffassung, dass es auch in den Gewerkschaften eines heftigen Kampfes bedarf, nicht nur um die klassenkämpferischen Elemente zum Siege, sondern auch um sie zur Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeiten zu führen. Diese Resolution lautet:

„Die Aufgaben der Organisation sind bedingt durch ihre Stellung zur privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der die Klassengegensätze wurzeln und sich immer mehr verschärfen. Die Organisation hat sich zu betätigen nicht nur zur Milderung der der Arbeiterschaft erwachsenen Leiden und zur Förderung der Augenblicksinteressen, sondern zur endgültigen Befreiung der Arbeiterschaft. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur auf dem Boden des Klassenkampfes möglich. Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stellt sich auf diesen Boden und weist alle Versuche entschieden zurück, die geeignet sind, die Organisation in andere Bahnen zu leiten. Sie erwartet vom Vorstand und allen Funktionären und besonders von der Schriftleitung der „Metallarbeiterzeitung“, dass bei ihrer Stellung zu den Unternehmern wie zu der Regierung dieser Charakter nicht verleugnet wird. Wohl erkennt die Generalversammlung an, dass zur

Besserung und Hebung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder in der Gegenwart ein Paktieren mit den Gegnern erforderlich ist, dieses hat sich in dem durch Charakter und Wesen der Organisation bedingten Rahmen zu bewegen und darf niemals zur Preisgabe von Grundsätzen und Rechten führen. Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Unternehmern darf immer nur vorübergehend als Mittel zum Zweck geschehen, niemals Selbstzweck werden.

Die Demokratie ist die Grundlage der Organisation, der Wille der Mitglieder das oberste Gesetz. Die Funktionäre können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Das schließt jede Instanzenpolitik aus. Den Mitgliedern muss innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein. Auch müssen die Versuche, den Mitgliedern außerhalb der Organisation eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, entschieden zurückgewiesen werden. Ebenso wenig darf die Organisation selbst auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt werden. Die Stellung der Organisation zu politischen Fragen ergibt sich aus ihrem Charakter.

Die Generalversammlung konstatiert, dass sich die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum während der Kriegszeit noch mehr verschärft haben und die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert hat. Sie stellt weiter fest, dass die Regierung die durch das Ernährungsgesetz und den Belagerungszustand gegebene Macht der Arbeiter ohne zwingenden Grund zu beschneiden oder ganz aufzuheben, was am schärfsten in der Aufhebung der Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche zum Ausdruck kommt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann die Generalversammlung das Verhalten der Vertreter der Gewerkschaften im Reichstage nicht billigen. Diese haben sich mit Anregung und Protesten begnügt, zugleich aber dieser Regierung jede Unterstützung gewährt und dabei die wichtigsten politischen Grundrechte preisgegeben. Gegen diese Haltung, besonders bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, erhebt die Generalversammlung den allerschärfsten Protest.

Die Generalversammlung protestiert weiter gegen die Versuche der Generalkommission und der Vorständekonferenz, die Gewerkschaften auf die Politik vom 4. August festzulegen und den Mitgliedern eine bestimmte politische Meinung vorzuschreiben, wie es durch die Beschlüsse und Kundgebungen vom 23. Juni und 5. August 1915 geschehen ist. Diese Versuche führen zu einer unheilvollen Instanzenpolitik und untergraben die demokratische Grundlage der Organisation.“

Die Resolution holt sehr weit aus und versucht die Grundlagen der Gewerkschaftsarbeit festzulegen. Aber dabei kommt sie über Allgemeinheiten, wie Klassenkampf, nicht hinaus. Dazu sind heute denn doch die Verhältnisse zu weit gediehen, als dass man sich in der Gewerkschaftsbewegung an der einfachsten Konstatierung: Hie Klassenkampf - dort Regierungspolitik! oder: Hie Demokratie - dort Instanzenpolitik genügen lassen könnte. Es ist ja nicht allein das Überhandnehmen der Bureaucratie in den Gewerkschaften, nicht allein das Ruhebedürfnis, das den Standesinteressen der Angestellten (durchaus das bezeichnende Wort) entspricht, auch nicht bloß ihre absolutistischen Gelüste, welche die Gewerkschaftskrise hervorgerufen haben. In Wirklichkeit konnten diese Erscheinungen nur deshalb so überwuchern, weil sich der alten Art des Gewerkschaftskampfes immer engere objektive Grenzen zogen. Gerade der Metallarbeiter-Verband hat es wiederholt am eigenen Leibe erfahren, dass dem modernen Riesenkapital mit den Mitteln des reinen gewerkschaftlichen Streiks nicht mehr an den Kragen zu kommen ist. Dieses Notwendigste, die Kritik der Kampfmittel und Kampfmethoden fehlt in der Resolution. Es fehlt in ihr die Feststellung, dass die Zeit reif ist den Dualismus in der Arbeiterschaft, der eine beständige Ursache von Reibungen und Widerständen ist, aufzuheben in der Methode zunächst und infolgedessen auch in der Form der Organisation.

Ob diese Gedanken auf dem Verbandstage von der Opposition ausgesprochen worden sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Aber die Herrschaften an der Spitze des Verbandes fühlen die Konsequenzen der Attacke gegen sie. Schon in seiner einleitenden Rede führte Schlicke aus:

Man will den Verband von seinem bisherigen Gang abdrängen und ihm eine andere Marschroute geben. Wir betrachten den Streik als Kampfmittel, das dort anzuwenden ist, wo eine gütliche Verständigung nicht möglich ist. Nun sollen wir Streiks führen zu rein politischen Zwecken, – der Demonstration gegen Erscheinungen, die außerhalb des Rahmens der Bestrebungen unserer Organisation liegen. Es ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, die Arbeiter zu Streiks zu veranlassen; planmäßig wird Misstrauen gegen die Leitung der Gewerkschaften gesät zu dem ausgesprochenen Zweck, um die Gewerkschaften nachher politischen Demonstrationen dienstbar zu machen.

Es ist begreiflich, dass Schlicke nicht verstehen kann, weshalb künftig wirtschaftliche gewerkschaftliche Ziele nur durch politischen Kampf, Kampf und nicht bloß Parlamentsgerede erreicht werden können. Ebenso begreiflich ist, dass er über Demonstrationen in der Politik nicht hinausdenken kann, er, der sich ja selbst in der Gewerkschaftspolitik schon auf eine reine Demonstrationstaktik zurückgezogen hat. Aber immerhin merkt er, weil er im Zuge steht, sehr gut, woher der Wind weht, so sehr auch noch die Opposition vor der Klarlegung der Dinge und der rücksichtslosen Konsequenz zurückscheut. Die Linksradiكالen haben noch tüchtig zu tun, um Licht in die Köpfe der Massen zu bringen. Sie werden dabei von der überzeugenden Sprache der Ereignisse kräftig unterstützt werden.

Diese Erkenntnis hilft auch über die offenbare Schwächlichkeit der Opposition hinweg. Noch hat diese Opposition durchaus keine innere Festigkeit. Für ein ausdrückliches Vertrauensvotum konnten sich von 117 Delegierten 53 nicht entschließen. Aber schon bei der Abstimmung über einen von Liebmann vorgeschlagenen Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands gingen 9 Opponenten zur anderen Seite über. Diese Neun nahmen also nicht etwa Anstoß daran, dass der Aufruf an denselben Mängeln leidet wie die oben abgedruckte Resolution. In ihm werden die gewerkschaftlichen Arbeiter aufgerufen, dafür zu sorgen, dass in ihren Organisationen wieder der alte Kampfesgeist und das alte Selbstbewusstsein einkehren, die den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ihre Kraft und Stärke gaben. Bitter notwendig brauche die Arbeiterklasse selbständige, von den Regierungen und von den bürgerlichen Parteien unabhängige Organisationen. Daher solle jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dafür sorgen, dass seine Organisation diesen Anforderungen wieder entspreche. Noch deutlicher zeigte sich die Schwachmütigkeit der Opposition bei der Vorstandswahl, die für die alten Bürokraten 81 gegen 35 Stimmen ergab.

Trotzdem zeigt sich deutlich, dass der Verbandstag für Schlicke einen Pyrrhussieg gebracht hat, und bei dem heutigen Sichüberstürzen der Ereignisse dürfte er kaum noch zu einem solchen Siege kommen, um verloren zu sein. Bei so entschlossenen Leuten, wie die Gewerkschaftsbürokraten im Gegensatz zur Opposition sind, heißt das natürlich: Rüsten für den Kampf bis zum Äußersten. Schon drohte Schlicke an, dass gegen die Kollegen, die gegen das Statut verstoßen, vorgegangen werden soll. Nach dem musterhaften Vorgehen in der „alten Partei“ kann man sich also auf eine artige Ketzerverfolgung gefasst machen. Zugleich hat sich der Vorstand eine neue Schanze gebaut durch einen erweiterten Beirat, der ganz in der gewohnten antidemokratischen Weise zusammengesetzt wird, welche die Industriezentren, die Träger der modernen Idee, durch die Klein- und Mittelbetriebe bevormundet. Der Verbandstag beschloss nämlich den bisherigen Beirat als engeren Beirat zu belassen und einen erweiterten Beirat zu schaffen. Diesem sollen außer den zum engeren Beirat zählenden Personen angehören: je ein Vertreter aus den Bezirken bis zu 25 000 Mitgliedern, je zwei Vertreter aus Bezirken bis 50 000 Mitgliedern und je drei Vertretern aus

noch größeren Bezirken. Diese Vertreter werden auf Bezirkskonferenzen gewählt. Der erweiterte Beirat soll bei allen wichtigen, das Gesamtinteresse des Verbandes berührenden Fragen zusammenberufen werden.

Die Position der Gewerkschaftsbureaukratie ist also erneut gestärkt worden. Aber vielleicht führt gerade die stärkere Rüstung zu umso kräftigeren Ansturm und baldigeren Fall der Bureaunkratenfeste. Bresche ist schon gelegt.

Eine Erwiderung.

Auf die Richtigstellung des Genossen Borchardt zu meinem Artikel über die *Ursachen der Teuerung* habe ich kurz folgendes zu bemerken:

Wenn ich sagte, Borchardts Schrift „Woher kommt das Geld zum Kriege?“ habe die Grundlage für meinen Aufsatz gegeben, so sollte sich das nur auf das in ihr gesammelte, ausgezeichnete Material beziehen. Die Schlüsse daraus habe ich gezogen. Es würde sehr interessant sein, über die Funktion des Papiergeldes im kapitalistischen Warenverkehr ausführlich zu debattieren. Für solche Zwecke reicht jetzt der Raum dieser Zeitschrift nicht aus. Es ist aber auch nicht unbedingt nötig, weil Hilferding in seinem Finanzkapital (Abschnitte über das Geld, Seite 1 - 74) die Rolle des Geldes eingehend und scharfsichtig untersucht und seine Auffassungen so einleuchtend begründet hat, dass auch Borchardt dadurch gewiss überzeugt worden wäre, wenn er auf meinen Hinweis eingegangen wäre. Hilferdings Untersuchungen ermöglichten es mir, in den Schlussfolgerungen weiterzugehen, als Borchardt. Zu dem Schlusse, dass Borchardt die heutige Papiergeldwirtschaft für kapitalistische Anforderungen nicht als ungesund ansieht, veranlasste mich sein beständiger Hinweis auf die Golddeckung. Dazu kommt die ausdrückliche Betonung, dass nach dem Stande vom 30. Juni 1916 die Dritteldeckung vollkommen gewährleistet sei und die Finanzlage in Deutschland wegen dieser Tatsache viel günstiger sei als in anderen Ländern (Seite 47). Zwar weist er dabei auf die starke Vermehrung ungedeckter Banknoten hin, aber das scheint er nur zur Begründung der Preissteigerung zu benutzen und nicht zu einem Urteil über die innere Sicherheit der deutschen Finanzwirtschaft. Borchardt operiert beständig mit dem Begriff der Deckung, ohne auch nur einmal ihre Rolle in der Papiergeldwirtschaft zu bewerten, oder sich mit den landläufigen Auffassungen der bürgerlichen Ökonomen auseinanderzusetzen. Wer sich über diese Fragen unterrichten will, dem möchte ich das Studium von Hilferdings Finanzkapital dringend anraten.

W. Meppen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

7. Juli.

Kanzlerkrise! So raunt und tost es, je nach Temperament und Parteistellung durch die Presse. Sturm gegen den Kanzler von links, der bisher von den Alldeutschen und ihrem Anhang demagogischerweise als Gefangener der Sozialdemokratie – umgekehrt wird bekanntlich ein Schuh daraus – bestürmt und begehrt wurde. Dunkle Gerüchte von Außerordentlichem, von noch nie dagewesenem in der Geschichte des Reiches schwirren umher. Andeutungen, Behauptungen und Widerrufe folgen hart aufeinander. Noch ist also kein klares Bild darüber zu gewinnen, was eigentlich vorgefallen ist. Wir werden deshalb die Sache ausführlich behandeln, sobald sich klarsehen lässt. Nur zwei Bemerkungen: Es scheint uns, als sei die Ursache der gewaltigen Erregung, aus der man sogar so etwas wie Temperament bei deutschen Volksvertretern spürt, eine Befürchtung. So auch, wenn die „Vossische Zeitung“ schreibt: „Niemand kann sich der Einsicht verschließen, dass die öffentliche Meinung müde ist, noch weiter der Art und Weise ruhig zuzusehen, in der das

deutsche Staatsschiff jetzt gesteuert wird. In solchen Tagen bestünde die größte Gefahr darin, dass die berufene Vertretung des Volkes der Willenlosigkeit verfiel.“ Die Furcht scheint nicht unbegründet zu sein.

Noch interessanter ist die Mitteilung, eine Abordnung von 6 Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei sei zum Reichskanzler gelaufen und habe eine strikte Erklärung verlangt: dass er nur einen Verteidigungskrieg führe, dass er jederzeit in Friedensverhandlungen auf Grund des status quo ante nach allen Seiten eingehen wolle, dass er schließlich das parlamentarische Regime unter Berufung führender Abgeordneter aller Parteien zu Ministern und außerdem das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen wolle. Die Forderung parlamentarischer Minister aus allen Parteien, ein Aufguss der Verteidigungsministerien in Ententeländern, stimmt auffällig überein mit einer Forderung, die dieser Tage in der Breslauer „Volkswacht“ erhoben wurde. Also, Herr Scheidemann, den Sprung gewagt! Hinauf auf den Ministersessel!

8. Juli.

Herr Bernstein hat sich während seiner Rückkehr von Stockholm interviewen (auf deutsch: aushorchen) lassen, ob er mit der Mission der Unabhängigen zufrieden war. Er meinte bedenklich kleinlaut: „Ich glaube mit Ja antworten zu können“. (Hört, hört!) Es seien nämlich in den „Unterhaltungen“ (Verhandlungen hat es nach Bernstein überhaupt nicht gegeben) mit den Imperialisten a la Branting und Troelstra eine Reihe irriger Auffassungen berichtigt worden. Wer wird nun noch daran zweifeln, dass die Gruppe Internationale recht tat, die Beschickung der Konferenz für nötig zu halten. Die Prostituirung unter die Sozialpatrioten hat Erfolg gehabt. Einige Richtigstellungen! Prost Mahlzeit!

Aber auch sonst kann die Internationale Gruppe auf die Erfolge ihrer Einigung mit den Unabhängigen stolz sein. Wir wiesen schon darauf hin, dass diese für allen pazifistischen Zauber eintreten, den auch die Internationale Gruppe für eitel Humbug hält. Bernstein unterstreicht diesen Pazifismus noch und hofft noch immer auf den „Verständigungsfrieden“ der Regierungen. Aber was unterscheidet sie denn dann von den Scheidemännern? Ist ihre Opposition wirklich nur ein Monopol an Mangel [korrigiert, d. Hrsg.] an Mut zur Konsequenz und Brotneid gegenüber den glücklich Besizenden, wie der Vorwärts behauptet? Es scheint so.

9. Juli.

Herr *Groener* hat in Frankfurt vor Industriellen eine Rede gehalten, in der es heißt:

„Wir, die wir reine Kriegsarbeit zu leisten haben, das Heer, die Heeresverwaltung, die Industrie und was damit zusammenhängt, wir haben kein Recht, vom Frieden zu reden Wir müssen absolut unsern Arbeitern klar machen, dass es nur eins für uns gibt, dass sie arbeiten, solange noch ein Soldat draußen steht. Es ist eine Stimmung in der Arbeiterschaft, die mir nicht gefällt. Ich verstehe es ja, Friedenssehnsucht ist überall und selbstverständlich auch in der Arbeiterschaft, aber wir müssen unserer Heimarmee klar machen, dass es das für uns nicht gibt. Den Frieden machen andere Leute, wir haben Waffen und Munition zu schaffen!“

Den Krieg haben andere Leute gemacht, den Frieden machen auch andere Leute. Das ist eine Auffassung, die einen wie Anno Tobak anmutet:

Vertrauet eurem Magistrat,
Der treu und liebend schützt den Staat
Durch huldreich, hochwohlweises Walten.
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

Als Herr Groener auf der Bildfläche erschien, da schnalzten die Herrschaften um Scheidemann mit der Zunge: Endlich ein Militär, d. h. ein Mann mit gesundem Verstand und ohne Klassenurteile.

10. Juli.

Zwischen der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie (Bolschewikis), den Genossen Hanecki, Orłowski, Radek und den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands den Genossen Haase, Ledebour und Herzfeld fanden Verhandlungen über die bevorstehende internationale Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates statt. Die Aussprache bewies – was von vornherein anzunehmen war – dass zwischen dem Standpunkt der Bolschewikis und dem des deutschen Parteizentrums keine Einigung möglich ist. Während die Bolschewikis jede gemeinsame Arbeit mit den Sozialpatrioten ablehnen, wollen die deutschen Unabhängigen den Frieden durch Verhandlungen mit den russischen, französischen und englischen Sozialpatrioten fördern. Die Teilnahme der deutschen Sozialpatrioten an dieser „Friedensarbeit“ ist ihnen natürlich sehr unangenehm, aber für das Glück der Zusammenkunft mit den Vätern der russischen Offensive nehmen sie – natürlich unter Protest – auch dieses Malheur mit in den Kauf. Die russische Arbeiterschaft möchte erfahren, welchen Standpunkt die Spartacusgruppe diesem Entschluss der Unabhängigen gegenüber einnimmt. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Spartacusgruppe ihre politische Selbständigkeit wirklich bewahrt hat, wie sie es behaupten. Wir werden zu der Frage der internationalen Konferenz des Arbeiterdelegiertenrates demnächst ausführlich Stellung nehmen.

11. Juli.

Einem Briefe eines Pariser Genossen entnehmen wir folgende Schilderung der bekannten Vorgänge in der Pariser Maiversammlung:

„ ... Das Volksgewissen erwacht. Ihr werdet wohl von der Versammlung am 1. Mai gehört haben, welche die Liga der Menschenrechte zu Ehren der russischen Revolution in Paris veranstaltet hatte. Sie hat gar nicht den Erwartungen ihrer Veranstalter entsprochen. Die Kundgebung gegen die Vandervelde, Jouhaux und anderen Maulhelden ist wirklich großartig gewesen und das ist umso bezeichnender, als sie keineswegs vorbereitet war. Man traf dort die verschiedensten Leute (6000 Personen), besonders französische, belgische und russische Soldaten in großer Zahl und viele alte Arbeiter. Auch viele Bourgeois waren dort, aber die Versammlung hätte einen noch volkstümlicheren Charakter gehabt, wenn sie im Trocadero abgehalten worden wäre. Der Zorn der Menge richtete sich hauptsächlich gegen die Überläufer unter den Sozialisten. Vandervelde, von den Führern der Liga veranlasst, bemühte sich trotz des Tumults zu sprechen: er sprang herum wie ein Besessener und brüllte: Es lebe Belgien! Es lebe Serbien! Es lebe Rumänien! usw., während das ganze Publikum ihn verhöhnte und den Frieden forderte. Nur 500 Personen, das Komitee einbegriffen, unterstützte ihn. Auf der Bühne schrie Maria Verone, als wenn sie am Spieß stäke; sie und andere Mitglieder stürzten sich auf Severine, welche gerade ankam und noch nicht gesprochen hatte, indem sie ihr vorwarfen, dass sie die Verantwortung für diese Kundgebungen trüge. Es gelang erst die Menge zu beruhigen, als man auf der Bühne eine Sängerin erscheinen ließ, welche russische Lieder, Volkslieder und Liebeslieder sang; aber nach einiger Zeit der Ruhe verlangten die Russen die Revolutionshymne, welche unter der größten Stille vorgetragen wurde; man sah Russen, welche weinten. Eine ungeheure Beifallskundgebung folgte. Seit dieser Zeit werden Renaudel, welcher mit seiner Rede nichts erreichte, und die Anhänger der Majorität nicht wieder ruhig, sie wollen unbedingt glauben machen, dass dieser Aufruhr des öffentlichen Gewissens das Ergebnis einer geheimen Abmachung ist. – Was sie fernerhin weiter macht, ist ein Flugblatt, in welchem die Redaktion des „Natschalo“ diesen Sozialisten einige sehr harte Wahrheiten sagt, diesen Sozialisten, welche heute die russische Revolution verherrlichen,

nachdem sie, wie Herve gestern geschrien „Es lebe der Zar!“, oder nachdem sie die Russen aufn Zarismus vorläufig einzustellen, wie Vandervelde ...“

12. Juli.

Die Haltung der Bolschewiks zur *Affäre Grimm* wurde im Arbeiter-Delegiertenrat durch den Genossen Zinowjew dargestellt. Genosse Zinowjew stellte fest, dass die Bolschewiks nicht mehr über die Affäre wissen, als was die Zeitungen am 16. Juni veröffentlichten, d. h. das Telegramm Hoffmanns an Grimm. Genosse Zinowjew missbilligt, dass Grimm die Tat Hoffmanns zu charakterisieren abgelehnt hat und sieht darin einen Beweis seiner Inkonsequenz als Internationalist. Der Internationalismus erfordert in erster Linie den Kampf gegen die eigene Regierung. Aber für Inkonsequenzen im Internationalismus darf man Leute nicht mit der entehrenden Ausweisung strafen, am wenigsten dürfen es die sozialpatriotischen Minister tun. Diese Rede Zinowjews zeigt, wie sehr im Unrechten die „Berne Tagwacht“ ist, wenn sie die 120 Stimmen, die gegen die Ausweisung Grimms fielen, als Solidaritätsakt mit Grimm auffasst.

Wir wollen noch unterstreichen, dass unsere Genossen in Petrograd im Moment ihrer Stellungnahme nicht wussten, dass sich Grimm auf diplomatischem Wege an Hoffmann um Informationen gewandt hatte. Die endgültige Stellungnahme der Partei wird nach Abschluss der Arbeiten der Untersuchungskommission erfolgen.

Feuilleton

Pierre Hamp †.

Von H. Roland-Holst.

Eine große Zahl begabter Schriftsteller ist auf französischer Seite im Weltkriege gefallen. Soviel wir wissen, gehörten sie alle ohne Ausnahme in ihrer Arbeit der herrschenden Klasse an; alle stellten sie in ihrer Kunst die reaktionären Strömungen vor, welche anfangs dieses Jahrhunderts unter dem Intellekt der jüngeren Generation kräftig emporkamen: der Neukatholizismus, Mystizismus, Nationalismus und Royalismus. Der Einfluss von Anatole France nahm ab in dem Maße wie jener von Borries zunahm, und der Stern des süßlichen und gekünstelten Pegny stieg am Horizont empor.

Pierre Hamp bildet eine Ausnahme unter den jüngeren französischen Schriftstellern. Er gehört dem Proletariat, er ist der Darsteller jenes Geistes des echten revolutionären Arbeitersozialismus in Frankreich geworden, der nach 1900 in der syndikalistischen Bewegung auflebte. Wie die besten Repräsentanten dieser Bewegung, er gehörte zu den Kreisen der „Vie Ouvriere“, die kleine, aber ausgezeichnete Zeitschrift von Merrheim und Monatte, zog er die Schleier weg, mit welchen Demokratie, Tradition und Phrase die gesellschaftlichen Gegensätze in Frankreich umhüllen und durchschaute diese bis auf ihren Kern. Und dasjenige, was er klar und deutlich sah, wusste er in schlichter, originaler und eigner Art zum Ausdruck zu bringen.

Zusammen mit Romain Rolland ist Hamp ohne Zweifel der bedeutendste erzählende Schriftsteller der jüngeren französischen Generation. Eine eingehende Vergleichung der Werke beider würde interessant und lehrreich sein. Rolland steht in der Welt des Geistes da als eine edle, etwas schwache Nachblüte aus einem vorigen Zeitalter, einer jener letzten alleinstehenden idealistischen Ideologen und bürgerlichen Kosmopoliten, dessen Lebenstragödie die entsetzliche Einsamkeit ist, welche der Weltkrieg rings um sie schuf. Hamp hingegen wurzelt fest und stark im Boden der gesellschaftlichen Wirklichkeit seiner Zeit.

In seinem ersten Werke „Vieille Histoire“, (Alte Geschichte), einer Sammlung von Novellen aus Nordfrankreich, meistens Geschichten von Zollbeamten und Schmugglern, tritt seine einfache, beherrschte und schonungslos aufrichtige Erzählungsweise meisterhaft hervor; es sind ergreifende Darstellungen vom Leben aus der Grenzgegend, sprudelnd vor innerer Wahrhaftigkeit. Nach diesen Präludien fing Hamp sein großes Werk an, die Darstellung der „Mühsal des Menschen“ (La peine des homes). Drei Bücher hat er diesem Thema gewidmet. Das erste „Le Rail“, schildert das Leben der Eisenbahnklaven der französischen Nordlinien, den Anfang zum großen Eisenbahnerstreik von 1910, den Streik selbst und dessen trauriges Ende. Das zweite: „Maree froiche et vin de champagne“ (Frische Fische und Schaumwein) besteht aus zwei Erzählungen, von denen die erste das schwere Leben der Arbeiter in der Fischerei beschreibt, das andere die Existenz der Arbeiter in den Weinfabriken, wo der berühmte französische Schaumwein fabriziert wird. Beide Erzählungen schließen mit einem schroffen Gegensatz, die Darstellung mit wenigen scharfen Zügen jener Müßiggänger und Parasiten, welche in grobem Genuss den frischen Seefisch und den perlenden Wein verfressen. Diese Skizzen bilden unter allen Arbeiten Hamps am meisten ein abgeschlossenes Ganzes, literarisch gehören sie zum Besten, was er geschrieben hat.

Der dritte Teil seiner Trilogie, „Enquete“ behandelt, wie der Titel zeigt, in der Form einer Untersuchung, die Lebensbedingungen des elenden durch Kirche und Alkohol demoralisierten Textilproletariats in Roubaix.

Agitatorisch oder tendenziös im wahren Sinne ist auch diese letzte Arbeit Hamps ganz und gar nicht. Keine Theorien und keine Deklamation, keine donnernden Anklagen gegen den Kapitalismus und ebenso wenig ein übertriebenes oder imaginäres proletarisches Heldentum. Nichts von dem. Mit furchtbarem Ernst, mit bitterem Sarkasmus, mit erschütterndem Mitgefühl werden Tatsachen dargestellt, Lebensverhältnisse geschildert. Unter der kühlen sachlichen Form, so wie „Le Rail“ hat auch „l'Enquete“ völlig den Charakter einer Vorstudie zu späteren Arbeiten, rast der heftige Zorn über die gesellschaftliche Unterdrückung, die herzlose Gewinnsucht der Fabrikanten, die Heuchelei der frommen Philanthropen, die abscheulichen Praktiken der Mietenjäger und der Verkäufer von Alkohol, große und kleine, welche alle zusammen sich vereinen, um das Volk zu vergiften, bis zu den „Militanten“ der Partei und der Gewerkschaften. Hamp schont nichts und niemanden in seiner Darstellung der grässlichen Wahrheit, auch nicht die Führer eines „sogenannten Sozialismus“, der es nicht weiter bringt als zur antiklerikalen Wahlkampagne, oder zur leeren Deklamation gegen die Lohnherren. Und man hört in tiefster Tiefe seine Seele klagen und sich ängstigen, bange fragend, wie diese degenerierte Masse je auferstehen wird zu vernünftigen Wollen, Selbstzucht und Empörung. Die Gewissheit des Sozialismus leuchtet nicht sanft und trostvoll über der Arbeit Hamps. Dazu sah er zu scharf, zu schonungslos und war sein Thema zu speziell, waren die proletarischen Massen in Nordfrankreich, inmitten welcher er als Arbeitsinspektor lebte, zu tief herabgesunken in Trunksucht und Gleichgültigkeit, Rohheit den Menschen, Grausamkeit den Tieren gegenüber, waren sie zu jämmerlich zerrüttet und pauperisiert.

Ohne Erbarmen hat Hamp die Lebenssphäre des tiefsten Elends dargestellt, wozwischen nur vereinzelt ein Schimmer von tapferem Kampf, Solidarität und Standhaftigkeit gegen Unrecht aufglüht. Seine Worte sind schneidend wie scharf gewetzte Messer, durchsichtig und hart wie Bergkristall. Romain Rolland wird neben ihm sowohl weichlich wie leer.

Aber die peinlich unbarmherzige Darstellung des Lebens dieser abgequälten Proletarier wird doch von einem Lichtschein umleuchtet: das geweihte Licht des Heroismus der Arbeit. Nicht an erster Stelle als Kämpfer hat Hamp den Arbeiter darstellen wollen, sondern als Erhalter des gesellschaftlichen Lebens. Am besten kann man ihn vielleicht mit Meunier vergleichen. Und das ist das kräftige und tiefpathetische in seinen Worten: der schauderhafte

Gegensatz zwischen jener Rolle der Arbeit, die Welt zu ernähren und zu erhalten und dem gräulichen Lebensschmerz und Lebenshohlheit der Arbeiter selbst.

Dieser pathetische Charakter zeigt sich in den Tatsachen und einfachen Beschreibungen, nicht in irgendwelchen Argumentationen des Verfassers. Der Charakter von Hamps Arbeit ist unpersönlich, wie die Arbeit Flauberts, wovon sie in geistiger Linie abstammt, unpersönlich ist. Nur in „l'Enquete“ nimmt der Autor in der Person des Soziologen, der diese Untersuchung leitet, manchmal selbst das Wort. Der beherrschte unermessliche Hass gegen den Kapitalismus, der ihn trieb und der heilige Zorn, der ihn begeisterte, kommt zum Ausdruck in der folgenden Betrachtung, welche man „das Gebet des Aufständischen“ nennen könnte, eine der wenigen Stellen in der Arbeit Hamps, wo er lyrisch wird.

Die Augen auf den bleibenden Schatten durchbohrte der Untersucher mit einem Anruf die Finsternis: O Licht!

Dann vereinfachte er:

- Gott - als Empörung anwesend in dem Elend der Welt.

Indem er stand, war es ihm, als ob er emporwuchs, bis seine Stirn die Ewigkeit berührte.

Welcher Vertilger, göttlich erbarmungslos, wird kommen über diese Abscheulichkeiten. Ein Lebensgewimmel, worin das Leiden fort dauert. Ein Menschenkot, von Menschen bearbeitet. Und darin betet man laut zu dir, um die Gerechtigkeit nicht mehr reden zu hören. Gib diesen deinen Geist von Aufständigkeit und die Freude, lieber sterben zu wollen in furchtlosem Lachen, als unter Schluchzen und Flehen zu leben. Zu sterben, tausend der Gebeugten, damit einer überlebe, hoch das Haupt, und das Geschlecht der Befreiten erzeuge göttlich in eingesetzter Gerechtigkeit.

Oder lass diese Welt stürzen durch eine jagende Himmelskugel.

Vertilg, wenn wir für alle Ewigkeiten Seelendünger sind um das Gebet zu nähren, Leibesdünger um die Reichen zu mästen.

O Geist, träum eine Welt, in welcher nicht anders möglich ist als Gerechtigkeit oder der Tod.

Pierre Hamp, dieser scharfsichtige Geist, der das Wesen des Kapitals doch so gut erkannte, hat leider nicht zu denjenigen gehört, welche mit Merrheim und Monatte dem revolutionären Sozialismus treu blieben, als die große Prüfung kam. Auch er ist erlegen! In seinen während des Krieges erschienenen Schriften - Zeitungsartikel zu zwei Broschüren verarbeitet - ruft er nicht auf zum Kampf gegen die eigne Bourgeoisie, aber zum Aufbieten der ganzen Volkskraft im Dienste der „nationalen Zwecke“. Der Nationalismus nahm bei ihm eine eigne Form an: die Verherrlichung der Arbeiter, welche in Nord-Frankreich ihre Arbeit in den Fabriken unter den Granaten der deutschen Kanonen fortsetzen und der Frauen, welche die schwerste Arbeit in der Munitionsfabrikation mit Edelmut leisten. Auch während der Schlachten fuhr er fort die heroische Rolle der Arbeit zu würdigen. Aber nicht als revolutionärer Sozialist würdigte er sie, sondern als Nationalist.

Über Romain Rolland sprechen alle. Seine Arbeit ist in mehreren Sprachen übersetzt, über sein Kommen und Gehen berichten die Zeitungen.

Pierre Hamp aber kennen außerhalb seiner Heimat nur wenige und sogar vor dem Kriege waren seine Werke in Paris nicht leicht zu erhalten. Und doch ist er als Schriftsteller unserer Ansicht nach Rolland gleich zu stellen.

Es ist nicht schwer zu fassen, weshalb der Ruf den Namen des Verfassers von „Jean Christophe“ so viel weitergetragen hat, als den des Darstellers der „Mühsal der Menschen“. Rolland ist ein Ideologe, ein typischer Künstler jener kleinen Gruppe von Intellektuellen, welche die brennenden Wahrheiten der imperialistischen Ära nicht sehen können oder sehen

wollen und den kosmopolitischen Idealen einer vergangenen Periode treu bleiben. Mit eindringender liebevoller Intuition vertieft er sich in das Gemütsleben des Einzelnen, aber von sozialem Denken und sozialem Begriff findet sich in seinen Arbeiten kaum eine Spur.

Hamp ist ein realistischer, Denker, ein typisch-proletarischer Künstler. Er denkt völlig sozial, d. h. fortwährend fühlt er den Zusammenhang zwischen dem psychischen Leben der Menschen, ihrem Denken und Wirtschaften und den Arbeitsverhältnissen, den gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchen sie leben. Für Degradation des Proletariats macht er die Bourgeoisie direkt verantwortlich. Und dies, mehr noch als die aufrichtige ungeschmückte Darstellung der Lebenshölle, die ihr Klassen-Egoismus schafft und verteidigt, ist mehr, als die Bourgeoisie ertragen kann.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 29/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 21. Juli 1917.

Nr. 29

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die demokratische Woge.

Verfassungskrise im Reich, Zusage des gleichen Wahlrechts in Preußen, ein neuer Reichskanzler, Vorbereitung eines Koalitionsministeriums mit parlamentarischer Kontrolle.

Uns scheint zwischen diesen Vorgängen ein Zusammenhang zu bestehen, und diese Auffassung wird sofort begründet durch die wiederholten Mahnungen zu schnellem und gründlichem Arbeiten, die nach den spärlichen Mitteilungen über die Verhandlungen im Reichstagsausschuss erhoben wurden mit der Begründung, dadurch allein könne eine weitere Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden. In der Tat erweist sich hier wieder unsere Auffassung vom Parlamentarismus als richtig. Nicht die Zusammensetzung des Reichstages, nicht die Qualität der Reden, nicht die Geschicklichkeit der Männer, die als Vertreter des Volkes gelten, sind ausschlaggebend für den Lauf der Politik, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse der einzelnen Klassen und Gruppen draußen. Auch die Grundsätze der Verfassungen, die Bestimmungen der Geschäftsordnungen wirken nur so lange, als sie der Machtgruppierung innerhalb des Volkes genügen. Deshalb konnte sich, als mit Ausbruch des Krieges alle wirkliche Macht auf das Militär überging und sich der Kriegspolitik kein erheblicher Widerstand entgegenstemmte, eine fast unbeschränkte Militärherrschaft durchsetzen, gegen die alles Reden im Reichstage nichts half. So auch in der Verfassungsfrage.

Das Versprechen einer Neuorientierung war eine rein platonische Liebeserklärung an das Volk und, gewitzigt durch die Erfahrungen mit dem Reformversprechen Friedrich Wilhelms des Dritten in den Jahren 1813 bis 1815, entsetzte man sich bass darüber, wie sich die Konsuln der Partei dem Genuss der Illusionen ergaben. Jede Debatte im Reichstag und in den Landtagen und Parlamenten der Einzelstaaten brachte neben schönen Reden stets eine der glatten Absage gleichkommende Vertröstung auf die Zeit nach dem Kriege. Bis dann die Volksstimmung stärker und stärker zum Ausdruck kam und immer deutlichere Zusagen erreichte, die nun sogar bis zum kaiserlichen Bekenntnis für das Reichstagswahlrecht in Preußen gediehen sind.

Aber damit sollte man ja wohl anerkennen, dass das Hamburger „Echo“ durchaus gerechtfertigt worden sei ob seines Jauchzens: Herrlichen Zeiten gehen wir entgegen, Großes ist schon geworden, Größeres wird werden! Es ist kein Zweifel, die letzte Woche hat die oft getäuschten Hoffnungen im Volke wieder mächtig ins Kraut schießen lassen. Klaren Kopf,

hier wie überall! Was ist mit dem preußischen Wahlrecht? Fast schien es so, als wollte der Reichstag die Fragen der Landtagswahlrechte lösen. Das hätte eine klare Entscheidung bringen müssen. Der Reichstag hätte jetzt zeigen müssen, ob er wirklich eine gründliche Demokratisierung der Verfassungen in den Einzelstaaten und damit einen entscheidenden Schritt zur Reichseinheit wollte. Da kam, nachdem kurz vorher die Regierung in nicht missverständlicher Weise das gleiche Wahlrecht abgelehnt hatte, das Versprechen, dem Landtage noch vor Ablauf seiner Legislaturperiode eine Vorlage auf Grund des Reichstagswahlrechts zu machen. An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Nehmen wir also als bestimmt an, dass die Vorlage kommt. Schon jetzt rechnet man aus, dass eine sichere Mehrheit dafür vorhanden ist, wenn auch nur von wenigen Stimmen. Es wird mit den Nationalliberalen und dem Zentrum gerechnet, die in dieser Frage vollkommen unzuverlässig sind und die noch genug Zeit zur Abkühlung haben. Kommt Zeit, kommt Rat, sagen sich die Herren. Wird die Volksbewegung abflauen, dann kommt bei der Sache nichts als eine Scheinreform heraus.

Soviel wir sehen, ist in der ganzen Presse auf diese Zusammenhänge nicht hingewiesen worden. Der Erfolg ist die Verschleierung der Dinge vor dem Volke. Die bürgerlichen Parteien empfinden mehr Furcht als Liebe zur Demokratie. Sie folgen dem Zwange der Stunde. Das Einzige, was sie so plötzlich zu Volksmännern macht, ist die Hoffnung, die Regierungsmaschine dem Agrariertum und der schweren Industrie aus der Hand zu winden und das Handels- und mittlere Industriekapital ans Ruder zu bringen.

Durchsichtig zeigt sich das bei der Aktion zur angeblichen Parlamentarisierung der Reichsregierung. Da stoßen die Interessen schon heftig aufeinander. Gemeinsam war allem, bis auf die butterweichen Fortschrittler, der Wunsch, den Kanzler zu stürzen. Einig war man sich darüber, dass Abgeordnete aus dem Block von Erzberger bis Scheidemann in die Regierung müssten. Aber über die realen Garantien für das Parlament ein wüstes Durcheinander, über das Verhältnis von Reichstag und Bundesrat kein Wort. Dagegen tauchen schon die schnurrigsten Pläne auf, um unseren überlasteten Verfassungskörper noch neue Glieder aufzupropfen. Nur um ein wirkliches parlamentarisch-demokratisches Regime zu vermeiden. Wie sollte auch die nationalliberale Partei, die Kapitalistenpartei par excellence, demokratisch sein können! Dem Frieden mit den Arbeitern traut sie schon lange nicht mehr.

Um die Verwirrung im neuen Block vollkommen zu machen und um ausdrücklich die Arbeiterschaft als treibende Kraft zu legitimieren, ist mit der Verfassungs- die Friedensfrage verkuppelt worden. Da aber fällt die nationalliberale Partei schon aus dem Block heraus und die Zentrumspartei steht dicht vor dem Umfall. Ohne ein einheitliches Friedensprogramm ist aber eine demokratische Regierung von vornherein ein Unding. Es stellt sich eben heraus, dass in Deutschland eine Herrschaft der kapitalistischen Klassen unter demokratischen Formen unmöglich ist, unmöglich, weil die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft zu stark entwickelt sind. Deshalb ist es auch symptomatisch, wenn sogar ein Blatt, wie das Hamburger „Fremdenblatt“, mit Befriedigung vom Kanzlersturz Kenntnis nimmt und mit ebenso großer Befriedigung feststellt: Es handelt sich nur um einen Personenwechsel, beileibe aber um keinen Systemwechsel. Wieder kann es so kommen, wie bei den Verfassungskrisen von 1908 und 1910, wo kreisende Berge armselige Mäuslein gebaren.

Damit vergleiche man die breitspurigen Redensarten der sogenannten sozialdemokratischen Presse. Der „Vorwärts“ faselt von „friedlicher Umwälzung“. Das Hamburger „Echo“ stößt folgendermaßen in die Trompete:

„Das ist die Tatsache, dass bei uns der Krieg den energischen Anstoß dazu gegeben hat, die demokratischen Volksrechte weiterzuentwickeln. Dem lang bekämpften preußischen Dreiklassenwahlrecht ist das Todesurteil gesprochen; es wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht ersetzt werden. Die noch im Reichstagswahlrecht waltende Ungerechtigkeit wird

abgebaut und die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse in den letzten Tagen scheint dafür zu bürgen, dass der Einfluss der Volksvertretung auf die innere und äußere Politik ein wesentlich größerer werden wird als er es bisher war, dass wir uns dem parlamentarischen Regime mehr und mehr nähern, bei dem die Volksvertretung das entscheidende Wort über die Volksgeschicke zu sprechen hat. Es ist ein Stück wirklicher und wahrer Demokratie, das sich damit anbahnt und das wir Deutsche in unserer oft bespöttelten Gründlichkeit besser nutzen werden, als leider die Völker der ‚westlichen Demokratien‘ ihre demokratischen Einrichtungen bisher genutzt haben.“

Dem hängt der Himmel voller Bassgeigen! Die Politik aber, die die Herren Sozialimperialisten treiben, ist kläglich genug. Nachdem sie jede selbständige Bewegung der Massen zu hintertreiben gesucht, greifen sie jetzt nach den Früchten der Bewegung, die trotz ihnen einsetzte. Es ist eine Existenzfrage für sie, irgendwelche greifbaren Erfolge zu erzielen, und da sie nicht mehr fähig sind, sich an die Kräfte der Arbeiterschaft zu wenden, machen sie ein solches Geschrei, als seien sie die Helden des Tages, die Träger der Weltgeschichte. Aber schleunigst schrecken sie vor ihrem Mut zurück. Rein parlamentarische Erfolge sind kompromisslich „kompromittierlich“. Durch ihre Blockfreundschaft mit Erzberger, Spahn, Paasche, Bassermann usw. haben sie die Dresdener und andere Parteitagbeschlüsse misshandelt – man schämt sich der Notwendigkeit, das festzustellen.

Aber trotz des Zuredens von Stamper u. a. wagen sie, wie berichtet wird, doch nicht die Ministerpötschen anzunehmen, die eigens für sie eingerichtet werden sollen. Warum? Weil sie fürchten, wieder einen Trupp Getreuer vor den Kopf zu stoßen, wenn sie zu deutlich auf einen Parteitagbeschluss pfeifen. Welch komisches Bild! Nach oben Bettler und Marquis Posa zugleich auf die Regierung einredend: Wir sind zwar vielleicht, wenn wir die Sache ganz genau bedenken, noch Republikaner, aber glauben Sie uns, dass die Monarchie durch den Parlamentarismus nur gewinnen kann! Nach unten flehen sie: Kinder, werdet doch nicht ungemütlich, ihr seht ja, dass wir mit beiden Füßen auf den Parteitagbeschlüssen herumtreten! Es kann sein, dass ihnen die Geschichte noch einmal gelingt, denn manche Leute haben für Komik so wenig Verständnis wie für die Schliche der Politik.

Und die Haaseaten? Sie sind von den Vorgängen völlig verdattert. Ihrem Zentralorgan, der „Leipziger Volkszeitung“, war die ganze Sache zunächst nur ein „Sturm im Wasserglase“. Zwei Tage später wurde sie zum „Eisgang des bürokratischen Regierungssystems, dessen Schollen über und durcheinandergeschoben dem offenen Meere zutreiben“. Zunächst eine vollkommene Unterschätzung der Vorgänge, wahrscheinlich, weil die Konkurrenz beteiligt war. Dann wieder die Überschätzung, weil der Blick allein auf die parlamentarische Bühne geheftet war. Von den treibenden Gewalten des „Eisganges“ haben die Herren keine Ahnung. Es handelt sich hier um ein Manko des Willens wie des Intellekts. Sie wollen nicht handeln, deshalb versagt ihr Erkennen. Sie werden tun, was sie bisher taten: Sich freihalten von dem, was nach der Parteitradition bloßstellen könnte – sie halten immer noch krampfhaft ihre Jungfernschaft hoch, nachdem sie längst niedergekommen sind. Sie werden ausharren und im Reichstage eine sachgemäße Rede halten. Aber sie werden das nicht tun, wozu sie zuerst berufen sind.

Niemand braucht darum zu trauern. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Das ist heute deutlicher als je. Selbst wenn die kapitalistische Gesellschaft aus der Furcht heraus den Willen empfing, die Fragen zu lösen, würde sich ihr ein ehernes Unmöglich! entgegenstemmen. Deshalb wird's weitergehen.

Die kleinen Nationen und die Landesverteidigung.

Der außerordentliche Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie, der im vorigen Monat in Bern tagte, hat mit 222 gegen 77 Stimmen eine Resolution gegen die Landesverteidigung gefasst: (In der „Neuen Zeit“ Nr. 14, Seite 322 abgedruckt.)

Die Schweizer Parteigenossen haben im Weltkriege einen sehr wirksamen Anschauungsunterricht genossen.

Von der höheren Warte des neutralen Zuschauers bei dem Riesenkampfe der nationalen Kapitalistengruppen konnten sie unbestechlicher die Tatsachen ins Auge fassen und leichter die Konsequenzen ziehen als diejenigen, die in die Wirrnisse hineingeworfen waren. Außerdem haben es die Schweizer Genossen mit einem national geteilten Volke zu tun, was die Klärung der nationalen Frage fördern konnte, und schließlich konnten sie von zwei Seiten eine Hineinziehung in den Weltkrieg befürchten. Das alles erleichterte ihnen die theoretische Selbstverständigung, die sie über ihre anderen Kriegstagungen hinweg zu der Resolution geführt hat. Ob damit auch wirklich die Bedeutung der Resolution von ihren Anhängern aufgenommen worden ist, wird die künftige Politik der Partei zu zeigen haben.

Zunächst wird der Parteitagsbeschluss auch in der Schweiz zu einer reinlichen Scheidung führen. Schon jetzt haben 8 von den 17 sozialdemokratischen Nationalräten, darunter auch der alte *Greulich* erklärt, dass sie sich auf eine grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung und der Militärkredite nicht einlassen wollen. *Robert Seidel*, der wegen seiner Arbeitsschulpropaganda stark überschätzte Ideologe, ist aus der Partei ausgetreten.

In der Resolution heißt es u. a.:

... Auch der neutrale, demokratische Staat unterliegt bei der internationalen Verstrickung der Interessen der Bourgeoisien aller Länder den Einflüssen des Imperialismus und ist im Kriegsfall auf die militärische Hilfe mächtiger Bundesgenossen angewiesen, deren Zielen und Wünschen er sich unterzuordnen hat. Das demokratische Selbstbestimmungsrecht weicht dann der politischen und militärischen Diktatur der herrschenden Klassen, und der Verteidigungskrieg zum Schutze der Neutralität verurteilt den kleinen Staat zu der erniedrigenden Stellung eines Vasallen und unfreiwilligen Helfershelfers seiner Bundesgenossen. Krieg und Militarismus sind daher keine Mittel zum Schutze der Demokratie und der Neutralität. Auch in jenem Zwischenstadium, wo die Interessen der kriegführenden Mächte die Anerkennung und Respektierung der Neutralität des kleinen Staates gebieten, birgt der bewaffnete Grenzschutz für die Demokratie und die Neutralität nicht minder große Gefahren als die ihnen von außen drohenden. Bewaffneter Grenzschutz bedeutet: Übergang der wichtigsten Volksrechte an die Regierung des Klassenstaats, Ersetzung der parlamentarischen Verantwortlichkeit und der demokratischen Kontrolle durch die politische und militärische Diktatur der Organe der herrschenden Klasse, die in den wichtigsten Schicksalsfragen der Nation selbständig entscheiden, auch dann, wenn die unmittelbare Folge ihrer Politik der Krieg ist.

Diese Sätze über die Rolle der demokratischen, neutralen Staaten im Weltkriege werden trefflich gerechtfertigt durch ein Memorandum, das belgische Sozialpatrioten, der Revisionist *Vandervoelde* und der frühere Radikale *de Brouckere* dem Stockholmer Komitee überreicht haben. Da es uns im Wortlaut nicht vorliegt, müssen wir leider nach einem Auszuge des „Vorwärts“ zitieren. Es heißt darin:

Die Ententesozialisten führen den Kampf gegen den stets kriegsschwangeren Imperialismus unentwegt fort. Sie wollen diesen Krieg als Verteidigungskrieg von

allen Eroberungs- und Unterdrückungstendenzen freihalten. Die belgische Regierung habe in ihrer Note an Wilson jede Eroberungspolitik abgelehnt und erklärt, dass Belgien nichts anderes anstrebt, als einen Frieden der gerechten Wiedergutmachung und Bürgschaften für die Zukunft. ...

Als die wichtigste sozialistische Pflicht wird in dem Memorandum Vandervelde-Brouckere die Verteidigung gegen den deutschen Imperialismus und seine Führerschaftstendenzen erklärt. Sehr ausführlich wird unter scharfen Angriffen auf die deutsche Verwaltung Belgiens die Pflicht der Belgier zur Landesverteidigung auseinandergesetzt und der Burgfrieden gerechtfertigt. Der deutschen Parteimehrheit wird jedoch das Recht, die gleichen Gründe geltend zu machen, bestritten. Die Verteidigung gegen einen imperialistischen Angriff forderte aber mehr als das bloße Zurücktreiben des Gegners über die Grenzen. Verträge könnten keine Sicherheit mehr gewähren; der dauerhafte Frieden könne nur mit demokratisierten Zentralmächten geschlossen werden. Die belgischen Sozialisten wollen nicht eine Zerstückelung Deutschlands oder Österreich-Ungarns, sie widersetzen sich auch einem künftigen Wirtschaftskrieg, aber Vorsichtsmaßregeln seien nötig, damit das Deutschland von heute sich nicht gegen die Menschheit wende.

Die Verfasser des Memorandums sind vollkommen blind gegen den englischen und französischen Imperialismus, der nicht minder angriffslustig ist als irgendein anderer und dem sie unversehens sich und die belgische Arbeiterklasse zum Opfer bringen. Sie verfallen zugleich in einer völlig unhistorischen Überschätzung der bürgerlichen Demokratie, die bei Vandervelde freilich nicht überrascht. Aber offenbar ist *Hendrik de Man* an dem Memorandum mit beteiligt, derselbe de Man, der in seiner Schrift „Het Tydperk der Democratie“ (Die Epoche der Demokratie) alle kleinbürgerlichen Illusionen über die Bedeutung der Demokratie glänzend abgeführt hat, um sich dann 1914 als Freiwilliger in den Dienst der Entente und damit auch des russischen Zarismus zu begeben. Stellen diese Leute die Forderung auf, dass sich an einer internationalen Konferenz niemand beteiligen dürfe, der gegenwärtig noch imperialistische Bestrebungen unterstützt, so schließen sie sich selbst davon aus. Denn in dem Wahne, ihr Vaterland gegen einen imperialistischen Angriff zu unterstützen, sind sie selbst zu Gladiatoren des Imperialismus der Entente geworden.

In den Krallen des französisch- englischen Imperialismus.

Am 14. Mai verteidigte der Führer der russischen Sozialpatrioten *Zeretelli* auf dem Kongress der Frontdelegierten seine Politik gegen die Angriffe Grigori Zinowjews, des Führers der Bolschiwiken. Es wurde über die Veröffentlichung der imperialistischen Geheimverträge gestritten. Die Soldaten fragten, wann sie eigentlich erfolgen solle. „Bald, sehr bald, vielleicht in einer oder zwei Wochen“, erklärte Zeretelli laut dem stenographischen Berichte. Und Herr *Ribot*, der Unterzeichner des französisch-russischen Vertrages, in dem sich die Republik der französischen Börsenjobber die starken Arme der russischen Bauern vom Zaren für blankes Geld mietete, erklärte pathetisch von der Tribüne des französischen Parlamentes, dass demnächst alle Geheimverträge veröffentlicht werden. Man erwartete einen Bluff, die Veröffentlichung der allgemeinen Bündnisverträge, die natürlich – wie der im Jahre 1888 veröffentlichte deutsch-österreichische Vertrag – den Worten nach rein defensiv sind, während der wahre Inhalt der imperialistischen Geheimverträge in den militärischen und finanziellen Abkommen verborgen liegt.

Aber die sich so schön auf Regie verstehenden englischen und französischen Kapitalisten hielten es nicht einmal für nötig zu einer Schwindelgeste zu greifen. Die Verträge wurden *nicht*

veröffentlicht und das ganze Resultat der diplomatischen Verhandlungen der revolutionären Regierung Russlands mit den Kabinetten von Paris und London besteht in ihrer Zustimmung zu einer Konferenz, die im geeigneten Moment zusammentreten soll, um die Kriegsziele der Entente zu revidieren

Wann diese Konferenz stattfindet, wie die russischen Sozialpatrioten es gedenken, auf ihr das Finanzkapital Englands und Frankreichs zum Verzicht auf die imperialistische Politik zu bringen, das alles bleibt ein *Geheimnis*.

Die Politik der russischen Sozialpatrioten, durch diplomatische Verhandlungen mit den Regierungen der Entente dem Frieden näher zu rücken, hat Schiffbruch gelitten. Es musste so kommen. Nicht weil die revolutionäre Regierung Russlands ohnmächtig der Entente gegenüber war. Selbst wenn sie auf diplomatischem Wege die französische und englische Regierung zu Friedensverhandlungen bewegen wollte, hatte sie Mittel dazu in der Hand. Würde sie fest erklärt haben, dass sie alle Verträge veröffentlicht, dass sie den Staatsbankrott erklärt, falls die Entente sich nicht an den Verhandlungstisch setzt, so würden schon heute die Friedensverhandlungen begonnen haben. Denn die Ententeregierungen hätten nicht nur die Gefahr gelaufen, dass ihr Proletariat sich gegen die enthüllte, demaskierte, imperialistische Raubpolitik wenden würde, sondern dass sie von einer Revolte des französischen Kleinbürgertums weggeschwemmt würden. Die russischen Anleihen befinden sich in Frankreich zum großen Teil in den Händen des Kleinbürgertums.

Die Kunde, dass sie alle um ihre ihnen, dank den Herren Ribot & Co., abgegaunerten Groschen gekommen sind, würde die französischen Kleinbürger rasend machen. Und was der Bauer, der Budiker vermag, wenn er um seine Ersparnisse gekommen, das weiß die französische Regierung gut. Warum wagten die Sozialpatrioten in der russischen Regierung diese Politik nicht, wenn sie sich schon entschlossen haben, den Frieden auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen zu erstreben? Weil sie Gefangene der eigenen Kapitalisten sind! Sie wagten nicht die finanziellen Bedürfnisse der Revolutionsregierung durch Beschlagnahme der Banken, Zwangsanleihen zu decken, so müssen sie sich bettelnd an die Regierungen der Entente und die Finanz von Paris, London und Washington um Anleihen wenden. Triumphierend konnte die „Washingtoner Post“, das Organ Wilsons, und die Londoner „Morning Post“, die einflussreichsten Organe des englischen Imperialismus, mitteilen, dass sich die Russen bei der Unterzeichnung der Anleihe zur Offensive verpflichten mussten. Und wie sie heute dem Kapital nicht an den Kragen zu gehen wagen und deswegen das Blut der russischen Bauer und Arbeiter verpfänden, so wollen sie auch für die Zukunft dem russischen Kapital die Hilfe des amerikanischen, französischen und englischen sichern: und das ist die Kette, die sie an den Wagen der Entente bindet.

Russland wird am Ende des Jahres über 50 Milliarden Rubel Kriegsschulden haben. Der Gedanke an die Zahlung, auch nur der Zinsen dieser Schulden, ist abenteuerlich, wie sich bisher kein Finanzmann gefunden hat, der gezeigt hätte, wie auch nur eine der kriegführenden Mächte dem Staatsbankrott entgehen könnte. Aber Staatsbankrott bedeutet heutzutage eine tiefgreifende Kredit- wie allgemeine Krise. Darum werden sich die kapitalistischen Regierungen nicht dazu entschließen. Dies werden nur die proletarischen Regierungen tun können, die sich weigern werden, die Schulden des Imperialismus zu zahlen und denen die Revolution auch tausende Mittel in die Hand geben wird, um die durch den Weltkrieg und die Krise der Wirtschaft geschlagenen Wunden zu heilen.

Aber die russische Regierung ist keine proletarische Regierung: sie ist erstens die Regierung der Kapitalisten und ihrer Ideologen: sie flüchten vor dem Gedanken an den Staatsbankrott, weil er ihr Ruin bedeutet; sie ist zweitens die Regierung des Kleinbürgertums und seiner viertel- bis halbsozialistischen Ideologen: für das Kleinbürgertum ist das Abschütteln der Kriegslasten und der Staatsbankrott ein Lichtschimmer der Rettung, weil

sonst die Schulden die russische demokratische Republik den Finanzhaifischen ausliefern würden.

Der Kleinbürger schreckt vor revolutionären Maßregeln zurück, er glaubt nicht an die europäische Revolution, er hofft, dass doch das Großkapital der Entente irgendwie Meister der Lage wird, und weil er das annimmt, will er sich die finanzielle „Hilfe“ des Ententekapitalismus sichern, um nicht ausschließlich auf Deutschland angewiesen zu sein. Und schließlich das Kleinbürgertum will besser die Last der Schulden tragen, sich von ihnen erdrücken lassen, als dem Staatsbankerott in die Augen zu schauen. Der Kleinbürger fürchtet furchtbar die „Schande des Bankerotts ...“

Die Entente hält die russische provisorische Regierung fest in den Klauen. Und das russische Bauerntum, die Kleinbürger der Stadt, ein Teil des Proletariats vertrauen noch der provisorischen Regierung, in der sie ihre Vertreter haben: die Kerenski, Tschernow, Skobelew und Zeretelli. Die Entente forderte eine russische Offensive. Sie brauchte sie nicht nur aus militärischen Gründen als Mittel gegen die deutschen Heere, sie brauchte sie noch vielmehr gegen die eigenen Proletarier. Die „verfluchte russische Revolution“ habe den Friedensgeist in den Massen der französischen Soldaten mehr gesteigert, als drei Jahre der Kriegsentbehrungen, klagte bitter der ehemalige Revoluzzer *Herve* in der „Victoire“.

Man musste durch den blutigen Nebel der russischen Offensive das Bild des sich befreienden, um den Frieden ringenden Volkes verhüllen. Darum kam die Entente nicht nur mit dem Shylokmesser und dem Ruf: Geld doer Blut! Sie ließ auf die russischen Arbeiter die französischen, englischen und belgischen Sozialpatrioten los. Was die Wucherer nicht auspressten, das sollten die Vandervelde, Thomas, Henderson erschleichen, ergaunern.

„Die Rettung der Demokratie, die Zertrümmerung des preußischen Militarismus“, alle die alten angeblichen Kriegsziele der Entente wurden der jungen, naiven, russischen Arbeiterklasse vorgehalten, um sie vor den Wagen der räuberischen Politik zu spannen. Sie zeigten das Märtyrium Belgiens, von dem kein Stein übrigbleiben würde, falls ein deutscher Rückzug erzwungen würde, um Mesopotamien, Arabien, Armenien, die afrikanischen Kolonien, all die wirklichen Kriegszwecke zu verhüllen. Aber alle diese Künste würden nicht helfen, wenn das Proletariat und die Armee zu entscheiden hätten, ob sie eine Offensive wollen. Selbst die sozialpatriotischen Massen würden sich gegen sie entscheiden. Deswegen leugneten die Führer der russischen Sozialpatrioten das Bestehen der Offensive. Das russische Volk musste überrumpelt werden. Deswegen veranstalteten sie das Trommelfeuer gegen die Bolschewiks, damit man das Rollen der nach der Front transportierten Kanonen nicht vernehme.

Die konterrevolutionären Elemente rechnen darauf, dass die Offensive in jedem Falle ihre Stellung verstärkt. Endet sie erfolglos, dann ist die Revolution schuldig. Endet sie mit Erfolgen, dann wird sie die chauvinistische Stimmung in den Massen stärken. Wir sind sicher, dass sich die russische Konterrevolution verrechnet. Aber was einem Zweifel unterliegt, ist die Tatsache, dass die Offensive den Glauben an die russische Revolution in den mittel- und westeuropäischen Arbeitermassen untergräbt. Das Bild der Revolution, die an der Schnur des englisch-französischen Finanzkapitals zappelt, wird den deutschen und österreichischen Sozialpatrioten helfen, schnell über die Tatsache zur Tagesordnung überzugehen. Dass sich eben der österreichische Minister des Äußeren, Graf Czernin, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also für die Politik der Gewalt ausgesprochen hat, wird das Vertrauen der Massen zur russischen Revolution, als Vorkämpfer des Friedens unterhöhlen, wird die französischen und englischen Proletarier verwirren und so den Tag des Friedens verzögern.

Aber darum eben ging es den Hintermännern, die die Offensive betrieben haben, wenn sich die Kerenskis und Zeretellis keine Rechnung davon gaben, dass sie Puppen in den Händen des amerikanisch-englisch-französischen Kapitals sind.

Holland in Not.

Über Holland weht ein scharfer Wind. Streiks im Rotterdamer Hafen, auf den Amsterdamer Werften und im limburgischen Kohlenbecken, Hungerdemonstrationen, Kartoffelstürme, Aufgebot des Militärs gegen die Demonstranten, Tote und Verwundete, Proklamierung eines eintägigen Proteststreiks. Eine Situation von stark revolutionärem Charakter.

Wie andere neutrale Länder haben auch die Niederlande schwer unter den Folgen des Weltkrieges zu leiden. In vielen Berufen herrscht schon während der ganzen Kriegsdauer eine starke Arbeitslosigkeit. Die Erschwerung der Einfuhr und Ausfuhr nach den kriegführenden Ländern haben im Lande Teuerung und Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln hervorgerufen, so dass das Volk hungert. Durch die militärische Rüstung der sogenannten bewaffneten Neutralität ist dem Volke eine schwere Last aufgebürdet worden. Dagegen machen die Kapitalisten fast durchweg die glänzendsten Geschäfte.

Diese Zustände haben im Volke eine außerordentlich erregte Stimmung hervorgerufen. Sie manifestierte sich bereits am 15. Juni bei den Parlamentswahlen, die in einer Reihe von Bezirken vorgenommen wurden. Für diese Wahlen hatte die imperialistische, vaterlandsverteidigende „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, unter der Führung Troelstras, die verführerische Parole der Neuorientierung des allgemeinen Wahlrechts ausgegeben. Von Grund aus reformistisch hatte sich diese Partei nach Unterstützung im bürgerlichen Lager umgesehen und sie bei den Klerikalen, den einst im Bunde mit den Liberalen heiß befehdeten, gefunden. Das Programm dieser Neuorientierung entsprach den zweifelhaften Qualitäten der Ehe zwischen der sozialistischen Reformpartei und den Ultramontanen. Es tastet weder die Erste Kammer noch die Rechte der Monarchie an. Es stärkt die Staatskirche wie den Militarismus und rührt nicht an der gewerkschaftlichen Entrechtung der Staatsarbeiter. Es fördert die Flotten- und Kolonialpolitik. Bei der Wahl, für die sich die beiden verbündeten Parteien den alten Besitzstand gegenseitig garantiert hatten, verließen die Anhänger der alten Arbeiterpartei in hellen Haufen ihre Führer. Dagegen hatten die revolutionären Sozialdemokraten einen über Erwarten großen Erfolg, den sie unter der antiimperialistischen Parole der Demobilisation des Heeres und der sozialen Parole des Ausfuhrverbots errangen. Die jahrelange unentwegte Arbeit unserer holländischen Freunde trägt ihre Früchte.

Gleich nach der Wahlschlacht brach der Streik im Rotterdamer Hafen aus. Streikursache ist die furchtbare Arbeitslosigkeit, die nun schon drei Jahre lang anhält. Während den Reedereien durch die hohen Frachtsätze Riesengewinne in den Schoß flossen, sind die Arbeiter der Armenpflege anheimgefallen, das heißt, sie hungern mit Weib und Kind. Seit Januar sind die Gewerkschaften gegen diesen Zustand durch Petitionen und Verhandlungen angegangen. Als Mindestforderung wurde die Basis einer Einigung im Amsterdamer Hafen aufgestellt, welcher den Hafenarbeitern einen Garantielohn von 17 bis 18 Gulden bietet. Statt dieses Zugeständnisses wurden die Arbeiter herausgefordert durch eine Neuregelung des Unterstützungswesens, die unter der Firma der Erhöhung der Sätze vielen Arbeitern die Unterstützung entzog. Da kam es im Mai zu großen Protestversammlungen. Die Arbeiter entschlossen sich zum Kampf, sie warteten nur die Gelegenheit ab, die mit einem Konvoi englischer Schiffe kam. Am 18. Juni brach der Streik aus, der in kurzer Zeit den ganzen Hafen stilllegte. Das wirkte Wunder, die Unterstützungskommission wurde ausgeschaltet, die Regierung lernte das Arbeiten und schon am 21. Juni waren die Forderungen der Arbeiter

bewilligt. Es wurde eine Regelung getroffen, die noch besser ist als die im Amsterdamer Hafen.

Fast gleichzeitig mit den Hafentarbeitern legten die Bergleute im südlimburgischen Kohlendistrikt die Arbeit nieder. Dieses Kohlenbecken, das vor dem Kriege nur einen geringen Teil des niederländischen Bedarfs deckte, hat während des Krieges eine große Bedeutung für die Wirtschaft des Landes erlangt. Abgesehen von den Staatsgruben ist das Becken fast ganz in den Händen des deutschen und belgischen Kapitals. Die Arbeitsverhältnisse sind außerordentlich traurig: zu lange Arbeitszeit, Akkordarbeit, Wagennullen, schlechte sanitäre Einrichtungen, Löhne, die angesichts der Teuerung vollkommen unzureichend sind. Die Arbeiter stellten eine Reihe Forderungen auf, darunter die Hauptforderungen: Achtstundentag und Minimallohn. Die Unternehmer wiesen diese Forderungen glatt ab unter dem Vorwand, dass der holländische Bergbau damit nicht mehr konkurrenzfähig sei. Sie rechneten mit dem Verrat der christlichen Gewerkschaft und dem Versagen der zahlreichen internierten Belgier sowie den Deutschen und Polen, mit deren Hilfe der Betrieb aufrechterhalten werden konnte. Die Rechnung ist falsch gewesen. Ein großer Teil der christlichen Arbeiter ist dem Befehle der Verbandsleitung nicht gefolgt und mit in den Streik eingetreten. Die Belgier haben sich ebenso wenig einschüchtern lassen, wie die Deutschen und Polen. Der erste Streik der limburgischen Bergarbeiter ist mit großem Elan durchgeführt worden.

Regierung und Bergkapital haben alle Gewaltmittel ins Treffen geführt, um die Arbeiter niederzuschlagen. Den Belgiern wird mit den Konzentrationslagern gedroht. Deutsche und Polen wurden aus dem Kohlengebiet ausgewiesen. Das Streikpostenstehen ist so gut wie verboten. Gendarmerie und Militär sind in großen Massen herangezogen worden.

Bergarbeiterstreiks haben von vornherein stark politischen Charakter. Wie dieser Streik seinen Ausbruch sicherlich der anfeuernden Wirkung der russischen Revolution verdankt, so musste die Revolution von 1905 überhaupt erst das Eis für so gewaltige Fluten wie die Massenkämpfe der Bergarbeiter brechen. Sie war es, die den ersten deutschen Kohlenstreik seit 1889 auslöste, der bis dahin für deutsche Verhältnisse ungekannte Massen ins Feld führte. Sie war es auch, die die Begeisterung weckte für die große syndikalistische Achtstundenbewegung des 1. Mai 1906 in Frankreich, an der 70 000 Bergarbeiter teilnahmen. Wie bedrohlich diese Bewegung für die Regierung wurde, beweist die Tatsache, dass im Kohlendistrikt allein 25 000 Mann Militär konzentriert wurden, wodurch es zu schweren Zusammenstößen kam. Ein gewaltiger Vorstoß kam dann wieder 1912. In England streikten über eine Million Bergleute und erreichten nach siebenwöchigem Kampfe die Einführung des gesetzlichen Minimallohnes. In Sibirien brachen die Kämpfe im Lenagolddistrikt aus, die zu den Massakres führten, wobei 270 Arbeiter getötet und 250 verwundet wurden.

Der Krieg hat dann einstweilen diesen Massenbewegungen ein Ziel gesetzt.

Die Vorgänge in Holland lehren, dass in Zeiten der Hochspannung eine Einladung der anderen folgt. Wir erwähnten schon, dass die Ausfuhrpolitik der Regierung eine große Lebensmittelknappheit hervorgerufen hat. Das führte zu einem Sturm auf Schiffe, die mit Kartoffeln für England im Amsterdamer Hafen lagen. Dann folgten Versammlungen und Demonstrationen. Und unterm 4. Juli berichtet W. T. B. von großen Unruhen in Amsterdam, bei denen Polizei und Militär mit Schusswaffen einschritten, 4 Männer getötet und eine große Anzahl verwundet wurden. Daraufhin sind 1000 Werftarbeiter in den Streik getreten und die Dockarbeiter, Eisenbahner und Straßenbahner drohen mit dem Ausstand. Die Regierung, mit der die alte Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Troelstra) verbündet ist, gießt Öl ins Feuer. Sie darf sich nicht wundern, wenn die Flamme durch den Giebel bricht.

Aus unserm politischen Tagebuch.

9. Juli.

Der neue Kaiser von Österreich hat eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen vom Hochverrat an erlassen. Es gibt drei Arten der Enthftung politischer Sträflinge. Zunächst ist da der einfache Gnadenakt der Krone bei besonderen Gelegenheiten. Seine politische Bedeutung liegt in der absoluten Freiwilligkeit, die gerade die Macht des Herrschers und seiner Regierung zum glänzenden Ausdruck bringt. Die Gegner der Regierung sind so schwach, dass ihnen sogar Geschenke gemacht werden dürfen.

Anders die eigentliche Amnestie, die ein großes Zugeständnis an die Gegner bedeutet und die Zusage einschließt, dass mit der bisherigen Politik, die als gescheitert anzusehen ist, gebrochen werden soll. Sie bedeutet eine Siegesetappe der Regierungsgegner. Um eine solche Amnestie handelt es sich in Österreich. Das beweist schon das Toben der Nationaldeutschen. Durch die Amnestie wird eingestanden, dass die österreichische Nationalitätenpolitik gescheitert ist und dass mit ihr nunmehr gebrochen werden soll. Die dritte Möglichkeit liegt dann vor, wenn das Volk das alte Regierungssystem vollkommen zerbricht. Das haben wir in Russland erlebt.

10. Juli.

Eine ungeheure Aufregung herrschte nach den Zeitungsmeldungen gestern im Berliner Wallotbau. Wilde Gerüchte, Verhandlungen innerhalb der Parteien, Geschacher zwischen den Parteien, allgemeine Nervosität, alle Gedanken, alle Hoffnungen, alle Befürchtungen konzentriert auf die Regierungskrise. Und im Sitzungssaal redet endlos lang Herr Hoch über Gemüse. Das Gemüse steht auf der Tagesordnung, er hat also ein Recht, darüber zu sprechen. Und das Gemüse ist gewiss eine nützliche Sache, wer wollte es leugnen! Mag draußen eine alte Welt zusammenbrechen, Herr Hoch redet von Gemüse. Er hat ein Recht dazu, denn die Mühe seiner Materialsammlung soll doch wohl nicht umsonst gewesen sein. Die Regierungsvertreter sitzen wie auf Kohlen und seufzen. Was der Tag morgen bringt? Hin und wieder schnappen sie einen Satz vom Gemüse auf und notieren ihn. Hin und wieder schaut ein Abgeordneter verstohlen herein: Gott sei Dank, er redet noch! Wir können also weiterschachern. Herr Hoch redet von Gemüse, während draußen das Volk sein politisches Interesse auf die Verfassungs- und Friedensfrage konzentriert in der Überzeugung, dass eine gründliche Lösung dieser Fragen auch sämtliche Gemüsefragen lösen wird. Aber Herr Hoch hat Recht. Ein biederer Parlamentarismus muss Ordnung kennen und da heißt es: Erst das Gemüse, dann die Weltgeschichte! Aber vielleicht tun wir Herrn Hoch Unrecht. Die sogenannte Sozialdemokratie war ja auch eifrig bei der Kulissenschieberei. Doch wo waren die Unabhängigen? Sahen sie nicht ihre Pflicht, jetzt, wo die Verfassungsfrage in Fluss gekommen ist, die Debatte darüber zu provozieren und zu erzwingen, die Forderungen des Volkes aufzustellen, rücksichtslos den Hintergrund der Machenschaften der bürgerlichen Parteien von Erzberger bis Scheidemann aufzuhellen und von der einzigen Tribüne aus, die es noch gibt, das Volk in die Schranken zu rufen? Sie taten nichts, weil ihnen, den gewiegtten Parlamentariern, die Geschäftsordnung im Wege war. Seit etwa zehn Jahren schon hören wir das Lied. Sie taten nichts, weil sie nichts wollten.

11. Juli.

Der Wahlkreis Teltow-Beeskow, bekanntlich der Hauptsitz der ehemaligen Spartakusgruppe, hatte in einer Generalversammlung Ende März beschlossen, der in Gotha neu zu gründenden Partei nur dann beizutreten, wenn die Spartakusgruppe darin ihre eigene Sonderexistenz, insbesondere volle Aktionsfreiheit gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft behalten dürfe. Diese Bedingung ist, wie man weiß, in Gotha auch gestellt, aber glatt abgelehnt worden. Die Haaseaten haben nach dieser Seite hin mehr Rückgrat und Weitblick bewiesen als gegen die

Scheidemänner. Sie haben eingesehen, dass eine Partei nicht existieren kann, deren einer Teil beständig die Bestrebungen des andern durchkreuzt, und haben den Spartakusleuten klipp und klar erklärt: entweder ihr tretet bei, dann habt ihr euch den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen; oder ihr wollt das letztere nicht, dann bleibt draußen.

Die Bedingung, welche die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow gestellt hatte, ist also nicht erfüllt. Demnach wäre es Pflicht des Kreisvorstandes gewesen, alsbald nach der Gothaer Konferenz eine neue Generalversammlung zu berufen und ihr die Frage vorzulegen, ob sie nun trotzdem der neuen Partei beitreten wolle. Das ist aber nicht geschehen. Ja, es ist den Mitgliedern überhaupt kein Bericht über die Gothaer Tagung erstattet worden, und in der in Berlin erscheinenden Presse ist auch keiner erschienen. Die Mitglieder wissen also tatsächlich gar nicht, was in Gotha vorgegangen ist. Inzwischen aber hat der Vorstand, ohne die Mitglieder zu befragen, stillschweigend den Anschluss an die neue Partei der „Unabhängigen“ vollzogen.

Das ist derselbe Kreis, der im vorigen Jahr eine kleine Palastrevolution machte, weil der damalige, aus Scheidemannsjüngern bestehende Vorstand, eigenmächtig ohne Befragen der Mitglieder handelte. Man sieht, die Wirtschaft geht genau im alten Gleise weiter, und die neuen Personen haben von der Demokratie ungefähr dieselbe Auffassung wie die im vorigen Jahr beseitigten.

Feuilleton

Eine imperialistische Utopie.

Die steigende wirtschaftliche und politische Bedeutung der Vereinigten Staaten von Nordamerika während des Weltkrieges offenbart sich auf mannigfache Art: Munitionslieferungen an den Zehnverband: Abschüttelung europäischer Verschuldung, dagegen Vermittlung englischer und chinesischer Anleihen durch die Börse von Newyork; steigender politischer Einfluss der Rüstungsindustrie in der Union selbst und dadurch bewirkte kräftige Entwicklung des amerikanischen Imperialismus. Selbst die Friedensnoten des Präsidenten Wilson, nicht zuletzt veranlasst durch die Lage in Ostasien, sind ein Zeichen politischer Macht der Union, mit deren wirtschaftlichen Konkurrenz nach Kriegsschluss alle ernstesten Wirtschaftspolitiker in den alten Industriestaaten Europas besorgt rechnen.

Dieses Problem der kommenden kapitalistischen Oberherrschaft der Vereinigten Staaten ist das Thema eines eigenartigen Romans, der kürzlich unter dem Titel: „Das Weltreich und sein Kanzler“ vom Verfasser des „Fenriswolf“ veröffentlicht wurde.² Der ungenannte Dichter hat schon im „Fenriswolf“ eine intime Kenntnis finanzkapitalistischer Unternehmungen großen Stils bewiesen und meisterhaft den Kampf um den Besitz der norwegischen Wasserkräfte geschildert, denen internationale Bankengruppen und das norwegische Kapital im Bunde mit der Bureaucratie führen, mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen. Dabei gelingt dem Autor eine seltene Objektivität der Darstellung der verschiedenen Gruppen und Klassen, die nicht zuletzt in der Wahl seiner künstlerischen Mittel begründet ist. Der „Fenriswolf“ und „Das Weltreich“ sind eine Sammlung von Geschäfts- und Privatbriefen, Telegrammen, vertraulichen Berichten und Referaten und Artikeln aus der Tagespresse aller Richtungen. Durch diese Selbstzeugnisse von Personen und Gruppen wird nicht nur eine scharfe Charakteristik erzielt, sondern der Gegensatz von öffentlicher Kundgebung und privater Äußerung der gleichen Person entschleiern auch die

² Das Weltreich und sein Kanzler. Vom Verfasser des Fenriswolf. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1917. 165 S. Geh. Mk. 3.50, gebunden Mk. 4.80.

wirklichen Motive der Handelnden, während das Absehen von allem Nebensächlichen den wirtschaftlichen Mechanismus unserer Zeit ungewöhnlich veranschaulicht. Die führenden Personen erscheinen als ihrer historischen Rolle mehr oder weniger bewusste Träger wirtschaftlicher Kräfte. Der öffentliche Kampf dieser streitenden Klasseninteressen enthüllt sich nur zu oft in seinen Schlagworten und Argumentationen als eine historische Maskerade.

Dies gilt vor allem vom Kampf des amerikanischen Kupfer-Milliardärs Frederick Vanbrugh um die Beherrschung des Weltkapitals durch das konzentrierte und straff organisierte amerikanische Trustkapital. Dieser Kampf wird angeblich geführt, um ein Reich des Weltfriedens zu gründen, um einen „wirtschaftlichen Absolutismus“ zu errichten, der alle wichtigen Industrieländer sich unterwirft, sodass ein Krieg unnötig, ja zwecklos wird. Die Vereinigten Staaten haben diesen Ultra-Imperialismus zum Siege zu führen, unter Ausnutzung des europäischen Kapitals durch den Weltkrieg. Daher muss dieser Krieg fort dauern, um die Gegner dieser Weltherrschaft des Zentralkartells zu ruinieren und die Kraft der amerikanischen Finanzmagnaten zu stärken, dessen Vermögen durch die völlige Beherrschung des Kupfermarktes infolge einer geschickten und rücksichtslos durchgeführten Transaktion lawinenartig wächst.

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Bekämpfung der Friedensbewegung, zur Neutralisierung trustfreier Strömungen in den Kreisen der Farmer, Kaufleute und Kleinkapitalisten bedient sich der Milliardär des begabten Ideologen, des Juristen und Nationalökonomen Frank S. Dodd. Dieser imperialistische Theoretiker hat zuerst den Gedanken der finanzkapitalistischen Weltherrschaft Amerikas formuliert, jenen Plan entwickelt, der den Milliardär Vanbrugh faszinierte und zu energischem Handeln trieb. Als aber Dodd vor den Folgen seiner in die Wirklichkeit umgesetzten Gedanken graut, als er sich zurückzieht und sogar, getrieben durch die Liebe zu einer amerikanischen Ärztin, die als Krankenschwester an der deutschen Front weilt, versucht, die Kreise des Trustgewaltigen zu stören, wird er unschädlich gemacht. Ein „brauchbarer“ Irrenarzt interniert den Lästigen in einem Sanatorium. Noch leichter wird das Kapital mit der ethischen Friedensliga fertig, deren Vorsitzende die Frau des Kupferkönigs ist. Mit leiser Ironie wird das Wesen dieses bürgerlichen Pazifismus mit sportlich und sentimental Untertönen in den Briefen der Milliardärin gespiegelt.

Sie macht ihrem Gatten mancherlei Schwierigkeiten durch die Veröffentlichung von Dodds Programmschrift, verlässt sogar das Haus Vanbrughs, aber wie vorauszusehen, versöhnt sie sich bald, da der schlaue Finanzmann ihre Eitelkeit, mit einem Weihnachtsschiff voll Spielzeug für die Kinder in den kriegführenden Ländern ködert:

„Was ich Dir schreiben wollte: Frederick hat mir drei Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Du kannst nicht raten zu welchem Zweck! Ich soll zu Weihnachten ein großes Schiff voll von Kuchen und Spielsachen hinüber nach Deutschland schicken für die armen Kinder, deren Väter im Felde stehen. Er hat den englischen Gesandten angewiesen, dieses Schiff frei passieren zu lassen. Der Gesandte ist nämlich bei uns zu Besuch, um zu erreichen, dass sein Attaché von unserer Verwaltung besser behandelt wird. Ist das nicht ganz wundervoll! Es gibt keinen Mann, der Frederick gleichkäme, – der so in der Seele seiner Frau zu lesen versteht. Ich habe schon ein großes Bureau eingerichtet, in dem unter einem Sekretär über 20 junge Mädchen arbeiten. Mit allen Fabriken und Geschäften für Spielwaren stehe ich in Verbindung. Ich weiß nicht, wo ich vor Arbeit hin soll. Dir schenke ich diese gute Nachricht zuerst. Setze sie in Deutschland in die Zeitung. Hier in Amerika werde ich sie in allen Zeitungen gleichzeitig veröffentlichen. Ich werde die bekannteste Frau in den Staaten. ...“

Schwieriger ist es, den Widerstand und den Argwohn anderer Kapitalistengruppen zu überwinden. Jene Pressfehde mit Enthüllungen über die wahre Rolle Dodds, den man in die Leitung der Farmerorganisation geschmuggelt hat, läuft doch endlich günstig aus. Dodd

verschwindet in der Versenkung und unter Leitung eines unbekanntem Agenten des Kupfertrustes arbeitet auch diese zur Trustbekämpfung gegründete Vereinigung unter kluger Verwendung einer von Dodd geprägten vermittelnden Formel zu Nutz und Frommen des nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und geistig übermächtigen Finanzkapitals.

Die Stimme des Sozialismus, die im „Fenriswolf“ zuweilen ertönt, fehlt im „Weltreich“ vollständig. Es soll wohl die geringe Macht des amerikanischen Sozialismus angedeutet werden oder dem Verfasser ist die sozialistische Presse der Union nicht genügend bekannt. Ein Artikel aus dem „Appeal to reason“ (Appell an die Vernunft) hätte das Bild abgerundet, das im Roman vom amerikanischen Wirtschaftsleben in großen Strichen gezeichnet wird. Das weitverbreitete sozialistische Wochenblatt fehlt im Chorus der Pressstimmen.

Wie gut der Verfasser die Logik imperialistischer Entwicklung kennt, zeigt der Ausblick auf einen Krieg zwischen der Union und Japan, mit dem der Briefwechsel schließt. Der Gedanke vom kapitalistischen Weltreich des Friedens wird durch die Tatsachen widerlegt. Die Folgerichtigkeit der Wirkungen finanzkapitalistischer Unternehmungen führt zu immer neuen Kriegsmöglichkeiten. Der Bankdirektor Denridge, der Verbündete Vanbrugh's, muss zum Schluss folgenden Aktionsplan unterbreiten, nach dem die Beherrschung von Kupfermarkt und Presse völlig gelungen:

„Es ist mir ein schwacher Trost, dass ich nur ganz selten so missmutig an Sie zu schreiben brauchte, wie es heute geschieht. Leider ist weder an der Londoner Börse, noch an einer andern Stelle, dem Kapital beizukommen, das die japanische Kriegsindustrie finanziert. Offenbar sind die Japaner die einzigen, die begriffen haben, dass sie das Kapital, dessen Dienste sie sich verschrieben haben, internieren müssen, wollen sie ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht sicher bleiben. Da man sich dem Kapital der Mittelmächte im Kriege noch, jedenfalls aber später, auf Gefechtsweite nähern können, bleibt als letzter und größter Feind unserer Pläne Japan übrig, das, wie Sie in Ihrem Schreiben ja andeuten, auch den Generalnennern für Russland und China darstellt. Russland hat durch seine Teilnahme am europäischen Kriege bereits jede Selbstständigkeit verloren. Aber vielleicht ließe sich China bei reichlicher Kapitalunterstützung (gegen Konzessionen selbstverständlich), zu einem Waffengang gegen Japan werben. Veranlassung hat es ja genügend. Japan wäre dann an allen Waffenlieferungen nach Russland und damit an aller wirtschaftlichen Ausbreitung gehindert. Wenn China in diesem Kampfe unterliegen würde, so wäre doch Japan genügend geschwächt, um durch einen Einspruch der Staaten an der Realisierung seines Sieges verhindert zu werden. Inzwischen müsste selbstverständlich der europäische Krieg weiter dauern und Japans Freunde so erschöpfen, dass sie ihm keine Hilfe gegen uns bieten könnten. Vor allen Dingen aber muss den verfluchten technischen Leistungen der Deutschen – die Bilanz des Weltgeschehens droht durch sie verschleiert zu werden – die Energie abgeschnitten werden.“

Darauf antwortete das personifizierte Kapital, Frederick Vanbrugh:

„Nun behalten Sie kühles Blut: Wir müssen in spätestens 4 Wochen Japan in einen Krieg mit China verwickelt haben. Und spätestens in der gleichen Zeit muss Deutschlands Tauchbootkrieg aufgehört haben. Seien Sie froh: Wir haben diese beiden nahen Ziele, und wir setzen jetzt Macht und Kraft bis zum allerletzten ein, um sie zu verwirklichen! Erreichen wir sie, so gelingt unser großes Werk!“

In diesen Briefen wird die Utopie des „dauernden Friedens“ auf kapitalistischer Grundlage besser gekennzeichnet als durch lange theoretische Ausführungen. Natürlich handelt es sich hier um eine dichterische Erfindung, die vorhandenen Strömungen und weltpolitischen Situationen zu einer spannenden Handlung, nicht frei von romanhaften Konstruktionen, benutzt. Das Bild der ruhelos rücksichtslosen Arbeit des Finanzkapitals, seiner Methoden und Mittel, seinen wirtschaftlichen und politischen Aktionen, das der ungewöhnlich sachkundige

Verfasser gibt, ist lebensecht und selten anschaulich. Die Lektüre des Romans sei dem weltpolitisch interessierten Arbeiter empfohlen.

Der starke Eindruck von der Macht des Finanzkapitals, das ja nicht nur in Amerika zu Hause ist, wird den Leser zum Studium weltpolitischer Fragen anregen und in ihm den Gedanken festigen, dass der ersehnte Friede im Interesse der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Europas liegt. Jenes Gesamtinteresse wird aber nicht von einzelnen Kapitalistengruppen vertreten, sondern es ist die geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats, im Kampf gegen das Finanzkapital die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit zu sichern. Demokratischer Sozialismus gegen wirtschaftlichen Absolutismus von Kartell und Bank!

Ein Zwiegespräch.

Von *Iwan Turgenjeff*.

Die höchsten Gipfel der Alpen. ... Eine ganze Kette steiler Felsenhänge. ... Mitten im Herzen der Gebirge.

Über den Bergen ein blassgrüner, heller, stummer Himmel Durchdringende heftige Kälte; fester, funkelnder Schnee; und aus dem Schnee empor ragen finstere, eisbedeckte, wetterumbrauste Felszacken.

Zu beiden Seiten des Horizonts erheben sich zwei ungeheuere Riesen: Die Jungfrau und das Finsteraarhorn.

Und die Jungfrau spricht zu ihrem Nachbar: „Was hast du mir Neues zu sagen? Du kannst deutlicher sehen. ... Was geht da unten vor?“

Einige Tausend Jahre rauschen vorüber: eine einzige Minute. Und zur Antwort donnert das Finsteraarhorn: „Dichte Wolken verhüllen die Erde. ... Warte!“

Wiederum schwinden Jahrtausende: eine einzige Minute.

„Nun, und jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Jetzt seh ich; dort unten ist noch alles wie es war: buntscheckig und klein. Blaue Wasser, schwarze Wälder und graue aufgehäuften Steinmassen. Und um dieselben herum wimmelt es noch immer von Käferchen – weißt du, von jenen Zweifüßlern, die noch nicht ein einziges Mal weder dich noch mich zu beschmutzen vermochten.“

„Sind das die Menschen?“

„Ja, die Menschen.“

„Nun, was jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Es scheint, die Käferchen haben sich vermindert,“ donnert das Finsteraarhorn; „es ist da unten heller geworden; die Wasser haben sich zusammengezogen, die Wälder sind gelichtet.“

Abermals ziehen Tausende von Jahren dahin: eine einzige Minute.

„Was siehst du jetzt?“ sagt die Jungfrau.

„Um uns herum, hier in der Nähe scheint es rein geworden zu sein,“ antwortet das Finsteraarhorn; „allein dort in der Ferne, in den Tälern bemerke ich noch immer Flecke, seh ich wie früher sich etwas bewegen.“

„Und jetzt?“ fragt die Jungfrau nach weiteren Jahrtausenden – einer einzigen Minute.

„Jetzt ist alles gut,“ antwortet das Finsteraarhorn; „wohin ich auch blicke, überall ist es vollständig weiß und rein. ... Allüberall unser Schnee, Schnee und Eis. Alles ist erstarrt. Jetzt ist es ruhig und gut.“

„Gut,“ wiederholt die Jungfrau. „Doch nun genug geschwätzt, Alter. Jetzt müssen wir schlafen.“

„Schlafen.“

Und die Bergriesen schlafen; und es schläft der grüne Himmel über der auf ewig verstummen Erde.

Februar 1878.

*

Statuen und Galgen stehen in politischen Stürmen nahe aneinander, und mancher ist schon gehangen worden, der eine Bürgerkrone verdient hätte.

Berichtigung. Unser Druckfehlerteufel ist satirisch geworden. Er wirft den Unabhängigen kichernd ein „Monopol an Mut zur Konsequenz“ vor, wo wir von einem Mangel an Mut sprechen wollten. Wenn der kleine Kobold selbst die Herren nur noch ironisch nimmt, dann müssten sie die Arbeiter doch endlich auch richtig einzuschätzen lernen. [korrigiert, d. Hrsg.]

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 30/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 28. Juli 1917.

Nr. 30

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!

Die historischen Notwendigkeiten vollziehen sich mit eherner Konsequenz und überraschender Schnelligkeit. Als die linksradikalen Ortsgruppen Bremen und Hamburg am 5. Mai in unserem Blatte einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erließen, erklärten sie: „Die Gruppe ‚Internationale‘ hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluss mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten.“ Was damals eine rein logische Schlussfolgerung war, heute ist es offenbare Tatsache. Und mehr noch hat sich erwiesen, damals konnten Hoffnungsfreudige noch erwarten, dass die Gruppe „Internationale“ durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen, wenn auch wieder auf dem Wege zerfleischender innerer Kämpfe, die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde. Die Hoffnungen sind elend zu Schanden geworden. Organisatorisch hat die Gruppe „Internationale“ wiederum und notwendigerweise versagt, indem ihre allmächtigen Führer die um ihre Gruppenselbständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stiche ließen. Damit hat die Gruppe „Internationale“ ihre Selbständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluss gebracht. Politisch ist ihr Versagen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Absage an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene nur notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stokholm der Zimmerwalder Linken eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe „Internationale“ an den Folgen ihrer Selbstentmannung in Gotha laboriert. Die Gruppe „Internationale“ ist tot.

Die Tatsachen haben die Entwicklung mächtig gefördert. An vielen Orten haben sich nach dem Hamburg-Bremer Aufruf linksradikale Ortsgruppen gebildet, zahlreich, jeden Pessimismus besiegend, sind die Zustimmungsschreiben, die bei uns eingelaufen sind. Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die

Konstituierung der Partei zu unternehmen. Sie maßen sich keine Rechte an, denn nicht als neue Führerpartei kann das deutsche Glied der neuen Internationale erstehen. Sie wollen nur die nötigen Handreichungen tun, wo ein neues politisches Wesen zum Leben drängt. Deshalb fordern sie alle Gruppen auf, schleunigst die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ einzureichen. Die Genossen, welche keiner Ortsgruppe angeschlossen sind, werden aufgefordert, im selben Sinne mitzuarbeiten. Das vorläufige Aktionskomitee wird das eingegangene Material sammeln und dann schnellstens die weiteren Schritte vornehmen. So, aus der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Elemente, wird eine Partei entstehen, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

Das Aktionskomitee.

Ein Hornberger Schießen.

Freude war in Trojas Hallen, eh' die hohe Feste fiel! Wiedergeburt des gesamten politischen Lebens Deutschlands, jubelte es durch den Blätterwald, demokratisches Wahlrecht, parlamentarisches Regime und der holde Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Schon war der Sieg errungen, schon waren die moralischen Eroberungen eingheimst. Aus der engen Brust entrang sich das Manneswort: Sire, geben Sie Demokratie, und Bürgerglück wird dann versöhnt mit Fürstengröße wandeln! Und sie bekamen ihren Herzog Alba, ihr Opfer. Bethmann ging! Der Jubel ging in Delirieren über, Alles war erreicht.

Eh' die hohe Feste fiel! Dann kam der neue Kanzler, ohne das Parlament gefragt zu haben. Ein Bureaukrat, in des Geschäftsgangs dreißigjährigem Trott. Ein Mann ohne politische Vergangenheit. Ein Mann ohne Programm. Die Minister sitzen noch auf ihren Sesseln und kein David hat sich ihnen zugesellt. Und der Kanzler sprach. Wo blieben denn die großen Töne von Freiheit und Frieden? Na ja, ein paar Männer, die das Vertrauen des Volkes besitzen. Aber kusch dich, Reichstag: Die Führung behalten wir. Das Friedensprogramm? Machen wir! Wie ich es auffasse, versteht sich, unter der Voraussetzung, dass die Grenzen des Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden. Das Haus klatscht Beifall, erst die Linke, beim Nachsatz die Rechte. Bethmann konnte es auch so, nur machte er es eleganter.

Der Reichstag aber erledigte schleunigst seine Aufgabe. Er bewilligte den Milliardenkredit und vertagte sich, ohne auch nur die Miene zu machen, sich irgendwelchen Einfluss auf die innere und äußere Politik zu sichern. Das erhabene Schauspiel der Verfassungskrisen von 1908 und 1910 hat sich wiederholt.

Ganz verdattert stehen die Herren um Scheidemann da. Sie hatten dem Volke den Himmel auf Erden versprochen und jetzt verweigert die Regierung, auf die sie ohne Akzept trassiert hatten, die Zahlung. Es war das notwendige Resultat einer Politik mit großen Worten und schönen Gesten. Die Herren oben wissen zu genau, was sie selbst auf Drohungen zu geben haben, hinter denen kein Wille steht. Sie schätzten es richtig ein, wenn die „Münchener Post“ den Knüppel schwenkte:

„Die Osterbotschaft verhielß uns eine ‚neue Zeit‘, einen ‚Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens‘, die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes! Und bis zur Stunde hat die Regierung dem Volke noch keine Sicherheiten geboten, dass dieses Programm auch wirklich erfüllt werden soll. Noch besteht in Preußen-Deutschland der Halbkonstitutionalismus und das persönliche Regiment zu Recht. Will der Reichstag auseinandergehen, ohne dass ihm das Recht der Mitbestimmung über die Lebensfragen des deutschen Volkes eingeräumt ist! Wir stehen vor einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes. Noch nichts ist geschehen, was der deutschen

Volksvertretung das Recht zur Gestaltung seiner äußeren und inneren Politik sichert. Der Reichstag kann und darf nicht auseinandergehen, ohne dass nicht die Demokratisierung und Parlamentarisierung Preußen-Deutschlands eingeleitet ist!“

So hieß es vor der Kanzlerrede. Nachher schrieb der „Vorwärts“:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch diesmal wieder, wie bisher stets, die Kriegskredite bewilligt. Die Frage, ob die Erklärungen der Regierung zur Friedensfrage ausreichend waren oder nicht, verliert an Bedeutung, da der Reichstag selbst eine ausreichende, die Regierung bindende Erklärung abgegeben hat. Diese Erklärung herbeigeführt zu haben, ist der große Erfolg des letzten Sessionsabschnittes. Er hätte nicht erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie durch eine Änderung ihrer bisherigen Taktik in der Kreditfrage die Mehrheit gesprengt hätte. Dadurch aber, dass die Sozialdemokratie diese Taktik beibehielt, ist eine zerschmetternde Niederlage der Annexionisten herbeigeführt worden.“

Die Scheidemänner eilten, sich zu vertagen. Sie hatten ja die zerschmetternde Niederlage der Annexionisten! Und wodurch diese Niederlage? Dadurch, dass sie krampfhaft an der Kanzlerrede mit der interpretierten Friedensresolution heruminterpretierten.

Fragen wir uns, was der Sinn der ganzen, nunmehr so gut wie abgeschlossenen Parlamentsaktion gewesen ist. Deutlich hat das die „Deutsche Tageszeitung“ begriffen, die am 9. Juli schrieb:

Es hieße das deutsche Volk beleidigen und herabwürdigen, wenn man glauben sollte, man müsste durch politische Maßnahmen wie durch ein Narkotikum über die Lebensmittelknappheit hinwegtäuschen.

Nun lag es freilich dem Agrarierblatte gar nicht so sehr am Herzen, die Ehre des deutschen Volkes vor den Angriffen des Blocks von Erzberger bis Scheidemann zu retten, aber es hatte noch über seine Feindschaft gegen alle Demokratie hinaus Ursache, auf der Hut zu sein und die Aufmerksamkeit immer wieder auf den Ausgangspunkt der ganzen Bewegung zu lenken. Abgesehen von diesem wirklichen Ausgangspunkt handelte es sich nun tatsächlich um die Nachgeburt von 1848, die noch immer nicht vom Mutterschoß der Feudalzeit loskommen kann. Es handelt sich noch immer um den Kampf zwischen Bürgertum und Junkerherrschaft. Der Anachronismus, dass im Reiche der gewaltigsten Kapitalmacht und der stürmischen Industrialisierung noch immer die Junker die Macht in den Händen haben können, ist für alle geklärt. Die Junker werden von der Bourgeoisie gehalten, weil diese ihre steifen Nacken und tüchtigen Fäuste für die unten braucht. Die mächtigste Kapitalistengruppe, die der Schwerindustrie, lebt sogar in engerer Interessengemeinschaft mit den Agrariern (Zoll- und Klassenpolitik). Dem mittleren und Handelskapital kommt der Unterhalt des starken Wächters vor den Klassenprivilegien aber oftmals teuer zu stehen und deshalb immer wieder die Versuche, ihn abzuschütteln und die Politik allein zu machen.

Während des Krieges sind die Gegensätze ziemlich latent geblieben. An den Kriegszielen hatten die Agrarier zwar kein allzu starkes Interesse. Im Gegenteil hätte ihnen der volle Erfolg in der Kleinasienpolitik recht unbequem werden können durch die von den Imperialisten erträumten Erschließung einer neuen großen Agrarkonkurrenz in Mesopotamien. Aber die Junker rechneten mit der durch den Sieg gewaltig gesteigerten reaktionären Macht der Militärpartei, die spielend Herr der inneren Widerstände werden würde.

Die Kapitalisten brauchten jetzt mehr als je die starken Männer auch gegen den äußeren Feind. Während des Krieges vollzog sich die Machtverschiebung unter den herrschenden Klassen stark zum Schaden der Junker. Wohl zogen sie aus der Abschneidung der Lebensmittelkonkurrenz ungeheure Gewinne. Aber die Landwirtschaft kann heute den Profit nicht so leicht zur Machtsteigerung verwenden wie das Kapital in Industrie und Handel, das

seine Position durch Kapitalakkumulation beständig stark befestigt und dies besonders während des Krieges besorgt hat. Die Zukunft der Junker hängt nicht so sehr von den Kriegszielen, als vom Erfolge überhaupt, vom Siege der Waffen ab. Sie sind deshalb für den rücksichtslosen Kampf bis zum Ende.

Anders die mittlere Industrie, die abhängig ist von der Konsumtionskraft der Arbeiter und dem Export. Bei den drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Kriege fürchtet sie sehr eine rücksichtslose agrarische Politik. Darum der Versuch, die Agrarierherrschaft zu stürzen. Das Mittel dazu wäre die Verdrängung der Junker aus ihrer Machtstellung in Preußen und die Ersetzung des Bureaureniments durch eine parlamentarische Regierung, die weit genug von der Demokratie entfernt ist. Aber Sorge, ob es gelingen werde, der Verfassungskampagne am entscheidenden Punkte Halt zu gebieten, schwächte schon ihre Angriffskraft. So ging ihre Aktion wieder wie das Hornberger Schießen aus. Ein Schuss ins Blaue.

Die Scheidemänner fühlten sich in dem Feldzuge als die Führer, waren aber in Wirklichkeit nur der Vorspann, der von den Nationalliberalen dirigiert wurde. Sie wurden auch rechtzeitig zum Stehen gebracht. Der Kampf gegen die Junker hat bisher die Kräfte der Sozialdemokratie vollkommen aufgezehrt. Das ist eine der Ursachen mit für den Parteizusammenbruch. Nicht wegen dieses Kampfes an sich, sondern weil es der einzige Kampf war, weil er durchaus im Kielwasser der bürgerlich kapitalistischen Gruppen geführt wurde. Das raubte der Partei jede eigene Initiative, das lenkte sie ab vom eigentlichen Gegner, dem Kapitalismus, der die Sozialdemokratie für sich ins Feuer schickte. Das führte die Partei von einer Niederlage zur andern, weil die Kapitalisten beim Auftreten der Arbeiterklasse stets rechtzeitig an den größten Feind erinnert wurden und die Sache wieder fallen ließen. Versagte aber diese bürgerliche Führung, dann klappten auch die parlamentarischen Führer der Arbeiterklasse zusammen. Siehe die preußische Wahlrechtsbewegung. Die Zermürbung der proletarischen Kampfkraft war die Folge. Nur eine klare selbständige Arbeiterpolitik, die den Kapitalismus in all seinen Erscheinungen angreift, kann Erfolge haben. Aber wer kann solche Politik von den Scheidemännern verlangen!

Das Spiel von Stockholm.

1.

In allen kriegführenden Ländern sind die Augen der Volksmassen nach Stockholm gerichtet, wartend auf ein Wunder, das retten soll. Dieses Wunder soll Stockholm bringen. Glückwünsche begleiten die Führer der ehemals sozialdemokratischen Parteien, die sich nach Stockholm begeben. Und von Stockholm fliegen Telegramme über die Arbeit der Retter der Menschheit, von Paris, London, Washington Telegramme über die Besorgnisse, die diese Beratungen bei den Regierungen der Entente erwecken. Nichts erfüllt einen wirklichen Sozialdemokraten mit niederdrückenderen Gefühlen als das Bewusstsein, dass breite Volksmassen das gegen sie gerichtete Spiel noch nicht durchschaut haben. Denn was äußert sich in diesen Hoffnungen auf Stockholm als die Tatsache, dass die Arbeiterschaft der kriegführenden Länder noch auf einen Erlöser wartet? Und was ist das Resultat dieser Hoffnungen auf das Wunder von Stockholm? Die Massen werden Monate lang mit unerfüllbaren Hoffnungen genasführt, um sich nach ein paar Monaten dort zu erblicken, wo sie sich heute befinden ...

Es gibt keine wichtigere Aufgabe jetzt als das Spiel von Stockholm zu demaskieren.

Vor uns liegt der Fragebogen der skandinavisch-holländischen Kommission, auf den die Teilnehmer der Vorkonferenzen antworten sollen, wodurch eine Grundlage für die allgemeine Konferenz gewonnen werden soll. Der Fragebogen beginnt mit der Frage nach der Stellung

der befragten Partei zu den Friedensbedingungen: Annexionen, Kriegsentschädigungen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abrüstung, Freiheit der Meere usw. Den Kern aller dieser Fragen bildet also die Frage: Wie reformieren wir den Imperialismus? Drei Jahre zeigt der Krieg, dass der Imperialismus alle Verträge, die seinem Drange nach Profit im Wege stehen, mit voller Rücksichtslosigkeit zerreißt, und das Proletariat soll sich als Aufgabe stellen, neue „Papierchen“ zu erlangen! Die letzten Großstaaten, die dank besonderer Bedingungen ihrer historischen Entwicklung keinen Militarismus hatten, stampfen Riesenarmeen aus dem Boden, der Arbeiterinternationale aber wird das Phantom der Abrüstung vor die Augen geführt! Drei Jahre lang wird vom Kapitalismus das Recht der Selbstbestimmung der Massen nicht nur über ihre Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate, sondern über ihr Leben oder Tod mit Kanonen streitig gemacht und die Herren Sozialpatrioten vom skandinavisch-holländischen Komitee haben die eiserne Stirn den Arbeitermassen Fragen zu stellen, die ihnen den wahren Sachverhalt verhüllen sollen. Das Verbrechen der Verhüllung der Unmöglichkeit einer Reform dieses imperialistischen Systems ist umso größer, als drei Jahre des Krieges die objektiven Voraussetzungen des Sozialismus im Eiltempo reifen ließen: die ungeheure Konzentration der Produktion auf der einen Seite, auf der andern Seite die Unmöglichkeit der Tilgung der ungeheuren Kriegslasten.

Die Fragen des skandinavisch-holländischen Komitees über die Friedensbedingungen sind für die Massen irreführend. Aber man könnte vielleicht annehmen, dass man hier mit Illusionen der großen Staatsmänner aus den holländisch-skandinavischen Provinzen zu tun hat, da doch die Kleinstaaten von jeher der Nährboden von allerhand Utopien über die schmerzlose Rettung der Menschheit waren.

Welches sind nun die Mittel, mit deren Hilfe die Herren Sozialpatrioten ihre „Friedensbedingungen“ erreichen wollen? Sie behandeln die Mitarbeit der Neutralen, die direkte Mitarbeit der Parlamente, der sozialistischen Parteien, von der Einflussnahme auf die Friedensverhandlungen der Regierungen, von der Einsetzung von Studienkommissionen. Nur die kleine Frage, ob diese Reformen, wenn sie zu verwirklichen wären, das Bild der Welt ohne die Hilfe des Proletariats ändern würde, haben sie vergessen. Danach fragen die Herren Retter der Menschheit nicht, ja alle ihre Fragen haben den einzigen Zweck, diese einzige Frage verschwinden zu lassen. Und wie könnte es anders sein?

Das skandinavisch-holländische Komitee besteht aus kleinbürgerlichen Opportunisten, die bei sich zu Hause eine Politik des Schachers und Kompromisses treiben, die während der großen Weltkrise mehr oder weniger als Agenten des einen oder des anderen imperialistischen Lagers auftraten. Herr Branting ist der Vertrauensmann der Ententeregierungen: schwedische wie Schweizer Genossen bekommen keine Reisepässe nach Russland, wenn ihnen Herr Branting kein Zeugnis der guten Gesinnung ausstellt. Herr Troelstra ist nach der Niederwerfung Belgiens nach Berlin geeilt, um von dem deutschen Staatssekretär Zimmermann die Versicherung der Liebe zu den unterdrückten kleinen Völkern entgegenzunehmen und sie dem holländischen Volke zu überbringen. Das sind die Minos und Radamantes, vor deren Tribunal die Sozialpatrioten aller Länder eilen. Wir kennen schon die Fragen, die an sie die Herren Troelstra und Branting stellen. Hören wir jetzt die Antworten, die die Kämpfer für den „gerechten Frieden“ erteilen.

2.

Da sprachen die *bulgarischen* Sozialpatrioten, nette Liebe, gute Sozialdemokraten, die nur von so böswilligen Menschen, wie es die bulgarischen radikalen Sozialdemokraten sind, als kleinbürgerliche Opportunisten dargestellt werden können. Natürlich sind so gute Sozialdemokraten für einen allerbesten Frieden, natürlich sind sie gegen Annexionen: nur die rumänische Dobrudscha möchten sie annektieren, weil dieses Land einmal Bulgarien angehörte und einen Korridor durch Serbien nach Österreich möchten sie auch haben, und

was die bulgarischen Gebiete in Mazedonien anbetrifft, die den Streitgegenstand zwischen Serbien und Bulgarien bilden, den möchten sie auch haben.

Die radikalen Sozialdemokraten Bulgariens, Serbiens, Rumäniens vertreten die Losung der föderativen Balkanrepublik: die Balkanländer bilden geographisch wie wirtschaftlich ein Ganzes; national ist die Bevölkerung so durcheinandergeschüttelt, dass eine Abgrenzung der einzelnen Nationen voneinander, ohne dass die eine oder die andere unter fremde Herrschaft gerät, ausgeschlossen ist. Nur die Vereinigung des ganzen Balkans in eine föderative Republik, bei Belassung der vollkommenen Autonomie an die am meisten national gemischten Territorien – wie Mazedonien – würde allen die Möglichkeit der freien Entwicklung gewähren. Aber dem stehen die Interessen der Balkandynastien im Wege, von denen jede ein möglichst großes Herrschaftsgebiet haben will, wie die Bourgeoisien des Balkans, die in sich gegenseitig Konkurrenten sehen: jede möchte ein möglichst großes Ausbeutungsgebiet haben. Das „Friedensprogramm“ der bulgarischen Sozialpatrioten stellt an sich nichts anders dar als eben diese Bestrebungen. Keine Vereinigung der Balkanländer, sondern die Angliederung der Dobrudscha, Mazedoniens an Bulgarien; keine Vereinigung der Balkanländer gegen den Imperialismus.

Aber lassen wir die Bulgaren in Ruhe, sehen wir uns die „Friedensziele“ der *österreichischen* Sozialpatrioten, die in Stockholm mit Viktor Adler und Karl Renner, den hervorragendsten sozialpatriotischen Führern, an der Spitze erschienen sind. Sie sind gegen Annexionen. Sehr schön! Was verstehen sie darunter? Sie fordern die Wiederherstellung Serbiens und Belgiens als selbstständige Staaten, aber das Verbleiben Bosniens, das von Serben bewohnt wird, bei Österreich. Warum?! Weil sie für den Status quo sind, die Konservierung des Zustandes aus der Zeit vor dem Kriege? Nein, die österreichischen Sozialpatrioten sind keine Bewunderer des Status quo, denn sie gestalten die Karten Europas um. Finnland soll unabhängig werden, Polen auch. Aber was für ein Polen? Russisch-Polen, bitte schön! Die Gerechtigkeit erfordert, dass diese Länder von der russischen Anarchie befreit werden, aber die deutsche und österreichische Ordnung bekommt jedem gut.

Denselben Charakter eines kapitalistischen Friedensprogramms trägt die Erklärung der deutschen Sozialpatrioten. Sie brüsten sich direkt in ihrer Presse damit, dass sie Gott behüte, in Stockholm keine Theorien, d. h. keine Grundsätze vorgebracht haben, sondern einen „realpolitischen“ Kompromissvorschlag. Wie sieht er aus? Wiederherstellung Serbiens, Rumäniens, Belgiens, das ist die Gabe an die Entente. Deutschland bekommt aber seine Kolonien zurück. Über die Zugehörigkeit Elsass-Lothringens entscheidet nicht dessen Bevölkerung, sondern sie wird durch Deutschland der Entente zuerkannt. Dagegen fordern die deutschen Sozialpatrioten die Unabhängigkeit Finnlands, Russisch-Polens.

Wieder fragt man sich, auf Grund welcher sozialistischer Grundsätze haben die deutschen Sozialpatrioten ihr Friedensprogramm zusammengebraut? Sie erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Man kann diese Formel annehmen oder ablehnen. Die deutschen Sozialpatrioten gebrauchen diese Formel nur, um dem russischen Arbeiter-Delegiertenrat eine Reverenz zu erzeigen, wie auch die Regierungen der Entente in Worten diese Losungen des Arbeiter-Delegiertenrates anerkennen, um sie in der Praxis in ein Annexionsprogramm umzuwandeln.

Die „*Leipziger Volkszeitung*“ hat in zwei Artikeln bewiesen, was sich hinter der jetzigen Anerkennung der Losungen des Arbeiter-Delegiertenrates durch die deutschen Sozialpatrioten verbirgt. Auf Grund eines interessanten, bisher unveröffentlichten Materials, zeigt sie, wie die deutschen Sozialpatrioten zwei Jahre lang es in den Sitzungen der Fraktion zu verhindern suchten, dass die Fraktion diese Forderungen dem Kanzler gegenüber vertrete; jetzt sind sie alle ihre heißen Verteidiger!

Es verlohnt sich nicht, das Programm der deutschen Sozialpatrioten eingehender zu untersuchen, das Gesagte genügt, um zu zeigen, dass in ihm kein Verzicht auf den Imperialismus zum Ausdruck kommt, sondern dass es ein imperialistisches Verzichtsprogramm ist. Deswegen bedeuten die Angriffe eines Reventlow auf dieses Friedensprogramm nichts mehr als seine Angriffe auf Bethmann-Hollweg: Es ist ein Protest eines extremen Imperialisten gegen den Standpunkt gemäßiger Imperialisten. Und die „*Kölnische Zeitung*“, das führende Organ der Nationalliberalen, konnte deswegen mit vollem Recht als imperialistisches Organ schreiben, es sei zwar mit dem Programm Scheidemanns nicht einverstanden, aber es müsse zugeben, dass dieses Programm sich aus dem nationalstaatlichen Boden bewege. Die „*Vossische Zeitung*“, ein ausgesprochen imperialistisches Organ, schreibt am 18. Juni: „Nun wollen wir uns doch aber gar keiner Täuschung darüber hingeben, dass mindestens so sehr wie durch eine Erklärung des Reichskanzlers das Deutsche Reich durch die Erklärung der Sozialdemokraten in Stockholm festgelegt ist.“

Wenn man also die Bilanz der Erklärungen der Zentralmächte-Sozialpatrioten in Stockholm zieht, so zeigt sich: es handelt sich hier um eine Sondierung, ob auf dem Boden dieser Vorschläge die Entente bereit sei, Friedensverhandlungen zu beginnen. Wenn also Herr Janson, der Adlatus Legiens, – der die russischen Sozialdemokraten begleitete, die über Deutschland nach Schweden gingen, weshalb die russischen Genossen jede Unterredung mit ihm abgelehnt haben – in der „J. K.“ ein furchtbares Geseire darüber macht, dass die Ententediplomatie auch über die vertraulichsten Verhandlungen im Stockholmer skandinavisch-holländischen Komitee informiert sei, so soll er doch nicht naiv tun.“

Sollte die Entente die Friedensprogramme der Sozialpatrioten der Zentralmächte für keine genügende Grundlage zu Verhandlungen ansehen und sollten deswegen die Herren Renaudel, Thomas, Henderson „Grundsätze“ finden, die ihnen nicht erlauben, nach Stockholm zu gehen, so werden die Scheidemann und Adler keine Entschädigung für ihre Offenherzigkeiten bekommen. Nun, Geschäft ist Geschäft und ohne Risiko ist es nicht zu machen.

In keinem Falle hat das Unternehmen etwas mit dem Sozialismus zu tun, es ist ein Versuch den Knäuel der Kriegs- und Friedensfragen diplomatisch zu entwirren.

Die Genossen von der *Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands* Haase, Ledebour, Kautsky und die kleineren Götter, die jetzt in Stockholm erschienen sind, um vor dem Tribunal der Sozialpatrioten Branting, Troelstra, Stauning die Sozialpatrioten Scheidemann, Legien, Ebert anzuklagen, die stolz erklären, wir wollen nicht mit dem Sozialpatrioten Scheidemann verhandeln, wir wollen nur mit den Sozialpatrioten Renaudel und Tscheidze im Bunde die Menschheit retten, sie haben hier ein wunderschönes Betätigungsfeld für ihre diplomatischen Talente. Schon im Jahre 1909 hat Genosse Ledebour die Aufgabe der Internationale gegenüber den imperialistischen Gegensätzen als die des ehrlichen Maklers definiert. Voila! Der Henker wartet, und unser Segen zur Arbeit. Was ein Teil selbst der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie über dieses Makleramt denkt, das hat die Chemnitzer Organisation der Unabhängigen schon öffentlich erklärt. Sie erklärte sich solidarisch mit der Stellung der Zimmerwalder Linken in der Friedensfrage und sprach den Ledebour, Kautsky und Haase das Recht ab, als ihre Vertreter zu gelten, falls sie einen anderen Standpunkt annehmen sollten, als es die Zimmerwalder Linke tut.

Die Zimmerwalder Linke d. h. die russischen Bolschewiks, die polnischen und holländischen Marxisten haben schon erklärt, dass sie sich an keinen Konferenzen der Sozialpatrioten beteiligen werden, mögen diese unter der Flagge Brantings oder Tscheidzes segeln. Der Weg zum Volksfrieden führt nicht durch die Konferenz der Sozialpatrioten. Das

wollen die Unabhängigen Zentrumsleute in Deutschland nicht verstehen, das können die Arbeiter sie verstehen lehren, indem sie sich von ihnen unabhängig machen.

Der Fortgang der russischen Revolution.

Wie in Frankreich 1848 ist die russische Revolution mit dem Sturz der Monarchie nicht beendet, sondern sie hat damit erst begonnen. Jetzt entwickeln sich die Klassengegensätze zu immer größerer Schärfe und sie steuern auf neue Konflikte los, viel gewaltiger und bedeutungsvoller als die, die ihren Anfang bildete. Und nur in der Auskämpfung dieser Konflikte kann sich der historische Fortschritt vollziehen.

Bis diese Entscheidung gefallen ist, ist alles vorläufig. Die Vorläufige Regierung besteht aus bürgerlichen Elementen, ohne die entschiedenen Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie, mit einigen Leuten darin, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Diese Regierung der Halbheiten kann keine Klasse befriedigen, weil sie für keine Klasse gegen die andere aufzutreten wagt. Sie will vermitteln, predigt Versöhnung und Mäßigung nach beiden Seiten und unterdessen wird der Zustand immer unhaltbarer. Die Desorganisation der Lebensmittelversorgung, der Armee, der Wirtschaft, der Staatsfinanzen, des Ackerbaus, diese Erbschaft des alten Regiments, kann nur durch entschiedenes kräftiges Eingreifen überwunden werden; aber das kann die Vorläufige Regierung nicht, da sie weder nach der einen noch nach der anderen Seite anzustoßen wagt.

Die Finanzlage wird immer schwieriger. Bei dem Ausbruch der Revolution war das Papiergeld auf 10 000 Million Rubel gestiegen, jetzt auf mehr als 12 000 Millionen, für das nur 1500 Millionen Gold als Deckung vorhanden sind. Bisher konnte man auf die finanzielle Hilfe Englands und Amerikas rechnen, die aus ihren Schätzen die Bundesgenossen finanzieren. Aber nur unter der Bedingung, energisch Krieg zu führen. Wenn Russland nicht energisch Krieg führt und zu keiner Offensive fähig ist, bekommt es auch kein Geld. Daher das krampfhaft Bemühen der Vorläufigen Regierung, der Welt zu beweisen, dass die Armee jeden Tag leistungsfähiger wird. Aber einstweilen halten die Geldleute noch die Hand auf der Tasche. Mit der Freiheitsanleihe ging es auch nicht gut; statt der erhofften 3 Milliarden kam nur gut 1 Milliarde ein. – Die russischen Kapitalisten haben keine Lust einer revolutionären Regierung, der sie so wenig trauen, aus der Patsche zu helfen. Diese Regierung, die unter dem Einfluss der Straße, des Proletariats steht, ist nicht nach ihrem Geschmack; aber sie fühlen auch, dass eine starke kapitalistische Regierung unter den heutigen Machtverhältnissen noch nicht möglich ist. Deshalb wollen sie diese „sozialistische“ Regierung erst abwirtschaften lassen. Sie sind überzeugt, dass der Versuch einer demokratischen, unter dem Einfluss der Massen stehenden Regierung, absolut fehlschlagen muss, und dass aus der Krise nur die bürgerliche „Ordnung“ Rettung bringen kann. Was die heutige Regierung anbelangt, haben sie auch vollständig Recht: nicht, weil diese Regierung sozialistisch ist, sondern weil sie es eben nicht ist und deshalb keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Kapitalisten wagt. Die Arbeiter stellen Lohnforderungen und fordern kurze Arbeitszeit: eine Lohnerhöhung, die die teure Lebenshaltung einigermaßen wettmacht und den Achtstundentag haben sie auch vielerorts errungen. Aber dabei können sie nicht aufhören; und die Fabrikanten begegnen diesen Kämpfen mit Aussperrungen, oder, wo sie das nicht wagen, schließen sie die Fabriken wegen Mangels an Rohmaterialien. Mag die Regierung dadurch in Verlegenheit kommen – sie wagt es doch nicht, die Fabriken zu expropriieren! – umso besser!

Mit der Lebensmittelversorgung bleibt es übel bestellt. Spekulation und Wucher verteuern alles und die Regierung unterdrückt sie nicht. Die Bauern halten ihr Getreide zurück, weil sie der Regierung nicht trauen. Sie wollen das Land der Großgrundbesitzer, aber die Regierung, die es mit dieser Klasse nicht verderben möchte, vertröstet sie auf die konstitutionelle Versammlung, die darüber entscheiden soll. Mangel an Arbeitskräften und Maschinen (da der

Krieg zu viel Menschen und zu viel Fabriken in Anspruch nimmt) lässt die Lebensmittelproduktion ungenügend bleiben. Überall Aufgaben, die gelöst werden müssen, denen aber die vorläufige Regierung ängstlich ausweicht. Die Folge ist wachsende Zuspitzung der Gegensätze, wachsende Unordnung, wachsende Unerträglichkeit der Zustände.

Ein Ausweg ist nach zwei Seiten möglich: aus der „vorläufigen“ Unordnung entweder zur kapitalistischen Ordnung oder zur sozialistischen Ordnung. Siegt in dem kommenden Konflikt die „Ordnung“ über die „Anarchie“ (dies ist der Name, mit dem die bürgerliche Presse die auf den Sozialismus zielenden Aktionen der Arbeiter belegt), dann müssen die Arbeiter wieder ins Joch, die Freiheitsträume vergessend, zu schuften in langer Arbeitszeit, Mehrwert zu produzieren; dann müssen die Bauern schuften, um Getreide für den Export zu schaffen, als Zins für die Kapitalschulden; dann geht der Krieg weiter und dann schicken die Dollarmonarchen neue Millionen, um die Staatsmaschine im Gange zu halten; dann wird Russland ein ordinäres kapitalistisches Land. Das ist das Ziel und das Sehnen der russischen Bourgeoisie.

Wenn aber in dem nächsten Konflikt die Regierung vor dem Proletariat weichen muss und dessen entschiedenste, klarste, bewussteste Richtung die Führung bekommt, dann wird sich zum ersten Male in der Weltgeschichte das Bild eines Proletariats zeigen, das seine politische Herrschaft benutzt, um den Weg zur politischen Ordnung anzubahnen. Dann wird sich zeigen, dass noch eine andre Ordnung möglich ist als die der kapitalistischen Ausbeutung. Eine gewaltige Aufgabe wirtschaftlicher Neugestaltung steht dann vor unseren russischen Genossen; aber sie werden sie lösen können, weil sie durch keine Rücksichten auf Kapitalinteressen daran gehindert werden, nach dem Interesse der Volksmassen zu handeln. Eine solche Arbeiterregierung wird die Fabriken der widerwilligen Kapitalisten beschlagnahmen, damit die Arbeiter und Techniker die Produktion weiterführen; sie wird den Verkehr regeln, damit die Lebensmittelversorgung keine Störung erleidet; sie wird die Bauern das Land nehmen lassen, das zur Getreideproduktion nötig ist; sie wird landwirtschaftliche Maschinen herstellen und verbreiten lassen; sie wird Wucher und Spekulation rücksichtslos unterdrücken. Dazu ist natürlich auch als erste Bedingung nötig: die Beendigung des Krieges, damit die ungeheuren Lasten für unproduktive Zwecke aufhören und die Soldaten zur Heimat wiederkehren. Gelingt es nicht, den Krieg durch einen allgemeinen Frieden zu beenden, dann wird dieser Prozess der Neubelebung der Volkswirtschaft im hohen Maße gestört werden.

Aber damit kann das Programm einer revolutionär-proletarischen Regierung nicht aufhören. Die furchtbare Schuldenlast, dem Lande durch den Zarismus und den Krieg aufgebürdet, würde Russland weiter tributpflichtig an das westeuropäische Kapital binden und es aus der Armut nicht emporkommen lassen. Die Kapitalisten haben nicht dem europäischen Volt diese Milliarden geliehen, sondern dem Zaren zur Niederhaltung des Volkes. Das Volk wird diese Schuld nicht anerkennen. Annullierung der Staatsschulden, so lautet einer der Programmpunkte der Zimmerwalder Linken – sonst würde nach dem Krieg jede Volkswirtschaft einfach zusammenbrechen. Die russischen Arbeiter werden dann am Ersten dabei sein, diese Losung zu verwirklichen.

Es ist daher nicht Zufall, dass die ganze bürgerliche Presse Europas über die Bolschewiks und ihr Organ die „Prawda“ unablässig herfällt, sie in den größten Tönen beschimpft, und sie nie mit einem gelinderen Titel als „Anarchisten“ bezeichnet. Für Frankreich und England steht noch mehr auf dem Spiel, als dass sie einen Kriegsverbündeten verlieren. Ihre Kapitalisten verlieren alle Milliarden, die sie in russischen Staatsanleihen angelegt haben: und von den Industrie- und Bergwerksgesellschaften, die sie finanziert haben, gehen die Profite gleichfalls flöten. Und sogar bei ihren Feinden wird man, des bösen Beispiels wegen, kaum Schadenfreude empfinden können. Dann fängt der Zusammenbruch für das Kapital an. – Das

wird in Wirklichkeit der Beginn der proletarischen Revolution, die Götterdämmerung des Kapitalprofits sein.

Die Entwicklung des russischen Klassenkampfes wird darüber entscheiden. Einstweilen wurstelt die Koalitionsregierung weiter, unfähig, irgendeine Aufgabe zu lösen, aber als bürgerlich fühlende Regierung bereit, jedes Mal gegen das Proletariat aufzutreten, wenn es seine Forderungen zu laut erhebt. Aber ihre Tage sind gezählt. Wenn es aber zum großen Kampfe kommt, wird es von der Haltung der Bauernsoldaten abhängen, wer siegt – ob sie sich von den bürgerlichen Demokraten und Ideologen aller Schattierungen gegen die Arbeiter verhetzen lassen, oder ob sie sich ihrer gemeinsamen antikapitalistischen Interessen mit dem Proletariat bewusst werden.

Die Offensive und die Stockholmer Friedenskonferenz.

An demselben Tage, an dem die sozialpatriotischen Minister Zeretelli, Skobelow, Tschernow und Kerenski im Einvernehmen mit den imperialistischen Regierungen Frankreichs, Englands und den Vereinigten Staaten Amerikas, aber unter Geheimhaltung vor der russische Arbeiterschaft, der Armee den Befehl zur Offensive erteilten, in dem Moment, wo die russischen Proletarier und Bauern von neuem in den wilden Kampf mit den Deutschen und Österreichern gejagt wurden, an demselben Tage reisten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates nach Stockholm, um eine internationale Friedenskonferenz zu organisieren.

Auf dem Bahnhof von Stockholm wurden sie mit Ehrfurcht ebenso von den Vertretern einer oppositionellen sozialistischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, wie von den Vertretern der sozialpatriotischen Mehrheiten Deutschlands und Österreichs und ihren „neutralen“ Agenten empfangen. Sie gingen sofort an die „Friedensarbeit“. In „brüderlicher“ Weise verhandelten sie mit Adler, dem Führer der österreichischen, mit Müller, dem Vertreter der deutschen Sozialpatrioten, dann berieten sie mit den neutralen „Diplomaten“, den Burgfriedensmännern Branting und Troelstra. Und das Resultat war der Zusammenschluss der Konferenz, die der Arbeiter-Delegiertenrat organisieren wollte, mit der die auf Initiative der deutsch-österreichischen Sozialpatrioten von dem „skandinavisch-holländischen“ Sozialpatrioten einberufenen Konferenz vorbereitet wurde.

In einem gemeinsamen Manifest berufen sie jetzt eine internationale sozialistische Friedenskonferenz für den 15. August nach Stockholm ein. Das Bild der Verbrüderung mit den Vertretern des russischen revolutionären Arbeiter-Delegiertenrates, das Bild von Vorbereitungen zu einer Friedenskonferenz, wo man gleichzeitig seinen Segen zu einer Offensive im Interesse des englisch-französischen Imperialismus gibt, ist so krass, so aufreizend, dass sich jeder denkende Proletarier fragen muss: Hat auch die russische Revolution schon ein Geschlecht zynischer Diplomaten gezüchtet, die glauben, alles den Arbeitermassen bieten zu können?

Wir wollen uns hier diese Fragen sparen, umso mehr, als nicht in ihnen der Schwerpunkt der Sache liegt: nicht der persönlichen Schlechtigkeit der sozialpatriotischen russischen Führer, sondern ihrer Politik ist die Offensive in Ostgalizien und dem Stockholmer Verbrüderungsversuch mit den Sozialpatrioten aller Länder entsprungen.

Vor den Führern der russischen Revolution standen praktisch zwei Wege zum Frieden offen: der revolutionäre und der diplomatische. Der revolutionäre Weg bestand in dem Ergreifen der politischen Macht in Russland, dem Bruch der imperialistischen Raubverträge, die der Zar mit der Entente geschlossen hat.

Dieser Weg bedeutete den Verzicht auf jede finanzielle Unterstützung seitens der Entente, d. h. die Notwendigkeit der sofortigen Beschlagnahme der Banken, Übernahme der Fabriken, Konfiskation des Vermögens der Klöster, des junkerlichen Grund und Bodens, um auf diese Weise die materiellen Mittel zur Reorganisation des Landes, zur Ernährung der Armee in die Hände zu bekommen. Nachdem die russische Revolution so die Bande des Imperialismus abgestreift hätte, würde es sich nur um die Verteidigung der proletarisch-demokratischen Revolution handeln.

Dann würden die Volksmassen Russlands sich wirklich in der Verteidigung befinden. Das Wesen der Politik der russischen Revolution wäre: Bändigung des Imperialismus bei sich zu Hause, Bruch mit dem Ententeimperialismus.

Der zweite Weg, der diplomatische, bestand in dem Einwirken auf die Entente wie auf die Zentralmächte, damit sie sich möglichst schnell zum Verhandlungstisch setzen. Dieser Weg erforderte vorerst diplomatischen Druck auf die Regierungen von London und Paris. Aber da die Sozialpatrioten dem Kapital im eigenen Lande nicht an den Kragen zu gehen wagten, wurden sie von der Londoner, Pariser, Newyorker Börse jeden Tag finanziell abhängiger: So mussten sie ihr die Offensive zugestehen. Und weil sie von ihr immer abhängiger wurden, so mussten sie versuchen, sich gegen die Ententeregierungen auf die Ententevolksmassen stützen. So suchen sie die Sozialpatrioten der Entente, die bisher für die Niederringung Deutschlands durch einen Ententesieg eintraten, zu überzeugen, dass es gilt, für einen Kompromissfrieden zu wirken. Die zunehmende Gärung in den Volksmassen Frankreichs und Englands legt es den Renaudels und Hendersons nahe, eventuell diese Richtung einzuschlagen, aber sie fordern die Sicherung, dass die Sozialpatrioten der Zentralmächte es auch tun werden. Darum müssen die russischen Sozialpatrioten auch an die Bekehrung der Scheidemänner und Adlers gehen. Wenn sie das aber erreichen wollen, dann dürfen sie nicht von vornherein von den Scheidemännern fordern: Brecht den Burgfrieden! Sie müssen ihnen allen goldene Brücken bauen. Darum verscharren sie ihre ersten Aufrufe an die Arbeiterklasse aller Länder, darum zerreißen sie die ersten Aufrufe zur Konferenz, in denen sie den Bruch mit den Regierungen als Vorbedingung der Teilnahme an der internationalen Konferenz nannten, darum sorgen sie sich nur darum, ob die Sozialpatrioten aller Länder kommen, um gemeinsam den Schacherfrieden der imperialistischen Diplomatie vorzubereiten.

Wie die kurze Geschichte des russischen sozialpatriotischen Ministerialismus die Geschichte des Zurückweichens vor dem Kapital, vor dem Imperialismus ist, so ist die Geschichte der internationalen Bemühungen der sozialpatriotischen Mehrheit des Arbeiter-Delegiertenrates, die Geschichte des Zurückweichens vor dem europäischen Sozialpatriotismus.

Der revolutionäre Weg konnte mit einer Niederlage enden. Wir sind überzeugt, dass dies nicht eintreten würde, da wir die Welle des proletarischen Kampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern wechseln sehen. Aber wir gestehen ein, theoretisch ist es möglich, dass das Tempo dieser Entwicklung langsam sein und die russische Revolution inzwischen zusammenbrechen könnte. Würde sie aber im Kampfe gegen das Weltkapital besiegt werden, so würde dies nicht nur ein Baustein des weitem revolutionären Kampfes des russischen Proletariats sein – wie die niedergerungene Kommune von 1871 eine Kraftquelle der weiteren Entwicklung des französischen Sozialismus war, wie die niedergerungene russische Revolution 1905 die Mutter der siegreichen Revolution von 1917 war, – sondern der Verzweiflungskampf der russischen Revolution gegen das Weltkapital würde auch das europäische Proletariat aufs tiefste aufwühlen. Der Weg, den die Sozialpatrioten Russlands betreten haben, ist geeignet, den Kampf des europäischen Proletariats zu verzögern, die russische Revolution der Erdrosselung in den Armen der verbündeten imperialistischen Regierungen entgegenzuführen. Die Offensive, die die Rückseite des Packtierens mit dem Imperialismus und Sozialpatriotismus bildet, untergräbt das Vertrauen der Arbeitermassen

aller Länder zu der Revolution als Friedensbringerin. Nicht nur die hinter den Sozialpatrioten stehenden Volksmassen werden in ihrem Vertrauen zu den Führern gestützt, die es missbrauchen werden, die selbst nur in Worten gegen den Imperialismus protestieren. Dank der Autorität des Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates, als des Organs der russischen Revolution, werden die schwankenden Elemente, die auf dem Wege der Trennung von den Sozialpatrioten waren, zu ihnen zurückgeführt. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die italienische Partei haben schon den Weg nach Stockholm, der ein Weg nach Canossa ist, gefunden.

Unfähig, die Revolution in Russland weiterzuführen, wurden die Führer der sozialpatriotischen Mehrheit des russischen Arbeiter-Delegiertenrates zum Stein auf dem Wege der Wiederaufrichtung der Internationale des Kampfes gegen den Imperialismus. Auf diese Weise erhöhen die Sozialpatrioten Russlands die Gefahr, dass die russische Revolution zum Opfer des Krieges wird, zum Opfer, das nicht im Kampfe gegen den Imperialismus gefallen ist, sondern verstrickt im Fangnetz seiner eigenen Widersprüche, seines Kleinmuts, ein Spielball des Imperialismus. Sie eskamotieren die einzige revolutionäre Wirkung einer eventuellen Niederlage: das unauslöschbare Bild der heroisch gegen das Kapital kämpfenden Arbeiterklasse.

Die revolutionären Sozialdemokraten Russlands (Bolschewiki) gehen nicht zur sozialpatriotischen Konferenz. Die polnischen, bulgarischen, holländischen revolutionären Sozialdemokraten tun es auch nicht. Von dem Widerhall, den ihr Entschluss bei den anderen Zimmerwalder Parteien finden wird, besonders bei der Spartakusgruppe in Deutschland, wird es abhängen, ob sich ein organisierter internationaler Mittelpunkt des zielbewussten Kampfes gegen den Imperialismus bilden lassen wird, der fähig würde, die wachsende Gärung der Arbeiterschaft in allen Ländern in das Bett eines wirklichen Kampfes gegen den Imperialismus zu leiten.

Ein Brief Lenins an den Bauernkongress.

Lenin war von dem Zentralkomitee seiner Partei beauftragt, die Partei auf dem Kongress der Bauerndeputierten (Ende Mai) zu vertreten. Da er durch Krankheit verhindert war, persönlich zu erscheinen, schickte er dem Kongress einen offenen Brief, dem wir Folgendes entnehmen:

„Die großen Differenzen, die uns von den Sozialrevolutionären³ und den Menschewiks trennen, zeigen sich in drei wichtigen Fragen: Des Bodens, des Krieges und der staatlichen Organisation.

Aller Grund und Boden muss dem Volk gehören. Aller Grund und Boden der Großgrundbesitzer muss ohne Entschädigung den Bauern zufallen. Das ist klar. Aber der Streitpunkt ist: sollen die Bauern selbst Besitz vom Boden ergreifen, ohne weiterhin den Grundherren Pacht zu zahlen, ohne auf die konstituierende Versammlung zu warten, oder sollen sie das nicht tun?

Unsere Partei ist der Ansicht, dass sie es tun sollen; und sie rät den Bauern, örtlich den Boden baldigst zu übernehmen. Sie sollen das möglichst organisiert tun, dabei den Besitzungen keinen Schaden zufügen und alle Kräfte anstrengen, die Produktion von Getreide und Fleisch zu vermehren, denn die Soldaten an der Front leiden Hunger. Die konstituierende Versammlung wird die endgültige Verteilung des Bodens regeln; aber eine vorläufige

³ Eine utopistisch-gefühlsozialistische, etwas anarchistische Partei, deren bekanntester Führer Rubanowitsch ist und der bedeutenden Anhang unter den Bauern hat.

Verteilung, jetzt noch vor der ersten Heuernte, ist nur möglich durch lokale Komitees; denn die Vorläufige Regierung, eine Regierung von Großgrundbesitzern und Kapitalisten, schiebt die Einberufung der konstituierenden Versammlung auf. ...“

„Damit der Grund und Boden dem arbeitenden Volke zufällt, ist es nötig, ein enges Band zwischen den städtischen Arbeitern und den armen Bauern, die auch halb Proletarier sind, zu knüpfen. Ohne ein solches Band ist es unmöglich, die Kapitalisten zu besiegen. Und werden sie nicht besiegt, so wird nichts aus dem Übergang des Bodens in die Hände des Volkes und auch nichts aus der Befreiung des Volkes von der Armut. Ohne Geld, ohne Kapital kann man sich keine Werkzeuge verschaffen, kein Vieh und keine Saat. Nicht auf die Kapitalisten sollen die Bauern ihr Vertrauen setzen, noch auf die reichen Bauern, die auch Kapitalisten sind, sondern nur auf die Arbeiter der Städte.“

„Unsere Partei, die Partei der bewussten Arbeiter und der armen Bauern, verurteilt diesen Krieg. Wir lehnen es ab, den Kapitalisten eines Landes gegen die Kapitalisten des anderen Landes Recht zu geben und die Kapitalisten irgendeines Landes zu unterstützen. Wir erstreben die baldige Beendigung des Krieges durch den Sturz der Kapitalisten.“

„Wir sind überzeugt, dass die Kapitalisten das Volk betrügen. Sie versprechen einen raschen und gerechten Frieden, aber in der Tat führen sie den Krieg weiter. Die russischen Kapitalisten wagen es auch jetzt noch nicht, die Geheimverträge zu veröffentlichen, die der frühere Zar Nikolaus Romanow mit den französischen und englischen Kapitalisten abschloss, die Türken aus Konstantinopel und Armenien, die Österreicher aus Galizien zu verjagen usw. Die provisorische Regierung hält diese Verträge aufrecht.“

„Das Blut der Arbeiter und Bauern darf nicht für die Raubzwecke des Kapitalismus vergossen werden. Möglichst bald soll der Krieg beendet werden – nicht durch einen Separatfrieden mit Deutschland, sondern durch einen allgemeinen Frieden, und nicht durch einen kapitalistischen Frieden, sondern durch einen Frieden der Arbeitermassen. Dazu gibt es nur diesen Weg, dass die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegiertenräte die Macht in die Hände nehmen.“

„Russland muss eine demokratische Republik werden. Das sagt auch die Mehrheit der Grundbesitzer und Kapitalisten. Sie standen bisher immer für die Monarchie, aber jetzt sind sie überzeugt, dass das russische Volk um keinen Preis die Monarchie dulden würde. Deshalb strengen sich die Kapitalisten jetzt an, zu bewirken, dass die Republik einer Monarchie möglichst ähnlich wird und am leichtesten wieder in eine Monarchie umzuändern ist. Sie wollen deshalb eine Bürokratie erhalten, die über dem Volke steht; sie wollen eine Polizei und eine Armee, die vom Volke getrennt sind und unter Generälen und Offizieren stehen, die nicht durch das Volk gewählt sind. Wenn die Offiziere und Generäle nicht vom Volke gewählt sind, gehören sie fast immer zu den Grundbesitzern und Kapitalisten, das zeigt die Erfahrung aller Republiken.“

Unsere Partei erstrebt eine andere Art demokratischer Republik. Wir wollen eine Republik ohne eine vom Volke getrennte Polizei, eine Republik, in der alle Beamte von unten bis oben vom Volke gewählt werden und ersetzt werden können und nicht mehr verdienen als ein tüchtiger Arbeiter, eine Republik, wo alle Kommandierenden in der Armee vom Volke gewählt werden, wo die stehende Armee durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt wird. Wir wollen eine solche Republik, damit alle Regierungsmacht nur bei den Räten von Arbeitern, Bauern, Soldaten und anderer Delegierten beruht. Denn Arbeiter und Bauern bilden die Masse der Bevölkerung, sie müssen die Regierung in den Händen haben, nicht die Grundbesitzer und Kapitalisten.“

„Das ist unser Standpunkt, Brüder, Bauerndeputierte. Wir sind überzeugt, dass die Erfahrung bald den Massen zeigen wird, wie falsch die Politik der Sozialrevolutionäre und der Menschewiks ist. Die Erfahrung wird zeigen, dass die Rettung Russlands, das am Rande

des Untergangs steht, dass die Rettung aller durch den Krieg erschöpften Völker nicht möglich ist durch Zusammengehen mit den Kapitalisten. Die Rettung kann nur stattfinden durch Übergang der politischen Macht in die Hände der Bevölkerungsmehrheit.“

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 31/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 4. August 1917.

Nr. 31

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Eine imperialistische Kritik des Pazifismus.

Es ist während des Krieges mehrfach vom Frieden die Rede gewesen. Wir meinen, in den politischen Kreisen. Die Völker reden vom Frieden vom ersten Tage des Krieges an. Gleich im August 1914 ging es von Mund zu Mund: Im Herbst sind wir wieder zurück! Darin drückte sich gleichermaßen Siegesgewissheit und Friedenshoffnung aus. Seitdem ist die Friedenssehnsucht der Völker größer und größer geworden. Von dieser allgemeinen, man könnte sagen internationalen Friedensstimmung der Völker reden wir jetzt nicht. Solange sie sich nicht in Aktivität umsetzt, ist sie der Nährboden für allerhand reaktionäres Kraut. Vom imperialistischen wie vom sozialistischen Standpunkt ist sie ein Zeichen der Schwäche. Als politischer Faktor aber ist sie bedeutungslos. Wir reden von der Friedensströmung, die von politischen Kreisen ausgeht.

Es gab in Deutschland während des Krieges eine Zeit, wo das Reden vom Frieden dem Eingeständnis der Schwäche gleichkam. Das war die Meinung von Bethmann bis Scheidemann. Noch am 9. Dezember 1915 erklärte der Reichskanzler feierlich: „Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen ... Mit Theorien, mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende.“ Fast auf den Glockenschlag, ein Jahr später aber, am 19. Dezember 1916, erklärte derselbe Reichskanzler: „Unsere Stärke macht uns nicht taub gegen unsere Verantwortung vor Gott, vor dem eigenen Volke und vor der Menschheit. Unseren Erklärungen zur Friedensbereitschaft sind die Gegner vorher ausgewichen.“ - Und im März 1917: „Wir begehren nichts anderes, als möglichst wieder im Frieden mit dem russischen Volke zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.“ Und prompt setzte das sozialpatriotische Friedensorchester ein und ließ seine Weisen durch das Land tönen, und seine Konzertmeister gaben ihre Gastrollen. Es ist eine etwas plötzliche Wendung in der Haltung, die die Regierung in der Friedensfrage beobachtet hat. Als in Russland die Revolution ausbrach, wurde der Gedanke an einen Sonderfrieden in weiten Kreisen Deutschlands lebendig. Kerenski aber erklärte sich für die Fortsetzung des Krieges; der Arbeiter- und Soldatenrat wies jeden Gedanken eines Sonderfriedens als Verrat an der Revolution zurück, und statt des Waffenstillstandes hat der Sommer eine neue große russische Offensive gebracht. Die

Friedensapostel haben also Ursache, in ihrem Eifer nicht zu erlahmen. So hat denn die betriebsame Kriegs- und Friedensgesellschaft m. b. H. der Herren Scheidemann und Ebert wieder die Segel auf volle Fahrt gesetzt. Verständigungsfriede und Demokratie! so ist es jetzt auf den Reklameschildern der tüchtigen Firma zu lesen. Und das, obgleich die Feinde noch nicht zur Besinnung gekommen sind! Obgleich noch immer von der Zerschmetterung Deutschlands geredet wird! Obgleich noch keine Maske gefallen ist! Verständigungsfriede! Die Sozialpatrioten haben ihre Gründe, sich in die Pose der Friedensstifter zu werfen.

So hat der Pazifismus von den Sozialpatrioten und ihrer Abart endgültig Besitz ergriffen, und es ist wieder an der Zeit, die Arbeiter zu warnen. Die Sozialpatrioten freilich, obgleich sie noch im Januar von dem pazifistischen Friedensprogramm ihres Ältermannes Kautsky erhebliches Aufsehen machten, beobachteten über die seit Wilsons Botschaft reichlich kompromittierten Schiedsgerichts- und Abrüstungspläne verschämtes Schweigen. Man darf aber nicht glauben, dass sie deshalb schon von ihren Lieblingsideen lassen werden. Sie werden sich das Herumbrüten auf diesem Gedanken ebenso wenig abgewöhnen wie alte Hennen, denen man die Brutlust durch Steißabkühlung immer nur vorübergehend verleiden kann. Ihr Schweigen über den Pazifismus ist nichts als Hilflosigkeit und diplomatische Windbeutelei. Wollten sie den Sozialpazifismus bekämpfen, so müssten sie ihre ganze bisherige Politik bekämpfen. Auch sie werden das Kunststück nicht fertigbringen, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Inzwischen ist jede wirkliche Kritik, d. h. jede Kritik, die dem kritisierten Gegenstand etwas Positives gegenüberzustellen vermag, zu begrüßen und für die Arbeiter von Wert, ganz gleich, von welchem Standpunkt sie geschrieben ist. In einer kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg erschienenen Schrift, „Deutschlands Kriegsziele“, rechnet der Leipziger Historiker *Erich Brandenburg* unter anderem auch mit dem Pazifismus ab. Brandenburg ist Imperialist. Sehen wir zu, was er gegen den Pazifismus vorzubringen hat.

Historisch stützt sich der Pazifismus auf die Annahme, dass die Zahl der Kriege im Verlaufe der letzten Geschichtsepoche gegen früher abgenommen habe. Das trifft jedoch nur auf das Verhältnis der europäischen Großstaaten untereinander zu. Sobald man vernünftigerweise die ganze Erde als Schauplatz der weltpolitischen Entwicklung betrachtet, wimmelt es seit 1871 förmlich von größeren und kleineren kriegerischen Auseinandersetzungen, sodass nicht nur von einer Abnahme der kriegerischen Handlungen, sondern von einer ganz erheblichen Zunahme zu reden ist. Dabei sind gerade die hochstehenden Kulturnationen Anstifter und Träger dieser Kriege. Russland dringt erobernd in Asien vor; England in Afrika; Frankreich und Italien beteiligen sich nach Kräften; Japan und die Vereinigten Staaten Nordamerikas entwickeln sich imperialistisch und beginnen den Kampf um die Ozeane und um Ostasien; auf dem Balkan drängen die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen zur endgültigen Entscheidung. Alle diese Verwicklungen und Auseinandersetzungen vermehren die Reibungsflächen zwischen den europäischen Großstaaten und führten mehr als einmal bis unmittelbar an den Rand des Krieges. Dabei treten die Tendenzen des Imperialismus immer klarer hervor: eine Heeresvorlage jagt die andere, alle Großstaaten streben nach Vergrößerung der Macht, alle suchen nach Verbündeten, alle betreiben die Aufrüstung in einem Maße, dass sie bereits einer Mobilisation gleichkommt. Bis an die Zähne bewaffnet, so lautet das imperialistische Schlagwort. Wozu diese Bewaffnung in Riesendimensionen? Um den Frieden zu sichern? Die Geschichte des Imperialismus lehrt auf mehr als einem Blatte, dass der Krieg zwischen den europäischen Großstaaten noch in letzter Minute verhindert wurde, weil – die eine der Mächte noch nicht genügend gerüstet war. Erst die gigantische europäische Aufrüstung der letzten Jahrzehnte machte den Weltkrieg möglich. Je vollkommener die Rüstung, je sicherer das Gefühl der Überlegenheit, desto größer die Neigung, in Zeiten internationaler Hochspannung

loszuschlagen. Vor der historischen Kritik und den historischen Tatsachen hält der Pazifismus nicht stand.

Aber er hat noch ein ethisches Postulat. Er stützt sich auf die Annahme, dass die Menschen im Laufe der Zeit friedliebender geworden seien und den Krieg als Barbarismus verabscheuen lernen. Demgegenüber ist völlig richtig, was Brandenburg in seiner genannten Schrift sagt: „Ein System idealer Forderungen, wie es die Ethik ist, ein Ausdruck menschlicher Wünsche und Wertungen, ist vielmehr selbst von der Gestaltung der historischen Tatsachen abhängig.“ Die historischen Tatsachen berichten aber nicht von einer zunehmenden Friedenstendenz, sondern umgekehrt von erhöhter Kampftätigkeit. Und das in doppelter Hinsicht. Zunächst entwickelt der Imperialismus nach außen stets neue, größere Gegensätze, die nach blutiger Lösung drängen, und die Kriege der jüngsten Epoche sind vom ersten bis zum letzten von den gesitteten Nationen im Namen der Kultur und des Kulturfortschritts geführt worden. Und schon die eine Tatsache der phänomenalen Entwicklung der Waffen- und Sprengtechnik, die Einstellung der wichtigsten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik auf den Massenmord, die Einstellung des gesamten Erziehungswesens auf die Kriegstüchtigkeit beweist, dass die Menschen in ihrer Gesinnung durchaus nicht friedliebender geworden sind, ganz abgesehen von der Selbstverständlichkeit, mit der die Völker die Riesenrüstungen und ihre Lasten getragen haben. Wäre ihre Abscheu gegen den Krieg tatsächlich gewachsen, sie hätten längst gegen die gesamte imperialistische Politik rebellieren müssen. Es ist aber bemerkenswert, dass gerade die Vertreter des Pazifismus am Imperialismus in mehr als einer Hinsicht interessiert sind.

Aber der Imperialismus entwickelt eine erhöhte Kampf Stimmung noch nach einer anderen Richtung. Verschärft er nach außen die Gegensätze zwischen den nationalen Bourgeoisien, so verschärft er nach innen den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Er schafft hier die Vorbedingungen für die Austragung dieses Gegensatzes auf breitester internationaler Basis. Und da auch diese Kämpfe politischen Charakter tragen und noch keine herrschende Klasse in friedlich-christlicher Ergebenheit ihre Herrschaft an eine unterdrückte Klasse abgetreten hat, so ist nicht anzunehmen, dass die entscheidenden Klassenkämpfe der Gegenwart sehr friedlich ausgefochten werden. Ganz gewiss hat Brandenburg recht, wenn er im Pazifismus eine Schwäche der aufstrebenden, aber noch nicht zur Weltmacht gelangten Völker sieht. Der Pazifismus würde, wenn überhaupt verwirklichbar, nur die bestehenden imperialistischen Machtverhältnisse verewigen, denn nur auf der Grundlage der bestehenden Machtverhältnisse ließen sich die Schiedsgerichte aufbauen und die Abrüstungen vornehmen. Ebenso wichtig aber ist vom Standpunkt des Sozialismus, dass der Pazifismus eine Schwächung der aufstrebenden, aber noch nicht zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse bewirkt. Auch vom Standpunkt des Klassenkampfes kann der Pazifismus nur den Status quo, d. h. die Verewigung der Ausbeutung bringen. Vom Standpunkt des Imperialismus wie vom Standpunkt des Sozialismus ist er gleich reaktionär.

Schließlich die juristischen Grundlagen des Pazifismus. Völlig zutreffend setzt Brandenburg auseinander, dass der oberste Richter, d. h. der Schiedsgerichtshof, vor allen Dingen unparteiisch zu sein habe, dass es einen solchen unparteiischen Richter aber nicht gibt und niemals geben kann, so lange die imperialistischen Gegensätze mit ihren verschiedenen Interessengruppen bestehen. Ganz nüchtern urteilt er: „Die Machthaber der großen Nationen stießen eben an so vielen Punkten der Erde aneinander, dass aus jedem Einzelfall der entscheidende Anstoß zum Gesamtkriege, zur Messung der hinter dem Machtwillen stehenden Kräfte, hervorgehen konnte. ... Der Scharfsinn aller Juristen der Welt hätte nicht genügt, um diese Gegensätze aus der Welt zu schaffen und die Friedensliebe aller Herrscher und Diplomaten auch nicht.“ Und mit sicherem Instinkt für die Gefahren, die gerade dem deutschen Imperialismus aus einem internationalen Schiedsgericht erwachsen, schreibt er: „Wie wir heute vor einem Gerichtshof dastehen würden, in dem die Vereinigten Staaten als

größter neutraler Staat die führende Rolle spielten, kann sich jeder selbst ausmalen. Und wenn wir in Zukunft mit einem unserer jetzigen Gegner wieder Streitigkeiten hätten, so würden dessen Freunde als nicht unmittelbar beteiligte Parteien mit unter den Richtern sitzen. In jedem Weltkongress würde sich Deutschland als das bestgehasste Land in der Minderheit befinden und ohne jede Rücksicht überstimmt und in seinen Interessen vergewaltigt werden.“

Vom Standpunkt des Imperialismus wird der Pazifismus als entnervende Theorie abgelehnt. Nur ideologische Schwärmer und unzeitgemäße Menschenfreunde huldigen ihm als der Menschheit Glückseligkeitstraum. Nur die? Nein: Die Sozialpatrioten und Zentrumsleute haben sich ihm auch ergeben. Die Unabhängigen sind ihm am meisten verwandt. Sie leben von der Phrase, hinter der sich die Reaktion verbirgt. Vertritt das Parteizentrum nicht in jeder Hinsicht den Status quo ante bellum? Hat es nicht erst kürzlich die Sozialdemokratie in ihrer alten Verfassung wieder hergestellt? Übt es nicht im Parlament die althergebrachte parlamentarische Praxis? Hat es nicht überall die alten kampflosen Organisationen wieder erstehen lassen? Glaubt es nicht, durch diplomatische Führerverhandlungen die dritte Internationale schaffen zu können? Der Pazifismus gehört zum Parteizentrum wie der Schleim zum Froschei, und wenn die „Leipziger Volkszeitung“ ihn jüngst verleugnet, weil er die Unabhängigen in gar zu kompromittierende Nähe von den Sozialpatrioten gebracht hat, so beweist das nur die politische Charakterlosigkeit des Parteizentrums. Es ist aber immer wieder die Frage: wie findet sich die Gruppe „Internationale“ in der Partei der Unabhängigen zurecht? Wir fürchten sehr, dass sie durch ihren Umgang mit den Typen der politischen Charakterlosigkeit auf die Dauer auch an ihrer eigenen Seele Schaden nehmen wird.

Abtrünnig!

Die Toten reiten schnell! Julian Borchardt ist nicht mehr. Er ist wirklich abtrünnig geworden. Er hat unter seine Vergangenheit, die ihm ein Ehrenplatz in der Geschichte der Arbeiterbewegung sicherte, einen dicken Abschlussstrich gemacht und verleugnet seine Tat, die darin bestand, dass er in der Zeit des völligen Zusammenbruches der Sozialdemokratie den Bauarbeitern an der neuen Internationale in seinen „Lichtstrahlen“ eine Plattform bot. Er ist abtrünnig geworden, Julian Apostata!

Als er sein berüchtigtes Vorwort zu der Hetzschrift Erdmanns herausgab, standen wir der Sache völlig verständnislos gegenüber. Wir hatten zu wählen zwischen der Entscheidung: Verirrung oder Verrat? Wir dachten damals daran, was Borchardt gewesen ist, und glaubten an die Verirrung. Schon die Publikation, die er bald darauf im Namen der Internationalen Sozialisten herausgab, zeigte, wie tief diese Verirrung gehen musste. Indem er die Frage des Parteizusammenbruchs zu einer reinen Führerfrage machte, und den Grundsatz aufstellte:

Gesund ist das Fundament nur, wenn es sich frei hält von aller Autoritätsfürchtigkeit. *Kampf gegen jede Bevormundung*, besonders in den eigenen Reihen, ist deshalb die wichtigste Aufgabe, die in diesem Augenblicke zu erfüllen ist. Wir werden nie zum Sozialismus kommen, wenn wir nicht unter den Genossen selbst reine Demokratie haben, das heißt *Gleichberechtigung, Selbstständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat* bei jedem Einzelnen. *Niemand darf Führer sein wollen*, um die anderen zu bevormunden; *niemand darf Führer haben wollen*, um auf sie die Verantwortung abzuwälzen,

indem er diesen Grundsatz gar dahin erklärte, dass man den Arbeitern nur Material zu bieten habe (und wohl gar kritiklos Material a la Erdmann) aber auf jede Losung verzichten müsse, verzichtete er überhaupt auf jeden Kampf. Darum wandte er sich auch gegen die Organisation der Arbeiterschaft in einer linksradikalen Partei, das heißt gegen die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte und des proletarischen Willens. Indem er die

Partei aufgab, verzichtete er auf jede politische Aktion, die nicht warten kann, bis der letzte Arbeiter „ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts“, die vielmehr zustande kommt durch die Ausnutzung jeder politischen Situation und jeder Aktivität der Massen.

An die Stelle der Partei setzte er die propagandistische Sekte mit anarchistischen Formen. Er mochte damit so viel „Gleichberechtigung“ haben, wie er wollte, seine „Selbständigkeit“ musste eine Selbständigkeit der Schwäche werden. Wille und Kraft zur Tat waren dahin, wenn er nicht die Taten anarchistischer Illusionäre meinte. Das große Werk von Karl Marx, der vor nunmehr 70 Jahren schon den Kommunistenbund aus einer Propagandagesellschaft in eine politische Partei verwandelte, schob er damit beiseite, ja, er ging noch dahinter zurück. Borchardt war damit schon in der Idee abtrünnig geworden.

Aber die Gegenwart des Weltkrieges erhebt so mächtige Imperative, dass kein Mensch mit Blut in den Adern und besonders kein Politiker sich entziehen kann. Drei Jahre Krieg, das heischt handeln für den Frieden, das duldet nicht die beschauliche Existenz eines lauwarmen Propagandisten. Da Borchardt aber für sich selber die wirkliche triebkräftige Aktion der Massen unmöglich gemacht hat, so verfällt er notwendig auf Friedensexperimente. Aus dieser Notwendigkeit heraus kam er zu dem wahnhaften Schluss, er müsse Erdmanns Buch empfehlen. Verirrung oder Verrat hieß das, und jetzt ist offenbar, dass es der Verrat an der sozialistischen Politik gewesen ist.

Das beweist ein dünnes Schriftchen von sechs Seiten mit dem Titel „Revolutionshoffnung“ (Verlag der Lichtstrahlen, Juli 1917. 10 Pfg.). Aus den paar Blättern zeigt sich deutlich, dass der Pessimismus seinen Verzicht auf die Politisierung der Massen gebracht hat, der dann in zwingender Wechselwirkung den Pessimismus wieder stärkte. Herr Wilson hat es für nötig gehalten, die Hoffnung der Ententevölker auf die deutsche Revolution zu lenken. Und er, Julian Borchardt, muss nun die amerikanische Regierung beschwören, dieses Phantom aufzugeben und Frieden zu schließen.

Jeder Mensch wird in diesen Fragen beeinflusst von seinem Wollen und Wünschen und von den Tatsachen, die ihm am nächsten liegen. Solange nicht mächtige, alles bezwingende Tatsachen vorliegen, ist optimistischer und pessimistischer Schätzung jede Freiheit gelassen. Aber marxistische Realpolitik darf nie die Wirkung des Temperaments sein. Sie hat unverrückbar durch persönliche Stimmungen ihren Weg zu gehen und das ist die Mobilisierung der Massen des Proletariats. Der Appell der Sozialisten kann sich deshalb stets nur an die Massen, nie an die Regierungen richten. Allein durch den Appell schon wird die Seite gestärkt, an die er sich richtet, die andere geschwächt. Verzichten die Sozialisten auf die proletarische Politik, dann können sie vielleicht den Frieden beschleunigen – wir bestreiten das, und die russischen Vorgänge in diesen Wochen geben uns recht – aber sie liefern den Regierungen ein haltloses, geschwächtes Proletariat aus. Das ist die Nemesis. Darum ist die Politik des Verständigungsfriedens der Regierungen, wie sie die Scheidemänner und die Unabhängigen betreiben, nicht sozialistisch.

Und Borchardt steht noch unter ihnen, denn diese haben doch immer noch die parlamentarische Aktion. Er aber ist genötigt zur Rolle eines Bußpredigers der Regierungen in härenem Gewande des Linksradikeles, eine Possenfigur! Die Toten reiten schnell! Wenn es wahr ist, was man sich zuraunt, dann ist Borchardt tatsächlich schon bereit gewesen, seine Rolle eines Predigers in der Wüste zu vertauschen mit der eines Maklers zwischen den Großmächten für einen imperialistischen Eroberungsfrieden zum Schaden der Kleinen und Schwachen. Das kommt dabei heraus, wenn man den Mutterboden marxistischer Politik verlässt: politische Abenteuer, Abenteuerpolitik. Julian Borchardt, der Kämpfer, ist tot!

Der gewerkschaftliche und politische Kampf.

Uns wird geschrieben:

Wenn man heute in einer Gewerkschaftsversammlung politische Fragen anschneidet, die mit wirtschaftlichen Fragen zusammenhängen, so wird man dort, wo die Gewerkschaftsbureaukratie das Heft in Händen hat, als Zersplitterer niedergebrüllt. Dies hat natürlich seine Gründe – sind doch die Gewerkschaftsbureaukraten die eingeschworenen Verfechter, ja die Väter des 4. August.

Nun hat in jüngster Zeit die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes stattgefunden. Die „Leipziger Volkszeitung“, das Organ der Unabhängigen, schreibt von einer „bedeutsamen Tagung“ und das Blatt der Linksradiكالen, die „Arbeiterpolitik“ von einem „Pyrrhussieg“ der Schlicke u. Co. Bedeutsam war die Tagung auch für uns Linksradiكالen, indem sie uns einmal zeigte, dass die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist noch länger die Politik ihrer „Führer“ mitzumachen und ein andermal, dass die Linksradiكالen auf dem Plan zu sein haben, um der gesamten Arbeiterschaft eine gemeinsame Marschroute zu geben in dem Sinne, wie es dem Entwicklungsgang der ökonomischen und politischen Verhältnisse entspricht. Und ein „Pyrrhussieg“ – gewiss, wir sind davon überzeugt, dass der Tag kommen muss und wird, wo die Legien, Bauer und ihr Troß vom Sturmwind fortgefegt werden.

Es soll sich nun darum handeln im Folgenden zu zeigen, wie wir der Arbeiterschaft eine neue Form der Organisation zu geben gedenken, da wir der Auffassung sind, dass die heutige den Verhältnissen nicht mehr entspricht, dabei bilden die Gewerkschaften das Rekrutierungsfeld.

Wenn wir die unzulänglichen Berichte der Metallarbeiter-Generalversammlung lesen, so finden wir, dass man dort die neue und notwendige Form des Kampfes der Arbeiter nicht diskutiert hat, lediglich scheint es uns, dass die Schlicke u. Co. einerseits und die „Unabhängigen“ andererseits sich gegenseitig vordemonstrierten auf wessen Seite die organisierte Mitgliedschaft stehe. Es soll zwar nicht verkannt werden, dass die Opposition in heftigen Auseinandersetzungen ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der Gewerkschaftsvorstände zum Ausdruck brachte. Die Opposition hielt zwar den allgewaltigen Gewerkschaftsinstanzen vor, wie weit sie von der Politik, die man „einst im Mai“ betrieb, abgekommen seien, jedoch darüber hinaus vermischen wir jede Initiative zu dem Kampfe, wie er den heutigen Verhältnissen entsprechen würde. Zwar berief man sich auf Kongressbeschlüsse vor dem Kriege, zwar führte man das Wort Klassenkampf im Munde, ja, man berief sich sogar auf Zimmerwald und Kienthal, aber wie man den Kampf zu gestalten gedenkt, darüber hörte man kein Wort.

Die Arbeiterschaft, welche ihr Geschick in die Hand sogenannter Führer legte, ist von diesen Führern dem Klassengegner ausgeliefert. Einmal, weil diese Führer das Endziel aus den Augen verloren haben und nicht zum Mindesten, weil die Führer dank ihrer Stellung auf das Niveau einer gutbürgerlichen Existenz gehoben wurden und sich dadurch dem Proletariat entfremdeten, der bürgerlichen Gesellschaft immer näherkommen.

Der Krieg hat ohne Zweifel die Klassengegensätze ungemein verschärft. Auf der einen Seite die ungeheure Zusammenballung des Kapitals und auf der anderen Seite die wachsende Armee der Ausgebeuteten – werden doch die mittleren Existenzen, überhaupt, das was man Mittelstand nennt, mit wenigen Ausnahmen ins Proletariat herabgestoßen. Die Entwicklung geht nun dahin, dass es zu einer Generalauseinandersetzung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapital und Arbeit, kommen wird. Dieser Kampf kann aber nicht in der bisherigen Form geführt werden, dazu haben sich die Kräfteverhältnisse verschoben. Nicht mehr zwischen einzelnen Kapitalisten und Berufsgruppen sind Kämpfe auszufechten,

sondern bei der heutigen Vertrustung steht das ganze Kapital mit allen Machtmitteln geschlossen der Arbeiterschaft gegenüber. Und die Arbeiterschaft, kann sie in der Form des bisherigen getrennten gewerkschaftlichen und politischen Kampfes weiterkämpfen? Nein, wenn sie dabei wirklich kleine Erfolge gehabt hat und hätte, so sind dies nur Brosamen, die die herrschenden Klassen ihr aus Interesse an der Ausbeutung gewähren, und in diesen Kämpfen verliert das Proletariat, das bisher zu sehr auf seine Führer vertraut, das Endziel aus den Augen. Gerade dieses Endziel heißt es erkämpfen, wenn das Proletariat nicht auf Jahrzehnte den Druck des auf seiner Höhe angelangten Kapitalismus ertragen will. Um dieses Endziel zu erreichen, muss die gesamte Arbeiterschaft zusammenstehen und ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen. Die Zeit ist vorbei, wo das Proletariat alles sogenannten Führern oder gar dem Parlament überlassen kann.

Nur ein Kampf auf breiter Basis ist möglich, und da ist es auch notwendig eine einheitliche Kampffront herzustellen, und diese liegt in der Einheitsorganisation, wo gewerkschaftlicher Kampf zugleich politischer Kampf ist. Die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form entsprechen ganz und gar nicht mehr den Verhältnissen, ja man darf behaupten, dass sie zum Hemmschuh im Kampf der Arbeiter geworden sind. Fassen wir daher, um unsere historische Aufgabe zu erfüllen, die gesamte Arbeiterschaft zusammen zum gemeinsamen Kampfe gegen den auf dem Gipfel seiner Macht stehenden Gegner.

Für uns Linksradikale, die wir die historischen Notwendigkeiten erkannt haben, gilt es, diese Arbeit zu leisten. Die Gewerkschaften, die das Gros der organisierten Arbeiter darstellen, sind unser Boden, auf dem wir den Kampf vorbereiten und beschleunigen müssen. Hier heißt es aufklären und den Arbeitern die Notwendigkeit einer neuen Kampforganisation zeigen. Wie der Kampf ein anderer werden wird, so muss auch die Zusammenfassung der Kämpferschar eine andere werden.

Heute gilt's zu handeln, sonst werden morgen vielleicht andere über unsere Kleider das Los werfen.

Das Komplott gegen die russischen revolutionären Sozialdemokraten.

1. In Petrograd hat die provisorische Regierung die Bewegung der revolutionären Soldaten und Proletarier in Blut zu ersticken gesucht.

2. Um das Ungeheure zu verhüllen, dass Sozialpatrioten zwar dem Zaren und dem Kapitalisten kein Haar bisher gekrümmt haben, aber dafür im Blute des Proletariats waten, haben sie ein Komplott gegen die bolschewikische Partei geschmiedet, um sie als Agentin der deutschen Regierung, das Attentat gegen die Avantgarde der russischen Revolution als Aushebung eines Spionennestes darzustellen.

3. Lenin, der dreißig Jahre in den Vordergrund der russischen Revolution kämpft, wird angeklagt, von der deutschen Regierung oder ihren Agenten, durch Vermittlung des Genossen *J. Fürstenberg-Hanecki*, Geld bekommen zu haben. Wir erklären, dass weder das Zentralkomitee, noch Lenin, noch irgendwelche mit ihnen in Verbindung stehende Person direkt oder indirekt auf irgendwelchem Wege von Hanecki oder der ausländischen Vertretung der Bolschewiks, der Hanecki angehört, Geld zu irgendwelchen politischen Zwecken bekommen haben. Wir haben überhaupt in keiner Form, auf keinem Wege Geld nach Russland übermittelt.

4. Die in den Petrograder Telegrammen genannte *Sumenson*, die angeblich als Vermittlerin zwischen Hanecki und Lenin diente, ist Prokuristin der Firma F. Kringsland in Petrograd, die langjährige Vertreterin der Schweizer Firma „Nestle“ und gleichzeitig Vertreterin der

Exportfirma, deren Leiter Fürstenberg-Hanecki war. In dieser Eigenschaft hat Sumenson mehrmals Geld aus Petrograd für eingeführte Waren an Nyabanken in Stockholm für Hanecki gesandt, kein einziges Mal von ihm Geld empfangen. Sumenson hat niemals irgendetwas mit Politik zu tun gehabt, stand in keinem Verhältnis weder zu Lenin, noch zu der bolschewikischen Partei.

5. Auch der in den Telegrammen genannte Rechtsanwalt *M. Kozlowski*, Vertreter des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens in der Executive des Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates, hat niemals weder von uns, noch von Hanecki irgendwelche Geldmittel für politische Zwecke angewiesen oder überwiesen bekommen.

6. *Hanecki* hat niemals irgendwelche politische Beziehungen zu Dr. Helphand-Parvus unterhalten. Er stand mit Dr. Helphand nur in geschäftlichem Verhältnis durch die Handelsfirma, deren Vertreter er war. Dieses Verhältnis war dem in Kopenhagen wohnenden russischen und polnischen Sozialdemokraten bekannt. Mehrere von ihnen standen selbst in persönlichen Beziehungen zu Parvus, was uns der hier anwesende Vertreter des Arbeiterdelegiertenrates *W. Rosanoff* auch für seine Person protokollarisch bestätigt hat. *Hanecki* hat niemals von Parvus irgendwelche Geldmittel in irgendwelcher Form für irgendwelche politischen Zwecke erhalten.

7. *Hanecki* kennt keinen Herrn Svendson, der angeblich an der deutschen Gesandtschaft angestellt ist, noch hat er je in irgendwelchem Verhältnis zur Diskonto-Gesellschaft in Berlin oder einer ihrer Filialen gestanden.

8. Das Attentat auf die bolschewikische Partei wurde vorbereitet durch eine schon über einen Monat andauernde Verleumdungskampagne gegen einzelne Mitglieder unserer Partei und ihr nahestehender Gruppen. Wir wussten, welchen Zwecken diese Kampagne dient und sowohl die Petrograder „*Prawda*“, das Zentralorgan der Bolschewiki, wie die Stockholmer Korrespondenz „*Prawda*“, das ausländische Organ der Partei, hat dieses Attentat als bevorstehend angekündigt. Wir werden in der morgen erscheinenden Nummer unserer Korrespondenz „*Prawda*“ diese Kampagne näher schildern und gleichzeitig die Dokumente des infamen Komplotts sammeln, um sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sobald die provisorische Regierung es wagen wird, die infamen und absurden Verleumdungen zum Gegenstand einer Anklage gegen die bolschewikische Partei oder Genossen Lenin zu machen, sind die Unterzeichneten bereit, vor Gericht mit Dokumenten in der Hand das hier Gesagte zu beweisen und zu beschwören.

Stockholm, 21. Juli 1917.

*Die ausländische Vertretung des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Russland (Bolschewiki).*

J. Fürstenberg-Hanecki. W. Worowski-Orlowski. K. Sobelson-Radek.

Blut und Kot.

Die „*Prawda*“ schreibt:

Bevor die konterrevolutionären Klassen zu Schlägen gegen die Revolution auszuholen wagten, haben sie immer zuerst die Träger der Revolution als den Auswurf der Gesellschaft darzustellen gesucht. Sie besudelten sie und beschimpften, um später desto leichter morden zu können. Sie haben sie besudelt und beschimpft, um sich selbst Mut zum Schlage zu geben, um die Elemente, die zwischen der Revolution und Konterrevolution schwanken, auf ihre Seite zu ziehen.

So war es in allen Revolutionen, die die Geschichte kennt. Noch heute leben in den Werken der Taines die Echos der Verleumdungskampagne, die während der französischen Revolution

gegen ihre edelsten, uneigennützigsten Vertreter von der Konterrevolution geführt wurde. Als Diebe und Halunken wurden die heroischen Junikämpfer in der Weltpresse des Kapitals beschimpft, und ihnen den Lorbeer auf die Märtyrerstirn zu drücken, hielt Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ für die heiligste Pflicht der demokratischen Presse. Als die Versailler ihre wilde Rache an den Kommuneekämpfern nahmen, da heulte wild die ganze Presse des Kapitals: Diebe, Huren, Petroleusen und Galeerensträflinge.

Der russische Zarismus verstand sich ausgezeichnet auf dieser Methode. Japanisches und englisches Geld, das war, nach den Presskosaken des Zarismus, die Quelle der russischen Revolution von 1905 und jeder Revolutionär, der während dieses Krieges an die Weckung der Volksmassen ging, an ihre Organisation zum Kampfe gegen den verbrecherischen Krieg, er wurde von den Lakaien des Zarismus als deutscher Agent dargestellt. Diesmal rekrutierten sich diese Kanailen keinesfalls aus den Halunken der politischen Polizei. Die ganze liberale Publizistik stand zur Verfügung der Polizeihetze, und frühere Sozialisten gaben sich her, die Rolle der Polizeiverleumder zu spielen. *Gregor Alexinski*, einst bolschewikischer Dumaabgeordneter, jetzt die rechte Hand Plechanows, wurde zum Träger der heiligen Fahne im Kreuzzug gegen die „Anhänger der Niederlage“. Es gab keinen Schmutz, mit dem dieser Glücksritter aus den Spalten der bürgerlichen Presse für glänzendes Gold nicht die Internationalisten beworfen hätte.

Da kam, entgegen den Bemühungen der Sozialpatrioten, die Revolution. Die von ihrer Woge in die Höhe getragenen Führer waren Sozialpatrioten. Aber sie glaubten noch an die Revolution und da wollten sie auch im Kampfe gegen ihre internationalistischen Gegner reine Hände behalten. Sie ließen den feigen Verleumder Alexinski, als er ihnen seine Dienste anbot, nicht in den Arbeiterdelegiertenrat: zuerst reinige dich von allen dem Schmutz, der an deinen Händen klebt, erklärten sie ihm. Und als die Kunde kam, dass *Lenin* und *Zinowjew* mit dreißig Genossen durch Deutschland nach Petrograd reisten, als die bürgerliche Presse sie als Söldlinge des Kaisers darstellte, da ließ die Executive des Arbeiterdelegiertenrates in sechs Stunden das proletarische Petrograd mobilisieren, um sie auf dem Bahnhof zu empfangen. An der Spitze von zehntausenden Proletarier und Soldaten empfing *Tscheidze*, der Führer der Sozialpatrioten, Lenin und alle Bolschewiks als Männer, mit denen er nicht einverstanden war, in denen er aber die mit jeder Faser der Seele ergebenen Kämpfer der Arbeitersache, der Revolution ehrte. Und als dann der bürgerliche Mob gegen unsere Genossen von der konterrevolutionären Presse aufgestachelt, tobte, da erklärte der Arbeiterdelegiertenrat in seinem Organ, den „*Iswestia*“, es sei eine konterrevolutionäre Hetze, man könne Lenin bekämpfen, dürfe aber nicht an seiner Ehrlichkeit zweifeln.

Aber bald kam die Zeit, wo sich die russischen Sozialpatrioten den Luxus reiner Hände nicht mehr erlauben konnten. Da ihre Politik auf einen wachsenden Widerstand in den Reihen des Proletariats stieß, da sie diesen Widerstand nicht mit geistigen Mitteln brechen konnten, so mussten sie zu den schmutzigsten Verleumdungen greifen, um die Masse zu verwirren, ihr das Vertrauen zu den Führern rauben, damit sie schließlich an der Revolution verzweifeln. Das Signal gab die „*Rabotschaja Gazeta*“, das Organ der menschewikischen Sozialpatrioten. In allen Parteien hatte der Zarismus Provokateure sitzen und je gefährlicher ihm eine Partei schien, desto größer waren seine Bemühungen, in ihr Provokateure zu platzieren. Als er die terroristische Taktik der Sozialisten-Revolutionäre für gefährlich hielt, verstand im Zentralkomitee der Sozialrevolutionären *Azew* zu kaufen, den Führer ihrer Kampforganisation.

In der Zeit der Konterrevolution waren die Bolschewiki die einzige Partei, die die Massen zum revolutionären Kampf aufforderte, für ihn organisierte, und die politische Polizei unterließ nichts, um in ihr Zentrum einen Menschen hereinzuführen, der die Rolle Judas Ischariots auf sich nahm. Es war der Dumaabgeordnete *Malinowski*. Die Demaskierung

Malinowskis nach dem Ausbruch der Revolution nutzte die „Rabotschaja Gazeta“ zu einer unerhörten Verleumdungsfeldzug aus, der schon drei Monate dauert.

Aber Malinowski genügte nicht. Da begann ein von den Banken ausgehaltenes Organ, der „Den“, das jetzt bei der neuen Konjunktur als sozialpatriotisches Blatt auftritt, eine Verleumdungshetze gegen Grigori *Zinowjew*, Mitglied des Zentralkomitees der Bolschewiki einen der besten ihrer Männer. Zinowjew als Fälscher gestempelt, so schrie sie tagtäglich in die Welt hinaus. Die Fälschung Zinowjews bestand darin, dass er in einer Kritik des Kerenskischen Soldatenstatuts nicht das ganze Statut abdruckte, sondern einen Teil zitierte. Zinowjew als Fälscher brüllte die ganze bürgerliche Presse, ohne zu sagen, um was es sich handelt. Und die „Iswiestia“, das Organ des Arbeiterdelegiertenrates, druckte diese Verleumdung ab und spuckte sich selbst ins Gesicht: denn Zinowjew blieb weiter in der Exekutive des Arbeiterdelegiertenrates und in dem allrussischen Zentralbureau sitzen. Aber was Fälscher? Die Bolschewiks besitzen in Stockholm ihre ausländische Vertretung, bestehend aus dem bekannten bolschewikischen Schriftsteller *Orlowski* und dem polnischen Sozialdemokraten *Hanecki* und *Radek*.

Hanecki ist seit fünfzehn Jahren Mitglied der polnischen Parteileitung, ein Genosse, der in den Jahren der Revolution wie der Konterrevolution, auf dem gefährlichsten Posten der Partei gedient hat, im Gefängnis und Verbannung, vor einem Feldgericht seine Überzeugungstreue bewiesen hat. Aber *Hanecki* war als Leiter einer Handelsfirma administrativ bestraft wegen einer Verfehlung eines Expedienten. Da haben wir ihn! Kontrabandist! Schwindler! Und *Hanecki* stand im Verkehr mit Dr. *Helphand-Parvus*, dem deutschen Sozialpatrioten. Mit demselben *Parvus* unterhalten bis auf den heutigen Tag Männer persönliche freundliche Beziehungen, denen das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates die Organisation der internationalen Friedenskonferenz anvertraut. Macht nichts – *Hanecki* ist deutscher Agent.

Nun, *Radek*, der seit zehn Jahren gegen den deutschen Imperialismus kämpft, mit als erster an der Bildung der deutschen radikalen Opposition gearbeitet hat, *Radek* als deutschen Agenten darzustellen ist blödsinnig. So wird er als Dieb gebrandmarkt, obwohl eine aus den Vertretern aller Richtungen der russischen Sozialdemokratie bestehende Kommission schon im Jahre 1913 festgestellt hat, dass an allen den Verleumdungen kein wahres Wort ist, obwohl sich seine Fraktionsgegner diesem Urteil gefügt haben. Aber ein Dieb ist auch gut, denn warum soll ein Dieb, auch gegen alle Beweise, kein Agent Deutschlands sein.

Und dann gingen die Reigen weiter: *Trotzki* bekam zehntausend Dollar von den Deutsch-Amerikanern; die Genossin *Balabanoff* ist zwar kein Mitglied der bolschewikischen Partei, aber als Internationalistin wird sie auch als Fälscherin erklärt. So ging der Pogrom wochenlang durch die russische Presse, ohne dass die offiziellen Organe des Sozialpatriotismus auch ein Wort dagegen sagten. Es galt, die Atmosphäre zu schaffen, in der man Lenin meucheln konnte, an den man sich sonst nicht heranwagte.

Der von der Liebe, dem rücksichtslosesten Vertrauen der Genossen getragene Marat der russischen Revolution, ihr kristallklarer Vorkämpfer, ihr Herz und Gehirn, er musste als von Spionen und Verbrechern umgeben geschildert werden, bevor sich die Banditen des Sozialpatriotismus an ihn heranwagten. Aber sie sollen zittern. Wir wissen nicht, wie schwer der Schlag die Arbeitermassen getroffen hat, den die Sozialpatrioten, auf Kanonen gestützt, ihr versetzt haben. Aber eins wissen wir: mit Dokumenten in der Hand werden wir das schändliche Komplott zerstören, wir werden dem Proletariat der Welt zeigen, dass die Stieber des Kommunistenprozesses vom Jahre 1850 Kinder im Vergleich mit den Zeretellis, Tschernows und Skobelevs waren. Sie sollen nur unsere Genossen vor ein Gericht stellen. Dieses Gericht wird sich in einen Pranger verwandeln, an dem sie stehen werden, die Führer des russischen Sozialpatriotismus.

Feuilleton

Ein Bekenntnis.

Von Joh. Knief, Holland.

Blas, Türmer, blas mir noch ein tapfer Stück!
Ich fahr' in Kampf und kehre nicht zurück.

C. F. Meyer „Huttens letzte Tage.“⁴

Wie war's doch, Herr Ritter aus Frankenland? Ihr kämpftet wohl für eine Sache voll Widerspruch; aber Ihr kämpftet für sie mit Eurer ganzen Kraft. Ich reiche Euch über alle Gegensätze und Jahrhunderte hinweg die Hand. Ich weiß wohl, dass Eure Ziele nicht unsere sein konnten; auch nicht einmal dem Wesen nach. Ich weiß, dass Euch der Ritter tief in den Knochen steckte, im Guten wie im Schlimmen. Aber Ihr habt Euer Leben an eine große Sache gesetzt. Und es war eine Zeit voller Gärung und Umwälzung, in der sich Altes und Neues zu wunderlichen Farben mischte, eine Zeit, der unserigen merkwürdig verwandt. Und auch Ihr fühlte der Zeiten ungeheuren Bruch, und auch in Eurer Seele kämpfte, was war und wurde. Und auch Ihr habt Eure ganze Kraft an das Größte gesetzt, das Eure Zeit bewegte. Ihr bleibt Euch treu in allen Stunden der Not und Gefahr, des Kampfes und des Sieges. Ihr bleibt Eurer Sache treu. Ich reiche Euch die Hand: In Euch war eine feine Witterung für Lug und Trug und

Ihr sprangt ihm an die Kehle, ohne Furcht und Tadel. Ihr stießet Euren scharfen Stahl manch eklem Dunkelmann durch die Brust und Eure spitzige tapfere Feder hat alle Erbärmlichkeit erbarmungslos zerzaust. Es war in Euch etwas vom Gewissen Eurer Zeit und es schrieb aus Euren Worten helltönend durch die Welt. Um Eures unbeugsamen Kampfmuten willen grüße ich Euch. Ein Kämpfer kann nicht unwahr sein. Er kann es am wenigsten, wenn er für eine große Sache streitet, der die Zukunft gehört. Und Ihr, Herr Ulrich Hutten, fochtet für eine große Sache, und es war Euer Verhängnis, dass Ihr aus alter Zeit kamt und ihre verdorrenden Reiser den frischen Trieben der neuen Zeit aufpfropfen wolltet. Ihr konntet diesen Widerspruch nicht sehen; aber er ließ Euch auch in Eurem Herzen keine Ruhe, und er zerwühlte Eure große, nach Wahrhaftigkeit dürstende Seele. Soll ich Euch zeigen, was der Dichter über Euch schrieb? Hier Euer Bild, urteilt selbst, ob's getroffen ist:

Ich halte Leib und Geist in strenger Zucht
Und werde doch vom Teufel hart versucht.

Ich wünsche meiner Seele Seligkeit
Und bin mit Petri Schlüsselamt im Streit.

Am Tisch der Fugger speist' ich dort und hie
Und schimpfte weidlich Peffersäcke sie.

Den Städterhochmut hasst' ich allezeit
Und hätte gern ein städtisch Kind gefreit.

⁴ Eine liebe Hand gab mir dieses Buch in den Tagen der Not und des Kampfes. Es ist wie ein Bekenntnis, dieses tapfere Buch des Schweizer Dichters, ein Bekenntnis zu Treue und Beharrlichkeit, zur Wahrhaftigkeit nach innen und nach außen. Es zeigt den Hutten auf Ufenau, wie er in seinen letzten Tagen sich Rechenschaft über sich selbst, über sein ganzes Leben legt. Und es mahnt jeden Kämpfer, es ihm in jeder Minute des Lebens gleich zu tun.

Auf ehrenfeste Sitte geb' ich viel
Und fröhne dem verdamnten Würfelspiel.

Ich bin des Kaisers treuster Untertan
Und riet dem Sickingen Empörung an.

Das plumpe Recht der Faust ist mir verhasst
Und selber hab' ich wohl am Weg gepasst.

Ich bete christlich, dass es Friede sei,
Und mich ergötzen Krieg und Kriegsgeschrei.

Der Heiland weidet alle Völker gleich –
Nur meinen Deutschen gönn' ich Ruhm und Reich!

Das heißt: ich bin kein ausgeklügelt Buch,
Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch.

Des Vaters Zorn und der Mutter Sorgen: Ihr habt sie wohl geehrt; aber sie hatten keine Gewalt über Euch. Ihr seid Euren Weg gegangen. Ihr kamt in Acht und Bann und dem Vater galt es als Schande; Ihr aber seid Euren Weg gegangen und die Nachwelt nennt Euren Namen in Ehren. Ihr wart bereit, die Brücken abzubrechen, die Euch mit dem Hause Eurer Väter verbanden; lieber wolltet Ihr dem Hause Eurer Väter ein Fremdling sein, als von dem Wege lassen, auf dem Euch der Geist trieb.

Ihr habt gewusst, dass der Kampf um die Wahrheit in der eigenen Brust beginnen muss. Ihr konntet nicht leben, wenn Ihr nicht als Hutten leben solltet. Der Tod wäre Euch lieber gewesen. Ihr konntet nur einer Sache dienen. Und Ihr dientet ihr ganz. Die Fron im Dienste einer feindlichen Welt habt Ihr verschmäht; Ihr schlugt Euch durch. Ihr wart streng gegen Euch; und immer dünkt es Euch noch nicht streng genug.

Hier schreit' ich über meinem Grabe nun –
Hei Hutten, willst du deine Beichte tun?

S'ist Christenbrauch. Ich schlage mir die Brust,
Wer ist ein Mensch und ist nicht schuldbewusst?

Mich reut mein allzu spät erkanntes Amt!
Mich reut, dass mir zu schwach das Herz entflammt!

Mich reut, dass ich in meine Fehden trat –
Mit schärf'ren Streichen nicht und küh'n'rer Tat!

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug!
Mich reut der Tag, der keine Wunden schlug!

Mich reut – ich streu' mir Aschen auf das Haupt
Dass ich nicht fester noch an Sieg geglaubt!

Mich reut, dass ich nur einmal bin gebannt!
Mich reut, dass ich oft Menschenfurcht gekannt!

Mich reut – ich beicht' es mit zerknirschtem Sinn
Dass ich nicht Hutten stets gewesen bin!

War das nicht hart? Nein, nicht doch! Ein Kämpfer kann nicht hart genug gegen sich sein; er ist sonst gegen seine Feinde weich. Das wusstet Ihr, und darum fuhrt Ihr mit Schwert und Feder tapfer drein.

Die Feder! Ihr habt sie nie missbraucht, sie nie zur Dirne gemacht. Ihr habt sie geführt, weil Euch der Geist trieb, und solltet Ihr darüber verhungern. Ihr habt sie treu gehütet, und Ihr habt sie tief in Euer Herzblut getaucht, ehe Ihr sie ansetztet. Sie war der Zeuge Eurer Kühnheit

und sie blieb bis zuletzt rein wie Euer Stahl, wenn er in der Sonne funkelte. Euer Hausrat war nicht groß; aber er war Euer ganzer Stolz.

Ich schau' mich um in meinem Kämmerlein
Und räume meine Siebensachen ein.

Ich gebe jedem seinen eignen Ort,
Die Klinge lehn' ich in den Winkel dort.

Die Feder leg ich, meinen besten Stolz,
Auf diesen Tisch von rohem Tannenholz.

Mein ganzes knappes Hausgerät ist hier,
Mit Schwert und Feder half ich mir.

In einer schwertgewohnten Hand begehrt
Die Feder ihre Fehde, wie das Schwert.

Erst flog sie wie der Pfeil in Feindes Heer,
Doch meine Feder wuchs und ward zum Speer!

Frohlockend stieß ich sie, ein tötend Erz,
Der Priesterlüge mitten durch das Herz.

Und Schwert und Feder, wenn mein Arm erschläfft,
Sind Huttens ganze Hinterlassenschaft.

Mein Schwert, das länger ich nicht führen kann,
Ergreifen mag's getrost ein andrer Mann. –

Von keinem Finger werde sie berührt,
Die Feder, welche Huttens Hand geführt!

Die streitet fort. Sie streitet doppelt kühn,
Wenn ich vermodert bin im Inselgrün.

Euer Reichtum war in Eurer Brust. Euer glühendes Herz trieb Euch die rebellischen Gedanken ins Gehirn und drückte Euch Schwert und Feder in die Hand. Es glühte für die Kämpfe der Gegenwart und schwelgte in den Wonnen der Zukunft. Ihr packtet das Heute mit derben Fäusten an; aber Euer Hoffen gehörte dem Morgen.

Das Heute war so sonnig, wolkenrein,
Das Morgen wird noch wolkenloser sein!

*

Geduld! Wir stehen einst um *ein* Panier,
Und wer uns scheiden will, den morden wir!

Und Ihr habt mit Eurer Feder manch lustig Stücklein ausgeheckt. Ihr wart schon früh ein Freund der schwarzen Kunst und wusstet sie wohl zu brauchen. Söhnen und Enkeln habt Ihr für alle Zeiten gute Beispiele gegeben.

Der Vater sprach zu mir mit leisem Hohn:
„Bestehst du's, bau mir eine Presse, Sohn!“

(Sie nennen Presse dort im Frankenland,
Was andern Ortes Kelter wird benannt!)

Sprach's und vertritt. Ich ohne viel Geschrei
Berief die Meister schwarzer Kunst herbei.

Da ward gesetzt, gedruckt, gepresst, gedreht,
Viel tausend Blätter flogen rings verweht.

Auf einem ward dem Cajetan gedroht:
„Schlagt fromme Leute, den Legaten tot!“

Hier stand: „Und würd' ich drüber Lands verjagt,
Ich Hutten breche durch, ich hab's gewagt!“

Und dort: „Die barsche Luft der Freiheit weht,
Ich Hutten sporn' und stachle früh und spät.“

Das war ein heißer und ein zorn'ger Wein,
Den ich gepresst am Stackelbergerrain.

Ihr standet mit geschienten Beinen auf der Wirklichkeit und wart ein Feind aller
Verstellungen. Das Ducken und Mucken war Euch in tiefster Seele verhasst; Ihr wusstet, was
die Zeit forderte.

Die Satyrmaske, lege sie beiseit –
Ein offnes Antlitz will die große Zeit.

Du kennst die Wahrheit, übe nicht Verrat,
Gib Zeugnis! Wage eine Mannestat!

Bekenn', Erasme, ob du ein Paptist,
Ein Römer, oder evangelisch bist!

Kein Drittes! Gib in klarem Stile dich!
Du kneifst die Lippen – bist du unser? Sprich! ...

Dein schlaues Auge blickt mich spöttisch an? ...
Vale, Erasme! Tot und abgetan!

Und Ihr wusstet, was dem Volke not tat. Was galt Euch alles kluge Wissen, wenn es nicht
zur Tat ward!

Dein edles Wissen, spräch ich, liegt dir tot,
Du bietest Gold und wir bedürfen Brot!

Die Menge hungert, ahntest du es nie?
Hervor mit deinen Horten! Speise sie!

Dein Denken, spräch ich, ist ein eitler Traum,
Wächst drangvoll nicht daraus ein Lebensbaum.

Euer Glaube an die Zukunft war unerschütterlich:

Ich glaube nicht an alter Zeiten Glück!
Ich breche durch und schaue nicht zurück!

*

Gesättigt wird das menschliche Geschlecht
Mit Wahrheit werden und getränkt mit Recht!

Und so habt ihr das Ziel Eures Kampfes gesehen: Der Menschheit Glück und Freude. Ein
Jubelhymnus rang sich auch aus Eurer Brust, als Ihr das Land der Zukunft schautet.

Ich schaute – wundersamer Morgentraum –
In eines Kampfs gestaltvollen Raum.

Ein mächtig Ringen war's der Geisterwelt,
Von weh'nden Flammen wechselvoll erhellt.

In Welschland, wenn ich mich besinnen mag,
Sah schier ich so gemalt den jüngsten Tag.

Wo, streng gerichtet, was von Even stammt,
Zur Hälfte steigt, zur Hälfte sinkt, verdammt.

Doch nein! Die letzte Scheidung war es nicht
Es war ein mut'ger Sturm empor ins Licht!

Sie rangen alle mit vereinter Kraft,
Beseelt von eines Kranzes Leidensmift.

Wankt einer wie gelähmt vom Pfeilgeschoss -
Den riss empor ein stär'rer Kampfgenoss.

Und mancher Kühne stieg in schwerem Flug,
Der einen Wunden auf der Schulter trug.

Da hab' ich eines Führers Ruf gehört:
„Der Kerker“, schrie er, „Geister, ist zerstört“.

Das Tor gebrochen! Offen ist die Bahn!
Befreit die Brüder! Auf! Empor! Hinan!“

Aus lichten Wolken scholl Posaunenton,
Doch war's ein Siegesjubel, nicht ein Drohn.

Da plötzlich stund ich im Gewölke vorn
Und stieß aus voller Brust ins Jägerhorn.

Ausschwebt der sel'ge Zug in mächt'gem Drang,
Ich stieß ins Horn, dass mir das Herz zersprang.

Ihr seht die qualbefreite Menschheit nur im Traum Herr Ulrich, wir wollen sie auf fester Erde sehen. Das ist das Ziel, den unser Kampf gilt. Und wir werden diesen Kampf kämpfen mit all der Glut unseres Herzens, die die Begeisterung für der Menschheit Sache in uns entfesselt hat. Und über all den Bedenklichkeiten und Kleinmut und aller Bangigkeit wird stolz Dein Wahlspruch stehen

Und würd' ich drüber Lands verjagt,
Ich Hutten breche durch, ich hab's gewagt!

Zwei Dinge sind es, die über des Menschen Herz neue sonderbare Macht gewinnen am Abend seiner Tage - die Religion und das Vaterland.

*

Es ist gefährlich dem Volke allgemeines Staats- und Menschenrecht zu lehren.

*

Weltherrschaft ist das Grab der Menschheit.

Aus Webers „Demokrit“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 32/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 11. August 1917.

Nr. 32

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Über Parteiprogramme.

Vor nunmehr 70 Jahren schrieben Marx und Engels das „Kommunistische Manifest“, die Geburtsurkunde des seiner Klassenlage bewussten Proletariats, das im Klassenkampf das Mittel zur Lösung seiner historischen Aufgabe und zu seiner eigenen Befreiung sieht. Der Bund der Kommunisten war die Vorhut des Proletariats, das damals seine ersten Schritte über eine blindwütende Empörung hinaus tat. Von der Kleinheit dieses Trupps klarer Köpfe kann man sich aus der Tatsache einen Begriff machen, dass sie schon auf je 30 Mitglieder einen Vertreter zu ihren internationalen Tagungen vorsah. Und dennoch konnte dieses Fähnlein Aufrechter in den revolutionären Bewegungen der Jahre 1848-49 eine tiefgehende Wirkung ausüben, indem sie die politische Hochspannung jener Tage zur Aufrüttelung und Aufklärung der Arbeiterklasse benutzte und in den Kämpfen um die Demokratie die radikalen Parolen ausgab und die Führung übernahm. Das Kommunistische Manifest hat in diesen Kämpfen zum ersten Male seine wissenschaftliche Wahrheit und seine propagandistische Wirksamkeit, wenn auch diese vorläufig nur in engeren Grenzen, erprobt. Bis jetzt ist es die knappste und zündendste Zusammenfassung der marxistischen Lehre geblieben. Vollkommen wie Pallas Athene, gerüstet und bewehrt, war der Marxismus in dieser seiner ersten Daseinsform dem Haupte seines Schöpfers entsprungen.

1 Gegenüber dem Kommunistischen Manifest stellen alle Programme der sozialistischen Organisationen bis zum Falle des Sozialistengesetzes einen gewaltigen Rückschritt dar. Im *Programm der Internationalen Arbeiterassoziation* (1864) hatte Marx, der selbst die Grundlage dafür gegeben hatte, sich zu Konzessionen an kleinbürgerliche Denkweise der Proudhonisten usw. verstehen müssen, durch welche die ehernen Quader der marxistischen Sätze von einer rührend lächerlichen Sentimentalität gekrönt wurden. Es hieß darin:

In der Erwägung, dass die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muss ..., dass die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit ... die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form ... bildet, dass deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte, ... dass die Emanzipation der

Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfasst ... usw.

Aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongress, dass die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen *Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen* ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen. ...

Vor wenigen Jahren noch konnte ein heißer Streit darüber entbrennen, ob dieser aufgepfropfte Gipfelsatz von Marx stamme oder nicht. Zeigt das nicht, dass selbst in der Führerschaft der Sozialdemokratie der Marxismus noch nicht hauttief eingedrungen war?

Besser war das *Eisenacher Programm* von 1869. Dagegen bedeutete das *Einigungsprogramm* von 1875, das von Marx kritisch zerfetzt wurde, einen schweren Rückfall, nicht allein deshalb, weil es den fixen Ideen der Lassalleaner bedenklich entgegenkam, sondern auch weil es durchaus von moralisierenden Gesichtspunkten ausging. Aber Marx hatte ganz recht, wenn er an die Spitze seiner Kritik den Satz stellte: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Der Kampf gegen das Sozialistengesetz machte bald der alten Utopisterei ein Ende.

Nach dem Falle des Ausnahmegesetzes gab sich die Partei das von Kautsky verfasste Erfurter Programm von 1891. Der Fortschritt in seiner Formulierung bestand vor allem darin, dass es nicht einfach die Parteigrundsätze aufstellte, sondern sie aus dem gesellschaftlichen Umwälzungsprozess im Kapitalismus hervorgehen ließ. Sie verloren dadurch ihre ideologische Starrheit und wurden lebendige Produkte des dialektischen Prozesses. Das Programm wurde damals ohne Debatte einstimmig angenommen, ein Beweis dafür, wie einheitlich damals die Parteiauffassung noch war, oder doch wie gering das Bewusstsein von den Differenzen innerhalb der Partei. Die Jungen hatten eben unter Formen, die der herrschenden Richtung der Partei nicht gerade zur Ehre gereichten, der Partei den Rücken kehren müssen. Aber Vollmar entwickelte schon die Grundzüge einer revisionistischen Taktik, die mit dem Programm nicht zu vereinbaren war.

Indem das Programm den historischen Prozess als seine eigene Grundlage anerkannte, sprach es damit aus, dass es selbst auch den Folgen dieser Entwicklung unterworfen sei. Nun hat nach 1891 die imperialistische Entwicklung eingesetzt, die neue Grundlagen für den Kampf der Arbeiter schuf und die die Partei selbst zerklüften musste. Um die Jahrhundertwende, gerade in der Zeit, wo die deutsche Politik entscheidend in das weltpolitische Fahrwasser einlenkte, trat der Revisionismus anspruchsvoller auf, und es ist jetzt offenbar geworden, dass er in seinem inneren Wesen imperialistisch ist. Zugleich erwies sich der Imperialismus als der Versuch des für die Sozialisierung reifen Kapitalismus, seine Lebensdauer zu verlängern, was als Gegenwirkung die linksradikale Strömung auslöste. Das Zentrum der Partei schien den beiden Strömungen gegenüber auf der alten Grundlage und Taktik stehen zu bleiben. Aber der Stillstand war Rückschritt, es kam immer tiefer in die revisionistische Taktik einer bürgerlichen Reformpartei hinein. Solange die Revisionisten in der Minderheit waren, drängten sie auch nach einer Revision des Programms hin. Als aber die offizielle Parteipolitik mit dem Parteivorstand an der Spitze ihnen Konzessionen machte, da ließen sie ruhen, was ruht; sie ließen das Parteiprogramm einfach beiseite liegen, weil es sie nicht störte. Es ist leicht möglich, dass auch die neue Sozialdemokratische Partei der Scheidemänner, die eine ganz andere ist als die der neunziger Jahre, das alte Programm aus demagogischen Rücksichten bestehen lässt. Man begütigt dadurch die Bedenklichen, zur Richtschnur braucht man das abgegriffene Stück Papier ja doch nicht mehr zu nehmen. Die Erklärung genügt: Wir machen wahr, was wir immer gesagt. Dass die Unabhängigen am

Erfurter Programm festhalten, entspricht nur den Tatsachen. Sie stehen dort, wo die Partei 1891 stand.

Die Linksradiكالen konnten, solange der Klärungsprozess innerhalb der Partei nicht abgeschlossen war, durch das Herausschälen des Kerns der Programmgrundsätze auskommen. Jetzt genügt das nicht mehr. Das Programm ist rein politisch. Es begnügt sich damit, für den gewerkschaftlichen Kampf politische Rechte zu fordern.

Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.

Das ist die Zweiteilung der Arbeiterbewegung, die bisher eine historische Notwendigkeit war, die aber jetzt zu einem Hemmschuh für ihre Aktionen wird. Es ist nicht mehr richtig, dass die politische (parlamentarische) Tätigkeit der Sozialdemokratie den Gewerkschaften die nötige Aktionsfreiheit schafft und sichert und diese dann selbständig ihren Weg gehen können. Vielmehr werden große politische Erfolge der Arbeiterklasse nur noch errungen durch die Mobilisierung ihrer wirtschaftlichen Macht, die in der gewerkschaftlichen Organisation ruht. Wirtschaftliche Erfolge aber lässt sich das moderne Großkapital nicht mehr abtrotzen. Es bedarf dazu des stärksten Druckes auf den Staat selber, der nur durch Kämpfe auf breiter Grundlage zu erzielen ist. Dieses gegenseitige Durchdringen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes fordert gebieterisch auch die einheitliche Organisation und eine entsprechende Gestaltung des Programms.

Diese notwendige Änderung der Kampfmethoden hat ihre Ursachen in der Stärkung der Macht des Großkapitals, hinter dem die bewegliche Finanzkraft der Banken steht, und das den stärksten Einfluss auf die Staatspolitik ausübt. Zeigte sich das bisher auch nur deutlich in der äußeren Politik, so wird künftig der Einfluss auf die innere Politik, bei der gewachsenen Abhängigkeit des verschuldeten Staates vom Kapitalmarkt, auch bedeutend stärker werden. Ökonomisch führte die wachsende Macht des vereinigten Bank- und Industriekapitals zur Überwindung der nationalen Schranken. Der Kapitalexport hat die Möglichkeiten zur Ausbeutung fremder Länder im Interesse des einheimischen Kapitals stark gefördert, hat bei dem nur geringen Unterschied im Entwicklungsgrade der modernen Kapitalmächte zu einem wütenden Kampfe um Absatz- und Rohstoffgebiete, um Länder, die mit Hochdruck dem Kapitalisierungsprozess unterworfen werden können, geführt. Beständige Kriegsgefahr und gewaltsame Entladungen, wie der gegenwärtige Weltkrieg, sind die Folgen. Zugleich aber führt diese Überschreitung der nationalen Grenzen durch das Kapital zur internationalen Vertrustung, die zwar zunächst nur den Zweck hat, den einzelnen nationalen Kapitalmächten Löwenanteile an der internationalen Beute zu sichern, zugleich aber auch den wirtschaftlichen Betrieb internationalisieren muss. Erzwingt diese ganze geschilderte Entwicklung Arbeiteraktionen auf internationaler Grundlage, so bringt sie andererseits, durch die Gelegenheit zu Extraprofiten aus den wirtschaftlich unterjochten Ländern, manche Arbeiterschichten in die Versuchung, durch Förderung der imperialistischen Politik an diesen Extraprofiten teilzunehmen und dadurch die Klassensolidarität zu zerstören. Dieser ganze Komplex von neuen Erscheinungen war bei der Abfassung des Erfurter Programms noch nicht vorauszusehen. Deshalb bringt es nur die völlig ungenügende Formulierung:

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewussten Arbeitern aller übrigen Länder.

An Stelle des gemeinsamen internationalen Kampfes also eine bloße Sympathieerklärung, deren Wert im Weltkrieg erprobt worden ist: Gewogen und zu leicht befunden. Gerade weil das Programm, – weil die Politik der einzelnen Parteien der zweiten Internationale sich streng an den Rahmen des nationalen Staates hielt, trat jene Kritiklosigkeit gegenüber den anderen Staaten auf, z. B. gegenüber Frankreich, England, Amerika, deren Grundlage in Wirklichkeit eine nationale Beschränktheit war, wie sich herausgestellt hat, und die flugs während des Krieges in ihr Gegenteil umspringen musste.

Das Erfurter Programm setzte einen Kapitalismus voraus, der noch stark lebens- und entwicklungsfähig ist, nicht den Kapitalismus fin de ses jours, den Kapitalismus, mit dem es Mathäi am Letzten steht, wie wir ihn heute vor uns haben. Da konnte sich das Programm nicht einfach mit der Parole Sozialismus begnügen, die uns heute die Antwort auf jede Frage ist. Die Partei musste ein Programm von Forderungen an den Gegenwartsstaat richten. Und diese Forderungen haben im Allgemeinen ihre Schuldigkeit getan. So hat das allgemeine Wahlrecht wesentlich für die Politisierung der Arbeiterklasse mitgewirkt und der Parlamentarismus ist ein vorzügliches Propagandamittel gewesen. Wir werden darauf auch jetzt nicht verzichten. Aber jetzt, wo er mehr sein will, wo es darauf ankommt, die gesammelten proletarischen Kräfte zu mobilisieren, kann es nur zu einer Täuschung der Arbeiter über die wirklich treibenden Kräfte in der Politik, zur Lähmung der Arbeiterklasse führen, wenn der Parlamentarismus weiter so im Vordergrund stehen bleibt, wie in den letzten Jahren, wenn er zum parlamentarischen Kretinismus führt. Wird heute den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht versprochen, so bedeutet das eben, dass man in solchem Zugeständnis keine ernste Gefahr sieht.

Die wundervollsten Auslegungskünste hat der dritte Absatz des Gegenwartsprogramms heraufbeschworen:

Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Es wird unsere Stellung zur Milizfrage klarzulegen sein. Was die pazifistischen Forderungen dieses Absatzes anlangt, so äußerte seinerzeit Wilhelm Liebknecht darüber: „Dass wir keine Utopisten sind in Bezug auf den „ewigen Frieden“, hat sich bereits auf dem Brüsseler Kongress zur Genüge gezeigt. Wir haben dort in der bekannten Resolution ausgesprochen, dass der Zustand, welcher die permanente Kriegsgefahr und den Militarismus bringt, in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, im System des Kapitalismus wurzelt. Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, welche die Ursachen belassen und bloß die Folgen beseitigen wollen. Trotzdem stellen wir die Forderung auf, dass ein internationales Schiedsgericht errichtet werde, vor welches die Streitigkeiten der Staaten untereinander zu bringen sind. Vorläufig wird diese Forderung ja nicht verwirklicht werden, wie sehr vieles, was wir hier fordern, von dem heutigen Staat nicht verwirklicht werden wird – aber wir haben uns über diese, die ganze zivilisierte Welt so tief berührende Frage auszusprechen und wir müssen zeigen, dass wir jeden ernstesten Versuch, die Kriegsgefahr zu beseitigen, als Partei unterstützen, jedoch ohne in die flache bürgerliche Friedensutopisterei zu geraten.“ Das ist artiges Quidproquo, bei dem jeder Nachsatz den Vordersatz totschrägt. Die „historische Entwicklung“ des Satzes besteht nur darin, dass er wirklich zur reinsten bürgerlichen Friedensutopisterei bei unserem Parteizentrum geführt hat. Was vom heutigen Staat nicht erfüllt werden kann, gehört prinzipiell nicht in ein Gegenwartsprogramm hinein, weil es nur Illusionen in den Arbeitern wecken kann.

Das dürften die wesentlichsten Punkte sein, die wir gegenüber dem Erfurter Programm hervorzuheben haben. Das würde bei der Schaffung eines neuen Parteiprogramms zu bedenken sein.

Welchen Zweck soll nun ein Parteiprogramm haben? Es soll eine Standarte, ein Orientierungsmittel sein, um das sich die Arbeiter scharen. Ein Programm kann nur knapp Wesen und Ziel der Bewegung angeben. Es ist positiv und nicht kritisch. Dort, wo die Orientierung leicht und einfach ist, genügt es. Das war 1891 der Fall, wo die politisch interessierte Arbeiterschaft nur die eine Standarte, die eine Sammelstelle sah. Anders war es 1847, wo das Bewusstsein der Arbeiterklasse eben geweckt war und der Sozialismus in einer Menge von Spielarten herumspukte. Darum konnte dem Kommunistenbund ein Programm nicht dienen. Er brauchte ein Manifest, in dem er sich kritisch mit den anderen Strömungen auseinandersetzte. Marx hat das mit dem „wahren“ dem „konservativen“, dem „utopischen“ Sozialismus glänzend getan, indem er deren Wesen herauschälte und dem modernen Sozialismus entgensetzte. In derselben Lage sind wir. Deshalb wird es nötig sein, ein Manifest zu schaffen, in dem wir unsere grundsätzlichen Auffassungen niederlegen und Kritik üben am Wesen der alten Partei, des Parteizentrums und der neuen Partei der Sozialpatrioten, die unter der alten Flagge der Sozialdemokratie segelt. Damit werden wir uns unser Hauptpropagandamittel schaffen.

Die österreichische Sozialdemokratie und der Friede.

Die Männer, welche am 5. August des Jahres 1914 mit Begeisterung die Arbeiterschaft in den Dienst des Vaterlandes gestellt, die den Klassenkampf preisgaben, um burgfriedlich die „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundlagen“ des Staates zu verteidigen, sind nun im Begriffe, neuerdings umzulernen. Sie wollen es vergessen machen, dass die Parteileitung in der „Selbstbehauptung“ so weit ging, selbst Annexionen grundsätzlich nicht abzulehnen, wenn sie der „Völkerbefreiung“ dienen. „Keine Annexionen“ bedeutet die „Rückgabe Polens“ sprach Viktor Adler wider seinen Sohn polemisch, „und das will ich nicht“. Man war bereit, jede, auch die kühnste Forderung der Regierung zu unterstützen. Nun ist man müde geworden; die helllodernde Begeisterung des Spießbürgers ist verflogen, die Arbeiterschaft beginnt sich auf sich selbst zu besinnen, denn unermüdlich predigt die Wirrsal des Tages die alte Lehre, den alten Kampf. Selbst die machtgebietende Bourgeoisie und die sie beherrschende Schicht der Finanzkapitalisten ist in Österreich friedfertig geworden. Nachdem weite Kreise des Mittelbürgertums der Proletarisierung zugeführt, die selbständige Existenz bisher leistungsfähiger Kleinbürger vernichtet, die Kriegsgewinne gesichert, die Konzentration des Kapitals und der Betriebe in ungeahnter Weise sich vollzogen hat, haben die imperialistischen Kreise vorläufig ihr Ziel erreicht.

Die Friedensbereitschaft ist selbst in diesen Kreisen allmählich echt geworden. Das Friedensangebot der Regierung trug demnach einem Bedürfnisse maßgebender Faktoren Rechnung. Vielleicht auch nur, um diesen einigen guten Willen zu beweisen, sind die Anregungen des Herrn *Burian*, des ehemaligen gemeinsamen Finanzministers und vor kurzem Minister des Äußern, erflossen, die letzten Endes zu dem bekannten Angebote und zu seinem eigenen Sturze geführt haben.

Für unsere Sozialpatrioten begann nun eine große Zeit. Man ist bei den staatlichen Behörden gegen Friedenswünsche tolerant geworden, man ermutigt sogar die Stimmung für annexionslose Verständigung: muss da die österreichische Sozialpatriotie nicht, ebenso wie sie den „aufgenötigten Abwehrkampf“ der Regierung unterstützte, die Annexionswünsche derselben stillschweigend gefördert, nun auch den keimenden Friedenswillen unserer Machthaber unterstützen? In der Tat! In einer Friedensversammlung in Favoriten hielt Viktor Adler eine Rede, in welcher klar zum Ausdruck kam, dass man die Regierung auf ihren neuen Wegen fördern und unterstützen müsse. Der Ruf nach Frieden ist nicht der Schrei nach

Wiederaufnahme des Klassenkampfes für den Sozialismus, sondern das Bestreben, die „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundlagen“ des Staates zu konservieren, damit nicht die „Selbstbehauptung“ zur „Selbstvernichtung“ führe. Der Brief des Präsidenten Wilson bot den Anlass zu einem würdelosen und unproletarischem Gebahren. Gleich wie Viktor Adler dem aufgeklärten, erleuchteten Kandidaten amerikanischer Trustmagnaten in einem demütigen Telegramme seine Huldigung übermittelte, wurde auch in den übrigen Durchhalte-Friedensbereitschaftsversammlungen die völlige Solidarität mit der Regierung ausgesprochen, der man nur den gutgemeinten Ratschlag gab, dass sie in anderer Form ihren Willen hätte zur Geltung bringen sollen.

Im Wesentlichen boten diese Friedensversammlungen alle das gleiche Bild: Glänzender Besuch, erwartungsvolle Spannung auf Seiten der Zuhörer – war es doch seit drei Jahren das erste Mal, dass die österreichische Sozialdemokratie den Massen ein Lebenszeichen von sich gab – und „Worte, Worte, nichts als Worte“ auf Seiten der Redner. Viktor Adler, geistvoll witzig, entfesselte Lachstürme, in deren Tosen die gegen seine Ausführungen gerichteten Zwischenrufe einiger Weniger untergingen. Friedrich Austerlitz larmoyantes Friedensgewinsel täuschte die Zuhörer über den Kernpunkt der Frage hinweg und Rudolf Müller, der Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, schwelgte in wienerisch-sentimentaler Rührseligkeit. Robert Danneberg war der Einzige, der in klaren, sachlichen Ausführungen den marxistischen Standpunkt vertrat und den Glauben an den „ewigen Frieden“ unter der Herrschaft des Kapitalismus rücksichtslos zu zerstören suchte. Seine Resolution freilich, die in den Versammlungen vorgelegt wurde, atmete nicht denselben Geist. Dem Sozialpatrioten Volkert trat ein Genosse entgegen und verwies darauf, dass die Sozialdemokratie in diesem Kriege ihre Aufgabe nicht erfüllt, „dem Dasein und der Entwicklungsfähigkeit der Arbeiterbewegung“ schlecht gedient habe; es gehe nicht darum, den Diplomaten gute Lehren zu geben. Die Arbeiter-Zeitung sah sich dadurch veranlasst, in einem denunziatorischen Artikel den betreffenden Redner zu beschimpfen. Auch Herr Leuthner, der glorreiche Entdecker des russischen Volksimperialismus, musste es sich gefallen lassen, dass einige Versammlungsteilnehmer ihrer Unzufriedenheit mit der Art, wie er seine strategischen Kenntnisse zum Besten gab, in kräftiger Weise Ausdruck verliehen. Die einzige Frauenversammlung trug einen radikaleren Charakter. Diesen erhielt sie hauptsächlich durch die von Therese Schlesinger verfasste Resolution, von deren Geist auch ihre Ausführungen getragen waren und durch die Schlussworte der Vorsitzenden Proft, denn die Reden der beiden anderen Frauen waren teils Stimmungsmache (Adelheid Popp) teils Bluff (die „Internationalistin“ Emmy Freundlich).

Hoffentlich wird die oppositionelle Stimmung, die in schwachen Ansätzen sich zeigt, weiter um sich greifen und sich durch Kreiseinteilungsentwürfe und dergleichen nicht bannen lassen.

Die äußere und innere Lage Russlands.

Tu l'as voulu Georges Dandin!

Die russische Offensive hat ein schnelles Ende gefunden. Das wilde Siegesgeschrei hat dem Schreckensruf: *Das Vaterland ist in Gefahr!* Platz gemacht. Und die, die Offensive als Mittel der Zertrümmerung der revolutionären Sozialdemokraten, der Bolschewiki, begrüßt haben, sie klagen jetzt die Bolschewiks an, dass sie die Niederlage verursacht haben. Im Stile der Pogromproklamationen der alten zarischen Regierung, die den Juden die Schuld für alle Niederlagen zuschrieb, erhebt die Prov. Regierung die Anklage gegen die „anarchistische“ Propaganda der Bolschewiks, nennt sie mit eiserner Stirn in einem Atem mit den deutschen Agenten. Aber wie die zaristischen Pogromisten zwar tausende Juden der Vernichtung ausliefern konnten, aber außer Stande waren, ihr fluchbeladenes System zu retten, so werden

die jetzigen Machthaber zwar im Stande sein, hunderte unserer Genossen in die Gefängnisse zu werfen, die revolutionäre Sozialdemokratie vielleicht auf eine kurze Zeit zu schwächen, aber dem Urteil der Geschichte, das schneller als jemand annimmt, von den Volksmassen an ihnen vollstreckt wird, werden sie nicht entgehen. Sie tragen vollkommene Verantwortung für das vergossene Blut, für diese schreckliche Niederlage, sie werden zu verantworten haben, dass sie die Armee der Revolution, wie einst die Generäle des blutigen Zaren, entgegen ihrem Willen mit Kanonen ins Feuer zu treiben versuchten. Das, was gekommen ist, war von den revolutionären Sozialdemokraten vorausgesehen. Der Zarismus ist von den Volksmassen weggefegt worden. Was bedeutet das? Dass der äußere Zwang, die Gewalt nicht mehr im Stande war die Massen ins Feuer zu treiben. Ein Teil des Heeres verabscheute den Krieg, weil er wusste, dass es ein räuberischer Krieg um kapitalistische Interessen ist.

Die revolutionäre Regierung konnte nicht kurzerhand den Frieden mit Deutschland schließen. Sie konnte ihm nicht Russland auf Gnade und Ungnade ausliefern und wollte ihm nicht den Weg zum Siege über Westeuropa bahnen. Gut! Aber dann musste sie den Weg beschreiten, auf dem sie den Volksmassen Russlands bewies, dass sie nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigenen Interessen kämpfen. Das konnte nur geschehen, wenn die Regierungsgewalt durch eine Koalition der antiimperialistischen Schichten, d. h. des Proletariats, Bauerntums und des städtischen Kleinbürgertums übernommen würde, wenn sofort den Bauernkomitees die Verwaltung von Grund und Boden der Junker und der zarischen Familie überwiesen würde, wenn sofort die Banken, die großen kartellierten Unternehmungen provisorisch in die Verwaltung des Staates übergehen würden und so die Produktion, der der Allgemeinheit notwendigen Güter gesichert, den Hyänen des Krieges das Handwerk gelegt würde.

Die Volksmassen konnten mit der Weiterführung des Krieges – falls sie unumgänglich wäre, nur dann ausgesöhnt werden, wenn die revolutionäre Regierung die Verträge des Zarismus zerreißen, wenn sie seine Schulden abschütteln würde. Nur wenn das alles geschehen würde, konnte man darauf rechnen, dass die Kriegsmüdigkeit der Volksmassen, dass die wirtschaftliche Deroute soweit überwunden würde, dass das revolutionäre Russland mit Waffen in der Hand warten konnte, bis unter seinem Einfluss die Liquidierung des Krieges ermöglicht würde.

Die kleinbürgerlichen Sozialisten, die Sozialpatrioten, haben alles, was das Interesse der Revolution erfordert, unterlassen. Sie haben nicht nur den Bauern Grund und Boden nicht gegeben, sondern das anfangs erlassene Verbot des Bodenschachers aufgehoben. Sie haben den kapitalistischen Spekulanten erlaubt, ruhig weiter die Preise in die Höhe zu treiben. Sie haben nicht gewagt die Verträge der zarischen Regierung und ihre Schulden zu annullieren. Aber sie haben doch zu sehr vom Baume der Erkenntnis gegessen, um frisch und fröhlich den Massen einzureden, die Entente kämpfe für Recht und Freiheit. Indem sie die Revision der Kriegsziele der Entente öffentlich forderten, haben sie den Volksmassen bestätigt, dass vorerst der Krieg um Ziele geführt wird, die nicht die des revolutionären russischen Volkes sind. Und bevor sie die Revision der Kriegsziele der Entente erreicht haben – sie werden sie niemals erreichen – forderten sie von den revolutionären Soldaten den Übergang zur Offensive.

Ein großer Teil der Armee war gegen diese Offensive. Da versuchte Herr Kerenski ihren Widerstand zu brechen. Er ließ ganze Regimenter auflösen, er ließ nach zarischem Muster die „Rädelsführer“ arretieren. Aber vergaß dabei eine Kleinigkeit. Der Versuch, die Truppen durch Gewalt ins Feuer zu treiben, wurde schon einmal unternommen: von der zarischen Regierung nämlich, und er hat schon damals versagt. Wenn der aktive Widerstand der Armee gegen die Offensive auch diesmal noch so gering war, dass er gebrochen werden konnte, so war der passive Widerstand, der aus mangelndem Vertrauen zur Politik der Kerenski u. Co. resultierte, schon so groß, dass er zum militärischen Zusammenbruch führen musste.

Wie alle Bankrotteure suchen jetzt die Kerenskis die Schuld den Bolschewiks zuzuschreiben. Sie haben vergessen, was sie noch vor ein paar Monaten sehr gut verstanden, dass jede Agitation ohnmächtig ist, wenn sie nicht den entsprechenden Boden vorfindet, und besteht dieser Boden, so führt er zu einer ihm entsprechenden Agitation. Würde keine bolschewikische Partei existieren, die diese Stimmung gegen die Offensive politisch formte, so würde diese Stimmung in formloser Weise ihren spontanen Ausdruck finden. Aber ohne Offensive lebten wir von Gnaden der Deutschen, die zum Angriff gegen die russische Revolution übergehen konnten, wann es ihren Interessen entsprach – jammern jetzt die Sozialpatrioten.

Das ist eine unsinnige Ausrede. Die russische Revolution ist nicht wehrlos, sie verfügt über eine wuchtige Waffe, über ihr eigenes Wesen. Wenn sie ihren antiimperialistischen, ihren proletarischen Charakter mit voller Entschlossenheit entfaltet, dann ruft sie die Hilfe der Götter herbei.

Die Niederlage, der Zusammenbruch der russischen Offensive, ist ein Zusammenbruch des politischen Systems des russischen Sozialpatriotismus. Die Sozialpatrioten haben die Volksmassen auf die Schlachtbank geführt, obwohl die revolutionären Sozialdemokraten vor dem Abenteuer gewarnt haben. Mit dem Blut der Volksmassen befleckt, wagen sie jetzt die revolutionären Sozialdemokraten des Verrats am Lande zu bezichtigen. Sie konnten die revolutionäre Armee niederkartätschen, wie sie die russischen revolutionären Kriegsschiffe feige zu torpedieren befohlen. Ihre Ehre aber können sie ihr nicht rauben, denn sie selbst stehen durch ihre Taten entehrt da. Und wenn sie glauben, dass sie durch Diffamierung der Vorderreihen der Revolution ihren Einfluss auf sie stärken zu können, so beweist das, dass sie schon vollkommen den Kopf verloren haben wie Xerxes das wogende Meer peitschen ließ.

Die Jakobiner gegen das Volk.

Die Niederlage der Sozialpatrioten auf den Schlachtfeldern Galiziens war begleitet durch eine große innerpolitische Niederlage: der Tartarin de Tarascon des russischen Sozialpatriotismus, der Minister der Landwirtschaft, Tschernow, teilte den Austritt der Kadetten den demonstrierenden Arbeitern mit der Bemerkung mit: Die Kadetten sind weg, glückliche Reife! Aber auf der Stelle antwortete ihm ein Arbeiter: Warum haben sie ihnen nicht früher den Reisepass gegeben?

Alle Anklagen, die jetzt die Sozialpatrioten gegen die Kadetten erheben, können ihren eigenen Bankerott nicht verdecken. Umgekehrt, sie zeigen nur, dass wir hier mit einem betrügerischen Bankerott zu tun haben.

Der Abgang der Kadetten bedeutet nur, dass die Partei, die uns ohne Erfolg Nicolaus den Zweiten aufdrängen wollte, zu den äußersten Mitteln greift, um die russische Revolution zu bekämpfen – schreibt das Stockholmer Bulletin des Arbeiter- und Soldatenrates über den Rücktritt der Kadetten-Minister. Die russischen Imperialisten haben sich den Weg nach Konstantinopel über die Leiche der Revolution vorgezeichnet, heißt es in demselben Blatt. Der Redakteur des Bulletins und seine Auftraggeber stellen damit drei Tatsachen fest: 1. dass die Kadettenpartei eine monarchische Partei, 2. dass sie eine imperialistische Partei, 3. dass sie eine konterrevolutionäre Partei ist. Wenn das wahr ist, dann sind die Herren Sozialpatrioten entweder bewusste oder betrogene Betrüger.

Vom ersten Tage der Revolution an haben sie doch bei dem arbeitenden Volke um Vertrauen für die Provisorische Regierung gebettelt, in der Konterrevolutionäre, Monarchisten, Imperialisten saßen; sie haben dem europäischen Proletariat vorgelogen, dass diese provisorische Regierung für einen Frieden ohne Annexionen ist. Jetzt erklären sie selbst, dass die Kadetten in dieser Regierung nichts anderes taten, als dass sie auf das Verrecken der Revolution warteten, um über ihren Leichnam nach Konstantinopel zu gelangen.

Aber was gedenken die Sozialpatrioten jetzt zu tun, nachdem sie sich überzeugt haben, dass die Vertreter des am weitesten links stehenden Flügels der Kapitalistenklasse, mit denen sie zusammen die russische Revolution retten wollten, Gegner dieser Revolution sind, haben sie daraus den einzigen Schluss gezogen, dass – mag die Aufgabe schwer oder leicht sein – sie nur durch eine Regierung gelöst werden kann, an der keine Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie beteiligt sind, d. h. durch die Regierung aus Vertretern der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegiertenräte, wie das die Bolschewiki vom Anfang der Revolution fordern. Die Bankrotteure des Sozialpatriotismus setzen ihre Politik fort. Sie suchen alle portefeuill lustigen Bourgeois, hinter denen nichts steht, um nur den Schein zu retten, dass die Regierung eine Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie darstellt. Joffremoff, Baruschnikoff sind Nullen, wenn es sich um ihren Einfluss auf die kapitalistische Bourgeoisie handelt. Sie werden aber im Kabinett als Bremse wirken. So sucht sich der Bankerotteur durch allerhand neue Kombinationen zu retten und sinkt immer tiefer.

Nur heroische Maßregeln können die Revolution retten, Maßregeln, die die Taktik der Jakobiner, gemäß den ins mehrfache gewachsenen Ausmaßen der Politik und ihren neuen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen steigert. Aber die kleinen Führer der russischen Revolution, die die Dantons, Carnots des Jahres 1793 spielen, die das Vaterland in Gefahr proklamieren, Komitees der öffentlichen Wohlfahrt einsetzen, sie sind *Jakobiner gegen das Volk*. Die Jakobiner haben im Interesse der Volksmassen die Konterrevolutionäre ins Gefängnis geworfen, die Zeretelli, Kerenski lassen die Gutschkow, Miljukow frei herumlaufen, dafür aber erlassen sie Haftbefehle gegen die Lenin, Trotzki, Zinowjew und Kamenow. Die Septembriseur haben die Gefängnisse gestürmt, in denen die Gegner der Revolution saßen, um sie dem Volkgericht auszuliefern, die Ohnmachtshaber in Russland erlauben den pensionierten Spitzeln, die „Prawda“ zu stürmen, die die Stimme des kämpfenden Volkes war.

Mit Eisen und Blut will der Bürger Kerenski Russland retten und lässt einen Eisenhagel gegen die Söhne des Volkes los, die nicht für die Interessen der Londoner, Pariser und Newyorker Börse sterben wollen. Für den Zaren hat er die Todesstrafe aufgehoben, aber für die russischen Soldaten eingeführt. Die „Rjetsch“, die vom zarischen Minister Protopopow gegründete „Ruskaja Wola“, das alte Reptil die „Nowoje Wremja“ erscheinen frei, aber die revolutionären Soldatenorgane, die „Soldatskaja Prawda“ und die „Okopnaja Prawda“ sollen verboten werden. Die Jakobiner gegen das Volk handeln, als wollten sie beweisen, wie sehr Marx im Rechte war, als er Hegels Ausspruch, dass sich alle großen historischen Ereignisse und Personen zweimal ereignen, dahin korrigierte: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce! Als blutige Farce spielen die Danton-Kerenski und die Zeretelli-Robespierre ihre Rolle, und sie wird blutig für sie in jedem Falle enden, ob die Konterrevolution oder die Revolution siegt.

Was weiter?

Zur Rettung der Revolution haben die kleinbürgerlichen Sozialisten eine militärische Diktatur gegen die Vorderreihen der Revolution, gegen das hauptstädtische Proletariat und die revolutionären Soldaten aufgerichtet. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, dass die russischen Sozialpatrioten daran glauben, dass sie auf diese Weise die „Anarchie“ bekämpfen und die Revolution verteidigen. Aber in der Politik handelt es sich nicht um die Absichten, sondern um die Ergebnisse. Und die Ergebnisse der Politik der Sozialpatrioten bestehen in der Schwächung der Kräfte der Revolution. Das zu beweisen ist jetzt nicht mehr nötig, denn kaum wird sich jemand finden, der behaupten könnte, dass man durch Befehle zur Torpedierung revolutionärer Kriegsschiffe, durch Niederkartätschung revolutionärer Truppen, durch Blutbäder unter dem hauptstädtischen Proletariat die Revolution stärkt. Die Sozialpatrioten arbeiten der Konterrevolution in die Hände.

Aber die Schichten, auf die sich die Konterrevolution stützt, sind ganz anders als die, auf die sich die Sozialpatrioten stützen. Es sind die Junker, die Kapitalisten, die Bureaukratie, die Kirche, die die Träger der Konterrevolution sind. Den Mutterboden des Sozialpatriotismus bilden aber die Bauern, die städtischen Kleinbürger, all die Schichten, die zwar gegen die imperialistische Politik sind, aber die gleichzeitig dank ihren Lebensbedingungen auf dem Boden des bürgerlichen Patriotismus stehen, d. h. ökonomisch gesprochen, zwar sich den Teufel um die Expansion des Kapitals kümmern, aber ihren kleinen Besitz verteidigen wollen. Sie sind nicht fähig die internationalistischen, proletarischen Mittel der Liquidierung des Weltkrieges zu verstehen, sie wagen nicht, mit dem eigenen und dem Weltkapital zu brechen. Das verbindet sie mit den Sozialpatrioten. Aber während die junkerlich-kapitalistische Konterrevolution die Niederwerfung der Revolution erstrebt, um eine starke kapitalistische konstitutionelle Monarchie zu gründen, um wenigstens eine gute Entschädigung für die Junker zu ergattern, um die Kartelle von der Kontrolle des demokratischen Staates zu befreien, muss das Kleinbürgertum die Liquidierung des Junkertums ohne Entschädigung, den Kampf mit Kartellmonopolisten, die ihm ungeheuer die Existenzkosten verteuern, verlangen, und somit für den Ausbau der Demokratie eintreten.

Da die Sozialpatrioten zwar die Kräfte der Revolution unterdrücken, aber ihre sozialen und politischen Resultate retten wollen, so begrüßt die kapitalistische Konterrevolution ihre Gewaltmaßregeln nur insoweit, als sie ihr den Boden vorbereiten. Haben sie das ganz erreicht, dann wird sie sagen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen ... auf das Schafott. Gelingt das der Konterrevolution in absehbarer Zeit nicht – und wir glauben nicht, dass ihre Stunde geschlagen hat – nun, dann wird die Politik der Sozialpatrioten auf die Länge hin unmöglich sein. Die Niederlage, die wachsende wirtschaftliche Krise wird das Kleinbürgertum zu den schärfsten Maßregeln gegen die Junker und Kapitalisten zwingen. Aber die Sozialpatrioten werden zu dieser Politik unfähig sein. Diese Politik ist nur möglich, wenn sich die Regierung auf die revolutionäre Arbeiterklasse stützt. Die heutigen Machthaber, die das Blutbad vom 18. und 28. Juli auf ihrem Gewissen haben, sie können weder das Vertrauen des Proletariats besitzen noch selbst Vertrauen zu ihm haben. Macbeth hat den Schlaf getötet. Macbeth wird nicht mehr schlafen!

Die russische Revolution steht noch vor großen inneren Kämpfen, in denen sie sich nach dem Zusammenbruch der kapitalistisch-kleinbürgerlichen Koalitionsregierung die Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Diktatur erweisen wird, in denen neue kleinbürgerliche Führer die Oberhand gewinnen werden, die zusammen mit den Vertretern des revolutionären Proletariats die russische Revolution weiter führen werden. In den sogenannten Menschewiks-Internationalisten und Sozialisten-Revolutionäre-Internationalisten ist vielleicht schon das zweite kleinbürgerliche Aufgebot zu sehen, das trotz seines schwankenden Charakters die Aufgaben übernehmen wird, die die Zeretelli und Dan verraten haben.

Zum Komplott gegen die Bolschewik

Parvus.

Wie kam die „erneuerte“ Ochrana, die sich jetzt Kontraswiedka nennt, auf den ungeheuerlichen Gedanken, die Bolschewiks als des Landesverrats verdächtig zu halten und auf dieses Verbrechen hin zu bespitzeln? Ganz einfach. Die neue Ochrana braucht nur die Papiere der alten Ochrana aufzuschlagen. Die alte Ochrana hat doch der bolschewikischen Dumafraktion den Prozess wegen Landesverrats gemacht. Sie hatte das Lügenmaterial Alexinskis, der die Genossen, die in der „Gesellschaft zum Studium von Kriegsfolgen“ 1915 vom deutschen Sozialpatrioten *Parvus* in Kopenhagen gegründet, arbeiteten, als deutsche Agenten denunziert.

Aber was hatten die Bolschewiki mit Parvus zu tun? Als Parvus, der frühere radikale Sozialdemokrat, der Vorsitzende des Petrograder Arbeiterdelegiertenrates von 1905 aus Konstantinopel nach der Schweiz kam, um Mitarbeiter für seine wissenschaftliche Gesellschaft zu werben, wandte er sich unter anderem an Genossen Bucharin, einen jungen hervorragenden Nationalökonom der bolschewikischen Partei. Dieser lehnte das Angebot ab, obwohl er sich in schwerer materieller Bedrängnis befand, und obwohl die Arbeit in einer rein wissenschaftlichen Gesellschaft, auf die Parvus statutarisch keinen anderen Einfluss hatte, als jeder andere Mitarbeiter, prinzipiell zulässig war. Die Bolschewiks griffen zwar Genossen aus anderen Fraktionen, die, wie der Abgeordnete Suraboff, oder Genosse Berasitsch, die Stellen in der Gesellschaft annahmen, mit keinem Worte an, aber selbst wollten sie nichts mit der Institution zu schaffen haben, um bei ihrer ausgesprochen revolutionären Stellungnahme – die sich in den russischen Verhältnissen gegen den Zarismus wandte – mit Parvus, der den Sieg Deutschlands wollte, nicht in einen Topf geworfen zu werden. Als Parvus seine „Glocke“ herauszugeben begann, brachte der „Sozialdemokrat“, Nr. 48 vom 20. November 1915, das von Lenin und Zinowjew in Genf herausgegebene illegale Zentralorgan der Bolschewiks, einen Artikel, in dem Parvus als Renegat und politischer Abenteurer auf das Heftigste angegriffen wurde. Der Artikel ist von Lenin geschrieben.

Unter den Bolschewiki gab es keinen Genossen, der politisch die Haltung von Parvus anders beurteilte. Auch die der bolschewikischen Organisation nicht angehörenden revolutionären Internationalisten haben ähnlich über die Haltung geschrieben.

Wenn über die Politik von Parvus in den internationalistischen Kreisen eine Meinung herrschte, so waren die Urteile über seine Beweggründe verschieden. Lenin war überzeugt, dass auf die Wandlung von Parvus seine Geschäfte einen Einfluss hatten. Andere russische Internationalisten, deren Namen in der Internationale den besten Klang haben, die Parvus nahe kannten, hielten ihn für unfähig, sich direkt oder indirekt zu verkaufen. Sie sahen in verschiedenen Seiten seiner alten Ideologie die Wurzel seiner jetzigen Haltung. Das war auch die Meinung unseres Genossen Hanecki, des Mitgliedes der polnischen Parteileitung, als er noch in der Schweiz war und nichts mit Parvus zu tun hatte. Als Hanecki über Frankreich und England nach Dänemark fuhr, wo er Aussicht hatte, durch seine Familienbeziehungen einen Broterwerb für sich und seine Familie zu finden, sprachen, aus Anlass des Eintritts des Genossen Suraboff in die Parvussche wissenschaftliche Gesellschaft, einige nahe polnische Parteigenossen mit Hanecki über das Verhältnis zu Parvus. Sie waren alle der Meinung, dass die Arbeit in der wissenschaftlichen Gesellschaft, die Parvus gegründet hat, zulässig, aber politisch nicht wünschenswert ist, weil sie als politische Mitarbeit von böswilligen Gegnern gedeutet werden kann.

Hanecki suchte in Kopenhagen Erwerbsarbeit und fand sie nicht. Es eröffnete sich ihm aber die Möglichkeit an einem Handelsunternehmen zu arbeiten, an dem Parvus finanziell beteiligt war. Er ergriff sie: 1. weil er Parvus für einen persönlich ehrlichen Menschen hielt und bis heute hält, und 2. weil er dadurch in die Lage versetzt war, nicht nur seine Familie zu erhalten, sondern auch der polnischen Parteiorganisation in Russisch-Polen kräftig finanziell unter die Arme zu greifen, was er auch tat. Politisch verbanden Hanecki mit Parvus nicht nur nicht irgendwelche Bande, sondern durch die Unterstützung der polnischen Parteipresse und Organisation, die den Standpunkt der Zimmerwalder Linken vertrat, arbeitete er der Politik Parvus entgegen.

Die Geschichte kann erst zeigen, wer im Urteil über den Menschen Parvus im Rechten war: Lenin oder Hanecki, dass aber selbst russische Sozialpatrioten im persönlichen Verhältnis zu Parvus, nichts Unzulässiges sahen, das hat der Delegierte des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates W. Rosanoff protokollarisch erklärt:

Als die Enthüllungen über Parvus in der Presse erschienen sind, da hielten die Genossen es für eine Pflicht, Parvus in der Presse mit einer Antwort aufzutreten. Parvus kennzeichnet in der „Glocke“ die Kampagne als eine lügenhafte politische Mache. Alle Kopenhagener Genossen waren der Meinung, es bestünden keine Beweise, dass Parvus ein deutsch-österreichischer Agent sei. Die russischen Genossen hielten auf Grund der politischen Haltung von Parvus eine politische Mitarbeit mit ihm für unmöglich. Aber man lehnte nur den Standpunkt von Parvus ab, ohne seine politische Ehrlichkeit anzugreifen. Die persönlichen Beziehungen zu Parvus wurden von Niemanden abgebrochen. Parvus entfaltete in Kopenhagen keine politische Tätigkeit, er interessierte sich keinesfalls für die russischen politischen Angelegenheiten, machte nicht die geringsten Versuche in dieser Richtung im Verhältnis zu den Mitgliedern der russischen Kolonie zu wirken, oder jemanden zu beeinflussen. Als sich der Charakter der Enthüllungssaktion Alexinskis als eine Verleumdungskampagne zeigte, hatten selbst die Genossen, die anfangs stutzig wurden, keine Zweifel an der Möglichkeit der Aufrechterhaltung der persönlichen, oder geschäftlichen Beziehungen zu Parvus. Ich persönlich halte es für ausgeschlossen, dass Parvus sich in Abhängigkeit von der deutschen Regierung befindet und in ihrem Auftrage handelt.

Diese Erklärung hat W. Rosanoff am 9. Juli zu Protokoll gegeben und durch seine Unterschrift bekräftigt. Und Rosanoff ist noch jetzt, als er nach Stockholm zwecks Organisation der Friedenskonferenz kam, zusammen mit dem Sekretär der russischen Delegation, dem Genossen *Tatjana Rubinstein*, mit Parvus zusammengekommen, schon nachdem Hanecki wegen seiner Beziehungen zu Parvus in der sozialpolitischen Presse, dem Petrograder „Den“ nicht nur in den Kot getreten wurde, sondern als deutscher Agent dargestellt war. Wir rekapitulieren: die bolschewikische Partei mit Lenin und Zinowjew an der Spitze hatte den Standpunkt von Parvus in schärfster Weise abgelehnt. Persönlich hat sie mit ihm nicht das Geringste zu tun gehabt.

Ein Mitglied der polnischen Organisation, die solidarisch mit den Bolschewiks geht und der seit Mai zur auswärtigen Vertretung der Bolschewiks gehört, steht in geschäftlichen Beziehungen zu dem Kapitalisten Parvus, weil er ihn als ehrlichen Menschen ansieht. Von Hanecki hat die Bolschewikische Partei, geschweige denn Lenin oder Zinowjew, keinen Groschen genommen. Die einzige politische Organisation, die vom Genossen Hanecki unterstützt wurde, war die Warschauer Organisation des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Russisch-Polens. Von Parvus hat niemand von den Bolschewiks einen Groschen für irgend welche politische Zwecke bekommen. Parvus hat auch niemals ihnen ähnliche Angebote gemacht.

Das zynischste an der ganzen Geschichte ist aber das Schweigen der führenden menschewikischen Sozialpatrioten, der Zeretelli, Dan u. Co. Diese Herren gehen jetzt zu Verhandlungen mit den Scheidemännern und Ebert, deren Vertrauensmann Parvus ist, und sie sehen ruhig zu, wie man Menschen an den Galgen bringen will wegen wirklicher oder angeblicher Beziehungen zu Parvus. Wir werden noch Gelegenheit haben zu dieser Haltung der menschewikischen Parteiführung zurückzukehren.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Herr Michaelis wird vom „Hamburger Fremdenblatt“ folgendermaßen interpretiert:

„An diese Tatsachen zu erinnern ist daher unerlässlich, wenn man Herrn Lloyd George begreiflich machen will, was *Sicherung er Grenzen* heißt, und worauf es beim belgischen Problem ankommt. *Es muss verhindert werden, dass Belgien als ein Torweg, dessen Pforten an unser Haus angebaut sind und nicht an dasjenige Englands, von der andern Seite des Kanals geöffnet und geschlossen werden kann ohne unsere Einwilligung.* Nicht mehr und nicht minder. Ob der

Mechanismus, der diesen Zweck gewährleistet, internationaler Art sei oder wie sonst, ist eine Frage, die sich erst bei den Friedensverhandlungen lösen lässt, d. h. erst dann, wenn Lloyd George, oder wer dann an seiner Stelle sein wird, für deutsche Kanzlerreden ein etwas flüssigeres Verständnis haben wird, als es heute schon vorhanden ist. Die Zeit wird kommen.“

Selbstbestimmungsrecht der Völker!

31. Juli

Die „Leipziger Volkszeitung“ lässt sich folgende Interna vom *Kölner Metallarbeiter-Kongress* berichten: Vor einige Wochen – Ende Juni – wurde bekanntlich der Verbandstag des Metallarbeiterverbandes in Köln abgehalten. In der Presse wurde bereits darüber berichtet. Wichtige, wissenswerte Einzelheiten, besonders für die Verbandsmitglieder – blieben dabei die Berichte der sozialpatriotischen Presse geben überhaupt kein richtiges Bild der Vorgänge auf diesem Verbandstage, auf dem es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Opposition gegen die Verbandsleitung und der letzteren kam. Die Opposition kann eine starke Wirkung ihres Vorgehens und einen beachtenswerten Erfolg für ihre Auffassung buchen, die sich speziell gegen die Kriegspolitik der Generalkommission und der Leitung des Metallarbeiterverbandes richtete. Wenn sie auch keine Mehrheit errang, so zeigt doch das Abstimmungsergebnis, dass die Sache der Opposition in den Kreisen der Mitglieder starken Rückenhalt hat.

Bei der entscheidenden Abstimmung, die das Stärkeverhältnis am besten aufzeigt, entfielen 73 Stimmen zugunsten der Verbandsleitung, 44 für die Opposition. Dabei ist zu beachten, dass von 44 Delegierten, die Beamte des Verbandes sind, 38 gegen die Opposition stimmten. Daraus ergibt sich, dass von den Delegierten aus Mitgliederkreisen sich nur 35 für den Verbandsvorstand erklärten.

Diese Tatsache ist zur Beurteilung folgender Vorgänge äußerst wichtig: Unter anderm wurde für alle Beamten des Verbandes eine Teuerungszulage verlangt und auch bewilligt. Demnach erhält jeder Beamte eine Teuerungszulage von nicht weniger als 125 Mk. monatlich. Aber nicht genug damit. Diese Zulagen wurden rückwirkend vom 1. Juli 1916 ab bewilligt, so dass also die Beamten für ein ganzes Jahr auf einmal 1500 Mk. aus der Verbandskasse nachbezahlt erhalten. Die Mehrheit für diesen Beschluss wurde wiederum dadurch erzielt, dass die Beamten-Delegierten für diesen Beschluss stimmten. Sie bewilligten sich also selbst diese enorme „Teuerungszulage“!

Weiter lag ein Antrag vor, in Zukunft sämtliche Gehälter der Beamten, also auch die der Ortsbeamten, aus der Hauptkasse zu bezahlen. Auf diese Weise sollten letztere völlig materiell unabhängig von dem Willen der Mitglieder gemacht werden, denen man damit einen wichtigen Teil des Selbstbestimmungsrechts rauben wollte. Der Grund ist leicht ersichtlich. Er liegt ebenfalls in den bestehenden Differenzen der gegenwärtigen Zeit. Der Antrag richtet sich in erster Linie gegen die oppositionellen Mitgliedschaften. Dieser Vorstoß misslang allerdings, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und der Antrag infolgedessen abgelehnt wurde.

2. August.

Genosse *Leo Trotzky* erklärt in der „Prawda“, dass zwischen seinem und der Bolschewiki Standpunkt kein Unterschied bestehe. Er fordert seine Anhänger auf, sich der bolschewikischen Organisation anzuschließen, noch bevor der gemeinsame Parteitag die besonderen Organisationen liquidiert.

3. August.

Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Stockholm: Die Arbeitertagung, die am 28. und 29. Juli in Trondhjem abgehalten wurde, hat in der Militärfrage eine EntschlieÙung zugunsten der direkten Aktion, d. h. der Dienstverweigerung gefasst. Die norwegische Parteileitung hat nun zur Erhaltung der Parteieinheit eine gemeinsame Beratung mit den Gewerkschaften einberufen.

Das „Hamburger Echo“ schreibt: *„Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten. Die Regierung weiß, wir wissen und das Ausland weiß, dass mit unserer Macht zu rechnen ist. Wenn der Druck der letzten Wochen auf die Regierung anhielte, ohne dass – wie bisher – die feindlichen Völker und Sozialisten auf ihre Regierungen den entsprechenden Druck ausüben, so ist die unausbleibliche Folge: nicht, dass man dem Frieden nützt, sondern dass man dem Vaterlande schadet. Schon jetzt kann man nachteilige Wirkungen unserer einseitigen Friedenspolitik auf unser Land erkennen. Das war nicht die Absicht. Bis auf weiteres müssen wir in dieser Beziehung neben die Regierung treten. Sind die Franzosen und Engländer bereit, mit uns und den Russen in Stockholm zusammenzuarbeiten, dann allerdings besteht für unsere Politik die entgegengesetzte Voraussetzung. Aber auch nur dann erst. Das sollten sich die Entente-Sozialisten gesagt sein lassen.“*

Es ist doch beruhigend, dass das „Hamburger Echo“ bleibt, was es gewesen ist. Seinerzeit bekam es einen Wutanfall, als die Landtagsfraktion das gleiche Wahlrecht forderte. Jetzt hat so etwas die Regierung selber erlaubt. Sofort aber muss der Moniteur von der Alster mahnen: Aber biete, nicht zu viel Nachdruck!

4. August.

Es gibt doch noch eine ausgleichende Gerechtigkeit. Was sie dem einen nimmt, gibt sie dem anderen. Langsam werden einige Zahlen über die Verschiebungen der Vermögen während des Krieges bekannt. Die Kriegssteuer, die nur von Vermögen über 10 000 Mk. bei übermäßiger Steigerung gezahlt wird, gibt einen Anhalt dafür. So hat der Kreis Solingen mit seinen 180 000 Einwohnern nach der jetzt beendeten Einschätzung dreiundzwanzig einhalb Millionen Kriegssteuer zu zahlen (genau: 23 690 722,55 Mk.). Davon entfallen auf den heute etwas über 50 000 Einwohner zählenden Stadtkreis Solingen 8 719 516,80 Mk. auf den etwa 130 000 Einwohner umfassenden Landkreis 14 971 205,75 Mk. Weniger überraschend, aber auch sehr hoch ist die Veranlagung zur Besitzsteuer ausgefallen. Sie betrug im Stadtkreis Solingen 412 010,80 Mk., im Landkreis 625 484,80 Mk. In Breslau hat sich eine starke Erhöhung der Einnahmen aus den städtischen Steuern ergeben; das Gesamteinkommen der Breslauer Steuerzahler ist um 40 bis 50 Millionen Mark gestiegen. Allein die Zahl der Millionäre hat sich, nach Breslauer Blättern, um 160 vermehrt.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 33/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 18. August 1917.

Nr. 33

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Zur Steuerfrage.

Der Steuerbedarf.

Manche Leute haben herausgefunden, dass der Krieg eine kolossale Förderung der moralischen und wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes gebracht habe. Was die Moral anlangt, so haben wir keine Ursache, uns mit ihnen irgendwie auseinanderzusetzen. Sie sind genug gestraft durch ihre verzweifelten Anstrengungen. Leichter haben es die Optimisten der Kriegswirtschaft. Mit ein paar Zahlen lassen sich wunderbare Kunststücke machen. Was aber in Wirklichkeit bewiesen wird, ist nur, dass die kapitalistische Wirtschaft ungeheuerlich verstärkt wurde, wodurch sich die Gewinne ins Märchenhafte steigerten und der Konzentrationsprozess des Kapitals ungemein gefördert worden ist. Der Krieg ist nur ein Vernichter, kein Schöpfer neuer Werte. Diese vernichteten Werte lassen sich nicht abschätzen. Sie bestehen in der zerstörten Arbeitskraft der Millionen Toten, Verwundeten, durch Kriegswirkungen Erkrankten, des durch den Geburtenrückgang unterdrückten jungen Lebens; in den verwüsteten Städten und Dörfern, dem zerwühlten Boden; in den Rohstoffen und den Unsummen verbrauchter Güter usw. Der Frieden wird eine überaus geschwächte Wirtschaft vorfinden, mit der er Aufgaben lösen soll, die bisher an keinen Staat herangetreten sind. Dazu kommt das böse Kriegserbe der Milliardenanleihen.

Diese Anforderungen bestimmen den Bedarf an neuen Steuern. Schon jetzt sind über 80 Milliarden Reichsanleihen bewilligt. Da der Krieg nicht in kürzester Zeit beendet sein und die Demobilisation noch gewaltige Kosten verursachen wird, muss mit einem Mindestbetrag von 100 Milliarden Mark gerechnet werden. Ein solch ungeheure Last kann nicht für alle Ewigkeit getragen werden, der Staat muss versuchen, sie abzutragen. Wenn er dies nur zu 0,5 Proz. tut, so ergibt sich durch Abtragung und Verzinsung der Reichsanleihen eine jährliche Ausgabe von 5,5 Milliarden Mark. Es ist dann eine Versorgung der Kriegsinvaliden, der Witwen und Waisen notwendig. Noch ist es vollkommen unklar, wie hoch die Ausgaben für diesen Zweck sein werden. Eine solche Schätzung hat der freikonservative Freiherr v. Zedlitz vorgenommen, der darüber schreibt:

„Nach dem Vorgang bei dem Reichsinvalidenfonds wird man behufs gleichmäßiger Verteilung der Belastung an die Festlegung eines Kapitals zu denken

haben, das neben den Zinsen den Jahresbedarf durch allmähliche Aufzehrung deckt. Unter Zugrundelegung der Zahl der Kriegsteilnehmer, der Toten und Invaliden, der Sätze der gesetzlichen Pensionen und Hinterbliebenengelder und unter Berücksichtigung der Zusage der Reichsregierung, für Invaliden und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, welche vor dem Kriege ein höheres Arbeitseinkommen hatten, ihrer bisherigen Lebensführung entsprechende Zulagen zu gewähren, wird der Bedarf für die Zeit bis zum 1. Oktober d. J. (1915) sachkundig auf nicht allzuviel unter 20 Milliarden geschätzt. Je länger der Krieg dauert, umso größer muss selbstverständlich der neue Invalidenfonds werden.“⁵

Nimmt man an, dass die Veränderungen in den für die Höhe eines solchen Fonds bestimmenden Verhältnissen – möglicher Rückgang der durchschnittlichen Tagesopfer höheres Lebensalter und damit größere Angehörigenzahl der Gefallenen und Krüppel und dergl. – sich gegenseitig ausgleichen, so müsste der Fonds mit dem Ende des dritten Kriegsjahres 48 Milliarden Mark betragen. Die Gründung eines solchen Fonds ermöglicht es, die geradezu phantastischen Kosten der Fürsorge in den ersten Jahren gleichmäßig auf lange Jahre zu verteilen. Notwendig aber ist, dass die Schuld wenigstens dann auch abgetragen ist, wenn der Fonds durch die Auszahlungen aufgezehrt ist. Das dürfte in spätestens 50 Jahren sein. Das würde eine Abtragsquote von 2 Proz. im Jahre ergeben. Nun wird der Fonds nur auf dem Anleihewege zu beschaffen sein, weil andere Quellen kaum zur Verfügung stehen. Ein starker Rückgang des Zinsfußes, der von verschiedenen Seiten nach dem Kriege erwartet wurde, wird immer mehr als eine Illusion betrachtet, da nach dem Kriege ein großer Kapitalbedarf auftreten dürfte. Danach dürften für Verzinsung und Tilgung der für die Kriegsoffer-Fürsorge nötigen Anleihe 7–8 Proz., das sind etwa 4 Milliarden Mark in Frage kommen.

Weiter wird es nötig, die verwüsteten Provinzen wieder aufzubauen, industrielle Schäden zu vergüten usw. Zur Wiederherstellung der Handelsflotte hat sich der Reichstag schon verpflichtet. Statt der Abrüstung, von der die Unabhängigen noch immer träumen, wird die Rüstung zu Lande und zu Wasser, die durch den Krieg verschlissen ist, aufgefrischt und wahrscheinlich verstärkt werden. Die Einzelstaaten haben schwer gelitten. Vor allem ist, die Eisenbahn übermäßig abgenutzt worden, ohne dass die regelmäßigen Erneuerungen möglich waren. Riesige Lasten werden die Gemeinden nach dem Kriege zu tragen haben.

Schon 1915 konnte Zedlitz sagen: „Der durch den Krieg bedingte Aufwand des Reiches nach Friedensschluss wird daher schwerlich hinter den gewaltigen laufenden Kosten der Kriegführung zurückbleiben, sie vielleicht noch selbst übersteigen!. Wieviel mehr ist das jetzt, 1917, richtig nach drei Kriegsjahren, wo ein Ende des Schreckens noch nicht abzusehen ist. Bei alledem ist von neuen sozialen Leistungen über die Kriegsschäden hinaus, die doch wohl die „Neuorientierung“ bringen soll, nicht die Rede. Und in der „Allgemeinen Rundschau“ berechnet *Dr. Kausen* die jährlich wiederkehrende aufzubringende Summe zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben Gesamtdeutschlands, einschließlich der Zinsen und Renten, auf 13 Milliarden Mark, vorausgesetzt, dass ab 1. April 1917 die durch die Feindseligkeiten direkt entstehenden Unkosten eingestellt werden können.

Zimmerwald am Scheidewege.

1.

⁵ Freiherr von Zedlitz-Neukirch, *Finanzen in und nach dem Kriege*. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1915.

Die Affäre Robert *Grimms*, des Vorsitzenden der ersten und zweiten Zimmerwalder Konferenz, hat so viel Staub aufgewirbelt, dass vielen die Tatsache entgangen ist, dass die Zimmerwalder Bewegung sich am Scheidewege befindet. Die Frage von der politischen Ehrlichkeit des Genossen Grimm – und die Untersuchungskommission, die sich mit ihr befasste, hat sie einstimmig bejaht – konnte zu keiner Schicksalsfrage für die Zimmerwalder Bewegung werden, selbst wenn Grimm in ihr wirklich die führende geistige Rolle gespielt hätte, die er *niemals* gespielt hat.

Die Ideen haben ihr selbstständiges Leben, unabhängig von ihren zufälligen Trägern, und über ihre Geschicke entscheiden keine Entgleisungen Einzelner, sondern einzig und allein die Frage, ob die Idee den Bedürfnissen einer entwicklungsfähigen Klasse entspricht. Die Grimmsche Affäre ist liquidiert; sie erwies sich als Ausdruck eines persönlichen und zertrümlichen Geschäftelhubertums.

Aber die Krise, die die Zimmerwalder Bewegung seit dem Tage ihrer Geburt in sich trug, die auf beiden Zimmerwalder Kongressen zu inneren Kämpfen geführt hat, sie geht ihrer Lösung entgegen.

Die Zimmerwalder Bewegung entstand am Anfang des zweiten Kriegsjahres aus der Bereinigung der italienischen Partei, der deutschen Parteiopposition verschiedener Schattierungen, der Vertreter der erst einsetzenden Opposition in der französischen Gewerkschaftsbewegung und Partei wie der russischen und polnischen Emigration. Sie umfasste also von vornherein ganz verschiedene Elemente. Neben Parteien, die zwar gegen den Krieg protestierten, ihm das internationale Ideal des Sozialismus entgegenstellen sollten, aber jeden Gedanken an eine Agitation für den Massenkampf gegen den Krieg ablehnten, standen Gruppen und Parteien, die in ihm die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie sahen.

Aber die Krise, die die Zimmerwalder Bewegung seit dem Tage ihrer Geburt in sich trug, die auf beiden Zimmerwalder Kongressen zu inneren Kämpfen geführt hat, sie geht ihrer Lösung entgegen.

Die Zimmerwalder Bewegung entstand am Anfang des zweiten Kriegsjahres aus der Vereinigung der italienischen Partei, der deutschen Parteiopposition verschiedener Schattierungen, der Vertreter der erst einsetzenden Opposition in der französischen Gewerkschaftsbewegung und Partei, wie der russischen und polnischen Emigration. Sie umfasste also von vornherein ganz verschiedene Elemente. Neben Parteien, die zwar gegen den Krieg protestierten, ihm das internationale Ideal des Sozialismus entgegenstellen sollten, aber jeden Gedanken an eine Agitation für den Massenkampf gegen den Krieg ablehnten, standen Gruppen und Parteien, die in ihm die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie sahen.

Dieser Gegensatz des passiven und aktiven Internationalismus führte zu weiteren Gegensätzen. Während die Protestler, eben weil sich ihre Politik im Protest erschöpfte, den Gegensatz zu den Sozialpatrioten nur als vorübergehenden empfanden, stießen die aktiven internationalistischen Elemente auf ihn mit voller Wucht. Sie wussten aus der Praxis, dass der Widerstand der Sozialpatrioten die Volksmassen noch ganz anders bindet, als die Repressivmaßregel der Regierungen es zu tun imstande waren. Deswegen erstand vor ihnen mit voller Schärfe die Frage nach den Ursachen dieser Verwandlung der einst revolutionären Sozialdemokratie in eine Stütze der Ordnung. Sie sahen ihre Quellen in dem Opportunismus, der dank der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, bei verhältnismäßig politischem Stillstand, die Arbeiterbewegung zerfressen hat; und wenn erst die Änderung der sozialpolitischen Voraussetzungen der europäischen Arbeiterbewegung die Möglichkeit der

Überwindung der Bürokratie und ihrer Methoden schaffen wird, so bildet der Bruch mit den Sozialpatrioten und Sozialimperialisten die Vorbedingung der Gesundung der internationalen Arbeiterbewegung. Um die Frage der Massenbewegung und der Spaltung drehten sich die Kämpfe in den Reihen der Zimmerwalder Vereinigung praktisch. Reform des Imperialismus oder seine Überwindung in der Periode der sozialen Revolution, das waren die theoretischen Formeln des Kampfes. Geführt wurde er in erster Linie durch die Bolschewiks, die polnischen Marxisten und die deutschen Linksradikalen auf einer, die deutschen Zentrumsleute d. h. die Richtung Haase, Ledebour, Kautsky auf der anderen Seite.

Diese Kämpfe schienen rein theoretischen Charakter zu besitzen. Die russische Revolution hat die scheinbar theoretischen Gegensätze ungeheuer verschärft. Für die Sozialdemokratie handelt es sich nicht um Berechnung des Tempos unserer Bewegung, sondern darum, in welcher Richtung sie arbeitet, welche Ziele sie ihrer Tätigkeit stellt. In Kienthal hat sich die Zimmerwalder Bewegung in ihrer Resolution zur Friedensfrage theoretisch das Ziel der Überwindung des Imperialismus gestellt, sie hat die zu diesem Ziele führenden Wege der proletarischen Umwälzung akzeptiert, pazifistische Pseudoreformen des Imperialismus abgelehnt, schon gar nicht zu sprechen von dem sogenannten Verständigungsfrieden, der nichts anderes ist als der Schacherfrieden des Imperialismus. Aber diese prinzipielle Fahne von Kienthal wurde von der italienischen Partei wie von dem deutschen Parteizentrum, der jetzigen Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, im Stiche gelassen. Sie plätscherten weiter vergnügt im seichtesten Wasser des bürgerlichen Pazifismus.

Das führte solange nicht zur Spaltung in der Zimmerwalder Bewegung, solange der Verständigungsfriede nicht zum praktischen Banner zweier großen sozialpatriotischen Bewegungen wurde, die sich jetzt zu verständigen suchen und auf alle wankenden Elemente eine große Anziehungskraft ausüben. Wir sprechen von der internationalen Konferenz in Stockholm.

2.

Die Initiative zu ihr gaben „neutrale“ Sozialpatrioten, die Herren Branting, Troelstra und Stauning, deren Sympathien zwar auseinandergingen, die jedoch vereinigt wurden durch die von Troelstra in seinen Briefen an „Het Volk“ ausgedrückte Hinsicht, dass, falls sich die Sozialpatrioten nicht zeitig genug vereinigen zwecks Kriegsbeendigung, sie zusammen mit den Regierungen in den Abgrund stürzen werden. Aber die Autorität dieser großen Männer in kleinen Geschäften war zu klein, – selbst nach dem Ausleihen des Mobiliars des bankerotten internationalen Büros – um die französischen und englischen Sozialpatrioten zum Aufgeben der Losung des Sieges über den deutschen Imperialismus zu bringen. Das konnten nur Tatsachen erreichen, die auch die Regierungen Frankreichs und Englands, deren Politik die Sozialpatrioten der Entente widerspiegeln, zum Aufgeben des Gedankens auf den Sieg bewegen könnten. Eine solche Tatsache stellt die Entwicklung der russischen Revolution dar. Falls sie weiterhin nicht nur die militärische Kraft Russlands schwächt, sondern Bewegungen gegen den Imperialismus in allen kriegführenden Ländern auslöst, werden die Regierungen Frankreichs und Englands ihre Sozialpatrioten nach Stockholm abkommandieren, um inoffiziell die Friedensverhandlungen einzuleiten. Einstweilen arbeitet in dieser Richtung der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat mit Zustimmung der russischen Provisorischen Regierung.

Man lasse sich nicht durch die Losung Friede ohne Annexionen! ohne Kontributionen! auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes! blenden. Diese Losung bedeutet einen Frieden, der die während des Krieges gemachten Annexionen rückgängig macht und sie durch andere auf Grund der Verständigung der Regierungen ersetzt. Die Organe der Mehrheit des Arbeiterdelegiertenrates halten den Gedanken an eine bevorstehende europäische Umwälzung für utopisch, sie stehen praktisch auf dem Boden des Verständigungsfriedens der

imperialistischen Regierungen. Die internationale Aktion des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates dient diesem „Verständigungsfrieden“. Er soll durch gemeinsamen Druck der sozialistischen Parteien herbeigeführt werden. Der Charakter dieses Druckes wird durch seine innere Politik, wie die internationale Aktion des Arbeiter-Delegiertenrates, wie die der Parteien, an die er sich wendet, bestimmt.

Über den Charakter der Politik der sozialpatriotischen Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrates brauchen wir nicht weit und breit zu schreiben: er sorgte selbst dafür, um der internationalen Arbeiterklasse möglichst grell seine Politik zu beleuchten. An demselben Tage, an dem die Vertreter des Arbeiterrates die russische Grenze passierten, um in Stockholm die Verhandlungen über eine internationale Friedensaktion zu beginnen, trug der Telegraph eine Kunde in alle Weltteile, dass mit Zustimmung der Zeretelli, der Führer des Arbeiter- und Soldatenrates, der in seinem Namen unter seiner Verantwortung wirkende Kriegsminister Kerenski den Befehl zur Offensive erteilt hatte.

Die Offensive, die begonnen hat mit Zustimmung der sozialpatriotischen Führer, ohne dass ihre Verbündeten, die Kapitalisten von London, Paris, Newyork, auch nur auf einen Deut von den imperialistischen Zielen verzichtet haben, beweist, dass man bei der Friedenspolitik der russischen Sozialpatrioten mit der alten Bereinigung des Schwertes und der Friedenspalme zu tun hat. Argumente, mit denen die russischen Sozialpatrioten die Offensive verteidigen, bestätigen dies vollauf. Wenn wir unsere Verbündeten wie unsere Feinde nötigen wollen, mit unserem Willen zu rechnen, so müssen wir ihnen zeigen, dass wir eine Kraft darstellen. Die Kraft, die also die russischen Sozialpatrioten in die Waagschale der Geschichte werfen wollen, ist nicht die der revolutionären Bewegungen, die unter dem Einfluss der russischen Revolution entstehen, sondern es sind die diplomatischen Verhandlungen, gestützt auf die Entfaltung der militärischen Kraft. Wenn die russischen Sozialpatrioten annehmen, dass ihre militärische Aktion umgekehrt, indem sie zeigt, dass die russische Revolution die militärische Kraft Russlands nicht geschwächt hat, das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Revolution stärken wird und die internationalen proletarischen Bewegungen fördern wird, so befinden sie sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Die Arbeiterschaft aller Länder sehnt sich nach dem Frieden. Die russische Revolution war für die europäischen Arbeiter ein Lichtstrahl. Aber statt alles zu tun, um durch eine entsprechende innere Aktion, die der Arbeiterschaft der Welt ein Beispiel der selbstständigen Politik geben würde, statt eines Zerreißens der imperialistischen Verträge, sehen wir in Russland, wo die sozialpatriotische Mehrheit durch Teilnahme an der kapitalistischen Regierung sich und einem Teil der Arbeiterschaft die Hände bindet, wie sie zum Spielball des Ententeimperialismus wird, der ihr eine neue Offensive erpresst. Aus Zweifeln gegenüber dem Erwachen der proletarischen Welt, aus Abhängigkeit von dem Ententeimperialismus zusammengesetzt, konnte die Politik der Mehrheit des Arbeiter-Delegiertenrates im besten Falle einer Vorbereitung des „Verständigungsfriedens“, d. h. des Schacherfriedens des Imperialismus dienen.

Inzwischen hat diese Politik vollkommenen Bankrott erlitten. Statt die militärische Macht Russlands zu demonstrieren, endete sie mit einem vollkommenen Zusammenbruch der Offensive, mit einem Niederkartätschen ganzer russischen Divisionen durch die russische Artillerie auf Geheiß der russischen Sozialpatrioten. Sie führte zur Auflehnung der Petrograder Proletarier und zu ihrer Niedermetzelung durch die den sozialpatriotischen Führern getreuen Truppen. Das hindert nicht die mit proletarischem Blut befleckten russischen Sozialpatrioten weiter die „Einiger“ des internationalen Proletariats zu spielen.

Die Zeretelli und Dan wollen Herrn Lloyd George auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen zum Herabdrücken der Friedenspreise bringen. Aber sie wissen so viel von der Weltpolitik, um zu verstehen, dass es schlecht ist, mit dem Teufel Kirschen zu essen. Sie

fürchten, sich allein in das Konferenzzimmer mit den Geschäftsleuten des Imperialismus zu begeben. Sie wollen also hinter sich die grollende und murrende Masse haben. Die Revolution in Europa halten sie für eine Utopie, aber so ein bisschen Spektakel ist möglich und nützlich. Deswegen suchen sie den Widerstand der Renaudel und Henderson zu brechen. Sie wollen sie durch ein Appell an die französischen und englischen Arbeitermassen nach Stockholm treiben, um hier von ihnen das Zugeständnis zu einem „Verständigungsfrieden“ zu erreichen.

Aber dazu müssen sie Partner aus den Zentralmächten haben. Der deutschen Opposition, der Unabhängigen Sozialdemokratie, stellen die französischen Sozialpatrioten gnädig das Zeugnis aus, dass sie eine sozialistische Partei darstellt. Aber sie wollen sie nicht als parallelen Machtfaktor anerkennen. Denn Thomas ist doch Minister, was bedeutet demgegenüber eine Partei, die „keinen direkten Einfluss“ auf die Regierung ausübt? Scheidemann, das ist was anderes. Die Renaudels schimpfen zwar sehr auf die Scheidemänner, aber sie halten sie als den Machtfaktor in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Und die Zeretellis auch. Zwischen den russischen und französischen Sozialpatrioten besteht in Bezug auf die deutschen Sozialpatrioten nur die Meinungsverschiedenheit, dass die Renaudels fordern, die Scheidemänner sollen von vornherein ihre bisherige Politik abschwören, während die Zeretellis erklären, es genüge, wenn dann gemeinsam der Rüttschwur abgelegt wird, man wolle nichts mehr mit den Philistern des Imperialismus zu tun haben.

Es ist sehr möglich, dass trotz aller Verschiebungskünste der französischen sozialistischen Patrioten, die Bemühungen der russischen Sozialpatrioten von Erfolg gekrönt werden. Die russische Revolution, die trotz der Politik der russischen Sozialpatrioten die Volksmassen Frankreichs sehr beeinflusst, wird es wohl der französischen Regierung und den französischen Sozialpatrioten schließlich nahelegen, sich mit der Stockholmer Konferenz auszusöhnen. Dann ist die allgemeine gegenseitige Amnestie der Sozialpatrioten da. Die Sozialpatrioten werden sich zusammenfinden zum „Protest“ gegen die imperialistische Regierung.

3.

Wird es nicht *unser Sieg* sein? Sollen wir die Situation nicht ausnützen, um die Sozialpatrioten auf einer allgemeinen Konferenz vorwärtszutreiben? Ist es nicht fraktionelle Verbissenheit, wenn die Bolschewiks, die polnischen Marxisten, die bulgarischen Engherzigen, die schwedischen Linkssozialisten, die deutschen Linksradiakalen erklären: Wir gehen nicht zur Konferenz mit den Sozialpatrioten, ja, wir treten aus der Zimmerwalder Vereinigung aus, falls ihre Mehrheit auf eine Konferenz mit den Sozialpatrioten geht?

Nein, es ist keine Verbissenheit, keine theoretische Verrantheit. Es ist nur die kühle Würdigung der internationalen Situation. Dass die Sozialpatrioten aller Länder drei Jahre lang die Politik des Burgfriedens getrieben, die imperialistischen Regierungen unterstützt haben, das war keinesfalls ein Resultat einer vorübergehenden Kriegspsychose. Es war ein Resultat dessen, dass die Mehrheit der proletarischen Führer in der friedlichen Epoche der zweiten Internationale vollkommen opportunistisch wurde, dass sie in der Schicht der gut bezahlten Arbeiter den Mutterboden für die Politik Erschleichung von Reformen gefunden hat. Ist das alles schon vorüber? Werden die Sozialpatrioten aus kleinbürgerlichen Reformmännern, Männer der proletarischen Aktion werden? Diese Frage zu stellen, heißt sie beantworten. Die Renaudels, Hendersons, Thomas, die Scheidemanns und Adlers können unter dem Drucke der Verhältnisse nur äußerlich mit ihren Regierungen brechen; sie können nur Protestphrasen und Gesten riskieren. Die Tscheidses und Skobelew waren Opportunisten vor dem Kriege. Aber die Barbarei der russischen Verhältnisse erlaubte ihnen, weder auf Reformen zu hoffen noch die Regierung zu unterstützen. Als die Arbeiter und Soldatenmassen die zarische Regierung stürzten – wohlgermerkt ohne Ansporn der Opportunisten – standen diese doch politisch nicht gebunden da. Sie hatten nicht die Vergangenheit der Scheidemanns hinter sich. Und trotzdem führen sie eine Politik, die die Revolution auf Schritt und Tritt schädigt, den

Boden für die Konterrevolution vorbereitete, bis sie zu einem Massaker der revolutionären Arbeiter übergangen. Die europäischen Sozialpatrioten treiben heute offen konterrevolutionäre Politik.

In dieser Politik werden sie unterstützt durch die schwankenden Elemente, die Haase, Longuet, Modigliani, die – wie das Memorandum der Deutschen Unabhängigen zeigt, nichts anderes, als eben die Reparaturen dieser besten aller Ordnungen im Auge haben und das in einer Zeit, die aus den Fugen geht.

Auf der Konferenz, die der Arbeiterdelegiertenrat einberuft, wird eine sozialpatriotische, zentrümliche Mehrheit vorhanden sein, die sich programmatisch für die Politik der Reformen, und was die Aktion anbetrifft, für die Politik der ohnmächtigen Demonstration aussprechen wird. Die deutschen, englischen, französischen Sozialpatrioten werden zusammen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, der pazifistischen Independent Labour Party Englands, der italienischen Parteimehrheit der Konferenz den Stempel aufdrücken, mögen die zentrümlichen Elemente noch so sehr überzeugt sein, dass sie zum Kampfe gegen die Sozialpatrioten auf die Konferenz gehen. Sollen wir aber nicht zur Konferenz gehen, um über die Köpfe der Scheidemanns und Renaudel an die hinter ihnen stehenden Arbeitermassen zu appellieren? Die Massen werden aber in Stockholm abwesend sein, vorhanden werden nur die Führer sein, die die Hauptarbeit hinter den Kulissen leisten und öffentlich eine Komödie der Verbrüderung aufführen. Wir wenden uns an die Massen, wenn wir von vornherein erklären dass wir mit dem Betrug von Stockholm nichts zu tun haben, wenn wir jeden Schritt der Friedensmacher diskreditieren.

Die Zimmerwalder Konferenz wird zu entscheiden haben, ob Zimmerwald zum Grundstein der 3. Internationale werden soll, ob es nur ein vorübergehendes Obdach war für kriegsmüde Opportunisten. – Uns bangt es nicht um die Entscheidung. Nur im Prozess der großen Kämpfe, die wir schon herannahen sehen, wird die Internationale gebildet und wir können mit einer gewissen Gelassenheit abwarten, ob sie eine bestehende temporäre Vereinigung zu ihrem Ausgangspunkt nimmt oder sich von vornherein ein eigenes Haus baut.

Zimmerwald als Block internationaler Sozialdemokraten mit den schwankenden Elementen steht vor der Liquidation. Diese Elemente stehen vor der Schließung eines Blocks mit dem internationalen Sozialpatriotismus. Sind sie in Mehrheit in der Zimmerwalder Vereinigung, dann war sie gewesen. Zeigen sie sich in der Minderheit, nun, dann wird Zimmerwald erst zu einem Zentrum einer wirklichen Bewegung werden können. Es gilt zu wählen.

Karl Radek.

Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus.

Von Leo Trotzky, Petrograd.

Nie gab es auf der Welt so viele Pazifisten wie jetzt, wo die Menschen auf allen großen Straßen unseres Planeten einander töten. Jede historische Epoche hat nicht nur ihre eigene Technik und eigene politische Formen, sondern auch eine nur ihr eigene Heuchelei. Einst rotteten sich die Völker gegenseitig aus im Namen der christlichen Lehre von der Liebe zum Nächsten. Jetzt rufen nur zurückgebliebene Regierungen Christums an. Die fortschrittlichen Nationen schneiden sich die Hälse ab im Namen des Pazifismus. Wilson zerrt Amerika im Namen des Bundes der Völker und des ewigen Friedens in den Krieg hinein. Kerenski und Zeretelli rufen zur Offensive – im Namen des „schnellsten Friedensschlusses“.

Unsere Epoche entbehrt einen Juvenal, des entrüsteten Satirikers. Allerdings auch die mächtigsten satirischen Mittel laufen Gefahr sich als ohnmächtig und schattenhaft im Kampfe

mit der triumphierenden Niederträchtigkeit und kriechenden Dummheit, zwei Elementen, gegenüber die der Krieg entfesselt, zu erweisen.

Der Pazifismus ist von derselben historischen Herkunft wie die Demokratie. Die Bourgeoisie machte einen großen historischen Versuch alle menschlichen Verhältnisse verstandesgemäß zu ordnen, die blinde und stumpfe Tradition durch Anordnungen des kritischen Denkens zu verdrängen. Die Zünfte mit ihrer Beengung der Produktion, die Stände mit ihren Privilegien, der monarchische Absolutismus – alles waren traditionelle Überbleibsel des Mittelalters. Die bürgerliche Demokratie verlangte Rechtsgleichheit für die freie Konkurrenz und den Parlamentarismus als Mittel der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Sie versuchte auch die nationalen Verhältnisse auf dieselbe Weise zu ordnen. Hier aber stieß sie auf den Krieg, d. h. auf eine solche Methode der Lösung aller Fragen, die nach ihr eine vollkommene Verneinung der „Vernunft“ ist. So fing sie an, den Völkern zu beweisen, – in den Sprachen der Poesie, der Philosophie, der Ethik und der Buchhaltung – dass es viel nützlicher für sie ist, den „Ewigen Frieden“ einzuführen. Das sind die logischen Voraussetzungen des Pazifismus.

Seine Erbsünde war aber der grundsätzliche Fehler, der die bürgerliche Demokratie charakterisiert. Die Schneide ihrer Kritik gleitet nur auf der Oberfläche der sozialen Erscheinungen, hat nicht den Mut in die ökonomischen Unterlagen hineinzufahren. Die kapitalistische Wirklichkeit aber behandelte die Idee des „Ewigen Frieden“ auf Grund der „vernünftigen“ Übereinstimmung vielleicht noch unbarmherziger als die Idee der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Eben der Kapitalismus, der die Technik vernunftmäßig ausgestaltete, hat die ökonomischen Verhältnisse nicht vernünftig geregelt, er schaffte solche Waffen der gegenseitigen Ausrottung, wie es das „barbarische“ Mittelalter nicht einmal im Traume geahnt hat.

Die zunehmende Zuspitzung aller internationalen Verhältnisse und das unaufhaltsame Wachstum des Militarismus entzog dem Pazifismus vollkommen den Boden unter den Füßen. Aber gleichzeitig riefen ihn dieselben Kräfte, unter unseren Augen zum neuen Leben, das von dem alten so verschieden war, wie verschieden der blutig rote Sonnenuntergang von dem rosigen Sonnenaufgang ist.

Die Jahrzehnte, die diesem Kriege vorausgingen, waren die Epoche des sogenannten „bewaffneten Friedens“. Die ganze Zeit war in Wirklichkeit ein einziger ununterbrochener Krieg, aber in den Kolonien.

Diese Kriege spielten sich auf dem Territorium zurückgebliebener und schwacher Völker ab, führten zur Verteilung von Afrika, Polynesian und Asien und bereiteten den jetzigen Krieg vor. Da es aber in Europa nach 1871 keinen Krieg gab, obwohl es eine ganze Reihe scharfer Konflikte gegeben hatte, – so gewöhnte sich systematisch die öffentliche Meinung des Kleinbürgertums daran, in der wachsenden Armee eine Garantie des Friedens zu sehen, die allmählich durch völkerrechtliche internationale Einrichtungen gekrönt wird. Die kapitalistischen Regierungen und die schwere Industrie hatten selbstverständlich an einer solchen „pazifistischen“ Deutung des Militarismus nichts auszusetzen. Dazwischen häuften sich die Weltkonflikte an und die Weltkatastrophe war da.

Theoretisch und politisch steht der Pazifismus auf demselben Boden, wie die Lehre von der Harmonie der sozialen Klasseninteressen.

Der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Staaten hat dieselbe ökonomische Unterlage wie der Klassengegensatz. Wenn wir die Möglichkeit der allmählichen Abstumpfung der Klassengegensätze annehmen, so müssen wir als Folgerung die allmähliche Abstumpfung und Regulierung der völkerrechtlichen Beziehungen annehmen.

Der Hort der demokratischen Ideologie – mit all ihren Traditionen und Illusionen war das Kleinbürgertum. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde es innerlich vollkommen umgearbeitet, aber von der Szene ist es nicht verschwunden. In derselben Zeit, wo die Entwicklung der kapitalistischen Technik seine ökonomische Rolle für ewig untergrub, haben ihm das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Wehrpflicht, dank seiner Anzahl, den Schein eines politischen Faktors gegeben. Das Großkapital hat das Kleinbürgertum, insoweit es ihm noch den Atem ließ, durch das Kreditsystem vollkommen unterjocht. Den politischen Vertretern des Großkapitals blieb nur übrig, es sich noch in der politischen Arena zu unterjochen, indem sie den kleinbürgerlichen Theorien und Vorurteilen einen fiktiven Kredit eröffneten. Das war die Ursache der Erscheinung, die wir in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege beobachteten, dass gleichzeitig mit der ungeheuren Anspannung der reaktionär imperialistischen Politik auch die trügerische Blüte der bürgerlichen Demokratie mit ihrem Reformismus und Pazifismus kam. Das Kapital unterwarf das Kleinbürgertum seinen imperialistischen Zielen mit Hilfe ihrer eigenen Vorurteile.

Frankreich war vielleicht das klassische Beispiel dieses zweiseitigen Prozesses. Frankreich ist ein Land des Finanzkapitals, das sich auf ein am meisten konservatives und sehr zahlreiches Kleinbürgertum in Stadt und Land stützt. Dank den ausländischen Anleihen, Kolonien, und dem Bündnis mit Russland und England wurden die Oberschichten der dritten Republik in alle Interessen, in alle Konflikte des Weltkapitals hineingezerrt. Unterdessen bleibt der französische Kleinbürger ein Provinzmensch bis in das Knochenmark. Er verabscheut instinktiv die Geographie, und sein Leben lang fürchtet er am meisten den Krieg – schon aus dem Grunde, dass er meistens nur einen einzigen Sohn hat, der sein Geschäft samt seiner Möbel erben soll. Dieser Kleinbürger schickt einen bürgerlichen Radikalen in das Parlament, der ihm den Frieden zu schützen verspricht – mit Hilfe der „Liga der Nationen“ einerseits und mit Hilfe der russischen Kosaken, die den deutschen Kaiser am Schopfe halten sollen, andererseits. Der radikale Abgeordnete aus dem Kreise der Provinzadvokaten kommt nach Paris nicht nur voll des besten pazifistischen Willens, sondern auch ohne klare Ahnung, wo eigentlich die persische Bucht liegt und wem und wozu die Bagdadbahn nötig ist. Die radikal-„pazifistischen“ Abgeordneten schoben aus ihrer Mitte ein radikales Ministerium aus, das auf der Stelle im Fangnetz aller früheren abgeschlossenen diplomatischen und militärischen Verpflichtungen, aller Finanzinteressen der französischen Börse in Russland, Afrika und Asien, bis über die Ohren steckte. Das Ministerium und Parlament hörten nicht auf, alle pazifistischen Phrasen weiter abzuleiern und gleichzeitig, ganz automatisch, trieb es die Weltpolitik, die Frankreich endlich in den Krieg hineingetrieben hat.

Der *englische* und *amerikanische Pazifismus* verrichtet, bei aller Verschiedenheit der sozialen Bedingungen und der Ideologie (oder bei Ausbleiben jeder Ideologie wie in Amerika) wesentlich dieselbe Arbeit: er schafft einen Ausgang für die Angst des Kleinbürgertums vor den Welterschütterungen, in denen es nur den Rest seiner Selbständigkeit verlieren kann; er lullt seine Wachsamkeit ein durch die fruchtlosen Ideen der Abrüstung, des Völkerrechts und der Schiedsgerichte, um sie dann im entscheidenden Moment samt Haut und Haar dem imperialistischen Kapital auszuliefern, das alle Mittel für seine Zwecke mobil gemacht hat: die Technik, die Kunst, die Kirche, den bürgerlichen Pazifismus, wie den patriotischen „Sozialismus“.

„Wir waren immer gegen den Krieg, unsere Abgeordneten, unsere Minister waren gegen den Krieg, – ruft der französische Kleinbürger, – folglich hat man uns den Krieg aufgedrungen, – und im Namen der Verwirklichung unserer pazifistischen Ideale – müssen wir den Krieg bis zum siegreichen Ende führen.“ Und der Vorsitzende der französischen Pazifisten, Baron d'Estournel de Constant heiligt diese pazifistische Philosophie durch ein feierliches „jusqu' au bout!“ Krieg bis zum Ende!

Die *englische Börse* brauchte für die Kriegsführung in erster Linie Pazifisten, wie den Liberalen Asquit und den radikalen Demagogen Lloyd-George. „Wenn diese Männer den Krieg führen, – sagte sich die englische Volksmasse, – dann ist das Recht auf unserer Seite.“ Auf diese Weise wurde dem Pazifismus eine ihm entsprechende Rolle in dem Mechanismus des Krieges, zusammen mit den Giftgasen und den sich türmenden Staatsanleihen, zugeteilt.

Die internationalen Lehren der Petrograder Julitage.

Schauernd blicken die klassenbewussten Proletarier der ganzen Welt auf die Julitage von Petrograd, schauernd haben sie vernommen, dass die Männer, die sich Sozialisten nennen, auf Volkssöhne in Monitor, die sich geweigert haben für die Interessen des Ententeimperialismus zu bluten, Artilleriefeuer richten ließen, dass sie Befehle ausgaben, Kriegsschiffe zu torpedieren, die dem revolutionären Kronstadt zu Hilfe eilen würden. In der Geschichte der Arbeiterbewegung werden die Petrograder Julitage eine schwarze Karte bedeuten, wie die der Julitage von Paris, wie die der Niedermetzlung der Pariser Kommune.

„Ein paar Mitglieder der Provisorischen Regierung befanden sich zusammen mit dem Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates faktisch in Gefangenschaft im taurischen Palais, umzingelt von bewaffneten Demonstranten, und der Vollzugsausschuss bat telefonisch um Hilfe und fragte, ob Artillerie gesandt worden ist.“ Diese Worte aus dem Bericht der Beamten des russischen Justizministeriums – „Rjetsch“, Nr. 15 vom 22. Juli 1917 – werden an den Zeretelli und Kerenski für immer haften bleiben, und das internationale Proletariat wird ihrer gedenken, wie der Cavaignac und Gallifet.

Was bei der Nachricht von der Niederkartätschung der Petrograder Arbeiter auf Geheiß der russischen Sozialpatrioten so niederschmetternd wirkte, war die Tatsache, dass doch die Zeretelli, Kerenski, Dan, Czernow, Skobelew, gestern noch Sozialisten, Revolutionäre waren, die die zarische Regierung verfolgte. Es kann nicht in den Kopf eines gewöhnlichen Arbeiters hinein, dass eine Wandlung vom Vorkämpfer des Proletariats – obwohl eines opportunistischen – zum Henker des Proletariats innerhalb von vier Monaten sich vollziehen kann. Und doch ist an den Tatsachen nicht zu rütteln, und keine sozialpatriotische Sophistik wird den europäischen Arbeitern erklären können, dass es eine Situation gibt, in der Sozialisten es verantworten können, dass sie revolutionäre Proletarier, die gegen die Kapitalisten, für die Übernahme der Gewalt durch die Organe der Arbeiterschaft demonstrierten, niedermetzeln ließen.

Mochten die Petrograder Proletarier unzeitig ihre Forderungen aufgestellt haben – wir sind überzeugt, dass sie es in der richtigsten Zeit getan haben – kein klassenbewusster Proletarier wird jemals die Zeretellis und Czernows von der Kainschuld freisprechen. Aber es genügt nicht, sie an den Pranger der proletarischen Geschichte zu stellen, es genügt nicht, ihnen das Kainszeichen auf die Stirn zu drücken, es gilt zu verstehen, warum das Verbrechen möglich, ja notwendig wurde. Dies zu verstehen bildet eine unumgängliche Notwendigkeit für das internationale Proletariat.

Die ersten, die in die Lage kamen, die letzte Konsequenz des Sozialpatriotismus zu ziehen waren die, die sich nicht als Sozialpatrioten darstellten und die auch in Europa nicht für Sozialpatrioten gehalten wurden, weil sie die Kriegskredite ablehnten. Als die russischen revolutionären Sozialdemokraten, die Bolschewiks erklärten, es seien dieselben Sozialpatrioten, nur dass ihnen die absolutistische Form der russischen Regierung und die oppositionelle Stimmung der Arbeiterschaft nicht erlaube, die Interessen des Landes

zusammen mit der der zarischen Regierung zu verteidigen, wurden sie als Doktrinäre und Sektierer angesehen, denen die Leidenschaft den Blick für die Tatsachen trübe. Nun, als die Revolution kam, auf die sie keinesfalls hingearbeitet haben, als sich die russischen Sozialpatrioten auf den Kutscherbock schwangen, als sie die „Verteidigung“ des imperialistischen Vaterlandes als die Verteidigung der Revolution darstellen konnten, da sind alle Hüllen gefallen. Sie stimmten für die Kriegsanleihen, sie traten in eine gemeinsame Regierung mit den Vertretern des Kapitals, sie halfen ihnen die verbrecherischen räuberischen Verträge des Imperialismus vor dem arbeitenden Volke zu verhüllen, sie trieben die russischen Arbeiter und Bauern zum Angriff auf Geheiß der New Yorker und Londoner Börse, und als dagegen, wie gegen ihre gesamte Politik der Auslieferung der Revolution an die Bourgeoisie die Petrograder Garnison und Arbeiter aufstanden, da ließen sie die Kanonen auffahren. Die ultima Ratio der Reaktion wurde zum letzten Argument des russischen Sozialpatriotismus.

Als wir erklärten, der russische Sozialpatriotismus sei der Klassenfeind der Arbeiterklasse, der ebenso wie die Bourgeoisie zu bekämpfen sei, da rümpften die ruhigen, bedächtigen Zentrumsleute die Nasen über so viel Hysterie. Sie wollten mit den Sozialpatrioten als irrende Brüdern „kämpfen“. Nun, am Vorabend, wo sich der Tag zum vierten Mal jähren wollte, an dem der internationale Sozialismus durch den internationalen Sozialpatriotismus verraten war, haben die russischen Sozialpatrioten dem internationalen Proletariat ihren wahren Charakter gezeigt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Genosse Hugo Haase als Schwurzeuge der Ankläger der Bolschewiki. Die ausländische Vertretung des Zentralkomitees der Bolschewiki hat an den Genossen Hugo Haase, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, folgendes Telegramm gerichtet:

„Retsch“, 20. Juli, meldet aus offizieller Quelle: Sie hatten in Kopenhagen russischen Journalisten erklärt, *Parvus sei Vermittler zwischen deutscher Regierung und Bolschewiki*, denen er Geld gibt. Obwohl Lügenhaftigkeit der Nachricht uns absolut klar, bitten Dementi veröffentlichen, uns telegraphieren, notariell beglaubigt, uns nochmal senden.“

Die durch eine Reise des Gen. Haase verzögerte Antwort lautet:

Lyck, 8. 8. „Habe die Äußerung selbstverständlich nicht getan.“

Gleichzeitig veröffentlicht Genosse Haase folgende Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 7. August:

„Nach einer mir gemachten Mitteilung soll die „Retsch“ in ihrer Nummer vom 20. Juli aus offizieller Quelle melden, ich hätte einem Kopenhagener russischen Journalisten erklärt, Parvus sei Vermittler zwischen der deutschen Regierung und den Bolschewikis, denen er Geld gebe. Ich habe eine solche Äußerung *niemals* und *nirgends* getan. Hugo Haase.“

6. August.

Die Umgruppierung der Regierung ist erfolgt. Einige Herren gehen, andere kommen. Sie gehen und kommen, während der Reichstag Ferien macht. Ihr Programm? Wer ist jetzt noch so naiv, bei preußisch-deutschen Ministern nach einem Programm zu fragen? Das Vertrauen des Volkes brauchen sie nicht. Die neuen Männer: 2 Oberbürgermeister, 1 Zentrumsabgeordneter, 1 national liberaler Abgeordneter, mehrere Leute vom alten Faden, 1 Sozialdemokrat. Der Erste, dem der große Wurf gelungen, Herr Dr. August Müller, tritt ins Ministerium, nicht weil er Sozialdemokrat ist, sondern aus irgendwelchen anderen Gründen; die Scheidemannpresse stellt es ausdrücklich fest. Mit diesem „Sozialdemokraten“ ist auch

wirklich kein Staat zu machen. Er gehörte zu jener Gruppe Genossenschaftsbeherrscher, die unanfechtbar über den Genossen stehen, wie sie selber konstatierten, und aus deren Kreis seinerzeit die Abführung des Maibeitrages für die Ausgesperrten mit der Begründung abgelehnt wurde, sie hätten am 1. Mai arbeiten müssen. Es ist ein „Sozialdemokrat“ vom Schlage jenes berühmten Monitor, des Mitarbeiters der „Preußischen Jahrbücher“. – Das ist nun der große Erfolg der Kampagne, bei der Herr Scheidemann die Geschichte Deutschlands und der Welt in der Hand zu haben meinte, das Resultat der „friedlichen Revolution“.

Feuilleton

Frieden – Vertrauen!

Von Franz Ziegler.⁶

„Sie sind,“ sagte er, „lieber Abraham, mit dem Inhalte des letzten Friedensschlusses unzufrieden. Sie finden, dass die Völker vergessen sind über die Fürsten. Ich hatte meine herzliche Freude an der Teilnahme, ja sogar tatkräftigen Begeisterung, die Sie beiebt, als es darauf ankam, Napoleon aus dem Lande zu vertreiben; so war, so schien es mir, eine gewisse, aus dem Bestreben nach einem bestimmten Ziel hervorgehende Ruhe und Zufriedenheit bei Ihnen eingekehrt, die aber, wie ich fürchte, der alten inneren Zerrissenheit wieder Platz machen will. Warum freuen Sie sich nicht mit den Glücklichen? Das Land atmet auf in dem herrlichen Gefühle, welches jede Arbeit, jede Unternehmung belebt, in dem schönen Bewußtsein: es ist Friede!“ –

Abraham ging rascher auf und ab. –

„Ist,“ so fragte er plötzlich, „dies Bewusstsein: es ist und bleibt für lange Friede, nach Ihrer Ansicht wirklich recht verbreitet und so tiefgreifend, dass jeder in seiner Arbeit wirklich aufgeht?“

„Ja, das glaube ich,“ erwiderte der Pastor.

„Nun,“ sagte Abraham lebhaft, „dann wird die Täuschung umso leichter sein, dann wird umso mehr alles beim Alten bleiben, die armen vom Kampfe ermatteten Völker lassen sich nicht nur scheren, sondern auch die Haut abziehen, und wenn die Aristokraten, wie viele behaupten, ich aber bestreite, völlig ungeschickt wären, so kann ihnen doch niemand ableugnen, dass sie solche Abspannungen stets richtig zu erkennen, ausbeuten, und zwar energisch auszubeuten verstehen,“

„Sie sehen schwarz,“ fiel der Pastor ein. „Durch die Invasion und die durch sie notwendig gewordenen Steinschen Schöpfungen ist ein Anstoß gegeben, der nicht aufzuhalten ist. Sie lassen auch außer Rechnung, dass die Fürsten, denen die Völker die Throne und die Unabhängigkeit wieder erobert haben, wenn nicht schon ein Gefühl der Dankbarkeit sie dazu aufforderte, freiere Institutionen zu begünstigen, sich doch der Einsicht nicht verschlossen haben können, dass nur freie Völker freie Kronen beschützen.“

Abraham lachte. „Es ist wunderbar,“ sagte er, „dass die Menschen aller Völker und Zonen sich gleichbleiben. Es geht durch alle ein nicht zu vertilgender Zug der Gemeinheit, der sie drängt, ihren Untergebenen Misstrauen, den Oberen Vertrauen zu schenken.“

⁶ Aus: Gesammelte Novellen und Briefe aus Italien von Franz Ziegler. Berlin, Verlag von Franz Duncker. 1872.

„Sie nennen das Gemeinheit?“ rief der Prediger, „Sie nennen das Vertrauen Gemeinheit, das der schönste Zug des menschlichen Herzens, ja sogar als tiefere Grundlage des Glaubens, die unversiegbare Quelle aller Religion ist?“

„Gemeinheit, ja, Gemeinheit ist es, nichts als Gemeinheit,“ erwiderte Abraham, „wobei ich mich auf das religiöse Gebiet nicht drängen lasse. Sie müssen auch selbst wissen, wie wenig dieser Glaube eine Ähnlichkeit mit dem angedeuteten Vertrauen hat. Ich bleibe dabei, es ist Gemeinheit, der ansiechelnde, schwanzwedelnde Sinn des Hundes, der nach jedem Tritt, der ihn aufschreien lässt, ebenso freundlich wieder jedem lockenden Tone folgt. Wie dies Tier seines Gleichen überall mit Misstrauen begegnet und sich wahr, dem Menschen aber immer kriechend naht, so drückt sich diese Gemeinheit aus, welche man Vertrauen nennt. Und bei Individuen ist dies noch verzeihlich; aber bei ganzen Völkern, die sich nicht wahren, die nicht Garantien ihrer Freiheit aufstellen, ist es unrecht, eine solche sündhafte Unterlassung dessen, was die Ehre des Mannesbewusstseins fordert, mit dem Worte „Vertrauen“ zu entschuldigen.“

„Hätte England nach dem Sturze der Stuarts,“ fuhr er fort, „sich Wilhelm gleich vertrauend in die Arme geworfen, so würden die hannoverschen George, welche die beste Lust dazu hatten, bald mit der Freiheit aufgeräumt haben. Ohne diese Freiheit aber würde Bonaparte noch über uns herrschen, und Sie sind im Widerspruch mit sich, wenn Sie dieses Vertrauen verteidigen und andererseits die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Despoten, die ohne den ausharrenden Sinn freier englischer Männer nie möglich gewesen wäre, freudig begrüßen.“

Der Pfarrer schwieg ein Weilchen. „Ich will nicht leugnen,“ sagte er dann ruhig, „dass an Ihren Worten, besonders in dem Beispiele, dass Sie aufstellen, einiges Wahre ist; aber man darf doch nicht annehmen, dass kein Mensch imstande sei, sich zu bessern, und wenn man dies nicht annimmt, so muss auch ich zugeben, dass die Gewalthaber imstande sind, von alten Anschauungen abzulassen.“

„Sie wissen, Herr Pastor,“ erwiderte Abraham, „so ungern ich darauf zurückkomme, dass ich mit Robespierre, Couthon und den hervorragenden Männern des Konvents befreundet war. Ich weiß wohl, dass bei uns noch diese Männer wie eine Rotte Rasender angesehen werden, dass man sich hier unter dem Konvent eine Bande zusammengelaufenen Gesindels denkt, die nur auf Blut und Gräuel dachte. Wenige Menschen wissen, dass diese Versammlung die Blüte Frankreichs in sich schloss, dass nie, auch nur einen Augenblick, die Erde solche Zahl von Talenten, ja Genies, versammelt sah. Nachdem die eine Hälfte guillotiniert und von der andern Hälfte Bonaparte wieder den halben Teil nach Cayenne geschickt oder in die Flucht gejagt, war das letzte Viertel – und diese waren wirklich nicht die Besten – doch noch ausreichend, ihm seine großen Staatsräte, Minister, ja Generale zu liefern: Männer aus der Versammlung, die Frankreich konstituiert, organisiert hat. Männer, die den Code schufen, an den dieser Räuber Bonaparte zur rechten Zeit seinen Namen zu hängen wusste. Ich will darin nicht weiter fortfahren, ich will nur so viel Überzeugung bei Ihnen hervorrufen, dass Patrioten, welche solche Versammlung in ihrer höchsten Kraft leiteten, ja beherrschten, dass Charaktere, die für die großen unter der alten Monarchie verschütteten Grundlagen der Gesellschaft gegen das andringende Europa in Waffen einstanden, dass Männer von so gewaltigem Stempel tiefe Einsicht genug in die Natur der Staaten und Völker gehabt haben müssen, und dass, wenn Robespierre, als ich öfters mit ihm und seinem großen Hunde durch die Felder um Paris spazieren ging, politische Grundsätze aufstellte, diese das Substrat tiefen Denkens und schärfster Einsicht waren. „Eine politische Partei, die Privilegien in Anspruch nimmt, kann man nie bessern, man kann sie nur vernichten,“ sagte er oft; ja er sah sogar seinen Sturz voraus durch Leute, welche er die Lüderlichen nannte. Und wirklich, der lüderliche Tallien, dessen lüderliches Weib und die jeunesse doree stürzten ihn. Sie hätten die Freude sehen sollen, Herr Pastor, mit der alle wieder an ihre Plaisiers und zur Agiotage

stürzten, als Robespierre dahin war. Da wars aus; ich wusste es, ich verließ Frankreich; ich kehrte zurück, als mich das infame Vertrauen beschlich, dieser Artillerie-Leutnant wolle doch wohl die Freiheit retten und ein Washington werden; ich vergaß, dass dies einem Offizier von Hause aus nie möglich ist, und ich verließ Frankreich zum zweiten Male, als dieser Schänder seiner Mutter, der Revolution, die Freiheit begrub. Daher mein Hass gegen ihn.

Glauben Sie mir, hätte sich dieser raubgierige Korse zum König a la Louis der Vierzehnte machen können, er hätte es gern getan. Aber die Revolution hatte ihm kein Material dazu gelassen, und so konnte er Kultus, Gesellschaft und Recht und damit auch den Code nicht mehr ändern. Seine Worte: „les blancs sont blancs et les bleus sont bleus“ (die Weißen sind weiß und die Blauen sind blau) hätte man ihn ins Gesicht zurückwerfen können. Robespierre fühlte, ja wusste dies alles voraus: „Sie haben zu niemanden Vertrauen, der ihres Gleichen ist,“ sagte er, „sie vertrauen nur dem, der hoch steht oder sich gewaltsam erhoben hat“; darum hasse ich solch' Vertrauen; an eine Besserung der Gewalthaber, an ein Zurückkommen derselben von alten Anschauungen ist nicht zu denken.

Der Egoist.

Von Iwan Turgenjeff.

Er besaß alles, was nötig war, um die Geißel seiner Familie zu werden.

Er war gesund und reich zur Welt gekommen – und er blieb gesund und reich während seines ganzen langen Lebens; er ließ sich kein einziges Vergehen zu Schulden kommen, beging keinen einzigen Missgriff, weder in Worten noch in Taten.

Er war von makelloser Ehrenhaftigkeit! ... Und stolz im Bewusstsein seiner Ehrenhaftigkeit, drückte er alle damit zu Boden: Verwandte, Freunde, Bekannte.

Die Ehrenhaftigkeit war ihm ein Kapital ... und er wucherte mit diesem Kapital.

Die Ehrenhaftigkeit gab ihm das Recht, erbarmungslos zu sein und nur das vom Gesetz befohlene Gute zu tun ... Und er war erbarmungslos und tat nichts Gutes ... denn das vorgeschriebene Gute ist nicht das Gute.

Niemals kümmerte er sich um jemand anders als um seine eigene, so musterhafte Person; und er wurde ernstlich böse, wenn andere nicht ebenfalls eifrig um dieselbe besorgt waren!

Übrigens betrachtete er sich nicht als einen Egoisten – und nichts schmähte, nichts verfolgte er unerbittlicher als den Egoismus und die Egoisten! ... Natürlich: fremder Egoismus war seinem eigenen im Wege.

Da er sich von der geringsten Schwäche frei wusste, so konnte er fremde Schwäche weder begreifen noch dulden. Er begriff überhaupt niemand und nichts, denn ganz und gar, von allen Seiten, oben und unten, vorn und hinten war er von seiner eigenen Person umgeben.

Er begriff nicht einmal, was vergeben heißt. Sich selbst hatte er nichts zu vergeben ... wozu hätte er da andern zu vergeben brauchen?

Vor dem Richterstuhl seines eigenen Gewissens, vor dem Antlitz seines eigenen Gottes richtete er, dieses Wunder, dieses Ungeheuer von Tugend die Augen gen Himmel und sprach mit fester klarer Stimme: „Ja, ich bin ein würdiger, sittenreiner Mensch!“

Diese Worte wird er auf seinem Sterbelager wiederholen – und selbst dann wird sich nichts regen in diesem steinernen Herzen – in diesem Herzen ohne Fehl und ohne Makel

O Hässlichkeit der selbstzufriedenen, unbeugsamen, billig erworbenen Tugend – bist du nicht widerwärtiger als die offene Hässlichkeit des Lasters!

Dezember 1878.

Sprüche.

Kein Krieg! Kein Despotismus! Keine Sklavenketten! sind die ersten Lippenlaute der neugeborenen Kultur - und daher liegen sie auch noch so schwer auf der Zunge!

*

Die Zeit vollzieht sich - doch vollzieht sie sich
Anders mit euch und anders gegen euch.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 34/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 25. August 1917.

Nr. 34

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Zur Steuerfrage.

Indirekte Steuern und Monopole.

Zu diesem ungeheuren Staatsbedarf (unter welchen Begriff wir kurz den Bedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden zusammenfassen) kommen noch große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Hoffnung auf eine günstige Konjunktur unmittelbar nach dem Kriege ist eitel. Da eine starke Einfuhr von Getreide und Rohstoffen nötig wird, der eine entsprechende Ausfuhr nicht gegenübergestellt werden kann, ist entweder eine Entblößung an Geld notwendig oder der deutsche Markkurs droht noch weiter zu steigen. Was gegen die Überfüllung des inneren Marktes mit Papiergeld geschehen soll, ist vollkommen schleierhaft: Gesunkener Geldkurs und Fortdauer der Papierwährung im alten Umfang bedeutet aber auch Fortdauer der Teuerung. Der stark geschwächten Arbeiterschaft dürfte es kaum möglich sein, die Löhne nennenswert zu erhöhen. All diese Erwägungen geben Professor *Mombert*⁷ recht, wenn er sagt:

Wenn schon bisher allgemein der Satz gegolten hat, dass neue Steuern nicht nur unter rein finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen sind, sondern dass auch ihre wirtschaftliche und soziale Wirkung zu ihrer Beurteilung mit herangezogen werden muss, so gilt dies doppelt für die Zeit nach dem Kriege.

Aber von diesem Gesichtspunkte aus ist schon die Steuerpolitik während des Krieges durchaus zu verwerfen. Die Finanzwirtschaft des Reiches während des Krieges ist dadurch gekennzeichnet, dass die unmittelbaren Kriegsausgaben durch Anleihen und nur die übrigen laufenden Ausgaben durch Steuern gedeckt wurden. Diese Steuern waren die Kriegsgewinnsteuer, Verbrauchs (Tabak-Kohlensteuer) und Verkehrsabgaben (Postgebühren, Stempel-, Quittungssteuer). Da die Kriegsgewinnsteuer eine einmalige Abgabe ist, deren Quelle nach dem Kriege versiegt, so ist damit schon die Richtung der künftigen Steuerpolitik angedeutet: indirekte Steuern. Es sei denn, dass unsere Reichsleitung ihre Finanzgrundsätze gründlich ändern würde. Natürlich wird schon aus politischen Gründen vom reinen Prinzip

⁷ Professor Dr. Paul Mombert: Der Finanzbedarf des Reiches und seine Deckung nach dem Kriege. Karlsruhe 1916.

der indirekten Steuern abgegangen werden. Aber selbst wenn eine stark wirkende Erbschaftssteuer eingeführt würde, so bliebe doch bei dem ungeheuren Staatsbedarf noch ein riesiges Feld für die indirekte Steuer übrig.

Es ist jetzt nicht mehr nötig, die soziale Wirkung der indirekten Steuern näher zu schildern. Die bisherige Reichssteuerpolitik mit ihren beständigen Kämpfen hat der Arbeiterklasse die Erkenntnis eingehämmert, dass indirekte Steuern hauptsächlich die schwachen Schultern der Arbeiterschaft belasten, auf die sie in der Hauptsache abgewälzt werden (bei den letzten Verkehrsabgaben wurde ausdrücklich durch das Gesetz für die Abwälzung nach unten gesorgt), dass im Besonderen die Zölle weit über den Betrag der Steuer hinaus zu einer Ausplünderung der Verbraucher führen, dass die Belastung einzelner Gewerbe, wie sie die Tabaksteuer bringt, die betreffende Arbeiterschaft ungeheuerlich schädigt. Nebenbei bemerkt, wird gerade künftig die Tabaksteuer umso katastrophaler auf die Tabak-Arbeiterschaft wirken, weil sie wahrscheinlich schwer unter der Konkurrenz der Kriegskrüppel zu leiden haben wird.

Wenn nun auch enragierte Umlerner für eine Revision der sozialdemokratischen Stellung zur Zoll- und Steuerfrage eingetreten sind, so dürfte doch selbst die offizielle sozialdemokratische Partei diesen Weg nicht beschreiten, der sie um jeden Kredit in der Arbeiterschaft bringen würde. Wer aber bei den riesigen Krieganleihen immer wieder A gesagt hat, muss bei der Deckung des Finanzbedarfs B sagen. Der Ausweg soll im Staatsmonopol gefunden werden, das namentlich von Cunow, Lensch, Janson, Hue und anderen propagiert wird. Über die rein steuerpolitischen Gründe hinaus wird das Staatsmonopol als eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die um ihrer selbst willen vom echten Marxisten erstrebt werden müsse, indem man an den Satz erinnert, dass eine Produktionsweise erst dann zu Grunde gehen könne, wenn sie alle Entwicklungsformen, für die sie weit genug sei, auch durchlaufen habe. Wir wollen in diesem Zusammenhange nur eben bemerken, dass das Wesentliche, worauf es ankommt, die Entfaltung der Produktionskräfte und die fortschreitende Organisation der Produktion ist. Der Staatskapitalismus, der jetzt wieder einmal als Staatssozialismus gepriesen wird, stellt aber heute, in der Zeit der Kartelle und Trusts, der Zeit des Privatmonopols, keine neue, höhere Produktionsform dar. Er kann nicht einmal innerhalb der schon erreichten Produktionsform die Entwicklung fördern. Eher wird er ihr Hemmnis, denn das Privatmonopol strebt schon über den nationalen Rahmen zum internationalen Trust, zum Weltmonopol hinaus, für das der Staatskapitalismus wegen seiner starren Form nicht geeignet ist. Aber allein die stark konzentrierten Industrien und der bereits konzentrierte Handel bilden Objekte der Verstaatlichung. Der angeblich marxistische Trumpf unserer modernen Staatskapitalisten ist also in Wirklichkeit nur eine pseudomarxistische Ausflucht. Zu überzeugen versuchen sie tatsächlich auch nur durch steuerpolitische Beweise.

Wie steht es nun mit diesen? Monopole können in verschiedenen Formen auftreten. Sie können den ganzen wirtschaftlichen Prozess in einer Industrie von der Urproduktion bis zur Verteilung an die Konsumenten umfassen (z. B. verstaatlichter Kohlenbergbau und Kohlenhandel). Sie können einen bestimmten Abschnitt der Produktion herausnehmen, wie das beim Elektrizitätsmonopol geplant war, oder sie können sich auf den Handel allein beschränken, wie beim Petroleummonopol. Auch eine Verbindung von Privat- und Staatsmonopol, ähnlich der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe in der modernen Stadtverwaltung, ist möglich. Bei dieser letzten Form werden aber die privatkapitalistischen Interessen den Staat so sehr als ihren Vorspann verwenden, dass Sozialdemokraten die Begeisterung des Herrn Cunow für Zwangssyndikate mit Staatsbeteiligung nicht teilen werden.

Beim reinen Handelsmonopol des Staates werden besondere Vorteile kaum zu erwarten sein. In allen Fällen, wo es möglich ist, so beim Petroleummonopol, ist der Großhandel schon so stark konzentriert, dass nur geringe Ersparnisse durch bessere Organisation gemacht werden können. Der bürokratische Betrieb dürfte die Sache eher verteuern. Will der Staat finanziellen Nutzen aus dem Monopol ziehen, so wird er das nur durch eine Verteuerung der Ware erreichen können. Wird das aber nicht bei jeder Verstaatlichung so sein? Sehen wir uns praktisch die Methode einer Verstaatlichung an.

Vorzüglich drängen die Staatsmonopolisten auf die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Dieser kommt auch zuerst dafür in Frage. Die Produktion ist ihrem Umfang nach für einen bürokratischen Betrieb geeignet, sie ist wenig differenziert, das Kohlensyndikat hat Produktion und Handel schon stark monopolistisch organisiert. Eine sozialistische Gesellschaft würde den ganzen Betrieb ohne allzu große Schwierigkeiten übernehmen können. Wir haben es jetzt aber mit der Regierung eines kapitalistischen Staates zu tun, die natürlich ihren Charakter nicht verleugnen kann. Die größte Schwierigkeit bildet für sie die Frage der Ablösung. Die Kohlenkapitalisten haben ihr verbrieftes Anrecht auf die Ausbeutung der Kohlenarbeiter und Konsumenten. Dafür wollen sie entschädigt sein. Hue denkt sich die Ablösung so, dass die Grubenbesitzer ersetzt erhalten, was sie in die technischen Anlagen hineingesteckt haben. Das ergibt schon eine Menge Schwierigkeiten; es fragt sich, wie weit diese Anlagen bereits verschlissen und durch Gewinne in die Hände der Kapitalisten zurückgegangen sind. Außerdem wird die enge Betriebsvereinigung mit Gasanlagen, Kaianlagen, Transporteinrichtungen, Hüttenbetrieben usw. kaum eine Grenze für die Verstaatlichung und die Berechnung der Anlagekosten aufzeigen. Vor allem aber widerspricht diese Art der Ablösung dem kapitalistischen Besitzcharakter. Gerade der im Kohlenbergbau vorherrschende Aktienbesitz zeigt, dass es sich für den Kapitalisten nicht um den Besitz von wirklichen Sachgütern handelt, sondern um die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Es ist vom kapitalistischen Standpunkt ein Unsinn, für eine wenig ertragreiche Grube, die hohe Anlagekosten erfordert, eine höhere Entschädigung zu zahlen als für eine rechte Fundgrube, die in geringer Tiefe bequem erreichbare mächtige Flöze hat und deshalb Riesengewinne abwirft. Ebenso falsch aber wäre eine Entschädigung auf Grund des Kohlenvorrates der Besitzer der Grubenfelder, mit der sich der Bergrat Gothein⁸ eingehend beschäftigt. Er rechnet bei einem „mäßigen“ Satz eine Entschädigung von etwa 16,5 Milliarden Mark heraus, wobei die Betriebsanlagen noch nicht berechnet sind. Die ganze Berechnung beruht aber auf einer juristischen Fiktion und nicht der Erkenntnis der ökonomischen Wirklichkeit. Durch das Verleihungsrecht und den Feldbesitz hat der Kohlenkapitalist zwar das Besitzrecht auf die Kohle im Erdinnern, und in der kapitalistischen Gesellschaft muss sich jeder Besitz in barer Münze ausdrücken lassen. Aber jede Preisbestimmung ist völlig willkürlich, weil die einst gehobene Kohle überhaupt keinen Wert hat, sie hat noch keine menschliche Arbeit aufgenommen. Und wenn Gothein darauf hinweist, dass oberschlesische Magnaten für noch unverritzte Kohlenfelder 2 Mark für den Quadratmeter verlangt haben, wonach die Ablösung 28 Milliarden ausmachen müsste, so mag das vielleicht der Verwertungsmöglichkeit des Kohlenkapitals entsprechen, aber irgendein Wert ist damit der lagernden Kohle durchaus nicht zugesprochen. Darum ist auch die Verwunderung Gotheins ganz überflüssig, mit der er z. B. das Folgende konstatiert:

„So ergab die größte reine Steinkohlenaktiengesellschaft: Harpener Bergbau bei einem Kurs von 173 Ende Dezember 1913 und 11 Prozent Dividende eine Verzinsung von 6,34 Prozent, rechnet man als Normalverzinsung eines Industrierapiers 6 Prozent, so bewertete die Börse den enormen Fundus von Grubenfeldern, über den die Gesellschaft verfügt (171,2 Millionen Quadratmeter), überhaupt kaum. Unter

⁸ * Georg Gothein: Reichsbergbaumonopol? Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1916.

Einrechnung von Obligationen und Hypothekenschulden bewertete sie das ganze Unternehmen mit 183,2 Millionen Mark, so dass sich nach Abzug der Dividende kaum mehr als 1 Mark für den Quadratmeter Grubenfeld einschließlich der enormen Bergwerksanlagen, Koksöfen usw. ergab. Bringt man die letzteren in Abzug, so dürfte sich der Quadratmeter Grubenfeld kaum mit 60 Pfennig berechnen; und auf die Tonne anstehender bauwürdiger Kohle dürfte noch nicht ein Betrag von 3 Pfennig entfallen.

Der ganze zweite Teil der Auseinandersetzung ist hinfällig. Die Börse bewertet die Aktien, nicht das Unternehmen. Sie berücksichtigt den Kohlengehalt nur insofern, als er eine dauernde Verwertung des Kapitals sichert. Der einzig rationelle Weg ist die Ablösung des Grubenkapitals durch Ankauf der Aktien. Damit allein erhält man einen wirklich fassbaren Wert, den tatsächlichen Wert, den das Kapital in unserer Gesellschaft hat und der in der Verwertung des Kapitals begründet ist. Aus rein praktischen Erwägungen kommt auch Gothein zu diesem Schluss. Praktisch ließe sich der Ankauf so durchführen, dass ein bestimmter Kursstand eines Tages gesetzlich als Preisgrundlage festgesetzt wird, wodurch Kurstreibereien verhindert oder wenigstens eingeschränkt werden könnten. Der schlesische Magnatenbesitz müsste dann entsprechend bewertet werden. Damit würde sich aber ein kaum geringerer Preis als die oben genannten 16,5 Milliarden ergeben, wenn das Harpener Beispiel allgemein gültig sein sollte. Wahrscheinlich ließen sich dann auch die übrigen Betriebe der gemischten Werke, Hütten usw. nicht ausschalten. Die ungeheure Summe könnte nur durch neue Anleihen aufgebracht werden, wodurch sich die Aktienbesitzer in Staatsrentner verwandeln würden. Sie würden noch ihre alten Profite einziehen nur in anderer Form. Selbst wenn man alles ausscheidet, was die Lösung des Problems kurz nach dem Kriege noch erschweren dürfte, so würde sich ergeben, dass das Reich zunächst erst einmal die alten Profite für die Anleihegläubiger herausarbeiten müsste, dass die Übernahme der Werke an sich ihm aber noch gar nichts einbringt.

Der Zweck der Übung ist aber doch nicht, dass das Reich die Last der Verwaltung übernimmt, sondern es will und muss große Gewinne herauswirtschaften. Das kann es nur durch überaus starke Preissteigerungen. Also bedeutet das Reichskohlenmonopol nur eine ungeheure Verschärfung der Politik der indirekten Steuern.

Nun wird man einwenden, solch hohe Entschädigungen seien doch gar nicht nötig, auch durchaus nicht gerechtfertigt. Die Kapitalisten könnten ganz ruhig einige Milliarden auf dem Altar des Vaterlandes opfern, denn sie haben im Laufe der Zeit ungeheure Gewinne gezogen. Haben sie aber die Aktien zu Spekulationspreisen gekauft, gut, so sollen sie sich verspekuliert haben. Aus diesen Gedankengängen spricht eine sehr aner kennenswerte Moral, aber keine wirtschaftliche Kenntnis. Die kapitalistische Wirtschaft ist in sich so eng verfilzt, dass nur die Einfalt glauben kann, der Verlust treffe allein die betreffenden Kapitalisten. Jeder Druck, jeder Schlag pflanzt sich mit unverminderter Kraft fort. Eine solche Schädigung einer Gruppe von Großkapitalisten um Milliarden bedeutet eine wirtschaftliche Katastrophe. In einer Zeit, wo die ganze Wirtschaft überempfindlich ist, wie sie nach dem Kriege sein wird, kann man solche Forderungen und auch die der Kassierung der Reichsanleihen nur von denen gestellt werden, der den Zusammenbruch dieses Systems wünscht oder in Kauf nehmen will. Nun wird man Herrn Hue solches gewiss nicht glauben, aber er könnte es behaupten, um folgende Sätze zu rechtfertigen:

„Verlangt das Reich, dass zu seiner Erhaltung seine Söhne sogar ihr Leben und ihre Gesundheit hingeben, so muss es erst recht verlangen, dass ihm die nationalen Bodenschätze für die notwendig gewordene Gemeinbewirtschaftung *ohne Entschädigung für die den privatkapitalistischen Unternehmern winkenden Zukunftsgewinne* zur Verfügung gestellt werden. Dieser Gedanke muss in das Volksbewusstsein systematisch hineingehämmert werden.“ (Über bergbauliche Monopole. Korrespondenzblatt Nr. 20. 1917.)

Ähnliche Gedankengänge, stark moralisch durchsäuert, bringt Hue vielfach in seinen Veröffentlichungen über die Monopolfrage, so in einem Aufsatz: Das Hiberniageschäft in der „Solinger Arbeiterzeitung“ (24. Oktober 1916). Aber in welcher Welt, in welchem Reiche lebt denn Herr Hue? Es ist noch immer die kapitalistische Welt, und das Deutsche Reich ist ein kapitalistischer Staat. Das Reich wird zu seiner eigenen Stärkung nach dem Kriege energisch zugreifen, aber es wird seine eigene Grundlage nicht antasten, die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Warum sehen das aber die Sozialpatrioten nicht? Weil sie sich selbst in die Zwangsjacke der kapitalistischen Gedankenwelt gesteckt haben, weil sie notwendig den Steuerhunger des Reiches stillen müssen und dabei ihren sozialen Gefühlen kein Leid antun möchten. Das schließt ihnen die Augen vor den Konsequenzen ihrer Forderungen. Ihre Propaganda für Staatsmonopole ist eine Propaganda für die gefährlichsten indirekten Steuern, deren wahrer Charakter unter doppeltem Schleier verborgen liegt. Weit entfernt, durch die Monopole des Reiches die Entwicklung zum Sozialismus zu fördern, fördern sie gerade eine reaktionäre Steuerpolitik.

Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus

Von Leo Trotzky, Petrograd.

Noch krasser zeigte sich der kleinbürgerliche Pazifismus in seiner Rolle des Dieners des Imperialismus in den Vereinigten Staaten. Die wirkliche Politik machen da, noch mehr als irgendwo anders die Banken und die Trusts. Noch vor dem Kriege bewegten sich die *Vereinigten Staaten*, dank der ungeheuren Entwicklung der Industrie und des Exports, systematisch in der Richtung der Weltinteressen und des Imperialismus. Der europäische Krieg gab dieser imperialistischen Entwicklung ein fieberhaftes Tempo. In einem Augenblick, wo viele gottselige Menschen (sogar Kautsky!) hofften, dass die „Schrecken“ der europäischen Schlächtereier, die amerikanische Bourgeoisie mit Abscheu gegen den Militarismus erfüllen würden, ging der wirkliche Einfluss der europäischen Geschehnisse nicht auf psychologischen, sondern auf materiellen Wegen und führte zu vollkommen entgegengesetzten Resultaten. Der Export der Vereinigten Staaten, der 1913 die Summe von 2466 Millionen Dollar erreichte, stieg 1916 auf eine wahnwitzige Höhe von 5481 Milliarden. Der Löwenanteil dieses Exportes fiel selbstverständlich der Kriegsindustrie zu. Ein plötzliches Aufhören des Exports nach den Ententeländern, mit dem der unbeschränkte Unterseebootkrieg drohte⁹, das bezeichnete nicht nur ein Versiegen der riesigen Profite, sondern bedrohte die gesamte amerikanische Industrie, die auf Kriegslieferung eingestellt wurde, mit einer schweren Krise.

So wandte sich das Kapital an den Staat: „Du hast unter dem Banner des Pazifismus die Entwicklung der Kriegsindustrie begünstigt: du bist verpflichtet uns jetzt die Absatzmöglichkeiten zu verschaffen.“ Wenn der Staat nicht im Stande ist, gleich die „Freiheit der Meere“ (d. h. die Freiheit aus dem europäischen Blute Kapital herauszuschlagen) zu versprechen, so kann er einen neuen Absatzmarkt für die bedrängte Kriegsindustrie eröffnen: in Amerika selbst. Auf diese Weise führte die Bedienung der europäischen Schlächtereier zu einer plötzlichen, zu einer katastrophalen Militarisierung der Vereinigten Staaten.

Diese Arbeit musste auf die Opposition der breiten Volksmassen stoßen. Diese formlose Unzufriedenheit zu überwinden, sie in ein patriotisches Mitwirken zu verwandeln, war die

⁹ Die Entente hat 1915 für 3.5 Milliarden Dollars amerikanische Waren importiert. Nach Deutschland und Österreich-Ungarn wurde für kaum 1.5 Millionen exportiert. In diesen Ziffern liegt der Schlüssel zur Verteilung der „Sympathie“ in Amerika.

allerwichtigste innerpolitische Aufgabe der Politik der Vereinigten Staaten. Das war eben die Ironie des Schicksals, dass der offizielle Pazifismus Wilsons, wie der oppositionelle Pazifismus Bryans, die wichtigsten Mittel zur Lösung dieser Aufgabe: der militärischen Zählung der Masse, waren.

Bryan beeilte sich einen lärmenden Ausdruck der natürlichen Abscheu der Farmer und aller „kleinen Leute“ gegen Imperialismus, Militarismus und Steuererhöhung zu geben. Aber gleichzeitig mit der Absendung ganzer Waggons von Petitionen und Deputationen an seinen pazifistischen Kollegen, der an der Spitze des Staates stand, bemühte sich Bryan nach allen Kräften, die revolutionäre Spitze dieser Bewegung abzubrechen. „Wenn aber die Sache bis zum Kriege kommt – telegraphierte Bryan dem Meeting gegen den Krieg, das im Februar in Chicago stattfand – so werden wir selbstverständlich die Regierung unterstützen; aber bis zu diesem Moment ist es unsere heiligste Pflicht alles zu tun was in unseren Kräften liegt, um das Volk vor dem Schrecken des Krieges zu schützen.“

In diesen paar Worten steckt das ganze Programm des kleinbürgerlichen Pazifismus: „alles, was in unseren Kräften liegt gegen den Krieg zu tun“, heißt ein Ventil der Volkseintrüstung in Form von harmlosen Manifestationen zu öffnen, indem man vorher der Regierung die Garantie bietet, dass, falls es zum Kriege kommt, der Krieg auf keinen Widerstand der pazifistischen Opposition stoßen wird.

Das ist auch alles, was der offizielle Pazifismus verlangt, der in der Person Wilsons dem kriegführenden Kapital schon genügend Beweise seiner „Kampffähigkeit“ geliefert hat. Auf Grund der Erklärung des Herrn Bryan selbst genügte es, um eine lärmende Opposition gegen den Krieg brachzulegen, nur eins zu tun: den Krieg zu erklären. Was Herr Wilson auch tat, und Herr Bryan beeilte sich, auf die Seite der Regierung überzugehen. Und das Kleinbürgertum, und nicht nur dieses allein, auch die breitesten Arbeitermassen sagen sich: Wenn unsere Regierung mit einem so weltbekannten Pazifisten wie Wilson den Krieg erklärt und wenn Bryan selbst die Regierung in der Kriegsfrage unterstützt, dann ist das sicher ein ehrlicher und notwendiger Krieg. Das erklärt uns, weswegen dieser frömmlicherisch-quäkerische Pazifismus der Regierungsdemagogen auf der Börse der Finanz- und der Kriegsindustrie so hoch notiert wird.

Unser menschewikisch-sozial-revolutionärer Pazifismus, bei aller äußeren Verschiedenheit der Bedingungen, spielt seinem Wesen nach genau dieselbe Rolle. Die Resolution über den Krieg, die von der Mehrheit des Allrussischen Kongresses aller Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte angenommen wurde, geht nicht nur von der allgemeinen pazifistischen Verurteilung des Krieges, sondern auch von seiner Charakteristik als eines imperialistischen Krieges aus. Den Kampf für die schnelle Beendigung des Krieges erklärt der Kongress als die erste und wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie. Aber alle diese Voraussetzungen sind nur zu einem einzigen Zwecke mobilisiert: „solange aber die internationalen Anstrengungen der Demokratie dem Kriege noch kein Ende bereitet haben, solange muss die russische revolutionäre Demokratie nach allen Kräften die Kampffähigkeit der russischen Armee zur Defensive und zur Offensive fördern. ...“

Die Revision der alten internationalen Verträge macht der Kongress abhängig vom freiwilligen Einverständnis der Ententediplomatie, die doch ihrem Wesen nach den imperialistischen Charakter des Krieges nicht liquidieren kann und nicht liquidieren will. Die internationalen Anstrengungen der Demokratie macht der Kongress, wie seine Führer, von dem Willen der Sozialpatrioten abhängig, die doch mit ihren imperialistischen Regierungen verbunden und verkettet sind. Indem sie also in der Frage der schnellsten Beendigung des Krieges sich freiwillig in eine Sackgasse ohne Ausgang hineintreibt, kommt dieselbe Mehrheit des Kongresses in der Frage der praktischen Politik zu einem ganz bestimmten Schlusse: zur Offensive. So ein Pazifismus, der das Kleinbürgertum sammelt und es zur Unterstützung der

Offensive bringt, wird selbstverständlich heiß begrüßt nicht nur von dem russischen, aber auch von dem Ententeimperialismus.

Miljukow sagt: Im Namen der Treue zu den Alliierten und den alten (imperialistischen) Verträgen ist die Offensive unentbehrlich.

Kerenski und *Zeretelli* sagen: Obwohl die alten Verträge noch nicht revidiert sind, ist die Offensive unentbehrlich.

Die Argumente sind verschieden, aber die Politik ist dieselbe. Und es kann auch nicht anders sein, denn *Kerenski* und *Zeretelli* sind unzerreißbar in der Regierung mit der Partei *Miljukows* verbunden. Faktisch also steht der sozialpatriotische Pazifismus der Dan, wie der quäkerische Pazifismus *Bryans* im Dienste des Imperialismus.

Aus diesem Grunde besteht die wichtigste Aufgabe der russischen Diplomatie nicht darin, die Ententediplomatie zu nötigen, irgendetwas zu revidieren, von irgendetwas sich loszusprechen, sondern sich zu überzeugen, dass die russische Revolution vollständig zuverlässig und – kreditfähig ist. Der russische Gesandte *Bachmetiew* hat auch in seiner Rede im Kongress der Vereinigten Staaten am 10. Juni eben unter diesem Gesichtspunkte die Tätigkeit der Provisorischen Regierung charakterisiert. Alle diese Begebnisse, sagte der Gesandte, zeigen uns, dass die Macht und Bedeutung der Provisorischen Regierung mit jedem Tage wachsen und je weiter, desto mehr die Regierung fähig wird, allen den Elementen der Zerrüttung, die von der Reaktion oder von der extremlinken Agitation kommen, den Garaus zu machen. Die Provisorische Regierung beschloss jetzt, alle Mittel in dieser Richtung zu ergreifen und wenn nötig, zur Gewalt zu greifen, obwohl sie immer die friedliche Lösung der Fragen anstrebt.

Man soll keinen Augenblick zweifeln, dass die „nationale Ehre“ unserer Sozialpatrioten vollkommen ruhig blieb, als der Gesandte der revolutionären Demokratie der amerikanischen Plutokratie eifrig bewies, dass die russische Regierung bereit ist, das Blut der russischen Proletarier zu vergießen im Namen der „Ordnung“, deren wichtigster Bestandteil die Treue an die Ententekapitalisten ist.

Und in den Stunden, wo Herr *Bachmetiew* mit dem Hut in der Hand und der demütigen Rede auf den Lippen vor den Hyänen der amerikanischen Börse stand, setzten die Herren *Zeretelli* und *Kerenski* der revolutionären Demokratie auseinander, dass es unmöglich sei, ohne Gewalt gegen die „Anarchie von links“ anzukämpfen, und drohte mit der Entwaffnung der Petrograder Arbeiter und der mit ihnen verbundenen Regimenter. Wir sehen, dass diese Drohungen im richtigen Moment kamen: sie waren die besten Fürsprecher für die russische Anleihe auf der amerikanischen Börse.

„Sie hören es doch, kann Herr *Bachmetiew* dem Herrn *Wilson* sagen – unser revolutionärer Pazifismus ist nicht um einen Deut anders als euer Börsenpazifismus, und wenn Sie Herrn *Bryan* glauben, weswegen sollen sie denn dem Herrn *Zeretelli* nicht trauen.“ Jetzt noch die letzte Frage: Wie viel russisches Kanonenfutter und russisches Blut auf der äußeren und auf der inneren Front ist nötig, um die russische Anleihe zu sichern, die ihrerseits unsere weitere Treue an die Entente sichern wird?

Zum Komplott gegen die Bolschewiki.

Eine Erklärung Lenins, Zinowjews und Kamenews.

Gestatten Sie, Genossen, dass wir Sie um Gastfreundschaft bitten, da infolge aufgedrungener Verhinderung das Organ unserer Partei nicht erscheint. Zeitungen bestimmten Genres haben eine wahnwitzige Hetze gegen uns angefangen und beschuldigen uns der Spionage und der Beziehungen zu allen möglichen Regierungen.

Mit was für verbrecherischen Leichtsinns – es ist kein passendes, viel zu schwaches Wort – diese Hetze geführt wird, zeigen folgende einfache Tatsachen. Die Zeitung „Schywoje Slowo“ erklärte erst, Lenin sei ein Spion und dann mit der unschuldigsten Miene in einer „Verbesserung“ meinte die Zeitung, nein, Lenin wird nicht der Spionage beschuldigt. Erst publiziert man die Angaben eines Ermelenko, dann ist man genötigt zuzugeben, dass es einfach unpassend und unanständig ist, in solchen Angaben eines solchen Mannes Beweis zu sehen. Man schleppt den Namen *Parvus* her, aber man verschweigt schamhaft, dass niemand energischer, schärfer *Parvus* verurteilte, als wir es in dem von uns redigierten „Sozialdemokrat“ noch im Jahre 1915 getan haben, in dem Artikel „An der Grenze“, *Parvus* gebrandmarkt haben. Jeder, der lesen kann, weiß es, oder kann es mit Leichtigkeit erfahren, dass von irgendwelchen unseren politischen oder anderen Beziehungen zu *Parvus* absolut keine Rede sein kann.

Bei den Ohren zieht man irgendeine Sumenson bei, mit der wir nicht nur nichts zu tun gehabt haben, sondern die wir im Leben auch nicht einmal gesehen haben. Man verwickelt uns in irgendwelche Handelsgeschäfte Haneckis und Kozlowskis, ohne auch nur eine einzige Tatsache anzugeben, wo, wann, wie die Handelsgeschäfte die Spionage verdeckten. Und wir selbst haben nicht nur niemals weder direkt noch indirekt etwas mit Handel zu tun gehabt, sondern wir haben auch keinen einzigen Pfennig von den oben genannten Genossen weder für uns persönlich, noch für die Partei bekommen. Man geht so weit, dass man uns Vorwürfe daraus macht, dass die deutschen Zeitungen die Telegramme der „Prawda“ entstellt veröffentlichen, dabei erwähnt man mit keinem Worte, dass die „Prawda“ ein ausländisches Bulletin erscheinen lässt, das in deutscher und französischer Sprache herausgegeben wird, und dass der Nachdruck aus diesem Bulletin jedem freisteht.

Das alles geschieht unter der Mitwirkung oder auf Initiative eines *Alexinski*, den man in den Arbeiter-Delegiertenrat nicht hineinließ, den man, mit anderen Worten, als böswilligen Verleumder kennt.

Ist denn das misszuverstehen, dass dieser Weg der Weg eines Justizmordes ist?

Die Erörterung in der Zentralexekutive aller Räte der Bedingungen einer Gerichtsverhandlung gegen Mitglieder der Zentralexekutive bringt unstreitbar ein Element der Ordnung in die ganze Affäre. Werden die Parteien der Menschewiki und der Sozialisten-Revolutionäre es auf sich nehmen, Beihilfe zu leisten zu einem Justizmord? Uns vor ein Gericht zu stellen, ohne zu sagen, wessen man uns beschuldigt – der Spionage, oder der Rebellion? Überhaupt vor ein Gericht zu stellen, ohne bestimmter juristischer Qualifikation des Verbrechens? In einem offensichtlich tendenziösen Prozess, der den Zweck hat, die Kandidatur vor die konstituierende Versammlung von Männern zu verhindern, von denen man mit Bestimmtheit weiß, dass sie von ihren Parteien als Kandidaten aufgestellt werden? Werden diese Parteien den Vorabend der Einberufung der konstituierenden Versammlung als den Anfang einer Dreyfussiade auf dem russischen Boden gestalten wollen?

Die nächste Zukunft wird die Antwort auf diese Fragen geben. Die offene Aufstellung dieser Fragen betrachten wir als die Pflicht einer freien Presse.

Wir sprechen nicht von der bürgerlichen Presse. Selbstverständlich glauben die Herren Miljukow ebenso wenig, dass wir Spione sind oder deutsches Geld genommen haben, wie es die Herren Markow und Zamyslowsky geglaubt haben, dass die Juden Kinderblut trinken.

Aber Miljukows u. Co. wissen, gut, was sie tun.

N. Lenin. G. Zinowjew. J. Kamenew.

Obige Erklärung wurde am 24. Juli in der „Ziemijska i Wola“ dem Petrograder Organ des internationalistischen Teils der Sozialisten-Revolutionäre und der „Nowaja Schysn“, dem Organ Gorkis, veröffentlicht.

Die Helden der Ordnung.

Die „Nowaja Schysn“, das Organ Gorkis, bringt folgenden Artikel:

„Dass die Führer der Bolschewiks deutsche Agenten sind, ist ein Axiom für die bürgerliche Presse. Jeden Tag lesen wir über „Neue Dokumente gegen Lenin“, die die „Konterspionage“ (Konterraswiedka) gefunden hat. Jede Haussuchung und Verhaftung in den Lokalen der sozialistischen Organisationen wird in Zusammenhang mit der Wachsamkeit der Konterspionage gebracht. Jedes Fetzen Papier ist jedes Mal „von besonderer Wichtigkeit“ und jemanden „besonders belastend“. Und jeder Mensch, der die bürgerliche Presse liest, bekommt eine unerschütterlich sichere Meinung von der Wachsamkeit der Konterraswidka, die zeitig genug die Verhaftungen und Haussuchungen der Sozialisten angeordnet hat. Und siehe da, plötzlich am 27. Juli wird in dem offiziellen Organ der Sowjet, in den „Iswiestias“, mitgeteilt, dass die Konterspionage mit dem Dekret über die Verhaftung Lenins und der anderen Genossen nichts gemeinsam hat und dass auf ihr Befehl nur vier Menschen verhaftet worden sind (Kozlowstki, Sumensen, Sperber und Anscheld), und es stellt sich heraus, dass Lenin gar nicht der Beziehungen zu Deutschland beschuldigt wird, wie es doch so sicher und bestimmt die bürgerliche Presse feststellte, sondern die Mitwirkung bei den Ereignissen am 16. und 17. Juli. Die Konterspionage erklärt auch, Kollontay sei nicht auf ihr Geheiß arretiert worden. Sie lehnt auf das bestimmteste die Verantwortung auch für alle anderen Verhaftungen und Haussuchungen, die so sorglos vorgenommen worden sind, von sich ab. Die Verantwortung für die Verhaftungen und Haussuchungen schiebt die Konterspionage dem Petrograder Militärstab zu. Versuchen wir diese Spuren zu folgen. Vorerst stoßen wir auf die berühmte Szene mit dem General Poloweeff der, als nach der Verwüstung der Arbeiterorganisationen die Frage an ihn gerichtet worden ist, „seine volle Überraschung“ ausdrückte und erklärte, dass er „keine Ahnung von der Sache habe“. Der Adjutant des Generals erklärte nach einigen unzusammenhängenden Phrasen klipp und klar, dass kein Befehl und keine Abkommandierung zu Haussuchungen vom Generalstab angeordnet wurden.

Die Konterspionage wälzt die Schuld auf den Stab ab, der Stab erklärt: „Ich bin nicht ich und das Pferd gehört auch nicht mir“.

Allerdings fand sich nach energischen Recherchen in dem roten Hause des Stabs die Quelle der Macht, die über die Freiheit der Petrograder Bürger verfügt. Das war ein gewisser Ingenieur Parschyn. Er gab den Befehl zu Haussuchungen, aber die Personen, die den Befehl bekommen haben, waren „fortgerissen und haben andere fortgerissen“ und veranstalteten Haussuchungen auch ohne Befehl.

Derselbe Herr Parschyn führte die Entwaffnung in Sestrorjeck persönlich durch. Und noch eine Quelle der eigenmächtigen Haussuchungen wurde entdeckt. Das war dem Vorsitzenden der Organisation der Invaliden, ein gewisser Lanin, der unlängst aus der Organisation als unverbesserlicher Trunkenbold ausgeschlossen wurde.

Wir wissen nicht, ob er vollkommen nüchtern war, in den Tagen vom 16. bis 20. Juli, er war allerdings der *verantwortliche* Bevollmächtigte des Generals Poloweeff.

Auf diesem Wege wurde in dem revolutionären Russland der Kampf gegen die „Anarchie von links“ geführt. Der bewaffnete Aufstand wurde nach Erklärungen des Mitgliedes der Exekutive Wojezynstki von zweifelhaften Organisationen hervorgerufen. Das Justizministerium schleuderte die Bombe von der von niemanden beglaubigten Nachricht von der Spionage. Unverantwortliche Persönlichkeiten aus dem Generalstab verordneten Verhaftungen und Haussuchungen.

Und jetzt, als man das Geschehen feststellen soll – beeilt sich jeder die Verantwortung auf den anderen zu schieben, und es heißt: „ich bin nicht ich“.

Die sorgfältige Untersuchung der Ereignisse der Julitage wird uns noch viele Überraschungen bringen – die sehr unangenehm für alle Mitarbeiter des Ingenieur Parschyns, für die, die höher und für die unter ihm Stehenden, werden wird.

Der Landesverrat der Bolschewiki.

In den russischen Zeitungen vom 4. August veröffentlicht der Petrograder Staatsanwalt eine 4 Spalten lange Erklärung an die Presse, die auf Grund der Voruntersuchung die Voranklage gegen das Zentralkomitee der Bolschewiki und insbesondere den Genossen Lenin, Zinowjew, Kollontay, den Leutnant Siemaszko, Sacharoff und Mitschman Raskolnikoff die Anklage erhebt, dass sie für den 16. bis 18. Juli im Interesse und auf Geheiß der deutschen Regierung einen Aufstand in Petrograd organisiert haben. Die Direktiven sind von der deutschen Regierung und Geldmittel haben ihnen Dr. Halphand-Parvus und der Genosse J. Fürstenberg-Hanecki geliefert. Die Prokuristin Frau Sumenson war Vermittlerin.

Hierzu schreibt die Stockholmer Korrespondenz „Prawda“:

Der Staatsanwalt erklärt in seinem „Dokument“, dass das Verhör vieler Zeugen, die Untersuchung vieler sachlicher Beweise, die detaillierte Aufklärung der Geldoperation, dass diese ganze komplizierte Arbeit der Zukunft noch ein reiches Material zur Enthüllung der verbrecherischen Organisation der Spionage und ihrer Teilnehmer liefern wird. Damit ist offen zugegeben, dass die Staatsanwaltschaft nichtabgeschlossene Akte der Voruntersuchung der Öffentlichkeit mitteilt, um sie gegen die bolschewikische Partei aufzuputschen.

Das Justizministerium Jefremoff führt die verbrecherische Politik des Justizministeriums Perewerceff weiter, dessen Beamten in einer öffentlichen Erklärung vom 22. Juli ihre ersten Veröffentlichungen der Spitzelberichte gegen die Bolschewiks damit begründeten, dass sie im kritischen Moment „für Land und Freiheit“, d. h. wo die Demonstrationen in den Straßen Petrograds die Spitzelgehälter und andere heilige Gehälter bedrohten, diese Beweise benutzten, um dem Volke die wirkliche Grundlage der sich entwickelnden Ereignisse zu zeigen. Diesen Gebrauch der prostituierten russischen Justiz, nicht mehr Werkzeug des politischen Kampfes, sondern Handwerkzeug des Bürgerkrieges, setzt also das Justizministerium Jefremoffs fort, und wir wollen sehen, was der Protest des Zentralkomitees der Sowjets gegen diese, wie es schrieb, „direkte Verletzung des Gesetzes und furchtbarer Zeichen dafür, dass das neue Gericht die schlimmsten Sitten des alten Stscheglowitowschen Gerichts übernommen hat, nützen wird bei dem neuen Justizminister, dem Herrn *Zarudny*, dem als dritten Rechtsverweser die Unehre zufällt, die Machenschaften der neurussischen Altspitzel mit seinem Namen zu decken. Herr Zarudny war Verteidiger im Ritualmordprozess von Beylis. Wir wollen abwarten, ob Herr Zarudny die ihm aus diesem Prozesse bekannten Methoden der Fingierung eines Ritualmordes auf die bolschewikische Partei anwenden lassen wird.

Einstweilen bringen wir hier öffentlich zur Kenntnis des Herrn Zarudny, dass wir Beweise dafür besitzen, dass sein Justizministerium mit dem Petrograder Staatsanwalt an der Spitze alle Künste des Staatsanwalts des Beylisprozesses anwendet. Die Verhaftung der Genossin Kollontay erfolgte, obwohl Genossin Kollontay während der Petrograder Vorfälle in Petrograd abwesend war, den Aufstand also nicht anzetteln konnte, obwohl sie niemals einer Zentralinstanz der bolschewikischen Partei angehörte.

Sie wurde verhaftet nur aus einem einzigen Grunde: sie war in Stockholm, als die Nachricht von den Anklagen gegen die Bolschewiki aus Russland kam und die ausländische Vertretung der Bolschewiks ihre erste Erklärung: Das Komplott gegen die russischen revolutionären Sozialdemokraten am 22. Juli veröffentlichte. Die Spitzel und Gerichtsmänner

von Petrograd nahmen an, dass die Genossin Kollontay Mitteilungen von unserem, dem bolschewikischen Zentralkomitee überbringt, die der Organisierung der Verteidigung, der Demaskierung des Spiels der russischen Regierung dienen konnten. Deswegen und nur deswegen wurde die Genossin Kollontay verhaftet.

Wenn der Staatsanwalt Karpinsky behauptet, Lenin sei, als er in Österreich verhaftet wurde, auf verdächtige Intervention Haneckis direkt durch den Grafen Stürgh befreit worden, wenn er behauptet, dass Zeugen bewiesen haben, Lenin sei aus der Schweiz oft nach Deutschland gefahren, wo er in dem Kriegsgefangenenlager antirussische Agitation führte, wenn er weiter die schändliche Fabel von den deutschen Geldern, die Lenin durch eine Bank bekam, wiederholt, so kann es für den Herrn Justizminister Zarudny keinen Augenblick unklar sein, dass sein untergebener Staatsanwalt Karpinsky ein eben solches Ritualverbrechen zusammendichtet, wie sein Kollege Czaplinsky es im Beylisprozeß tat. Denn Herr Zarudny weiß aus dem Prozesse, dass Lenin auf Intervention *Viktor Adlers* befreit wurde, und Herr Zarudny weiß, dass Lenin in Bern und Zürich unter den Augen der ganzen russischen Emigration lebte und keinen Schritt tat, der nicht allen bekannt war, und Herr Zarudny kennt die deutsche Broschüre Lenins und Zinowjews über den Krieg, in der der deutsche Imperialismus nicht anders als der russische behandelt wird, und schließlich kennt Herr Zarudny die in den russischen Zeitungen abgedruckte Erklärung der Nyabanken, dass sie keinen Groschen von Hanecki nach Petrograd transportiert hat.

Wollte der Staatsanwalt diese Erklärung entkräften, so musste er erklären, *wer sonst* das Geld nach Petrograd gesandt hat, oder welche andere Bank es getan hat. In allen entscheidenden Stellen gebraucht aber der Staatsanwalt allgemeine, unkonkrete Wendungen, um zu verhüten, dass wir den Schwindel entlarven. Nun, das wird uns nicht verhindern der Arbeiterinternationale in nächster Zeit, sobald das von uns schon publizierte Material abgeschlossen vorliegen wird, alle Dokumente über den Versuch des Justizmordes der russischen Provisorischen Regierung der ganzen Welt zu enthüllen, denn die russischen Behörden lassen unser Material in Russland nicht zu, da sie unsere Telegramme unterschlagen.

Zum Schluss nur noch zwei Worte. Für den Charakter des Landesverratsprozesses gegen unsere Partei ist nichts bezeichnender, als die gleichzeitige Erledigung der Affäre des Ministers *Viktor Tschernoff*. Dieselben Spitzel, die *Lenin* und Genossen des Verrats anklagen, haben gegen *Tschernoff* die Anklage erhoben, dass seine Partei, die Sozial-Revolutionäre in der Schweiz, ein Blatt für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland herausgegeben hat, dass an der Herausgabe dieses Blattes ein österreichischer Regierungsagent beteiligt war, dass der Versand im Einvernehmen mit dem deutschen Konsulat in Genf und seine Verbreitung mit Zustimmung der deutschen Regierung erfolgte. *Tschernoff* soll in diesem Blatt Artikel geschrieben haben, die sich gegen Russland wandten. Die ganze Organisation der Sache hat in den Händen des Veterans der „*Narodnaja Wolja*“, des greisen Führers der Sozial-Revolutionäre, *Mare Natanson* (*Bobroff*), gelegen.

Diese Anklagen wurden erhoben, um *Tschernoff*, den Mitunterzeichner des Zimmerwald-Manifestes und des Vertreters der radikalen Agrarreform, aus der Regierung zu drängen. *Tschernoff* trat aus der Regierung aus, um sich vor Gericht zu reinigen, war er doch desselben Verbrechens beschuldigt wie *Lenin*. Und *Zeretelli* feierte in der Sitzung des Zentralkomitees der Sowjets die römische Tugend *Tschernoffs* und stellte ihn als Beispiel zur Nachahmung dem Genossen *Lenin* gegenüber. Nun, es vergingen nicht drei Tage, als es durch Verhandlungen *Kerenski* gelang, die Kadetten zu überreden, in die Regierung einzutreten und auf die Forderung des Fallenlassens *Tschernoffs* zu verzichten, weil das Ausscheiden *Tschernoffs* die Bauern aufregen würde. Sofort stellten die Spitzel Herrn *Tschernoff* ein Ehrenzeugnis aus und er verzichtete auf die öffentliche „Reinigung“. Das zeigt, wie sehr im Rechten *Lenin* und *Zinowjew* sind, wenn sie sich *dieser* Justiz, *dieser* Regierung nicht stellen,

sondern konspirativ, wie unter dem Zarismus, um nicht nur das Spiel der Soldknechte der Konterrevolution zu entlarven, sondern zu helfen den Falschspielern das Genick zu brechen.

Das Verhalten Lenins und Zinowjews hat nicht nur das bolschewikische Zentralkomitee, der jetzt tagende bolschewikische Parteikongress gebilligt, der sie nach einem Petrograder Telegramm zum Ehrenvorsitzenden ernannte, sondern die Sozialpatrioten fanden selbst in dem von ihnen beherrschten Zentralkomitee keine Mehrheit für die Resolution, die das Erscheinen Lenins vor das Gericht forderte. Für diese schamlose Resolution Dans stimmten 77, dagegen 72, während sich 63 der Stimme enthielten. Tscheidse wagte nicht die Resolution als angenommen zu erklären.

Es werden nicht viele Wochen vergehen und die Arrangeure des Prozesses gegen die Bolschewiki werden von uns in aller Nacktheit gezeigt werden, und die Internationale wird sehen, dass die Paty du Clam und Esterhazy Waisenknaben waren im Vergleich mit diesen Banditen. Und wir werden Wege finden, um nicht nur der europäischen Öffentlichkeit, sondern auch der russischen die Augen darüber zu öffnen, wer in Russland die Justiz in den Händen hat und wie er sie vergewaltigt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

19. August.

Wie die „Nowaja Schysn“ mitteilt, begann am 5. August an Stelle der unterdrückten „Prawda“ ein neues Tagesorgan der Bolschewiki in Petrograd zu erscheinen, unter dem Titel „Rabotschj i Soldat“, der Arbeiter und Soldat.

Feuilleton

Eine Lektion.

Minister:

Ihr seid mein Mann, noch fand ich nie
Solch ein politisches Genie.
Vielwerter Freund, habt doch die Güte
Und laß mich weiden an der Blüte
Der Staatsweisheit, die ihr gefunden
In so beglückten Forscherstunden.

Mephistopheles:

Das erste also, wie gesagt,
Wird immer sein: Das Volk geplagt!

Minister:

Wenn aber sich das Volk empört?

Mephistopheles:

Nur in zwei Fällen bricht's das Gitter
Wenn ihr's geplaget allzubitter,
Wenn ihr's zu plagen aufgehört;
Steht auch das nicht im hellsten Lichte,
So seid ihr schwach in der Geschichte.

Minister

Ich geb' es zu, doch nennet, was
Gibt uns der Plage rechtes Maß?

Mephistopheles:

Ihr Herrscher über Volk und Land.
Das ist der Klugheit rechter Stand:
Verkümmert stets, doch nie zu scharf
Dem Volk den sinnlichen Bedarf
Und lockert so all sein Begehren
Nach dem, was ihr ihm könnt gewähren.
So wird es, nach dem Nächsten greifend
Niemals weitsichtig, überschweifend,
Nach dem gelüsten, frech, verwegen,
Was nicht in eurer Macht gelegen.
Das Volk sich gerne selbst betrügt,
Es ist am Ende hochzufrieden
Und untertäniglich vergnügt,
Wenn ihm des Zwingherrn Huld beschieden,
Was ohne ihn und seine Kette
Das dumme Volk von selber hätte,

Minister:

Der Grundsatz klingt für mich entzückend
Und ist gewiss auch volkbeglückend;
Doch türmen sich ihm allerwegen
Der Feinde gar zu viel' entgegen.

Mephistopheles:

Der schlimmste Feind für euer Wirte
Ist der Gedanke, der da feiert,
Als Vagabund entfesselt steuert
Nach fernen, luftigen Bezirken.
Lasst ihr ihn ziehn vom Heimatstrand
Fort in die weite offne See,
So schleppt er euch zurück ins Land
Das Bild von jener schönen Fee,
Der Freiheit, die auf ferner Insel
Von Geistern wohnt; - das Volk wird toll,
Und: Freiheit! Freiheit! Sehnsuchtsvoll
Ruft dann sein Fluchen, sein Gewinsel.

Minister:

Wie fügte sich der ewig schwanke,
Nie fest zu haltende Gedanke?

Mephistopheles:

„Verkümmert stets, doch nie zu scharf
Dem Volk den sinnlichen Bedarf!“
O haltet fest an diese Worte.
Wie Weingeistflamme, der Retorte
Dienstbar, muss Elixiere kochen.
Sollt Menscheng Geist ihr unterjoche
Soll's Feuer eurer Sklavenköpfe
Den Magen heizen seine Töpfe.
Will jemals von den Nutzgeschäften,
Daran ihr müsst die Geister heften,
Sich der und jener dispensieren,

Sich ins Ideenreich verlieren,
Will er in Schriften gar den Knechten
Einraunen was von Menschenrechten:
So müsst ihr solche Herrscherplage
In ihrem Keime gleich erschlagen.
Ich rat' euch hier das beste Mittel:
Wie für die Taten einst die alten
Zensoren hielten, sollt ihr halten.
Zensoren als Gedankenbüttel.
Ja, so ein Zensor, so ein echter,
Ein unerbittlich scharfer Wächter
Und tapferer Gedankenwürger
Der, leider! erst zum Heil der Bürger
In fernen, schönren Zeiten sprosst,
Das wäre so mein Augentrost!
Einst schlief ich unter grünen Bäumen,
Da ist sein Bild mir klar erschienen
In meinen patriot'schen Träumen:
Wie er mit lieben Forschermienen
Gedanken greift auf ihrer Flucht,
Und ihre hüllenden Gewande,
Jed' Fältlein lüftend, streng durchsucht,
Ob sie nicht führen Kontrebande
An allerlei verruchten Dingen,
Ob sie ein Liebesbrieflein
Der Freiheit wollen überbringen
Und ein gefährlich Stelldichein. –
Mir ward in jenen Visionen
Beglückter Zukunft schönster Gruß:
Ich sah das Heer von Maulspionen,
Welch' ein prophet'scher Hochgenuss!
Wie Jäger, einen Fuchs zu prellen,
Ans Loch des Bau's ihm Schlingen stellen,
Drein sich der Lose muss verfangen,
Treibt ihn aus seiner dunklen Schlu
Hinaus vorwitziges Verlangen
Nach freier, frischer Waldesluft:
So schaut' ich damals mit Ergötzen
An Menschenmundes offner Pforte
Spione lauern und die Worte
Auffangen mit Verratesnetzen.
Hat es die Politik gebracht
In ihrer Kunst zu solchen Flügen,
Dann ist begründet eure Macht,
Dann ist Regieren ein Vergnügen.

Aus dem „Faust“ von *Nikolaus Lenau*. 1835.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 35/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 1. September 1917.

Nr. 35

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Vereinigten Staaten von Europa.

In ihrer Verlegenheit suchen unsere Zentrumsleute ihren pazifistischen Utopien einiges Leben zu geben, indem sie aus ihrem Kopfe allerhand Möglichkeiten weltpolitischer Entwicklung herauspintisieren. Eine Lieblingsidee von Karl Kautsky ist die der Vereinigten Staaten von Europa. Die Sache ist höchst einfach. Wie die politische Einheit vom Stadtstaat und dem ritterschaftlichen Herrschaftsgebiet über das Kleinfürstentum zum Nationalstaat angewachsen ist, so geht die Entwicklung weiter zum Staatenbund, der sich über Kontinente erstreckt. Diese Entwicklung bedeutet eine Pazifizierung der Völker, eine Entwicklung in der Richtung auf den Weltfrieden. Die Kämpfe unter den so vereinigten Völkern fallen weg, die Rüstungen können kolossal eingeschränkt werden, was ihnen den aufreizenden Charakter nach außen nimmt und auch den nach innen, denn sie werden ja bedeutend billiger werden.

So in Kürze die Auffassung unserer Zentrumspezifisten. Aber schon der ganze Gedankengang ist nicht richtig. Die Gründung der „Nationalstaaten“ entsprach nämlich zugleich den Bedürfnissen der jungen kapitalistischen Produktionsweise, damit den Interessen des Bürgertums und den Hausmachtinteressen der stärkeren Fürsten. Eine wirtschaftliche Nötigung für den Kontinentalstaat besteht aber nicht, weil wir längst in der Weltwirtschaft stecken. Die konkurrierenden Kapitalistengruppen sind viel zu stark national konsolidiert, als dass sie auf ihre besondere Stellung verzichten und in einem größeren Ganzen aufgehen würden. Möglich ist nur zweierlei: Entweder drückt eine Kapitalistengruppe die andere so in die Ecke, dass sie als unbedingte Herrscherin auftreten und sich den größeren Machtbereich schaffen kann, oder gegenüber der bedrohlichen Macht einer Kapitalistengruppe schließen sich die anderen enger zusammen. Der erste Fall kann wohl nicht als Ziel sozialdemokratischer Politik aufgestellt werden, denn er bedeutet eine furchtbar verschärfte Ausbeutung der Völker. Im zweiten Falle handelt es sich nur um ein Bündnis vielleicht mit gemeinsamer Zollgrenze, aber nicht um eine wirkliche Verschmelzung, denn jede einzelne Kapitalgruppe wird versuchen, unter den Kommanditisten der Firma Vereinigte Staaten den größeren Anteil an der gemeinsamen Beute zu erhaschen. Dieser Anteil aber wird durch die Macht bestimmt, über welche die Gruppe verfügt. Schon das behindert die Einschränkung der Rüstungen, erst recht aber den Charakter der ganzen Vereinigung, der nur

auf breiterer Grundlage die alten imperialistischen Gegensätze reproduziert, etwa auf der Grundlage: Europa - Amerika. Gerade der jetzige Weltkrieg zeigt, dass bei der Auseinandersetzung der weltpolitischen Gegensätze stets die ganze Volkeskraft eingesetzt und bis auf den letzten Rest ausgenutzt wird.¹⁰ Das zeigt schon den ganzen weltfremden Charakter der Abrüstungsforderung, solange überhaupt weltpolitisch Interessengegensätze bestehen.

In recht interessanter Weise wird das Problem der Vereinigten Staaten Europas in einem Aufsatz: „Vom 4. August bis Stockholm“ von Max Cohen behandelt (Sozialistische Monatshefte, 1917 Nr. 16). Unter den deutschen Imperialisten gibt es bekanntlich zwei Richtungen. Während die eine unter Führung von Rohrbach die Verständigung mit England und den rücksichtslosen Kampf gegen Russland predigt, will die andere unter Führung Reventlows, die Niederschmetterung Englands. Der verschärfte U-Bootkrieg bedeutete den Sieg dieser zweiten Richtung innerhalb der deutschen Reichspolitik. Cohen gehört zu den Lenschianern, die im Kielwasser Reventlows segeln. Wohl gemerkt, auch bei Lensch u. Comp. handelt es sich nicht um eine Verständigungspolitik mit Russland, die etwa erst aus der russischen Revolution geboren wurde, sondern die schon aus der Zeit des ungefährdeten zaristischen Regiments stammt, was die „sozialdemokratische“ Kriegsparole: Nieder mit dem Zarismus! recht eigenartig beleuchtet.

Aus Cohens Aufsatz springt nun der imperialistische Charakter der Forderung der Vereinigten Staaten Europas scharf hervor. Er erweitert die Parole: Verständigung mit Russland, Kampf gegen England! zu der anderen: Einigung der kontinentalen Mächte gegen die beiden angelsächsischen Mächte England und Amerika! Was bei Kautsky die friedliche Idylle, das ist bei Cohen die waffenklirrende Drohung. Er ist der Meinung, und die entbehrt nicht jeder Grundlage, dass England (soll natürlich heißen: die englischen Imperialisten) an der gegenseitigen Schwächung der europäischen Festlandstaaten - auch der ihm alliierten - interessiert ist, woraus er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses dieser Staaten folgert. Deutschland habe die Aufgabe, durch seine Kriegspolitik auf dieses Ziel hinzuwirken. Das führt ihn zunächst zu einer scharfen Kritik der deutschen Kriegspolitik, die die Einigung mit Russland allzu sehr außer Acht gelassen habe, so bei der Gründung des polnischen Königreichs, so bei der Forderung der Abtrennung der russischen Randländer, die auch „manche Genossen (hört, hört!) unter dem Schlagwort der Befreiung der Nationen verlangt haben“. Bei der Skizzierung der künftigen Politik Russlands gegenüber setzt Cohen dann die pazifistische Forderung des Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Entschädigungen in ein recht eigenartiges Licht, sodass wir genötigt sind, einen größeren Abschnitt aus dem Aufsatz zu zitieren. Es heißt da:

„Die östliche Orientierung, die die Voraussetzung solcher Kontinentalpolitik bilden muss, widerstrebt damals (vor einem Jahre, Red. der „A.-P.“) noch den meisten. Nur wenige hatten sich - und auch nur zögernd - zu ihr bekehrt. Erst seit der russischen Revolution und nachdem die russische Demokratie sich zu dem Ziel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen bekannt hatte, vollzog sich hier eine große Wendung. Zwar machte sie sich nur recht langsam geltend, und der richtige Weg für die neue Politik ist erst nach vielen

¹⁰ Im Grunde war das natürlich immer so, nur dass die Tatsache in früheren Zeiten verhüllt wurde. Bei den unentwickelten Produktivkräften konnte nur ein geringer Teil davon unmittelbar in den Dienst des Krieges gestellt werden. So entspringt die ganze friderizianische Heeresverfassung und Kriegführung dieser Schwierigkeit. 1870 wurde Frankreich, 1904 Russland durch die innerpolitischen Zustände an der Mobilisierung der gesamten Volkskräfte gehindert.

Umwegen, die viel kostbare Zeit erforderten, eingeschlagen worden. Die Sonderfriedensvorschläge hatten natürlich gar keinen Sinn, sie verkannten die Psyche der russischen Demokratie. (Richtig ausgedrückt heißt das: die imperialistischen Interessen des russischen Kapitals, dessen Einfluss nicht gebrochen ist. Der Sonderfriede konnte auch nicht die Forderung der Bolschewiks sein, die einer deutschen Kriegspolitik a la Cohen nicht die Bahn öffnen konnte. Red, der „A.-P.“) Hier gab es nur einen einzigen Weg, der erfolgversprechend war. Deutschland musste sich, nachdem die provisorische russische Regierung im April ihre Proklamation hatte, offen und klar auf deren Boden stellen, das heißt, zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden ohne gewaltsame Gebietsabtretungen und Entschädigungen bereit erklären. Wir wären heute ohne Zweifel ein gutes Stück weiter, wenn das, was am 19. Juli dieses Jahres geschah, 3 Monate früher geschehen wäre. Sicherlich wäre damals eine weitere russische Kriegführung gegen das Russland, das die Friedensformel der damaligen russischen Regierung angenommen hätte, mit den größten inneren Schwierigkeiten verknüpft, ja wahrscheinlich ganz unmöglich gewesen. Hätte Russland mit einem annexionistischen England – denn England nimmt die russische Friedensformel schon um des Besitzes von Mesopotamien willen nicht an – gegen ein unzweideutig antiannexionisches Deutschland weiterkämpfen können? ...“

Da haben wir die Verständigungsparole als geschickten Schachzug der Kriegspolitik gegen England. Und weiter soll die Stockholmer Konferenz ihre Hauptaufgabe eben in dieser antibritischen Kontinentalpolitik finden. Der Weg vom 4. August nach Stockholm, „der Weg zur Verständigung unter den Völkern nicht auf der Grundlage eines gestaltlosen und vorläufig jedenfalls irrealen allgemeinen Pazifismus, sondern auf der Grundlage einer Organisation, die unter den Völkern differenziert, die Völker mit gleichlaufenden Interessen zu größeren Komplexen vereinigt und so den Ausgleich schafft.“ Das ist eine durchaus in sich geschlossene Auffassung, die sich eben deshalb auch allen denen aufnötigen wird, die von Seiten der Mittelmächte den Weg von Stockholm beschreiten, soweit sie nicht haltlos in der Luft baumeln wollen. Das zeigt aber auch, wie alle pazifistischen Forderungen schließlich mit imperialistischem Geiste erfüllt werden. Und da nicht die frommen Pazifisten, sondern die bösen Imperialisten für die nächste Zeit obenauf sein werden, deshalb werden die Pazifisten immer nur die Arbeit der Imperialisten tun.

Freilich erhofft nun auch Cohen von seiner Kontinentalpolitik eine Wirkung in der Richtung auf den Weltfrieden. Die dauernd erstrebte Kontinentalpolitik dürfe nämlich nicht im Sinne einer prinzipiellen Feindschaft gegen Großbritannien und Amerika verstanden werden, sie solle nur das ewig schwankende, unglückselige europäische Gleichgewicht durch ein Weltgleichgewicht ablösen. Ist's Illusion, ist's Flunkerei? Cohen sinkt damit vollkommen in den irrealen Pazifismus herab. Eine solche ungeheure Machtkonzentration, wie sie die Kontinentalpolitik bringen würde, müsste sofort die Appetite der vereinigten Mächte auf die reichen englischen Kolonien reizen. Das aber bedeutete ein neues Aufeinanderplatzen im Weltkrieg. Das ist die unvermeidliche Folge. Andererseits würde diese kontinentale Einigkeit bald an den Tatsachen zerbrechen, die Rohrbach und seine Anhänger zu einer Verständigung mit England treiben. Russland ist nämlich das Land mit den gewaltigsten Entwicklungsmöglichkeiten und einer überaus starken Volkskraft. Die letzten Jahre vor dem Kriege zeugten von der Triebkraft in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Riesenreiches. Liegen Krieg und Revolution hinter ihnen, so wird Russland zu einem Vormarsch in amerikanischem Tempo und Umfang antreten. Hat es aber innerhalb jener kontinentalen Einigkeit einen großen Machtzuwachs errungen, dann wird es seine Forderungen an die gemeinsame Beute erhöhen, und wieder klaffen die Gegensätze auseinander und wieder starren die Waffen einander entgegen. Dann steht die Welt vor einem neuen frisch-fröhlichen Krieg.

Wem ist nun noch nicht klar, dass die pazifistische Forderung der Vereinigten Staaten nur Imperialismus und Kriegsgefahr fördert? Warum aber stellen Kautsky und die Seinen diese Forderung auf? Weil sonst nur die Parole des Sozialismus übrigbleibt. Diese Parole aber heißt rücksichtsloser Kampf, während der Pazifismus auf ein freundliches Einreden auf die herrschenden Klassen hinausläuft. Die Taube predigt dem Tiger.

Die Friedensformel der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.

Von Peter Unruh.

Im September soll in Stockholm eine Konferenz stattfinden, auf der die feindlichen Brüder des Sozialpatriotismus und Sozialpazifismus die Streitaxt begraben wollen, um sich und der ganzen Welt den Frieden wiederzugeben. Von Scheidemann bis Haase kennen heute alle nur noch ein Ziel, das des Schweißes der Edlen wert ist: Friede!

„Friede – das ist jetzt die einzige revolutionäre Losung. Allgemeiner Friede sofort oder erst Sonderfriede, dann allgemeiner Friede-Friede vor allem!“ antwortet Parvus an Kerenski u. Co. Und es vergeht kein Tag, an dem nicht die Blätter der Sozialpatrioten und Unabhängigen den Frieden herbeisehnen. Sie begegnen sich darin auffallend mit der bürgerlichen Presse, die, mit Ausnahme der konservativen und nationalliberalen Organe der Schwerindustrie, dasselbe Hohelied auf den Frieden anstimmen.

Die deutschen Pseudosozialisten haben ihre Friedensformel bereits bekannt gegeben. Sie lautet: Verständigungsfriede ohne Annexionen und Kontributionen, und die Unabhängigen fügen mit besonderem Nachdruck hinzu: auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. In all diesem besteht zwischen Sozialpatrioten und Unabhängigen keinerlei grundsätzliche Differenz, und was das Selbstbestimmungsrecht der Völker angeht, das die imperialistische Blockmehrheit des deutschen Reichstages nicht ausdrücklich in ihre Friedensresolution aufgenommen hat, auf das die Unabhängigen aber umso größeres Gewicht legen, als sie auf diese Weise sich aus der kompromittierten Gemeinschaft der Scheidemänner wenigstens in einem Punkte lösen zu können, so passiert den tapferen Haasen das kleine Malheur, dass sie blindlings in die Arme der russischen und französischen Sozialpatrioten rennen.

„Friede wird dann sein, wenn die Regierungen deutlich erklärt haben, dass sie den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker mit allen seinen praktischen Folgen akzeptieren“, erklären die Renaudel und Konsorten. Dasselbe erklären die Henkersknechte des englischen und französischen Imperialismus, in Russland die Sozialpatrioten des Arbeiter- und Soldatenrats. Und die Herren Haase und Kautsky drücken sie darob gerührt an ihre Bruderbrust.

Friede! mit diesem Reklameschild werfen sie sich noch einmal auf das hohe Ross der Volksbeglucker, um auf ihm einen letzten Ritt in die Arena zu wagen, in der man durch gelenkige Clownstücke die Gunst des Publikums zu erringen hofft und es macht dabei im Grunde wenig Unterschied, ob die Unabhängigen bei diesem Wettlauf ein paar abgetriebene Schindermähren mehr aus dem Stalle ziehen. Sie streben alle demselben Ziele zu: sie reiten alle in derselben Arena, und sie werden alle über dieselben Hindernisse stolpern und sich das Genick brechen.

1. Der Friede ohne Annexionen.

Zu Beginn des Krieges konnten die Sozialpatrioten nicht laut genug den Standpunkt des reinen Verteidigungskrieges betonen, und in der Erklärung, die Haase am 4. August in ihrem

Namen verlas, wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass die Sozialdemokratie jeden Eroberungskrieg ablehne. Trotz dieser Wendung fand die Haltung der Sozialdemokratie den ungeteilten Beifall der gesamten bürgerlichen Welt, ein Beweis, dass das Bekenntnis vom reinen Verteidigungskrieg selbst für die eingeschworenen annexionistischen Alldeutschen nicht die Hauptsache war und nur als leere Formel galt, während das Entscheidende in der Zustimmung der Landesverteidigung und zum Burgfrieden, in der Anerkennung der Klassensolidarität zwischen Bourgeoisie und Proletariat lag. Die Frage, ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, ob Annexionen oder nicht, brauchte ihnen einstweilen keine Sorge zu machen. Ihre Beantwortung hing in Wirklichkeit nicht so sehr von den Wünschen und Hoffnungen der Annexionisten als vielmehr von den Erfolgen der Waffen ab, und es war gleich in den ersten Kriegsmonaten, als der alldeutsche Graf Ernst zu Reventlow, der verbissenste Annexionsfanatiker, einer etwas überstürzt veröffentlichten Plattform der Friedensbedingungen gegenüber, wie Herr Rohrbach sie sich ausmalte, mit allem Nachdruck betonte, man solle von dergleichen Dingen nicht eher sprechen, bis man den Sieg in der Tasche habe. Es verlohne sich also nicht, wegen der Frage der Annexionen auch nur den leisesten Schatten über die soeben besiegelte Klassensolidarität zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu legen.

Die Sozialpatrioten mussten, wenn sie der Politik des 4. August treu bleiben wollten, nach und nach der Formel vom reinen Verteidigungskrieg ohne Annexionen einen bestimmten Inhalt geben. Sie wurden dazu gedrängt durch die Konsequenzen dieser Politik selbst, die in den Sozialimperialisten der „Glocke“ und der Generalkommission der Gewerkschaften ihren verwegenen Verkünder fanden. Unter diesem Druck beschloss der Parteausschuss, hinter den sich der Parteivorstand verkroch, sein bekanntes Annexionsprogramm. Es war ein erster, bislang allerdings auch einziger Versuch des sozialpatriotischen Parteivorstandes in der Richtung zum offenen Sozialimperialismus. Die internationale Lage führte schließlich den Parteivorstand auf die reine sozialpatriotische Linie des Verteidigungskrieges und damit auf die Forderung des Friedens ohne Annexionen zurück. Die bürgerlichen Annexionisten entrollten indessen immer unverhüllter ihre Annexionsprogramme, in der ganz richtigen Erkenntnis, dass die bessere Sicherung der Grenzen in der territorialen Angliederung militärisch, strategisch und wirtschaftlich wichtiger Gebiete besteht.

In der Formel von dem annexionslosen Friede haben sich nun Sozialpatrioten und Sozialpazifisten wieder zusammengefunden. Wiederholt hat die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft diese Forderung vertreten; Kautsky hat sie noch in seinem Januarprogramm entwickelt und begründet, und in Stockholm bekannten sich die Vertreter der Unabhängigen Partei zu ihr, ohne dabei übrigens auf den Protest der den Unabhängigen angeschlossenen Gruppe Internationale zu stoßen.

Kautsky wollte die kompromittierende Gemeinschaft mit den Scheidemännern dadurch beseitigen, dass er den Nachdruck auf die verschiedene Auslegung derselben Worte legte. Die Internationalisten, die sich nunmehr auch in Stockholm vertreten lassen wollten, werden sich danach zu entscheiden haben, ob sie die sozialpazifistische Sophisterei mitmachen oder sich auf den klaren Standpunkt der Zimmerwalder Linken begeben wollen. Wollen sie nicht auch den letzten Rest ihres seit Gotha arg ramponierten Ansehens einbüßen, so müssen sie nun endlich eine unzweideutige, von Sozialpatrioten und Unabhängigen unabhängige Politik treiben, die mit der Forderung eines annexionistischen Friedens ein für allemal unvereinbar ist.

Der annexionslose Friede nach einem imperialistischen Krieg ist eine glatte und platte Illusion, und tausendmal segensreicher als der phrasenhafte pazifistische Friedenseifer der sozialpatriotischen und pazifistischen Volksbeglucker ist das offene Bekenntnis der Annexionisten zum Eroberungscharakter dieses Weltkrieges. Wer auch nur das ABC des Imperialismus gelernt hat, weiß, dass es in seinem Lexikon den Verzicht auf Annexionen nicht

gibt. Sein Wesen besteht in der Ausdehnung der wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und kulturellen Kräfte über die Grenzen der nationalen Staaten hinaus. Ohne Annexionen kann keine der kriegsführenden Mächte den Frieden schließen. Es kommt nur auf die Formen der Annexionen an. Die Eigentümlichkeiten der großindustriellen Produktion und des in den Großbanken konzentrierten Finanzkapitals bedingen auch die Methoden der imperialistischen Expansion. In großen Expansionsgebieten mit alter Kultur, in denen der Kapitalismus in raschem Tempo Eingang fand, hat sich die Unmöglichkeit der alten Formen kolonialer Aufteilungspolitik bereits herausgestellt.

Weder ist es den Großmächten gelungen China unter sich zu teilen, noch ist der territoriale Bestand der Türkei ernsthaft bedroht. Stand bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Chinapolitik der Großmächte noch im Zeichen der territorialen Aufteilung, so wurden diese annexionistischen Pläne durch die nationalen Regenerationsbewegungen der Chinesen alsbald zerschlagen, und die Großmächte mussten sich mit der Politik der offenen Tür begnügen. Bis kurz vor dem Kriege nahm die Expansionspolitik der Großmächte in China dann immer mehr finanzpolitischen Charakter an. Die chinesischen Anleiheverhandlungen mit den verschiedenen Bankallianzen sind noch in frischer Erinnerung. Und heute können sich die Regierungen der imperialistischen Staaten in der Betonung der Selbständigkeit der kleinen und großen Völker des Abend- und Morgenlandes nicht marktschreierisch genug überbieten. Es liegt aber auf der Hand, dass nichts so sehr die Selbständigkeit unterdrückt wie gerade die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit.

Auf dieser Basis war es England noch möglich, sich in den Besitz Ägyptens zu setzen und selbst die französischen, russischen, englischen und amerikanischen Interessen sind so aufs engste miteinander verwoben worden, dass die weltpolitischen Gegensätze dieser Mächte untereinander durch diese Abhängigkeit vielfach verschleiert wurden. Andererseits wandten sich die Formen der territorialen Annexionspolitik, wie sie von den alten Kolonialmächten betrieben wurde, mehr und mehr im Sinne der politischen, Verselbständigung der Kolonien unter wirtschaftlich-finanzieller Abhängigkeit vom Mutterlande ab. So im Verhältnis Englands zu seinen großen Dominien. In Indien und Ägypten bahnt sich dieser Prozess immer deutlicher an. Und die ganze sogenannte friedliche Durchdringung ist nichts weiter als die dem Finanzkapital und seinen Expansionsbedürfnissen angepasste Form der Kolonialpolitik

Wenn auch die Zeit der territorialen Annexionen noch nicht vorüber ist, so tritt diese Form der Annexionspolitik gegenüber der sogenannten friedlichen Durchdringung doch immer mehr in den Hintergrund. Während die alten Kolonialmächte ihre Fähigkeit zum Kolonisieren mehr und mehr verlieren, entwickeln sich die großen Kolonien selbst zu immer größerer wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit. Allein, ob territoriale Besitzergreifung oder friedliche Durchdringung: die Konsequenzen dieser beiden Formen der Annexionspolitik sind doch dieselben: Abhängigkeit des annektierten Gebietes bis zur Unterdrückung, Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze, Rüstungen usw. Ohne Annexionen in dieser oder jener Form ist kein Imperialismus denkbar. Das weiß Herr Scheidemann so gut wie Herr Haase.

Der Bankerott der sozialpatriotischen Verständigung.

Die Weigerung der englischen, französischen, italienischen Regierung, den Vertretern der sozialistischen und sozialpatriotischen Parteien, die an der Stockholmer Konferenz teilnehmen wollten, Reisepässe zu geben, wirft ein so charakteristisches Licht auf diese Konferenz, auf die internationale Lage, auf die Krise des Sozialismus, dass es schon wert ist die Ereignisse noch einmal Revue passieren zu lassen; die Zusammenhänge treten da so scharf auf, wie man nur wünschen kann.

Die Initiative zur Stockholmer Konferenz ging von den Sozialpatrioten der Zentralmächte aus. Weswegen sie sich so für sie einsetzten, ist bekannt: die Zentralmächte erstreben den „Verständigungsfrieden“, d. h. einen Kompromissfrieden, einen Schacherfrieden des Imperialismus. Die Stockholmer Konferenz sollte dem Frieden auf folgende Weise dienen: die russischen Sozialpatrioten müssen den Frieden wollen, weil der Krieg die Revolution auf die Dauer hin erdrosseln oder weißbluten muss; aber sie wollen keinen Separatfrieden; nun dann müssen sie die Sozialpatrioten der Entente nach Stockholm bringen, für den Gedanken des „Verständigungsfriedens“ gewinnen; gelingt das, dann werden die Sozialpatrioten der Entente auf ihre Regierungen einen Druck ausüben müssen.

Die Regierungen der Entente wollen kein Kompromiss, sie wollen die Niederringung der Zentralmächte. Sie sollen verzichten? Jetzt, wo der Eintritt der Vereinigten Staaten Amerikas in die Reihe der Kriegführenden die Hoffnungen auf den Sieg bei ihnen gesteigert hat? Nein, davon wollten die Ententeregierungen nichts wissen. So luden sie die Henderson und O'Grady, die Cachin, Thomas, die Vandervelde und De Brouquere nach Petrograd, damit diese sozialpatriotischen Führer ihre russischen Genossen im Namen des Sozialismus und der Demokratie von der Stockholmer Konferenz abhalten. Aber für die russischen Sozialpatrioten ist die Stockholmer Konferenz, d. h. die Verständigung mit Scheidemann und Adler, unumgänglich, sonst brechen sie zusammen: weil sie im inneren Russland eine Politik führen, die die Kräfte der europäischen grundsätzlichen Umwälzung schwächt, sind sie auf ein Kompromiss mit den europäischen Regierungen angewiesen. Darum machen die Zeretelli und Tscheidse den Henderson und Thomas allerhand Zugeständnisse, aber an der Konferenz halten sie fest. Die Henderson, Cachin, Thomas sehen, dass sie die russischen Sozialpatrioten von dem Gedanken an eine internationale Konferenz nicht abbringen können, so entsteht für sie die Frage, ob es nicht besser ist, nach Stockholm zu gehen und die Konferenz zu sprengen, statt dort die Russen dem Einfluss der Deutschen auszusetzen, der noch durch den Einfluss englischer Sozialpatrioten verstärkt wäre. Herr Henderson sagte im Parlament ausdrücklich, dass er deswegen nach Stockholm gehen wolle, um den Sozialpazifisten Ramsay Macdonald zu überwachen, im Übrigen wolle er nach wie vor für den englischen Sieg fechten. Die französischen Sozialpatrioten wollten die Konferenz auffliegen lassen, indem sie in ihr die Bombe der sogenannten *Schuldfrage* zur Explosion bringen würden: beginnt man einmal in den Akten über den Kriegsausbruch herumzustöbern, dann wird aus allem Bestreben zum Kompromiss Wasser. Wenn sich die französischen und englischen Sozialpatrioten für die Konferenz schließlich aussprachen, so geschah es noch aus einem gewichtigen Grunde. Die Arbeitermassen sind in Frankreich und England ebenso kriegsmüde wie in Deutschland und Österreich. Da sie den Frieden von der Stockholmer Konferenz erhofften, so musste man nach Stockholm gehen, wenn man sich nicht vor den Kopf stoßen wollte.

Die Sozialpatrioten der Entente wollten nach Stockholm gehen, um selbst das imperialistische Verständigungswerk zu zerstören. Aber die deutschen und österreichischen Sozialpatrioten sagten sich: Wenn sie einmal in Stockholm sind, dann kann es durch Druck der Russen und Neutralen gelingen, sie zu Zugeständnissen zu bewegen. Und Herr Huysmans, der Kulissenschieber, triumphierte schon dem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ gegenüber: „Es ist folglich nicht ausgeschlossen, dass man unter den Teilnehmern der Konferenz Staatsministern begegnen wird, wie Zeretelli, Thomas, Henderson, Vandervelde. Mit Hilfe ihrer Vermittlung wird sich vielleicht eine Brücke zu den Kabinetten der Kriegführung selbst schlagen lassen.“

Aber sie haben die Rechnung ohne den englischen Imperialismus, den zähesten Träger des Siegeswillens der Entente gemacht. In Russland führte die Politik der Sozialpatrioten dazu, dass sie sich den Kadetten, d. h. dem imperialistischen Bürgertum, anschließen mussten. Die Kadetten sind Parteigänger des englischen Imperialismus, sie träumen noch immer davon, dass sie Konstantinopel bekommen, wenn sie mit England „durchhalten“. In der Stockholmer

Konferenz sahen sie einen Widerhall von Zimmerwald, und überhaupt wollten sie nicht, dass die Sozialpatrioten die auswärtige Politik an sich reißen: diese müssen die Domäne der Kapitalisten bleiben. Aber in England und Frankreich hieß es, – und das wär ein starkes Argument in den Augen des breiten Publikums – hinter der Stockholmer Konferenz stehe die russische Regierung: Sollten die Ententeregierungen sich gegen die Konferenz aussprechen, so könnte es zu direkten Verhandlungen zwischen Russland und Deutschland kommen. Als die russische provisorische Regierung sich den Kadetten wieder näherte, ließen sie durch ihren Parteigenossen, den russischen Botschafter in London, Naboka, Lloyd George zuflüstern, er solle doch jetzt bei Herrn Kerenski anfragen, wie sich die russische Regierung zur Stockholmer Konferenz verhalte. Das geschah. Herr Kerenski, der jetzt Gefangener der Kadetten ist, erklärte darauf, die Regierung habe mit der Konferenz nichts zu tun: sie sei ein Trustunternehmen einzelner Parteien, die Regierung gedenke nicht, die Friedenfrage aus der Hand zu lassen. Lloyd George hatte, was er wollte. Aber Henderson konnte angesichts der Haltung der Kohlengräber, der Metall- und Textilarbeiter nicht mehr zurück. Eine Million achthunderttausend Arbeiter war für die Konferenz, nur eine halbe Million gegen. Henderson musste den Konferenzgedanken vertreten. Lloyd George aber versetzte dem Lakaien, der es gewagt hat, auf eigene Hand zu handeln, einen Fußtritt. Der „Arbeiterminister“ flog.

Die Konferenz ist einstweilen gesprengt. Ob die Ententeregierungen ihren Beschluss nicht ändern, wird von der Entwicklung der militärischen Lage abhängen und von der Haltung der Arbeiterschaft in England und Frankreich. Dass die Hendersons und Thomas einen Kampf gegen ihre Herren und Meister beginnen, ist unwahrscheinlich. Aber die Arbeitermassen, die in dem diplomatischen Spiel von Stockholm einen Weg zum Frieden sahen, können durch das Scheitern der Konferenz zum Kampf getrieben werden. Die enttäuschten Hoffnungen auf den Stockholmer Frieden können zum Faktor der Aufreizung werden, obwohl die Sozialpatrioten nur zur Beruhigung der Massen das Spiel begonnen haben.

In besonders schwieriger Lage befinden sich die russischen Sozialpatrioten. Sie wollten den Kampf gegen den Ententeimperialismus vermeiden, um nicht zum Opfer des deutschen zu werden. Die Stockholmer Konferenz wurde für sie zum einzigen Ausweg: das Kompromiss des deutschen und englischen Imperialismus sollte sie retten. Aber in dem sie nicht gegen den englischen Imperialismus kämpfen wollten, wurden sie zu seiner Geißel und er nötigte sie, sich den Weg nach Stockholm zu verrammeln.

Herr Kerenski tat, was ihm Herr Lloyd George befahl. Der „Sowjet“ kann wettern, wie er will. Hat er Herrn Kerenski nicht alle Vollmachten gegeben? Voila!

So ist die Lage. Wir, die wir Gegner der Stockholmer Konferenz waren, weil wir den Frieden nicht der Regierungen, sondern der Völker wollen, haben jetzt die Aufgabe, die Enttäuschungen der Volksmassen zur Forderung ihres klaren Willens auszunutzen, das Geschick aller Länder und Völker in die eigenen Hände zu nehmen. Nicht die Konferenz ist wichtig, die Arbeit des Kehrens vor der eigenen Tür ist es. Aus ihr wird das allgemeine Auskehren auch ohne Verabredung kommen.

Die Regierung der Rettung der Revolution.

„Damals wie jetzt klagte Tiers die Republikaner an als das einzige Hindernis der Befestigung der Republik, damals wie jetzt sprach er zur Republik, wie der Henker zu Don Carlos: Ich werde dich morden, aber zu deinem eigenen Besten.“

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Am 16. Juli verließen die Kadetten die Regierung. Sie wollten keine Verantwortung tragen für eine Politik, die den nationalen Minoritäten irgendwelche Zugeständnisse macht, die den Arbeitern die starke Faust nicht zeigt, die den Bauern nicht mit himmlischen und irdischen

Strafen droht; dass sie wagen den Grund und Boden der Junker schon jetzt zu besetzen, ohne auf die Konstituierende Versammlung zu warten.

Ein paar Tage später schied aus der Regierung ihr Vorsitzender Fürst Lwow, der respektabelste Vertreter des Semstwoliberalismus, ein Mann, der persönlich im Rufe stand, schier ein Tolstoianer zu sein. Und als er den Staub des Kabinetts von seinen Pantoffeln schüttelte, erklärte der Mann, der der Regierung der Revolution durch seine hohe Abstammung das Relief der Anständigkeit verleihen sollte, dass die Pfeiler dieser Regierung faul seien. Er erklärte nämlich, dass die Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte nicht imstande sind, die Demokratie auf den Weg der Staatsgesinnung zu bringen: da sie unter dem Niveau der Staatsmoral der Nation stehen.

Die Organe des Sozialpatriotismus begannen Alarm zu schlagen. „Die Konterrevolution tritt auf im Bunde mit den Junkern, der großen Bourgeoisie, zusammen mit den erschreckten Krämern, reaktionären Offizieren, mit den Oktobristen, den Kadetten, mit allen Verrätern und Deserteuren der Revolution, sie tritt auf im Namen der Rettung der Revolution. Aber diese Rettung besteht in der Rückkehr zur Monarchie, auf dem Wege der Militärdiktatur.“ So schrieb kein unverantwortliches Blatt, sondern das Organ der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte, die „Iswiestia“, und das nicht im Momente der Bestürzung und Kopflosgigkeit, sondern am 24. Juli, nachdem die Führer des Sozialpatriotismus genug Zeit hatten, sich den sozialen Sinn der Flucht der Vertreter des Bürgertums aus der Regierung zu entziffern. Das Resultat ihrer Überlegung war also: die Kadetten sind zur Konterrevolution übergetreten.

Die Arbeitermassen Petrograds brauchten nicht so lange Zeit, um zu diesem Resultat zu gelangen. Sie gingen an dem Tage, wo sie den Rücktritt der Kadettenminister erfahren hatten, auf die Straße mit dem Ruf: die Regierung in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegiertenräte! Aber die Führer des kleinbürgerlichen Sozialismus schreckten vor dem Schritt zurück, den die Situation erforderte. Sie haben selbst festgestellt, dass die führenden Parteien der Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution getreten sind, aber statt gegen diese Konterrevolution vorzugehen, statt die Arbeiter und Bauern zur Wacht aufzurufen, ihre Bedürfnisse und Forderungen zu erfüllen und so die Geschicke der Revolution im Bewusstsein und Interesse der Massen zu verankern, ließen sie die Kanonen gegen die Arbeiter auffahren, die revolutionären Regimenter entwaffnen; sie gaben den Offizieren und Junkern die freie Hand zur Zertrümmerung der Revolution, sie erlaubten den Kanailles der Konterrevolution die Bezeichnung der besten Kämpfer der Revolution als deutsche Agenten, sie erlaubten Kerenski Fronttruppen gegen das revolutionäre Petrograd heranzuziehen, unter denen die Kadetten sofort eine erfolgreiche Agitation, unter der Losung: nieder mit den Delegiertenräten, entfalteten.

Nachdem sie so glänzend den Kampf gegen die Konterrevolution vorbereitet hatten, war die Frage der Staatsgewalt trotzdem nicht gelöst. Ein neuer Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte sollte bald in Moskau zusammentreten – Petrograd ist doch in den Augen der Sozialpatrioten Sodom und Gomorrah – und über das weitere beschließen. Inzwischen sammelten die Kerenski und Zeretelli das Rumpfkabinett um sich, zogen zwei komische bürgerliche Figuren heran und forderten von dem Zentralkomitee, dass man ihnen den Titel der Regierung der Rettung der Revolution gebe, mit allem, was dazu gehört. Nun, was für Vollmachten forderten die Zeretelli und Kerenski zur Rettung der Revolution? Forderten sie das Recht, sofort Grund und Boden der Junker zu konfiszieren, damit die Bauern an der Front wissen, dass sie ihr eigenes Eigentum verteidigen, damit die Bauern in den Dörfern wissen, dass es gilt, Getreide den Städten zuzuführen, die ihre Peiniger ausrotten wollen? Haben sie das Recht gefordert, die Banken mit Beschlag zu belegen, die sich jetzt mit der Verteuerung der Waren beschäftigen, der Fabriken, deren Besitzer die Industrie sabotieren? Haben sie Vollmachten gefordert zur Erklärung der Ententeregierungen, dass Russland den

Staatsbankrott erklärt, falls sie nicht sofort Friedensverhandlungen beginnen? Das alles haben die Kerenski und Zeretelli nicht gefordert.

Sie haben das Recht gefordert die bolschewikischen Zeitungen zu schließen, die Soldaten an der Front zu fusillieren, sie haben von dem Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte die Auslieferung der Führer der Bolschewiks gefordert, um sie zu vertilgen, ohne zu sagen, was sie ihnen vorwerfen, sie haben von den Sozialpatrioten den Ausschluss der Bolschewiks gefordert, falls sich diese nicht verpflichten, sich den Beschlüssen der sozialpatriotischen Mehrheit des Sowjet-Zentralkomitees zu unterwerfen. Und das Zentralkomitee ist auf alle diese schändlichen Forderungen eingegangen.

Tscheidse¹¹ hat mit Kerenski den Bruderkuß gewechselt, den gemeinsamen Judaskuß im Verhältnis zu den Volksmassen. Die Konterrevolution erstrebt eine militärische Diktatur zur Liquidierung der Revolution – rief der Führer der Neschewiks Fiodor Dan aus, wir richten die revolutionäre Diktatur der Rettung der Revolution aus. So gesagt gingen sie an die Arbeit. Der Bürger Zeretelli gab einen Ukas an die Kommissäre der „Regierung der Rettung der Revolution“ heraus, sie mögen doch schnell an die Rettung der Junker gehen, und alle Versuche der Bauern, den junkerlichen Grund und Boden zu konfiszieren, mit allen Mitteln zu unterdrücken. Der Finanzminister der Regierung der Rettung der Revolution ließ neue zwei Milliarden Papierrubel drucken, d. h. von neuem die Teuerung steigern, um, Gott behüte, nicht genötigt zu sein die Kapitalisten unsanft beim Portemonnaie anzufassen.

Die Diktatur einer Hand voll kleinbürgerlicher Führer war da. Eine Diktatur, die die revolutionären Volksmassen unterdrückte, um ihre Interessen mit Füßen treten zu können. Die Herren Sozialpatrioten können noch so laut schreien, sie wollen nur die Revolution retten, die Interessen der Volksmassen sichern; mit ihrem Geschrei konnten sie vielleicht eine Zeit lang ihre eigenen Anhänger irreführen. Aber in sich selbst konnten sie das Bewusstsein nicht überschreien, dass sie in naher Zukunft wieder große Volksmassen gegen sich haben werden, denen sie weder Brot, noch Freiheit, noch Frieden geben können. Und es beschlich sie die bleiche Angst: Wir sind die Retter der Revolution, aber wer wird uns retten?

Der – mit Respekt zu sagen – revolutionäre Diktator, Herr Kerenski, wendet sich mit flehentlicher Bitte um Hilfe an dieselben Kadetten, die vor kurzem die gesamte sozialpatriotische Presse als konterrevolutionär abgestempelt hatte, denen Herr Tschernow Glück auf die Reise zurief. Aber die Kadetten hatten Zeit. Sie ließen Herrn Kerenski zuerst zappeln. Da reichte der Retter der Revolution das obligate Abschiedsgesuch ein. Da kamen sie alle zusammen, die Retter der Revolution, und Herr Miljukow, den die Arbeiter Petrograds mit Schimpf aus dem Tempel gejagt haben, sagte gnädig die Hilfe zu. Ja, er fragte den Herrn Kerenski, ob er nicht regelrecht den Titel des Diktators erhalten wolle. Die Sozialpatrioten, die vor dem Knaben Absalom Angst bekommen haben, winkten den Bürger Tscheidse ab: Kerenski soll nur das Recht haben, sich eine Regierung zusammenzustellen.

Somit wurde der Arbeiterdelegiertenrat als der Faktor, der die Regierung zum Leben berief, ausgeschaltet. Als in den Tagen der größten Krise die Führer der Sowjet aufgefordert wurden: Nehmt die Gewalt in die Hand, da erklärten sie: Wir können das nicht ohne den Kongress tun. Jetzt, wo es sich darum handelt, die konterrevolutionären Kadetten in die Regierung wieder einzuführen, da brauchen sie das Placet des Kongresses nicht. So wurde eine Regierung, angeblich der Revolution, in Wirklichkeit der Konterrevolution gebildet, was schon die Teilnahme der Kadetten an ihr beweist.

¹¹ Sonderbarerweise ist Tscheidse noch bis vor ganz kurzer Zeit der russische Vertrauensmann der Gruppe Internationale gewesen, obwohl wir wiederholt dessen Rolle schon vor der Revolution gekennzeichnet hatten.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. August.

Nun wird es doch klar, wie die Neuorientierung und Parlamentisierung unter Herrn Dr. Michaelis aussehen soll. Im Dezember 1914 hat er in einer frommen Zeitschrift „Die Furche“ folgendes Glaubensbekenntnis abgelegt:

Auch im öffentlichen Leben muss die Schuld der alten Zeit erkannt werden, um eine neue Zeit heraufzuführen. – Welcher Demokrat kann nach dem kläglichen Fiasko des Parlamentarismus in England, der republikanischen Verfassung in Frankreich die Forderung nach parlamentarischer Herrschaft in Deutschland erheben?! Wer wird es wagen, die Kommandogewalt des Kaisers anzutasten und einen Keil zwischen Vorgesetzte und Untergebene ins Heer zu treiben? Wer wird dem Kanzler die Schlinge eines Verantwortlichkeitsgesetzes über den Hals werfen wollen?!

18. August.

Nach dem „Vorwärts“ hat sich der alte Wilhelm Blos im neuorientierten Braunschweiger „Volksfreund“ also über die Parteiwirren ausgesprochen:

„... Man sieht also, dass der 4. August 1914 nur den unmittelbaren Anstoß gegeben hat zu der Spaltung, deren Vorbedingungen schon vorher, und zwar lange vorher vorhanden waren. Schon vorher war die Spaltung manchmal in drohende Nähe gerückt. Sie ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Die Anhänger einer positiven Politik und die Fanatiker der reinen Negation waren nicht mehr in einer geschlossenen Organisation zusammenzuhalten.

Es ist nicht schwer zu begreifen, dass ein Zustand, der sich aus einem langen Gärungsprozess herausgebildet, nicht im Handumdrehen wieder aus der Welt geschafft werden kann.

Deshalb sind auch die sämtlichen Anträge zum Parteitage, welche eine sofortige Wiedervereinigung der soeben auseinandergegangenen Richtungen verlangen, so ehrlich und gut gemeint und an sich natürlich vernünftig sie sind, völlig verfrüht und aussichtslos.

... Man darf auch nicht vergessen, dass unter den aus der Partei ausgeschiedenen Elementen sich viele befinden, denen die Einheit unerträglich ist, so lange ihre Anschauungen nicht in der Partei die unbedingte Herrschaft haben. Andere sind gern bereit, wieder in die Partei einzutreten, aber nur zu dem Zweck, sie zu unterwühlen oder Störungen in der Organisation und im Parteileben hervorzurufen, damit sie in solcher Parteianarchie ihre Richtung zur Herrschaft bringen können. Wieder andere sind unversöhnliche Gegner jeder positiven Politik und bewusste oder unbewusste Anhänger anarchosozialistischer oder besser gesagt anarchistischer Tendenzen.“

Man sieht daraus, dass auch ein schlechter Geschichtsschreiber vom Wesen des Sozialismus und des Anarchismus nichts zu verstehen braucht.

Feuilleton

Die Sturmglocke.

Von Leonid Andrejew.

In jenem heißen, Unheil verkündenden Sommer brannte alles. Es brannten ganze Städte, Flecken, Dörfer; – Feld und Wald schützten sie nicht mehr; wehrlos, gehorsam loderten die Wälder auf und wie ein rotes Tischtuch breitete sich das Feuer über die trockenen Wiesen aus. Am Tage verbarg sich blutrot die Sonne hinter beißendem Rauch, und nachts loderten an allen

Himmelsenden stumme Feuerscheine auf, in schweigend phantastischem Tanze zuckend, während sonderbare, unruhig verworrene Schatten von Menschen und Bäumen auf der Erde schlichen, wie nie gesehenes Gewürm. Die Hunde kläfften nicht mehr ihr begrüßendes Gebell, das von weitem schon den müden Wanderer lockt – Obdach und Willkommensgruß verheißend – sondern heulten klagend, langgezogen, oder schwiegen finster, in ihre Hütten verkrochen. Und die Menschen – wie die Hunde – blickten einander bösen und erschreckten Auges an und sprachen laut, drohend, von Mordbrennen und phantastisch ausgestatteten Mordbrennern. In einem abgelegenen Dorfe hatten sie einen Mann erschlagen, der nicht zu sagen wusste, wohin sein Weg ihn führe, und nachher hatten die Weiber über dem Toten gejammert und geweint und seinen weißen Bart bedauert, den geronnenes Blut verklebte.

In jenem heißen, Unheil verkündenden Sommer lebte ich auf einem alten Landgute, wo viele alte und junge Frauen beisammen waren. Am Tage arbeiteten wir, plauderten und dachten wenig an das entfesselte Feuer; mit dem Heranrücken der Nacht aber nahm die Angst Besitz von uns. Der Hausherr fuhr oft zur Stadt; dann schliefen wir die ganzen Nächte nicht und begingen – schreckerfüllte Patrouillen – den ganzen Wirtschaftshof nach verborgenen Mordbrennern fahndend. Wir drückten uns aneinander und sprachen nicht anders als flüsternd ... und schweigsam war die Nacht, und in fremd erscheinenden Massen erhoben sich die Gebäude vor uns. Fremd erschienen sie uns und unbekannt, als hätten wir sie früher nie gesehen ... und so wenig dauerhaft, so das vernichtende Feuer wehrlos erwartend, so bereit es aufzunehmen. Einmal – in der Spalte einer Mauer, erglänzte plötzlich vor uns etwas Helles. ... Es war der Himmel; – wir aber dachten, es sei das Feuer, und die Frauen stürzten schreiend auf mich zu – unter meinen, damals eines Knaben, Schutz. ...

Ich aber selbst – ich hörte auf zu atmen vor lauter Angst und konnte mich nicht von der Stelle rühren. ...

Mitunter stand ich mitten in der Nacht vom warmen zerwühlten Bette auf und stieg durch das Fenster in den Garten hinab. Das war ein alter majestätischer Garten, der auf das Toben auch des stärksten Sturmes zur Antwort nur verhaltenes Gemurmel hatte; unten war es darin totenstill und dunkel, oben unbedeutendes Rauschen und Rascheln ... wie entferntes, gedämpftes Menschengerede. Wie verschämt vor jemand fliehend, der mir auf den Fersen saß und über die Schultern ins Gesicht zu blicken suchte, schlich ich zum Ende des Gartens hin, wo auf hohem Walle ein geflochtener Zaun stand, und hinter dem Zaune weite Felder sich erstreckten. Wälder und in Dunkel gehüllte Dörfer. Hohe, düster schweigende Linden traten mir beim Näherkommen langsam aus dem Wege, und zwischen ihren dicken, schwarzen Ästen, in den Zwischenräumen ihrer Blätter, und in den Fugen des Zaunes erblickte ich etwas Entsetzliches und Ungewöhnliches, was mein Herz mit unruhigen Ahnen erfüllte und meine Knie in unwillkürlichem Beben erzucken ließ. ... Ich erblickte nur den Himmel – aber nicht den beruhigend-dunklen Himmel gewöhnlicher Nächte, nein – einen blutigrosigen Himmel, wie es niemals einen gibt – weder bei Tage, noch bei Nacht.

Die mächtigen Linden standen ernst und schweigend da und warteten wie Menschen auf das schreckliche Erwartete, in unnatürlichem Rosa erglühete der Himmel, und blutrot zuckend liefen darüber die Unheil verkündenden Widerscheine der brennenden Erde. Langsam stiegen dunstig wallende Säulen empor und verschwanden in still lodernder Höhe. Gerade darin, dass ihr Schweigen so vollständig war, während unten alles prasselte und knirschte, und ihr Schweben so ohne Eile majestätisch, während unten alles zuckte im Verzweiflung – hin und her – gerade darin lag ein finsternes Rätsel, lag dieselbe Unnatürlichkeit, wie in der blutig rosa Färbung des Himmels.

Wie plötzlich zur Erinnerung zurückgekehrt, flüsterten rauschend und eifrig die Linden von Krone zu Krone und schwiegen dann wieder ebenso plötzlich still, auf lange in düsteres Erwarten versinkend. Still wurde es wie auf dem tiefsten Grunde einer Schlucht. Weiter hinter

mir fühlte ich das gespannt fürchtende Haus, von erschrockenen Menschen erfüllt, rund um mich her die stattliche Menge wachsam wartender Linden und vorn den schweigsam wallenden, blutig rosigen Himmel, wie es niemals einen gibt – weder bei Tage noch in der Nacht.

Und weil ich diesen Himmel nicht ganz sehen konnte, sondern nur stückweise im Lichtraume zwischen den Bäumen, erschien er mir noch unverständlicher und noch entsetzlicher. ...

2.

Es war Nacht und ich schlummerte unruhig, als in mein Ohr ein stumpfer, abgerissener Laut drang, der unter der Diele hervorzukommen schien; er drang in mein Ohr und erstarrte im Gehirn als runder, harter Kieselstein. Sofort nach ihm taucht ein zweiter herauf, ebenso stumpf, schwer, kurz, und mein Kopf empfindet schmerzlich als beginne geschmolzenes Blei in klatschenden Tropfen zu fallen. Und diese Tropfen bohrten und brannten sich hinein in das Gehirn; ihrer wurden immer mehr und mehr, häufiger und häufiger begannen sie zu fallen und bald erfüllten sie als ein Hagel scharf und rasch schlagender Laute meinen Kopf.

„Bam! Bam! Bam!“ warf von weitem her, stark, ungeduldig, Stein auf Stein ein unbekannter Riesen-Jemand.

Ich öffnete die Augen und begriff sofort, dass dies die Sturmglocke und dass im nächsten Dorfe Feuer sei. Im Zimmer war es dunkel – die Fenster geschlossen. Doch vom entsetzlich gellenden Rufe war es aus den gewöhnlichen Fugen gerissen und ganz, wie es war – mit Möbeln, Bildern, Blumen gleichsam ins Freie getreten: und Wände, Decke, Boden waren nicht mehr zu empfinden.

Jetzt kann ich mir es gar nicht denken, wie ich in meine Kleider kam, und weiß mir nicht zu sagen, weshalb ich allein hinauslief und keinen von den Hausgenossen mit mir nahm: entweder sie hatten mich alle vergessen oder ich dachte nicht an ihre Existenz. Die Sturmglocke rief hartnäckig und dumpf, als fielen die Schläge nicht aus durchsichtiger Luft, sondern als werfe sie hastend die unermessliche Masse der Erde empor. ... Und ich lief. ...

Im rosig blutigen Glanze des Himmels waren die Sterne verschwunden und sonderbar hell war es im Garten geworden, wie niemals am Tage, und niemals in märchenhaft königlich strahlender Mondnacht, und als ich zum Flechtzaune gelangte, erblickte ich durch seine Fugen ein grell und schreiend rotes, kochendes, hin und her zuckendes, verzweifelt sich windendes Etwas.

Wie mit Blut übergossen bewegten erschauernd die Linden die rundlichen Blätter, und wandten die ängstlich murmelnden um; nicht zu vernehmen war aber ihr Rauschen – es dröhnte zu hämmern und pochend in ehernem Schwunge die Glocke. Jetzt waren die Laute gebrochen und schwirrten in rasender Schnelle – ein Schwarm von glühenden Steinen. Sie kreisten nicht in hoher Luft wie Tauben des friedlichen Abendgeläuts, sie schwollen nicht in samtene Wogen wie feierlich kündendes Glockengetön, sie flogen wie Strahlen – so hart und so grad wie warnende Künder, des rasenden Unheils, denen zum Umschauen die Zeit nicht mehr reicht, denen der Blick in den Augen vor Schreck erstarrt ... (Schluss folgt.)

Eine Satire auf den Haager Friedenspalast.

In dieser Zeit, da die Staatsmänner in allen Ländern von der Herstellung eines dauernden Friedens reden, ist es interessant, an eine Satire auf den Haager Friedenspalast zu erinnern, die der Pariser „Matin“ im Jahre 1911 gebracht hat. Trifft doch die Satire haarscharf das Wesen der Friedensarbeiten der imperialistischen Staatsregierungen vor dem Kriege: „Der Bau des Haager Friedenspalastes schreitet rüstig vorwärts ... was sehr beunruhigend ist. Denn mit

diesem friedlichen Gebäude hat es eine recht verhängnisvolle Bewandtnis. Beweis: Als seine Errichtung beschlossen wurde, brach der Burenkrieg aus. Als die Bauplätze genehmigt waren, begann gerade der russisch-japanische Krieg. In die Zeit der Grundsteinlegung fällt die Reise des deutschen Kaisers nach Tanger und der Beginn der marokkanischen Wirren. Als das zweite Stockwerk stand, fingen die deutsch-französischen Streitigkeiten wegen Marokko an, jetzt, wo der Dachstuhl fertig ist, bricht der italienisch-türkische Krieg aus. Ich verfolge mit großer Angst die weiteren Arbeiten der Maurer an jenem Palais. Je mehr es sich seiner Vollendung nähert, desto schlimmer wird die Situation. Man bedenke: noch haben die Glaser, Tapezierer und Dekorateure ihre Arbeit nicht begonnen. Was wird man erleben, wenn diese Leute erst an die Reihe kommen! Ich habe auch von einigen großen symbolischen Wandgemälden gehört, die den Triumph der Friedensbewegung verherrlichen sollen. Zum Donnerwetter! So oft eines davon fertiggestellt sein wird, wird in irgendeiner Ecke der Welt ein Platzregen von Schrapnells niedergehen. Auch einige Statuen will man in den Galerien des Palastes aufstellen: Pax, Lux, Labor (Friede, Licht, Arbeit) usw. Jede davon wird tausende von Menschenleben kosten. Und vollends am Tage, wo dieser Tempel eingeweiht werden wird, da wird jeder von uns die Flinte auf den Buckel nehmen müssen, denn dann wird der allgemeine Weltkrieg aller gegen alle losgehen.

Darum fordere ich, dass man diesen Palast so schleunigst wie möglich niederreißt!“

In Reih und Glied.

Stell dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken,
Mag auch, wer's Ganze sieht, dich nicht darin bemerken.
Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken.
Stell dich in Reih und Glied und schare dich den Scharen;
Und teilst du nicht den Ruhm, so teilst du die Gefahren.
Wird nicht der Musterer den Einzelmann gewahren,
Mit Lust doch wird er sehn vollzählig seine Scharen.
Damit im Lanzenwald nicht fehlet eine Lanze,
Heb deine fein und sei gefasst auf jede Schanze.
Sei nur ein Blatt im Kranz, ein Ring im Ringeltanze,
Fühl dich im Ganzen ganz und ewig wie das Ganze.

Friedrich Rückert.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 36/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 8. September 1917.

Nr. 36

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Balkanrepublik.

Von St. Mineff.

Auf ihrem Wege stoßen die europäischen imperialistischen Ausbreitungstendenzen, die nach dem asiatischen Kontinent führen, auf den großen Knoten, die Balkanhalbinsel.

Bei einem Flächeninhalt von 500 000 Quadratkilometern zählte die Balkanhalbinsel vor dem Weltkriege 24 Millionen Einwohner, die ein Gemisch von 15 Nationalitäten, ebenso vielen Sprachen, doppelt so viel Dialekten, 6 Religionen darstellen und deren politische Geographie in keiner Weise einem historischen, ökonomischen und noch weniger nationalen Zwecke entspricht. Sie ist nichts als die wechselnde Resultante der Politik der Großmächte, die logische Folge ihrer handelskolonialen und imperialistischen Gegensätze. Die Grenzen der Balkanstaaten entsprechen nirgends bestimmten Nationalitäten.

Ein großer Teil der Balkannationalitäten seufzt unter russischem Joch. Andererseits existieren neben den herrschenden Nationen innerhalb der einzelnen Staaten unterjochte Nationen. Mit den Teilen, die unter fremden Joch stehen, stellt sich das Verhältnis der Balkannationalitäten ungefähr folgendermaßen: Rumänen (10 Millionen, einbegriffen die Rumänen Transsylvaniens, der Bukowina, des Banats und Bessarabiens); Serben (8 Millionen, mit den Serben Altserbiens, Bosniens, der Herzegowina, Dalmatiens und Kroatiens); Bulgaren (5 Millionen); Türken (3 Millionen); Griechen (5 Millionen, mit den Griechen der ägäischen Inseln und Kleinasiens). Dann kommen die Albaner, die Juden, die Montenegriner, die Armenier, die Kutzowollachen, die Tartaren und die Zigeuner.

Trotz ihrer beständigen Kämpfe, trotz ihrer häufig zu stark betonten Rivalitäten, trotz der Verschiedenheit von Sprache und Religion, trägt diese ganze durcheinander gemischte Masse das historische Siegel eines gemeinsamen Schicksals, und keine nationale Oberherrschaft könnte sich durchsetzen, ohne ihre eigene Existenz unwiderruflich zu gefährden. In Mazedonien z. B., dem Zwietrachtsapfel des Balkans, hat keine der Nationen die Mehrheit. In der oder jener Stadt herrscht bald die eine, bald die andere Nation.

Eine charakteristische Erscheinung in der verwickelten Balkanfrage, die sich wie ein roter Faden durch das ganze ökonomische, soziale und politische Leben der Balkanbevölkerung zieht, sind die unaufhörlichen Zusammenstöße der wachsenden, einander widersprechenden

Interessen des europäischen Kapitalismus. Die Großmächte haben ihre aggressive Politik gegen den Balkan nie unterbrochen. Während der Periode, in deren Verlauf das Handelskapital der Hauptrevolutionär des Okzidents war, waren die Balkanländer und alle ökonomisch rückständigen Länder verdammt, die europäischen Waren zu verbrauchen. Als die Kolonialpolitik der dominierende Ausdruck der kapitalistischen Bestrebungen und das Stichwort der auswärtigen Politik der europäischen Bourgeoisie ward, wurden die Balkanländer die natürlichen Opfer, die von der Vorsehung den Raffzähnen der großen „zivilisatorischen“ Wölfe vorher bestimmt waren, aber erst im letzten Stadium der kapitalistischen Entwicklung, als das Finanzkapital einen fabelhaften Umfang annahm und die imperialistische Politik einleitete, wurden die Balkanländer in die Arena der schlimmsten Ausbeutung verwandelt.

Diese Erscheinung im internationalen Leben war nicht zufällig. Sie trat auf der Weltbühne als die unheildrohende Illustration einer Epoche auf, wo die unbewusste Empörung der Produktivkräfte, die dem Nutzen einer hinsterbenden Klasse unterworfen sind, sich unvermeidlich in kriegerischen Katastrophen oder in der sozialen Revolution ausdrücken musste; sie trat auf nach der radikalen Änderung, die sich auf den großen Welthandelswegen durchgesetzt hatte. Der atlantische Ozean verlor seine Bedeutung in dem Maße, als die Vereinigten Staaten sich dem Konzert der Großmächte einrangierten und diesen eine immer bedrohlichere Konkurrenz machten. Das Zentrum des Weltmarktes wurde verschoben. Das Mittelmeer, der Balkan, Kleinasien haben von neuem die Bedeutung einer großen Hauptlandesstraße gewonnen.

Das „infame Albion“, das Frankreich den Suezkanal, das Werk des genialen französischen Ingenieurs Lesseps, geraubt hatte, das von der Türkei die Insel Zypern als „Geschenk erhalten hatte“, teilte Persien und Zentralasien mit seinen Konkurrenten, dem „Koloss auf tönernen Füßen“, in Einflussphären auf. Dieser, der nicht einmal imstande war, die Konkurrenz des Westens in seinem eigenen Lande durchzuhalten, der unter dem Gewicht seiner Schulden keuchte, breitete seine Fühler nach dem Balkan aus, das Wiegenlied der Befreiung auf den Lippen, stieß hinab bis zu dem Kaukasus, nach Taschkent, nach Turkestan, nach Persien, nach dem Pamir, ganz Zentralasien, legte sich in weitem Bogen um das Reich des Himmels und berührte die Gewässer des Reiches der aufgehenden Sonne.

Frankreich, die Erbin einiger Reste spanischer, portugiesischer und niederländischer Kolonien, eines Gebiets, das 19 mal so groß ist als es selber, wandte sich nach dem heiligen Lande und verwickelte sich in Unternehmungen, die über die Begriffe einfacher Sterblicher hinausgehen. Italien langweilte sich in seiner Rolle als Hüter archäologischer Friedhöfe, der Zeugen einer längst entschwundenen glorreichen Vergangenheit, beunruhigt vor allem über das große Elend seiner Kinder, die den heimatlichen Boden verließen, um anderswo ihr täglich Brot zu suchen. Es strebte, strebte stark nach den afrikanischen Wüsten und nach einigen tiefen Atemzügen zog es vom Leder.

Indessen, wenn die Türkei und die übrigen Balkanländer mit einem Male von brutalen Prankenhieben gestreichelt wurden, so geschah dies nicht nur, um ihre Schätze zu rauben, sondern um sie darüber hinaus zur Basis künftiger Operationen und einer gigantischen Ausbreitung zu machen. Ihre „Aspirationen“, ihr „Drang nach dem Osten“, ihre Befreiung der kleinen Nationen, folgten den telepathischen Strömen des kapitalistischen Ausbreitungsranges, der närrisch wurde vor Freude und dämonischer Hoffnung, indem er den ganzen asiatischen Kontinent in die Arme schloss. Das Finanzkapital kennt keine Millionen, es arbeitet nur mit Summen höheren Grades. Milliarden allein machen bei ihm Eindruck. Derart stellt der ferne Osten, Zentralasien und Kleinasien mit ihren unberechenbaren Naturschätzen, mit ihrem unerschöpfbaren Reservoir billiger Arbeitskräfte – das wahre Dorado – das heißbegehrte Ziel der kapitalistischen Magnaten dar.

Ein ganzer Mechanismus von Intrigen, Irreführung, Korruption, „Befreiungs“Manövern, kleinen Eroberungen und aufeinanderfolgender Annexionen, großen Versprechungen und tollen diplomatischen Kombinationen; eine ganze endlose Kette von Ruchlosigkeit, politisch-finanzieller Schachzüge, Reformen und Reorganisationen; Anleihen, Konzessionen, Transaktionen; eine ganze Armee von Kontrolleuren, Funktionären, Agenten und Kommiss; Ultimata und Herausforderungen; Bürgerkriegen, Zollkriegen, Balkankriegen und Befreiungskriegen, militärischen Pronunziantos, Fürstenenthronungen; eine ganze Serie von Teilungen in Einflusssphären; Komplotten und wohlorganisierten politischen Morden, dynastischen Heiraten und religiösen Zugeständnissen. – Überall und unaufhörlich, Tag und Nacht ertrug der Balkan die unqualifizierbaren Ausbrüche der fremden Mächte.

Und während Blut und Leiden der Balkanvölker kein Maß noch Ziel fanden, peitschten die Dynastien und herrschenden Klassen den chauvinistischen Hass gegen die Nachbarn, stießen sie die nationalistischen Leidenschaften vorwärts.

So ward der gordische Knoten des Balkans geschürzt. Wenn niemand das Beispiel Alexanders des Großen nachzuahmen wagte, so lag das an der Furcht vor den andern Rivalen und vor dem roten Gespenst. Indessen musste sich die Zeit später oder früher erfüllen. Der Imperialismus, das Stichwort des Finanzkapitals, kennt kein anderes Gesetz als die Logik der Katastrophen und Ruinen. Die unbegrenzte Ausdehnung ist seine Lebensbedingung. Mögen die Nationen, mögen alle Schätze der Kultur, alle sozialen Güter, die Resultate jahrhundertelanger Arbeit, zu Grunde gehen, mag die ganze Menschheit zu Grunde gerichtet werden, das Kapital lacht darüber, wenn es nur sein Glück macht.

Die Friedensformel der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.

Von Peter Unruh.

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Es ist die Meinung der Unabhängigen Sozialdemokraten, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Grundlage für den Frieden zu bilden habe. Zunächst freilich haben die „Unabhängigen“ nur daran gedacht, den Frieden *ohne Annexionen* auf dieser Grundlage herbeizuführen, d. h. das Selbstbestimmungsrecht der Völker bedeutet für sie den Gegensatz zu der Politik der Annexionen, es ist gewissermaßen die positive Ergänzung zu der negativen Forderung des annexionslosen Friedens. Somit käme das Selbstbestimmungsrecht zunächst nur für die Völker in Betracht, die der Annexionsgefahr am meisten ausgesetzt sind, also für die Belgier, Serben, Griechen, Polen und die exotischen Völker der afrikanischen und australischen Kolonien.

Nun wäre das Selbstbestimmungsrecht gewiss auch für diese Völker eine schöne Morgengabe, wenn es ihnen aus der Bluthochzeit dieses Krieges dargebracht werden könnte. Allein, es gehört schon ein ungewöhnliches Maß von Optimismus, um nicht zu sagen politischer Verblödung dazu, wenn man sich einbilden wollte, dass ausgerechnet diese Völker, die sogenannten „kleinen Nationen“ und die „Wilden“, auch nur ein Zipfelchen vom Himmelreich des Selbstbestimmungsrechts im Zeitalter der imperialistischen Kriege ergattern könnten. Gerade über das Schicksal dieser Völker fallen die eisernen Würfel. Wer gegenüber den Vorgängern des Krieges nicht ganz blind ist, muss schon jetzt erkennen, was mit den Belgiern, Serben, Polen, den Hottentotten und Maoris geschehen soll. Wenn irgendwo, so gilt im Verhältnis der großen Nationen zu den kleinen der bekannte Fabelreim:

Schweig, sprach der Räuber, du bist mein;
Denn ich bin groß und du bist klein!

Es heißt das Wesen des Imperialismus gründlichst verkennen, wenn man glaubt oder glauben machen will, dass es ein Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen unter seiner Herrschaft geben könnte. Aber diese demokratisch scheinende Friedensformel der Sozialpazifisten hat noch ihre besondere delikate Seite. Bekanntlich haben die Sozialpatrioten in ihrer mit dem Zentrum und den Fortschrittlern vereinbarten Friedensresolution die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nicht ausdrücklich erhoben. Grund genug für die Unabhängigen, diese Forderung nunmehr mit besonderem Nachdruck zu vertreten, um so aus der kompromittierlichen Nachbarschaft mit den Sozialpatrioten, in die sie durch ihre ganze bisherige Politik und nicht zuletzt durch ihre Friedenspropaganda geraten waren, wieder herauszukommen. Doch man wandelt nicht ungestraft unter den Friedenspalmen des Sozialpazifismus. Denn wenn auch die deutschen Sozialpatrioten das Geheimnis des Selbstbestimmungsrechts der Völker in ihres Busens Tiefen bewahrten; so preisen ihre russischen und französischen Kumpane es umso lauter als Friedenselixier an. Sind aber die Kerenski und Zeretelli besser als die Scheidemänner und Ebert? Sie sind die Henkersknechte der glorreichen russischen Revolution, sie spielen ausgezeichnet die Rolle der Verräter in einem historischen Drama, von dessen Größe sich die kleinen Schankwirte unter den deutschen Sozialpatrioten kaum etwas träumen lassen. So geraten die deutschen Sozialpazifisten mit ihrem schönen Selbstbestimmungsrecht der Völker vom Regen des deutschen unter die Traufe des russischen und französischen Sozialpatriotismus; so stärken sie auch diesmal wieder die französischen Sozialpatrioten gegenüber der Opposition ihres Landes, wie sie es seit der Erklärung Haases vom 4. August 1914 und der Erklärung Geyers vom 21. Dezember 1915 wiederholt tat. Ob aus dem Munde der russischen und französischen Sozialpatrioten oder aus dem Munde der deutschen Sozialpazifisten: in jedem Falle bedeutet die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die ärgste Verschleierung des Wesens des Imperialismus.

Aber wir wollen einmal ganz von der zärtlichen Sorge absehen, die die Pseudosozialisten beiden Schläges für die *kleinen* Nationen empfinden. Wir finden, dass die *großen* Nationen nicht weniger Gegenstand der Sorge zu sein brauchen. Hier schweigen sich die Brüder in den feindlichen Lagern sehr auffällig aus. Wer will behaupten, dass eines der großen Völker am 2. August 1914 gefragt wurde, ob Krieg oder Friede sein solle? Wer will behaupten, dass selbst in den parlamentarisch regierten Ländern Westeuropas das Volk den entscheidenden Einfluss auf den Gang der Politik hat? Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist in keinem Lande auf dem Wege über das Parlament zu erreichen; denn jedes Parlament ist der Ausschuss des Staates, der unter dem Glorienschein der Demokratie die Verwaltungsgeschäfte der herrschenden Klassen zu besorgen hat. Wes Geistes Kinder die modernen Parlamente sind, davon geben die innerpolitischen Vorgänge, die sich zurzeit in Deutschland abspielen, ein lehrreiches Beispiel. Wir wollen nur die Tatsachen *consecutio temporum* aufmarschieren lassen. Ihre Sprache ist so eindringlich, dass jedes Wort der Interpretation überflüssig, sogar abschwächend und daher schädlich wäre.

Mitte Juli wird ziemlich plötzlich Herr von Bethmann-Hollweg verabschiedet. Es heißt: in Folge eines unvorhergesehenen Vorstoßes des Herrn Erzberger. Gleich darauf bildet sich eine Reichstagsmehrheit aus Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie, die eine Friedensresolution durchsetzt, die ganz im Zeichen der Politik des Herrn Bethmann-Hollweg steht. Und zu allem Überflus erklärt Herr Hötzsch in der „Kreuzzeitung“: „Bei den Äußerungen des Abgeordneten Scheidemann war es zweifelhaft, ob er im Namen des Herrn von Bethmann sprach, bei dem Abgeordneten Erzberger ist es nicht zweifelhaft dass er der Vertrauensmann des zurückgetretenen Kanzlers war, wie er ja von ihm zu zahlreichen diplomatischen geheimen Missionen benutzt worden ist.“ Jedenfalls wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass Herr von Bethmann-Hollweg über den Vorstoß dieses selbigen Herrn Erzbergers gestolpert sei. Im Augenblicke der Verabschiedung des alten Kanzlers war auch

schon der neue da. Der deutsche Reichstag stand vor vollendeter Tatsache und seiner Mehrheit war das so selbstverständlich, dass nicht einmal der „Vorwärts“ daran dachte, dass die Art, wie in Deutschland Reichskanzler ernannt werden, im Grunde recht wenig mit „Demokratie“ zu tun hat; er vergaß das, obgleich er, seit Scheidemanns und Eberts Heimleuchtung aus Stockholm, eifrigst die Werbetrommel der Demokratisierung Deutschlands gerührt hatte. Einzig das „Berliner Tageblatt“ wagte eine leise Andeutung, dass der Reichstag als Volksvertretung durch die Kanzlerernennungen doch reichlich blamiert werde. Nun war Herr Michaelis da. Die Mehrheit hielt ihm eine sogenannte Friedensresolution hin. Herr Michaelis bekannte sich zu ihr, ohne es indessen mit der Rechten zu verderben. Im Gegenteil: die Presse der Konservativen nannte ihn ihren Mann und freute sich der Verabschiedung des Herrn von Bethmann-Hollweg von ganzem Herzen. Kaum hatte Herr Michaelis sich zu der Friedensresolution der Mehrheit bekannt, so unterbreitete er – nicht dem Reichstag, sondern einer Konferenz von Pressevertretern ein reichhaltiges Belastungsmaterial über die Eroberungsabsichten der Entente, aus dem klar hervorging, dass der Kanzler nicht daran denke, Frieden zu schließen, solange die Entente derartige Pläne verfolge. Wenig später antwortete Herr Michaelis einem Vertreter der „Dresdner Neuesten Nachrichten“: „Jetzt gilt es unter Vermeidung jeder Nervosität die Gegner von der ungeminderten Kraft Deutschlands zu überzeugen, dass die Spekulation auf unsere vermeintliche Schwäche aus ihrer Berechnung ausscheidet,“ worauf die „Kreuzzeitung“ prompt kommentiert: „In Dresden hat der Kanzler sich zu dem Hauptschriftleiter der dortigen „Neuesten Nachrichten“ in einer Weise ausgesprochen, die auf eine scharfe Kritik an dem Verhalten der Reichstagsmehrheit hinausläuft.“ Der „Vorwärts“ weiß sich aus dieser peinlichen Lage nicht anders zu retten, als indem er resigniert schreibt: „Ebenso muss es dem Reichskanzler überlassen bleiben, ob er sich dauernd gegen die Mehrheit ausspielen lassen will, wie das in der Presse der Rechten jetzt täglich geschieht.“ Das war am 3. August. Am 5. August lief ein Telegramm Hindenburgs durch die Presse, in welchem die „felsenfeste Zuversicht“ Ausdruck fand, „dass auch im Reich der Geist der Einigkeit und Ausdauer lebendig bleiben wird, der unserem Volke den Sieg und den ehrenvollen Frieden verbürgt.“ Herr Michaelis – an ihn war das Telegramm gerichtet – antwortete darauf: „Das Volk in der Heimat behält in tiefer Dankbarkeit die Taten von Heer und Flotte vor Augen und wird im Geiste der Einigkeit und Ausdauer in der Heimat dulden, streiten und siegen bis zum ehrenvollen Frieden.“ Nunmehr konnte Herr Reventlow sein hohes Ross in aller Öffentlichkeit gegen die sogenannte Mehrheit aufzäumen und die ganze Donquichoterei von Erzberger bis Scheidemann mit hiebsicheren Streichen in den Sand strecken.

Der „Vorwärts“ hat es seitdem in Sachen der Demokratisierung und Parlamentarisierung nur bis zum Stottern und Stammeln gebracht. Einen umso sicheren Zungenschlag bekam dafür die konservative Presse, und die „Deutsche Tages-Zeitung“ verprügelt seitdem mit taktfesten Schlägen Sack und Esel zugleich. Man ist an diesem Organ gewohnt, dass es die Dinge beim rechten Namen nennt, und so stimmt es auf den Kopf, wenn sie im Laufe der Affäre schrieb: „die mit der Demokratisierung oft verknüpften Vorstellungen von der Selbstherrlichkeit des freien Volkes sind eine arge Selbsttäuschung. Es ist nicht das Volk, das sich selbst regiert, es sind auch nicht die Besten und Tüchtigsten, die führen und vorangehen, sondern was in dem Reiche uneingeschränkter Demokratie dem Volke den Willen aufzwingt, das ist das Bündnis von Großkapital und Hochfinanz, das sich als treibende Kraft hinter der vorgeschobenen Kulisse der Demokratie verbirgt.“ Man wird den Politikern der „Deutschen Tages-Zeitung“ die intime Kenntnis der politischen Vorgänge und ihrer treibenden Kräfte nicht streitig machen können.

Umso rührender ist das Bild der guten Tante Voß, die tränenerfüllten Auges der ganzen demokratischen Herrlichkeit mit dem Stoßseufzer nachblickt: „Ein Personenwechsel, aber ach, leider kein Systemwechsel!“ Herr von Bethmann-Hollweg geht – Herr Helfferich bleibt,

entgegen dem Wunsche der Mehrheit des Reichstags, wie Herr Georg Bernhard noch heute mit großem Erstaunen feststellt. Es kommt eine ganze Anzahl neuer Männer an die Reihe. Wir nennen einige Namen und überlassen es - unseren Lesern, die hinter ihnen verborgenen Männer in ihrem Gedächtnis aufzustöbern: Dr. Schwander, Max Wallraf, A. Otto Rüdlin, Wilhelm von Waldow, August Müller, Edler von Braun, Dr. Drews, Oskar Hergt, Paul von Eisenhardt-Rothe, Dr. Friedrich Schmidt. Wir wissen nicht, wer von diesen Herren den deutschen Arbeitern bekannt ist. Jedenfalls gehören sie zum Kabinett Michaelis. Zuletzt mussten noch die Herren Batocki und Gröner aus dem Amte scheiden; der eine, weil er es den deutschen Großagrariern, der andere, weil er es der deutschen Schwerindustrie nicht recht machte. Das ist das Bündnis von Großkapital und Hochfinanz, belehrt uns die wissende „Deutsche Tages-Zeitung“. Bankos Geist, würde Heine sagen.

Von alledem waren die deutschen Sozialpatrioten und deutschen Sozialpazifisten wohl unterrichtet. Trotzdem schwelgten sie in den Wonnen der Demokratisierung, des Parlamentarisierens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber keiner von ihnen fand ein Wort des Protestes gegen die geschilderten tatsächlichen Vorkommnisse. Wohl aber lässt sich der „Vorwärts“ von einer Position in die andere zurückdrängen, während Herr Lentsch in der „Glocke“ den 19. Juli als einen Tag des Triumphes der deutschen Sozialdemokratie feiert und ein sozialdemokratischer Redner im Hauptausschuss des Reichstages das Vorhandensein eines Vizekanzlers als einen revolutionären Akt bezeichnet. Unterdessen söhnt sich der „Vorwärts“ mit dem Gedanken eines „Reichsrats“ langsam aus und die sozialdemokratische Fraktion beteiligt sich an den Beratungen der „Freien Kommission“, von der die „Deutsche Tages-Zeitung“ sagt, dass sie nötig geworden sei, da selbst der Hauptausschuss nicht mehr die nötige Gewähr für die Vertraulichkeit geboten habe. So wandern die entscheidenden Verhandlungen vom Plenum in den Hauptausschuss, vom Hauptausschuss in die „Freie Kommission“. Das ist der „Weg zur Demokratie“, dem es kein Zurück mehr gibt, wie der „Vorwärts“ sagt.

Zu alledem sagen die Sozialpatrioten und Sozialpazifisten, die Leute um Scheidemann und Haase, ja und Amen. Fürwahr, gegen diese Gestalten waren die Männer der Paulskirche noch Heroen des Geistes und der Kraft.

Wir haben nie etwas anderes von ihnen erwartet. Auch sind sie in allen Ländern Brüder mit gleichen Kappen. Nur von den Arbeitern erwarten wir, dass sie sich hinfert kein Selbstbestimmungsrecht mehr vorgaukeln lassen, wo kein Selbstbestimmungsrecht ist und wo es keines geben kann. Sie haben soeben in ihren eigenen Organisationen erfahren müssen, wie es dort, wo sie glaubten, die Herren im Hause zu sein, kein Selbstbestimmungsrecht für sie gab. Ein Blatt nach dem anderen, eine Kasse nach der anderen wurde ihnen geraubt. Autorität, nicht Majorität! erklären die Parteiabsolutisten. Wahrlich, diese geborenen Gewaltstreicher im Reiche der Arbeiterorganisationen sind die berufenen Streiter für Demokratie! Und ihre besonnenen Nachrotteler, die Unabhängigen, die von jeder selbständigen Äußerung des Volkswillens ängstlich und peinlich abrücken, sind die berufenen Streiter für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es gibt kein Selbstbestimmungsrecht der Völker, solange die Völker im Arbeitsverhältnis stehen, das sie an das kapitalistische Unternehmertum bindet. Das mögen sich die Arbeiter merken! Es gehört zum ABC des sozialistischen Denkens.

Der Fall Grimm und seine politische Bedeutung

Auf die mehrmaligen Ersuche Schweizer Parteigenossen um meine Auffassung in dem Fall Grimm, konnte ich bis zur Erledigung der Angelegenheit durch die Untersuchungskommission, der ich angehörte, nicht eingehen. Jetzt, wo in der Schweizer Parteipresse eifrig daran gearbeitet wird, aus dieser Affäre eine Bagatellangelegenheit zu machen, oder sogar Grimm nur als Opfer seines Kampfes mit den Sozialpatrioten

darzustellen, halte ich es für meine Pflicht, als Pflicht eines Teilnehmers an beiden Zimmerwalder Konferenzen, den Fall zu beleuchten.

Ich schalte die persönliche Seite der Affäre aus, denn in ihr hat die Kommission endgültig gesprochen. Grimm hat nicht aus irgendwelchen materiellen Gründen gehandelt, er wollte ganz gewiss nicht dem Imperialismus dienen. Das hat die Untersuchungskommission ihm einstimmig attestiert. Gleichzeitig hat sie festgestellt, dass er ohne Wissen der russischen Zimmerwäldler seinen verhängnisvollen Schritt getan hat, dass er sie, auch nachdem die Sache brenzlich wurde, von der wirklichen Sachlage nicht benachrichtigt hat. Dasselbe hat er sich im Verhältnis zu seiner Kollegin aus der „I. S. K.“ zu Schulden kommen lassen.

Seine nächsten politischen Freunde Martoff, Martynoff, Axelrod, Lapinski und Rakowski haben dies Verhalten Grimms als Vertrauensbruch bezeichnet, und es unterliegt für mich keinem Zweifel, dass dieser Vertrauensbruch Grimm unfähig macht, weiterhin die Zimmerwalder Bewegung zu repräsentieren.

Viel wichtiger ist die politische Seite der Affäre, der geistige Mechanismus des Falles Grimm, wenn man so sagen darf. Er verdient die Aufmerksamkeit nicht nur der Schweizer Arbeiter. Warum hat sich Grimm an den Bundesrat Hoffmann gewendet? Grimm antwortet, er wollte die Kriegsziele der Regierungen erfahren. Aus keinen anderen Gründen. Die Untersuchungskommission hat diese Erklärung als nicht glaubwürdig abgelehnt. Grimm wiederholt sie weiter, was sein gutes Recht ist, aber dann sei auch mir erlaubt die Gründe darzustellen, die mich bewegen, seinen Erklärungen keinen Glauben zu schenken.

Ich halte zwar Grimm für keinen produktiven Kopf, der imstande ist, neue Fragen selbständig zu beleuchten. In dem, was die Zimmerwalder Bewegung zur Beantwortung der durch den Krieg aufgeworfenen Fragen geleistet hat, hat Grimm selbständig nichts beigetragen, er lebte von Anleihen bei der Zimmerwalder Linken, deren Standpunkt er verwässerte. Selbst in der Beleuchtung der Schweizer Angelegenheit war er nur ein Schüler der Linken, was gegebenenfalls konkret illustriert werden kann. Aber, wenn es eine Legende ist, Grimm als den geistigen Führer von Zimmerwald darzustellen, so setzt sich Grimm selbst herab, wenn er zu seiner Verteidigung vor der Untersuchungskommission ausführte, er sei sehr mit Arbeit überhäuft gewesen und konnte die Kriegszieldebatten nicht genau verfolgen, er sei also nicht genügend informiert gewesen und wandte sich deshalb an Hoffmann.

Grimm ist ein sehr intelligenter Mensch und seine Kenntnisse, wenn nicht der imperialistischen Literatur, so ... der „Berner Tagwacht“, reichten ganz gewiss zur Beantwortung der Frage nach den Kriegszielen. Wollte er sich eingehender informieren, so hatte er ganz gewiss viel näher zu seinen Freunden Lapinski und Martow, als zu seinem Klassenfeinde Hoffmann. Sollte er behaupten, er hätte sich nach offizieller Erleuchtung gesehnt, um eventuell den russischen Genossen sagen zu können, hier habt ihr vertrauliche offizielle Erklärungen der Regierungen, so fällt diese Verteidigung glatt ins Wasser angesichts der Tatsache, dass er selbst zwei Jahre lang vor der Welt die Schweizer Regierung der mangelnden Neutralität bezichtigt hatte.

Wie die Kommission es schon feststellte, enthält das Grimmsche Telegramm außer der Anfrage nach den Kriegszielen eine Darstellung der Lage in Russland, eine Versicherung der Bereitschaft Russlands zu Friedensverhandlungen, Winke, was diese Friedensverhandlungen stören konnte, und das alles unter Berufung auf maßgebende Stellen, was von Bundesrat Hoffmann nicht anders verstanden werden konnte, als dass Grimm im halboffiziellen Auftrage der russischen Regierung oder mindestens der sozialpatriotischen Minister den Boden für Friedensverhandlungen abtastet.

Will man nicht als einziges Motiv Grimms seinen Ehrgeiz, vor Hoffmann eine Weltrolle zu spielen, annehmen, ich persönlich nehme an, dass bei dem Ehrgeiz Grimms dies mitspielte – so muss man mit der Kommission annehmen, dass der wichtigste Beweggrund Grimms in

dem Bestreben lag, Friedensverhandlungen der Regierungen anzubahnen, welche Bestrebung in seiner Auffassung der russischen Revolution begründet war, einer Auffassung eines kleinstaatlichen Staatsmannes, aus dem hohen Rat der Stadt Bern, nicht aber eines revolutionären Sozialdemokraten, und hier eben liegt der *Sündenfall Grimms*. Beziehungen zu der Geheimdiplomatie selbst sind nicht prinzipiell abzulehnen. Würde sich Grimm mit Wissen der Internationalen Sozialdemokratischen Kommission an einen Diplomaten gewendet haben in der Hoffnung, von ihm Akten zu erhalten, die zur Kompromittierung der imperialistischen Diplomatie dienen können, er würde im Interesse der revolutionären Sozialdemokratie handeln. Die Sünde gegen den heiligen Geist liegt in dem Bestreben Grimms, die russische Revolution durch Friedensverhandlungen der kapitalistischen Diplomatie retten zu wollen, was, wie gesagt, als Tatsache angenommen werden muss, wenn man nicht den ganzen Fall Grimm als sinnloses Abenteuer eines Ehrgeizlings darstellen will.

Grimm ist sehr ehrgeizig, aber ich glaube keinen Augenblick daran, dass er seinem Ehrgeiz fröhnen würde, wenn der von ihm getane Schritt in seinem Bewusstsein im Widerspruch zu seinen wirklichen Auffassungen gestanden hätte: ich bin überzeugt, dass Grimms Taten seinen Überzeugungen immer entsprechen. Sein Malheur ist nur, dass seine Überzeugungen und seine Taten seinen Worten nicht entsprechen. Die Zimmerwalder Rechte, die Ledebour, Modilieni, Brison haben immer als Ziel der Zimmerwalder Bewegung einen sog. Verständigungsfrieden dargestellt, d. h. ein Kompromiss der kapitalistischen Regierungen, geschlossen unter dem Druck der von uns geführten Friedenskampagne, an der sich immer größere Volksmassen beteiligen werden. Darum können die Vertreter der Zimmerwalder Rechten zwar Grimm wegen seines desorganisatorischen Vorgehens ohne Wissen der Zimmerwaldparteien verurteilen, aber sie sehen in seinem Schritt nichts prinzipiell Unzulässiges. Und wir sehen, wie prompt die italienische Parteileitung, die auf dem Boden der Zimmerwalder Rechten steht, ihm das Vertrauen ausspricht, während die russischen Bolschewiks unter der Anerkennung des Urteilspruchs, das Grimm von dem Verdacht der deutschen Agentschaft freispricht, erklären: wir haben mit Grimm nichts mehr gemein.

Die Zimmerwalder Linke erstrebt den Frieden der Völker geschlossen auf den Ruinen der kapitalistischen Regierungen. Nur dann – sagt sie – kann es einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen geben, der die alten Annexionen nicht verewigt und die Arbeitermassen nicht zu Sklaven des Weltkapitals macht. Natürlich weiß die Zimmerwalder Linke ebenso gut, wie die neunmal weisen Männer der Zimmerwalder Rechten, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass sich der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats nicht so schnell entwickeln wird, dass es möglich ist, dass seine Ansätze schon die kapitalistischen Regierungen aus Feinden in Freunde verwandeln werden, die in geschlossener Front zur Verteidigung der heiligen Güter des Kapitals aufmarschieren werden. Aber dann ist der Kompromissfrieden des Imperialismus auf Kosten der kleinen Völker und der proletarischen Massen ein Resultat unseres Kampfes, nicht unser Ziel, und wir tragen für seine Folgen keine Verantwortung.

Umgekehrt, wir stehen ihm gegenüber als Ankläger da, die die Volksmassen zum Kampfe gegen diese Friedensgräuel – wie ein gutes Wort des deutschen Dichters Meyring lautet – mobil machen. Auf welchem Standpunkt stand Grimm? Man lese die Friedensresolution von Kienthal, deren Entwurf er ausgearbeitet hat und die wir nach einer Umarbeitung annahmen, weil unsere, viel schärfere, keine Aussichten auf Annahme hatte. Man lese die letzten Jahrgänge der „Tagwacht“. Grimm stellt sich in dieser Frage auf den Boden der Zimmerwalder Linken. Aber wo es sich um Taten handelt, verlässt er diesen Standpunkt. In seiner Schweizer Politik lehnt er die Vaterlandspolitik ab, aber nur theoretisch. Praktisch widersetzt er sich den Bemühungen, die Parteileitung, die parlamentarischen Vertretungen der Partei von den Sozialpatrioten zu reinigen, die organisch unfähig sind, die Beschlüsse des Parteitag auszuführen. Er will seine und der Partei Haltung von der konkreten Situation abhängig machen. Schon die Schweizer Politik Grimms zeigte den Gegensatz zwischen seiner

wirklichen Überzeugung und seinen Worten, und deshalb haben wir Zimmerwalder Linken Grimm in der Sitzung der Internationalen Sozialdemokratischen Kommission am 1. Februar und 20. März unser Misstrauensvotum ausgedrückt.

Nun kommt Grimm nach Petrograd, sieht die ungeheuren Gefahren, die die russische Revolution bedrohen, Worin bestehen sie? Das Land ist verwüstet durch die zarische Wirtschaft, die Revolution muss es von Grund auf neu aufbauen. Der Krieg verschlingt aber seine Kräfte. Wo die Rettung und wo ist der Retter zu suchen? Der Friede ist die Rettung und wer ihn bringt, der Retter, sagt der sogenannte einfache Menschenverstand, unter welchem Pseudonym immer der vulgäre Opportunismus auftritt. Aber die russische Revolution wurde schon einmal im tiefen Frieden vom russischen und europäischen Kapitalismus erdrückt! Wohlgemerkt, von ihnen, denn ohne Hilfe der russischen Lockout-Helden und der französischen Anleihe war er auch im Jahre 1906-07 nicht imstande, allein mit dem russischen Proletariat fertig zu werden.

Aber Grimm wollte auf jeden Fall den Frieden, wenn es nicht anders ging, durch imperialistischen Kompromiss. Darum telegraphierte er Hoffmann über die Aussichten der Friedensverhandlungen. Würde er das sein, als was er sich so gerne ausgab, würde er ein Revolutionär sein, so würde er den russischen Arbeitern gesagt haben: stürzt die Regierung der Koalition mit den Kapitalisten, zerreißt die Verträge der Imperialisten, nehmt den Junkern den Grund und Boden, legt den kapitalistischen Hyänen des Krieges das Handwerk, richtet eine lohnde Feuersäule auf, die vor den Völkern Europas leuchten wird und das Gewehr bei Fuß, dann sich einbuddeln in den Schützengräben, dann verteidigt ihr nicht das kapitalistische Vaterland, dann verteidigt ihr eure eigenen Interessen, dann verteidigt ihr die Zukunft des europäischen Sozialismus.

Und nachdem er das getan hätte, war sein Platz in der Zimmerwalder Zentrale, in der Arbeit der Weckung, des Vorwärtstreibens der anderen Zimmerwalder Parteien. Als Exponent der russischen Revolution, als ihr auswärtiges Ministerium, sollte die Internationale sozialdemokratische Fraktion zu einem Machtfaktor werden. Stattdessen telegraphiert der Danton von Bümplitz an Hoffmann, ob er kein Mittel zur Rettung der russischen Revolution kenne. Der Vorsitzende der Zimmerwalder Konferenz entschloss sich Hilfe bei denen zu suchen, deren Todfeind die russische Revolution ist.

Dieser Gegensatz zwischen der revolutionären Phrase und den wirklichen Überzeugungen und den aus ihnen geborenen Taten, das ist der Fall Grimm. Sollte unsere Hypothese falsch sein, so gibt es keinen Fall Grimm als einen politischen Fall. Dann ist die ganze Affäre ein Reinfall eines Provinz-auch-diplomaten, der auf's Glatteis ging und ausrutschte, der eine Rolle spielen wollte, aber nicht einmal das diplomatische Handwerk beherrschte. Wir glauben, dass wie scharf auch unser politisches Urteil über Grimm ist, es ihm mehr Gerechtigkeit wiederfahren lässt, als er es selbst tut. Wir glauben nicht, dass wir Robert Grimm bei der Mehrheit der schweizerischen Parteiinstanzen, die über seine Frage entscheiden werden, schaden. Die Richter Grimms haben nicht solche Sünden auf dem Kerbholz, wie Widerspruch zwischen Phrase und Überzeugung, Wort und Tat. Die schweizerische Parteiführerschaft, die vom Sozialpatriotismus zerfressen ist, sie wird Grimm kein Auge auspicken. Sie wird sich höchstens freuen, dass er, der sie früher so scharf angriff, jetzt bei ihr Hilfe gegen die radikalen Arbeiter sucht. Aber die sollen aus dem Fall Grimm lernen, den eigenen Führer nicht so sehr auf das Maul, sondern auf die Fäuste zu schauen, wie man sie das im Verhältnis zu den Führern des Bürgertums lernte. Sie sollen den Führern, bei denen Wort und Tat nicht immer zusammengehen, kein Vertrauen schenken, denn wo Wort und Tat auseinandergehen, dort ist Fäulnis.

K. Radek.

Erklärung.

Die Berliner Mitglieder der I. S. D. erklären, dass sie mit dem Inhalt und der Herausgabe der Broschüre „Revolutionshoffnung“ von Julian Borchardt nicht einverstanden sind.

Diese Broschüre ist eine Privatarbeit Borchardts und hat mit den Kundgebungen der I. S. D. nichts zu tun.

Ferner haben die Mitglieder beschlossen, sich der neuzugründenden linksradikalen Partei anzuschließen.

Borchardt hat deshalb kein Recht mehr im Namen der I. S. D. zu sprechen.

I. A.: Robert Duchaudeau, Berlin N. 39, Sprengelstr. 25.

Wir erhielten außerdem noch folgendes Schreiben:

Werte Genossen! Wie ich höre, hat man Ihnen eine Resolution zur Veröffentlichung zugesandt, die einige Mitglieder der I. S. D. in meiner Abwesenheit gefasst haben. Da ich für weiteste Pressfreiheit bin, habe ich gegen die Veröffentlichung natürlich nichts einzuwenden. Aber vielleicht fügen Sie die folgenden tatsächlichen Mitteilungen gleich bei:

1. Dass die Broschüre „Revolutionshoffnung“ meine Privatarbeit ist, geht aus der Form ihrer Veröffentlichung deutlich hervor. Dazu bedurfte es keiner Resolution.

2. Ich habe die Broschüre, vor der Herausgabe, den Mitgliedern der I. S. D. in einer Sitzung vorgelesen. Einzelne von ihnen hatten zwar gegen die Herausgabe Bedenken, weil sie davon Anfeindungen meiner Person befürchteten. Gegen den Inhalt aber hatte keiner etwas einzuwenden.

3. Die „Arbeiterpolitik“ findet das, was sie Verirrung und daraus folgenden Verrat nennt, schon in den von ihr in Nr. 31 zitierten Sätzen gegen das Führertum. Diese Sätze sind nicht meine Privatarbeit, sondern in gemeinschaftlicher Sitzung der I. S. D. besprochen und beschlossen worden. Der darin liegende Vorwurf richtet sich also gegen alle damaligen Mitglieder der I. S. D.

4. Man könnte hier noch sagen: wer diesen wesentlichen Grundsatz der I. S. D. aufgegeben hat, der ist aus ihr ausgetreten und hat seinerseits kein Recht mehr, in ihrem Namen zu sprechen und Beschlüsse zu fassen. Indessen lege ich auf solche Formfragen keinen Wert. Nur darauf kommt es an, ob das, was man sagt, richtig und gut ist. Ich kann das Richtige auch in meinem eigenen Namen aussprechen.

Mit Gruß Julian Borchardt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

1. September

Das Stockholmer Bulletin veröffentlicht folgendes dringendes Telegramm:

Das Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte hat folgende Resolution über die letzten Verhaftungen angenommen: Das Zentralkomitee lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die dringende Notwendigkeit, ein Gesetz zu erlassen, wodurch die *Verteidigung im Stadium der Voruntersuchung zugelassen wird*. Bis zur Verwirklichung dieses Gesetzes schlägt das Zentralkomitee vor, die Delegierten des Zentralkomitees in die Untersuchungskommission für die Ereignisse vom 16. bis 18. Juli zuzulassen.

Das Zentralkomitee protestiert entschieden dagegen, dass Materialien aus der Voruntersuchung über die Ereignisse vom 16. bis 18. Juli vor Beendigung der Voruntersuchung veröffentlicht werden. In der Tatsache dieser Veröffentlichung erblickt das Zentralkomitee eine direkte Verletzung des Gesetzes und ein furchtbares Zeichen dafür, dass

das neue Gericht die schlimmsten Sitten des alten schtscheglowitowschen Gerichts übernommen hat. Das Zentralkomitee fordert, dass die Untersuchungsgewalt unbedingt den Sinn des Gesetzes befolge und dass die Verletzer des Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden.“

Dieses Telegramm zeigt, wie dringend es jetzt das Zentralkomitee hat, die Hände in Unschuld zu waschen. Wir sind in der Lage, ihm ein paar Mitteilungen zu machen, die ihm helfen sollen, es wirklich zu tun:

1. Die Verteidigung wird unseren Genossen nicht nur von den Regierungsgewalten unmöglich gemacht. Wir haben das Zentralkomitee des Sowjets telegraphisch aufgefordert, uns hier verhören zu lassen. Wir haben keine Antwort auf das Telegramm bekommen. Aber noch mehr.

2. Der Vertreter des Sowjet, W. Rosanoff, hat dem hiesigen Büro des Sowjet verboten, von uns Briefe an die bolschewikischen Zentralbehörden zur Beförderung durch Kuriere anzunehmen. Alle unsere Briefe sollen an das Zentralkomitee der Sowjets adressiert sein, das unsere Korrespondenz zensurieren wird. Nun sitzen in dem Zentralkomitee Vertrauensmänner der Bürger Kerenskis, Zeretellis, Tereschtschenko, der Männer, die mit Hilfe der zarischen Spitzel das Komplott gegen unsere Partei geschmiedet haben. Das Verteidigungsmaterial sollte also von uns den Anklägern zugestellt werden. Sonst verwies uns der Bürger Rosanoff auf den gewöhnlichen Postweg, d. h., dass das Verteidigungsmaterial der Bolschewiki durch die Hände der Spitzel der Kontraswiedka gehe, die in der Militärzensur sitzen. Wir benachrichtigten davon das Zentralkomitee telegraphisch. Bekamen von ihm aber keine Antwort.

Wir fragen jetzt öffentlich beim Zentralkomitee der Sowjet an, ob es von diesen Schlägen ins Gesicht jeder Gerechtigkeit Kenntnis haben, und ob sie die Verordnung des Bürgers Rosanow telegraphisch zurückziehen wollen und dem hiesigen Bureau des Sowjets befehlen, unsere versiegelten Pakete für die bolschewikische Fraktion des Sowjet anzunehmen. Über andere Seiten der Erklärung des Sowjet werden wir noch mit ihm sprechen.

Feuilleton

„Bam! Bam! Bam!“ flogen sie in unaufhaltsam geradlinigem Schwunge daher, einander in haftendem Fluge bedrängend, und alle vereint saugten sich tief in die Erde, rissen sich hoch in den Himmel hinein.

Ebenso gerade, wie sie, lief ich durch frisch aufgepflühtes Gefilde, das trübe erglänzte in blutig beschienenen Schollen, wie der schwarz schimmernde Panzer einer riesigen Schlange. Über meinem Kopfe, in entsetzender Höhe, schwirrten einzeln grelle Funken vorüber und da – vor mir – der grausige Anblick des brennenden Dorfes, wo alles – Häuser, Tiere, Menschen – in gemeinsamem Scheiterhaufen vergeht. Dort hinter der launigen Silhouette der Bäume – einige rund, andere scharf wie die Lanzen – wand sich die blendende Flamme, in stolzem Schwunge sich biegender und werfender wie ein übermütig sich bäumendes Pferd, an der heißer Erde leckend, in die Höhe sausend, feurige Fetzen hoch in der dunkeln Himmel spritzend, – und dann – in raubgierigem, fegendem Tauchen von unten sich neue Beute zu holen. In meinen Ohren saust es vom heftigen Laufe, wild pocht mir das Herz, und laut, seine Schläge fieberhaft überholend, treffen mich in Kopf und Herz der rasenden Sturmglocke heulend schlagende Töne. Und so entsetzlich viel Verzweiflung war in diesen Tönen, als schlage nicht eine kupferne Glocke, sondern in Todeskrämpfen das riesige leidende Herz der Erde selbst

„Bam! Bam! Bam!“ warf der glühende Feuerbrand die abgegriffenen Töne heraus in die kühlere Luft, und schwer war zu glauben, dass solch gebieterisch heischender Schrei aus dem

Kirchturm des Dorfes komme, der so klein und so dünn aussah, so ruhig und sanft wie ein wohlgezogenes Mädchen im rosa Kleidchen.

Ich strauchelte, mich auf die trockenen Erdschollen stützend, die unter meinen Händen in Staub zerfielen; ich erhob mich wieder und lief weiter, und mir entgegen leuchtete siegreich das Feuer und hämmerte der Sturmglocke gellender Ruf. Schon hörte ich, wie das Holz, vom Feuer gefressen, knatterte und sprang, hörte das vielstimmige Schreien der Menschen, in welchem Entsetzen und Verzweiflung als gellende Dominante mir das Herz zerrissen. – Und wenn das Schlangenzischen des Feuers erlahmte, trat aus dem Meere der Laute deutlich und klar ein heulendes Stöhnen hervor; es stöhnten die Weiber, es heulte in panischem Schrecken das Vieh. ...

Ein Sumpfstreifen hielt mich plötzlich auf. Es war ein großer, dicht mit Schilf bewachsener Sumpf, der sich links und rechts unabsehbar erstreckte; ich trat hinein und kam ins Wasser – bis zu den Knien, bis zur Brust ... der Sumpf begann mich einzusaugen, und ich kehrte ans Ufer zurück. Über dem Sumpfe 0 drüben, ganz nahe vor mir, wütete das Feuer und warf Wolken goldiger Funken gen Himmel, ähnlich feurigen Blättern eines gigantischen Baumes; im stimmungsvollen Rahmen von Schilf und Riedgras spiegelte das Sumpfwasser die rasend leuchtende Farbensymphonie ... und verzweifelnd, in Todesqualen heulte der Sturmglocke gellender Ruf: „Komm! Komm! Komm! ...“

3.

In rasendem Eifer erfolglosen Wollens warf ich mich am Ufer des Sumpfes hin und her, und hinter mir mein Schatten; und beugte ich mich zum Wasser hinab, um in liegender Hast dessen Tiefe immer wieder hoffend zu ergründen, so schaute mir aus dem schwarzen Abgrunde ein Mensch aus Feuer höhnend ins Gesicht und in seinen verzerrten Zügen, seinen wild zerzausten Haaren, auf seinem Kopfe wie von entsetzlicher Kraft emporgesträubt – war ich nicht imstande, mein eigenes Bildnis zu erkennen!

„Was ist denn das? – O Gott! O Gott!“ flehte ich in verzweifelter Ohnmacht des unendlich gespannten Willens, die Hände in hoffnungssuchender Gebärde vor mich streckend ...

Und die Sturmglocke rief. Sie flehte nicht mehr – sie schrie wie ein Mensch, der stöhnte, sie keuchte. Die Töne hatten jede Regelmäßigkeit verloren und häuften sich wild aufeinander, ohne Nachklang, plötzlich sterbend, entstehend und wieder sterbend. Und von neuem beugte ich mich zum Wasser hinab, und ... neben meinem Spiegelbilde erblickte ich ein zweites Feuergespenst, lang, gerade, und zu meinem Entsetzen einem Menschenbilde ähnlich.

„Wer ist das?“ rief ich, mich umschauend. Dicht an meiner Schulter stand ein Mensch und starrte stumm ins Feuer; sein Gesicht war bleich, noch nasses Blut befleckte seine Wange und glänzte, das Feuer widerstrahlend. Gekleidet war er einfach – wie ein Bauer. Vielleicht war er schon dagewesen, als ich zum Sumpf gelaufen kam – vielleicht war er auch später gekommen – doch ich hatte sein Kommen nicht gehört und kannte ihn auch nicht.

„Es brennt,“ sagte er, ohne seine Augen vom Feuer abzuwenden. Der Widerschein des Feuers zuckte wild in diesen Augen und sie schienen groß und gläsern.

„Wer bist du? Von wo?“ fragte ich. „Du hast Blut an der Wange.“

Mit langem dünnem Finger berührte er das Blut, warf einen Blick darauf und starrte dann wieder ins Feuer.

„Es brennt,“ wiederholte er, ohne mich zu beachten, „alles brennt“.

„Weißt du nicht, wie man am schnellsten hier hinüberkommt?“ fragte ich, mich etwas von ihm entfernend; ich begann zu erraten, das müsse einer von den Unzähligen sein, welche dieser heiße, Unheil verkündende Sommer wahnsinnig gemacht.

„Es brennt,“ wiederholte er immer. „Oho – ho – hoh! Es brennt!“ schrie er und lachte wild auf, mich dabei zärtlich anblickend und den Kopf leise schüttelnd. Die rasend schlagende Sturmglocke schwieg plötzlich und lauter knatterte das Feuer. Es wand sich wie lebend und streckte sich in schmiegender Sehnsucht am verstummtten Glockenturme empor. Dieser schien jetzt, in der Nähe, viel größer, und hatte statt des rosa Kleidchens ein feuerrotes Gewand an. Oben in der dunklen Öffnung, wo die dunklen Glocken hingen, erschien nüchtern und ruhig eine kleine Flamme – wie ein Kerzenflämmchen und spiegelte sich ruhig auf der kupfernen Flanke der Glocke... Und wieder flatterten die Glockenschläge, die letzten, wahnsinnigen Verzweiflungsrufe hinausschleudernd über das Feuer hinweg in die hoffnungslose Finsternis. ... Und wieder warf ich mich in fliegender Hast am Ufer hin und her und hinter mir mein schwarzer Schatten.

„Ich komm’ doch hin! Ich komm’ hin!“ antwortete ich jemandem, der mich gellend rief. Und der lange Mensch saß ruhig hinter mir, seine Kniee mit den Armen umspannend und sang laut, die Glockentöne begleitend: „Bam! Bam! Bam!“

„Schweige!“ flehte ich.

Er lächelte und sang, den Kopf schüttelnd, und in seinen gläsernen Augen zuckte immer von neuem gespiegelt, das Feuer auf. Entsetzlicher als das Feuer selbst war er, dieser Wahnsinnige. dieses Opfer des Feuers, und ich wandte mich um und lief am Sumpfe entlang. Doch kaum hatte ich einige Sprünge getan, war seine Gestalt schon wieder neben mir, von der losen Bluse umflattert. Er lief schweigend, wie ich, in langen, Müdigkeit nicht kennenden Sprüngen, und lautlos hüpfen hinter uns unsere schwarzen Schatten über das frisch gepflügte Feld.

In den letzten Qualen des Sterbens keuchte die Sturmglocke und schrie wie ein Mensch, der schon keine Hilfe mehr erwartet, den keine Hoffnung mehr belebt. Und schwelgend, unser Ziel nicht kennend, liefen wir in die Finsternis hinein, und unsere schwarzen Schatten hüpfen spöttisch hinterdrein. ...

Die Unbesiegbaren.

Ich weiß ein Heer von unbesiegten Streitern,
die nimmer weichen und die nimmer wanken;
sie stehn im Glied, die Waffen hoch, die blanken,
und trotzen euren Schützen, euren Reitern.

Sie stürmen eure Wälle ohne Leitern
und auferstehn, soviel auch ihrer sanken,
weil sie vom Born des ew’gen Lebens tranke –
an diesem Heer wird euer Heer zerschellen.

Schon gehn sie unsichtbar um Eure Hallen
und hauen Euern Löwen ab die Prantken,
und hauen Euern Adlern ab die Krallen.

Ihr Heerschild blitzet und die Tempel schwanken,
ihr Schlachtruf donnert und die Throne fallen. –
Kennt Ihr die Streiter? Das sind die Gedanken.

Ludwig Pfau.

Zeugen und Rufer.

Der „nationale Gedanke“, der sich seit einem Vierteljahrhundert in Deutschland regte, war seinem inneren Wesen nach die Befriedigung der Bourgeoisie über die Beseitigung der Schranken, welche in den Kleinstaaten und ihren verzopften Einrichtungen der Ausbreitung des Kapitalismus im Wege gestanden hatten. Aber im Laufe einer mit beispielloser Kraft und Schnelligkeit um sich greifenden Entwicklung ist dieser Gedanke selbst eine Schranke geworden, an welcher die Expansionskraft des Kapitals ungeduldig rüttelt; in dem Zeitalter der Kartelle und Trusts einer-, der internationalen Arbeiterbewegung, andererseits verwittern die Farben an den Grenzpfählen der einzelnen Länder; das Kapital züchtet eine neue, über Europa regierende Kaste heran, und diese Kaste ist wesensgleich, in der Tat eine und dieselbe vom Scheitel bis zur Sohle, in London wie in Rom, in Madrid wie in Moskau.

Franz Mehring. 1891.

*

Wenn wir uns eines in diesen schweren Tagen eingestehen wollen, was wertvoll ist, so ist es dies: nicht über das Versagen der Internationale klagen, was bei manchen sogar mit gewisser Schadenfreude geschieht, weil sich doch die nationale Idee stärker erwiesen habe, sondern zu erkennen, dass die Internationale versagte, weil sie zu wenig sozialistisch war. Sie versagte im Kampf der Nationen, weil sie, so paradox dies klingt, schon früher versagt hatte im Kampfe der Klassen, das heißt, weil aus dem Sozialismus, der nichts anderes sein wollte, als die bewusst gewordene Tendenz der Überwindung der Klassengegensätze, geworden war eine Bestrebung für Verbesserung der Lage des Proletariats bloß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Gewiss ist auch dieses Werk ein eminentes Kulturwerk gewesen, und es ist unerlässlich, an den Vorbedingungen der Emanzipation des Proletariats zu schaffen. Allein, wenn das, was bloße Vorbedingung sein soll, zum Endziel aller Politik des Proletariats wird, so bedeutet dies eine Einschränkung seines historisch schaffenden Bewusstseins, die es um alle entwicklungsgeschichtliche Bedeutung bringen, ja auf die Gemeinplötzlichkeit einer nur etwas radikaleren Brotinteressenverfechtung herabdrücken muss.

Aus: Max Adler. „Prinzip oder Romantik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 37/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 15. September 1917.

Nr. 37

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Eine zwiefache Komödie.

Im Lager der Imperialisten ist ein Streit entbrannt. Den Zankapfel bildet die Frage: wer hat die Mehrheit des Volkes hinter sich? Über die bekannte Friedensresolution der Reichstagsmehrheit ist die Eintracht in die Brüche gegangen. Hie Verständigungsfriede! Hie deutscher Friede! so lauten die Parolen. Unterwürfigkeitsfrieden! Eroberungsfrieden! so lauten die Anklagen. Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokratie auf der einen Seite, die Nationalliberalen der Schwerindustrie und die Konservativen auf der anderen Seite, das sind die beiden Lager.

„Vorwärts“ und „Deutsche Tageszeitung“ schwingen das Panier. Scheidemann und Graf Reventlow tragen die Banner. Wer hat die Mehrheit hinter sich? Das ist hier die Frage.

Ist die Antwort nicht leicht? Ist es nicht ein einfaches Rechenexempel? Hie Mehrheit des Reichstags also auch Mehrheit des Volkes. Dort Minderheit des Reichstages, also auch Minderheit des Volkes. Falsch! ruft Graf Reventlow, die Rechnung stimmt nicht. 1912 wurde dieser Reichstag gewählt. Heute, nach 5 Jahren hat sich das Bild geändert. 110 Sozialdemokraten schlüpfen damals in den Reichstag hinein. 20 davon haben sich bereits von der Partei losgesagt. Weitere 20 oder vielleicht noch mehr treiben immer noch Fraktionsopposition. Ein Dutzend, vielleicht noch mehr, sind konsequente Imperialisten. Der „Vorwärts“ betreibt die Politik des Herrn von Bethmann-Hollweg. Wer weiß, ob der ehemalige Kanzler nicht eines Tages unter die Führer der Sozialdemokratie geht!? Die „Glocke“ treibt die Politik des Herrn von Tirpitz. Die sozialistischen Monatshefte sind ebenfalls kein so übles Organ. Die sozialdemokratische Tagespresse flattert wie buntes Gevögel nach allen möglichen Richtungen in den Käfigen des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus durcheinander. Die Einheit der Partei ist ein buntes Allerlei geworden, ein Trödlerladen, in dem man für wenig Geld alte Hosen und Talmiringe bekommt. Als die Sozialdemokratie noch nicht gespalten war, war sie eine Millionenpartei. Nach einem Kriegsjahr schon war sie auf ein Drittel zusammengeschrumpft und jetzt, nach der Spaltung, hütet der Parteivorstand die Mitgliederzahl wie ein furchtbares Geheimnis. Er wird allen Grund dazu haben. Und wie sind erst die sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammengeschrumpft! Will diese zerrüttete Partei etwa behaupten, sie habe die Massen des

Volkes hinter sich? Selbst in ihres Daseins höchster Blüte umfasste sie nur einen winzigen Bruchteil des deutschen Volks. Und die sogenannte Reichstagsmehrheit, die 50 Jahre deutscher Reichstagstätigkeit haben deutlich genug gezeigt, wie bald Schönheit und Gestalt sogenannter Mehrheiten verschwinden. Wir kennen die Fortschrittler, wir kennen das Zentrum. Wir haben keine Angst vor ihnen. Diese Mehrheit imponiert uns nicht. So sagt Graf Reventlow.

Der „Vorwärts“ aber höhnt: habt ihr paar Konservativen denn etwa die Mehrheit des Volkes hinter euch? Worauf Graf Reventlow kühl und gelassen antwortet: wir haben den Kaiser und Hindenburg. Und jetzt haben wir auch noch einen Kanzler, der uns gehört. Ihr habt zwar eine Reichstagsmehrheit, die in den Spuren des Herrn Bethmann-Hollweg wandelt; aber euer Kanzler musste gehen und die Herren Batocki und Gröner sind ihm nachgefolgt. Das ist zwar ein etwas eigenartiges Spiel, aber hier entscheidet die Macht. Dass Mehrheit und Macht aber nicht dasselbe sind, solltet ihr Herren Sozialdemokraten eigentlich längst wissen. Wir haben, euch das oft genug demonstriert, und schließlich habt ihr euch selbst als unsere gelehrigen Schüler gezeigt, indem ihr euch den Teufel um die Mehrheit schertet, als ihr den Arbeitern den „Vorwärts“ und einige andere Organe vor der Nase wegnahmt. Man kann sehr gut als Minderheit regieren, wenn man nur die Macht hat. Die Weltgeschichte lehrt diese Wahrheit auf jedem Blatte.

So geht das Streiten hin und her. Eine Einigung scheint aussichtslos. Um dem ein Ende zu machen, hat sich der „Vorwärts“ zu einem offenen Brief an den Grafen Reventlow verstiegen, in dem er kühn die Volksentscheidung anruft. Neuwahlen! Neuwahlen! Wird der Herr Graf das Tänzlein wagen? Und siehe da: schon ruft die konservative Presse nach der Reichstagsauflösung. Es beginnt ernsthaft zu werden! Eine Reichstagsauflösung, Neuwahlen mitten im Kriege, an den Fronten statt der militärischen Anspannung politische Entscheidungen, politische Debatten im ganzen Lande und weit über die Grenzen hinaus von Ostende bis in das Elsass, von der Ostsee bis an den Euphrat! Was soll daraus werden.

Neuwahlen im Zeichen des Burgfriedens? Das wollen beide Lager nicht. Gründliche allseitige Aufklärung des Volkes fordert Graf Reventlow. „Werden die Konservativen schon für alle bevorstehenden Nachwahlen den Burgfrieden aufsagen, damit hier wenigstens die Volksstimmung erkundet werden kann? Sind die Konservativen, falls die Regierung die Befragung des Volkes verweigert, bereit, durch freiwilligen Mandatsverzicht diese zu erzwingen?“ fragt der „Vorwärts“. Also: Aufhebung des Burgfriedens, Aufhebung der Zensur, Beseitigung des Belagerungszustandes, Befreiung der politischen Inhaftierten! Und wozu das? Damit endlich festgestellt werde, wer die Mehrheit des Volkes hinter sich habe.

Aus diesem gewichtigen Grunde Aufhebung der Kampfhandlung für die Zeit der Wahlen, politische Agitation an den Fronten, Verhandlungen mit der Entente zwecks Befragung der deutschen Gefangenen. Glauben die Sozialpatrioten, dass in diesen Zeiten Kriegswahlen vorgenommen werden können? Sie, die unentwegt auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, wollen es verantworten, dass die Entente die Gelegenheit benutzt, um die deutschen Fronten zu durchbrechen? Uns dünkt, der Graf könnte das Tänzlein wagen. Die Auflösung des Reichstages wäre das sicherste Mittel, die Reichstagsmehrheit zu sprengen. Weder Fortschrittler noch Zentrum würden es je auf einen ernsthaften Konflikt mit der Regierung ankommen lassen.

Und die Sozialpatrioten? Können und dürfen sie, nachdem sie die Regierung drei Jahre lang unterstützt haben, eine Fronde gegen sie wagen? Sie werden von den Massen der Arbeiter, denen sie zahlreiche Organe, Kassen und Organisationen genommen haben, davongejagt werden. Es gibt für sie keine größere Gefahr als eine Reichstagsauflösung. Graf Reventlow hätte die an ihn gerichtete Frage mit der Gegenfrage beantworten können: was wollen Sie, meine Herren, tun, wenn die Regierung den Reichstag auflöst, aber

Belagerungszustand und Burgfrieden und Zensur bestehen lässt? Werden Sie dann die Massen des Volks aufrufen gegen die Regierung? Sie müssen es, wenn Ihre Drohung mit der Reichstagsauflösung mehr als eine demagogische Geste sein soll.

So hätte Herr von Reventlow antworten können. Aber es ist schon nicht mehr nötig. Der „Vorwärts“ wehrt sich schon mit Hand und Fuß gegen die Anschuldigung, dass er die Reichstagsauflösung zuerst gefordert habe. Ihm wird bereits vor den Konsequenzen seiner Forderung, die er und niemand anders zuerst aufgestellt hat, angst und bange. Aber es ist auch ebenso sicher, dass auch die Konservativen es keinen Augenblick ernst mit den Neuwahlen gemeint haben. Sie wissen zu gut, dass in Zeiten großer historischer Ereignisse kleine Ursachen besonders große Wirkungen haben können. Sie wissen, dass die Wogen des politischen Kampfes sehr leicht die Dämme des Belagerungszustandes durchbrechen können und darum hüten sie sich, die Geister zu rufen, die man nachher nicht mehr loswerden kann. Auch haben sie einen zu guten Einblick in das Wesen des Parlaments, als dass sie um einer so untergeordneten Frage willen wie die der Mehrheit oder Minderheit, ihre gesamte Existenz auf's Spiel setzen könnten.

Nur ein harmloses Gemüt wie das des Herrn Georg Bernhard kann sich die Aufgabe stellen, den Reichstagsabgeordneten ins Gewissen zu reden, dass sie die Geheimtuerie beseitigen und wenigstens die Verhandlungen über die wichtigsten politischen Angelegenheiten vor dem Forum der Öffentlichkeit durchsetzen sollten. Ein Reventlow wird niemals in solche Träumereien verfallen. Er weiß, wozu Parlamente da sind. Und er weiß, dass es die Aufgabe der Parlamentarier ist, mit viel Worten möglichst wenig zu sagen. So enthüllt sich der ganze Streit über die Reichstagsauflösung als eine Komödie, als ein demagogischer Appell an die Massen, die über die Friedensfrage entscheiden sollen.

Regierungspolitik als Marxismus.

Nichts ist beschämender oder, wenn man so will, erheiternder, als zu sehen, wie sich die Sozialpatrioten abquälen, ihrer Politik eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Zwar Herr Scheidemann und der ganze Schwanz politischer Dilettanten, der sich ihnen anhängt, haben dieses Bedürfnis nicht. Sie treiben Tagespolitik, schauen nicht über den engen Horizont ihrer parlamentarischen Bretterbühne, auf der sie Weltgeschichte agieren, hinaus, suchen heute mit diesen, morgen mit jenem Mittelchen einen Knalleffekt zu erhaschen, unbekümmert um die Richtung, in der sie also getrieben werden, und nur bereit, morgen mit demselben Wortschwall das Gegenteil von dem zu sagen, was sie heute verkünden. Es ist der Weg, der über jeden neuen Selbstbetrug zu einer neuen Niederlage führt, ohne dass darunter das Selbstgefühl jener Frösche litte, die sich wie in der Fabel aufblähen, um den großen Ochsen der Weltgeschichte zu gleichen.

Anders ist es mit jenen Leuten, die so viel vom Marxismus genossen haben, dass sie im Wirrsal des weltgeschichtlichen Treibens den Ariadnefaden einer wissenschaftlich begründeten Politik schätzen gelernt haben. Aber freilich, hier war die Politik vom 4. August gegeben und der Theorie blieb nur die Aufgabe, die Politik zu rechtfertigen, statt ihr die Bahnen zu zeigen. Es kommt dabei eine Wissenschaft heraus, der die selbstverständliche Grundlage, die Prüfung der Tatsachen, um aus ihnen unvoreingenommene Schlüsse zu ziehen, fehlt. Die Wissenschaft prostituiert sich, sie wird zur gefälligen Magd bestimmter Absichten und Tendenzen. Wir haben das wiederholt an den pseudowissenschaftlichen Versuchen der Cunow, Lensch usw. nachgewiesen, die zu einer kritiklosen Verwendung von Zitaten, einer Vergewaltigung offener Tatsachen und, allerdings sehr wortreicher, Unlogik führten. In unheilbare Widersprüche verheddern sich diese Herren, wenn sie versuchen, die Taktik ausländischer sozialdemokratischer Parteien kritisch zu behandeln.

Eine gewisse Wehmut packte uns, als wir diese Tage zwei offene Briefe *Konrad Haenischs* an *Hendrik de Man* lasen, die in den Nummern vom 23. und 24. August des „Hamburger Echo“ abgedruckt sind. Bei seiner Hypertrophie des Herzens wirkt ja der gute Konrad immer stark auf das Gefühl ein, wie seine ganze Politik in Ursache und Form aus Gefühlsergüssen besteht. Schwer wird es uns, den sentimental Ton zu vermeiden, da wir einst de Man und Haenisch ebenso nahegestanden, wie diese beiden sich, und gewisse Vorfälle, die Haenisch erwähnt, auch bei uns wehmutsvoll Erinnerungen aus früherer Zeit wecken. Aber mit Gefühlen machen nur die Haenischs Politik. Anlass zu den Briefen gab eine Rede, die der belgische Leutnant de Man in Petersburg gehalten hat, um die russischen Soldaten für die große Offensive zu begeistern. Sie ist uns leider unbekannt, doch zeigen die Zitate Haenischs den hoffnungslosen geistigen Fall eines ehemaligen klaren Marxisten, der unter dem verwirrenden Eindruck der deutschen Invasion in Belgien dem Entente-Imperialismus anheimfiel und dessen Aufgabe es nun ist, die Propaganda für diesen Imperialismus mit einem Phrasenschwall zu umhüllen, dessen Geistlosigkeit er früher schonungslos bloßlegte. Die Wissenschaft machte de Man bankrott, als er versuchte, den Sozialismus mit den Interessen der Entente zu verkuppeln. Demgegenüber ist es Haenisch leicht, den *Leutnant de Man* mit dem schweren Geschütz von Zitaten aus Veröffentlichungen des *Marxisten de Man* niederzukartätschen. Aber welchen Effekt würde es machen, wenn wir einmal den Sozialdemokraten Haenisch aus seiner Leipziger und Dortmunder Zeit gegen den jetzigen Haenisch ausspielen wollten? Hendrik de Man könnte sich dasselbe Vergnügen leisten und dieser belgische Leutnant könnte mit ebenso viel scheinheiliger Selbstgefälligkeit und ebenso windiger Logik auftreten. Und mit ebensolcher Berechtigung könnte er den Pfeil zurückschleudern, den Haenisch auf ihn abschnellt:

Wenn wir deutschen Sozialisten „umgelernt“ haben, so haben wir uns dabei doch keinen Augenblick von den Grundlagen unserer marxistischen Erkenntnis, von der Basis unserer ökonomisch-historischen Betrachtungsweise alles politischen Geschehens entfernt. Gerade von dieser Basis aus sind wir zu unseren neuen politischen Schlussfolgerungen gekommen. Unser „Umlernen“, wenn wir einmal bei diesem Ausdruck bleiben wollen, war ein Weiterlernen, ein Hinzulernen. Ihr Umlernen aber, de Man, war nichts anderes als ein Rückfall in die ödeste Phraseologie des Vulgärliberalismus, die niemand früher bitterer verspottet hat als Sie selbst. Ihr Umlernen war ein Verlernen, ein Zurücklernen!

Ebenso wenig wie die hohlen Phrasen de Mans von der Demokratie, die gegen den deutschen Militarismus kämpft, ist das Marxismus, was Haenisch einem Lensch und Cunow nachschwätzt. Hier wie dort ist es das nackte Interesse der Imperialisten, das sich als Marxismus ausspielt.

Das springt in die Augen, wenn etwa Cunow, das wissenschaftliche Haupt der Sozialimperialisten, weltpolitische Fragen behandelt. So spricht er sich in Nr. 17 der „Glocke“ über den Niedergang der russischen Revolution aus. Und siehe da, zu welchen Schlussfolgerungen kommt da derselbe Cunow, der hier in Deutschland durch seine pseudowissenschaftlichen Veröffentlichungen der äußersten antiproletarischen Politik als Lehrmeister dient? Er sieht den Hauptfehler der zweiten russischen Revolution „in dem auch von einem gewissen Teil der sozialistischen Führerschaft geteilten Irrtum, die nach den erfolgreichen Märztagen vorhandene Lage sei schon eine zulängliche Basis für die Neuordnung der politischen Verhältnisse, d. h. das formelle Machtverhältnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft und liberaler Bourgeoisie, wie es nach diesen Tagen bestand und in der Zusammensetzung der provisorischen Regierung seinen Ausdruck fand, können als das Fundament betrachtet werden, auf dem sich nun in allmählicher Reformarbeit die Umgestaltung der Staatsordnung vornehmen lasse.“

Die revolutionäre Arbeiterschaft hätte Gewehr bei Fuß stehen müssen, „um, sobald sie die nötigen Kräfte im Lande dafür gesammelt hatte, die liberal-bürgerliche Regierung zu stürzen, eine reine sozialistische Regierung einzusetzen und die Diktatur der proletarischen Massen zu errichten“. „Die Kompromisselei mit den Liberalen ... kann nur das Resultat haben, dass infolge der offenen und versteckten Gegenwirkung der Bourgeoisie die ihr nicht passenden Reformen ... hinausgeschoben werden und inzwischen die politischen Führer der liberalen Gruppen Zeit gewinnen, mit Hilfe der durch die Revolution geschädigten reaktionären Elemente eine Gegenbewegung zu inszenieren, die bei erster günstiger Gelegenheit sich wieder der Staatsgewalt bemächtigt.“

Das sind rein bolschewikische Gedankengänge. Und wer spricht sie aus? Derselbe Cunow, der hier in Deutschland nicht nur einer Kompromisselei mit den Liberalen das Wort redet, sondern das Proletariat bewusst den imperialistischen Bestrebungen eingliedern will. Indem er betont, dass nicht Mangel an revolutionären Elan und Opfermut der proletarischen Massen, auch nicht die starke Widerstandskraft der Bourgeoisie den Rückschlag herbeigeführt hat, sondern die „Unzulänglichkeit eines großer Teils der Führerschaft“, so verurteilt er mit den Bolschewiks die sogenannten Sozialdemokraten von Plechanow bis Tschaidse, deren deutsche Abbilder die Herren von Südekum bis Haase sind. So sind es auch bolschewikische Forderungen, die er an die Revolutionäre richtet: sofortige Ausschreibung der Wahlen für die konstituierende Versammlung, schnelle Verwaltungsreform, Arbeitergesetze und Agrarreform.

Dass es sich bei alledem nicht um eine Verirrung Cunows ins linksradikale Lager handelt, beweist die Tatsache, dass vor kurzem auch die sattsam bekannte „Internationale Korrespondenz“ des Herrn Baumeister eine Lanze für die Bolschewiks brach, wobei sie mit denselben Tönen über die Presskosaken der russischen Konterrevolution herfiel, die sie sonst für die Opponenten der Politik vom 4. August zur Hand hat. Apage Satanas! rufen wir. Den deutsch-imperialischen Pferdefuß zieht Cunow hinkend nach. Er propagiert den Sonderfrieden der Revolutionsregierung mit der deutschen Regierung. Das aber ist eine Losung, welche die Bolschewiks mit guten Gründen abgelehnt haben. Nicht weil sie etwa fürchteten, diese Losung könnte unpopulär sein, ihre Politik ist nicht von Tagesstimmungen bestimmt, sondern weil sie sich vom linksradikalen, internationalen Gesichtspunkte leiten lassen. Auch sie sehen im baldigen Frieden die Sicherung der Revolution. Aber es muss ein gemeinsamer Friede sein. Deshalb ihre Politik nicht des Appells an die Regierungen, sondern des Drucks auf die Regierungen, herbeigeführt durch proletarisch-revolutionär Maßregeln. Ein so erreichter allgemeiner Friede wäre der Sieg der Revolution überhaupt.

Gerade in der Aussicht auf dieses letzte Resultat scheint uns das Geheimnis der deutschen sozialimperialistischen Spekulation in den Worten der Bolschewiks begründet zu liegen. Wie die Renaudel und Kompagnie die russische Revolution begrüßen, weil sie von ihr eine militärische Stärkung erwarteten, und sie jetzt verfluchen, wo der Erfolg ausgeblieben ist, so liegt das Interesse der Cunow und Kompagnie gerade in der gründlichen Revolutionierung Russlands. Sie haben dabei den Vorteil, ihre Hintergedanken durch marxistische Phrasen zu verdecken.

Dieser windige Marxismus offenbart sich sofort, wenn es sich um Probleme handelt, bei denen nicht die revolutionäre Opposition feindlicher Mächte in das heimische imperialistische Interesse eingeschirrt werden kann. Da hat sich Cunow an einer Debatte mit *Hermann Wendel* über das Balkanproblem beteiligt, wobei er mit seiner wissenschaftlichen Methode den Bestrebungen der verbündeten bulgarischen Imperialisten auf ein Großbulgarien unter die Arme greift. Wir lassen die Cunowsche Politik durch Wendel also kennzeichnen:

Schon die Voraussetzung, von der Cunow ausgeht, ist für einen Sozialisten nicht ganz unbedenklich. Wie er auch an anderer Stelle ausspricht, sieht er in der Gewalt das

beste Mittel für Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Balkan. Sein Ziel ist eine groß-bulgarische Balkan-Vormacht, neben der sich Serbien, Rumänien und Griechenland schüchtern ducken müssen. Cunow wird sich auch bewusst sein – er schweigt sich darüber aus – dass dieses sein Ziel nur durch einen Gewaltfrieden, also durch einen zweifellosen Sieg der Mittelmächte, zu erreichen ist, denn erst dann schlägt man ganz Mazedonien zu Bulgarien und errichtet die bulgarische Hegemonie auf dem Balkan, wenn man der Entente die Gurgel abgeschnürt hat: solange sie atmet, willigt sie nie in diese Neugestaltung ein! Logischerweise muss sich Cunow aber dann auch für einen Gewaltfrieden auf der ganzen Linie einsetzen, und es ist nicht einzusehen, warum wir unter soltanen [solchen] Umständen die verdrehte Kriegszielpolitik der Alldutschen so heftig bekämpfen sollten.¹²

Das ist krass der imperialistische Gedanke, vertreten durch Cunow, das wissenschaftliche Haupt der alten sozialdemokratischen Partei. Die Arbeiterschaft, die bewusst den Weltereignissen folgt, wird sich durch solche „Marxisten“ nicht beirren lassen, auch wenn sich diese einmal die rote Mütze aufsetzen.

Partei und Führer.

Uns ist jeder Anlass willkommen, eine wichtige Frage gründlich zu erörtern und deshalb benutzen wir einen Angriff, den Julian Borchardt im Namen der Internationalen Sozialisten Deutschlands gegen uns richtet, um die Führerfrage in der Arbeiterbewegung zu klären. Dabei wollen wir trotz unseres knappen Raumes Borchardt vorläufig das Wort geben. Der Angriff ist eine Replik auf unsere Besprechung von Borchardts Schrift „Revolutionshoffnung“. Wir sollen in dieser Besprechung Borchardt schon in der Idee für abtrünnig erklärt haben wegen des Satzes:

„Niemand darf Führer sein wollen, um die anderen zu bevormunden; niemand darf Führer haben wollen, um die Verantwortung auf sie abzuwälzen.“

In diesem Augenblick sind uns weder die verschiedenen Veröffentlichungen Borchardts noch unser eigener Aufsatz zur Hand, weshalb wir notgedrungen auf eine Gegenüberstellung von Zitaten verzichten müssen. Wäre in jenem Satze Borchardts das Schwergewicht auf die beiden Nebensätze zu legen: Führer, die bevormunden wollen, Massen, die die Verantwortung abwälzen wollen, so wäre aller Streit müßig. Weshalb aber erklärten wir Borchardt für abtrünnig? Erstens, weil sein ganzer Standpunkt in der Führerfrage zur Aktionslosigkeit führen muss, worauf wir noch eingehen werden; zweitens, weil er in der Friedensfrage das Proletariat zugunsten eines Regierungsfriedens abdanken ließ. Auf diese Frage geht Borchardt in der Veröffentlichung der I. S. D. nicht ein, weil die „Revolutionshoffnung“ seine Privatarbeit sei. Wenn uns viel an der Lösung des Sphinxrätsels Julian Borchardt gelegen wäre, würden wir von ihm eine unzweideutige Antwort auf die Beschuldigungen fordern, die gegen ihn erhoben worden sind und die nach seiner Stellung zum U-Boot-Buch Erdmanns nicht von vornherein unwahrscheinlich sind. Würden sie sich bewahrheiten, so würde Borchardt ein zweiter Robert Grimm, nicht nur die Rolle des Führers, sondern sogar die der Vorsehung für die Arbeiterklasse zu spielen bereit gewesen sein. Und wie stets die Wege der Vorsehung, wäre auch dieser wunderbar genug gewesen.

Welchen Popanz macht nun Borchardt aus unserer Auffassung in der Führerfrage? Nachdem er festgestellt, dass für die Internationalen Sozialdemokraten Deutschlands nächst

¹² Aber die Balkanfrage, diesen Eckstein der aktuellen politischen Probleme, bringen wir einen Aufsatz des Genossen *St. Mineff*, der im Gegensatz zu den sozialimperialistischen „Weitherzigen“, welche ein Großbulgarien erstreben, für die Föderative Balkanrepublik eintritt.

dem Bekenntnis zum Sozialismus der Kampf gegen die Bevormundung der Punkt sei, in dem sie unbedingt Übereinstimmung fordern, meint er:

Ob wir damit Recht hatten, kann die gegenwärtige Auseinandersetzung der „Arbeiterpolitik“ zeigen. Sie bezeichnet das als Verwirrung, als Abtrünnigkeit, letzten Endes als Verrat. Demnach will sie (und also auch die von ihr vertretene, im Werden begriffene Partei) auf das Führertum, auf die Bevormundung der Arbeiter nicht verzichten. Da wir keinen Anlass haben, an der Ehrlichkeit ihrer Absichten zu zweifeln, deuten wir das so: sie glaubt nicht, dass die Arbeiterschaft aus sich selbst heraus, aus eigener Kraft und eigener Tat den Sozialismus zustande bringen kann.

Borchardt fügt hier folgende Note bei:

Dass es so gemeint ist, dafür zeugt auch die Bemerkung der „Arbeiterpolitik“: Man könne nicht warten, „bis der letzte Arbeiter ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts“. Als ob nur Gelehrte selbständig denken, urteilen und handeln können! deshalb will sie vorangehen und die Arbeiterschaft zum *Sozialismus mit fortreißen*, sei es mit, sei es ohne ihren Willen. ...

Nach unserer Überzeugung ist das stärkste Bollwerk, das dem Werden des Sozialismus im Wege steht, die *Autoritätsfürchtigkeit* der Arbeiter, ihre *Unselbständigkeit*, ihr *Knechtssinn*. Und wir verstehen eigentlich nicht, wie jemand, der sich nicht nur Sozialdemokrat nennt, sondern es auch wirklich ist, hierüber heute noch im Zweifel sein kann. Lehrt doch die Gegenwart die furchtbaren Wirkungen dieses Knechtssinnes deutlich genug.

Eine seiner schlimmsten Äußerungen ist die, dass die Arbeiter, aus Mangel an eigenem Denken, sich *einreden* lassen, dies oder jenes geschehe in ihrem Interesse, dass sie sich gewissermaßen auf Kommando dafür begeistern und dann die schwersten Opfer bringen. Im Zustand solcher eingeredeten Begeisterung lassen sie sich tatsächlich von denen, die sie leiten, zu allem gebrauchen, selbst zum Wüten gegen ihre eigenen Interessen. ...

Nun wird freilich eingewendet werden: so etwas will ja die neue Partei gar nicht. Sie will Männer an die Spitze stellen, die das Proletariat nicht zu diesem oder jenem Wahlrecht, nicht zu Augenblickserfolgen irgendwelcher Art, sondern zum Sozialismus führen! – Ihre gute Absicht in Ehren. Aber sie will doch eben auch sich der leidenden Arbeiterschaft annehmen; sie will die Arbeiter, die sich – wie sie meint – selbst nicht helfen können, zu ihrem eigenen Heil lenken und leiten. Das aber ist – die Männer der „Arbeiterpolitik“ scheinen es nicht zu wissen – kein sozialistischer, sondern ein konservativer Gedanke. Etwas anderes sagen die Konservativen schließlich auch nicht, als dass die Volksmassen in ihrer Unwissenheit und Schwäche sich nicht selbst zu helfen vermögen, und dass es deshalb Pflicht der höher Gestellten, der Gebildeteren, der Befähigteren sei, sich ihrer anzunehmen und sie zu ihrem eigenen Besten, wenn nötig auch gegen ihren eigenen Willen, zu leiten. Man kann das bei Stahl, bei jedem konservativen Theoretiker, ja letzten Endes in jeder konservativen Zeitung lesen. Was übrigens im günstigsten Fall bei solcher Methode herauskommt, lehrt gerade im gegenwärtigen Augenblick Russland mit seinem Kerenski. Ist die „Arbeiterpolitik“ so sicher, dass es nicht auch bei uns Kerenskis in Hülle und Fülle gibt, die nur auf die Gelegenheit lauern? ...

Nach den Äußerungen der „Arbeiterpolitik“ hat es nicht den Anschein, als ob die neue linksradikale Partei imstande sein wird, den Willen zum Sozialismus in den Arbeitermassen zu wecken. Es scheint vielmehr, als ob auch sie auf deren leider vorhandene Autoritätsfürchtigkeit baut, um sie auf einen anderen, nach linksradikaler Meinung besseren Weg zu leiten. Dann aber würden einfach an Stelle der alten Götzen

neue treten, und es käme doch wieder darauf hinaus, dass der Arbeiterschaft der Weg, den sie zu gehen hat, eingeredet wird, statt dass sie ihn aus eigenem Entschluss einschlägt.

Der alte Stahl, der Schutzheilige des Konservatismus, unser geistiger Ahnherr, die Autoritätsfürchtigkeit, das Fundament, auf dem wir bauen und Kerenskis die zu erwartenden Früchte unserer Politik! Das ist etwas viel Unbefangenheit auf einmal. Wer nicht ganz böswillig oder ganz verbohrt im Vorurteile unserer seit Jahr und Tag verfochtenen Auffassung gefolgt ist, konnte nimmermehr eine so übelriechende Essenz herausdestillieren.

Was will denn Borchardt eigentlich? Er will überhaupt keine Führer, er sieht in jeder Führerschaft die Bevormundung der anderen, deshalb setzt er in dem Satze: Die „Arbeiterpolitik“ will auf das Führertum, auf die Bevormundung nicht verzichten, Führertum und Bevormundung sind einander gleich. Er verfährt dabei ganz konsequent und verlangt, dass den Arbeitern in ihren Zeitungen keine fertigen Urteile, für ihre Aktionen keine fertigen Parolen vorgelegt werden. Allein durch Bildungsarbeit sollen die Arbeiter selbst dazu kommen die gesamten gesellschaftlichen Vorgänge zu beurteilen und sich zu Taten zu entschließen. Damit ihnen diese allseitige Bildung ermöglicht werde, soll ihnen das gesamte Material der Tatsachen und der gegnerischen Gründe zum Studium vorgelegt werden. Die ganze Arbeiterbewegung reduziert sich auf einen Diskutierklub.

In ihrem Wesen ist die ganze Sache nur der verbrämte Verzicht auf proletarische Aktionen, der konsequent auch zur Ablehnung der Partei, der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte führt. Die Borchardtsche Methode ist zur Unfruchtbarkeit verdammt, nicht deshalb, weil „nur Gelehrte selbständig denken, urteilen und handeln“ könnten, sondern weil nur wenige Arbeiter die ungeheure Kraft aufbringen können, neben ihrer zermürbenden Berufsarbeit nicht nur die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus in sich aufzunehmen, sondern auch den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme zu beherrschen.

Selbst Leute, die Muße genug zu solchem Studium haben, werden das Ziel nicht erreichen, wenn ihre geistigen Fähigkeiten nicht dazu ausreichen, wie immer einzelne besonders befähigt sind, Ordnung in den verwirrten Knäuel der Erscheinungen zu bringen. Um ein Beispiel zu geben, so hat Borchardt eine tüchtige Führeigenschaft, einen hartnäckigen Willen, aber dieser Dickschädel ist kein produktiver Kopf wie etwa Karl Radek. Die Borchardtsche Methode führt zu einer Alternative: Entweder verfällt die Arbeiterschaft in stumpfe Aktionsunfähigkeit, die Arbeiterbewegung wird die Bewegung zähen Syrups; die Arbeiter sind ganz tüchtige Soldaten, die ihr Gewehr in und auswendig kennen, aber sie kommen nicht zum Schluss [Schuss?], weil keiner das erlösende Wort sprechen, keiner den Anfang machen, keiner Führer sein will. Oder er gewinnt eben bloß einen kleinen Teil der Masse und aus dem werden ganz von selbst die Führer der Massenbewegung hervorgehen.

Nein, diese Pickwickieridee von der führerlosen Bewegung ist nichts für uns, weil wir die Dinge nehmen, wie sie sind. Wer sich die nötigen geistigen Fähigkeiten zutraut, wer die politischen Notwendigkeiten zu erkennen glaubt und das nötige Temperament hat, der sucht auf die Massen einzuwirken und sie auf dem Wege mit fortzureißen, den er als den richtigen erkannt hat. Gelingt es ihm, dann wird er Führer. Sein Einfluss wird umso größer sein, je stärker sein Wollen dem Wollen der Massen entspricht, je größer ihr Vertrauen in seine Persönlichkeit ist. Fertige Urteile erwarten die Massen von ihren Rednern, ihren Schreibern.

Sind uns die Zeitungen nicht gerade deshalb wertvoll, weil wir darin unsere Auffassung der Dinge darlegen können? Bloße Materialsammlungen „Zum Sammeln“ können nur Ergänzungen oder in Zeiten der Unterdrückung des freien Wortes ein notdürftiger Ersatz sein, wie etwa das „Hamburger Echo“ unterm Sozialistengesetz ein solcher gewesen ist. Massenbewegungen entstehen im Wesentlichen unter dem Druck der sozialen Zustände. Aber

die Führer können diese Bewegungen durch ihre beständige Einwirkung auf die Massen auslösen. Sie können durch ihre Parolen der Bewegung Ziel und Richtung geben und verhindern, dass sie in einem geistlosen Aufbäumen verpufft. Sie können sie freilich auch, wie wir wissen, in die Irre führen, aber dann waren eben die Massen dem Gebot der Stunde noch nicht gewachsen. In der Praxis macht sich die Sache so, dass einer, „der sich vom Geist ergriffen fühlt“, nicht schweigen kann, sondern hervortreten muss, trotz allem Antiführergeschrei.

Die Masse aber schließt sich dem an, der ihr Vertrauen besitzt, dessen Kampfmethode und Ziel ihren Interessen, ihrer Klarheit über die Tatsachen, ihrem Kraftbewusstsein am nächsten kommt. Führer sind von selber da, weil einer schneller begreift, temperamentvoller und energischer ist als der andere. Sollen wir auf die mächtigen Kräfte eines Marx, eines Bebel, eines Lenins verzichten?

Oder verbirgt sich hinter der ganzen Rederei gegen das Führertum nur eine geistlose Wortklauberei? Soll es nur dort Führer geben, wo einer kommandiert oder ein paar intrigieren und die Masse stumpf gehorchen muss? Dann wird der ganze Angriff auf uns zu einer skandalösen Verleumdung. Ohne den Schein eines Beweises, ohne den Versuch dazu, nur auf Grund von rhetorischen Kunstgriffen macht dann Borchardt unseren Kampf für die Demokratie gegen die Bürokratie in der Arbeiterbewegung zu einer niedrigen Heuchelei, setzt er unseren Kampf gegen gewisse absolutistische Allüren in der Spartakusbewegung herab zu einer gemeinen Eifersüchtelei. Übers Niederträchtige niemand sich beklage!

Selbstverständlich muss die Arbeiterbewegung auf der Demokratie aufgebaut sein, damit die Führerschaft nicht zu einem Herrschaftsinstrument werde, sondern dienendes Glied bleibe. Die Entschließung muss bei den Massen sein. Durch vollkommene Kritikfreiheit muss der Blutkreislauf im ganzen Organisationskörper flott erhalten werden. Durch das ungehemmte Für und Wider müssen die Massen für jede Entscheidung das gesamte Material vorgelegt erhalten. Durch ihre Aktivität muss die Bewegung wirklich Leben bekommen. Aber freilich weder guter Wille noch die schönsten demokratischen Formen allein werden die Versteinerung der Demokratie und der Disziplin wie in der alten Partei verhindern. Der Kampfeswille muss in der Arbeiterschaft vorhanden sein. Nur Massenbewegungen können den Ansatz der Fäulnis verhindern. In ihnen werden die Führer eine große Aufgabe haben, aber sie werden Kommandogewalt, wie im faulen Trott der politischen Geschäftigkeit haben. Massenbewegungen können nicht führerlos sein, aber sie können auch keine Führerbewegungen sein.

Die Einheit von Masse und Führer wird eindringlich in einem Bilde aus der Februarrevolution ausgedrückt. Irren wir nicht, ist es von Daumier. Durch die engen Vorstadtstraßen mit den drückenden Mauern der Mietskasernen drängt und presst sich der Strom der erregten Massen. Genial hat es der Künstler verstanden, die massale Wucht des unabsehbaren Zuges mit einfachen Mitteln darzustellen. Die Masse hastet und drängt und mitten unter ihnen der Führer, kaum hervorgehoben, anfeuernd, mitreißend, zielweisend!

In der Klemme.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, vor ein paar Monaten noch im Faltenmantel des Friedensapostels, jetzt in der eisernen Wehr des obersten aller Kriegsgötter, hat auf die Friedensnote des Papstes eine Antwort erteilt, in der er das deutsche Volk auffordert, für eine demokratische Verfassung zu kämpfen. Die deutsche Presse hat – mit einer einzigen Ausnahme – das Ansinnen Wilsons als einen „unverschämten Eingriff“ in die innerdeutschen Verhältnisse abgewiesen.

Die herrschenden Klassen in Deutschland wissen, dass Demokratie und Imperialismus unvereinbare Gegensätze sind, und wenn sie heute von Verfassungsreformen reden, so hat das erstens nichts mit Demokratisierung zu tun und ist zweitens vorläufig nichts mehr als bloßes Gerede. Ihr heftiger Zorn gegen Wilsons Einmischung aber riss mit einem einzigen Griff alle Hüllen von ihrem antidemokratischen Charakter. ... Sie hätten sich nicht so sehr zu ereifern brauchen. Weder die westeuropäischen, noch die amerikanischen Demokratien sind etwas anderes als die verfassungsmäßigen Sicherungen der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden in diesen Ländern. Indem die deutsche Presse nun mit der einen Ausnahme - gegen den Eingriff Wilsons protestierte, gab sie ihren Willen kund, es verfassungsmäßig in Deutschland durchaus beim Alten lassen zu wollen. Selbst die sogenannten Demokratien westlich der deutschen Grenzen sind den herrschenden Klassen Deutschlands ein Gräuel.

Da wir wissen, dass keine imperialistische Regierung für die Demokratie streiten kann, ohne sich selbst das Genick umzudrehen, so halten wir das Eintreten Wilsons für die Demokratie für ein Schwindelmanöver. Die durch den Kampf der Arbeiter errungene Demokratie ist allen imperialistischen Regierungen auf dem Erdenrund bis in den Grund ihrer Seelen verhasst. Diese Demokratie, die Einzige, die diesen Namen verdient, würde in kürzester Frist alle imperialistischen Regierungen vereint im Kampfe gegen sich sehen. Unter allen Regierungen aber, die die Kämpfe der Arbeiter mit den infamsten Mitteln niedergekämpft haben, steht die des Herrn Wilson mit obenan. Wir denken daher nicht im Traume daran, Herrn Wilson als dem Förderer der Demokratie in Deutschland zuzujubeln, so wenig wie wir ihn als Friedensapostel ernst genommen haben.

Dennoch ist die demokratische Botschaft Wilsons mehr als eine Heuchelei. In ihr steckt ein sehr realer Kern. Dieser Krieg hat der Welt zu ersten Male die ungeheure Widerstandskraft des deutschen Reiches gezeigt. Ganz gewiss ist den Westmächten nicht das deutsche Regierungssystem um seiner absolutistischen Tendenzen willen verhasst. Dieselben Mächte, die Arm in Arm mit dem Zarismus durch das Blutmeer des Weltkrieges gewandelt sind, können ganz sicher auch die preußisch-deutsche Verfassung ertragen; sie am allerwenigsten haben Grund über Absolutismus zu zetern. Aber dass unter dieser preußisch-deutschen Verfassung sich dieser gewaltige Militärstaat entwickeln konnte, dass er sich zu dieser ungeheuren, mit keinen Mitteln der Kriegsführung zu überwindenden Macht einer konzentrierten Bürokratie in Heer und Verwaltung auswachsen konnte, das ist es, was den Westmächten die große Sorge um die Demokratie aufdrängt. Sie wissen, dass der Durchbruch der Demokratie die größte Schwächung des Imperialismus bedeutet.

An dem Zusammenbruch der konzentrierten politischen Machtmittel des deutschen Reiches haben die Mächte der Entente allerdings ein Interesse, den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus aber würden sie mit allen Mitteln zu verhindern suchen, genauso, wie sie jetzt den Zusammenbruch des russischen Imperialismus mit vereinten Kräften aufhalten. So stellt sich die Einmischung Wilsons als ein Versuch dar, den deutschen Imperialismus zwar zu schwächen, ihn aber beileibe nicht preiszugeben. Wir betonten mehrmals, dass nur ein einziges publizistisches Organ Deutschlands sich auf den Boden der Wilson-Note gestellt hat.

Ihre Stümperhaftigkeit tragen sie auch in der Wilsonangelegenheit zum Ergötzen der Welt zur Schau. Sobald ein alldeutsches Blatt gegen den „Vorwärts“ vom Leder zog, hüllte Herr Stampfer sich in seine sozialpatriotische Tugendtoga, deklamierte viel und verfiel in die sittlichste Entrüstung über die „Schamlosigkeit“ der „Verleumdung“, der „Vorwärts“ übe Landesverrat. Und als gar der rotbeköpfte Stiernacken des Herrn Heilmann aus der Dunkelkammer der „Internationalen Korrespondenz“ auftauchte, trat Herr Stampfer in eigener Person hinter den Kulissen des „Vorwärts“ hervor, um das Publikum zu beschwören.

Was von allen Seiten beabsichtigt war, war glänzend gelungen: der „Vorwärts“ schwor sein demokratisches Glaubensbekenntnis ab. Das Vaterland war gerettet. Jämmerlicher konnten sich die sozialpatriotischen Helden nicht aufführen.

Die Balkanrepublik.

Von St. Mineff.

Das zweite historische Moment, nicht weniger wichtig als das eben beschriebene, bildet die Entstehung des Balkankapitalismus, dessen Natur, die Entfaltung und die Formen, die er annahm, alle Einzelheiten der Epoche bestimmten. Dieser Kapitalismus ist die Frucht der allerletzten Epoche, nämlich der des westlichen Finanzkapitalismus und seiner imperialistischen Politik. Eine dicke Aschenschicht der Vergessenheit lag auf der revolutionären und demokratischen Ideologie des europäischen Bürgertums; traurige Spuren nur zeugten von der ruhmvollen Vergangenheit des bürgerlichen Liberalismus, als auf den Ruinen des wirtschaftlichen und sozialen Balkanfeudalismus und unter der Führung des Okzidents der neugeborene Kapitalismus seine Herrschaftsrechte und seine unersättlichen Gelüste verkündete. Seit seiner Geburt war er der hohen europäischen Finanz tributpflichtig.

Der Mangel an akkumuliertem Kapital, die Unsicherheit der politischen Situation, der mikroskopische Partikularismus der Kleinstaaten, die Intriguen der Großmächte und die Gegensätze auf dem Balkan selbst bewirkten, dass dieser ärmliche Kapitalismus keinen Schritt ohne die Krücken der französischen Bankiers machen konnte. Und von ausschlaggebender Bedeutung ist der Umstand, dass diese fremde finanzielle Unterstützung nur zu haben war gegen Staatsanleihen und Staatskonzessionen. Als Garantie überließen die Balkanstaaten nacheinander nicht nur die großen Staatsunternehmungen als den Bau von Eisenbahnen und Häfen, die Ausbeutung von Bergwerken, sondern auch die Einnahmen aus den meisten Steuern dem fremden Kapital und schufen ihm Monopole auf die hauptsächlichsten Gebrauchsartikel usw.

Durch die Methode der Staatsanleihen, durch zahlreiche Hilfsaktionen der Banken in fast allen Städten, gelang es der fremden hohen Finanz und der Großindustrie, Herz und Seele des Balkans auszuwuchern, den ganzen Profit an sich zu ziehen und auf diese Weise bis in die feinsten Fibern des politischen Lebens dieser Länder einzudringen. Aber die Geldgeber begnügten sich nicht mit bloßen Konzessionen, sie forderten auch reelle Garantien, damit ihnen die Ausbeutung dieser Konzessionen einen hohen Mindestprofit erbrachte und, wenn dies nicht der Fall war, die Balkanstaaten gezwungen waren, jährliche Ergänzungszuschüsse zu zahlen. Andererseits kam von den Riesenanleihen nur ein Teil wirklich in die betreffenden Balkanstaaten hinein, ein anderer Teil blieb im Auslande zur Verzinsung und Abtragung früherer Schulden, ein anderer wieder als Vorschuss für den Ankauf von Industrieartikeln, welche die Regierungen ausschließlich bei bestimmten empfohlenen Häusern und zu hohen Preisen bezahlen mussten und fast immer dem Heeresbedarf dienten.

In den meisten Fällen wurden bei Einführung von Monopolen auch die meist indirekten Steuern erhöht oder neue geschaffen. Das geschah auf Befehl der Großbanken, deren Agenten, Kontrolleure und Funktionäre sich überall eindrängten und als die Herren auftraten. Bis zu welchem Grade der Einfluss der europäischen Banken gediehen war, zeigt uns die bezeichnende Tatsache, dass die Parlamente der Balkanstaaten das Recht verloren, gewisse Steuern ohne die Erlaubnis der fremden Geldgeber herabzusetzen.

Die Balkanbourgeoisie und die Dynastien strebten trotzdem nach einem Großserbien, einem großen byzantinischen Reich usw. Sie waren in der Tat zu borniert. Trügerischen Augenblicksinteressen opferten sie die Zukunft, sie waren von Natur aus unfähig, selbst ihr bürgerliches Ziel, die Einigung der Balkanländer zu verwirklichen. Im Gegenteil, wegen ihrer

imperialistischen Ausdehnungs- und Eroberungswünsche beneideten die Balkanzwerge die Riesen, seufzten sie eifersüchtig angesichts ihrer unermesslichen Ausbeutungsgebiete, ihres nationalen und Weltmarktes, erleichteten sie von der Kraft ihrer Überlegenheit, aber was sie über alles bei ihnen bewunderten, das war ihr mächtiger Militarismus. Wie der Frosch in der Fabel, der auch gerne Hufeisen haben wollte, bewaffneten sich die Balkangerne große vom Kopf bis zum Fuß, luden sie ihren von Steuern und Schulden zu Boden gedrückten Völkern immer mehr auf, bliesen sie die Flamme des Chauvinismus an, und je arroganter sie wurden, umso unvermeidlicher und unwiderruflicher kamen sie in die Abhängigkeit dieser oder jener Großmacht.

Indessen schrien sie in einem weg, dass sie eine ausgesprochene Balkanpolitik trieben. Wie der Fuchs auf der Eisscholle, die vom Strom dahingetragen wird, sich einbildet den Strom zu gebieten, so fühlten sich auch und fühlen sich noch heute die Dynastien, die Regierungen, die Diplomaten, die verbrecherischen herrschenden Klassen des Balkans als die Macher der Weltgeschichte. Sie lernen nicht aus der Geschichte, hundertmal betrogen, dämmern die politischen Glücksspieler in dem Gedanken dahin, dass es ihnen beim hundertsten Male gelingen werde, die anderen zu täuschen.

Es springt in die Augen, dass die „nationalen“ Bestrebungen im Chaos der interbalkanischen und europäischen Widersprüche nur Teilmomente einer Politik sind, die nach der Vorherrschaft der einen oder der anderen Balkanpolitik abzielt. Zu schwachmütig, zu borniert und reaktionär sind die Balkanbourgeoisien mit den Zwergdynastien verkuppelt. Die Hochzeit wurde gefeiert durch die Niederwerfung der arbeitenden Massen, der erste Kuss gebar den Militarismus der Balkanländer und ihre Großmachtsucht. Die logische Folge zeigen jetzt die Ruinen der Balkanländer.

Fassen wir jetzt die verschiedenen vor- und eingeschlagenen Wege zur Lösung der Balkanfrage zusammen:

1. Die Eroberung des Balkans durch die Großmächte. Die dazu unbedingt notwendige Verständigung wird nie zustande kommen. Die stillschweigenden oder schriftlich festgelegten, durch heilige Eide beschworenen Vereinbarungen werden immer nur Fetzen Papier bleiben in dieser prächtigen bürgerlichen Gesellschaft, die selbst nur ein Papierfetzen ist, weil das Spiel der Produktionskräfte, eingespannt in die bürgerlichen Formen, immer neue unüberbrückbare Widersprüche und Gegensätze hervorruft.

2. Die Vorherrschaft eines Balkanvolkes unter der Führung eines Zwergfürsten und wahrscheinlich unter dem sehr handfesten Schutz einer Großmacht stößt unbedingt auf das Hindernis, dass keine Balkannation auch nur die Hälfte der anderen Nationen zusammengenommen ausmacht.

3. Die Idee einer Föderation der Balkanstaaten mit der ganzen Schutztruppe ihrer Dynastien, ihrer militärischen, politischen und Zollgrenzen, ein diplomatisch-reaktionärer Salat, würde an dem früheren und gegenwärtigen Zustand nichts ändern. Verwirklicht würde diese Idee eine Börse unübersehbarer diplomatischer Intrigen schaffen, oder wie das der erste Balkankrieg deutlich gezeigt hat, ein Machtmittel im Kampfe der einen Großmacht gegen die andere um den Profit sein. Überdies würde eine solche Föderation vom ökonomischen und sozialen Gesichtspunkte aus keine der Entwicklung der interessierten Länder nützliche Änderung bringen.

Da erhebt sich natürlich die Frage: gibt es denn einen anderen Weg, die Balkanfrage zu lösen? Wer in seiner Beurteilung der geschichtlichen Lage nicht durch Betrachtungen, die dem Gefühl entspringen, nicht durch subjektive Vorurteile gebunden ist, wer den objektiven Entwicklungstendenzen folgt, so wie sie sind, wer sich den sozialen Gesetzen, die unserer

Wahl nicht unterliegen, nicht entzieht, sondern sie im Gegenteil studiert, um sie zu beherrschen, wird erkennen, dass im konkreten Falle die Lösung dieser verwünschten Balkanfrage in der föderativen Balkanrepublik gegeben ist. Auf der Grundlage der Demokratie und der vollkommenen nationalen Autonomie im Kulturleben, befreit von den Dynastien, den politischen und Zollgrenzen, befreit vom Militarismus, geeint durch eine gemeinsame gesetzgebende Körperschaft, in welcher der Wille der Volksmassen frei zum Ausdruck kommt.

Die föderative Balkanrepublik würde den Vorteil eines großen, an Naturschätzen reichen Gebietes haben, eines großen inneren Marktes und dem einer Großmacht, die dem europäischen Kapitalismus den Weg der Ausbreitung verlegt. Auf diese Weise würde der europäische Kapitalismus fühlbar auf seinem imperialistischen Wege gehemmt und mehr oder weniger auf sich selbst zurückgedrängt sein, um die unvermeidlichen Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung zu tragen, die auf lauter Widersprüchen aufgebaut ist, um endlich dem Verhängnis zu erliegen, das ihm vom Proletariat bereitet wird. Andererseits wird die Möglichkeit freier Entwicklung der Länder, die der Balkanföderation angehören, sie bald in den Stand setzen, die notwendigen Bedingungen zu schaffen für die große radikale Umwandlung der Gesellschaft.

Drittens muss noch eine andere bedeutungsvolle Seite der Balkanföderation aufgezeigt werden; das ist der Dienst, den sie der Erneuerung Asiens leisten würde. Diese Erneuerung, die vor einigen Dutzend Jahren begann, wird beständig durch den „zivilisatorischen“ Imperialismus unterbrochen. Ist diesem die Balkanbarriere einmal in den Weg gestellt, so kann sich der Orient mit Riesenschritten entwickeln.

Der Eifersucht der Großmächte, die die Kolonien seit langem spüren, wird es nicht gelingen, zu hintertreiben, was nicht anzuhalten ist. Einst ist die ehemals spanisch-französisch-englische Kolonie (Vereinigte Staaten von Nordamerika), nachdem sie das englische Joch abgewiesen, selbst zu einer für die anderen Mächte furchtbaren Großmacht geworden. Noch schlagender ist das Beispiel Japans. Ein Land im äußersten Osten, hatte, nachdem es den Feudalismus in einer der blutigsten Revolutionen gebrochen, nachdem es mehr oder weniger für die Einfälle der europäischen Konquistadoren aufgespart war und unter den drohenden Perspektiven, bewusst durch seine staatliche Organisation und all seine Institutionen den Kapitalismus eingeführt und war selbst zum Teilnehmer am imperialistischen Konzert geworden

Ob wir wollen oder nicht, setzt sich die föderative Balkanrepublik durch, aber der Charakter, den sie im Spiel der kriegerischen oder revolutionären Ereignisse annehmen wird, ist durchaus abhängig von den sozialen Klassen, die sie verwirklichen werden und von der Epoche ihres Erscheinens.

Aber ehe wir die Richtung dieser Betrachtungen weiterverfolgen, erscheint es notwendig, einen Augenblick bei der Geschichte dieser Idee zu verweilen. Die Idee der Balkanföderation ist nicht neu. Schon zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts verfocht der serbische Staatsmann Ila Garchanin, der Minister des Fürsten Michael Obrenowitsch, eine Föderation der Balkanvölker, um gegen das türkische Joch zu kämpfen und den Einfall der Österreicher und Russen zu verhindern. Aber Garchanin wurde von der Rolle beeinflusst, die Piemont bei der Schöpfung der italienischen Einheit spielte und glaubte, dass Serbien und seine Dynastie dieselbe Rolle auf dem Balkan spielen werde. Sein Zeitgenosse, der große ungarische Patriot Kossuth, suchte kühn Ungarn, Kroatien, Serbien und die Moldau zu vereinigen, indem er die Angliederung der Bosniaken, Montenegriner und Bulgaren in Betracht zog – das bedeutete eine Defensiveinheit gegen Österreich und Russland. Zu gleicher Zeit finden wir in Westeuropa Parteigänger dieser Idee in Mazzini, Garibaldi, Louis Blanc u. a. Noch 1870 findet diese Idee, erweitert und besser entwickelt, Anhänger unter den besten

Balkanrevolutionären. Die Bulgaren Rakowsky, Karaweloff, Lewsky und Boteff – die den Tod mit der Waffe in der Hand fanden bei den Aufständen gegen die Türkei, oder eingekerkert und gehängt wurden – teilten die Idee der Balkanrepublik. Der berühmte serbische Revolutionär und Sozialist Svetogar Markowitsch schrieb 1874 sein Buch „Serbien im Orient“, in dem er die ganze Balkanfrage untersuchte und zu dem Schlusse kam, dass das einzige Mittel der Befreiung und nationalen Einheit die föderative Balkanrepublik sei, die aus einer allgemeinen Balkanrevolution hervorgehen müsse. Später, 1885, wurde die Idee der föderativen Balkanrepublik von Meisterhand wieder aufgenommen, entwickelt und propagiert, um nicht wieder von der politischen Bühne der Balkanländer zu verschwinden. Diesmal war es Dimitri Blagojeff, einer der Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie, der aus Russland ausgestoßen war, nachdem er die Schönheiten der zarischen Gefängnisse ausgekostet, sich in Bulgarien festgesetzt hatte, die bulgarische sozialdemokratische Partei gründete und der noch heute der verehrte und geliebte Chef nicht nur der bulgarischen Sozialisten, sondern der Sozialisten aller Balkanländer ist. Statt noch näher auf die Geschichte dieser Idee einzugehen, wollen wir uns auf den Hinweis beschränken, dass zu ihren Verfechtern auch Marx und Kautsky gehören. (Schluss folgt.)

Alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder werden nicht dem Unheil gleichkommen, welches ein einziger Krieg verursacht.

Voltaire.

Arbeiterpolitik 38/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 22. September 1917.

Nr. 38

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 15 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Die Kriegsziele Amerikas

Hier wurde schon die Schrift Julian Borchardts erwähnt, in der er sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerikas wendet mit der Bitte, schleunigst Frieden zu machen. Die Gedankengänge, die ihn hierbei führten, und die so völlig der Grundanschauung des neuen Sozialismus entgegengesetzt sind, erfordern noch einige nähere Beleuchtung.

Dieser Weltkrieg ist nicht nur die furchtbarste Entfesselung der modernen massalen Vernichtungsmächte, er ist auch die unglaublichste Entfesselung von Demagogie, von Völkerbetrug und Völkerwahn – diese machten erst den Krieg möglich, da sie nötig waren, die Völker zum freudigen Dienst bereit zu machen. Lange glaubten wir, die unübertroffenen Muster dieser Demagogie und Heuchelei seien die englischen Minister (Lloyd George) mit ihren schönen Phrasen des Kampfes für die Freiheit, der Kultur und die Demokratie. Aber als Amerika in den Krieg eintrat, zeigte es sich, dass wir uns geirrt hatten. Denn England war jedenfalls ein Land mit großer bürgerlicher Freiheit und alter bürgerlicher Kultur. Aber Amerika, das in barbarischer Nichtachtung der Rechte und Freiheiten kämpfender Arbeiter und in ungesetzlicher Grausamkeiten gegen sie nur mit dem zaristischen Russland zu vergleichen war – Amerika als Kämpfer für Freiheit und Kultur.

Mit dem erzbiedereren Wilson verglichen, ist Lloyd George sicher nur ein Waisenknabe; auch in dieser geistigen Rüstung zum Weltkrieg ist Amerika allen anderen Weltmächten bedeutend über. Amerika ist selbstverständlich nur für die höchsten Menschheitsziele in den Krieg gegangen; ganz uneigennützig wollte es nur daran mithelfen das militärisch-despotische Regiment Deutschlands zu stürzen, das nur ein Überrest des Mittelalters ist und als alte Barbarei hineinragt in die moderne Kulturwelt und deren Frieden und Glück bedroht und stört. Nur dafür kämpft Amerika, so verkündete Herr Wilson wiederholt in seinen Reden, also nicht gegen das deutsche Volk; er will das deutsche Volk befreien, und wenn das deutsche Volk sich selbst inzwischen von dem mittelalterlichen Junkertum befreit, also Revolution macht, dann ist das Kriegsziel erreicht und wird Amerika sofort Frieden schließen. So Herr Wilson über die amerikanischen Kriegsziele.

Und dieses nimmt unser Julian ernst und gründet darauf seine Friedensaktion. Militärisch, sagt er, halten die kämpfenden Parteien sich die Wage; und auf eine Revolution in

Deutschland ist gar nicht zu rechnen – also Herr Präsident, Ihre Ziele sind nicht zu verwirklichen, und weiter Krieg führen ist zwecklos. Aber welcher Politiker nimmt nun die Redensarten, womit einer der Völkerführer seinen Herden die nötige Begeisterung beibringen muss, zur Grundlage einer Aktion?

Der einzige Grund könnte sein, dass man diese vorgeschobenen Kriegsgründe ernst nimmt, weil man keine anderen wirklichen Gründe sieht. Deshalb ist es nötig, die Frage zu stellen, ob Amerika keine anderen Gründe zur Teilnahme an den Krieg hatte als die vorgeschützten Interessen von Kultur und Freiheit. Umso mehr muss die Frage gestellt werden, da auf dem ersten Blick für Amerika gar keine Vorteile, sondern nur Nachteile aus dem Krieg entspringen konnten. Während Europa sich in den drei Kriegsjahren ruinierte, schwollen die Reichtümer Amerikas durch riesenhafte Lieferungen von Kriegsmaterialien; und durch Anleihen, die alle Ententemächte in Amerika aufnahmen wurde es zum großen Gläubiger, zur ersten Finanzmacht der Welt.

Nun hat es sich in den Krieg gestürzt, nun wir es auch seine Milliarden verausgaben und seine Munition umsonst den Verbündeten liefern – ist das vom Geschäftspunkt aus nicht Dummheit? Man muss allerdings unterscheiden zwischen Staat und Kapitalisten; die amerikanischen Kapitalisten werden auch jetzt noch – jetzt durch Lieferung an das eigene Land – dieselben Kriegsgewinne machen, und die Zinsen für die Staatsschulden wird doch das Volk zahlen. Dem Staat wird diese Politik etwas kosten, aber imperialistische Politik kostet immer viel Geld, mit Knauserigkeit lässt sich keine Weltpolitik treiben. Und weltpolitische Momente waren es, die Amerika in den Krieg trieben.

Die Politik, deren Kosten von den Massen getragen werden, dient den Interessen des Großkapitals; und schon die unmittelbaren Interessen des amerikanischen Finanzkapitals, das in England, Frankreich und Russland angelegt ist, mussten Amerika in den Krieg hineinziehen. Durch seine Anleihen ist es am Sieg der Entente interessiert. Die Dollarkönige können es nicht leiden, dass die Entente verliert oder ohne Sieg aufhören muss. Daher musste Amerika zu Hilfe eilen, als durch den rücksichtslosen Unterseebootkrieg England in schwere Bedrängnis geriet, und alle Kräfte wird es anstrengen, um dieser Waffe der Zentralmächte ihre Gefährlichkeit zu nehmen. Hier liegt der erste unmittelbare Anlass zum Eingreifen.

Dann kommt ein weiteres weltpolitisches Interesse hinzu. Für Amerika ist der europäische „Weltkrieg“ nur eine Balgerei kleiner Europaprovinzen, die ihn im Grunde nicht allzu sehr kümmert. Die Weltinteressen Amerikas liegen anderswo, im Großen Ozean, an der völkerreichen Ostküste Asiens. Da steigen schon die Gewitterwolken neuer Weltkriege empor, und für diese gilt es für Amerika zu rüsten. Es war bisher sehr schlecht gerüstet; die Seemacht ginge zur Not, aber das Landheer war, z. B. verglichen mit Japan, von einer lächerlichen Machtlosigkeit. Die Traditionen des Landes gaben nicht die Möglichkeit, zu einer starken Militärmacht zu werden; die Ansätze zu einer Freiwilligenarmee blieben bedeutungslos, der Geist der Amerikaner war nicht auf das Militär gerichtet.

Schon lange blickten die Machthaber nach einem Anlass aus, den kriegerischen Geist so zu stärken, dass die Bildung einer ausreichenden Armee möglich war. Der europäische Krieg bot diesen Anlass. Das Eingreifen Amerikas hatte für die amerikanischen Imperialisten vor allem die Bedeutung einer günstigen Gelegenheit, das Militärwesen auszubauen und sich so zum künftigen Weltkrieg zu rüsten.

Die erste Tat war ja auch die Einführung des allgemeinen Militärdienstes. Das Mittel war die durch alle Mittel gesteigerte Kriegspsychose, der schöne Vorwand war der Vorwand gegen die Barbarei, für die Kultur. Deshalb darf man auch voraussagen, dass Amerika es den europäischen Völkern überlassen wird, seine besten Kräfte zu vergeuden und aufzureiben, es wird seine Kräfte schonen und sie nur entwickeln und üben, um sie für seine eigenen weiteren Weltmächtsinteressen bereit zu halten.

Die Balkanrepublik

Von St. Mineff.

Wie wir im ersten Teil dieses Aufsatzes zeigen konnten, war die Balkanbourgeoisie wegen ihres Konservativismus nicht imstande ihre historische Pflicht zu erfüllen: die Schöpfung einer Balkanrepublik. Diese Aufgabe fällt an das Balkanproletariat, die einzige gesellschaftliche Kraft, die wirklich an der Zukunft interessiert ist. Denn die Einigung der Balkanvölker in einer ökonomischen und politischen Gemeinschaft, der Entwicklung der Produktivkräfte einen mächtigen Anstoß zu geben, das ist die Aufgabe für eine revolutionäre Kraft, welche die Bourgeoisie unmöglich aufzubringen vermag. Die Situation ist dieselbe wie in Russland, wo die Bourgeoisie nicht wagte mit dem Zarismus Schluss zu machen und ihre historische Rolle zu erfüllen; wenn sie den Zarismus zeitweise bekämpfte, so gerade deshalb, weil seine Ausbrüche die Revolution wecken konnten: Es war das russische revolutionäre Proletariat, dem es nach einer langen Periode riesenhafter Kämpfe schließlich gelang, den Zarismus zu stürzen.

Das russische Proletariat wird auf dem Wege der Revolution nicht stehen bleiben, obwohl die objektiven Bedingungen für eine soziale Umwälzung noch nicht verwirklicht sind. Aber es wird seinen siegreichen Vorsturm immer weitertragen, und jede Eroberung wird ihm günstigere Bedingungen für die entscheidenden Kämpfe liefern. Abgesehen von einzelnen Besonderheiten besteht fast der gleiche Zustand auf dem Balkan. Wenn das russische Proletariat gegen den Zarismus kämpfte, so geschah dies nicht um der schönen Augen der Bourgeoisie willen. Es verfolgt sein revolutionäres Ziel, und wenn auf dem Wege dieses Kampfes die Errichtung einer Bourgeoisiherrschaft Tatsache wird, so bleibt es dabei nicht stehen. Es verfolgt seinen Weg, jeden Vorteil ausnutzend, den ihm ein mehr oder weniger demokratisches Regiment für den Endkampf liefern kann.

Ebenso reizt der Kampf um die föderalistische Balkanrepublik den proletarischen Ansturm gegen die bürgerlichen Institutionen an, begeistert die Arbeiter für den Internationalismus und setzt im entscheidenden Augenblick, wo das Verhältnis der kämpfenden sozialen Kräfte es erlaubt, die föderative Balkanrepublik ein. Will die Bourgeoisie angesichts der Gefahr, vollständig vom europäischen Imperialismus oder von der Unzufriedenheit der Masse des Volkes vernichtet zu werden, mit den Dynastien brechen, so mag sie es tun. Nichtsdestoweniger wird das Proletariat die föderative Balkanrepublik als Machtmittel benutzen und nur als Mittel, z. B. zur Erreichung des Achtstundentages, um leichter und ohne zu viel Blutvergießen das Endziel zu erreichen.

Es fordert die demokratische Ordnung nicht um der Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen, sondern im Kampfe mit ihnen. So bleibt als einziger wirklicher Verteidiger der föderativen Balkanrepublik die Arbeiterklasse, und die Propaganda dieser Idee dient ihr als mächtiges Propagandamittel für den Internationalismus.

In diesem Sinne setzen die Balkansozialisten die föderative Balkanrepublik auf die Tagesordnung. Noch im Dezember 1909, am Vorabend eines kriegerischen Konflikts zwischen Österreich und Serbien hatte sich unter der Initiative der serbischen Sozialisten die erste Konferenz der Balkansozialisten versammelt. Dort wurde ein gemeinsames Aktionsprogramm für die föderative Balkanrepublik ausgearbeitet. Die bulgarischen Reformisten beteiligten sich nicht daran. Das war eine bezeichnende Tatsache, die uns zeigt, dass die jungen Sozialistenparteien des Balkans schon 1909 entschieden gegen die Sozialpatrioten und für den Internationalismus Stellung genommen hatten.

Während des Balkankrieges haben die Sozialisten lebhaft gegen den Krieg protestiert und gearbeitet. Als der zweite Akt begann, klagten die bulgarischen Sozialisten mit Nachdruck die bulgarische Regierung an. Das taten die serbischen Genossen gegen ihre Regierung. Und als

die rumänische Armee in Bulgarien einfiel und sich acht Kilometer von Sofia befand, erhielt die bulgarische Partei eine Resolution der rumänischen Genossen, die gegen diese Invasion protestierte.

Nun haben wir den europäischen Krieg. Die serbischen Genossen, vor allem die beiden Skuptschinamitglieder Dragischa Lapschewitsch und Trischa Katzlerowitsch (die anderen waren eingezogen) haben die Politik ihrer Regierung heftig angegriffen. Zuerst erstickte man ihre Stimme in höllischem Lärm. Man klagte sie an, von Österreich gekauft zu sein. Ein Jahr später, als die Katastrophe über Serbien hereingebrochen war, wurde in der tragischen Sitzung der Shuptschinga zu Nisch die Rede von Lapschewitsch für die Balkanrepublik unter größter Ruhe angehört. Mit bitteren Seufzern und Tränen in den Augen erklärten seine politischen Feinde: Unglücklicherweise ist es zu spät. So stellt sich uns in Kürze die Balkanfrage gegenüber, ihre unvermeidliche Lösung und die sozialen Kräfte, die diese Lösung verwirklichen. Mehr als je gewinnen diese Kräfte die Sympathie anderer Volksteile, die ruiniert und gefoltert sind, und ihre Schlachtreihe wächst beständig zum Triumph der föderativen Balkanrepublik und des Sozialismus. Ihren Verleumdern, Verfolgern und Kritikern rufen wir die Worte Galileis entgegen: Und sie bewegt sich doch!

Zu Schutz und Trutz.

Am 26. Juli versammelte sich das Zentralkomitee aller Delegiertenräte, um über die „Rettung“ der Revolution vor den Bolschewiks zu beraten. Die Herren Sozialpatrioten leiden unter einem Alpdruck. In den Massen wächst die Unzufriedenheit. Der Wyborger Rayon, die Zitadelle des revolutionären Petrograds hat von neuem die Losung: die Gewalt an die Hände der Arbeiterdelegiertenräte aufgestellt. Mit der Bombe gegen die Bolschewiks, der Anklage, Geld von Deutschland bekommen zu haben, wissen die Sozialpatrioten nichts zu beginnen: Die kann auch sie verwunden. Nachdem sie eine Untersuchungskommission eingesetzt haben, haben sie sie schnell aufgelöst und die Regierung mit der Klärung Affäre betraut. Aber die Regierung beginnt auch Angst zu kriegen. Schon beginnen in der Presse halboffizielle Notizen zu erscheinen – siehe die „Nowaja Schysn“ vom 27. Juli –, dass eigentlich an der Sache nichts sei. Aber sie fürchten einzugestehen, dass sie zu politischen Zwecken einen Mordversuch unternommen haben, darum wollen sie den Schein der Untersuchung aufrechterhalten und Lenin und Zinowjew in die Hände kriegen.

Unsere Genossen haben aber keine Lust, sich überhaupt, oder im besten Falle für ein paar Monate, der „Untersuchung“ und der Wahlen zur Konstituante im Gefängnis begraben zu lassen. Sie weigern sich, sich den Schergen zu stellen, leben illegal, wie sie oft unter dem Zarismus gelebt haben. Und das lässt die Sozialpatrioten nicht schlafen. Sie legten also dem Zentralkomitee der Sowjets eine Resolution vor, in der sie die unter Anklage stehenden Mitglieder des Zentralkomitees, Lenin, Zinowjew, Kamjenew, Trotzki aus dem Zentralkomitee – bis zur Klärung der Angelegenheit – ausschließen, indem sie die bolschewikische Fraktion auffordern, die Gestellungsweigerung ihrer Führer zu verdammen und sich zu verpflichten, sich dem Beschluss der Mehrheit zu unterwerfen.

Darauf gab ihnen nicht nur der Vertreter der Bolschewiks, Genosse *Nagin*, sondern auch der bekannte Historiker der Internationale, Genosse *Riassanow*, der Vertreter der Trotzki-Gruppe und selbst Genosse *Martow*, der Vertreter der sonst immer wankenden Menschewiks-Internationalisten, folgende geharnischte Antwort:

Die Rede Nagins.

Man schlägt euch vor, eine Resolution gegen die Bolschewiks zu fassen, bevor ein Gericht ein Urteil über sie gefällt hat. Man schlägt euch vor, die Führer einer Fraktion außerhalb des Gesetzes zu stellen, die mit euch zusammen die Revolution vorbereitet haben, die in den ersten

Reihen gekämpft haben. Wir sind eine Klassenpartei, wir verteidigen die Interessen der Arbeiter, und man will uns aus den Zentralinstanzen der revolutionären Demokratie ausschließen. (Protestrufe.)

Wir sind die Ersten, die erklärt haben, dass die Revolution die ökonomische Lage der Arbeiterklasse bessern muss, und deswegen hassen uns die Kapitalisten. Den Bauern sagen wir, dass das Land ihnen und gleich jetzt gehören muss, und deswegen hassen uns die Junker. Lenin und Zinowjew stellen sich den Untersuchungsbehörden nicht, denn sie haben keine Garantie, dass sie im Gefängnis nicht ermordet werden. Und da sie ihnen diese Garantie nicht geben können, so haben sie kein Recht zu verlangen, dass Lenin und Zinowjew Vertrauen zu euren Gefängniswärtern haben. Und wenn man jetzt erklärt, an allen den Schrecknissen, die an der Front stattfinden, die Bolschewiks die Schuld tragen, so erkläre ich: das ist eine Verleumdung.

Sie können ebenso gut sagen, dass die Friedensbewegung in England durch die Bolschewiks verschuldet ist. Wie Blinde seht ihr die Wirklichkeit nicht, ihr wollt nicht die Tatsachen in Betracht ziehen, die die bolschewikischen Losungen geboren haben. Eure Vorwürfe, die Bolschewiki hätten sich den Delegiertenräten nicht unterworfen, weise ich kategorisch ab. Auch nicht einen einzigen Aufruf haben die Bolschewiki herausgegeben, der zum Ungehorsam den Delegiertenräten gegenüber aufforderte. Aber wir werden immer und überall die Klasseninteressen der Proletarier verteidigen, und wir wissen, dass die Arbeiter mit uns sind. Ihr verlangt, dass wir uns vollkommen in eure Hände ausliefern. Das heißt, wir dürfen nicht schreiben, nicht denken, so wie wir es für nötig halten. Die Beschlüsse der demokratischen Organe sind für uns bindend, aber nur so weit, dass sie unsere Propagandafreiheit nicht antasten. Wir verlangen Freiheit für unsere Ideen. Es ist unmöglich, dass die Mehrheit der russischen Demokratie sich aussprechen sollte für die Gewissensfreiheit für Alle, mit Ausnahme der Bolschewiki. (Rufe: Freiheit der Provokation.)

Diese Beschuldigung können sie uns nicht ins Gesicht werfen, denn mit uns sind die Arbeitermassen. Ihr habt nicht den Mut, die Ereignisse des 18. und 19. Juli zu untersuchen, und deswegen habt ihr auf eure Untersuchungskommission verzichtet. Ihr habt auf ein Gericht verzichtet und der provokatorischen Hetze eines Schurken wie Alexinski Gehör gegeben. Kann denn die Arbeitermasse euch glauben, dass ihr unparteiisch seid? Und wenn sie das nicht glaubt, so wird sie sagen, eure Handlungen seien Gewaltakte. Und an Gewaltakten können wir nicht teilnehmen.

Die Rede Riassanows.

Man verlangt von uns, dass wir unsere Genossen ausliefern. Das tun wir nicht. Ich will euch von dieser Dumatribüne in Erinnerung bringen, wie man von den Sozialisten-Revolutionären verlangt hat, auf den Terror zu verzichten. Sie erinnern sich Gen. Bulat, an sie hat man diese Forderung gestellt. Von euch - er wendet sich an die Bänke der Sozialdemokraten - verlangte man die Auslieferung der sozialdemokratischen Fraktion, als man in den Dumakuloiren von der Militärverschwörung raunte. Wiederholt in dieser Versammlung die Losungen eines Alexinski nicht.

Wir sehen die Gefahr, die Russland droht. Wir wissen, wir haben von dem alten Regime ein verwüstetes und hungerndes Land geerbt, aber wir waren überzeugt, dass, wenn die Revolution die Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern und Arbeiter auf ihrem Banner schreiben wird, so wird es keine Macht geben, die sie zu fürchten hätte.

An das Präsidium sich wendend, spricht Riassanow weiter: Was habt ihr getan, um die Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern zu befriedigen? Nichts! Wir haben der Provisorischen Regierung neue Vollmachten gegeben. Wo haben wir die Garantie, dass sie nicht neue Vollmachten wieder verlangen wird? Wer steht an der Spitze dieser Regierung? Jeffremoff, der erklärt, er sei mit dem Agrarprogramm Tschernows nicht einverstanden. Paltschynski,

dessen Rücktritt der allrussische Kongress der Delegiertenräte verlangt hat und der ein Ministerium leitet, das von dem gemäßigten Menschewik Tscherevanin ein *Räubernest* genannt wurde und der aus diesem Räubernest Ausfälle gegen die Arbeiterklasse inszeniert.

Was für Garantien der Gerechtigkeit haben wir, wenn in dem Justizministerium Leute sitzen, die die Akten einer Voruntersuchung einem Schufte ersten Ranges, dem Alexinski, herausgegeben haben? An der Spitze des Ministeriums des Innern steht jetzt Zeretelli. Er war früher Objekt des Ministeriums des Innern, jetzt ist er sein Subjekt. Hat denn Zeretelli Garantien, dass er das Räubernest säubern wird? Solange sie uns keine Garantien geben können, solange liefern wir unsere Genossen diesen Aasgeiern zum Fraß nicht aus.

Die Bolschewis können auf ihre Meinung und auf die Freiheit der Kritik nicht verzichten. Wir können uns nur Beschlüssen über konkrete Handlungen unterwerfen. Sich an das Präsidium wendend sagt Riassanow: Ihr wart zu neun hier, jetzt seid ihr zu acht: Kamjenew sitzt im Gefängnis, obwohl ihm keine Anklage vorgelegt wurde, lässt man nicht einmal seine Frau zu ihm. Weswegen sagt uns das Präsidium darüber kein Wort? Weiter erzählt Riassanow, wie unter der Maske des Kampfes gegen die Konterrevolution die Lokale der Parteiorganisationen verwüstet wurden und wie die Behörden gewirtschaftet haben. Solange sie uns keine klaren und bestimmten Beweise geben, dass sie unter der Maske des Kampfes gegen die Konterrevolution nicht den Kampf gegen uns führen werden, solange verweigern wir unseren Anteil in der Besprechung von Fragen, die die Resolution anschneidet.

Riassanow endet unter starkem Beifall der Soldaten, die in Massen auf der Galerie versammelt sind.

Die Rede L. Martows.

Man schlägt uns ein Programm der Verteidigung nicht nur auf der äußeren, sondern auch auf der inneren Front vor. Was heißt das? Ich glaube, es ist klar, dass, wie sich der verstorbene Fürst Miestscherski ausdrückte, hinter die Revolution ein Punkt gesetzt werden soll.

Es war kein Zufall, dass Kerenski hier von dem russischen Staate sprach. Ich muss ihn erinnern, dass wir Gott sei Dank eine Republik haben. (Rufe: Wir wissen es selbst.) Sie wissen es, gut. Habt ihr aber bemerkt, wie selten in den letzten Tagen die rote Fahne gehisst wird, habt ihr bemerkt, dass die Soldaten die Marseillaise durch ihre Kriegslieder ersetzt haben? Ihr habt aus der Regierungsdeklaration erfahren, dass in Moskau ein Nationalkongreß einberufen werden soll. Dort wird unter anderem auch die Duma, die wir alle als begraben dünkten, anwesend sein. Ich sagte es schon voraus, dass die Toten noch einmal auferstehen werden. Jetzt ladet man euch zum Gastmahl zusammen mit Purischkewitsch ein, den man vier Monate lang dahinsetzte, wohin man jetzt die Bolschewiki setzt. Bei einer solchen Erniedrigung sind wir schon angelangt. Vielleicht werden die Herren Miljukow und Gutschkow nicht mit uns zusammen sein wollen, wenn wir uns nicht als ernüchert erklären und zu diesem Zwecke schlägt man uns die innere Reinigung vor. Das tut die Regierung der Ordnung.

Diese Regierung kennt nicht den Kampf gegen die Konterrevolution, sie nennt nur den Kampf gegen die Anarchie. Ist denn die Zeit dazu schon reif? Ist es schon Zeit mit dem Programm des allrussischen Delegiertenkongresses aufzuräumen? Man beruft sich auf die Niederlage an der Front. Man beruft sich auf die Französische Revolution. Aber die Französische Revolution, als sie in derselben Lage war, wie wir, tat sie einen Sprung nicht nach rechts, sondern nach links, und sie sammelte die ganze Nation um das revolutionäre Zentrum und damit hat sie das Land gerettet.

Martow fordert auf, die Frage des Nationalkongresses in Moskau mit größter Aufmerksamkeit zu behandeln, schon aus dem Grunde, weil man in diesem Augenblick, wo Petrograd in zwei schroff feindliche Lager zerfallen ist, Petrograd nicht ohne Schutz lassen kann. Man kann nicht garantieren, dass in Abwesenheit der revolutionären Organe sich die

Ereignisse vom 16. und 17. Juli nicht wiederholen werden. Die Minister erklären uns, sie wollen in Moskau die ganze Wahrheit sagen. Weswegen tun sie es nicht hier? Sie wollen die Wahrheit dort sagen, wo wir Sozialisten in Minderheit sein werden und die Mehrheit aus Elementen bestehen wird, die gegen das Volk sind. Am Kongress sollte die Duma, wie alle bürgerlichen Institutionen, sich beteiligen. Man soll uns das ganze Programm jetzt vorlegen, das in Moskau besprochen wird.

Wir haben der Regierung nicht dazu die Vollmacht gegeben, dass sie die Revolution liquidiert. Ein Zeichen der Zeit sehe ich in der Tatsache, dass gestern ein Freiwilliger, der wegen des Drucks einer Programmproklamation verhaftet wurde, von dem Generalstab befreit wurde. Nur die Genossen Soldaten, die auf der Wacht der Revolution stehen, haben ihn wieder verhaftet und in die Duma gebracht. Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Die Reinigung der Nester der Konterrevolution ist noch nicht vorgenommen.

Der Eindruck dieser Reden war so groß, dass der Führer der Sozialpatrioten, Liber, darüber klagte, dass, bevor noch die Vorfälle vom 16. und 17. Juli beendet seien, die revolutionären Sozialdemokraten schon zu einer neuen Offensive übergehen. Wenn trotzdem die Mameluken des Sozialpatriotismus die Resolution ihrer Führer angenommen haben, so werden sie bald erblicken, dass weder ihre wirklichen Kanonen, noch die Verleumdungskanonen die revolutionäre Arbeiterschaft niederzuwerfen imstande waren. Die Kundgebungen großer Arbeiterzentren zeigen, wie ungebeugt die Vorderreihen der Arbeiterschaft dastehen.

Zar Alexander Fedorowitsch Kerenski.

In Moskau, „wo man sich noch russisch ausweinen kann“ – wie es ein jüdisch-patriotischer Schmock in der „Ruskaja Wolja“ schrieb – begann der Nationale Kongress seine Beratung, der Ersatz für die Konstituierende Versammlung. Die russische Telegraphenagentur meldet der aufhorchenden Welt, was die Leiter der „revolutionären“ Regierung den versammelten Notablen des Reiches zu sagen haben über die Lage der Revolution und ihren Kampf gegen eine Welt von Feinden.

Wenn jemand versuchen sollte, mit Gewalt gegen die Konferenz vorzugehen, so wird dieser Versuch mit Blut und Eisen unterdrückt, beginnt Kerenski seine Rede. Wer hat denn den Nationalkongress mit Gewalt bedroht? Haben es die konterrevolutionären Elemente getan, die Gegner der russischen Revolution? Nein, sie jubeln der Konferenz zu, weil sie doch wissen, dass sie die Verschiebung der Konstituierenden Versammlung bedeutet. Die Drohungen richten sich gegen die, deren Leichname die Brücke für die Kerenskis, Avksjentews und andere Helden der Revolution zur Macht gebildet haben. Sie richtet sich gegen die Arbeiter von Moskau, die am Vortage der Konferenz in einen *Massenstreik* eintraten, um den Machthabern zu zeigen, dass das Proletariat wacht, ihnen misstraut, dass sie in Moskau nicht sicherer sind als in Petrograd, dem Sodom und Gomorrha Russlands.

Und wie er angefangen hat, so redet der „Retter der Revolution“ ununterbrochen weiter. Die Geduld der Regierung habe ihre Grenzen, das war das Leitmotiv. Herr Kerenski drohte den Bolschewiks mit Gewalt, er drohte den kriegsmüden Soldaten mit Gewalt, er drohte den Finnländern mit Gewalt, er drohte den Produkten seiner Phantasie mit Gewalt. Bei der Lektüre seiner Rede erinnert man sich an die Reden des zarischen Satrapen Stolypin. Aber wir wollen nicht ungerecht Stolypin gegenüber sein. Der Scherge des Zaren, der Henker der Revolution des Jahres 1905-1906 hatte neben dem Galgen noch ein positives Programm der konterrevolutionären Lösung der Fragen der russischen Revolution. Er hatte die berühmte Stolypinische Agrarreform, die das Bauerntum spalten wollte und die Regierung mit einer Garde zufriedener Bauernbourgeois umgeben wollte. Was hat Herr Alexander Kerenski für ein Programm? Herr Kerenski hat in seiner Rede, soweit man nach dem Bericht der Petrograder Agentur beurteilen kann, zwar erklärt, dass die Zeit der Sicherung der

Errungenschaften der Revolution gekommen sei, aber er hat mit keinem Worte gesagt, worin diese Errungenschaften bestehen sollen und wie sie gesichert werden sollen. Sein Programm war Gewalt und wiederum Gewalt.

Die „Nowoje Wremja“, das Organ der junkerlichen Reaktion, spricht von einem hysterischen Schrei Kerenskis. Dieser hysterische Schrei ist der Ausdruck des Ohnmachtsgefühls des kleinbürgerlichen Politikers, der sich fürchtet, sich auf das Proletariat zu stützen, aber die Konterrevolution auch fürchtet, der nichts repräsentiert als die zeitweise Verfügung über die Staatsmacht. Dass das Gebaren des wilden Mannes selbst auf die Alliierten keinen Eindruck der zielbewussten Kraft machte, das beweisen die Äußerungen des Timeskorrespondenten über die Enttäuschung, die die Rede Kerenskis bereitet hat. Die Enttäuschten waren natürlich die Diplomaten der Entente, deren Stimmung der Timeskorrespondent widerspiegelt.

Russland steht mitten in einem furchtbaren Krieg. Als die Revolution gesiegt hatte, erwartete das ganze Volk, dass die revolutionäre Regierung einen Weg zum Frieden suchen werde. Die radikalen Sozialdemokraten sahen ihn in der rücksichtslosen antikapitalistischen Politik nach außen und innen, die die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Imperialismus mitreißen müsste. Die Sozialpatrioten hielten diesen Weg für utopisch, sie wollten zum Frieden durch allmählichen gesteigerten Druck auf die Entente, gepaart mit internationaler Friedensarbeit und Wiederherstellung der Kampffähigkeit der russischen Armee gelangen. Wir wollen jetzt nicht unsererseits beweisen, dass dieser Weg praktisch vollkommen ungangbar ist. Aber es war wenigstens ein Programm.

Was will Herr Kerenski? Er wendet sich gegen den Separatfrieden und brüllt: Unsere Alliierten sie leben hoch, hoch, hoch! Das ist sein Programm der auswärtigen Politik. Ergänzt wurde es durch den Ausspruch seines Generalissimus *Korniloff*, der bei der Ankunft nach Moskau seine Zufriedenheit ausdrückte, dass der Kongress nicht unter der *Losung der Internationale*, sondern unter der *Losung des Krieges bis zu Ende* zusammentritt. Gewalt gegen die Massen, das ist die Losung der Regierung. Die zweite proklamierte Herr *Nekrassow*, der Finanzminister, als er erklärte, alle Gerüchte, dass die Regierung das Eigentum anzutasten gedenke, seien unrichtig. Schutz des Kapitals, das ist die zweite Losung.

Was für ein Wunder, dass die Herren Sozialpatrioten, die zuerst vor wenigen Monaten Kerenski aufs Schild gehoben haben, die erst vor ein paar Wochen ihm das Mandat zur Bildung der Regierung gegeben haben, jetzt demonstrativ nicht ihn, sondern den Bürger Tscheidse mit den Rufen empfangen: es lebe der Führer der russischen Revolution!

Und wie sehr sie jetzt für die „Ruhe“ im Lande sind, bewies der Massenstreik in Moskau, der ganz gewiss, wenn nicht mit ihrer Hilfe, so ohne ihren Widerstand organisiert war. In Moskau, wo die Textilarbeiter, ein viel mehr als die Metallarbeiter mit dem Dorfe verbundenes Element überwiegen, sind die Sozialpatrioten stärker als in Petrograd, und es ist sehr zweifelhaft, ob ohne ihre direkte oder indirekte Unterstützung, d. h. der Mehrheit der Moskauer Sowjet ein so allgemeiner Demonstrationsstreik in Moskau möglich wäre, wie er zur „Begrüßung des Nationalkongresses“ stattgefunden hat. Die Sozialpatrioten wollten nicht nur der Konterrevolution, die den Sowjets ein Requiem in pace singt, sondern auch Herrn Kerenski die Faust zeigen.

Ohne Steuer, nur mit der Peitsche in der Hand steht der Diktator Russlands vor der Welt. Er hat den Zaren Nikolaus nach Tobolsk transportieren lassen, aber er behütet treu und ehrlich seine Regierungsmaximen. Aber die Zeit des Zarismus ist vorüber und die Zeit der bürgerlichen, siegreichen Konterrevolution ist noch nicht angebrochen. Die Massen sind in Fluss, und solange der Krieg mit seinen Folgen nicht vorüber ist, lassen sie sich nicht zur Ruhe bringen. Die Revolution steht noch bevor, und Herr Kerenski, der den Massen kein Brot, keine Freiheit, keinen Frieden, nur Blei entgegenhält, er wird verschwinden, schneller, als er

gekommen ist. In der Geschichte wird seiner und seines Regimes als einer Episode gedacht werden, wo das Kleinbürgertum mit der Bourgeoisie noch nicht gebrochen hat und darum an seiner Spitze Intellektuelle duldet, die steril, wie jede von den Volksmassen getrennte intellektuelle Schicht ohne irgendein Programm, ohne irgendein konkretes Ziel um sich herumschlagen und den Ast absägen, auf dem sie saßen.

Die Drohungen der Regierung Kerenskis sind nicht schrecklich und sie schrecken auch niemanden. Hat doch Gutschkow, der kein Phraseur, sondern ein Organisateur der Konterrevolution ist, Herrn Kerenski bescheinigt, dass seine Regierung die Personifizierung der Ohnmacht ist. Und der Nationalkongress, der den Volksmassen die Appetite der Konterrevolution, ihre ganze Speisekarte vordemonstrieren wird, ist ganz gewiss nicht geeignet, diese Ohnmacht in eine Macht zu verwandeln.

Die Stimme der Putilowarbeiter.

Die Vertreter der 40 000 Arbeiter der Putilowwerke, veröffentlichen folgenden Aufruf:

Bürger! Wie eine tausendjährige Eiche in der Mitte des Waldes, so stehen in der Reihe der russischen Staatsunternehmungen die dröhnenden, hämmernden, erderschütternden Putilowwerke. Von allen Enden der russischen Erde fließen hier Arbeiter zusammen, arbeiten und denken sich dabei ihre Gedanken. Unter dem Pfeifen der Säge, unter dem Heulen der Maschinen, beim drückenden Anblick der Lafetten und Kanonen drängen sich ihnen düstere Gedanken in den Kopf. In der Arbeit, die wie Zuchthausarbeit ist, starben Mütter und Väter, die uns geboren haben, sterben wir. Lichtlos und fern von der beneideten Freude, der Zufriedenheit, der Kultur, die nur der kleinen, reichen, gebildeten Minderheit frommt, die in einigen Schritten von uns, nur durch das Überbleibsel des Mittelalters, durch das Narsoskitor getrennt ist, leben wir.

Was ist Gerechtigkeit? Wo die Resultate der Blut- und Lebensopfer unserer in der Revolution gefallenen Brüder?

Bürger! Die Putilowarbeiter haben nicht zum ersten mal ihr Blut für die Interessen der Arbeiterklasse verspritzt. erinnert euch des 22. Januar und haltet die Beschuldigungen zurück, die jetzt auf den Straßen gegen uns geschleudert werden. In den Tagen des 16. und 17. Juli sind wir, treue Söhne der Revolution, reinen Herzens auf die Straßen gegangen, nicht gegen die Arbeiter und Soldatenräte, sondern um sie stützen. Deswegen stand auf unseren Fahnen: die ganze Macht den Sowjets! Wenn wir auf die Straße gehen, so schießt man uns nieder. Deswegen haben einige unter uns zum Schutz Waffen mitgenommen. Am 22. Januar schossen die treuen Anhänger des Hauses Romanoff. Jetzt ist es festgestellt, dass die ersten Schüsse von Provokateuren abgefeuert wurden, den Feinden der russischen Revolution, den Feinden der Arbeiter.

Bürger! Das neue Leben kann nicht warten. Aber zu unserem Unglück sind wir allein. Wir haben nicht genug organisierte Kräfte. Die aufgeklärten Arbeiter sind zu sehr zerstreut, oft widmen sie ihr Leben nicht den Interessen der gesamten Arbeiterklasse, sondern den einzelnen Sekten und Fraktionen, die uns schädlich sind. Wir sind uns selbst überlassen. Der Delegiertenrat entfernt sich immer mehr von uns. Er fängt an, anscheinend ohne Hilfe der Arbeiter zu funktionieren, durch seine Zusammensetzung isoliert er sich immer mehr von uns und vertieft sich lediglich in administrative, kleine Arbeit. Und die provisorische Regierung versteinert vollkommen in bürokratisch toten Formen.

So sahen wir die ökonomische und politische Lage am Vorabend des 16. und 17. Juli. Bürger! Seht euch mit Zutrauen die schwarzen, von der Erde sich erhebenden, rauchenden Fabrikschornsteine an. Zu ihren Füßen quälen sich Menschen ab und roboten, um für euch neue Güte zu schaffen, Menschen wie ihr, eingefangen in dem unentrinnbaren Fangnetz der

vollkommendsten, und entsetzlichsten Ausbeutung. Nur langsam reift dort das Klassenbewusstsein, sammelt sich in den Herzen der Hass, und mit Liebe werden auf dem blutigen Banner die Losungen eines neuen Lebens für die ganze Menschheit geschrieben.

Nieder mit dem brudermörderlichen Kampfe, alle Bürger unter die Banner des Komitees der Rettung der Revolution, dieser letzten Anspannung der Revolutionskräfte!

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen am 24. Juli auf der großen, allgemeinen Versammlung der Putilowwerke.

Der Vorsitzende: J. Mudroff.

Der Sekretär: J. Smyrnoff.

An unsere werten Abonnenten!

Mit dem 1. Oktober 1917 sehen wir uns leider genötigt den Abonnementsbetrag auf die „Arbeiterpolitik“ zu erhöhen. Der Einkaufspreis des Papierses ist im letzten halben Jahre derart in die Höhe gegangen, dass wir, um überhaupt existenzfähig zu sein, ohne eine Erhöhung des Bezugsgeldes nicht auskommen können, zumal auch die Preise für alle anderen Sachen bedeutend gestiegen sind. Der Bezugspreis beträgt ab 1. Oktober bei der Post – bestellt für 1 Monat – 84 Pfg., für 2 Monate 1.68 Mk. für 3 Monate 2.50 Mk ohne Bestellgeld, die Einzelnummer 20 Pfg.

Wir dürfen wohl mit Recht die Hoffnung aussprechen, dass unsere Abonnenten, trotz der Erhöhung des Abonnementsbetrages auch fernerhin ihrem Organ treu bleiben werden. Wir werden wie bisher auch in Zukunft bemüht sein, soweit es in unseren Kräften liegt, den Forderungen gerecht zu werden, die von einem Organ der linksradikalen Richtung verlangt werden kann.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 39/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 29. September 1917.

Nr. 39

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Nach sechs Monaten.

Von Karl Radek.

Ein halbes Jahr der russischen Revolution ist vorüber. Ihre Bilanz wurde von allen Schichten und Klassen Russlands aus Anlass des Moskauer „Nationalkongresses“ aufgestellt. Die Berichte der Vertreter der provisorischen Regierung sprachen eine Sprache, deren Offenheit alles übertrifft, was jemals seitens einer Regierung gesagt worden ist.

Wenn wir als Resultat der ersten sechs Monate der Revolution feststellen, dass *sie auf keinem Gebiete eine Besserung auch nur angebahnt hat*, so sind wir sicher, auf keinen Widerspruch zu stoßen. Weder von rechts noch von links. Im Dorfe Kampf aller gegen alle. Der arme Bauer gegen den Junker und den reichen Dorfwucherer. Alle zusammen gegen die Stadt, die ihnen die Produkte ihrer Arbeit wegnehmen will, aber als Entgelt Papierscheine gibt, für die man nichts kaufen kann. Gegen die Anarchie im Dorfe kämpft die Regierung an, ohne den Bauern irgendwelchen organischen Weg der Erledigung der Agrarfrage zu weisen. In der Fabrik kämpft der Arbeiter nicht nur um Erhöhung des Lohnes, Kürzung der Arbeitszeit, sondern sogar um die Fortführung der Produktion, die durch den Mangel an Rohstoffen und durch konterrevolutionär-desorganisatorische Absichten der Kapitalisten bedroht ist.

Aber was der Arbeiter heute an Besserung der Lebenslage erlangt, das verliert er morgen, dank der wachsenden Teuerung, die durch die progressive Minderung der Produktion verursacht wird. Das Transportwesen verfällt immer mehr, dank dem immer größeren Ausfall an Lokomotiven und dem fehlenden Ersatz. Die Finanzen nähern sich Schritt für Schritt dem Bankerott, und die Regierung versucht nicht einmal, die Besitzenden heranzuziehen. Die Besteuerung der Bourgeoisie und der Junker in England ist verglichen mit dem Steuerwesen des revolutionären Russland eine jakobinische. Die konstituierende Versammlung, die einen Ausweg aus dieser Sackgasse suchen müsste, ist vertagt.

Die seit einem halben Jahre provisorische Regierung scheint das Provisorium als Staatsmaxime anzusehen. Ihr Bemühen, bis zur konstituierenden Versammlung alles beim Alten zu lassen, angeblich um das Recht des Volkes nicht anzutasten, durch demokratisch gewählte Organe sein Schicksal einzurichten, ist ein verfehltes Unternehmen. Nicht Stillstand, sondern fortschreitende Zersetzung ist das Signum der inneren Lage in Russland. Auch nach außen hin gibt es keinen Stillstand. Die deutschen Heere gehen immer weiter ins Land, und

der französisch-englisch-amerikanische Imperialismus zieht immer weiter die Schlinge am Halse Russlands zusammen. Die russische revolutionäre Regierung war nicht nur nicht imstande, den Entente-Imperialismus zu nötigen seine Kriegsziele, gemäß der von ihr proklamierten antiimperialistischen Losungen, zu ändern und so den Tag des Friedens zu beschleunigen, sondern umgekehrt wurde sie ein Spielball in seinen Händen und muss helfen, den selbstgewählten Weg, den Weg der Stockholmer Verständigung zu verrammeln.

Wenn sich in Moskau die Vertreter der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten zu Ehren der Entente erhoben und ihr in stürmischen Rufen huldigten, so war das ein: Ave Caesar morituri te salutant!

Die arbeitenden Massen, die unter dieser Zersetzung am meisten leiden, können ihr nicht ruhig zusehen. Jede Woche der Fäulnis steigert ihre Leiden, drängt sie zum Kampfe gegen die provisorische Regierung. Im März waren sie einverstanden mit der Bildung der Regierung aus den Vertretern der Bourgeoisie. Im Mai jagten sie den offensten Vertreter des Imperialismus, Miljukoff, aus der Regierung. Im Juli gingen die Proletarier und Soldaten Petrograds auf die Straßen: Nieder mit der kapitalistischen Regierung, die ganze Macht in die Hände der Sowjets, d. h. der Proletarier und Kleinbürger. Weit und breit im Lande fand ihr in Blut erstickter Ruf Zustimmung der hungernden Massen. Im Heere führte die Friedenssehnsucht zum panikartigen Rückzug. Die massenhaft durchgeführte Todesstrafe hat nach dem Eingeständnis des Generalissimus Korniloff den Prozess des Zerfalls nicht aufgehalten. Und der General Tscheremisoff erklärt: Keine Repressalien sind fähig, die Kampfeskraft und den Kampfswillen der Armee wieder herzustellen, nur das Bewusstsein des Wertes des Kriegszieles, der Notwendigkeit des weiteren Kampfes kann Abhilfe leisten, darum weg mit den Repressalien und an die Arbeit, das Vertrauen durch die Soldatenkomitees zu wecken.

Aber die Korniloffs haben von ihrem Standpunkte aus zehnmal Recht, wenn sie den Rezepten des liberalisierenden Generals kein Vertrauen schenken. Wenn die Armee erfährt, weswegen sie wirklich kämpft, so werden die Soldatenkomitees Organisationen des Kampfes gegen den Krieg, für den Frieden. Mögen in ihnen die Sozialpatrioten jetzt überwiegen, lässt man das politische Leben in der Armee zu, so werden die kriegsfeindlichen Elemente bald die Oberhand gewinnen. Die Todesstrafe ist in der für die volksfremden Interessen kämpfenden Armee nicht zu vermeiden, für den Selbstbestimmungsprozess der Soldatenmasse darf es in der Armee keinen Platz geben.

Die Armee der Revolution unter der Fuchtel des Offizierskorps wie unter dem Zarismus, allmähliche Abmürkung der Soldatenorganisationen, Unterdrückung der kriegsfeindlichen Propaganda in der Armee, d. h. die Unterdrückung der Freiheit des politischen Lebens in ihr, d. h. die Verwandlung aller Beteuerungen, man wolle die Armee nicht wieder zum Kadavergehorsam zwingen, in hohle Phrasen. Im Hinterlande die Herrschaft der Spione der Konterswiedka, die Gefängnisse von neuem mit Revolutionären gefüllt, ein terroristisches System gegen die revolutionären Arbeiter und landhungrigen Bauern, eine schmachvolle Kampagne gegen die Organe der proletarischen und kleinbürgerlichen Demokratie, das ist das Resultat der sechs Monate der russischen Revolution.

Aus dem bildlichen ins begreifliche übersetzt: die Herrschaft der industriellen und Handelsbourgeoisie, die peinlichst Rücksicht auf die Interessen der Junker nimmt. Also Herrschaft des Kapitals, ausgeführt durch Mittel der nackten Gewalt, aber sich noch immer deckend durch die moralische und politische Unterstützung der Führer des Kleinbürgertums, der menschewikischen und sozialrevolutionären Sozialpatrioten. Die Front gegen Links gerichtet.

2.

Wie ist dieses Resultat möglich gewesen, wie ist es gekommen? Russland ist ein überwiegend kleinbürgerliches Land. Zahlengemäß bildet die Arbeiterklasse einen kleinen

Bruchteil der Bevölkerung. Wenn sie trotzdem bisher eine ausschlaggebende Rolle spielte, so verdankte sie es ihrer Konzentration in den wirtschaftlichen und politischen Zentren, ihrer Beherrschung der Lebensader des Staates, Telegraphen- und Eisenbahnwesens. Die Bourgeoisie bildete ihr gegenüber eine kleine Oberschicht, die Bauernmassen waren zerstreut im ganzen Reiche und kamen nur in der Armee als eventuelles Werkzeug der zarischen Regierung zur Geltung.

Der Krieg verwandelte die Kasernenarmee in das Volk in Waffen, die Bauern betraten die Bühne der Geschichte als organisierte, zentralisierte Macht. Dank ihrer Friedenssehnsucht, dank allen Leiden des Krieges, dank dem vollkommenen Zusammenbruch der zarischen Autorität, der selbst dem Adel und dem Offizierkorps nicht erlaubte, in der Stunde der Gefahr sich für den Zarismus einzusetzen, ging die Bauernarmee auf die Seite der Revolution über. Aber arm an politischer Erfahrung und den nötigen Bildungselementen, voll traditioneller Ehrfurcht des Bauerntums vor den „gebildeten“ Klassen, die der Bauer hasst, vor denen er sich aber gleichzeitig klein und unbedeutend fühlt, unfähig, die komplizierten Zusammenhänge der Weltpolitik zu durchschauen, konnte die bäuerliche Masse keine selbständige Politik führen. Sie wankte zwischen der Bourgeoisie und der revolutionären Arbeiterklasse.

Nur eine entschiedene antikapitalistische Politik der Arbeiterklasse, das sofortige Inanspruchnehmen der Lösung der Agrarfrage, in der die Interessen des Bauerntums schroff mit den Interessen des Junkertums, des aus seinen Reihen stammenden höheren Offizierkorps und des mit ihm durch die Hypothekenbanken versippten Bürgertums zusammenstoßen, konnte das Bauerntum von dem Einfluss des Bürgertums befreien, eine jakobinische Koalition des Proletariats und des Bauerntums gegen das Kapital und Junkertum, gegen den Weltkrieg zustande bringen. Aber die Mehrheit der Führer der Arbeiterklasse ist in einem so kleinbürgerlichen Lande wie Russland, selbst vom Hause aus mit kleinbürgerlichen Ideen und Aberglauben gefüllt, schon gar nicht von den Ideologen des Bauerntums zu sprechen, den Sozialisten-Revolutionären, die, obwohl mit sozialistischen Phrasen vollgespickt, nichts anderes darstellen, als die Vorläufer einer nüchternen Partei des Bauerntums.

Die Partei der Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre stellt in ideologisch-sublimierter Form nichts anderes als die Überzeugung des Kleinbürgers dar, dass er ohne die bisher herrschenden Klassen nicht imstande ist die komplizierte Staatsmaschine im Gange zu halten, das Staatsschiff durch alle Fährnisse des Weltsturmes durchzulotsen. Und da die Bourgeoisie Russlands sich von der Bourgeoisie der Entente nicht trennen will, so musste die Idee der Koalition mit der russischen Bourgeoisie erweitert werden auf die Ententebourgeoisie. Die Taktik der Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre formte den Aberglauben des Kleinbürgertums in Land und Stadt, sie erhob das Misstrauen dieser Schichten gegen die eigenen Kräfte und die des ihnen fremden europäischen Proletariats zur Höhe einer sozialpatriotischen Ideologie, sie verwandelte die Kapitulation vor der konterrevolutionären Bourgeoisie und der zaristischen Generalität zur Ideologie der Verteidigung der Revolution. Sie fälschte den Verrat der internationalen proletarischen Solidarität zu Gunsten der Solidarität mit den Haifischen des Ententefinanzkapitals in eine realistische Politik der Weckung der Internationale um. Und indem sie es taten, stärkten die russischen Sozialpatrioten den Einfluss der Bourgeoisie auf das Kleinbürgertum, verlangsamten sie den Prozess seiner Ernüchterung unter dem Eindruck der Lehren der kapitalistischen Politik, stießen sie das Kleinbürgertum vom Proletariat weg, das jetzt den Bauernmassen als die größte Gefahr der Revolution dargestellt wurde.

Das Resultat dieser Politik ließ nicht lange auf sich warten. Wenn ein Teil einer Koalition den anderen als absolut unentbehrlich erklärt, so verwandelt sich die Koalition in die Beherrschung dieses Teils durch den anderen, in ein Verhältnis vom Reiter zum Pferd, um mit Tayllerand zu sprechen. Die erste provisorische Regierung war die Regierung des Bürgertums,

das hinter sich die drängende Masse fühlt. Um den Druck zu mildern, der Miljukoff aus dem Sattel gehoben hat, nötigten die Kapitalisten die Sozialpatrioten an der Regierung als Puffer zwischen ihr und der Masse teilzunehmen. Als dieser sich als zu schwach erwies, verblieb zwar ein Teil der Sozialpatrioten in der Regierung als Dekoration, aber sie sind ohne jede Bedeutung in ihr.

Tschernoff, der das wichtige Amt des Ackerbaues inne hat, bezeugt öffentlich, dass Reformen, die er als unaufschiebbar ansieht, systematisch verhindert werden. Das Schwergewicht der Regierung liegt nicht bei den Sozialisten-Revolutionären, sondern bei den Kadetten. In der Koalition des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie hat die Bourgeoisie immer die Oberhand.

Das Kapital, die Junker und die Generalität möchten die Früchte ihrer Herrschaft ernten. Ungeduldig schreien die Rjabuschynskis, die Maslennikoffs, die Puryschkiewitsch: Nieder mit der Kanaille, nieder mit den Sowjets, zähmt die proletarische Bestie und den wild gewordenen Bauern! Die klügeren Elemente halten zurück. Die provisorische Regierung, an deren Spitze das Eisen- und Blutmännchen Kerenski steht, macht alles, was nötig ist. Er treibt die Bauern mit Maschinengewehren ins Feuer, er erlaubt der konterrevolutionären Presse, die Sowjets zu diskreditieren, die Arbeit der Revolution zu zerstören, er hat seine Sache auf die Gewalt gegen die revolutionären Elemente gestellt. Aber solange er noch ein Rest der Autorität in den Augen des Kleinbürgertums hat, solange ihm die Sowjets die Unterstützung verleihen, solange ist es besser, die Arbeit der Konterrevolution unter der Flagge der Rettung der Revolution zu führen. Das legt einen Teil der Widerstände lahm, die eine offene Herrschaft des Kapitals und des Junkertums sofort wecken würde.

Mag Kerenski den Diktator spielen, solange er nicht wagt gegen das Kapital vorzugehen. Durch seinen Kampf gegen die Kräfte der Revolution bereitet er die Situation, in der das Kapital und die Junker die offen konterrevolutionären Kräfte ihn wie eine ausgesogene Zitrone auf den Misthaufen der Geschichte wegwerfen können.

Parlamentarisierungs- und andere Satyrspiele.

Eine Welt steht in Flammen. Von Petrograd bis San Franzisko ist eine Menschheit von Feinden. Nirgends rauchen die Schloten, nirgends surren die Webstühle, nirgends hämmern die Werke, um den friedlichen Menschen Bedürfnis zu befriedigen, sondern überall rinnt der Schweiß und das Blut im Kampfe, im wilden Vernichtungswerk.

Berge von Lasten werden auf den Rücken der Menschheit gewälzt, obwohl kein Mensch auch den geringsten Begriff davon hat, wie sie einmal abgetragen werden sollen. Und während Armeen dort in den Feldern verderben, werden neue Armeen der Arbeit aus dem Boden gestampft. Chinesen, Sarten, Perser arbeiten in russischen Bergwerken, Anamiten, Schwarze in den französischen Fabriken. Millionen Frauen werden durch die Not in die Fabriken getrieben, sie zeigen, dass die schwierigste industrielle Arbeit keine Geheimkunst der Männer ist. Und über allem erhebt sich die Frage: Wer wird dem Kriege ein Ende bereiten, wer wird dem Blutstrom, der sich drei Jahre lang über die Welt ergießt, halt gebieten. Die Kräfte des Krieges entfesselt haben, wollen es nicht tun oder können es nicht. Alle peitscht die Angst vor den Furien der Verantwortung, jeder rennt vor ihr vorwärts, dem Abgrund entgegen.

In dieser eisernen und blutigen Zeit, die an die Arbeiterschaft die Frage stellt: kämpfend zu siegen, oder duldend in den Ruinen der kapitalistischen „Zivilisation“ unterzugehen, begannen die deutschen Sozialpatrioten im Verein mit der deutschen Bourgeoisie ein liebliches Kätschenspiel mit der deutschen Bureaukratie. „Wer soll herrschen?“ – heißt es. Das parlamentarische System ist das Zeichen, in dem wir siegen, erklärten die Sozialpatrioten.

Nun, das parlamentarische System war die Form, in der die Bourgeoisie ihre Herrschaft in Westeuropa konstituiert hat und die Arbeiterklasse unterstützte sie im Kampfe um die parlamentarische Regierungsform, weil es ihr einleuchtete, dass die beste Staatsform die ist, um ein Wort von Marx aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu zitieren, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zu freiem Kampf und damit zur Lösung kommen. Das Banner der parlamentarischen Regierung war nirgends das der Arbeiterklasse, es deckte immer bürgerliche Ware.

Kämpft die Bourgeoisie jetzt um den Parlamentarismus in Deutschland? Keine Spur davon! Die führende Partei der Bourgeoisie, die Nationalliberalen, sind Gegner des Zustandes, in dem die Regierung aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgeht, weil sie weiß, dass sie viel besser mit der Bureaucratie fahren kann. Die führende Partei des Kleinbürgertums, das Zentrum, ist gegen das parlamentarische System, weil sie als Partei der katholischen Minderheit, die Partei des Partikularismus ist, den Einfluss der unter ihrer Fuchtel stehenden Kleinstaaten, wie z. B. Bayern, nicht mindern will. Die Junker sind natürlich Gegner des parlamentarischen Systems. Aber selbst die Freisinnigen, die Partei des Handelskapitals und der Festbesoldeten, spüren in ihren lahmen Lenden keine Kraft zur Regierung Deutschlands. Wenn diese Parteien mehr oder weniger mit dem Gedanken des parlamentarischen Systems spielen, so weil sie dadurch der Entente eine Waffe aus der Hand schlagen wollen, das Argument, als sei in Deutschland das Volk ohne jeden Einfluss auf die Staatsgeschäfte. Sie alle wollen irgendeine Kulisse aufrichten, hinter der sie die Bureaucratie, in erster Linie die Diplomatie, kontrollieren können. Der einzige konsequente Vertreter des parlamentarischen Systems in Deutschland ist Herr Theodor Wolf vom Berliner Tageblatt, der es einmal in Paris sah, von ihm entzückt ward, und von der Liebe nicht lassen kann.

Diese Haltung der Bourgeoisie ist nur ein Ausdruck der Tatsache, dass es in Deutschland keinen von der Bourgeoisie unabhängigen Absolutismus gibt, dass das, was die Entente deutschen Absolutismus nennt, eine Herrschaft der Bourgeoisie ist, verbrämt mit allerhand absolutistischem Spuk. Und es zeigt noch etwas anderes. In Deutschland ist die Zeit vorüber, wo die Bourgeoisie parlamentarisch ohne die Vertreter der Arbeiterklasse herrschen könnte.

Und wie ausnehmend schön und staatsmännisch sie die Herren Ebert und Legien findet, sie will sie nicht zur Regierung zulassen. Irgendein Pöstchen, na, das kann man sich gefallen lassen, aber Teilnahme an der Herrschaft? Da könnte noch irgendeinem Demagogen vom Schlage Scheidemanns eines schönen Tages unter dem Drucke der Arbeitermassen einfallen, sich „unanständig“ in die Staatsgeschäfte einzumischen, was Gott behüte! Und weil die Regierung weiß, dass es den Bourgeois nicht einfällt, wirklich die direkte Gewalt zu beanspruchen, kann sie mit ihr so verfahren, wie es nottut. Ohne die Parteien zu befragen, wird ihnen ein Bureaucrat mit irgendwo versteckten Eigenschaften als Kanzler präsentiert. Sie schlucken es. Dieser Reichskanzler erklärt sich einverstanden mit ihrer Friedensresolution, sie sind entzückt. Er schränkt sein Einverständnis durch die Erklärung ein, dass es sich natürlich um die Resolution handelt, wie er sie versteht.

Niemand muckt dagegen in der Reichstagsitzung auf, ja, Vertreter großer Parteien lassen sich für sein Kabinett werben. Schließlich bildet die Regierung aus sieben Parlamentsvertretern und sieben Bundesratsvertretern eine „freie Kommission“, die mit diesem glorreichen Kanzler zusammen über die Papstnote beraten soll, wobei vollkommen unberührt bleibt, was der Reichskanzler mit dem Resultat dieser Beratung tun wird. Herr Theodor Wolf erklärt melancholisch: nein, so ist es nicht in Frankreich, aber alle die „Parlamentarier“ erklären ihr Einverständnis, gehen in die Kommission. Ja, sie wird als Übergang zum parlamentarischen System erklärt.

Die Sozialpatrioten irren, wenn sie behaupten, die deutsche Regierung sei auf dem Wege zur Verwandlung in eine Demokratie. Aber das ist nicht die größte Sünde. Diese besteht in der Verhüllung der Tatsache, dass die parlamentarische Regierung als Mittel zur Lösung der Fragen, die wirklich zu lösen sind, soviel taugt, wie der Weihrauch dem Toten. In England und Frankreich steht eine parlamentarische Regierung. Ist sie jedoch imstande die Hunderte der Milliarden Staatsschulden aus der Welt zu schaffen, die verwüsteten wirtschaftlichen Kräfte des Landes wieder herzustellen, die ungeheure Verschiebung zu Ungunsten der Volksmassen, die im sozialen Gefolge des Krieges sich eingestellt haben, rückgängig zu machen?

Die parlamentarische Regierung, d. h. die Herrschaft der Bourgeoisie, ist allen diesen Erscheinungen gegenüber ohnmächtig und sie wird nicht mächtiger werden, wenn sie eine Koalitionsregierung der Sozialpatrioten und der Bourgeoisie wäre, weil sie auch dann in erster Linie auf die Interessen der Bourgeoisie Rücksicht nehmen müsste. Nicht die oder jene Form der Herrschaft der Bourgeoisie ist der Weg zur Überwindung der gewaltigen Folgen des Krieges, sondern nur der Gegensatz zu ihr, die Arbeiterregierung, die keine Rücksichten auf die Interessen des Kapitals nimmt, sondern jedes Mittel anwendet, das nur irgendwie imstande ist, die Wunden des Krieges zu heilen. Die Bedeutungslosigkeit der Losung der parlamentarischen Regierung als einer Losung gegen den Imperialismus und seine Folgen ist nur die andere Seite der Bedeutungslosigkeit der Losung: Nationale Selbstständigkeit, Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als eines Mittels des Kampfes gegen den Imperialismus. Wie alle Formen des kapitalistischen Staates, so sind auch alle Formen seiner Regierung unfähig, die Fragen zu lösen, die die Geschichte auf die Tagesordnung gestellt hat. Und die Gleichgültigkeit, mit der die Volksmassen das Spiel im Reichstage betrachten, alle die Stürme im Glase Wasser, sind nur ein Ausdruck der vollen Bedeutungslosigkeit dieser großen Staatsaktionen, über die die Zeitungen trotz Papiermangel so viel schreiben.

Nicht im Reichstage, nicht in der Budgetkommission, nicht in der „freien Kommission“ werden die Fragen der Zeit gelöst, und wenn sich Gott der Scheidemänner erbarme und Deutschland ein parlamentarisches System bescheren würde, es würde dadurch nichts geändert sein.

Stockholm.

Die Stockholmer internationale Konferenz wird in absehbarer Zeit nicht stattfinden. Die Regierungen der Ententeländer, die den Delegierten die Pässe verweigerten, werden ihren Beschluss nur im Falle einer grundlegenden Änderung der inner- und weltpolitischen Situation revidieren.

Äußerlich scheidet die Stockholmer Konferenz an der physischen Gewalt der Entente-Regierungen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Elsass-Lothringer, Polen, Armenier kämpfen, nur das Recht der Selbstbestimmung der Franzosen, Engländer, Italiener und Amerikaner über die Weiterführung des Krieges nicht anerkennen wollen. Dass die Entente-Regierungen es wagen konnten, ihren Sozialisten die Pässe zu verweigern, ist nicht nur als Symptom der internationalen Lage charakteristisch, sondern wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der Entente-Regierungen zu der russischen Revolution. Wie die 254 Rubel, die man für ein englisches Pfund zu bezahlen hat, die Ansicht des anglo-sächsischen Kapitals über die wirtschaftliche Lage Russlands prägnant ausdrückt, so tut es in Bezug auf die auswärtige Politik der russischen Revolution die Sabotierung der Stockholmer Konferenz.

Die Stockholmer Konferenz war das Symbol der auswärtigen Politik der Mehrheit der Führer der Sowjets. Und obwohl wir Gegner einer gemeinsamen Konferenz mit den sozialpatriotischen Genossen sind, so haben wir keine Ursache zu verhüllen, dass große Massen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Kleinbürgertums nach Stockholm mit

direkt religiöser Innbrunst hinblickten, von der Verständigung der Sozialisten in Stockholm die Rettung aus den Klauen des Krieges erwartend. Das wissen die Entente-Regierungen sehr gut. Herr Lloyd George gab als Grund der Verweigerung der Pässe offen die Furcht an, dass die Hoffnungen auf Stockholm die erst wieder vom neuen hergestellte Kriegsbereitschaft der russischen Armee untergraben würden. Wenn also die Entente-Regierungen in voller Kenntnis dieses Verhältnisses der russischen Arbeiter- und Soldatenmassen zu der Stockholmer Konferenz es wagen konnten, brüsk diese Konferenz zu sabotieren, so zeigt das besser als alle langen Erörterungen, dass die Regierungen des Ententekapitals glauben, dass es nicht mehr nötig ist, Zeremonien mit den Organisationen der russischen Demokratie zu machen oder irgendwelche Rechnung auf die Stimmung der Volksmassen in Russland zu nehmen.

Darin äußert sich in klarer Weise die Tatsache, dass die russische Revolution, dass die russische Demokratie in den Augen des Ententeimperialismus die Bedeutung eines Machtfaktors verloren hat. Die Tatsachen sind harte Dinge. Die Mehrheit der Vertreter des revolutionären Russland haben sich zu Gefangenen des russischen Kapitals gemacht. Sie haben zusammen mit den Vertretern des Kapitals Russlands die Volksmassen dem Ententekapitalismus ausgeliefert, sie auf Geheiß der Londoner, Pariser und New-Yorker imperialistischer Kabinette zur Offensive getrieben. Und als die Massen der Soldaten sich gegen ihre Auslieferung wehrten, den Gehorsam verweigerten, wurden sie niederkartätscht, dem Wüten der Kriegsgerichte ausgeliefert.

Als sich die Proletarier und Soldaten Petrograds gegen die Politik der Koalitionsregierung in Massendemonstrationen wandten, wurde auf Aufforderung der Führer der kleinbürgerlichen Demokratie gegen sie die Artillerie aufgeföhren, sie wurden entwaffnet und dem weißen Terror ausgeliefert, wonach die russischen Sozialpatrioten der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zustimmten unter dem Namen der Rettung der Revolution. Alle diese Vorgänge gaben den Entente-Regierungen die Möglichkeit, die russische Revolution als Faktor zu behandeln, der sich selbst ausgeschaltet hat. Wenn in Russland nicht die Arbeiter und Bauern, sondern die Kapitalisten den Ausschlag geben, und die Kapitalisten gegen die Stockholmer Konferenz, für den Sieg der Entente sind, so haben die Entente-Regierungen keine Ursache, mit dem Willen der Sowjets irgendwie zu rechnen.

Dass dieser Beschluss den geheimen Wünschen der Entente-Sozialpatrioten entsprach, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die englischen und französischen Sozialpatrioten kämpften aus allen Kräften gegen die Konferenz. Sie entschieden sich für die Teilnahme, als sie sahen, dass sie durch ihre Weigerung das revolutionäre Russland vor den Kopf stoßen würden. Aber gleichzeitig erklärten sie mit zynischer Offenheit, dass sie keineswegs zur Konferenz gehen würden, um den sogenannten Verständigungsfrieden zu fördern. Sie wollten auf der Konferenz die sogenannte Schuldfrage aufrollen, von der Konferenz die Bestätigung der Unschuld der Entente am Weltkriege erlangen.

Henderson erklärte offen, dass er auch weiterhin an dem Siege der Entente festhalte als dem einzigen Weg zum dauernden Frieden. Dass bei einem solchen Standpunkt die Sozialpatrioten der Entente ihren Regierungen nur dankbar sein konnten, dass sie der Mühe der Reise nach Stockholm enthoben sind, kann man ohne weiteres einsehen. Würde es anders sein, sie müssten in heller Entrüstung aufstehen gegen die nichtswürdige Behandlung, die ihnen seitens der Entente zuteil würde. Aber Herr Henderson weigert sich aus „patriotischen“ Gründen, die Interna seines Hinauswurfs aus der Regierung der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Labour Party zieht ihre Vertreter aus dem englischen Kriegskabinet nicht zurück, und die französischen Sozialpatrioten werden ihre Politik auch nach dem Austritt aus der Regierung nicht ändern.

Nicht durch äußere Hindernisse ist die Stockholmer Konferenz zu Fall gekommen. Von Anfang an faul, bis in das Mark hinein, wurde sie noch vor ihrem Zustandekommen durch die inneren Gegensätze des Sozialpatriotismus zersetzt, der nicht einmal als Verständigungsbrücke zwischen den Regierungen dienen kann, solange diese selbst keine Verständigung wollen, geschweige denn, dass er imstande wäre, die Kräfte zum Leben zu rufen, die fähig wären, den Kampf um den Frieden der Völker zu führen.

Diese durch Tatsachen erhärtete Wahrheiten über das Scheitern des Verständigungs-Werkes von Stockholm den Arbeitermassen aller Länder beizubringen, ist die wichtigste Aufgabe, die den Internationalisten obliegt. Enthält doch schon die Beantwortung der Frage, warum die Stockholmer Konferenz der Sozialpatrioten nicht stattgefunden hat, nicht nur den vollkommenen Beweis unseres negativen Verhältnisses zu ihr, sondern auch die positive Antwort auf die Frage nach dem Weg zum Frieden.

Zur Steuerfrage.

Kapitalakkumulation und Steuerpolitik.

Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsform, die sich nur durch eine beständige Revolutionierung der Produktionsmethoden, durch ununterbrochenen technischen Aufstieg, durch fortwährende Ausdehnung ihres Wirkungsbereichs erhalten kann. Der Drang nach Extraprofit ist der scharfe Sporn. Er bewirkt die immer straffere Konzentration des Kapitals und treibt immer wieder über den einmal erreichten Stand der Technik hinaus. Das brachte den Siegeszug der Maschine, die immer massiger und gewaltiger in Ausmaß und Wirkung, immer feiner in ihrer inneren Konstruktion wird. Je stärker die Anwendung maschineller Kräfte, umso riesiger die darin festgelegten Kapitalien, umso ungünstiger das Verhältnis zwischen Mehrwert und Gesamtkapital, die Rate des Profits. Der Mehrwert entspringt ja der menschlichen Arbeit, für den Kapitalisten dem Teil des Kapitals, den er für den Lohn verwendet. Aber seinen Profit muss er auf das gesamte Kapital beziehen, durch dessen gesamten Bewegungsprozess er den Mehrwert nur verwirklichen kann.

In dem Maße, wie nun die menschliche Arbeit immer mehr zu einem Anhängsel der riesenhaft wachsenden Maschinerie wird, sinkt die Profitrate. Der Kapitalist kann dieses Sinken der Profitrate nicht aufhalten. Er kann seine Wirkungen nur von sich ablenken, wenn es ihm gelingt, sich durch seine wirtschaftliche Machtstellung (Kartelle, Trusts, Monopole, Zölle) einen größeren Anteil am allgemeinen Profit zu erzwingen, oder er kann durch Extraprofit einen Ausgleich schaffen. Extraprofit aber erzielt er in erster Linie durch die Verbesserung der Technik, wodurch die Profitrate weiter gesenkt wird. Sinken der Profitrate und Extraprofit sind wie zwei Ringer, die ihren Gegner immer wieder neu erstehen lassen, indem sie ihn vorübergehend überwinden. Das Ergebnis ihres Kampfes ist die Förderung der Produktionsmethode, die Festlegung immer gewaltigerer Kapitalien in Produktionsmitteln. Darin liegt der Hunger unserer Wirtschaftsweise nach neuem Kapital begründet. Es muss aus dem Mehrwert immer wieder Geld herausgezogen und als jungfräuliches Kapital aufgehäuft, akkumuliert werden, damit es sich in Maschinen, Fabriken, Kohlengruben usw. verwandeln kann.

Bei der Wiederaufrichtung der Wirtschaft nach dem Kriege wird die Frage der Kapitalakkumulation eine ganz ungewöhnliche Rolle spielen. Die Kapitalistengruppen, die Kapital in hohem Maße heranziehen können, werden den anderen gegenüber einen gewaltigen Vorteil haben. Das gilt sowohl von den Konkurrenz- und Machtkämpfen im Inlande als denen auf dem Weltmarkte. Nun scheint es so, als sei während des Krieges ungeheuer viel Kapital in den Krieganleihen aufgehäuft worden. Das ist aber nur die alte Verwechslung, die daher rührt, alles, was Zins trägt, Kapital zu nennen.

Die Krieganleihen sind, wir betonen das immer wieder, nur Anweisungen auf einen Teil des künftig zu erzeugenden Mehrwerts. Wohl haben auch während des Krieges große Unternehmungen ihre Betriebe riesig vergrößert. Aber diese Kapitalakkumulation steht in keinem Verhältnis zu dem durch den Krieg vernichteten Kapital.

Man denke an die zerstörten Anlagen in den Kriegsgebieten, die versenkten Schiffe, den übermäßigen, Verschleiß des gesamten Eisenbahnmaterials, wie der in der Kriegsindustrie verwandten Maschinen. Einen Begriff vom Verbrauch des fixen Kapitals in der Kriegszeit kann man sich nach folgender Mitteilung des Gewerkschaftsredakteurs Schneider machen: „Der Leiter einer größeren Maschinenfabrik versicherte mir, dass er einen großen Teil seiner Maschinen sofort nach Kriegsende außer Gebrauch setzen müsse, weil sie infolge der gesteigerten und vielfach unsachgemäßen Benutzung für Präzisionsarbeiten unbrauchbar geworden seien. (H. Schneider, Ketzereien zur Frage der industriellen Nachtarbeit. „Neue Zeit“ 1917, Nr. 20.) Das alles muss ersetzt werden, die Betriebe der Kriegsindustrie müssen wieder der Friedenswirtschaft angepasst werden. Rohprodukte sind in riesigen Massen aufzukaufen. Der staatliche Kapitalbedarf ist ungeheuer groß.

Unsere Wirtschaft wird nach dem Kriege nach Kapital hungern und dürsten. Dazu kommt eine neue Gefahr. Was wir in unserem ersten Aufsatz als Steuerbedarf des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden aufwiesen, das betrifft alles unproduktive Ausgaben. Sie müssen aus dem Mehrwert gezogen werden, der früher zum guten Teil der Akkumulation neuen Kapitals diente. Was davon für die Kriegsrenten dienen soll, ist dieser Kapitalansammlung von vornherein verloren. Aber die Verzinsung der Krieganleihen dürfte ein Staatsrentnertum züchten, das wiederum große Summen dem arbeitenden Kapital entzieht und einen Geist großziehen dürfte, der die kapitalistische Unternehmungslust dämpft. So wird sich der Krieg für den Kapitalismus noch als Vater aller Hindernisse erweisen.

Aus alledem erhellt, welche hohe Bedeutung das Problem der Kapitalbildung für den Kapitalismus überhaupt und besonders nach dem Kriege hat. Die Frage beschäftigt denn auch die Volkswirtschaftler in hohem Maße, und es liegt auf der Hand, dass die Art der neuen Steuern die Neubildung von Kapital außerordentlich beeinflussen kann. Mombert untersucht in seiner schon erwähnten Schrift das Steuerproblem gerade von diesem Gesichtspunkte aus. Er macht dabei eine Reihe von Vorschlägen, die sich namentlich gegen den besonderen steuerpolitischen Schutz rückständiger Wirtschaftsmethoden wenden. Aber auch er scheint zu empfinden, dass damit nur Unwesentliches im Verhältnis zu der großen Aufgabe erreicht wird, und so ist sein ewiger Kehrreim: Wir müssen sparen, sparen, sparen! So hallt es wieder in Zeitungsartikeln und Schriften, und wenn sie von besonders patriotischen und entsagungsfreudigen Herren geschrieben sind, wie etwa Herrn von Zedlitz, dann heißt es: Wir müssen uns groß hungern! In der Tat hat die Kapitalakkumulation ihre Ursache darin, dass nicht alles Einkommen der Besitzenden in Genussmittel umgesetzt wird, sondern ein Teil für die neue Produktionsperiode aufgespart und in Kapital verwandelt wird. Es ist das jenes Sparen, für welches die Kapitalisten den bekannten „Entbehrenslohn“ einheimen. Die Grundlage dieses kapitalistischen „Entsagens“ und „Sparens“ bildet die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Wie anders soll denn die Steuerpolitik auf den Sparbetrieb einwirken? Will sie auf den Luxus einwirken, so zeigt die Erfahrung, dass dabei der Steuerfiskus nicht genügend gewinnt. Nur aus den breiten Massen lässt sich viel herauswirtschaften. Förderung der Kapitalakkumulation läuft wiederum auf indirekte Steuern in diesem oder jenem Gewande hinaus.

Aus unserm politischen Tagebuch.

15. September.

Von amtlicher deutscher Seite werden folgende Zitate aus englischen Blättern vermittelt:

Nach der „Times“ vom 27. August erklärte der Arbeiterführer Anderson in einer Versammlung von Arbeitern des Arsenal Woolwich: Die Freiheiten der Arbeiter sind allmählich fortgenommen worden und den Streikenden drohte man mit der Einstellung ins Heer. Lloyd George versteht die Arbeiterbewegung nicht: er dachte, wenn er nur die Führer auf seiner Seite hätte, würde die Sache schon gehen. Aber die Regierung lernt allmählich, dass die Führer nicht alles sind und dass die Massen ihre eigene Meinung haben können. Die Unzufriedenheit der Arbeiter lässt sich durch Unterdrückung nicht beseitigen. Die Behauptung, dass deutsches Geld an der Unzufriedenheit schuld ist, hat sich als ganz falsch erwiesen: die besten Freunde der Deutschen in England sind vielmehr die Lebensmittelwucherer.

Nach derselben Nummer der „Times“ wandte sich der Arbeiterführer Thomas in einer Rede in Plymouth gegen das System der Kriegszulagen: Immer, wenn wir eine kleine Zusage bekommen haben, steigen auch die Preise, und dann leiden wir wieder entsprechend. Die richtige Lösung wäre, dass die Regierung das Lebensmittelproblem in gebührender Weise anfasst. Besonders schlecht daran sind die Kriegerwitwen und ihre Kinder; denn hinter ihnen stehen keine Gewerkschaften, die für sie Zulagen verschaffen. Die Arbeiter sind niemals durch die Stärke ihrer Gegner, sondern nur durch ihre eigene Uneinigkeit besiegt worden.

16. September.

Im Verfassungsausschuss des sächsischen Landtages erklärte der Regierungsvertreter auf die Frage, ob die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt gegen die Wahlreform nach dem zweiten kaiserlichen Erlass über das preußische Wahlrecht noch aufrechterhalte, dass die Regierung nach wie vor eine Wahlrechtsänderung ablehne. Auf wiederholte Fragen erklärte der Regierungsvertreter weiter, dass diese Erklärung der Regierung klar und endgültig sei. In Sachsen besteht das Pluralwahlrecht.

Es kommt die geistliche Deputation,
Rabbiner und Pastöre -
Doch ach! Da kommt der Hoffmann auch
Mit seiner Zensorscheere!

Die Scheere klirrt in seiner Hand,
Es rückt der wilde Geselle
Dir auf den Leib - er schneidet in's Fleisch -
Es war die beste Stelle.

Aus Heines „Deutschland“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becher); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 40/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 6. Oktober 1917.

Nr. 40

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Zu Beginn ihrer gegen uns gerichteten Ausführungen in Nr. 37 vom 15. September betont die „Arbeiterpolitik“, dass ihr jeder Anlass willkommen sei, eine wichtige Frage gründlich zu erörtern. Wir nehmen deshalb an, dass sie die folgende kurze Erwiderung veröffentlichen wird.

Der Kernpunkt der zwischen uns obwaltenden Meinungsdivergenz ist dieser: die „Arbeiterpolitik“ sagt, ohne Führer geht es nun einmal nicht; auch braucht keineswegs *jedes* Führertum mit Bevormundung verbunden zu sein und den Geführten die Verantwortung abzunehmen; wer aber jegliches Führertum verwirft, der kommt zur Aktionslosigkeit und macht aus der Arbeiterbewegung einen bloßen Diskutierklub.

Dagegen sagen wir: ob *jedes* Führertum eine Bevormundung bedeutet, mag dahingestellt bleiben; denn hier handelt es sich um eine ganz bestimmte Art Führertum. Was nämlich will die „Arbeiterpolitik“?

Indem sie feststellt, dass sie gegen die Spartakusbewegung nichts Grundsätzliches einzuwenden hatte, sondern in ihr nur einige Auswüchse, „gewisse absolutistische Allüren“ bekämpfte, bestätigt sie unsere Auffassung, dass die neu zu gründende linksradikale Partei genau die Aufgabe übernehmen soll, welche die Spartakusgruppe durch ihren Anschluss an die Unabhängigen im Stich gelassen hat, und die darin besteht, kühn voranzugehen und die Arbeitermassen auf der Bahn zum Sozialismus mit fortzureißen.

Wer sich einer solchen Aufgabe widmet, welche die größten Anforderungen an seinen persönlichen Opfermut stellt, für den empfinden wir höchste Achtung. Aber was wird hier verlangt? Gerade in den Dingen, die für die Gesamtheit des Sozialismus wie für jeden Einzelnen Fragen von Leben und Tod bedeuten, sollen die Arbeiter den Führern folgen, ohne ein ausreichendes eigenes Urteil zu haben. Denn sonst müsste man ja warten, bis der letzte Arbeiter ausgerüstet ist mit der Wissenschaft seines Jahrhunderts! Und selbst das würde nach der „Arbeiterpolitik“ noch nicht ausreichen, weil es außerdem noch nötig sei, „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme zu beherrschen“.

Das Wesentliche an dem, was die „Arbeiterpolitik“ verlangt, ist also gerade, dass die Arbeitermassen ihre ganze Kraft einsetzen sollen in Dingen, die sie selbst nicht beurteilen können – auf den Ruf ihrer Führer hin. Das bedeutet eben, dass die ganze Verantwortlichkeit ihnen von den Führern abgenommen werden soll.

Ob auf diese Weise politische Erfolge im üblichen Sinne des Wortes erreicht werden können, das kümmert uns nicht. Uns kommt es einzig und allein auf die Herbeiführung des Sozialismus an, und die ist auf solche Weise ganz entschieden nicht möglich. Der Sozialismus kann nicht von Führern gemacht werden; die Arbeiter können nicht von einem Messias, sei dieser nun ein Dickschädel oder ein produktiver Kopf, ins gelobte Land des Sozialismus hineingeführt werden, sondern nur durch ihre eigene Tat können sie dahin gelangen, und deshalb ist ihre eigene Einsicht dabei unentbehrlich.

Deshalb vermögen wir dem Wege, den die „Arbeiterpolitik“ gehen will, nicht zu folgen, und deshalb haben wir uns auch schon früher der Spartakusbewegung *grundsätzlich* nicht angeschlossen, und nicht etwa nur wegen einiger Äußerlichkeiten.

Aber verzichten wir damit nicht auf jede Tätigkeit überhaupt? Reduzieren wir damit nicht die Arbeiterbewegung zu einem bloßen Diskutierklub? Und versteckt sich nicht am Ende dahinter bloße Kraftlosigkeit und Mangel an Opferwilligkeit?

Diese Fragen werden wir am besten beantworten, wenn wir den Unterschied unserer Methoden an einem bestimmten Beispiel zeigen.

Die „Arbeiterpolitik“ ist wahrscheinlich ebenso wie wir davon überzeugt, dass zwischen den verschiedenen Völkern eine Wirtschaftssolidarität besteht, derart, dass jedes Volk am wirtschaftlichen Gedeihen des andern interessiert ist. Wenn es dem einen Volke schlecht geht, so ist das – entgegen dem bestehenden Vorurteil – kein Vorteil für das andere, sondern dessen eigener Wohlstand muss darunter leiden.

Wenn es sich nun darum handelt, diesen richtigen und sozialistischen Gedanken den Hörern und Lesern beizubringen, wie würde dann die „Arbeiterpolitik“ verfahren? Sie würde die Behauptung aussprechen und immer aufs Neue wiederholen. In jeder neuen Nummer würde man dann lesen: Die Völker sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen; wenn eines leidet, muss auch das andere leiden usw. oft in wechselnden, manchmal auch in denselben Worten. Diese Methode hat den Zweck, den Lesern den Gedanken förmlich in den Kopf hereinzuhämmern, sodass er ihnen schließlich zu einer Selbstverständlichkeit wird, neben der die Idee, dass es anders sein könnte, gar nicht mehr aufkommt.

Wir dagegen möchten anders verfahren. Wir möchten den Hörern und Lesern an der Hand der Tatsachen die internationale Wirtschaftssolidarität *zeigen*, sodass sie *selbst sehen*. Uns liegt nichts daran, dass sie die Sache glauben, weil wir sie ihnen sagen, sondern sie sollen selbst sehen und selbst urteilen. Denn nur aus ihrem eigenen Urteil kann die Kraft zum Sozialismus erwachsen. Nicht wir haben ihnen vorzuschreiben, was zu tun sei, sondern sie selbst müssen das entscheiden. Wir glauben nämlich gar nicht, dass Initiative nur von Führern ausgehen kann; wir glauben nicht, dass nur solche Leute wissen, was zu tun sei, welche die ganze Wissenschaft in sich aufgenommen haben und überdies noch „den ungeheuren Komplex der stets wechselnden geschichtlich-politischen Probleme beherrschen“. Wir glauben, stattdessen genügt schon die Fähigkeit, selbst zu urteilen. Wir glauben z. B., am 4. August 1914 hätte jeder Sozialdemokrat ganz gut wissen können, was er als Sozialdemokrat zu tun hatte, wenn er nur die Fähigkeit und die Gewohnheit besessen hätte, selbst zu urteilen, und wenn er die unselige Gewohnheit, sich im Denken unterzuordnen, abgelegt hätte. Dies hätte ihn sicher geleitet, auch ohne Kenntnis der Grundgeheimnisse der Politik, Nationalökonomie, Philosophie und sonstiger Wissenschaften.

Und *einen* Vorzug hat unsere Methode sicherlich: sie ist *unpersönlich*. Sie kann deshalb die *freieste Kritik* vertragen. Wenn nach der Methode der „Arbeiterpolitik“ eine Behauptung aufgestellt wird, welche die Anhänger doch eben schließlich auf die Autorität des Führers hin glauben sollen, und es kommt dann jemand, der sie kritisiert, so lässt es sich kaum vermeiden, dass der Führer sich persönlich gekränkt fühlt. Läuft es ja doch darauf hinaus, dass seine Glaubwürdigkeit angezweifelt wird: was er behauptet hat, soll nicht wahr sein! Bei unserer Methode dagegen hat der Kritiker nur mit den Tatsachen zu tun. Er muss zeigen, entweder dass sie falsch sind oder dass falsche Schlüsse aus ihnen gezogen sind.

Das geht niemand persönlich an, es wird keine Autorität erschüttert, weil keine Autorität vorhanden war, und niemand braucht sich persönlich verletzt zu fühlen.

Die Internationalen Sozialisten Deutschlands.

I. A. Julian Bochardt.

* * *

Ehe wir uns an die Beantwortung dieser Epistel machten, haben wir zu den Göttern gebetet, sie möchten uns und unseren Lesern die Geduld nicht ausgehen lassen. Ist denn diese „grundsätzliche Auseinandersetzung? Borchardts mehr als ein Umherrühren in seichtem Wasser? Nur der Wille, unsern Lesern keine Kritik unserer Auffassungen vorzuenthalten, kann uns veranlassen, diese Häufung von Entstellungen und unbeweisbaren Behauptungen hier abzudrucken. Schopenhauer hat sich einmal das Vergnügen gemacht, in einer Abhandlung über eristische [sreitende] Dialektik allerhand Sophistereien, Trugschlüsse und Kunstgriffe für Diskussionen systematisch zu ordnen und darzustellen. Borchardt scheint in dieser Hinsicht ein gelehriger Schüler Schopenhauers zu sein. Pflücken wir sein sophistisches Gewebe auseinander:

1. *Kunstgriff*. Wir wandten uns gegen die Pickwickieridee einer führerlosen Bewegung, einer Bewegung ohne Initiative, einer unbeweglichen „Bewegung“. Für Borchardt bedeutete Führertum so viel wie Bevormundung: „Demnach will die „Arbeiterpolitik“ auf das Führertum, auf die Bevormundung nicht verzichten.“ Jetzt geht es mit einem Male gar nicht mehr um diese Frage. Ob Führer auch ohne Bevormundung möglich sind, ist Borchardt jetzt ganz schnuppe. Jetzt geht es um eine besondere Art Führertum.

2. *Kunstgriff*. Wir wenden uns ausdrücklich gegen den Absolutismus, wie er sich in der Spartakusgruppe durchzusetzen versuchte. Flugs ist der niederträchtige Trugschluss da, wir hätten, außer einigen Auswüchsen gegen die Spartakusbewegung nichts Grundsätzliches einzuwenden. Mit Verlaub, Herr Julian, um die Bevormundung handelte es sich und wir verwandten den stärkeren Ausdruck „absolutistische Allüren“ dafür. Sonstige grundsätzliche Einwendungen kamen überhaupt nicht in Frage.

3. *Kunstgriff*. Er führt den Trugschluss fort: Weil wir nichts Grundsätzliches gegen die Spartakusgruppe einzuwenden hätten, deshalb werde die linksradikale Partei die Aufgabe jener Gruppe glatt übernehmen, die bloß darin bestehe, die Arbeitermassen mit fortzureißen. Dazu gesellt sich der

4. *Kunstgriff*. „Gerade in den Dingen, die für die Gesamtheit des Sozialismus wie für den Einzelnen Fragen von Leben und Tod bedeuten, *sollen* die Arbeiter den Führern folgen, ohne ein ausreichendes eigenes Urteil zu haben. Wo haben wir je verlangt, dass die Arbeiter irgendwelchen Führern folgen *sollen*? Wer unseren Aufsatz auch nur mit geringer Aufmerksamkeit gelesen hat, wird bemerkt haben, dass er gegenüber der Borchardtschen Einbildung von der „Pflicht der höher Gestellten, der Gebildeteren, der Befähigteren (wie widerlich, diesen Schmus abschreiben zu müssen), sich der Arbeiter anzunehmen und sie, wenn nötig, auch gegen ihren eigenen Willen zu leiten“, gerade die Natürlichkeit des Führertums darstellen wollte. Immer werden Einzelne durch Einsicht und Temperament dazu

getrieben, auf die anderen einzuwirken und sie mit sich fortzureißen. Und die Massen sollen nicht, sondern sie werden folgen denen, deren Politik ihrer Einsicht und ihren Interessen entspricht, zu denen sie Vertrauen haben und deren Weg dem Grade ihres Mutes und ihrer Opferfreudigkeit angepasst ist.

Sie folgen dem Phraseur, sie folgen dem Gegner ihrer Klasseninteressen, wo ihnen die Einsicht fehlt, wo ihr Blick durch Vorurteile, durch blindes Vertrauen usw. getrübt ist. Auch den Scheidemännern folgen ihre Anhänger nicht auf bloßes Kommando hin, sondern weil sie deren Weg für richtig halten. Wo der Mut fehlt, werden die kühnen Dränger in Stich gelassen und sie bringen furchtlos ihre Opfer, solange dieser Opfermut nicht auch die Massen ergreift. Auf die Erkenntnis und die Moral der Massen einzuwirken, ist die Aufgabe der Führer und ihre Einwirkung wird umso stärker sein, je klarer ihr eigener politischer Blick und je größer ihre Entschlossenheit.

Müssen wir uns etwa noch gegen die Auffassung verteidigen, dass der Führer erst durch einen Stempel irgendeiner Obrigkeit zum Führer werde? Gegen die Wortklauberei ist selbst das Tipfelchen auf dem i notwendig. Nun, in dieser Zeit schwierigster Kämpfe haben sich einfache Arbeiter, um das Spießwort hier anzuwenden, in hunderten und tausenden von Fällen als Führer erprobt. Und diese Proben werden auch künftig nicht ausbleiben. Gerade darin, dass die Masse immer wieder solche Führer aus sich selbst heraus gebiert, besteht der Erkenntnisprozess der Masse, ehe sie selbst und die Verhältnisse für eine Massenbewegung reif sind. Und in der Bewegung werden diese Führer dann auch wirklich von den handelnden Massen als solche anerkannt.

5. *Kunstgriff.* Wir wollen es Borchardt nicht ankreiden, dass er geflissentlich den Eindruck zu erwecken sucht, als wollten wir eine Masse, die stumpf hinter dem Führer hertritt. Unsere Auffassung in der Führerfrage ist das Gegenteil davon. Wir müssten aber auch durch alles, was wir sonst bisher gesagt, einen Strich machen und die Zukunft unserer Bewegung aufgeben. Nun meint aber Borchardt, nach unserer Methode sei der Sozialismus überhaupt nicht zu erreichen. Und wie ist diese Methode? Einfach, sehr einfach! Wir wiederholen in eintöniger Melodie unsere Behauptungen, hämmern sie Nummer für Nummer in die Köpfe der Leser ein, bis diese wie blöde Rinder dem Leitstier folgen und für die grüne Lebensweise umher blind werden. Borchardt aber ist der geniale Kerl, der die Tatsachen zeigt. Wir haben so etwas nie getan, wir haben nur immer Behauptungen gehämmert, Nummer für Nummer, ticktackdumm!

Aber nein, das wagt ja Borchardt gar nicht zu sagen, sondern nur, dass dies der Weg ist, den wir angeblich gehen *wollen*. Wieso? Weil wir nichts Grundsätzliches gegen Spartakus zu sagen haben und die eigene Bewegung der Massen scheuen. Das ist eine Sophistik, die einen steinigen Hang hinunterpurzelt und sich das Genick bricht. Indem Borchardt so seine Phantasie und Behauptungen über die Auffassungen anderer hecken lässt, um dann jene Auffassungen und Bestrebungen ad absurdum zu führen, gleicht er einem Kerl, der sich den eigenen Darm aus dem Leibe zieht und ihn hinunterwürgt.

Wozu aber nun diese Kniffe und Pfiffe, diese ebenso böartigen wie geschmacklosen Erfindungen und Entstellungen? Etwa nur zu dem Zwecke, sich auf möglichst billige Art zu blamieren? Wir meinen, Borchardt sollte genug von früheren Blamagen haben.

Zur Steuerfrage.

Kapitalakkumulation und Steuerpolitik.

Wie stellen wir uns zu der Frage der Kapitalakkumulation? Die Ökonomen der Mehrheitssozialisten mit dem Exsozialisten Calwer an der Spitze treten durchaus für eine scharfe Akkumulation ein, und zwar mit solcher Konsequenz, dass Calwer sogar gegen die

kapitalfeindliche Höchstpreispolitik vom Leder zog. Im Reichstag erklärte Hoch, der damals noch zwischen Rechter und Zentrum schwenkte, dass die Sozialdemokraten den Kapitalbildungsprozess nicht hindern wollten, was von Henke noch ausdrücklich unterstrichen wurde. Mit einem solchen Bekenntnis wird durch die ganze bisherige Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse ein Strich gemacht. In Wirklichkeit schränken direkte Steuern die Möglichkeit der Kapitalakkumulation ein, ebenso wie die Sozialgesetze. Das kapitalistische Ideal besteht deshalb auch in indirekten Steuern, niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit, und dieses Ideal findet nur dort seine Schranken, wo die Verkümmern der Arbeitskraft der ganzen Klasse die Mehrwertproduktion gefährdet. Für den Regierungstaktiker, der das kapitalistische Wirtschaftssystem auch gegen innere Erschütterungen zu sichern hat, ergibt sich eine gewisse Ausgleichspolitik. Die kann aber niemals die Plattform einer kämpfenden Klasse sein, welche gerade in der Beseitigung der Mehrwertproduktion ihr Ziel sieht.

Trotz aller Ausgleichsversuche hat der moderne Kapitalismus schon einen derartigen Ausbeutungsgrad erreicht, dass sich daraus recht eigenartige Folgen ergaben. Bei starker Neubildung von Kapital waren die Löhne so niedrig, die Konsumkraft der Arbeiterklasse so gering, dass die Industrien, die unmittelbar für den Massenbedarf arbeiten (mit Ausnahme der Surrogatindustrie wie der Margarinefabrikation), in ihrer Rentabilität zurückgingen und ein zu kleines Aufnahmebassin für das neugebildete Kapital darstellten. Das floss deshalb nach dem Auslande und in die Industrien der Produktionsmittel ab. Darin liegt die Ursache für unsere übermäßig entwickelte Eisen- und Stahlindustrie und zugleich für die imperialistische Wirtschaftspolitik.

Eine wirklich sozialistische Wirtschafts- und Steuerpolitik muss dem bewusst entgegenarbeiten ohne Rücksicht auf die kapitalistischen Lebensinteressen. Lässt sie sich allein und ausschließlich von den Lebensinteressen des Proletariats leiten und wäre sie imstande, sich durchzusetzen, so würde davon zunächst die Folge sein die Entstehung eines gut gelohnten, genusstüchtigen Proletariats. Das würde den Markt für Lebens- und Genussmittel und Gebrauchsartikel stark erweitern, das Kapital in diese Industrien hineinziehen und die Maschinenindustrie auf den Umfang zurückführen, welcher den Bedürfnissen der Wirtschaft und ihrer steten Entwicklung entspricht. Zugleich würde die Agrarfrage ihrer Lösung entgegengeführt, an der heute nur mit dem reaktionären Mittel des Schutzzolles herumgedoktert wird. Freilich wäre die Folge einer solchen rationellen Arbeiterpolitik ein scharfer Rückgang des Profits, der sich indessen für die Arbeiter wohl verschmerzen ließe. Sie zeigt deutlich, wie reaktionär und arbeiterfeindlich in Wirklichkeit die von Lensch, Cunow, Winnig herausgegebene Parole der Förderung des Imperialismus ist, dass es sich hier um scharfe Gegensätze handelt.

Dass es sich bei unserer Auffassung nicht um ein weltfremdes Spintisieren linksradikaler Utopisten handelt, beweist die Tatsache, dass Hilferding auf einem ganz anderen Wege zu demselben Ergebnis kommt. Er schreibt in seinem Finanzkapital Seite 468:

„Die Wirtschaftspolitik des Proletariats steht im Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten, und jede Stellungnahme in Einzelfragen ist durch diesen Gegensatz gekennzeichnet. ... In der Handelspolitik verlangt das Interesse der Arbeiter vor allem die Ausdehnung des inneren Marktes. Je größer der Arbeitslohn, desto größer der Teil des Reinwertes, der unmittelbar Nachfrage nach Ware bildet, und zwar nach Konsumtionsmitteln. Ausdehnung der Konsumtionsmittelindustrien, der Industrien der Fertigfabrikate überhaupt bedeutet aber Erweiterung der Sphären mit im allgemeinen niedrigerer organischer Zusammensetzung, das heißt also der Industrien mit großem Arbeitsfassungsvermögen. Dies bewirkt rasches Steigen der Arbeitsnachfrage und damit günstigere Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und Vergrößerung der

Siegesaussichten für neue Lohnkämpfe. Umgekehrt ist das Interesse der Unternehmer. Die Erweiterung des inneren Marktes durch Lohnerhöhung bedeutet für sie eine Senkung der Profitrate mit der Aussicht auf erneute Senkung, die wieder Verlangsamung der Akkumulation bewirkt ...“

Natürlich sind wir uns klar darüber, dass die oben skizzierte Politik auf den Widerstand der Kapitalistenklasse stößt. Aber sie kann und soll den Arbeitern als Richtschnur für ihre politischen Entscheidungen dienen. Wer die Sicherung der Kapitalakkumulation, die Lebensversicherung des Kapitals, für eine Aufgabe der Arbeiter auf dem Gebiete der Steuer- und Sozialpolitik fallen müssen, bestenfalls hin- und herschwanken oder offen die Geschäfte der Kapitalisten besorgen. Wer die Interessen der Arbeiterklasse fördern will, muss dem Kapitalismus die Axt an die Wurzeln legen. Gerade bei den Steuerproblemen zeigen sich die Konsequenzen aller grundsätzlichen Differenzen in voller Deutlichkeit.

Nach sechs Monaten.

Von Karl Radek. (Schluss.)

3.

In Russland hat sich an die Stelle des Zarismus die Bourgeoisie in den Sattel geschwungen, und sie etabliert mit Hilfe der Führer des Kleinbürgertums eine Herrschaft, die es mit der zaristischen aufnehmen kann In einem Artikel der „Internationalen Korrespondenz“ vom 28. August orakelt das führende Organ der deutschen Sozialpatrioten, das Ziel des Sozialismus ist die Organisation der Wirtschaft. Nur durch planmäßigen Ausbau der Gemeinwirtschaft kann der Arbeiterklasse die wahre Freiheit zuteilwerden. Diese Arbeit des Ausbaus lässt sich aber in der Revolution nicht verwirklichen: sie bedarf der Zeit, des Plans und der Ruhe. Darum hat die russische Revolution noch schlimmer als auf dem Gebiet der Friedensarbeit in sozialer Beziehung gänzlich versagt. Andere sozialpatriotische Organe, so die „Chemnitzer Volksstimme“ vom 11. August, der „Vorwärts“ vom 28. August, feiern die Niederlage nicht der Idee der Revolution überhaupt, aber die der revolutionär-internationalistischen Taktik:

„Die Arbeit der Bolschewiki hat uns gezeigt, wohin es führt, wenn eine politische Partei die Sabotierung der Vaterlandsverteidigung auf ihr Banner schreibt. Der einzige Erfolg der ‚anarcho-syndikalistischen‘ Propaganda ist der Tod zahlloser russischer Soldaten geworden, die von ihren eigenen Landsleuten erschossen wurden, weil sie nicht gehorchten“ – schrieb das Chemnitzer Blatt. Das Zentralorgan der deutschen Sozialpatrioten, der „Vorwärts“, orakelt aber: „In Russland ist die Probe aufs Exempel gemacht worden, dass man mit der Negation der ‚Landesverteidigung‘ und mit dem Predigen der ‚Anarchie‘ während des Krieges wirksame Friedenspolitik nicht treiben kann. Die Wirkung schlägt in das Gegenteil um. Es ist kein Gewinn für die Arbeiterbewegung, wenn ein Teil von ihr ins anarcho-sozialistische Fahrwasser gerät.“

Die Sozialpatrioten der Entente, die sich niemals den Luxus von prinzipiellen und taktischen Gedanken erlaubten, philosophieren nicht. Sie grunzen nur, dass die russische Revolution die Siegesaussichten der Entente bisher nicht zerstört hat und sie opfern auf dem Altar Kerenskis, des ihnen neben Wilson erstandenen neuen Gottes.

Sie triumphieren zu früh. Nicht die russische Revolution ist tot, sondern der Versuch ihrer Geistesbrüder, sie im Bündnis mit dem Kapital zum Siege zu bringen, der Versuch, der von den Branting und Huysmans mit einem Freudengeheul begrüßt wurde. Sie ist nicht tot. Die Resultate der Koalitionspolitik und der Diktatur Kerenskis werden den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum zeigen, dass der Weg zur Freiheit, zum Grund und Boden, zum Frieden, nur durch den schärfsten Kampf gegen das Kapital führt. Die russische Arbeiterklasse, die in ihren Vorderreihen dies von Anfang an verstanden hat und als

Avantgarde der neuen Internationale den Bolschewiks folgte, wurde durch die Erfahrungen des ersten Halbjahrs der Revolution nicht nur nicht enttäuscht durch die Politik des Bolschewismus, sondern ihre breitesten Massen haben, wie es die Wahlen in Petrograd beweisen, der grandiose Proteststreik in Moskau bestätigt, verstanden, dass, wer dem Imperialismus einen Finger reicht, verloren ist.

Auf die Taktik des Bolschewismus werden die Arbeitermassen sofort zurückgreifen, wenn nur der Maulwurf der Geschichte seine Arbeit geleistet haben wird, die Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Masse sich wieder in offene Kampf Stimmung verwandelt. Das wird schneller eintreten, als die Totengräber der russischen Revolution in Russland und im Auslande annehmen. Die russischen konterrevolutionären Elemente sind nicht nur nicht imstande, dem Proletariat und Bauerntum etwas anderes zu geben als Blei und Eisen, sondern selbst an diesen Mitteln beginnt es ihnen zu fehlen. Die Konterrevolution in Russland ist am Ende ihres Lateins. Sie kann die Revolution nicht besiegen. Denn selbst, wenn sie zu diesem Zwecke den Separatfrieden schließen würde, sie kann die Erbschaft des Krieges nicht liquidieren, sie muss den Bankrott erklären!

Die russische Republik.

Von Karl Radek.

Die Provisorische Regierung hat Russland als Republik erklärt, nachdem sie sechs Monate lang sich geweigert hat, dies zu tun. Die Frage der Proklamation der Republik trennte die Bourgeoisie von der kleinbürgerlichen und Arbeiterdemokratie schon vom ersten Tage der Revolution. Als am 12. März Tscheidse und Stieklow als Vertreter des neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenrates mit den Vertretern des Dumakomitees über die Bildung der Provisorischen Regierung berieten, widersetzten sich die Bürgerlichen in erster Linie der Forderung der Proklamation der Republik. Nach dem Berichte, den Stieklow in der ersten allgemeinen russischen Konferenz der Sowjets am 13. April erstattete, war es Miljukow, der den starrköpfigsten Widerstand leistete. Man dürfe nicht die Entscheidung über die Staatsform der konstituierenden Versammlung vorenthalten – das war das Hauptargument der Bourgeois. Diese demokratischen Gefühle hinderten natürlich dieselben Leute nicht, hinter dem Rücken der Arbeiter und Soldaten mit dem Zaren über die Abtretung der Krone an den Großfürsten Michael Alexandrowitsch zu verhandeln und nur die energische Haltung der Arbeiter und Soldaten hat Russland in den schmachvollen Zustand gebracht, sechs Monate lang ohne Zaren auszukommen. Dass Russland nicht sofort nach dem Sturz des Zarismus als Republik proklamiert wurde, war der schwankenden Haltung der Sowjetführer zuzuschreiben. Stieklow erklärte in dem eben erwähnten Bericht die nachgiebige Haltung den Protesten der Kadetten und Oktobristen gegenüber mit der Begründung, dass es keinem Zweifel unterlag, dass die Erinnerung an die Herrschaft der Romanows im Volke jede Vorliebe für die monarchische Staatsform ausrotten wird.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, dass nicht diese Erwägung, sondern die Angst vor dem Bruch mit der Bourgeoisie die Haltung der Sowjetführer bestimmte. Die Bourgeoisie widersetzte sich aber der Proklamation der Republik, weil sie immer noch hoffte, dass sich die Wellen der Revolution legen werden und man zu der monarchischen Form zurückkehren könne, sie wollten sich vor einer formellen Unterbrechung ihrer Herrschaft bewahren. Und die sogenannte revolutionäre Demokratie, d. h. schlichter gesagt, die kleinbürgerlichen Führer respektierten diesen Willen der Bourgeois so sehr, dass die Kerenskis und Zeretellis selbst nach dem Austritt der Kadetten aus der Regierung, als sie am 21. Juli die berühmte Deklaration des Programms der Regierung formulierten, nicht wagten, die Republik zu proklamieren.

Nun hat die Regierung Kerenskis sich genötigt gesehen, die Rücksichten auf die monarchische „Gesinnung“ der Bourgeoisie fallen zu lassen. Der konterrevolutionäre

Staatsstreich Korniloffs, von dem sie sehr gut weiß, dass er kein Abenteuer eines einzelnen Generals ist, nötigte sie, den Volksmassen einen Knochen zuzuwerfen, um ihnen zu zeigen, dass es wert ist Herrn Kerenskis Regime zu verteidigen. Aber mag die Regierung Kerenskis mit ihrem Beschluss in den Kreisen der revolutionären Intelligenz, die im Sowjet das große Wort führt, Enthusiasmus erwecken, die Volksmassen wird sie kühl lassen.

Die breitesten Massen des Bauerntums stehen der Frage der Staatsform ziemlich fremd gegenüber. Sie wollen Grund und Boden haben, und eine Monarchie, die ihnen diesen geben würde, würde eher auf ihre Unterstützung rechnen können, als eine Regierung, die dem Zaren die Krone nimmt, aber den Besitz der Junker nicht anzutasten wagt. Die klassenbewussten Proletarier wissen aber, dass die Republik, für die sie seit zwei Jahrzehnten kämpfen, ein Unding, ein Schemen ist ohne Aufräumung mit dem junkerlichen Großgrundbesitz, der die soziale Grundlage des Zarismus bildet. Solange der Junkerherrschaft kein Ende bereitet ist, kann die zarische Restauration immer kommen, mag die Republik zehnmal verkündet worden sein. Aber abgesehen davon ist die Republik eine Lüge, solange sie sich auf die Abschaffung der Krone beschränkt.

Das Regime Kerenskis lässt die Staatsverwaltung in der Provinz in den Händen der Junker und der Bourgeoisie. In den Ministerien schalten und walten die alten zarischen Tschinowniks. Ohne gründliche Auskehr in der Verwaltung ist zwar der Zar abgeschafft, aber die Zaren sind geblieben. Herrn Kerenskis Kampf gegen die revolutionären Organisationen und Organe, selbst im Augenblick, wo ihn die Generäle der Konterrevolution bei der Gurgel zu packen suchten, legt der Arbeiterschaft die Frage nahe: haben wir denn deswegen die zarische Gewalt- und Schandregierung gestürzt, um die Kerenskis zu dulden? Die Republik kann nicht durch ein Dekret proklamiert werden, das ein Prinzip feststellt, ohne das eine umfassende Arbeit die Demokratie von unten auf, in allen Staatszellen organisiert. Für eine Republik nach dem Muster der französisch-bureaukratischen oder der amerikanisch-plutokratischen haben die Arbeiter Russlands nicht geblutet.

Wohl weiß jeder aufgeklärte Arbeiter Russlands, dass, falls der Kapitalismus in Europa aus dem Kriege gestärkt ausgehen, falls der russische sich in der Atmosphäre der europäischen Reaktion entwickeln würde, auch die demokratischen Staatsformen das Kapital nicht hindern könnten, alles zu unternehmen, um die russische Republik mit kapitalistischem Inhalt zu erfüllen, sie zu einer Form der schamlosesten Klassenherrschaft zu machen. Aber sie wissen gleichzeitig, dass, je mehr die Institutionen der Volksherrschaft ausgebaut werden, je mehr die Volksmassen lernen werden, ihre Angelegenheiten selbst und durch gewählte Beamten zu erledigen, je mehr die bureaukratischen Elemente ausgerottet werden, desto schwieriger wird es dem Kapitalismus sein, mit ihnen fertig zu werden, mag sich die Lage in Europa gestalten, wie sie will. Im Volke tief verankerte demokratische Institutionen und Gewöhnungen lassen sich nicht mit einem Federstrich einführen wie Änderungen in der Spitze der Staatsmaschine, aber sie lassen sich auch nicht mit einem Federstrich aus der Welt schaffen wie jene. Aber noch eins kommt in Betracht.

Das kapitalistische Europa wird aus dem Kriege nicht so ausgehen, als es in ihn eingetreten war. Kein denkender kapitalistischer Politiker nimmt an, dass die Schuldenlast, die der Krieg hinterlässt, mit den alten Methoden der kapitalistischen Steuerpolitik behandelt werden kann. Und kein denkender Sozialdemokrat nimmt an, dass die Eingriffe des kapitalistischen Staates in die Privatwirtschaft, mit denen sich schon die kapitalistischen Politiker aussöhnen, imstande sein werden, die tiefe soziale Krise aufzuhalten, in der sich Europa befindet. Jeder Kampf um die Linderung einer der Schmerzen, die jetzt den Leib Europas zerwühlen, wird zu sozialen Wandlungen führen.

Kommt es aber zu diesen entscheidenden Kämpfen um eine soziale Neugestaltung Europas, so werden auch die Fragen von der Staatsform in den kapitalistischen Ländern, in

denen, wie in Russland die Vorbedingungen des Sozialismus noch nicht entwickelt sind, einen viel schärferen Kampfescharakter bekommen. In Russland ist der direkte Kampf um den Sozialismus jetzt unmöglich angesichts des mittelalterlichen Zustandes der Agrarwirtschaft, dem niedrigen Zustand der Arbeitsproduktivität auch in der Industrie. Aber die wichtigsten Industriezweige, wie die Metallurgie, der Kohlen- und Erzbergbau das Transportwesen, die Banken sind konzentriert wie in Deutschland und Amerika. Wenn sie heute in den Händen der Kartelle für eine kleine Clique der russischen und fremden Kapitalisten arbeiten können, so können sie es auch für den Staat tun.

Russland wird auf sie die Hand legen müssen, wenn es die sozialen Folgen des Krieges überwinden will. Die Frage ist nur, was für ein Gebilde geschaffen wird: wird die Herrschaft des kapitalistischen Staatsmonopols der die Massen des Proletariats und der Konsumenten nicht anders behandelt, als es die Privatkartelle tun, aufgerichtet, oder wird die Wirtschaft unter der Leitung eines Staates sich befinden, in dem die Arbeiterschaft und die kleinbürgerlichen Volksmassen das ausschlaggebende Wort sprechen. Die parlamentarische Republik mit der Herrschaft der Bureaukratie und der parlamentarischen Klientenklüngel kann nicht die Form der Durchsetzung des entscheidenden Einflusses der Volksmassen sein. Dazu sind Lokal- und Zentral-Organ der Arbeiter- und Bauernmassen notwendig, die in ihren Händen die Verwaltung des Staates und die dauernde Kontrolle der Industrie besitzen würden. Diese Rolle werden die Sowjets spielen, die Organe der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums.

Die klugen Leute der kleinbürgerlichen Demokratie greifen zu den Handbüchern des Staatsrechts und beweisen, dass die Forderung der Bolschewiks: keine bürokratisch-parlamentarische Republik, sondern die Republik der Sowjets utopisch, unerfüllbar ist, weil die Geschichte kein Beispiel kennt, wo die sozial nicht herrschende Klasse eine so weitgehende Kontrolle ausüben konnte. Die guten Leute scheinen der Meinung zu sein, dass die Geschichte nichts bilden darf, was sie auf der Schulbank nicht gelernt haben. Aber die Geschichte kennt auch kein Beispiel einer solchen Vernichtung der Produktivkräfte, wie sie der jetzige Weltkrieg zeigt, sie sah noch nicht die einzige Möglichkeit der Lösung des sozialen Knotens, den der Krieg geschürzt hat. Die Geschichte kennt auch kein Beispiel eines Landes, das Nord-Amerika und Asien in sich vereinigt und an dessen Grenze der Sozialismus durchgeführt wird. Aus dem Krieg wird nicht nur West- und Mitteleuropa sozial umgebildet ausgehen, sondern auch Russland wird das Bild von sozialen Übergangsformen bieten, das weit entfernt von dem sein wird, was wir aus der bisherigen Geschichte kennen.

Alle diese Fragen, die vor dem Geiste des denkenden Sozialdemokraten in theoretischer Form entstehen, den Volksmassen als wirtschaftlich-politische Notwendigkeiten sich im Kampfe aufdrängen werden, sie existieren für den „Retter der russischen Revolution“, Herrn Kerenski, nicht. Er lebt, wie es die zarische Regierung getan hat, von der Hand in den Mund. Er sucht die Volksmassen abzuspeisen mit Blei, wenn er glaubt, sich auf die Bourgeoisie stützen zu können, und mit Papier, wenn er genötigt wird, gegen die Bourgeoisie zu gehen. Aber die Geschichte kann man nicht betrügen. Und sieht man die von ihr auf die Tagesordnung gestellten Fragen nicht, nun, dann erinnert sie durch Schläge an ihre Existenz. Sie ist eine höchst undelicate Person: will man sie schneiden, so zieht sie sich nicht beleidigt zurück. Herr Kerenski kennt die Geschichte nur aus den Schulbüchern von Howajski, er wird sie schmerzlich näher kennen lernen. Seine heroische Tat, die Abschaffung der Monarchie, ist nur ein Vorspiel zur Abschaffung des Herrn Kerenski und seines Regimes.

Korniloffs Staatsstreich.

Als am 9. September der Telegraph den Aufruf Kerenskis über die Absetzung Korniloffs verbreitete, da sah der europäische Philister und der russische Sozialpatriot auf einmal das

Medusenhaupt der Konterrevolution vor sich auftauchen. Die Verhaftungen der Großfürsten, die dem Bruch mit Korniloff vorhergingen, wiesen auf Verbindungen des tapferen Generals mit den alten zaristischen Machthabern hin. Korniloff selbst ist ein Mann des Junkertums. Erst vor ein paar Wochen ging durch die russische Presse folgendes Telegramm der Petrograder Telegraphenagentur: „Der Höchstkommmandierende wandte sich an die provisorische Regierung mit dem Gesuch um Abänderung eines Beschlusses des Minsker landwirtschaftlichen Gouvernementskomitees über die Ausnützung der Regierungs- und Privatgüter und Wälder, da dieser Beschluss in entschiedener Weise den Grundlagen des Privateigentums widerspricht, die durch die bestehenden Gesetze geschützt werden, und unvereinbar ist mit den Beschlüssen der lokalen Militärgewalten.“

Der General befasste sich also nicht nur mit der Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch des heiligen junkerlichen Besitzes, und stellte in einer Angelegenheit, die nichts mit militärischen Fragen zu tun hatte, die Gewalt der Militärbehörden über die der Bauernkomitees. Der pompöse Gottesdient, den Korniloff nach seiner Ankunft nach Moskau abhalten ließ, liefert einen weiteren Strich zu seinem Bilde. Aber trotzdem wäre es vollkommen unrichtig ihn als den Mann der rein junkerlichen Konterrevolution darzustellen. Es gilt nur zu fragen: wer überbrachte Korniloffs Forderung der ganzen Macht an Kerenski? Es war dies der rechte Kadett Lwoff, der den Auftrag Korniloffs an Kerenski überbrachte. Und als sich der Konflikt verschärfte, da erschien als Vermittler auf der Oberfläche der sehr geehrte Pawel Nizkolajewitsch Miljukoff. Die weitere Entwicklung der Krise führte aber zur Verhaftung unseres guten Bekannten Gutschkoff, der Führer der industriellen Bourgeoisie, des Kriegsministers der ersten provisorischen Regierung, der repräsentativsten Persönlichkeit des kapitalistischen Russlands. Herr Korniloff, der Staatsstreichmann, der Kerenski die Macht aus den Händen reißen wollte, ist kein beliebiger militärischer Abenteurer, der die Hand nach der Staatsgewalt ausstreckte, weil sie auf der Straße lag, ist auch kein Verteidiger der verflossenen zarischen Legalität und Legitimität. Korniloff ist der Mann der kapitalistischen Konterrevolution, die ihn in dem Theater von Moskau während des Nationalkongresses stürmisch begrüßte, ihn auf den Schild erhob. In dem Korniloffschen Staatsstreich vereinigen sich alle konterrevolutionären Bestrebungen: die der Großfürsten, der Generalität, der Junker, wie der Kapitalisten.

Aber diese Feststellung genügt nicht, um den Mechanismus des Korniloffschen Staatsstreichs vollkommen aufzudecken. Was wollte Korniloff? Wollte er die Macht aus den Händen der Sowjets reißen? Sie haben keine Macht mehr. Seit der Bildung der neuen Regierung durch Kerenski, seit der historischen Sitzung vom 4. August haben die Sowjets auf die Macht vollkommen verzichtet. Sie haben sie doch in die Hände Kerenskis gelegt, ihm die Bildung der Regierung überwiesen. Kerenski erklärte in dem Briefe an den Kadetten Kischkin ausdrücklich, dass er sich selbstverständlich nur von seinem Gewissen und vor niemand anderem verantwortlich fühle. Korniloff konnte den Sowjets keine Macht rauben, weil sie keine mehr besitzen. Das ist doch die grundlegende Änderung in der politischen Lage Russlands der letzten sechs Wochen, das das Merkmal der Situation.

Wollte Korniloff die Gewaltmaßregel gegen die revolutionären Arbeiter und die kriegsmüden Soldaten einführen? Dass hieß Eulen nach Athen tragen. An der Front wurden Soldaten zum Tode verurteilt wegen Diebstahls von 15 Äpfeln und Herr Kerenski veröffentlichte zusammen mit Herrn Sarudnyj, seinem Beilisjustizminister erst in diesen Tagen die neue Fassung des § 100 und 101, die lebenslängliches Zuchthaus für den Versuch des Umsturzes der Regierung bestimmen. Wollte Herr Korniloff Russland vor der Republik retten? Aber das tat Herr Kerenski außerordentlich gut, indem er die konstituierende Versammlung verschob und den Zaren nach Tobolsk transportieren ließ, von wo er so leicht nach England flüchten kann. Was wollte also Herr Korniloff und seine Hintermänner? War er schließlich doch ein gewöhnlicher Abenteurer?

Im Staatsstreichversuch Korniloffs wollte die Konterrevolution die erste Phase der Revolution, den Zyklus ihrer Bürgerkriege wirklich abschließen. Die kleinbürgerliche Demokratie zeigte sich unfähig, die Revolution weiterzuführen, sie dankte zugunsten des Kapitals faktisch ab, sie wandte die Gewaltmittel des Staates gegen das Bauerntum und die Arbeiterschaft an. Aber das Kleinbürgertum ist in Russland bis zur Lösung der Agrarfrage keine konterrevolutionäre Klasse. Seine Interessen erfordern die Konfiskation des Großgrundbesitzes, und der Kampf um sie wird neue revolutionäre Kämpfe erzeugen, die auch dem Proletariat erlauben werden, von neuem in Bewegung zu treten. Weil dem so ist, sind die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie keine sicheren Bundesgenossen der Konterrevolution.

Herr Kerenski kann noch so sehr gegen die Bolschewiks wüten, er hat bisher nicht gewagt, formell die Sowjets aufzulösen, ja, mit ihnen offen zu brechen. Nachdem er erklärt hat, von ihnen unabhängig zu sein, ging er trotzdem in ihr Zentralkomitee, um ihm einen Bericht zu erstatten. Und Tschernoff, der Ackerbauminister, fröndierte immerfort im Kabinett, er suchte seine Partei zum Drucke auf Kerenski zu überreden, suchte die Agrarfrage, die Hauptfrage der Revolution, ins Rollen zu bringen. Jeder wuchtige Stoß von unten konnte zum Resultat den Umfall der kleinbürgerlichen Führer haben.

So unsicher sie als Bundesgenossen für die proletarische Demokratie bisher waren, so unsicher konnten sie sich als Bundesgenossen der Konterrevolution zeigen. Momentan war die Diktatur Kerenskis die Diktatur des Kapitals, Junkertums und der Generalität. Sie nützte ihnen, indem sie die Volksmassen zu bändigen suchte. Aber morgen konnte sie sich gegen die Konterrevolution zu wenden suchen. Die Konterrevolution sah das neue Anwachsen einer Volksbewegung. Der Ausfall der Wahlen in Petrograd, die Erstarkung des linken Flügels der Sozialistenrevolutionäre, das waren gefährliche Sturmzeichen. Die Konterrevolution hatte Eile.

Die Konterrevolution wollte direkt an der Gewalt im Augenblick sitzen, wo die Massen zu einem neuen Ansturm übergehen würden. Sie wollte die Gewaltmittel direkt beherrschen, um vermittels ihrer den Ansturm der Massen verhindern zu können. Sie wollte die Macht zur gesetzlichen Vollendung des Sieges über die Massen gebrauchen. Und schließlich handelte es sich für sie um vollkommen freie Hand für den Friedensschluss. Wie die auswärtige Politik der Konterrevolution aussehen würde, weiß sie wahrscheinlich in diesem Moment selbst nicht. Die „Rowoje Wremja“, das Organ des bureaukratischen Klügels der Konterrevolution, das sich bisher aus der Deutschresserei [?] direkt ein Gewerbe machte, schrieb ein paar Tage vor dem Korniloffschen Staatsstreich:

„Wofür und warum sollen wir kämpfen? Kämpfen, verfolgt, unter der Gefahr, dass du deswegen ‚sozialisiert‘ und ‚annektiert‘ wirst? Die Hände versagen, der Wille wird gelähmt. Der gewöhnliche Bürger und die Bourgeoisie versteht doch gut, dass es ihnen unter der Herrschaft der Deutschen nicht schlechter gehen wird, als unter der ‚revolutionären Demokratie‘“.

Der Korniloffsche Staatsstreich sollte die konterrevolutionären Klassen zur ungeteilten Herrschaft bringen. Aber worauf rechnete Korniloff? Mit welchen Mitteln wollte er sein Ziel erreichen? Er hatte für sich die Generalität, die Junker, Kapitalisten und den „Obiwatel“, den revolutionsmüden Kleinbürger. Konnte er aber auf die revolutionäre Armee rechnen? Um diese Frage zu beantworten, muss man in Betracht ziehen, dass die Armee als Ganzes kein aktiver Faktor der Revolution war, sondern Zuschauer, dass der Umbildungsprozess der Armee sich erst im Anfange befindet. Es gibt ganz gewiss Teile der Armee, die sich überall vom Offizierskorps führen lassen. War er einmal an der Spitze eines Truppenteils in Petrograd, hatte er dieses Machtzentrum mit all seinen politischen und sozialen Machtmitteln in der Hand, so konnte Korniloff zweifelsohne den weiteren Kampf aufnehmen.

Am Tage, wo wir unseren Artikel in Druck geben, wissen wir noch nicht, ob Korniloff die Waffen gestreckt hat. Es scheint jedoch, dass er in der Armee auf großen Widerstand gestoßen ist. Wenn man auch über den endlichen Ausgang des Kampfes nichts Sicheres sagen kann, so ergibt sich aus den Telegrammen für den Kenner der russischen Verhältnisse eins: die kleinbürgerlichen Führer sind auch heute außerstande, ernst gegen die Konterrevolution zu kämpfen. Kerenski ernennt an Stelle Korniloffs zum Generalissimus den General Klembowski. Nach zwei Tagen steht Klembowski an der Seite Korniloffs. Zum Generalstabschef ernennt Kerenski den alten Zarenlakaien General Alexiejew, der beim Beginn der Revolution Befehl gab, Revolutionäre standrechtlich zu erschießen. Gleichzeitig übergibt Kerenski das Marineministerium dem Admiral Wedderewski, gegen den er vor Kurzem die Untersuchung einleiten ließ wegen Gehorsamsverweigerung. Wedderewski ist der frühere Kommandant der baltischen Flotte, die sich weigerte, Kriegsschiffe nach Petrograd zu senden oder solche, die Kronstadt zu Hilfe eilen würden, zu torpedieren.

Aber neben Wedderewski wird zum Militärgouverneur von Petrograd Padezynski ernannt, der Vertrauensmann des metallurgischen Kapitals, ein von Arbeitern direkt gehasster Mann. Kurz und gut: Kerenski will die Konterrevolution bekämpfen, indem er einem Konterrevolutionären andere gegenüberstellt. Mit solchen Mitteln kann es ihm vielleicht gelingen den Staatsstreich Korniloffs, aber nicht die Konterrevolution zu besiegen.

Daraus ergibt sich folgendes: Wenn es nicht gelingt, den Bürgerkrieg in Russland zur Köpfung der russischen Revolution, zur Einnahme Petrograds auszunützen, wenn der Staatsstreich Korniloffs misslingt, dann wird selbst die schwankende kleinbürgerliche Demokratie zu energischen Kampfmitteln greifen müssen. Der Korniloffsche Staatsstreich hat den Volksmassen die Gefahr der Konterrevolution in konkreter Gestalt gezeigt, alle ihre Kraft entblößt. Mögen danach die kleinbürgerlichen Führer versuchen, den Volksmassen einzureden, man könne die Revolution zusammen mit den Generälen, großen Kapitalisten, den Kadetten retten. Der Aufruf Zeretellis zu Opfern, den er unter der Adresse der großen Bourgeoisie wie des Proletariats richtete, seine Bitten für eine gewisse Zeit die Klassenmissverständnisse zu vergessen, einen Weg zu beschreiten, den Weg der Rettung der Revolution, wurde durch Händeklatschen von Rechts und Links begrüßt, schrieben triumphierend die „Isweistja“, das [so?] das Organ des Petrograder Sowjet nach der Moskauer Beratung.

Nun, die „Klassenmissverständnisse“ sind vollkommen geklärt. Für die Volksmassen wird es klar sein: wer für die Revolution ist, der muss mit der Generalität, Bourgeoisie und dem Junkertum brechen. D. h.: alle Gewalt den Sowjets, diese Losung wird als die der gesamten Demokratie auferstehen. Die Annahme der bolschewikischen Plattform durch den Petrograder Sowjet, von der wir eben erfahren, besagt: Ca ira! Der Korniloffaufstand war gedacht als Abschluss der Revolution. Er kann den Ausgangspunkt einer neuen Phase der Revolution bilden. –

Feuilleton

Gedichte in Prosa.

Von Iwan Turgenjeff.

Der Bettler.

Ich ging die Straße entlang. Ein Bettler, ein gebrechlicher Greis hielt mich an.

Entzündete, tränende Augen, bläuliche Lippen, zerfetzte Lumpen, häßliche Wunden – o, wie widerwärtig hatte die Not dieses elende Geschöpf benagt!

Er streckte mir seine geschwollene, gerötete, schmutzige Hand entgegen. Er stöhnte, ja er wimmerte förmlich um Hilfe.

Ich begann in allen Taschen zu wühlen. Aber weder Börse noch Uhr, noch selbst ein Taschentuch fand ich, – nichts hatte ich zu mir gesteckt.

Der Bettler aber stand immer noch wartend da, und leise zitterte und zuckte seine ausgestreckte Hand.

Betroffen und verlegen, wie ich war, fasste ich kräftig diese schmutzige, zitternde Hand. ... „Sei mir nicht böse, Bruder, ich habe nichts bei mir.“

Der Bettler richtete seine entzündeten Augen auf mich, seine bläulichen Lippen begannen zu lächeln, und auch er drückte meine erkalteten Finger.

„Wohlan, Bruder,“ lispelte er, „auch dafür dank' ich dir – auch das ist ein Almosen, Bruder!“

Ich fühlte, dass auch ich von meinem Bruder ein Almosen empfangen hatte.

Februar 1878.

Der Egoist.

Er besaß alles, was nötig war, um die Geißel seiner Familie zu werden.

Er war gesund und reich zur Welt gekommen – und er blieb gesund und reich während seines ganzen langen Lebens; er ließ sich kein einziges Vergehen zu Schulden kommen, beging keinen einzigen Missgriff, weder in Worten noch in Taten.

Er war von makelloser Ehrenhaftigkeit! ... Und stolz im Bewusstsein seiner Ehrenhaftigkeit, drückte er alle damit zu Boden: Verwandte, Freunde, Bekannte.

Die Ehrenhaftigkeit war ihm ein Kapital ... und er wucherte mit diesem Kapital.

Die Ehrenhaftigkeit gab ihm das Recht, erbarmungslos zu sein und nur das vom Gesetz befohlene Gute zu tun ... Und er war erbarmungslos und tat nichts Gutes ... denn das vorgeschriebene Gute ist nicht das Gute.

Niemals kümmerte er sich um jemand anders als um seine eigne so musterhafte Person; und er wurde ernstlich böse, wenn andre nicht ebenfalls eifrig um dieselbe besorgt waren!

Übrigens betrachtete er sich nicht als einen Egoisten – und nichts schmähte, nichts verfolgte er unerbittlicher als den Egoismus und die Egoisten! ... Natürlich: fremder Egoismus war seinem eignen im Wege.

Da er sich von der geringsten Schwäche frei wusste, so konnte er fremde Schwäche weder begreifen noch dulden. Er begriff überhaupt niemand und nichts, denn ganz und gar, von allen Seiten, oben und unten, vorn und hinten war er von seiner eignen Person umgeben.

Er begriff nicht einmal, was vergeben heißt. Sich selbst hatte er nichts zu vergeben ... wozu hätte er da andern zu vergeben brauchen?

Vor dem Richterstuhl seines eignen Gewissens, vor dem Antlitz seines eignen Gottes richtete er, dieses Wunder, dieses Ungeheuer von Tugend die Augen gen Himmel und sprach mit fester klarer Stimme: „Ja, ich bin ein würdiger, ein sittenreiner Mensch!“

Diese Worte wird er auf seinem Sterbelager wiederholen – und selbst dann wird sich nichts regen in diesem steinernen Herzen in diesem Herzen ohne Fehl und ohne Makel.

O Hässlichkeit der Selbstzufriednen, unbeugsamen, billig erworbenen Tugend – bist du nicht widerwärtiger als die offene Hässlichkeit des Lasters!

Dezember 1878.

Die Sphinx.

Gelblichgrauer, oben lockerer, unten harter knirschender Sand – Sand ohne Ende, wohin du auch blickst.

Und über dieser Sandwüste, diesem Meere toten Staubes, erhebt sich das Riesenhaupt der ägyptischen Sphinx.

Was wollen sie sagen, diese mächtigen, wulstigen Lippen, diese unbeweglich-offenen, aufgeworfenen Nüstern und diese Augen – diese langen, halbschlafenden, halbaufmerkenden Augen unter den doppelgewölbten hohen Brauen?

Und dennoch wollen sie etwas sagen! Ja, sie reden sogar, aber nur Ödipus weiß ihre stumme Sprache zu deuten, das Rätsel zu lösen.

Doch sieh! Fürwahr, ich erkenne diese Züge. Nichts ägyptisches haben sie mehr. Eine weiße niedrige Stirn, vorstehende, Backenknochen, eine kurze, gerade Nase, ein schöner Mund mit weißen Zähnen, ein weicher Schnurrbart und ein gelocktes Bärtchen – und diese weit auseinander stehenden Augen! – und auf dem Haupte ein Schopf von Haaren, vom Scheitel in zwei Hälften geteilt. Ah, das bist du ja, mein Karp, mein Sidor, mein Semen, du Bäuerlein von Jaroslaff, von Rjäsan, du mein Landsmann, mein russisch Fleisch und Blut! Bist du schon lange unter die Sphinx geraten?

Willst auch du etwas sagen? Ja, denn auch du bist eine Sphinx.

Auch deine Augen, – diese farblosen, aber tiefen Augen – auch sie reden. Und auch ihre Sprache ist stumm und rätselhaft.

Indessen, wo ist dein Ödipus?

Ach, leider genügt es nicht, die Bauernmütze aufzusetzen, um dein Ödipus zu werden, du russische Sphinx!¹³

Morgen! Morgen!

Wie leer und schal und nichtig erscheint uns fast jeder verflossene Tag! Wie geringe Spuren hinterlässt er! Wie dumm schwand Stunde auf Stunde dahin!

Und doch will der Mensch leben; er klammert sich an das Leben, er baut auf dieses, auf sich und auf die Zukunft all seine Hoffnungen ... O, wie viel Glück erwartet er von der Zukunft!

Aber warum bildet er sich ein, dass die andern, zukünftigen Tage diesem soeben verlebten Tage nicht gleichen würden?

Doch das bildet er sich auch nicht ein. Er liebt das Grübeln nicht – und daran tut er wohl.

Morgen, morgen!“ tröstet er sich – bis dieses „Morgen“ ihn ins Grab lenkt.

Nun – ruhst du erst im Grabe, dann hörst du wohl oder übel von selbst auf zu grübeln.

Mai 1879

¹³ Diese Betrachtung wendet sich gegen die enrugierten Slawophilen, welche durch Anlegung des nationalen Bauernkostüms die Gunst des Volkes zu gewinnen suchen. Anm. d. Übers.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 41/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 13. Oktober 1917.

Nr. 41

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Eine neue Weltordnung.

Dass Staatsmänner pazifistische Redensarten im Munde führen, haben wir so oft erlebt, dass eigentlich kein Mensch einen Pfifferling mehr für die pazifistischen Ideen übrig haben dürfte. Die Erfahrungen sind hart und deutlich genug gewesen. Wie weiland Friedrich Wilhelm der Vierte sich an die Spitze der Revolution stellen wollte, so stellte sich Nikolaus Romanow an die Spitze der Friedensbewegung, um dann in zwei Kriegen für seine pazifistischen Anschauungen zu zeugen. Die englische Regierung propagierte seinerzeit die Abrüstung, was sie nicht abhielt, blutige Kolonialkriege zu führen und in den Weltkrieg mit einzutreten. Herr Wilson spielte sich während des Weltkrieges immer wieder als Heiland der Menschheit und Friedensfürsten auf, zugleich lieferte er Kanonen für die Schlachten in Europa, um jetzt auch Kanonenfutter zu liefern.

Nunmehr hat ein Minister einer kriegführenden Macht, der österreichische Minister des Äußeren, Herr Graf Czernin, nicht nur, wie das von anderen Ministerbänken aus auch schon geschehen ist, von einer Sicherung des künftigen Weltfriedens durch pazifistische Maßregeln gesprochen, sondern er hat ein umfassendes pazifistisches Programm aufgestellt: Kampf gegen den Krieg als Mittel der Politik, keinen Revanchekrieg, schiedsgerichtliche Erledigung aller Streitigkeiten, allgemeine, gleichmäßige, sukzessive Abrüstung unter internationaler Kontrolle mit dem Ziele der internationalen vollständigen Abrüstung, Freiheit der Meere, Überflüssigmachung der territorialen Sicherungen, keine Kriegsschädigung, keinen Wirtschaftskrieg. Eine neue Weltordnung soll aufgebaut werden, in der nicht mehr an das Schwert, sondern an das moralische Recht appelliert wird. Die Rede war ein Göttermahl für die Pazifisten, und die Unabhängigen zumal sind von diesem Teil der Rede des Herrn Czernin auf höchste entzückt.

Die Rede wird zweifellos den pazifistischen Hoffnungen in den Volksmassen neue Nahrung geben. Sind nicht schon von Mitgliedern der Ententemächte ähnliche Gedankengänge ausgesprochen worden? Ist nicht auch die deutsche Regierung von der schroffen Ablehnung des Abrüstungsgedankens wie seinerzeit bei dem englischen Flottenvorschlag abgegangen? Wirken die grausamen Lehren dieses Weltkrieges noch weiter, so dürften schließlich alle Zweifel und Widerstände in den Regierungen besiegt werden, und die Mächte, die gegenwärtig auf Leben und Tod miteinander ringen, werden die Streitaxt nicht

nur vergraben, sondern zerbrechen. Muss der Pazifismus nicht siegen, wenn die Regierungen sowohl der Entente wie der Mittelmächte Anhänger der pazifistischen Ideen sind?

Zweifellos legen auch den „Staatsmännern“ die Erfahrungen des Weltkrieges pazifistische Gedankengänge als einen Ausweg aus den künftigen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten nahe. Czernin führt selbst als einzige Begründung seines Abrüstungsprogramms das Folgende an:

Nach diesem Kriege wären bei freier Rüstungskonkurrenz die Lasten für alle Staaten einfach unerträglich. Dieser Krieg hat gelehrt, dass mit dem Vielfachen der früheren Rüstungen gerechnet werden muss. Um nach diesem Kriege bei freier Rüstungskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müssten die Staaten alles verzehnfachen; sie müssten zehnmal soviel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können – das jährliche militärische Budget aller Großstaaten müsste mehrere Milliarden umfassen –, das ist eine Unmöglichkeit. Aus diesem Engpass gibt es nur einen einzigen Ausweg: *Die internationale vollständige Weltabrüstung.*

Auch Herr Czernin wird der Gedanke dämmern, dass im Streite der kapitalistischen Mächte allein das Ausspielen der Macht das Mittel ist, um festzustellen, wo das „moralische Recht“ zu finden ist. Ganz abgesehen von allen juristischen Schwierigkeiten, ist die Idee der Schiedsgerichte und der Abrüstung utopisch, weil sich keine Großmacht Sprüchen unterwerfen wird, die sie als Schädigung ihrer Interessen ansieht. Aus diesem Grunde wird sie von vornherein auf eine starke Rüstung bedacht sein. Zweitens beseitigt der Krieg die internationalen Gegensätze nicht, selbst wenn auf wirtschaftliche und politische Revanchemaßregeln verzichtet werden sollte. Jede Mächtegruppe wird sich beständig bedroht fühlen und wird rüsten. Es wird sich auch nur eine schwache Rüstungsfessel als unmöglich herausstellen, weil die Kriegsgefahr unabhängig vom Willen der Staatsmänner bestehen bleibt und weil die Erfahrung gelehrt hat, dass der Gesamterfolg stark abhängig ist von der Wucht des ersten Vorstoßes. Das bringt die Notwendigkeit eines starken, gutgegliederten und wohlausgebildeten stehenden Heeres. Alles Kauen am pazifistischen Problem führt zu keinem anderen Schluss. Wie sollten auch Herr Czernins Träume erfüllt werden können, wo der Krieg die waffenstarrende Rüstung aller Mächte ins Übermenschliche gesteigert hat, wo sich England einen Militarismus zugelegt hat und wo Amerika in den Krieg eintritt, um die Gelegenheit zu einer Rüstung in amerikanischen Formen zu finden.

Die Lage, in der sich Herr Czernin befindet, offenbart sich sofort, wenn er von seinem Ausflug in das luftige Reich der Zukunft auf die Erde der harten Tatsachen zurückkehrt. Die allererste Vorbedingung für seine pazifistischen Pläne wäre ja doch ein wirklich allgemeiner Verzichtsfriede, der nirgends Revanchegedanken zu wecken vermag. Was aber erklärt er?

Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir gezwungen sein, unser Programm zu revidieren und unsererseits einen Ersatz zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Überzeugung habe, dass jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfrieden zustande kommen könnte, – bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor.

Wollen die anderen jetzt nicht, dann mag der Hexensabbat des Krieges und der Rüstungen nach dem Kriege weitertoben, dann fahre hin Ideal! Herr Czernin hat Recht damit, denn er weiß, dass ein wirklicher Verzichtsfriede der Regierungen unmöglich ist. Wie eine der Mächtegruppen nichts mehr bekommen wird, als sie durchzusetzen vermag, so kann sie selbst bei gutem Willen auf nichts Wesentliches verzichten, was für sie erreichbar ist.

Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Russland.

Zur demokratischen Konferenz.

Von Karl Radek.

Auf der Tagesordnung der demokratischen Konferenz steht das Problem, das vom ersten Tage der Revolution ihre wichtigste Frage war: die Bildung der revolutionären Staatsgewalt. Die Staatsgewalt ist während der Revolution, wie in sonstigen Zeiten, kein mächtiger Faktor. Es beherrschen sie die Kräfte, die draußen in der Fabrik, auf dem Markte, darüber bestimmen, ob genug Brot und Eisen vorhanden ist, ob die Volksmassen für oder gegen sie gehen. Aber sie kann mit den gegebenen Kräften gut oder schlecht wirtschaften, sie für oder gegen die Revolution einsetzen. Sie kann sich der Niederreißung der alten Gemäuer widersetzen, oder die Kolonnen der Mauer organisieren, die das alte und morsche entfernen und neue Gebäude aufrichten.

Die Frage: wem gehört die Gewalt? – beantworteten die Führer der kleinbürgerlichen und proletarisch-opportunistischen Demokratie mit der Überweisung der Staatsmacht an die Vertreter der Bourgeoisie und des kapitalistischen Junkertums. In der ersten Regierung saßen nicht nur die Vertreter der liberalen, sondern selbst der nationalliberalen Bourgeoisie und des freikonservativen Junkertums: neben Miljukow, Gutschkow, Konowalow und Fürst Lwow. Kerenski, der einzige Vertreter des Kleinbürgertums in der Regierung, spielte die Rolle des Geißels. Die Übergabe der Macht an die Bourgeoisie erklärten die Vertreter der Sowjets zuerst mit Rücksichten auf die Lage in den ersten Tagen der Revolution. Nur Petrograd stand auf der Seite der Revolution, die Haltung der Armee und der Generalität war unbekannt, da sei es ein Gebot der Klugheit gewesen, bürgerliche Kräfte heranzuziehen, die dank ihrer Fürsorgetätigkeit während des Krieges eine große Popularität im Heere besaßen, in besten Beziehungen zu der Generalität standen und über große organisierte Kräfte verfügten.

Später wurde diese Argumentation durch eine allgemein historische ersetzt: die russische Revolution sei eine bürgerliche, sie könne noch nicht zum Sozialismus führen, deshalb sei es möglich und notwendig, alle Kräfte heranzuziehen, die an der Liquidierung des zarischen Regimes interessiert sind; zwar gingen die Ziele der Bourgeoisie, was Demokratie und Sozialpolitik anbetrifft, nicht so weit wie die der proletarischen und kleinbürgerlichen Demokratie, aber diese habe einen solchen Einfluss auf die Volksmassen, dass die bürgerliche Regierung genötigt sein wird, weiter zu gehen, als sie beabsichtigt.

Diese Auffassung, die den alten Ansichten des Menschewismus entsprach, stand im glatten Widerspruch zu allen Lehren der Geschichte. Die Französische Revolution des 18. Jahrhunderts war ganz gewiss in noch höherem Maße eine bürgerliche Revolution, da die Bildung der Vorbedingungen einer kapitalistischen Produktionsweise erst überhaupt auf der Tagesordnung der Geschichte stand. Und trotzdem wurden ihre Errungenschaften im Gegensatz nicht nur zu den feudalen, sondern den großkapitalistischen Elementen, den Girondisten, durch eine Diktatur des Kleinbürgertum in Land und Stadt und des Handwerker- und Manufakturproletariats, durch die Jakobiner durchgeführt. Und wo die vollkommene oder teilweise Lösung der Agrarfrage die Hauptkraft des Kleinbürgertums, das Bauerntum, seiner revolutionären Tendenzen beraubte, wo dem Bürgertum keine jakobinische Koalition gegenüberstand, sondern ein isoliertes Proletariat, dort dachte das Bürgertum keinen Augenblick an die Durchführung der Demokratie, sondern begnügte sich mit der Eroberung des Ellenbogenraumes für die kapitalistische Entwicklung: so in Frankreich und Deutschland im Jahre 1848. Die Erfahrungen der russischen Geschichte bestätigten diese Lehren vollauf.

Die russische Revolution des Jahres 1905 war das Werk des Proletariats und sie endete mit seiner Niederlage, weil die an seinem Siege interessierten Bauernmassen langsam in Bewegung traten und die Bourgeoisie Zeit hatte, mit dem Zarismus sich gegen das Proletariat zu verbünden, bevor sich dieses mit den Bauern verbünden konnte. Die siegreiche Bourgeoisie begnügte sich mit der Zulassung zur Leitung des Staates durch den Zarismus, machte alle seine Infamien gegen die demokratischen Kräfte mit, und selbst als die Lehren des Krieges, der Zusammenbruch bei Gorlitze ihr zeigten, dass der Zarismus unfähig ist, ihr eine ruhige Entwicklung zu sichern, erklärte nicht nur der Nationalliberale (Oktobrist) Rodsianko in seinem Briefe an den General Alexijew: wir sind ohnmächtig, weil jede unserer Bewegungen gegen den Zarismus ein doppelschneidiges Schwert ist, sie kann eine proletarische Bewegung auslösen; auch der liberale Miljukow erklärte von der offenen Dumatribüne: besser eine Niederlage als eine Revolution.

Die Legende von der Teilnahme der Duma an der Organisation der Revolution, die die Liberalen später verbreiteten, um ihren Anspruch der Leitung der Revolution zu begründen, wurde dann durch die einfache chronologische Darstellung der Ereignisse so oft widerlegt, dass es vollkommen richtig ist, wenn das konservative Dumamitglied Mansirew in der patriotischen Revue „Rußkaja Buduschnost“ schreibt: „Ihr Sich-an-die-Spitze-stellen erinnert zu sehr an den freiwilligen Besuch auf dem Polizeiamt, wenn einer von den Hütern der Ordnung zu diesem Besuch eingeladen wird. Die Dumamitglieder stellten sich nicht an die Spitze der Revolution, sondern bewegten sich im Schwanz der Ereignisse, und sie setzten sich in Bewegung erst dann, als ihnen nichts anderes übrigblieb.“

Die ersten sechs Monate der Revolution bewiesen mit einer Klarheit, die selbst einen großen Teil der kleinbürgerlichen Demokratie zur Umkehr nötigte, die vollkommene Unmöglichkeit, die bürgerlichen Gäule vor den Wagen der Revolution zu spannen.

Zwischen dem Bürgertum und der Revolution klafft ein tiefer Gegensatz nicht nur in der Frage der Ziele, sondern auch der Wege. Das Bürgertum ist Gegner einer demokratischen Republik, in der den Volksmassen und ihren Organisationen ein ausschlaggebender Einfluss auf den Staat garantiert sein wird. Es könnte sich aussöhnen mit der Entthronung des selbstherrlichen Zaren, wenn nur seine eigene Selbstherrlichkeit dessen Stelle einnehmen würde. Die Demokratisierung des Heeres, die Wahl der Beamten durch das Volk, die Kontrolle der Industrie durch Arbeiterorganisationen, die Abschaffung der Polizei, das alles würde aber in einem Lande mit 7 Millionen Proletariern in Stadt und Land, von denen ein Teil sehr stark konzentriert, revolutionär gestimmt ist, der kapitalistischen Politik überhaupt und der imperialistischen im besonderen solche Schwierigkeiten bereiten, dass es hieße, vom Kapital Selbstmord zu verlangen, wenn man von ihm Hilfe für die Revolution fordern würde.

Nicht nur die Ziele, sondern auch die Wege der Revolution müssen der kapitalistischen Bourgeoisie tief verhasst sein. Das Land wurde durch den Krieg in einen Zustand der tiefen wirtschaftlichen Desorganisation und Erschöpfung versetzt. Die Arbeitermassen, die nach vielen Jahren der rücksichtslosesten Ausbeutung und Unterdrückung sich als Sieger, als Herrn der Situation fühlen, zeugt die vollkommene finanzielle Zerrüttung, die Entwertung der Valuta zusammen mit dem Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln, eine phantastische Teuerung. Den einzigen Ausweg bildet die Ausschaltung jeder Spekulation, Profitmacherei, die Einteilung der Produktivkräfte nach dem Bedürfnis des Staatsganzen, die Produktion nur dessen, was notwendig ist für den Staat, d. h. in den gegebenen Umständen für die Massen. Das Kapital soll somit nicht nur auf die ungeheuren Kriegsgewinne verzichten, es soll noch aus seinen bisherigen Profiten große Teile hergeben zur Linderung der finanziellen Not des Staates.

Die Klasse, deren soziale Rolle im Nehmen bestand, im Enteignen der Volksmassen, soll nicht nur ruhig zusehen, wie sie um große Teile ihres Vermögens enteignet wird, sondern sie

soll selbst ihre Hand hilfreich und mit Begeisterung dazu reichen. Und dies alles, damit die Revolution in die Lage kommt, die Demokratie zu verwirklichen, den Bauern kostenlos den Grund und Boden zu geben, wobei die kapitalistischen Besitzer der Hypothekarpfandscheine ihre Opfer bringen, damit die Proletarier ihre Lage bessern können und einen Riegel den imperialistischen Bestrebungen des Kapitals vorschieben. (Schluss folgt.)

Der Charakter der russischen Revolution von 1905¹⁴.

Ihren direkten und unmittelbaren Aufgaben nach ist die russische Revolution eine „bürgerliche“, denn sie strebt danach, die bürgerliche Gesellschaft aus den Fesseln und Schlingen des Absolutismus und des feudalen Eigentums zu befreien. Aber die Haupttriebkraft dieser Revolution bildet das Proletariat – und daher ist sie ihrer Methode nach eine proletarische. Dieser Widerspruch erwies sich als eine gar harte Nuss für viele Pedanten, die die historische Rolle des Proletariats vermittels arithmetisch-historischer Kalkulationen oder formaler geschichtlicher Analogien bestimmen. Für sie gilt als die von der Vorsehung auserkorene Führerin der russischen Revolution die bürgerliche Demokratie, das Proletariat aber, das tatsächlich in allen Perioden der revolutionären Hochflut an der Spitze der Ereignisse schritt, suchen diese Pedanten in die Windeln der eigenen theoretischen Unzulänglichkeit zu schlagen. In ihren Augen wiederholt die Geschichte der einen kapitalistischen Nation – mit größeren oder kleineren Abweichungen – die Geschichte der anderen. Sie bleiben taub und blind für den in der Jetztzeit allein geltenden Prozess der kapitalistischen Weltentwicklung, der alle ihm auf dem Wege begegnenden Länder verschlingt und aus der Vereinigung der einheimischen Bedingungen mit den allgemeinen kapitalistischen ein Amalgam bildet, dessen Natur nicht durch die historische Schablonisierung, sondern nur mit Hilfe der materialistischen Analyse definiert werden kann.

Zwischen England, dem Pionier der kapitalistischen Entwicklung, das im Laufe von Jahrhunderten neue soziale Formen und als deren Trägerin die mächtige Bourgeoisie schuf, und den heutigen Kolonien, wohin das europäische Kapital auf fertigen Panzerschiffen fertige Schienen, Schwellen, Nägel, ebenso wie Pulmansen Wagen für die Kolonialadministration bringt und dann mit Hilfe des Mannlichergewehrs und des Bajonetts die Eingeborenen aus ihrem primitiven Milieu hinausjagt, besteht keine Analogie der historischen Entwicklung, wohl aber ein tiefer innerer Zusammenhang.

Das neue Russland erhielt einen ganz eigenartigen Charakter dank dem Umstande, dass seine kapitalistische Taufe – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – von dem europäischen Kapital in seiner konzentriertesten und sublimiertesten Form, dem Finanzkapital, vollzogen wurde. Die historische Vergangenheit des letzteren weist nicht das geringste verwandtschaftliche Band mit historischen Vergangenheit Russlands auf. Um in der eigenen Heimat zu der Höhe der modernen Börse emporzusteigen, musste es sich vorerst aus den engen Gassen und Gässchen der handwerkerlichen Stadt herausarbeiten, wo es seine ersten Gehversuche machte; es musste in unaufhörlichem Kampfe mit der Kirche die Technik und die Wissenschaft der Entwicklung zuführen, die Nation um sich scharen, auf dem Wege der Erhebung gegen die feudalen und dynastischen Vorrechte die Macht an sich reißen, sich freie Bahn schaffen, die selbständige Kleinproduktion, aus der es selbst herausgewachsen war, endgültig zu Boden drücken – um dann, nachdem es sich von der nationalen Nabelschnur, von den Gräbern der Väter, den politischen Vorurteilen, den Rassensympathien, der

¹⁴ Aus Trotzky „Russland in der Revolution“. Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

geographischen Länge und Breite losgetrennt hatte, sich voller Gier über den Erdball zu erheben, – heute den von ihm selbst ruinierten Chinesen durch die Opiumpfeife zu vergiften, morgen die russischen Gewässer mit neuen schwimmenden Festungen zu bereichern, übermorgen die Diamantfelder Südafrikas in seinen Besitz zu bringen.

Wenn aber das englische oder französische Kapital, das historische Verdichtungsprodukt einer Reihe von Jahrhunderten, die Steppen des Donetzbassins betritt, zeigt es sich von Grund aus unfähig, dieselben sozialen Kräfte, Verhältnisse und Leidenschaften aus sich auszuschneiden, die es selbst nacheinander in sich aufgesogen hat. Es wiederholt nicht etwa auf dem neuen Territorium die von ihm selbst durchgemachte Metamorphose, sondern pflegt dort einzusetzen, wo es in der eigenen Heimat stehen geblieben ist. Um die Maschinen, die es über Ozeane und Zollämter hinübergeschleudert hat, konzentriert es ohne Zwischentappen die proletarischen Massen, und die ganze in ihm selbst erstarrte revolutionäre Energie der alten bürgerlichen Generationen gießt es in diese Klasse um.

In der heroischen Periode der französischen Geschichte sehen wir eine Bourgeoisie, die die Gegensätze ihrer eigenen Interessen sich noch nicht zum Bewusstsein gebracht hat, die durch das Gebot der Geschichte zur Führerschaft in dem Kampfe um die neue Ordnung der Dinge auserkoren ist – nicht nur gegen die absterbenden Institutionen Frankreichs, sondern auch gegen die reaktionären Mächte des gesamten Europas. Die Bourgeoisie gelangt erst allmählich, in der Person aller ihrer Fraktionen, zu der Erkenntnis ihrer Aufgabe, sie wird zur Führerin der Nation, reißt die Massen mit sich in den Kampf, gibt ihnen die Losung, diktiert ihnen die Kampfaktik. Die Demokratie schweißt das Volk durch die politische Ideologie zusammen. Das Volk – die Kleinbürger, die Bauern, die Arbeiter – wählt zu seinen Deputierten Bürger, und die Aufträge, die diesen mit auf den Weg gegeben werden, sind in der Sprache der Bourgeoisie abgefasst, die sich zu dem Bewusstsein ihrer Messiasrolle durchringt.

Während der Revolution selbst kommen zwar die Klassengegensätze an die Oberfläche, aber das unwiderstehliche Beharrungsvermögen des revolutionären Kampfes räumt die rückständigsten Elemente des Bürgertums der Reihe nach aus dem politischen Wege. Jede einzelne Schicht lässt sich nicht eher los, als bis sie ihre Energie den nächstfolgenden übergeben hat. Die Nation als Ganzes fährt dabei fort, mit immer schrofferen und entschiedeneren Mitteln für ihre Ziele zu kämpfen. In dem Augenblicke, wo von dem nationalen Kern, der in Bewegung gekommen ist, die Spitzen der besitzenden Bourgeoisie sich abtrennen und eine Koalition mit Ludwig dem Sechzehnten eingehen, führen die demokratischen Forderungen, die bereits gegen diese Bourgeoisie gerichtet sind, zu dem allgemeinen Wahlrecht und der Republik als den logisch unausbleiblichen Formen der Demokratie.

Die große französische Revolution ist tatsächlich eine nationale Revolution. Noch mehr. Hier findet im nationalen Rahmen seinen klassischen Ausdruck der Weltkampf der bürgerlichen Ordnung um die Hegemonie, die Macht, den ungeteilten Triumph.

Im Jahre 1848 ging der Bourgeoisie bereits die Fähigkeit ab, eine solche Rolle zu übernehmen. Sie hatte keine Lust und auch keinen Mut, die Verantwortung für die revolutionäre Liquidierung der gesellschaftlichen Ordnung, die ihr den Weg zur Herrschaft verlegte, auf sich zu laden. Ihre Aufgabe, wie sie sich dessen auch durchaus bewusst war, bestand darin, in die alte Ordnung die nötigen Garantien zu tragen – nicht für ihre politische Alleinherrschaft, sondern für das Mitregieren mit den Mächten der Vergangenheit.

Nicht nur führte sie nicht die Massen in den Sturm auf die alte Ordnung, sondern stemmte sich sogar mit dem Rücken gegen dieselbe alte Ordnung, um die nachdrängenden Massen zurückzudämmen. Ihr Bewusstsein lehnte sich gegen die objektiven Voraussetzungen ihrer eigenen Herrschaft auf. Die demokratischen Institutionen malten sich in ihrem Kopfe nicht als das Endziel ihres Kampfes, sondern als die Bedrohung ihrer Wohlfahrt. Die Revolution konnte

nicht durch sie, sondern nur gegen sie zu Ende geführt werden. Daher war im Jahre 1848 für den Erfolg der Revolution eine Klasse nötig, die das Zeug besessen hätte, unabhängig von der Bourgeoisie und entgegen ihrem Willen sich an die Spitze der Ereignisse zu stellen, die bereit gewesen wäre, die Bourgeoisie nicht nur durch die Macht ihres Druckes vorwärtszuschieben, sondern auch im entscheidenden Momente deren politischen Leichnam aus der eigenen Bahn zu räumen.

Weder das Kleinbürgertum, noch die Bauernschaft waren hierzu fähig.

Das Kleinbürgertum stand nicht nur dem vergangenen, sondern auch dem kommenden Tage feindlich gegenüber. Noch ganz und gar in den mittelalterlichen Verhältnissen steckend, wenn auch nicht mehr imstande, sich des Ansturms der „freien“ Industrie zu erwehren; noch für die Physiognomie der Städte maßgebend, jedoch bereits im Begriffe, seinen Einfluss an die mittlere und die Großbourgeoisie abzutreten; in seinen Vorurteilen versunken, durch den Donner der Ereignisse betäubt, ausbeutend und ausgebeutet, habgierig und in seiner Habgier hilflos, war das Krähwinkel-Kleinbürgertum wohl kaum imstande, Weltereignisse zu lenken.

Die Bauernschaft war in noch höherem Maße jeder selbständigen politischen Initiative bar. Zerstreut, abgeschnitten von den Städten, diesen Nervenzentren der Politik und der Kultur, stumpfsinnig, mit einem geistigen Gesichtskreis, der über den Gemeindebezirk nicht hinausreichte, gleichgültig gegenüber allem, was die Stadt ersonnen hatte, konnte die Bauernschaft keine führende Bedeutung haben. Sie beruhigte sich, sobald man ihr nur die Last der Feudalfronen von den Schultern nahm, und zahlte der Stadt, die für ihre Rechte gekämpft hatte, mit schwarzem Undank heim, denn die emanzipierten Bauern wurden die Fanatiker der „Ordnung“.

Die Intellektuellendemokratie, einer selbständigen Klassenkraft beraubt, humpelte bald hinter ihrer älteren Schwester, der liberalen Bourgeoisie, als deren politischer Schweif her, bald trennte sie sich von ihr in kritischen Momenten, um alsdann die ganze eigene Ohnmacht bloßzulegen. Sie wusste inmitten all der noch nicht reif gewordenen Gegensätze weder ein noch aus, und in ihre gesamten Handlungen brachte sie diese Verwirrung hinein.

Das Proletariat war zu schwach, besaß keine Organisationen, keine Erfahrung, keine Kenntnisse. Die kapitalistische Entwicklung war weit genug vorgeschritten, um die Abschaffung der alten Feudalverhältnisse als ein zwingendes Gebot erscheinen zu lassen, jedoch nicht weit genug, um die Arbeiterklasse, das Produkt der neuen Produktionsverhältnisse, als entscheidende politische Macht in den Vordergrund zu rücken. Der Antagonismus zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie war zu weit gediehen, als dass die Bourgeoisie noch die Möglichkeit besessen hätte, ohne Bedenken in der Rolle der Nationalführerin aufzutreten, jedoch nicht weit genug, um dem Proletariat die Übernahme dieser Rolle zu gestatten.

Österreich hat uns ein besonders markantes und tragisches Muster dieser Unfertigkeit der politischen Verhältnisse in einer revolutionären Periode geliefert.

Das Wiener Proletariat bekundete im Jahre 1848 den selbstlosesten Heroismus und eine große revolutionäre Energie. Immer wieder warf es sich ins Feuer, nur von dem dunkeln Klasseninstinkt allein getrieben, sich von Losung zu Losung fortastend, jeder umfassenden Vorstellung über die Ziele ihres Kampfes bar. Die Führerschaft über das Proletariat ging sonderbarerweise auf die Studentenschaft über, die einzige demokratische Gruppe, die dank ihrer Aktivität großen Einfluss auf die Massen – und folglich auf die Ereignisse – ausübte. Aber wenn auch die Studenten fähig waren, tapfer auf den Barrikaden zu kämpfen und mit den Arbeitern ehrliche Brüderschaft zu halten verstanden, den allgemeinen Gang der Ereignisse, der ihnen die Diktatur über die Straße verliehen hatte, zu leiten, waren sie jedoch nicht reif genug. (Schluss folgt.)

Notizen zur Bewegung.

Nach dem „Demain“ von E. D. Gumbel.

Amerika: Der Unterschied zwischen Sozialpatrioten und Internationalisten bildet sich neuerdings heraus. Die letztere Gruppe besteht hauptsächlich in Newyork und Boston. Eine Konferenz der Minderheits-Socialist Propaganda League vom 26. November 1916 erklärt sich gegen den „offensiven wie defensiven“ Militarismus. Seit Dezember sind mehr als 40 Zweigvereine entstanden. Seit Januar gibt sie eine Zeitschrift „The Internationalist“ heraus. Der größte Teil der Sozialisten hat sich gegen den Krieg mit Deutschland erklärt. In Philadelphia wurden neuerdings 50 Sozialisten verhaftet und das Parteiblatt verboten. Kriegsfeindliche Demonstrationen in allen Großstädten.

England: Die Chauvinisten protestieren gegen die der Zensur entgangenen Artikel von Russel, Trevelyan, Pousouby und Buxton, die in amerikanischen Blättern erschienen sind. Bis zum 1. März waren mehr als 3600 Engländer wegen Kriegsdienstverweigerungen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Brokzway, Redakteur des „Labour Leader“, sagte vor dem Militärgericht in Chester, er fühle sich mit den kriegsfeindlichen Deutschen und Österreichern mehr solidarisch als mit der „englischen Regierung“. David Kirkwood, Minenarbeiter, und acht seiner Kameraden wurden infolge des Clydestreiks deportiert. In Sheffield, Liverpool, Coventry, Manchester und London wurden Syndikalisten wegen Streiks in Munitionsfabriken verhaftet. Ein Gewerkschaftskongress in Leeds am 3. Juni, beschickt von 1150 Delegierten, sprach sich für einen sofortigen demokratischen Frieden und die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten aus. 70 000 Arbeiter in Glasgow stimmten einem Aufruf bei, der dem internationalen Kapitalismus den Krieg erklärt. De Salera, wegen der irischen Revolution zum Tode verurteilt, dann begnadigt, wurde für East Clare ins Parlament gewählt. M'Lean und die Gräfin Markiewiez wurden freigegeben.

Frankreich: In einer Versammlung der Liga der Menschenrechte am 1. April, besucht von annähernd 6000 Personen, wurden Vandervelde, Jouhau und Renaudel niedergeschrien. Am 1. Mai fand am Place de la Republique in Paris trotz starken Polizeiaufgebots eine Versammlung von 5000 Menschen statt. In Flugschriften wurden die Arbeiter an ihre Pflicht erinnert. Das Komitee zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen (Sekretär Loriot) bildet in der Provinz Zweigvereine. Man denkt an die Herausgabe einer neuen Minderheitszeitung, Die Regierung hat die russische Zeitung „Bateholo“ verboten. Sie erscheint unter einem neuen (bierten) Titel „Vovaia Epoca“.

Kriegsfeindliche Zeitschriften: „Par dela la melee“, „Les Tablettes“, „La Forge“, „Les cahiers idealistes francais“, gegründet Februar, „Les Humbles“, wurde verboten. Neue Zeitung: „Le Pays“. Während des Parteikongresses am 27. und 28 Mai haben 1500 Arbeiter für eine Beschickung der Stockholmer Konferenz manifestiert.

Verschiedene Zeitungen wurden in letzter Zeit verboten. Die Frühlingsoffensive wurde im Parlament lebhaft kritisiert. Ein Zuavenregiment, das desertiert hatte, soll sich gegen die Truppe gewehrt haben, wie sie diese wieder zur Ordnung bringen sollte.

Italien: Auf dem Kongress der italienischen Parteien protestierten mehrere Redner gegen die geplante Entente-Sozialistenkonferenz.

Rumänien: 32 Sozialisten wurden in der letzten Zeit hingerichtet.

Hinter den Kulissen des Korniloffschen Staatsstreiches.

Allmählich erhebt sich aus dem Nebel der Gerüchte die wahre Vorgeschichte des Korniloffschen Staatsstreiches hervor. Das Zentralorgan der Kadetten, die „Rjetsch“, wie das große Moskauer Kapitalistenblatt „Utro Rossiji“ veröffentlichen Darstellungen, teils dokumentarischer Art, die den politischen Mechanismus des Staatsstreichs ins grelle Licht setzen. Diese Darstellungen und Enthüllungen, sind nicht nur höchst sensationeller Natur, sondern auch von größter politischer Bedeutung. Sie zeigen nämlich, dass die nächsten Mitarbeiter Kerenskis Filonenkoff und Sawinkoff an der Vorbereitung, zwar nicht des Staatsstreiches gegen Kerenski, aber an der eines infamen Streiches gegen die russische Arbeiterklasse zusammen mit Kerenski beteiligt waren. Und hinter dem Triumvirat Sawinkoff, Filonenkoff und Korniloff stand als Regisseur Kerenski selbst. Der Staatsstreich Korniloffs aber bestand nur darin, dass er die löblichen Pläne Kerenskis schließlich auf eigene Faust und gegen Kerenski auszuführen gedachte.

Worin bestanden diese Pläne? Die „Rjetsch“ stellt fest, dass die Vorschläge Sawinkoffs, Korniloffs und Filonenkoffs aus vier Punkten bestanden. Aus der Forderung der Einführung der Todesstrafe im Hinterlande, der Militarisierung der Eisenbahnen, der Militarisierung der Industriebetriebe, die für den Krieg arbeiten und schließlich aus der Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Offiziere über die Soldaten. Das Memorandum, in denen diese Forderungen begründet wurden, wurde von Filonenkoff verfasst. Natürlich war es den Männern der eisernen Faust bekannt, dass das Proletariat Petrograds alle Kräfte anspannen wird, um diese Pläne der Einführung des Katorgasystems in Russland zu vereiteln. Deswegen gedachten die Tapferen, Petrograd zu überfallen und das Petrograder Proletariat mit bewaffneter Hand unter das Joch zu beugen.

Der „Utro Rossiji“ veröffentlicht ein Telephonogramm des Gesprächs zwischen Sawinko und Korniloff vom 9. September. In diesem Telephonogramm erinnert Korniloff Sawinkoff daran, „dass er im Namen der provisorischen Regierung von ihm gefordert habe ein Kavalleriekorps nach Petrograd zu entsenden, wobei unter ihnen abgemacht war, dass im Moment der Sammlung dieses Korps bei Petrograd, worüber Sawinkoff telegraphisch benachrichtigt werden sollte, Petrograd in den Kriegszustand versetzt wird. Dies wurde verabredet in Anwesenheit der Generäle Lukomski, Romanowsti und des Obersten Beranowski“. Korniloff erklärte weiter, er habe angenommen, dass die Regierung schon „bestimmte Beschlüsse in Bezug auf die Bolschewiks und die Sowjets angenommen habe“. Darauf antwortete Sawinkoff, er möchte zwecks historischer Exaktheit nur erklären, er habe im Namen des Ministerpräsidenten um ein Kavalleriekorps gebeten, zwecks Sicherung und Durchführung des Kriegszustandes in Petrograd und zwecks Unterdrückung aller Versuche des Aufstandes gegen die Regierung, von welcher Seite sie auch kommen würden.

Zwischen der Erklärung Sawinkoffs und Korniloffs, wie sie im Telephonogramm enthalten sind, besteht kein prinzipieller Unterschied. Die Erklärung Korniloffs zeigt nur konkreter das Gerippe des Kriegsplanes gegen die Arbeiterschaft. Die beiden Erklärungen besagen, dass Kerenski bereit war, mit Hilfe der Generalität die Petrograder Arbeiter durch einen Angriff auf ihre Lebensinteressen zum Aufstand zu treiben und diesen Aufstand im Blute zu ersticken. Jetzt versteht man, weswegen die konterrevolutionäre Presse in den Wochen nach der Moskauer Beratung immerfort von bevorstehenden bolschewistischen Putschen sprach, obwohl der Parteitag der Bolschewiks – wie ihre Presse – die Arbeiterschaft vor jeden unüberlegten Schritten immerfort warnten. Jetzt versteht man, warum die bolschewikischen Zeitungen in provokatorischer Weise Tag für Tag unterdrückt wurden, obwohl sie vor Demonstrationen im gegebenen Moment warnten. Jetzt versteht man, wie buchstäblich im

Rechten das bolschewikische Blatt „Rabotschj“ war, wenn es schrieb, es werde immer in dem Moment unterdrückt, in dem es zur Ruhe mahne. Die Unterdrückungen hatten eben den Zweck, das Proletariat zu provozieren.

Die Generalität und ihre Helferhelfer in der provisorischen Regierung waren entschlossen für jeden Preis das von Korniloff und Kaledin auf der Moskauer Beratung entwickelte Programm der Lähmung der Armee und des Proletariats durchzuführen. Um vor den Augen des Kleinbürgertums die Gewaltmaßregeln erklärlich und begründet erscheinen zu lassen, brauchte man einen bolschewikischen Putsch. Da aber die bolschewikische Partei überhaupt keine Putschtaktik treibt, musste das Proletariat zu einer spontanen Auflehnung getrieben werden. Dann waren die Haudegen die Retter des Vaterlandes. Aus Petrograd wurden die revolutionären Regimenter entfernt, und Kavallerie wurde unaufhörlich um Petrograd gesammelt.

Was aber die „bestimmten Beschlüsse der Regierung betreffs der Sowjets und der Boschewiki“ bedeuten sollten, von denen Korniloff spricht und deren Existenz Sawinkoff im Telephonogramm nicht leugnet, das zeigt die in Kiew aufgefangene telegraphische Order Korniloffs an den Kiewer Kommandanten. Sie enthält den Befehl der Verhaftung der Sowjets, der revolutionären Studenten, der Redakteure der sozialistischen Presse.

Der Staatsstreich Korniloffs gegen die Arbeiterklasse war gut eingefädelt. Es entsteht jetzt die Frage, weshalb er sich in einen Staatsstreich gegen Kerenski verwandelt hat. Darauf finden wir eine Antwort in den Darstellungen der „Rjetsch“. Als das Dumamitglied Lwow im Namen Kerenskis mit Korniloff verhandelte, erklärte sich Korniloff für eine kollektive Diktatur in der Form eines Direktoriums. Die Mitglieder dieses Direktoriums nennt Korniloff in dem Telephonogramm: es sollten Kerenski, Korniloff, Sawinkoff und Filonenkoff sein. Korniloff stellt fest, dass Filonenkoff Sawinkoff von diesem Plan unterrichtet hatte. Aus dem Bericht der „Njetsch“ ergibt sich, dass Kerenski von Lwow falsch unterrichtet wurde: Lwow habe berichtet, Korniloff fordere die Diktatur für sich. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es sich bei der Wiedergabe der Worte Korniloffs durch Lwow, um einen Versuch der Kadetten handelte, Kerenski unter der Drohung des Korniloffschen Staatsstreiches den Verzicht auf die Ministerpräsidentenschaft zu entlocken. Die Kadetten begnügten sich nicht mit einer vierköpfigen Diktatur, sie wollten eine reine Militärdiktatur. Aber da zeigte es sich, dass Kerenski zwar bereit war die Demokratie zu enthaupten, aber keine Lust hatte an sich selbst eine Harakiri auszuführen.

Über die Konkurrenz der Diktatoren untereinander stolperte die Diktatur. Kerenski nahm den Kampf gegen Korniloff auf, in dem er seit langem seinen Konkurrenten witterte, und er war genötigt, die Kräfte der Arbeitermassen zu entfachen, die ihm jetzt über den Kopf gewachsen sind. Denn die Änderung der politischen Situation jetzt eben darin, dass zum Kampfe gegen die Konterrevolution überall die Sowjets, die Soldatenorganisationen auf den Plan getreten sind, dass die Arbeitermasse und die Soldaten zum Kampfe aufgerufen wurden. Der Befehl Kerenskis, die Organisationen zum Kampfe gegen die Konterrevolution aufzulösen, wird nicht durchgeführt. Selbst die Hüter der Ordnung und der Disziplin, die sozialpatriotischen Führer, weigern sich, den Befehl Kerenskis auszuführen. Und mag die Moskauer Beratung jetzt auch enden wie sie will, die Teilnahme Kerenskis, Sawinkoffs und Filonenkoffs an der konterrevolutionären Verschwörung gegen die Klasse der Arbeiter und Soldaten, gegen das Volk und die Revolution lässt sich aus dem Bewusstsein dieser Massen nicht mehr auslöschen.

Die Sowjets forderten die Teilnahme an der Untersuchung des Staatsstreichs Korniloffs. Diese Untersuchung wird aber zu den Fehden des Staatsstreiches Kerenski, Korniloff, Sawinkoff führen. Der Staatsstreich Korniloffs wurde von dem ersten Augenblick an von der gesamten revolutionären Presse, den Sozialpatrioten mit eingeschlossen, als ein Staatsstreich

der Kadetten aufgefasst. Jetzt zeigt es sich, dass die konterrevolutionäre Verschwörung bis in die Spitzen der kleinbürgerlichen Demokratie reichte. Wenn als Resultat der Überzeugung von der Teilnehmerschaft der Kadetten an dem Korniloffschen Staatsstreich die Forderung erwuchs: Fort mit den Kadetten aus der Regierung, so wird sich aus den neuesten Enthüllungen ergeben, dass keine revolutionäre Regierung zusammen mit den Vertretern des rechten Flügels der kleinbürgerlichen Demokratie möglich ist.

Die Krise, die durch die demokratische Beratung in Petrograd im Moment, wo wir den Artikel schreiben, gelöst werden soll, reicht viel tiefer, als man angeblich annehmen konnte. Und deshalb ist es völlig unwahrscheinlich, dass sie auf einen Anhub gelöst werden könnte. Sie wird aller Voraussicht nach den Charakter einer schleppenden Krankheit annehmen. Das Lager des Sozialpatriotismus ist völlig zerbröckelt. Die Menschewiks allein sind in nicht weniger als drei Gruppen zerfallen. Die Sozialisten-Revolutionäre ebenso. Das kann Kerenski ermöglichen, sich noch eine gewisse Zeit zu halten. Seine Presse erklärt offen, dass die Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre zu keiner einheitlichen Entscheidung gelangen werden, und dass ihnen nichts anderes übrig bleiben wird, als Kerenski bei der Gewalt zu lassen. Aber die Verschiebung der Krise wird nur dazu führen, dass ihre Lösung desto radikaler ausfallen wird.

Während das sozialpatriotische Lager bei lebendigem Leibe zerfällt, sammeln sich um die Boschewiks alle revolutionären Kräfte. Es handelt sich dabei keinesfalls um eine vorübergehende Stimmung unter dem Eindruck des Korniloffschen Staatsstreiches. Die vollkommene Unfähigkeit der Koalitionsregierung, irgendetwas zur Aufhaltung der wirtschaftlichen Zersetzung zu tun, das wachsende Misstrauen der Volksmassen, das ist der Boden, auf dem der Bolschewismus immer stärker wird. Richtet sich auf der demokratischen Beratung die kleinbürgerliche Demokratie nicht auf, nimmt sie keine scharfe Wendung nach links, dann wird jede friedliche Lösung der Staatskrise unmöglich. Die Partei des revolutionären Proletariats wird dann zum Zentrum auch der kleinbürgerlichen, revolutionären Elemente, oder sie wird genötigt sein, neue revolutionäre Parteien zu bilden, die ihre Interessen vertreten und nicht verraten werden, wie es die Führer des Sozialpatriotismus tun.

Die Entpuppung des populärsten Führers der kleinbürgerlichen Demokratie, Kerenski, als eines Verschwörers gegen die Volkmassen, wird diesen Prozess ungeheuer beschleunigen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

Die Sozialpatrioten und Zimmerwald.

Die Zimmerwalder Konferenz, die vom 5. bis 12. September tagte, hat sich eingehend mit den russischen Ereignissen beschäftigt. Angesichts der Abwesenheit einer Reihe der Zimmerwalder Parteien haben die Vertreter unserer Partei darauf verzichtet, einen Antrag auf formellen Ausschluss der russischen Sozialpatrioten, der Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre zu stellen, die bisher formell der Zimmerwalder Vereinigung angehören. Sie behielten sich dies Recht für eine Vollkonferenz vor. Sie suchten aber die Zimmerwalder Konferenz zu einer klaren politischen Stellungnahme zu dem Verrat der russischen Sozialpatrioten an den Ideen von Zimmerwald zu bringen. Obwohl in der Konferenz über die Politik der russischen Sozialpatrioten nur eine Meinung war, gelang es dem Diplomaten von dem deutschen Parteizentrum, dem Genossen Haase, einen Beschluss zu vereiteln. Die Konferenz sei nicht genügend informiert und man solle doch vermeiden, im Flusse der Ereignisse ein endgültiges Urteil zu fassen, wo doch die russischen Sozialpatrioten durch die Ereignisse noch genötigt sein können, ihre Politik zu ändern – das waren die Hauptargumente

des Genossen Haase. Da die Konferenz angesichts ihrer nicht vollkommenen Beschickung beschlossen hat, nur in den Fragen Beschlüsse zu fassen, in denen sie einig war, gelang es Haase durchzudringen. Die praktischen Beschlüsse, die die Konferenz gefasst hat – wir können über sie nicht berichten vor dem Erscheinen des offiziellen Berichts – erlaubten uns nicht, sich von ihr trotz dieses Armutszeugnisses zu trennen. Aber sie war noch nicht zu Ende, als sie sich selbst überzeuge konnte, mit wem sie in der Partei der Menschewiks zu tun hat: Panin, einer der menschewikischen Delegierten, verließ die Konferenz am Anfang ihrer Beratungen, und Axelrod schloss sich ihrem wichtigsten Beschlüsse nicht an. Aber jetzt kommt das dickere Ende: wie der Petrograder „Dienj“ mitteilt, hat der Kongress der Menschewiki die Resolution Martows, die die Anerkennung von Zimmerwald forderte, abgelehnt. Somit hat der Schwindel des menschewikischen Zimmerwaldismus, mit dem man zwei Jahre lang die Welt betrog, auch formell seinen Tod gefunden und Genosse Haase kann sich die Ohrfeige bei der Vertretung der Menschewiks (Adolf Frederik, Kyrkogatan 15) abholen. Wo die Zentrumselemente zu vertuschen suchen, dort schaffen die Sozialpatrioten Klarheit.

Dem Hinauswurf der Genossin Zetkin aus der „Gleichheit“ ist jetzt der Kautskys und Wurms aus der „Neuen Zeit“ gefolgt. Die Unabhängigen haben über beide Fälle ein großes Entrüstungsgeschrei erhoben. Sehr mit Unrecht, denn beide Maßregeln waren einfache Notwendigkeiten, nachdem die Scheidemänner formell den Sieg davongetragen haben, gerade wegen der unentschiedenen Politik des Parteizentrums. Wenn sich jetzt Kautsky darauf beruft, dass die „Neue Zeit“ eigentlich sein Werk und lange Zeit auch formell ein Privatorgan war, so ist das, soweit es richtig ist, nur eine Sentimentalität. Die „Neue Zeit“ gehört mit zur Parteimaschine, die eine Beute der Augustmänner geworden ist. Verwunderlich ist nur, dass diese so lange mit der Reinigung des Unternehmens zögerten.

Die „Neue Zeit“ war die hervorragendste Zeitschrift der zweiten Internationale. Sie hat wesentlich zur Popularisierung, leider aber auch zur Versechtigung der marxistischen Lehren beigetragen. Ihre Höhepunkte erreichte sie im Kampf gegen den Reformismus am Ausgang des Jahrhunderts, der außer Kautsky und Mehring besonders von Luxemburg und Parvus geführt wurde, und in der Debatte über Massenstreik und Imperialismus. Pannekoek und Radek legten damals in der „Neuen Zeit“ den Grund für die linksradikale Politik. Aber der Ausgang dieser Debatte leitete auch den Niedergang der „Neuen Zeit“ ein. Sie wurde ein reines Vorstandsorgan, das sich mit der Rechtfertigung der Ermattungsstrategie abquälte. Während des Krieges, also in einer Zeit der stürmischen Auseinandersetzungen über die Grundfragen sozialdemokratischer Politik, sank sie zu einem überaus langweiligen Tratschblatt voller Winkelzüge und Spintistereien herab. An ihr ist nichts mehr zu verderben und nichts mehr zu verlieren.

Feuilleton

Die Seele Chinas.

Die folgenden Ausführungen aus dem Buche des jungchinesischen Publizisten Liang-ki-Tschan, betitelt „Die Seele Chinas“, zeigen eine tiefe Übereinstimmung zwischen der von den Chinesen beklagten geistigen und seelischen Verfassung seiner Volksgenossen und dem Zustande des europäischen Proletariats. Wir können Liang-ki-Tschan mit Fichte vergleichen, dessen sittlich-anfeuernde, zur Tat aufreißende Reden in den Worten des chinesischen Dichters an sein Volk ein Gegenstück finden. Wohl handelt es sich hier um einen „individualistischen Ideologen“. Das hindert aber nicht, dass sein Appell an den persönlichen Willen, an den Wagemut jedes Einzelnen, auch dem heutigen Arbeiter, bitter nottut. Gerade weil wir die objektive

Voraussetzung unserer Macht und unseres Erfolges im Überindividuellen, Ökonomisch-Sozialen verankert wissen, weil wir den Schwerpunkt vom Einzelschicksal und Innenleben weg in die Umgestaltung der allgemeinen äußeren Lebensverhältnisse verlegen durch das Mittel solidarischer Massenaktion, dürfen wir umso weniger außeracht lassen, wie diese Aktion und Solidarität ja nicht ein außerhalb und *über* den Individuen existierendes wunderkräftiges Zauberding, eine Art sozialer Fetisch ist, sondern vielmehr *in* ihnen selbst nichts anderes denn die Flamme, die aus den in jeder Einzelpersönlichkeit spontan aufblitzenden Funken zusammenschlägt.

Sklavensinn.

Ich finde im chinesischen Volke eine sklavische Gesinnung, die geradezu erschreckend ist. Seit Jahrtausenden haben unsere Despoten auf die chinesische Menschenherde wie auf Sklaven herabgeblickt und uns wie Sklaven behandelt. Das lag vielleicht in dem Charakter dieser Tyrannen begründet, aber erklärt sich daraus unsere durch und durch sklavische Gesinnung? Menzius sagt: „Sieht sich jemand als verächtlich an, so wird er schließlich von anderen verächtlich behandelt.“ Wenn ich selbst innerlich mich nicht zum Sklaven herabdrücken lasse, so wird auch ein anderer sich scheuen, mich zu drücken. Ach, wie ist diese innere Sklavengesinnung so durch alle Schichten des Volkes gedrungen! ...

... Nicht auswärtige Völker sind unsere Feinde, sondern, dass wir das Verderben in uns festhalten und uns dessen rühmen, ist unser Tod. Und mein Schmerz übermannt mich so, dass ich mit einem Knüppel dreinschlagen möchte!

Gleichgültigkeit.

Unter dem Himmel ist das Hässlichste, das Verabscheuungswürdigste und Scheusslichste, das gleichgültige Anstarren!

Da steht ein Mensch in der Nacht am östlichen Ufer des Flusses und sieht, wie ein Dorf am westlichen Ufer brennt und freut sich der roten Feuersglut. Da lehnt ein Mensch an dem Mast seines Schiffes und sieht ein Nachbarschiff versinken und beobachtet die Anstrengungen der Ertrinkenden. Man kann nicht sagen, dass ein solcher Mensch ein schlechtes, giftiges Wesen habe. Man weiß aber nicht recht, wie man sein Gebaren bezeichnen soll. Es fehlt ihm sicherlich das lebendige, für den Mitmenschen warm schlagende Herz. Ach, wenn es nur mitfühlende, rasch zupackende Menschen gäbe, so wäre die Welt schnell in Ordnung, und darum ist solch ein gleichgültiger Mensch ein Räuber und ein Feind der Menschheit.

Ich blicke auf die völlig Unwissenden. Sie sind wie gewisse Geschöpfe ohne Hirn. Sie kümmern sich nie darum, warum die Welt besteht ... Sie sind hungrig und essen, sie sind satt und schlafen, sie haben sich ausgeruht und stehen auf. Das ist ihr Tageslauf. Um einer Hand voll Pfennige willen erfüllen sie das Dorf mit ihrem wüsten Geschrei. Was kümmert diese Menschen das, was jenseits der Gemarkung ihrer Felder liegt? Ob das Reich langsam untergeht, die Kunde dringt nicht zu ihnen. Sie sind wie ein lebender Fisch, den man in den Kochtopf wirft. Von unten wird er warm und wohligh plätschert er umher. Sie sind wie eine Schwalbe, die sorglos aus- und einfliegt, und die Ecke des Hauses, an dem sie nistet, steht in Flammen. Solche Menschen sind wie Maschinen, die sich in den öden Kreislauf ihres Lebens bewegen, bis die Räder stille stehen. In ihnen lebt kein höheres Lebensideal. Sie haben etwas heimatloses an sich. ...

Ich blicke auf die ohnmächtig Seufzenden. Worüber seufzen sie? Sie seufzen über den heillosen Zustand der Nation und fühlen in dem Seufzen ihre Befriedigung. Auf ihrem Angesicht liegt beständige Trauer. Ihr Mund spricht ein trauriges Urteil über die Nöte der Zeit. Jemand sagt ihnen: „Das muss anders werden!“ „Ja, ja, das muss anders werden“, erwidern sie eifrig. Jemand sagt: „Das Reich ist dem Untergange nahe.“ Und sie antworten dumpf: „Dem Untergange.“ „Aber was soll geschehen?“ fragen sie mit hochgezogenen

Augenbrauen. „Es ist des Himmels unabwendbares Geschick.“ Sie sind wie Verbrecher, die mit gebundenen Händen und Füßen zum Hinrichtungsplatze geführt werden und seufzen. Sie stehen vor einem brennenden Hause und beklagen in den wehmütigen Worten des Dichters die zerstörende Wut der Flammen. Sie werden zornig, sehr zornig, wenn man ihnen Gleichgültigkeit vorwirft. Sie haben auch wirklich ein Gefühl für die Not des Reiches, aber sie sehen die Not der Nation wie ein ergreifendes Gedicht an und der Untergang ihres Volkes ist ein interessanter Gesprächsstoff. ...

Ich blicke auf die Klasse der Spottenden und Räsonierenden. Auch sie gehören zu den kalten Gleichgültigen. Sie lieben es, im Hintergrunde zu stehen und zu beobachten und dann ihr kaltes, beißendes Urteil abzugeben. Sie umgeben sich mit einer Atmosphäre der Gleichgültigkeit und beeinflussen andere. Sie räsonieren über die, welche am Alten hängen und spotten über die Neuerungssüchtigen. Sie nennen die Grauköpfe „vergehendes Gerümpel“ und die Jugend „Heißsporne“. Gelingt eine Sache, so sagen sie: „Kleine Kinder haben auch einmal Glück“ Misslingt sie, so dozieren sie mit erhabener Miene: „Haben wir es nicht vorhergesagt?“ Sie selbst haben natürlich nie Unrecht. Weil sie keinen Finger gerührt haben, kann man sie auch nicht kritisieren; aber sie lähmen den Tatendrang der anderen und machen die Mutlosen erst recht verzagt.

Ich blicke auf die Klasse der Verzagten. Die Törichten und Seufzenden verzweifeln an der Möglichkeit des Gelingens, die Verzagten sehen aber die Sache von vornherein als verloren an. Die Kritiker kritisieren alles, nur nicht sich, die Verzagten schauen immer auf andere, nie auf sich. Der Verzagte sagt: „Unter den 400 Millionen komme ich nicht in Betracht. Andre sind klüger und verständiger als ich.“ Wenn aber jeder so denken wollte, was würde erreicht? Keiner bliebe übrig zum Handeln ...

Ich blicke auf die Klasse derer, *die immer auf eine gelegene Zeit warten*. Diese Leute stehen unter dem Banne der Gleichgültigkeit, obwohl sie diesen Vorwurf weit von sich weisen. Ihr Argument ist folgendes: „Ob wir unser Ziel erreichen, ist noch ungewiss. Wir warten auf die von den Göttern heraufgeführte Zeit, wo wir handeln können. Kommt die Zeit nicht, so können wir auch nicht handeln...“ Diese Götterstunde muss ihr besonderes Gepräge tragen, die sie als die Stunde der Götter (Unsere Klugen sagen: der historische Moment! Anmerkung des Einsenders) aus dem Ozean der Zeiten herausheben, und da gilt es zu handeln. Der Tatkräftige aber handelt zu jeder Stunde, er erfasst mit kräftiger Faust den flüchtigen Augenblick und bannt ihn in seinen Dienst. Dem Untätigen aber eilen die Gelegenheiten vorüber wie Pfeile vom Bogen eines Starken abgeschneht. Der Liebling der Götter schafft, wann er will die Zeit und Stunde; der auf die Stunde ängstlich Harrende steht am Meere und wartet auf Flut und Wind. Bald wendet er sich nach Osten, bald nach Westen. Seine Genossen schauen auf ihn als den Klugen, vorbauenden Mann und trauen ihm Großes zu; er aber wartet, wartet. (Schluss folgt.)

Wer nicht versteht, im Rahmen der ökonomischen Notwendigkeit für Initiative und Energie, Talent und Heroismus den erforderlichen Spielraum zu finden, dem ist das philosophische Mysterium des Marxismus nicht aufgegangen. Andererseits aber, wenn wir den politischen Prozess, respektive die Revolution in deren Gesamtheit erfassen wollen, müssen wir die Fähigkeit besitzen, aus all dem bunten Flitterkram der Parteien und Programme, den Ränken und dem Blutdurst der einen, der Opferwilligkeit und dem Idealismus der anderen die wahren Umrisse der Klassen zu entwirren, deren Wurzeln auf dem Grunde der Produktionsverhältnisse ruhen und deren Blüten in den obersten Regionen der Ideologie zur Entfaltung kommen.

N. Trotzky.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 42/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 20. Oktober 1917.

Nr. 42

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Hansemann – Michaelis.

„Je mehr nun aber die Nationalversammlung auf die Linke rückt, desto entschiedener tritt die Krone mehr und mehr auf die äußerste Rechte. Seltsame Progression! Die Linke in der Majorität geblieben, stürzt ein Ministerium – und statt nun wenigstens ein aus dem Zentrum gegriffenes Ministerium zu bilden – tritt an seine Stelle ein Ministerium, stets unendlich mehr der Rechten angehörend als sein Vorgänger.“

Also kennzeichnet Lassalle in seiner nicht gehaltenen Assissenrede, der Verteidigung gegen die Anklage des Hochverrats, die historische Entwicklung des ersten Parlamentarismus in Preußen. Er umreißt damit scharf die Hyperbel jener Entwicklung. Am 19. März wurde die Nationalversammlung berufen und ein Ministerium unter Vorsitz des rheinischen Bourgeois Camphausen eingesetzt. Camphausens Programm war die „Vereinbarung“ einer Staatsverfassung zwischen dem König und dem Volke, ein Programm, das schon dadurch die ganze Jämmerlichkeit des „revolutionären“ Bürgertums offenbarte, da es sich überhaupt ans Tageslicht wagen durfte. Die Vereinbarungstheorie erkannte den zerschmetterten Absolutismus als die Rechtsgrundlage des Staates an; sie wandelte die Verfassung, ehe sie zustande gebracht, in das freiwillige Geschenk des Absolutismus um; sie legte den Grund für die Wiederaufrichtung eben dieses Absolutismus. Die Nationalversammlung ließ sich düpiieren, aber es stellte sich bald heraus, dass sie mit Camphausen zu keiner Vereinbarung in der Politik kommen konnte.

Er wurde gestürzt, und es folgte das Ministerium Hansemann, das schon die Konterrevolution in den Sattel hob. Hansemann wurde gestürzt durch einen Beschluss des Parlaments, der Maßregeln gegen die reaktionären Treibereien im Heere forderte. Ihm folgte der General Pfuel, ein Mann, der seinen Ruf eines strammen Reaktionärs rechtfertigte, der sich aber doch nicht dazu verstehen konnte, der Volksvertretung den Garaus zu machen als diese, zu spät zum Handeln, um Hilfe gegen die Schläge der Gegenrevolution in Wien flehte. Graf von Brandenburg schickte dann das Parlament nach Hause.

Warum erinnern wir an diese alten Geschichten? Weil sie für die gegenwärtige Situation so bezeichnend sind, dass die Vergangenheit die Gegenwart im Spiegel zeigt.

Es ist das Verhängnis der Sozialpatrioten, dass sie an ihre Reden von gestern nicht erinnert werden dürfen. Wie sie ihre annexionistischen Fanfaren von 1914 bis 1915 unter ihren papiernen Friedensresolutionen verwühlen müssen, so haben sie jetzt alle Ursache durch radikaltönende Oppositionsreden die Jubellieder in Vergessenheit zu bringen, die sie beim Sturze Bethmanns tirilierten. Wie war es denn in den Julitagen? Ein glatter Sieg des Parlaments. Der Parlamentarismus, die Demokratie war gesichert. Ein freies Deutschland war Tatsache geworden. Die Verbindung zwischen Krone und Volk war hergestellt und der Kronprinz nahm die Wünsche der Parteiführer eigenhändig entgegen. Herr Scheidemann war neben Hindenburg, der für die Freiheit nach außen sorgte, der große Mann, vor dem die gesamte linke Presse mit Hurra und Gloria den Generalmarsch schlug. Es war ein Jubilieren und Delirieren vom „Vorwärts“ und dem „Hamburger Echo“ bis herab zu dem kleinsten Mehrheitsblättchen.

Die Scheidemänner brauchten einen Erfolg, der ihr Renommee befestigen sollte, deshalb mussten sie ihre Politik als den Weg zu den Volksrechten preisen. Das Fell des Bären wurde feierlich dem Volke geschenkt, gerade als dieser zu einem neuen Angriffe ansetzte. Herr Michaelis kam, nicht als parlamentarischer Minister, dafür aber mit Pauken und Trompeten von den Annexionisten begrüßt. Herr Michaelis musste ein Mann des Mehrheitsblocks sein, denn die Sozialpatrioten brauchten einen solchen. Darum wurde hier noch toller auf die Pauken losgetrommelt. Und als er in seinen zweideutig – unzweideutigen Reden immer klarer seinen reaktionären Kern enthüllte, da redeten sie ihm zu wie einem kranken Kinde, da waren sie zu jedem Vertuschungsmanöver bei der Hand, während die Reaktion sich immer fester zu setzen verstand.

Während die Reichstagsmehrheit beständig das Wort vom Verständigungsfrieden, das vieldeutige, vielgedeutete, im Munde führt, kann sich die alldeutsche Propaganda so breit machen, wie das unter Bethmann-Hollweg unmöglich gewesen wäre. Und wenn jetzt wiederum ein Ministerium Hansemann gestürzt werden sollte, so kann ihm nach Lage der Dinge nur ein Ministerium Pful folgen.

Überlebt aber Herr Michaelis die jetzige Krise, dann kann er die Hansemann-Politik des Vertuschens und Verkleisterns, des ständigen gegenseitigen Begütigens mit der Reichstagsmehrheit nicht weiterführen, dann muss er offen die Bahnen Pfuls einschlagen. In seiner Katerstimmung hat sogar der „Vorwärts“ Verständnis für die Situation. Er schreibt nach dem Reichstagsschluss:

Das Schlimmste ist, dass wir nicht recht wissen, wohin man uns führt! Die Mehrheit hat keine Sicherheit dafür, dass ihre Politik getrieben wird, und die Minderheit trägt sich mit der Hoffnung, dass man demnächst ihre Politik treiben wird, sie meint, man müsse die Regierung nur vom Druck der Mehrheit befreien, dann komme alles übrige von selbst. In dieser Hoffnung wird sie durch den Verlauf der neuesten „Krise“ wesentlich bestärkt werden. Ihre robuste Rücksichtslosigkeit tritt desto herausfordernder auf den Plan, je sicherer sie weiß, dass auf der anderen Seite zartbesaitete Gemüter walten, bei denen das Rücksichtnehmen und Bedenkentragen kein Ende nimmt. Nur ein fester Wille kann sie so bescheiden machen, wie sie es sein müssen, wenn aus ihrem Treiben dem Reiche nicht schwerer Schaden entstehen soll. Beruhigen werden sich diese Herren doch erst dann, wenn sie erkennen werden, dass ihre Versuche, sich des Steuerruders zu bemächtigen und den Kurs des Staatsschiffes zu wenden, völlig aussichtslos sind. Diese Erkenntnis konnten sie sich aber weder aus der Rede des Reichskanzlers holen noch aus dem Verhalten der bürgerlichen Mehrheitsparteien. Sie werden übermütiger werden denn je.

In der Hochstimmung des 14. August wurde die geschichtliche Erfahrung, die erste Erkenntnis für jeden Politiker, in den Wind geschlagen, dass eine ganze Schiffsladung

moralischer Ansprüche kein Pfündchen wirklicher Macht aufwiegt. Als man wieder etwas von Opposition wagte, damals bei den Lebensmitteldebatten, war es eine Opposition der hohlen Phrase. Jede Kritik der Zensur und des Belagerungszustandes glich dem Winde, der das Wasser kräuselt, denn man wagte keine Tat und man fürchtete sogar trotz aller demagogischen Reden den Erfolg. Der „Vorwärts“ verhöhnte sich bei der Vertagung des Reichstages im Juli selber, nachdem er vorher deklamiert, der Reichstag dürfe nicht auseinandergehen, ohne die Parlamentarisierung und die Demokratie erreicht zu haben:

„Die Frage, ob die Erklärungen der Regierung zur Friedensfrage ausreichend waren oder nicht, verliert an Bedeutung, da der Reichstag selbst eine ausreichende, die Regierung bindende Erklärung abgegeben hat. Diese Erklärung herbeigeführt zu haben, ist der große Erfolg des letzten Sessionsabschnittes. Er hätte nicht erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie durch eine Änderung ihrer bisherigen Taktik in der Kreditfrage die Mehrheit gesprengt hätte. Dadurch aber, dass die Sozialdemokratie diese Taktik beibehielt, ist eine zerschmetternde Niederlage der Annexionisten herbeigeführt worden.“

Und setzte nicht das „Hamburger Echo“ der Jämmerlichkeit die Krone auf, indem es warnte: „Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten!“ wo noch von einem Drücken nicht die Rede war, viel weniger von einem Druck.

Aber jetzt haben die Leutchen um Scheidemann doch wohl gezeigt, dass auch sie verstehen, ihre Macht auszuspielen. Sie haben den Nachtragset abgelehnt, und sie jammern vernehmlich über den Kleinmut der Fortschrittler und des Zentrums, der sich nicht zu dieser Heldentat aufschwingen konnte. Aber die Leute, die heute in der Sozialdemokratie die Taktik machen, sind dieselben, welche früher über die absolute Unfruchtbarkeit solcher Demonstrationen predigten. Und von ihrem Standpunkt aus hatten sie recht. Für sie konnte die Ablehnung irgendeines Etats nur eine leere Demonstration sein.

Fortschreitende Klärung.

In der Stuttgarter Opposition gegen die alte Partei hat sich eine Klärung durchgesetzt, die mit dem Siege der linksradikalen Elemente geendet hat. Die Stuttgarter Arbeiterschaft hat damit die Hoffnungen wahrgemacht, die wir in sie gesetzt haben. Als einziges größeres Industriezentrum Süddeutschlands mussten sich die Gegensätze zu dem üppig wuchernden Reformismus dort mit besonderer Kraft zeigen, sie mussten zu den schärfsten Konflikten führen, die von den Stuttgarter Arbeitern mit rücksichtsloser Energie durchgefochten worden. Die Stuttgarter Arbeiter haben damit der sozialistischen Bewegung einen großen Dienst geleistet. Nach der Gothaer Konferenz aber lenkte der „Sozialdemokrat“ ganz in das Fahrwasser der Unabhängigen ein. Dass dieser Kurs jetzt überwunden ist, davon zeugt die Nummer vom 6. Oktober des „Sozialdemokrat“, die unter der Stichmarke: „Nicht in den Sumpf!“ einen Programmartikel bringt, den wir unseren Lesern im Auszuge zur Orientierung vorlegen:

Seit der Konferenz der sozialistischen Opposition in Gotha hat sich die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mächtig entwickelt. Durch diese Entwicklung ist der eigentliche Kern der entschiedenen Opposition, wenigstens soweit ihre organisatorische Seite in Betracht kommt, in den Hintergrund gedrängt worden. Zahlreiche Elemente der entschiedenen Opposition der Internationalen oder Spartakusleute haben sich dazu den Unabhängigen beigesellt als Sauerteig in dem allgemeinen Brei. Dieser Sauerteig soll die Gärung beschleunigen, aus der dann der klare Wein eines bewussten grundsätzlichen Sozialismus hervorgehen soll. Andere entschieden oppositionelle Kreise haben sich nicht dazu entschließen können unter das „schützende Dach“ der Unabhängigen zu flüchten. Von diesen Kreisen sind die einen dabei, eine neue linksradikale Partei zu bilden, die andern schwanken

noch in abwartender Unentschlossenheit zwischen links und dem Zentrum. Es ist eine allgemeine Verwirrung unter vielen Anhängern der Gruppe Internationale nicht zu verkennen. Wie könnte es auch anders sein! Fehlt es den Internationalen doch an ausgreifender legaler Betätigungsmöglichkeit. Dadurch wird die Aufklärung des Proletariats über die Ziele und Forderungen der Internationalen zwar nicht dauernd unmöglich gemacht, aber immerhin erschwert und verzögert.

Was sollen wir tun?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus einer Prüfung der Grundsätze, die für die Unabhängigen und diejenigen, die für die Internationalen maßgebend sind.

Darauf folgt eine Kritik dieser Grundsätze, die durchaus mit den von uns vertretenen Auffassungen übereinstimmt. Den Schluss bilden die folgenden, sehr zurückhaltenden Ausführungen über die Organisationsfrage:

Damit kommen wir zur Organisierung des Proletariats.

Gewiss darf die Organisationsfrage nicht überschätzt werden. Die Organisation darf nicht zum Selbstzweck, zum Götzen werden, dem die Grundsätze zu opfern sind. Aber trotzdem ist die Organisationsfrage wichtig. Die Form der Organisation ist nicht gleichgültig. Sie vermag, je nachdem, Kampfgeist bei ihren Mitgliedern zu brechen, zu wecken und zu steigern. Die Organisation ist, richtig beschaffen, eine wichtige Urquelle gesellschaftlicher Bewegungen.

Die Unabhängigen beschränken sich in der Hauptsache darauf, die Organisation vor bürokratischer Beherrschung zu bewahren. Sie sind für selbständige nationale Parteien, die zwar auf internationalen Kongressen zusammenkommen, die sich im Übrigen aber für ihre Handlungen volle Freiheit vorbehalten. Damit werden die kommenden internationalen Tagungen werden, was sie früher waren: äußerlich glänzende, innerlich leere Demonstrationen. Man wird über alle wichtigen Fragen viel reden, allgemein und unbestimmt gehaltene Beschlüsse fassen, Orakel für auslegungsfreudige Nussknacker, und es den Parteien in jedem Lande überlassen, sich „jeweils mit den jeweiligen Verhältnissen“ abzufinden.

Wo bleibt da die Lehre aus dem Zusammenbruch der alten Internationale? Es ist eine der Hauptaufgaben, die sich die Internationalen gestellt haben, die Proletarier aller Länder zu einer lebendigen aktionsfähigen Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

Die Unzulänglichkeit der alten Internationale hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale Zersplitterung im entscheidenden Augenblick aufzurichten.

In der neuen Internationale muss der Schwerpunkt der Organisation des Proletariats liegen. Die Internationale muss über die Taktik der nationalen Sektionen entscheiden. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale muss allen anderen Organisationspflichten vorangehen. Nationale Sektionen, die den Beschlüssen zuwiderhandelten, würden sich außerhalb der Internationale stellen.

Kann es angesichts dieser fundamentalen Gegensätze zwischen den Unabhängigen und den Internationalen eine Verschmelzung geben? Die Frage stellen, heißt sie mit Nein beantworten.

Wohl ist es möglich und erwünscht, wenn alle ernsthaft oppositionellen Richtungen ein Arbeitsverhältnis für bestimmte Zwecke von Fall zu Fall eingehen, ein Kartellverhältnis. Es darf aber nichts zur Verkleisterung von Gegensätzen getan werden, im Gegenteil, sie müssen gegeneinander um ihre Daseinsberechtigung ringen. Das Ziel kann nicht sein, die

verschiedensten Strömungen in einen allgemeinen Sumpf zusammenzuführen. Das Ziel muss sein: Durch Wirren zur Klarheit, durch die Klarheit zur Wahrheit!

Wenn sich die Internationalen bei den Unabhängigen einreihen, dann muss das für die Arbeiter bittere Folgen nach sich ziehen. Die Internationalen sind dann gezwungen, bei gegebenen Anlässen, gegen die Taktik der Unabhängigen Front zu machen. Wir hätten dann wieder eine Partei voll Kampf und Zerklüftung und müssten wieder zur reinlichen Scheidung drängen.

Richtig ist: Es wird nie eine Partei geben ohne innere geistige Kämpfe. Aber diese Kämpfe sind nur erwünscht und fruchtbar, nur dann ein Zeugnis für gesundes Leben und Streben für Stärke und Kraft, wenn sie auf dem Boden gemeinsamer Grundsätze ausgefochten werden. Wo keine gemeinsamen Grundsätze vorhanden sind, da herrscht Chaos und Machtlosigkeit.

Die Internationalen tun deshalb gut, ihre Organisation aufrecht zu erhalten. Die allgemeine Klärung ist auf dem Marsche. Sie kann aber erst restlos erfolgen, wenn auch die Internationalen in offener Schlacht und breitester Front ihre Truppen ins Treffen schicken können; erst dann, wenn auch diejenigen mitkämpfen können, die jetzt in den Schützengräben sind. Und das ist kein kleiner Teil der Genossen. Es geht doch wohl nicht an, den Kern der entschiedenen Opposition gewissermaßen hinter dem Rücken der abwesenden Genossen, die bis zuletzt voll ihre Pflicht taten, in einem großen Sumpf zu ersäufen. Es liegt auch gar kein zwingender Grund, geschweige irgendwelche Notwendigkeit dafür vor.

Die Zukunft gehört nicht den schwankenden Gestalten, den Zaghaften und Unentschlossenen, sie gehört den Aufrechten und Entschiedenen. Die Internationalen werden dann die Siegenden und Gewinnenden sein.

Die Revolution und der Bruch mit der Bourgeoisie in Russland.

Zur demokratischen Konferenz.

Von Karl Radek. (Schluss)

Natürlich dachten die russischen Kapitalisten nicht daran, sich die Metzger selbst auszuwählen. Sie nahmen Teil an der Regierung nicht um die Revolution zu stützen, zu fördern, sondern um sie zu hemmen auf Schritt und Tritt.

Sie schrieben über die Desorganisation der Industrie und hielten bewiesenermaßen oft die Produktion auf, obwohl Rohstoffe vorhanden waren: unter dem Vorwand, als fehlten sie. Die Banken schlugen den Städten Kreditgewährung ab, obwohl dies mit vollkommener sozialen Desorganisation drohte. Durch ihren Vertrauensmann im Handelsministerium, den berüchtigten Paltschinski sabotierten sie jeden Versuch der Regierung, die Beziehungen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern herzustellen; gar nicht von der Lahmlegung der Arbeiterbestrebungen auf Kontrolle der Profite zu sprechen, ohne die das Proletariat die begründete Vermutung hat, dass während ihm Mäßigung gepredigt wird, die Kapitalisten nach wie vor dem Staat die Haut über die Ohren ziehen. Sie verschleppten jedes Gesetz, das die Bauern ihrem Ziele, der Ergreifung von Grund und Boden, näherbringen könnte. Sie unterstützten die Bemühungen der Generalität zur Wiederherstellung des Regimes der Gewalt in zur [der?] Armee, was die Soldatenmasse nur in der vollkommen berechtigten Überzeugung bestärkte, dass sie als stummes willenloses Werkzeug fremder Interessen gebraucht werden sollen.

Indem die kapitalistischen Vertreter in der Regierung jede schöpferische Arbeit zugunsten der Massen hinderten und die Staatsgewalt zu immer neuen Repressalien gegen die Arbeiter und Bauern anspornten, gruben sie einen Abgrund zwischen den Trägern der Revolution, den

revolutionären Volksmassen und der revolutionären Regierung. Dadurch wurde ebenso sehr ein Staatsstreich der Konterrevolution, wie eine neue revolutionäre Erhebung vorbereitet.

Die kleinbürgerliche Demokratie sammelte sich, am Abgrunde stehend, zur Abwehr. Dank der Energie der Arbeiterschaft, der revolutionären Treue der Soldaten, die fühlten, dass der Sieg der Konterrevolution sie von ihren beiden Zielen: der Freiheit und dem Boden, entfernt, wurde nicht nur der Staatsstreich im Keime erstickt, sondern die Situation mit einem Ruck zugunsten der Demokratie geändert. Die Volksmassen bekamen das Gefühl ihrer Kraft und der ihnen seitens der Konterrevolution drohenden Gefahr. Im Lager der kleinbürgerlichen Demokratie fand ein Ruck nach links statt. In der menschewikischen Partei, in der Sozialisten-Revolutionäre [?], verschwand die Mehrheit, die bisher mit aller Energie die Koalition mit den Kadetten vertrat.

Der Schrei der Potressow: Lenin naht! – so ist wörtlich ein Artikel Potressows, eines der hervorragendsten menschewikischen Schriftsteller im „Denj“ betitelt – der Schrei, die Bolschewiki seien gefährlicher als die Kornilows, half nicht. Die Lehren des halben Jahres der Revolution haben das ihrige getan. Der Ruck der Mehrheit der kleinbürgerlichen Sozialisten nach links soll nicht überschätzt werden. Es liegt erst das Eingeständnis des Bankrotts der Politik der Koalition mit dem Kapital vor, und die Fassung der Telegramme der Petrograder Agentur erlaubt nicht einmal sicher zu sagen, ob sich die demokratische Konferenz gegen die Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie überhaupt oder nur gegen die Koalition mit den Kadetten ausgesprochen hat. Sollte nur das letzte geschehen sein, dann steht noch eine Periode von Experimenten mit bürgerlichen Elementen vor, die sozial nichts als ihre eigene Unfähigkeit zur revolutionären Politik repräsentieren.

Aber man soll die Linksschwenkung der kleinbürgerlichen Führer auch nicht unterschätzen. Je tiefer sozial die Wurzel ihrer bisherigen Koalitionspolitik liegen – und die Koalitionsdoktrin ist nur der ideologische Ausdruck der Abhängigkeit des Kleinbürgertums von Kapital – desto höher muss der Druck eingeschätzt werden, den die Ereignisse und die kleinbürgerlichen Massen auf sie ausgeübt haben, bis sie sich aus den Banden der Koalitionspolitik befreit haben. Sie haben natürlich ihre kleinbürgerliche Ideologie, ihr Misstrauen in die Kräfte der Volksmassen nicht aufgegeben. Es werden Kämpfe von ungeheurer Schärfe notwendig sein, bis sie die Konsequenzen des Bruches mit dem Kapital ziehen werden. Ganz abgesehen von den sehr wahrscheinlichen Versuchen noch mit „fortschrittlichen“ kapitalistischen Elementen anzubandeln, was ein reiner Verlust der in der Revolution sehr teureren Zeit ist, so werden sie lange nicht verstehen, dass der Bruch mit der Bourgeoisie in Russland einen Bruch mit der europäischen Bourgeoisie nach sich ziehen muss. Umgekehrt sind jetzt Rüttschwüre der Treue den Alliierten gegenüber zu erwarten.

Aber die Logik der Tatsachen ist stärker als die Unlogik politischer Führer und ihrer Richtungen. Der Bruch mit der Bourgeoisie wird seine Folgen haben. Wir sehen in ihm die erste große Wendung seit der Revolution.

Wird in Russland eine Staatsmacht gebildet, die ohne Rücksicht auf die Interessen des Kapitals die Interessen des Kleinbürgertums und des Proletariats vertreten wird, dann wird sie zwar keine Wunder im Innern und außen schaffen können, aber sie wird, mit Verzweiflung gegen die kapitalistischen Erdrosselungsversuche kämpfend, die Kräfte der Volksmassen entfesseln müssen.

Die neue Koalitionsregierung.

1. Die demokratische Konferenz.

Die Idee der Einberufung der demokratischen Beratung ging aus den Kreisen der Menschewiki hervor, die während der Kornilofftage soweit das Gleichgewicht verloren haben,

dass sie nicht den Mut hatten, von neuem das alte Lied anzustimmen: nur mit den Kadetten zusammen kann man Russland retten, aber auch nicht den Mut hatten, einzugestehen, dass ihre Politik vollkommen Schiffbruch gelitten hat, dass es gilt, die Gewalt in die Hände der Sowjets zu legen. Die von diesen Elementen einstweilen entgegen der jetzigen Stimmung der Mehrheit der Sowjets beibehaltene Leitung des Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte ermöglichte ihnen die Bestimmung der Zusammensetzung der demokratischen Versammlung in einer Weise, die den Sieg der Koalitionspolitik sichern sollte. Die Arbeiterdelegiertenräte bekamen 230 Stimmen zugewiesen, die Gewerkschaften 100, die Arbeitergenossenschaften 38, dagegen die Bauernräte, die viel weniger zahlreich und aktiv sind, ebenso 230 Stimmen, wozu noch 200 Stimmen der Semstows und Gouvernements und 120 Stimmen der Neutralen, in erster Linie landwirtschaftlichen Genossenschaften, fallen. Die Vertretung der städtischen Verwaltungen, in denen in der Provinz die opportunistische kleinbürgerliche Intelligenz überwiegt, bekam 300 Stimmen zugewiesen. In der Verteilung der Mandate an die Armee wurden nicht die Soldatenorganisationen, sondern die der höheren Stufe herbeigezogen, in der die revolutionäre Intelligenz überwiegt, wozu noch die von der Regierung eingesetzten Armeekommissäre 32 und die Kosaken sogar 35 Mandate zugeteilt bekamen. Somit war alles, was nur in den Kräften der Opportunisten lag, getan, um den Sieg der Koalitionsgedanken zu garantieren.

Auf das so gesiebte Auditorium wurden alle frühere Minister-Sozialisten, wie die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie losgelassen. Die ganze bürgerliche Presse malte in den schrecklichsten Farben aus, was kommen wird, wenn die Koalition mit den Kadetten abgelehnt würde. Dann muss man sich mit den Bolschewiks verbinden und dann beginnt die Herrschaft Lenins und „seiner Kannibalen“ – wie sich so schön die „Rjetsch“ ausdrückte. Die Shobolew, Zeretelli, Peschechonow, Awksientew beteuerten, dass die Kadetten an dem Korniloff-Aufstand unschuldig seien, dass sie nie die Regierungsarbeit sabotiert haben, dass ohne die Hilfe der Bourgeoisie die Revolution der Vernichtung ausgeliefert sein wird.

Die Bolschewiks, Kamenew, Trotzky, Riesanow, Miliutin, Schlapnikow, die linken Sozialisten-Revolutionäre Kankow, Marie Spiridonowa, Ustinow, der Sozialdemokrat Stieklo, sie alle stellten die Bilanz der Koalitionsregierung auf, die den Kampf um den Frieden verraten hat, untätig der Desorganisation der Wirtschaft zuschaut, die unfähig der Armee das Vertrauen zu ihren Leitern einzuflößen, die durch ihre Tatenlosigkeit die Anarchie auf dem flachen Lande erzeugt. Sie lehnten die Koalition mit den Kadetten ab, aber gleichzeitig wiesen sie auf das Utopische des Versuchs, ohne die Kadetten, d. h. die organisierten Vorderreihen der Bourgeoisie, eine Koalition mit dem Bürgertum zustande zu bringen.

Nur wenn die Volksmassen, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum, sich verbinden, wenn sie alle Rücksichten auf die Interessen des Kapitals fallen lassen, können sie die Revolution retten, wie schwer auch der Weg sein mag, den sie betreten. Ihr sollt euch mit den Kadetten verbinden? rief der Genosse Riesanow, der von der Generalkommission der Gewerkschaften delegiert war. Und er las einen Leitartikel der „Rjetsch“ vom 12. September über den Korniloffschen Aufstand vor: General Korniloff ist kein Reaktionär, seine Ziele haben nichts gemein mit der Konterrevolution, das bezeugen seine Erklärungen, die durch ihre Schlichtheit am besten das Herz und Hirn dieses Soldaten ohne Hintergedanken charakterisieren. General Korniloff sucht den Weg zum Sieg über den Feind, den Weg, auf dem das Land zur konstituierenden Versammlung gebracht werden könnte, in der es seinen Willen ausdrücken wird.

Wir können desto leichter uns dieser Formulierung der nationalen Ziele anschließen, als wir dasselbe in denselben Worten lange vor dem General Korniloff ausdrückten. Ja, sie fürchteten nicht zu sagen, General Korniloff verfolgte dieselben Ziele, die wir für die Rettung des Vaterlandes absolut notwendig halten. Sie fürchteten doch es zu bekennen und entfernten den Artikel aus dem Satz der „Rjetsch“: Riesanow legte ihn im Korrekturabzug vor. Der

Artikel, der erscheinen sollte, bevor noch der Aufstand Korniloffs misslungen war, zeigt die Kadetten offen als seine Helfershelfer. „Ihr sucht, uns einzuschüchtern mit der Prophezeiung, dass die Bourgeoisie uns mit ihrem Hasse verfolgen wird, falls wir sie von der Regierungsgewalt ausschließen“, führte Marie Spiridonowa aus; „aber wir sind schon vom Hass umringt, der Unterschied in der Lage wird nach dem Bruch mit der Bourgeoisie nur darin bestehen, dass wir dann freie Hände haben werden.“

So ging es drei Tage lang. Als die erste Abstimmung vorüber war, sahen sich die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie verdutzt an. Für die Koalition fielen 766, gegen 688 Stimmen, bei 38 Enthaltungen. Das war eine eklatante Niederlage der Anhänger der Koalition mit der Bourgeoisie. Die Hälfte der Konferenz hat sich überhaupt gegen die Koalition mit dem Bürgertum ausgesprochen. Der soziale Sinn dieser Niederlage, ihre vernichtende Bedeutung für den Teil der kleinbürgerlichen Demokratie, der sich auf die Arbeiterklasse zu stützen sucht, ergibt sich noch krasser, wenn man die Zahlen der Abstimmung näher prüft.

Von den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte stimmten: gegen die Koalition 192, für 83. Von den Vertretern der Gewerkschaften 139 gegen, für 32. Selbst von den Vertretern der Bauerndelegiertenräte stimmten nur 102 für, 70 gegen; die Delegierten der Kommunen trennten sich fast in gleiche Teile: 114 für die Koalition, 101 dagegen. Die Vertreter der Semstvos und der Gouvernementskomitees stimmten in ihrer Mehrheit gegen die Koalition: 29 gegen 9. Nur unter den Vertretern der bäuerlichen Genossenschaften finden sich 140 Stimmen für die Koalition, dagegen eine Minderheit von 23. In der Vertretung hielten sich die Anhänger und Gegner der Koalition die Wage: 64 für, 54 dagegen.

Was bedeutet das alles zusammen? Die überwältigende Mehrheit der Vertreter der Arbeiterklasse hat sich überhaupt gegen die Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie ausgesprochen. Ja, starke Teile des Kleinbürgertums sind entschlossen zum Bruch mit der Bourgeoisie. Als das Amandement, das die Kadetten aus der Regierung ausschließt, zur Abstimmung gelangte, zeigte es sich, dass sich die Mehrheit der Vertreter dagegen aussprach: für die Koalition mit den Kadetten sprachen sich nur 493, gegen sie aber 595 Stimmen. Zeretelli, Hotz, Tscheidse, Asksientey, Dan, blieben in der Minderheit. Sonst brachte die demokratische Konferenz, trotz ihrer zu Ungunsten der Arbeiterklasse künstlich gestalteten Zusammensetzung, den Sieg der Gegner der Koalition mit dem kapitalistischen Bürgertum.

In diesem Moment setzten aber Einflüsse ein, die das Resultat der Abstimmungen eskamotieren. Die telegraphischen Nachrichten klären die Gründe des Umschwungs nicht auf. Es bleibt nichts übrig, als sie zu enträtseln suchen, bis die russischen Zeitungen eine Aufklärung bringen. (Schluss folgt.)

Der Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat.

Von Karl Radek.

Als im Jahre 1905 die Revolution in Russland dem Zarismus die Zugeständnisse des Manifestes vom 31. Oktober abgerungen und so einen Ellenbogenraum für den weiteren Kampf gewonnen hatte, schufen sich die Arbeitermassen der Industriezentren ein Kampforgan, wie es früher die Geschichte des revolutionären Kampfes nirgends gesehen hat.

Die französische revolutionäre Bourgeoisie versammelte sich in Kaffees, in politischen Klubs, in deren Beratungen sie ihren Willen formte. Das Organ ihres Kampfes war das Parlament. Die Volksmassen sammelten sich in den Straßen, in den städtischen Rayonorganisationen, den Sektionen, die nicht nur ein Laboratorium ihres Willens, sondern ihr Kampfes-Organ waren: des Druckes auf das Parlament. Alle diese Organisationsformen der revolutionären Demokratie waren von gemischter Klassenzusammensetzung, mit überwiegendem Kleinbürgertum. Jede von ihnen stellte ein Organ zur Ausführung eines

besonderen Zweckes aus, keine von ihnen umfasste das ganze Leben der revolutionären Masse.

Wie es dem kleinen Handwerker in den Vorstädten geht, wie der Manufakturarbeiter in der Manufaktur schuffet, darum kümmerte sich die Sektion wenig, das Parlament am wenigsten. Sie waren in erster Linie Organe der Staatseinrichtung, die ökonomischen Fragen interessierten sie nur insoweit, als es sich um die Aufhebung der Vorrechte des Feudalismus handelte. Das entsprach vollkommen dem kleinbürgerlichen Charakter der Revolution. Der Kapitalismus dehnte und streckte sich erst zu seinem Siegeslauf; die von ihm erzeugten Leiden wurden noch nicht zum Ausgangspunkt einer Massenaktion gegen ihn, zu seiner Ersetzung durch eine höhere Form der gesellschaftlichen Organisation und der Kleinbetrieb konnte sich die Massen nicht zusammenballen, die Produktionsform direkt konnte noch nicht zur Grundlage der politischen Macht- und Kampforganisation werden.

Die Revolution des Jahres 1905 fand in Russland unter Bedingungen statt, die das industrielle, in ungeheuren Betrieben zusammengeballte Proletariat, die Sklaven der modernen industriellen Plantatoren, der Putiloff, Obuchoffwerke, der Werften und Gruben zum Hauptträger machte. Instinktiv fand das Proletariat in der durch den Kapitalismus geschaffenen Produktionsorganisation die Grundlage für seine politische Organisation. Es wählte Fabrikorganisationen, die seinen Kampf um alle seine Bedürfnisse führten: um Brot und Freiheit, um eine Arbeitszeit, die ihm nach dem schweren Robot für den Kapitalisten noch die Möglichkeit ließ, an seine Befreiung zu denken.

Die Zusammenfassung der Proletarier in der Fabrik bildete dann die Grundlage zu ihrer Zusammenfassung zur revolutionären Kraft in der Stadt. Die Vertreter der Fabrik versammelten sich und so war der Arbeiterdelegiertenrat entstanden, das Organ des revolutionären Kampfes der ganzen Arbeiterklasse der ganzen Stadt. Und wie sich im Leben des Proletariats sein Streben nach einem Stück Brot mehr, nach dem Achtstundentage, nach einer menschlichen Behandlung in der Fabrik, von seinem Kampfe gegen die Unterdrückung durch die Staatsorgane nicht trennen ließ, so war der Arbeiterdelegiertenrat nicht nur ein Organ des Kampfes gegen die zarische Regierung, sondern auch des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung. Er focht ebenso um die Republik wie um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist nicht nur ein Organ der Vertretung der Volksmassen, sondern auch ihrer Zertretung, ihrer Beherrschung im Interesse des Kapitalismus. In ihm tragen selbst die die Interessen der Arbeiterschaft vertretenden Abgeordneten die Tendenz in sich, sich von der Arbeiterschaft abzusondern, eine sie beherrschende Oligarchie zu bilden, die dank der besseren Kenntnis der sozialen Zusammenhänge, dank der Befreiung von der kapitalistischen Fron ein Übergewicht über die Masse ihrer Mandatare besitzt: diese werden zur Rolle der Statisten heruntergedrückt. Der Arbeiterdelegiertenrat überwindet diesen Charakter der Vertretungskörperschaften als Beherrschungsorganisationen. Die zu ihm entsandten Arbeitervertreter bleiben in der Fabrikarbeit, sie teilen alle Leiden und Freuden der Arbeiterklasse, sie kommen von der Drehbank und dem Bessemerofen in den Rat der Revolution und kehren von dem Beratungssaal in die Hölle der Ausbeutung zurück. Und haben sie bei ihrer Arbeit in dem Delegiertenrat neue Einsichten gesammelt, so dienen diese nicht zur Beherrschung der Masse, sondern sie müssen ihr Allgemeingut werden.

Der Arbeiterdelegiertenrat verfügt über keine Gewaltmittel über die Masse, sein einziges Gewaltmittel ist die Masse selbst. Will er sie zu einer Aktion bewegen oder von einer abhalten, so muss er mit ihr all sein Wissen teilen, so muss er sie zu seiner Höhe heben. Nun, Parlamentsvertreter der Arbeiterklasse wollten es auch, wenn sie keine pflichtvergessenen Politikaster waren, die auf dem Rücken der Arbeiterschaft heraufgeklettert sind um

persönlicher Vorteile willen. Aber dies Bemühen der besten Arbeitervertreter hat in sogenannten friedlichen Zeiten seine Schranke nicht nur in der Stumpfheit der breitesten, von Not und Elend zermürbten und niedergedrückten, zum geistigen Leben unfähig gemachten Volksmassen: deswegen ist der Gedanke, als könne man die Arbeitermassen im Kapitalismus bis zu Ende organisieren und aufklären, ein utopischer Gedanke.

In nichtrevolutionären Zeiten leistet die Arbeitermasse ihre unermessliche Arbeit nur an den Fundamenten der Gesellschaft, in der Produktion. Am Überbau hantieren die Vertreter des Kapitals, die den Staat beherrschen, sie lassen zu ihrer Flickarbeit höchstens die kleine Anzahl der Arbeiterparlamentarier zu, für die Arbeitermassen ist Ruhe die höchste Bürgerpflicht. Die Revolution, das ist der Staatsumbau durch die Volksmassen selbst: sie erschüttern die alten Fundamente, reißen sie aus, mauern an den Grundlagen, bauen ein neues Haus für die Menschheit, und darum lechzen sie nach Wissen. In dem Zeitalter des entwickelten Kapitalismus hat die russische Revolution des Jahres 1905, weil ihre Kolonnen aus dem industriellen Proletariat bestanden, auch die Form der Zusammenfassung der Massen zum Kampfe gefunden.

Die Revolution des Jahres 1917 griff natürlich auf den Arbeiterdelegiertenrat zurück, der in den Herzen der Masse lebendig war. Noch knatterten die Maschinengewehre auf den Straßen Petrograds und schon fanden die Wahlen in den Fabriken statt, schon eilten die Arbeiterdelegierten nach dem Taurischen Palast, dem Symbol des Sieges der Konterrevolution des Jahres 1907, dem Sitz der zarischen Duma, um dort, wo man in den schwarzen Jahren der Konterrevolution die Stimme der Arbeiterschaft erdrücken wollte, nicht nur das Parlament der Arbeit, sondern die revolutionäre Waffenschmiede zu eröffnen. Aber der Arbeiterdelegiertenrat des Jahres 1905 ist nicht auferstanden. An seiner Stelle entstand der Arbeiter- und Soldatenrat.

* * *

In der russischen Revolution bildet das Proletariat die treibende Kraft. Aber sie ist keine rein proletarische Revolution. Die nichtgelöste Agrarfrage verleiht der Bauernschaft eine große revolutionäre Bedeutung. Aber das Bauerntum lebt zersplittert, und in gewöhnlichen Bedingungen der Revolution könnte es niemals mit der Arbeiterschaft um die führende Rolle in der Revolution kämpfen. Aber der Krieg hat die Bauern als organisierte Macht auf die Bühne der Geschichte geworfen als die Armeen, die in ihrer Mehrheit bäuerlicher Herkunft sind. Ein Teil der Armee hat in Petrograd aktiv an der Seite der Arbeiter gefochten. Die Mehrheit der Armee an der Front stellte sich auf die Seite der Revolution. Das Proletariat hatte nicht nur kein Interesse, sich von der Armee abzusondern, sondern umgekehrt, es hatte jedes Interesse, die Armee mit sich zu verbinden, sie aus dem Banne des Einflusses der zarischen Offiziere zu reißen. Darum forderten die Führer des Proletariats die Soldaten sofort auf, überall Vertreter zu wählen und sie in den Arbeiterdelegiertenrat zu entsenden.

Je intimer die Verbindung zwischen Armee und dem Delegiertenrat, desto gesicherter die Revolution. So wählte jede kleinste Einheit der Armee ihre Vertreter in den Arbeiterdelegiertenrat. Da aber die Versammlungen des Arbeiterdelegiertenrates nicht arbeitsfähig wären, wenn sie zu groß wären, so kam es, dass die Fabriken nur je einen Vertreter auf größere Arbeitereinheiten bekamen. Im Resultat bekamen die 300 000 Petrograder Fabrikarbeiter eine sechsmal kleinere Vertretung als die 150 000 Mann der Petrograder Garnison. Ähnlich war es in der Provinz. Die Verwandlung des Arbeiterdelegiertenrates in den Arbeiter- und Soldatenrat bedeutete somit die Verwandlung des proletarischen Kampforgans in ein Organ der revolutionären Demokratie überhaupt, in ein Organ also mit überwiegender, und dass selbst in künstlichem Ausmaße, kleinbürgerlichen Mehrheit.

Die Bauernsoldaten schleppten nicht nur die Bleigewichte ihrer politischen Traditionen mit sich, nicht nur die Last ihrer Kultur- und Bildungslosigkeit, sondern sie bildeten auch

sozial keine einheitliche Masse. Ganz abgesehen von allen kleinbürgerlichen Elementen, die von der Bourgeoisie assimiliert, an ihren großen Wagen ihr Wägelchen angebunden haben, politisch vollkommen im Banne der liberalen Partei sich befanden. Die Bauernmasse selbst hat in ihrer Mitte eine Masse von Elementen, die die Dorfbourgeoisie darstellen, die nicht von der Revolution, der Konfiskation des feudalen Großgrundbesitzes, sondern von der ruhigen kapitalistischen Entwicklung ihr Heil erwarten. Sie haben durch Wucher manchen Bauern um Grund und Boden gebracht, sie hoffen beim Steigen der Getreidepreise ihren Großgrundbesitz zu vergrößern. Sie fürchten die Revolution, weil sie unter der Losung der Konfiskation des Grundbesitzes segelt, der die Norm übersteigt, die ein Bauer mit seiner Familie bebauen kann. So kamen mit den Soldatenvertretern nicht nur kleinbürgerliche, sondern sogar konservative Elemente in die Arbeiter- und Soldatenräte.

Der kleinbürgerliche Charakter des Arbeiter- und Soldatenrates wurde noch durch die Umschichtung in der Arbeiterschaft selbst verstärkt, die sich während des Krieges vollzogen hat. Massen industrieller Arbeiter wurden eingezogen, am stärksten die Jahrgänge, die vor zehn Jahren die Revolution mitdurchgekämpft haben oder unter ihrem Einfluss aufgewachsen sind. Vom Dorfe, aus den halbbäuerlichen Elementen der Stadtkutscher, niederer Dienerschaft rekrutieren sich die Kader der neuen Industrieproletarier. Sie werden verstärkt durch Hunderttausende Frauen, die erst in der Fabrik in die Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse hineingezogen werden. Diese ganze Masse hat weder politische Traditionen noch politische Schulung, sie lebt noch im Banne der Ehrfurcht vor dem Baron, dem Herrn, der allein imstande ist, die Staatskutsche zu leiten.

* * *

Aus dieser uneinheitlichen Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates ergab sich seine Unfähigkeit zu einer einheitlichen proletarischen Politik. Die Voraussetzung dieser bilden: rücksichtsloser Klassenkampf und seine Internationalität. Aber die Bauern stehen nicht im direkten Gegensatz zur industriellen Bourgeoisie: nur indem diese sich als Verteidigerin des Junkertums allmählich demaskiert, sehen sie in ihr den Feind. Und die Internationalität des Kampfes um den Frieden? Insoweit sich die Bauern zu ihrer Verständnis emporschwingen können, so ist es die Idee der Übereinkunft über den Kampf gegen den Krieg. Wie utopisch sie sein mag - nur im Kampfe selbst können die Massen eine internationale Front formen - sie scheint den Bauern die einzige Gewähr dafür zu bilden, dass der Krieg „gerecht“ endet. D. h. der Bauer will dem „anderen“ nichts rauben, aber er will sich durch einen Kontrakt versichern, dass auch ihm nichts genommen wird.

Der Kampf zwischen dem proletarischen und dem kleinbürgerlichen Element füllt die Geschichte des ersten halben Jahres der Sowjets und der Revolution aus. Diese Geschichte sichert die Bolschewikis vor jeder Illusion über die Bedeutung einer eventuellen Übernahme der Gewalt durch die Sowjets. Nehmen die Sowjets die Macht in die Hand, so bedeutet das nur, dass sich die kleinbürgerliche Masse von der Gegensätzlichkeit ihrer und der kapitalistischen Elemente überzeugt hat. Aber es bedeutet nicht, dass sie das Wesen dieses Gegensatzes, die Wege und Mittel seines Austragens, kennt und versteht. Die Entscheidung der kleinbürgerlichen Massen, die Macht in die Hände zu nehmen, wurde durch den Einfluss ihrer quasi-sozialistischen Führer ungeheuer verzögert; derselbe Einfluss wird auch verhindern, dass die Massen schnell die Lehren ihrer Fehler erkennen. Die sozial schwankende Position des Kleinbürgertums wird noch schwankender dank der kleinbürgerlich-sozialistischen Wippeltaktik ihrer Führer.

Das Ergreifen der Macht durch die Sowjets würde vorerst die direkten kapitalistischen Interessen als Bleigewicht der proletarischen Politik aus der Regierung wegräumen, aber keinesfalls die bürgerliche Ideologie, die die Rücksichtnahme auf die Interessen des Bürgertums diktiert. Somit würde die Übernahme der Macht durch die Sowjets zwar den

Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution erleichtern, aber nicht verhindern können, dass jede Etappe dieses Kampfes neue Kämpfe innerhalb der Sowjets, zwischen Proletariat und Kleinbürgertum entfachen würde.

Aus unserm politischen Tagebuch.

16. Oktober.

Was ist der Zimmerwaldismus? Ein Herr d'Arsac, ein ehemaliger belgischer Anarchist, hat das Rätsel gelöst. Die Zimmerwalder Bewegung ist wie der Bolschewismus, eine Erfindung deutschfreundlicher Politiker, eine ernste Gefahr, welche die westlichen Demokratien und die Zivilisation bedroht. Ihr eigentlicher Erfinder ist Herr - Dr. Südekum! In dieser ernsten Zeit ist gewiss etwas Stoff zur Erheiterung notwendig.

Die Leute, welche man die gute Gesellschaft nennt, zeichnen sich oft nur durch die größere Verfeinerung ihrer Laster aus, und vielleicht verhält es sich mit diesen, wie mit den Giften, von denen die feinsten auch die gefährlichsten sind.

Montequien (Persische Briefe)

Feuilleton

„Die Seele Chinas. (Schluss)

Sieghafter Mut.

Ich glaube fest an die Macht und Größe der Hoffnung, jeder Mensch lebt in einer doppelten Welt. Er lebt in einer Welt der realen Wirklichkeit und in einer Idealwelt, in einer gegenwärtigen und in einer kommenden. Die wirkliche und gegenwärtige Welt ist mit den Sinnen zu erfassen, die kommende Welt, die Idealwelt, wird von der Hoffnung umspannt. Auch das Gegenwärtige lag einst schwanger in der Vergangenheit und kam zu Gestalt und Wesen, und was die heutige Zeit ahnend birgt, wird einst mit Macht hervorbrechen, jetzt liegt die Zukunft wie ein Keim in der Gegenwart, die Gegenwart aber steht im Elternverhältnis zur Zukunft, das ist der große Unterschied des Menschen vom Tier, und das erhebt die Kulturmenschheit über das Barbarentum. Aus der Hoffnung erwächst die Tatkraft, und wenn sie zur Vollendung kommt, steht sie als gefahrstrotzende Macht da. ...

So hat jeder heldenhafte Mensch ein leuchtendes Ziel, eine Welt vor sich, die er als seine eigentliche Heimat liebt, in der er weilen möchte. Und wenn seine Hoffnung auch ins Ungemessene und Unbegrenzte geht und sich wie ein Nebelgebilde verliert: der Fuß trägt ihn, den hoffnungsvoll Harrenden, mit jedem Tage seinem Idealbild näher. ...

Und die Ursache seiner Hoffnung liegt teils in der sich um ihn ausbreitenden Sinnenwelt (in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen. Anmerkung des Einsenders), teils in der Idealwelt, nach der er trachtet. Er spart weder Gedankenarbeit noch Schweiß des Antlitzes; er schont weder Hände noch Füße. Warum? Nur um den großen Wechsel zu erleben, wo die jetzige Welt seines Daseins sich in das Gebäude seiner Idealwelt verklärt. Es ist, als ob die Götter zu ihm sprächen: „Wirf dein Leben in die Waagschale, und du wirst ein anderes, höheres Leben gewinnen.“ Und der Preis, um den die Hoffnung sich ihm erfüllt, ist das rücksichtslose Einsetzen des Lebens in eine große Sache. ...

Der sieghafte Mut wird aus warmer Wahrhaftigkeit geboren. Sagt nicht einer unserer Weisen: „Ein Weib mag schwach sein, als Mutter ist sie eine Heldin!“ Warum? Weil sie von dem einen Gedanken der Liebe zu ihrem Kinde erfüllt ist. Wie wunderbar! Ein Weib duckt sich ängstlich wie ein schüchterner Vogel, aber mit ihrem Sohne im Arme überschreitet sie tausend Berge und zehntausend Ströme und spottet der reisenden Tiere, ihre Liebe zum Kinde ist so ganz Feuer und so ganz von Wahrheit und Aufrichtigkeit erfüllt, dass ihr schwacher, hinfalliger Charakter verwandelt wird. ...

Es liegt in der Natur des Menschen, das Leben zu lieben und den Tod zu meiden. Und doch haben Unzählige das Leben um der inneren Gerechtigkeit willen, die in ihrer Brust lebte, fahren lassen. Im Buche der Kriege wird uns von einem erzählt, der auf dem Markte ein Stück Gold raubte. Als er gefangen und, gefragt wurde, warum er das Gold gestohlen habe und sich nicht vor den Umstehenden gescheut habe, antwortete er: „Ich sah nur das Gold und nicht auf die umstehenden Menschen.“ Und so können wir, wenn auch nicht im Sinne des gemeinen Diebstahls, von allen diesen Helden und Heldinnen, die um ihrer Überzeugung oder um ihrer Freiheit willen sterben, dasselbe sagen: „Sie sahen auf das Gold, nicht auf die umstehenden Menschen.“

Eine wunderbare Welt- und Selbstvergessenheit ist über sie gekommen. Was ist das? Ich kenne kein Wort im Chinesischen, das sich mit dem tiefsinnigen Worte Inspiration deckt, Inspiration ist die höchste Entfaltung der Geistesenergie, befruchtet von einer überirdischen Welt. Darum ist auch solch inspirierter Mensch imstande, andere mit höherer Gewalt zu ergreifen und zu ungeheuren Anstrengungen zu begeistern. Er reißt die anderen mit sich fort in Not und Gefahr, wie in einem brennenden Hause ein schwaches Weib zu den größten Kraftanstrengungen fähig ist, wie im wilden Reiterkampfe selbst ein gewöhnliches Steppenross mit seinem Reiter über Mauern und Wälle springt. Es ist wie ein Aufpeitschen aller Kräfte. Schlagt auf das Wasser! Je schärfer der Schlag ist, desto höher springt es auf! Was jene Menschen sonst liebten, lieben sie jetzt nicht, was sie sonst fürchteten, fürchten sie jetzt nicht, worüber sie sonst zürnten, das rührt sie jetzt nicht, was ihnen sonst eine Gefahr däuchte, das wird und als eine Gewalt der Götter kommt über diese Helden ein todstrotzender Siegesmut. ...

Der sieghafte Mut wird aus tiefer Erkenntnis geboren. Im Allgemeinen wird die Furcht aus der Unkenntnis hervorgehen. Wie wagt einer über einen Strom zu schreiten, dessen wirbelnde Wellen dahinschäumen, wie wagt einer über die schneegefüllten Abgründe des Gebirges zu wandern? Das Herz bebt zurück, denn es kennt die Tiefe nicht. Da erstirbt der gefahrtrotzende Mut, Wang-Yang-Ming lehrt das Handeln auf Grund von Erkenntnis als Ziel des Lebens, Kolumbus wagte sich auf Grund seiner Erkenntnis der Gestalt der Erde hinaus aufs Meer. Er wusste, dort winkte ihm eine schöne Welt jenseits der unendlichen Wasserwüste. So springt einer über Abgründe und Bergspalten, wenn er verfolgt wird, und einer misst nicht lange wägend und wägend die Tiefe, wenn er aus einem brennenden Hause herabklettert. Er weiß, der Feind und das Feuer trachten ihm nach dem Leben. Er achtet die geringere Gefahr nicht um der größeren Gefahr willen. Ein Säugling kennt nicht die Wut der Flammen und spielt weiter. Ein Erwachsener aber entfaltet seine Kräfte in der Erkenntnis des Widerstandes. Dem Starken blitzt es in heller Erkenntnis durch den Verstand: „Ich vermag dieses, ich kann jenes!“ und er wagt es. Daher bleiben so viele Sklaven des Aberglaubens, einer verderblichen Sitte, einer schlechten Obrigkeit, weil sie als Sklaven von bänglichen Erwägungen nie loskommen können und nie zu der freudigen Erkenntnis kommen, dass sie zu einem neuen Leben berufen sind.

Jugend und Alter.

Redest du aber von einem greisenhaften Volke, so schaue dir einen alten, müden Greis an. Ein Greis denkt daran, was er alles überstanden hat, ein Jüngling aber schaut mutig in das

Kommende und träumt davon, wenn er sein Ziel erreicht hat, wie es dann mit ihm sein wird. Er tritt mutig auf den Weg, der vor ihm liegt, er trägt die Hoffnung im Herzen, und die Hoffnung beflügelt seinen Schritt und macht seinen Gang leicht. Und alles wird vor ihm neu von Tag zu Tag, während der Greis nur bei dem Alten, Überlebten weilt und seine Gedanken nicht trennen kann von längst versunkenen Sitten und Gewohnheiten. Das Alter kommt aus grämenden Sorgen nicht heraus, die Jugend lebt immer in dem freudigen Gefühl, dass ihr der nächste Augenblick ein unendliches Glück enthüllt. Die Sorgen verwandeln das Herz in Asche, die Freude aber macht Auge und Herz hell. Dort ist Angst, hier ist Tatkraft, hier ist Vorwärtstürmen, dort ist zagendes Weilen.

Die Jugend sieht eine neue Welt vor ihren entzückten Blicken aufsteigen, das Alter denkt an Sterben und die untergehende Sonne; die Jugend blickt in den hellen Morgen und den leuchtenden Tag. Das Alter ist wie ein abgetriebenes Lasttier, die Jugend ist wie ein wieherndes Füllen in der mongolischen Steppe. Das Alter ist wie der Foliant eines alten Lexikons, voller Runen und Sprüche, die Jugend ist wie ein sprudelndes Lustspiel auf der Bühne. Das Alter ist wie der Weidenbaum im Spätherbst, die Jugend wie die knospenschwellenden Bäume im Frühjahr. Das Alter steht wie eine ägyptische Pyramide am Rande der Wüste, die Jugend braust wie der sibirische Eisenbahnzug durch die Tiefen Asiens, das Alter ist wie das Tote Meer, die Jugend ist wie der Fluss, der schäumend aus den Bergen hervorbraust. Nehmt tausend Bilder und zehntausend Vergleiche, so ist Alter, so ist Jugend.

...

Die Jugend Chinas rufe ich auf. Sie sei die Trägerin des jungen neuen Chinas. Das Alte, Vergehende stemmt sich gegen die Jugend, es verfolgt uns mit allen Machtmitteln, aber die Jugend hat die Zukunft, ihr gehört der neue Tag. Die Jugend zieht in das Haus ein, das Alter wird einziehen in die ewigen, stillen Gemächer des Todes. Die Jugend wird einziehen in das alte Haus und wird all den tausendjährigen Schmutz hinauswerfen und das Haus von Grund aus neu einrichten. Ohne Kampf geht das nicht ab. Die Erkenntnis der Jugend muss die Erkenntnis der ganzen Nation werden.

Der Reichtum, die Kraft, die Selbstzucht, die Freiheit der Jugend sei unsere Morgengabe an unser liebes, altes China. Wie singt der Dichter von der glänzenden Morgensonne, die den Pfad des Wanderers erhellt, von dem Strom, der aus dem Gebirge herausbricht, von dem jungen Tiger, der im Tal nach Beute schreit, von dem jungen Adler, der seine Schwingen ausbreitet und im Äther schwebt – mein China, entfalte dich in deiner jungen, sieghaften Jugendkraft!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 43/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 27. Oktober 1917.

Nr. 43

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein lustiges Klopffechten.

Erfolge, Erfolge müssen wir haben, damit unsere Politik von den Arbeitern gerechtfertigt werde. Das ist der Notschrei, der sich immer wieder dem gepressten Herzen unserer Sozialpatrioten entringt. In ihrer Not haben sie schon das Getreide vor der Blüte geschnitten und triumphiert: Welch eine Ernte! Aber dadurch ist ihre Lage noch schlimmer geworden, denn es zeigte sich, dass die Disteln allein gereift waren.

Was ist denn das Ergebnis dreijähriger Politik? Die Steuern tragen den alten reaktionären Stempel. Während man sich in einen Rausch der Begeisterung geredet über das große Werk der Reederliebesgabe, sah man sich in letzter Minute sogar gezwungen, dagegen zu stimmen, nachdem kluge Leute den Marsch geblasen: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, du bist auf dem besten Wege eine kapitale Dummheit zu begehen! Und die Sozialpolitik? Ja, wo ist Sozialpolitik geblieben? Und der Friede? Stockholm hat sich trotz alles Geschreies als taube Nuss erwiesen, und die berühmte Mehrheitserklärung vom 19. Juli ist durch ihre mannigfachen Deutungen zerfetzt. Und welche Hoffnungen wurden auf die Staatsmänner gesetzt, auf Bethmann, Helffrich, Groener, Michaelis! Alles ist dahin. Elegisch konstatiert der „Vorwärts“, dass von der ganzen Neuorientierung nichts übriggeblieben ist, als Versprechungen.

Nun ist auch von einer kapitalistischen Regierung angesichts der ungeheuren Belastung des Staatsetats und angesichts der durch die Kriegsgewinne stark gesteigerten Appetite der Kapitalisten für die Arbeiter nichts Wesentliches zu erwarten, namentlich nicht durch eine Politik, die im Schlepptau der Regierung geht und gehen muss. Das soziale Programm, das Wissel dem Würzburger Parteitag vorgelegt hat, ist nichts weiter als der Wunschzettel, den das Proletarierkind dem Weihnachtsmann vorlegt in der seligen Hoffnung auf ein großes Wunder. Da aber auch der Wunderglauben unter der Last der Enttäuschungen schon ziemlich erstickt ist, so legt man sich jetzt umso kräftiger für Forderungen ins Zeug, die den herrschenden Klassen augenscheinlich nichts kosten werden.

Die Parlamentarisierung der Regierungsgewalt ist der Schlachtruf, mit dem Herr Scheidemann in das Getümmel hinabsteigt. Parlamentarisierung! Allein das Wort schon ist eine glänzende Erfindung des neuesten sozialdemokratischen Kurses, der fleischgewordene

Opportunismus. Parlamentarisierung, durchaus nicht das parlamentarische Regime. Ein paar Konzessionen genügen. So schwindsüchtig das Programm ist, so hat sich doch schon ein Kämpfer gefunden, der mit eingelegerter Lanze darauf losfährt. Herr Heilmann, der mit Lensch und Cunow zusammen am imperialistischen Stricke zieht, hat durch einen Aufsatz in der „Glocke“ über „Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Advokatenwirtschaft“ eine ergötzliche Debatte über den Parlamentarismus hervorgerufen.

Herr Heilmann ist niemals blöde gewesen, er schreckt weder vor Konsequenzen zurück noch vor der klotzigsten Demagogie. So wird denn sein Aufsatz ein wunderlicher Wechselbalg von klugen Bemerkungen, hahnebüchernen Behauptungen und dem reaktionärsten Schlusseffekt. Es ist gar nicht so übel, wenn Heilmann das Wesen des parlamentarischen Systems mehr karikiert als schildert, wo die Minister hin- und herfliegen von dem einen Portefeuille nach dem anderen, wie ein Minister dem andern, eine Partei die andere ablöst, alle ängstlich bemüht, sich zu halten, immer sich aufspielend, als seien sie die allgewaltigsten Herren in ihrem Ressort, während sie doch nur Puppen sind in der Hand der alteingesessenen Bürokraten, die ruhig über jeden Prinzipienwechsel im Kabinett ihren alten Trott in ihrem alten Parteigeschirr weitergehen. Ist es auch verzerrt, so kann das Bild doch manchen begeisterten Anhänger des parlamentarischen Regimes zum Nachdenken bringen.

Aber dann die Gegenseite, das bürokratische Regiment, das ist für Heilmann der Regierungsweisheit letzter Schluss. Zwar salviert er sich zunächst vorsichtig, indem er erklärt: „Die bisherige Regierungsbürokratie, die von oben bis unten fast ausschließlich konservative Domäne war und vom Volke, insbesondere der industriellen Arbeiterklasse, durch eine Weltenweite geschieden wurde, muss ihres Klassencharakters gründlich entkleidet werden.“ Aber dann folgt ein wahrer Lobgesang auf eben diese Regierungsbürokratie aus der konservativen Domäne. „In der deutschen Verwaltung leisten Hunderttausende von Beamten von unten bis oben für geringen Lohn ... ein wackeres Stück ehrlicher und guter Arbeit.“ „Nur eine pflichtbewusste Beamtenregierung bereitet solche Sozialreformen gewissenhaft vor und führt sie, ungestört von der parlamentarischen Ministerstürzerei, planmäßig zur Gesetzeskraft durch.“ „Was die bürokratische Obrigkeitsregierung für die deutsche Sozialreform geleistet hat, ist zehnmal soviel wert, wie das ganze Brimborium des parlamentarischen Regimes, natürlich nicht für das ‚Berliner Tageblatt‘, wohl aber vom Standpunkt proletarischer Klassenpolitik aus.“

Ja, Arbeiter, da schaust du verwundert, was du alles der preußischen Bürokratie verdankst. Freilich, ihrer einseitigen Zusammensetzung gemäß hat sie oftmals die Arbeiter schofelig behandelt. Aber das wird durch das preußische Wahlrecht anders werden. Und beruft der Kaiser erst noch ein paar Gewerkschafter und Genossenschaftler und auch ein paar Parteibürokraten, neben den Dr. Müller noch einen anderen, Kaufmann, einen Legien, einen Ebert, dann ist der Blick ins Himmelreich offen. Bei dem Lobgesang auf die Obrigkeitsregierung konnte es Heilmann nicht bewenden lassen, er fügt hinzu eine Hymne auf den deutschen Parteivorstand, in die der Hohn seinen Refrain hineinmeckert. Hat sich dieser Vorstand der Parteibürokratie nicht auch trefflich bewährt und – in ihm sitzt doch ganz gewiss kein politischer Kopf!

Der Aufsatz Heilmanns hat außer dem „Berliner Tageblatt“ drei Mannen auf den Plan gerufen, Markwald, Kolb und Quessel, die das parlamentarische Regime verteidigen, und was sie zu sagen haben, ist nicht ohne Reiz. Zunächst finden sie, dass sich so ziemlich alles, was Heilmann gegen den parlamentarischen Ministerialismus der Westmächte sagt, auch gegen unseren Obrigkeitsministerialismus vorbringen kann, für richtig. „Was haben denn die Podbielski, Posadowski, Caprivi, Bethmann-Hollweg und zuletzt Michaelis von der Post, der Sozial- und der auswärtigen Politik verstanden, als sie zu Ministern bzw. zu Reichskanzlern ernannt wurden?“ fragt Kolb, und weiter meint er: „Wie in England der Minister des Auswärtigen an den Fäden eines Nikolson tanzt, so tanzten in Deutschland wieder Jahre lang

die Staatssekretäre des Auswärtigen samt dem Reichskanzler an den Fäden eines Holstein. Hat nicht schon Bismarck sich über den unheimlichen Einfluss der Geheimräte beschwert und die Schwierigkeiten, die sie ihm machten?“ Also hier wie dort derselbe Zauber. Und dann die Leistungen des parlamentarischen Systems in Frankreich und England! Ihnen widmet Quessel ein ganzes Kapitel und er kommt zu dem Schluss, dass die korrupte Advokatenregierung in Frankreich in der auswärtigen Politik Kolossales erreicht hat, dass die englische Parteierrschaft eine Mobilisierung des Heeres und der Kriegsproduktion durchsetzte, die alle Erwartungen übertraf und eine ausgezeichnete Finanzpolitik während des Krieges trieb. Sein Schluss ist: „Hält man dagegen die politischen Erfolge der von England zusammengebrachten und geführten Koalition, so wird man gestehen müssen, dass das obrigkeitliche System in der auswärtigen Politik dem parlamentarischen nicht gewachsen war.“

So tobt der Kampf zwischen Obrigkeitsregierung und parlamentarischen Regime. Den Arbeitern braucht man heute nicht auseinanderzusetzen, was es mit der Bureaucratie und ihren Regierungsmethoden auf sich hat. Sie haben das am eigenen Leibe genugsam erfahren. Aber die ganze Verteidigung der parlamentarischen Regierungsweise kann auch nur feststellen, dass sie trefflich gearbeitet hat im kapitalistischen Interesse. Für die Arbeiter ist kein Deut mehr herausgekommen, und wenn sie dabei etwas mehr Ellenbogenfreiheit hatten, so verflog der holde Schein, und das parlamentarische Regime schleppte seine Gefängnis Ketten und seine Kleinkalibrigen her, sobald die Arbeiter die sogenannte Freiheit ausnutzen wollten.

Wie kann es auch anders sein! Die Parlamentsherrschaft ist die Regierungsmethode der Bourgeoisie. Sie kann sich nicht auf einer wirklichen Demokratie aufbauen, sie kann nicht das Mittel sein, mit dem man Arbeiterinteressen dient. Wie eine sozialdemokratische Mehrheit auf dem parlamentarischen Parkett nur bürgerliche Politik treiben kann oder unmöglich ist, so kann man sozialdemokratische Minister ernennen, soviel man will, sie werden stets nur die Gefangenen der Bourgeoisie sein. Die schwedische Probe wird es wiederum erhärten.

Bei uns in Deutschland hat der Kampf um das parlamentarische Regime noch ein gewisses Ansehen, weil das Bürgertum nicht den Mut hat ihn durchzufechten. Erst jetzt haben Zentrum und Fortschrittler das wieder gezeigt, indem sie außer schönen Reden nicht das Mindeste taten, um ihrer Mehrheitspolitik bei der Regierung Anerkennung zu verschaffen. Was heißt das aber mehr, als dass die Bourgeoisie auch bei der jetzigen Regierungsmethode ihre Interessen gesichert weiß, dass für sie die Frage gar nicht mehr existiert, um die sich die Heilmann, Kolb und Quessel streiten: Welche Regierungsmethode sichert der imperialistischen Politik den besten Erfolg? Das nämlich ist des Pudels Kern, wenn auch das proletarische Interesse bei diesen „Proletariern“ noch so viel herhalten muss.

Der Parteitag der Regierungssozialisten.

Der erste Parteitag der alten Sozialdemokratie nach der Spaltung musste eine gewisse Spannung auch außerhalb ihrer Reihen aufkommen lassen. Ein einig Volk von Brüdern sind die Leute, die sich um Scheidemann scharen, durchaus nicht. Da stehen links noch etliche Wackere, die ein dreijähriger Kriegskurs noch nicht gelehrt hat, nach welcher Seite sie zu fallen haben, die früher sehr angenehm im Sumpf saßen und denen jetzt selbst vor der Stellung am Flügel einer Sumpfpartei graust. Das sind die Braun, Hüttmann, Hoch. Von diesen Amphibien hat nun freilich bei uns niemand irgendeinen heißblütigen Vorstoß erwartet. Ihre schalen Kritikversuche, ihre Mitleiderweckenden Einheitsduseleien haben denn auch keine Enttäuschung gebracht. Dagegen konnte man erwarten, dass die angriffsfrohen Imperialisten, die den Frontwechsel vom 4. August nicht nur zu einer bewussten, sondern zu einer offen eingestandenem Tatsache machen wollen, die das hemmungslose Gleiten auf der schiefen Ebene durch einen prinzipiellen neuen Kurs ersetzen wollen, grundsätzliche

Auseinandersetzungen provozieren würden. Aber sie haben sich zurückgehalten. Offenbar sahen sie ihre Zeit noch nicht gekommen, sie erwarten alles von der inneren Logik, der die Augustpolitik nicht aus dem Wege gehen kann, und beruhigen sich dabei, dass sie zunächst das vorzüglichste Werbemittel für ihre Ideen in den drei Zeitschriften der Partei in ihren Händen haben.

So trug die Tagung den Stempel einer grausamen Langenweile, und Herr Stampfer baute nur dem gegebenen Urteil vor, wenn er lebhaft versicherte, dass der Parteitag kein Katholikentag mit Paradereden sei. Nein, zu durchsichtig waren die flammenden Volksreden Herrn Scheidemanns und anderer, in denen der „rücksichtslose Kampf“ gegen Dr. Michaelis proklamiert wird. Man merkt die Absicht und belächelt sie. Das ist ja gerade die einzige Frucht der Tagung: das prinzipielle Bekenntnis zum Kompromiss und zur Regierungspolitik nicht nur als Taktik für die Gegenwart des Krieges, sondern auch die Zukunft des Friedens.

Trotz aller Wortgespinste von Klassenkampf und Sozialismus fand jenes beständig wiederholte Bekenntnis keinen Widerspruch. Die sogenannte Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eingestandenermaßen eine Regierungspartei, die nicht in der Macht der kämpfenden Massen, sondern im Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ihre Stärke und Erfolge sucht. Und wenn jetzt Herr Peus sich mit Stolz einen Regierungssozialisten nennt, so haben wir obendrein den Vorteil, nun auch ungehindert jene Partei mit ihrem legitimen Namen benennen zu dürfen.

Eine nähere Kritik der Tagung erübrigt sich, wenn wir unseren Lesern ohne jede Glosse einige bemerkenswerte Aussprüche aus dem offiziellen Bericht vorlegen.

Große Worte.

Ebert: Wir stehen geschlossen auf dem Satze, dass der Klassenkampfcharakter der Partei gewahrt bleiben muss, dass er die Grundlage unserer Partei sein und bleiben muss.

David: Demut und Bedientenhaftigkeit gehören für uns nicht zum Ideal des deutschen Mannes und zur deutschen Mannesehre. Unser Ideal ist das des Mannes, der sein eigenes Schicksal formt. Gewiss stehen uns noch große Kämpfe bevor, aber auch unsere Macht ist gewaltig gewachsen und wir fühlen in uns die Kraft, ungeheure Aufgaben zu bewältigen.

Stücklen: Wir werden nicht ruhen bis wir die stehenden Heere in demokratische Volksheere umgewandelt haben.

Prinzipientreu.

Hoch: Wir sind und bleiben, wie Ebert gesagt hat, eine Partei des Klassenkampfes, wir sind niemals davon abgewichen, auch nicht am 4. August. Wir lassen uns auch in keiner Weise davon abbringen.

Stampfer: Wir brauchen eine geschmeidige Taktik, volle gradlinige Verfolgung unserer Ziele.

Landsberg: Welchen Grundsatz sollen wir denn aufgeben haben? Etwa den Klassenkampf in einer Zeit, wo die Besitzenden versuchen, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern? Etwa den Gedanken der Demokratie, die heute eine Volksnotwendigkeit geworden ist, oder die Internationalität, nach der heute selbst die Regierung schreit, oder am Ende den Sozialismus? Nein, die Monopolisierung wird in vollstem Umfange kommen. Unsere Grundsätze sind nicht erschüttert, sondern sogar vertieft.

Leinert: Die Spaltung führt zurück auf das Treiben der kleinen Gruppe, welche seit langem die Politik der Partei grundsätzlich bekämpft. Ich erinnere an ihren Protest gegen das Dämpfungsabkommen von 1912, das doch eine große geschichtliche Tat war, weil es die Machtentfaltung der Partei im Kriege erst ermöglichte.

David: Mit der alten Taktik, die überwunden werden muss, habe ich die Katastrophentheorie gemeint. Unser Weg von der Ohnmacht zur Allmacht wird langsam sein. Nur Katastrophentheoretiker konnten die Kriegskredite verweigern. Dann würde der Krieg die große Katastrophe für uns sein. Wir aber haben die russische Taktik abgelehnt und gesagt: „Dieser Staat verdient erhalten zu werden, er ist entwicklungsfähig. Der Hinweis auf die Klassengegensätze führt uns in der Friedenspolitik irre.

Regierungssozialisten.

Peus: Auch wir müssen uns dann wandeln, dass wir Glied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unserer Grundsätze zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungssozialisten nennen, weil wir mitregieren wollen. Wir müssen uns frei machen von jedem Dogmatismus, um die Macht zu erobern und in unserem Sinne zu regieren. (Beifall.)

Scheidemann: Wir werden uns vielleicht manchmal zurücksehnen in die Zeit, wo wir verfolgt und unterdrückt waren, denn damals waren wir von jeder Verantwortung frei und stets lebhaften Beifalls sicher, wenn wir das Spiel der Herren im Ordensschmuck und Ministerfrack schonungslos kritisierten. Unsere Kritik war auch berechtigt, nützlich und fruchtbar, aber Zeit und Verhältnisse haben sich geändert.

In taktischer Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Wir stehen erst am Anfang der ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. Deutschland wird nach dem Kriege ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen, die Mehrheit wird auch die Regierungsstellen und die Verantwortung übernehmen müssen.

Hauschildt: Die Katastrophenpolitik haben wir endgültig abgelehnt und uns zur organischen Arbeit bekannt. Für sie bedürfen wir rücksichtsloser Durchsetzung der preußischen Wahlreform und Beherrschung des Staates durch die Volksvertretung. Gerade die Ära Michaelis hat diese letzte Forderung außerordentlich populär gemacht. Wir dürfen auch vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurückschrecken. Was Winnig gesagt hat, sind eigentlich nur noch Selbstverständlichkeiten. (Siehe unten.)

Pflüger begründet den Antrag, in packender Sprache ein Aktionsprogramm zu veröffentlichen. Die Parteileitung sei sich der großen Aufgaben für die Nachkriegszeit offenbar bewusst. In gleicher Richtung zielt der Stuttgarter Antrag. Wir wollen keine Revision unseres Programms, das sich durchaus bewährt hat.

Blos: Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung mit wenigen politischen Lichtern und mit der marxistischen Scholastik daneben, die alles Nichtbuchstabenmäßige auf den Index gesetzt hat. Wir müssen uns im Programm von der Marx-Scholastik freimachen. Für ein neues Programm sind aber sorgfältigste Vorarbeiten nötig, und dazu soll der Antrag Stuttgart dienen. (Beifall.)

Stolten: Wenn die bürgerlichen Parteien uns Zugeständnisse machen, dann verlangen sie dafür auch, dass wir nachher die Mitverantwortung übernehmen. Wir müssen also aus der Selbstisolierung heraus. Kompromisspolitik oder Demonstrationspolitik, eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, und wir müssen uns für die praktische Politik entscheiden.

Landesverteidigung.

Lensch: Den Widerspruch zwischen Kreditbewilligung und Ablehnung der Militärforderungen in der Friedenszeit hat auch David nicht aus der Welt geschafft. War das nicht – rückblickend gesehen – auch früher schon eine Gefährdung der nationalen Interessen?

Könnten wir doch so ehrlich wie einst Engels sagen, dass die geschichtliche Entwicklung ihm Unrecht gegeben habe. Aber leider sind wir noch zu stark von agitatorischen Bedürfnissen abhängig, um so ehrlich gegen uns selbst zu sein.

Hoch: Wer die Pflicht der Landesverteidigung überhaupt verneint, ist nach meiner Überzeugung kein Sozialdemokrat. (Sehr wahr.) Aber das tut auch niemand, wenigstens die unabhängige Sozialdemokratie nicht. Im Volke herrscht ungeheure Erbitterung auch gegen den Reichstag, der sich das Treiben der Regierung gefallen lässt. Ich weiß ja, dass der Reichstag zur Abwehr entschlossen ist; erfolgt sie aber nicht gründlich, dann müssen wir der Regierung erklären, dass wir nichts mehr mit ihr zu tun haben und ihr die Kredite verweigern. (Vereinzelt Bravo!) Wir können dieser Regierung die Kredite nicht bewilligen, aber Namensänderungen allein tun es nicht – auf die Sache kommt es an.

Emmel: Man bewilligt Kredite jedoch der Regierung, die das Geld ausgibt. Ebert hat im Reichstag der Regierung den schärfsten Kampf angesagt. Wie kann man da der Partei noch zumuten, ihr die Mittel zu bewilligen?

Meerfeld: Wir sagen der Regierung Michaelis, die saft-, kraft- und hilflos umhertreibt, den schärfsten Kampf an, wir überlegen, ob wir dieser Regierung die notwendigen Mittel zur Verteidigung des Landes weiter in die Hand legen können.

Menge: Eine ganze Reihe von Parteigenossen ist mit der Kreditbewilligung nicht einverstanden. Nachdem die Annexionsgelüste der Regierung zum Vorschein kamen, hätte man die Kredite ablehnen müssen. (Lachen und Widerspruch.)

Schmidt: Dass Deutschland gerade in diesem Augenblick stärker bedroht sei als je, erzählt uns David vor jeder Kreditbewilligung. Aber wie wollen Sie dann den französischen Genossen Vorwürfe machen, dass sie die Kriegskredite annehmen, da ihr Land doch stärker bedroht ist. (Zurufe: Wer macht ihnen denn deshalb Vorwürfe?)

Stolten: Brandes will, dass wir die Kreditbewilligung nur noch als Pressionsmittel benutzen, aber die Pressionspolitik muss aufhören, sobald dadurch die Allgemeinheit gefährdet wird. David: Es mag unangenehm sein, bei den nächsten Wahlen gegen einen unabhängigen Kandidaten zu stehen, aber ganz unmöglich wäre es, für einen Kreditverweigerer auftreten zu müssen. (Sehr wahr!)

Keine Revolution.

Winnig: Vor dem Kriege hatten wir unglücklicherweise die Wege einer revolutionären Ideologie beschritten zu einer Zeit, wo nur praktisch, organisatorisch und parlamentarisch gearbeitet werden konnte, denn eine Arbeiterklasse, deren Fortschritt und Aufstieg durch friedliche Arbeit gesichert ist, wird nie gewillt sein, Revolution zu machen. Für die Zukunft stehen wir vor einem Chaos. Wir müssen bereit sein zur parlamentarischen Taktik oder auch dazu, in Sturm und Drang zu stürzen, was zum Falle reif ist.

Wahrheit.

Hüttmann: Aber bedenken Sie doch dabei, dass die Zensur noch immer gegen die Opposition am heftigsten wütet. (Widerspruch.)

Braun: Dabei auch ein paar Worte über die angebliche Gewaltpolitik des Parteivorstandes, weil dieses blöde demagogische Schlagwort auch noch auf manche Parteigenossen großen Eindruck macht. Wir haben niemals den geringsten Versuch gemacht, auf die Redaktionsführung der von der Parteileitung finanziell abhängigen Blätter irgendwie einzuwirken. Wir haben niemals das Recht der freien Meinungsäußerung angetastet, so lange sie sich im Rahmen der Partei hielt.

Keine Politik.

Schulz: Vor allem muss die Jugenderziehung viel mehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein.

Keine Nation.

Scheidemann: Ein Genosse sprach von Elsass-Lothringen in Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber die Elsässer sind keine besondere Nation. Elsass-Lothringen ist deutsches Land.

Absurd.

Hoch: Eroberungen und Vergewaltigungen sind überhaupt nicht mehr möglich. Nach dem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen wird eine Ausbeutungswirtschaft unmöglich. Das ist die Gefahr, vor der die kapitalistischen Kreise zittern.

Lebensretter.

Scheidemann: Nur um die Interessen von Arbeitern, Soldaten und ihren Frauen wahrzunehmen und Opfer des Belagerungszustandes zu retten, sind wir zur Regierung gegangen und eine spätere Zeit wird feststellen, wie vielen wir sogar das Leben retten konnten.

Haase.

Löbe: So hätte z. B. vielleicht am 4. August gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestiert werden sollen. Aber leider hat das Haase für unmöglich erklärt.

Die neue Koalitionsregierung.

(Schluss.)

2. Kerenski und die kleinbürgerliche Demokratie.

Herr Kerenski trat während der ersten Sitzung der demokratischen Konferenz mit einem großen Pomp auf. Aber, wie selbst die „Ruskaja Wolja“ melden muss, „unterscheidet sich der Empfang, den man ihm hier bereitet hat, sehr stark von dem, der ihm in Moskau zuteilwurde. In Moskau wurde er viel heißer empfangen“. Durch seine Rede bewies Kerenski noch einmal, dass ihm die Fähigkeit zur tieferen Erfassung der Lage fehlt.

Dass die Konferenz so kurz nach der Moskauer stattfand, dass innerhalb eines Monats ein vollkommener Umschwung der Situation erfolgen konnte, dass die demokratischen Elemente, die ihm am 4. August alle Vollmachten zur Bildung einer Regierung gegeben haben, jetzt eine Konferenz einberufen, eben damit er nicht auf eigene Faust die Regierung bilde, das alles müsste doch Kerenski nötigen, sich die Frage zu stellen, von wo und wohin der Weg führe. Aber das von Kerenski zu verlangen, bedeutet das Unmögliche zu verlangen.

Zeretelli sagte in der weiteren Debatte, die Höhe, die er erstieg, habe Kerenski den Kopf verwirrt. Er hatte ihn aber niemals besessen. Ein temperamentvoller Agitator, wie er war, wusste er auch jetzt in der Schicksalsstunde der Revolution nicht mehr, als eine rein persönliche Verteidigungsrede zu halten, die nicht einmal vorübergehend seine Gegner zum Schweigen bringen konnte, und die dann von keiner Seite unterstützt wurde. Trotzky konnte konstatieren, dass kein einziger Redner sich der undankbaren Aufgabe der Verteidigung des Kerenskischen Regimes zu unterziehen wagte. Wie könnten sie das? Wie auch die Untersuchung des Korniloffschen Aufstandes auslaufen mag, eins steht schon fest: Kerenski war bereit, die Maßnahmen, deretwegen Korniloff in den Aufstand getreten war, zu verwirklichen; er war bereit, vermittels der Korniloffschen Kavallerie Petrograd niederzuhalten, um die Vorhut der russischen Revolution unter das Kaudinische Joch niederzubeugen.

Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie können über ihn nicht zu Gericht sitzen, denn sie haben ihn in den Julitagen, ebenso wie er, an die bewaffnete Macht gegen die revolutionären Arbeiter Petrograds appelliert, und sie haben später der Todesstrafe gegen die revolutionären Soldaten zugestimmt. Wenn sie aber seine Richter nicht sein können, so hüten sie sich als seine Verteidiger aufzutreten. Das Ansehen Kerenskis in dem Kreise – auch der kleinbürgerlichen Demokratie – ist vollkommen verblasst. Und trotzdem rechnet Kerenski, wie ein Artikel aus seinen Kreisen im „Djen“ vor der Konferenz bewies, damit, dass er bei der Regierung bleiben wird. Und als die Entscheidung der Konferenz gegen die Koalition ausfiel, da begab er sich in das Bureau der Konferenz und hielt, wie Reuter meldet, eine Rede gegen ein rein sozialistisches Ministerium und erklärte, er werde sich zwar dem Beschluss unterwerfen, aller gleichzeitig sein Amt niederlegen.

Was als freudiges Ereignis von einer zum Kampf bereiten demokratischen Mehrheit zur Kenntnis genommen werden musste, das wirkte auf die aus dem Geleise herausgeworfenen kleinbürgerlichen Demokraten erschreckend. Haben sie nicht alle tagelang bewiesen, dass sie unfähig sind, die Staatsleitung auf sich zu nehmen? Und da kommt Kerenski, der noch so etwas wie Selbstvertrauen hat, und erklärt ihnen, er lege das Amt nieder. So musste zu den Anhängern der Koalition mit den Kadetten noch ein Teil der wankenden Elemente sich zurückkonzentrieren und die Minderheit der Koalitionsgegner wurde in seiner bisher unaufgeklärten Weise zu Mehrheit. Darauf wartete nur Kerenski. Während die demokratische Konferenz noch vorbereitet wurde, verhandelte er mit den Vertretern der Moskauer Industriellen und den Kadetten. Ein Protest des Arbeiterdelegiertenrates machte es ihm unmöglich, vor dem Schluss der Konferenz eigenmächtig das Kabinett zu rekonstruieren. Der Umfall der kleinbürgerlichen Demokratie erlaubte ihm die bereit gehaltene Kombination zu verwirklichen. So wurde eine neue Regierung gebildet.

Hart auf hart.

Die neue Regierung bedeutet einen Rückschritt gegenüber den Zeiten, wo der Großindustrielle und Imperialist Gutschkow in ihr saß: Tretjakow und Konowalow sind von demselben Holz geschnitten, obwohl Konowalow formell der Kadettenpartei angehört. Die kleinbürgerlichen Führer, die den Willen der ungeheuern Mehrheit der Arbeiterklasse, der Vorderreihen der kleinbürgerlichen Demokratie mit den Füßen treten, haben jeden Halt verloren. Sie hatten zu wählen zwischen der Koalition mit der Arbeiterklasse und der mit dem Kapital. Und sie wählten die Koalition mit den Lock-out-Helden, mit den Helfershelfern des Staatsstreichlers Korniloff. Das tun sie, nachdem die Arbeiterschaft ihren Willen geäußert hat. Das tun sie angesichts des nahenden vierten Winterfeldzuges, angesichts des nahenden Hungers, der schon begonnenen Bauernunruhen. Sie etablieren ein Regime gegen die Arbeiterklasse, gegen die armen Bauern.

Der Versuch der Verdeckung dieser Sachlage durch die Schaffung eines beratenden Organs, des Vorparlamentes, wird die immer mehr nach links gehenden Arbeiter nicht betrügen. Das Vorparlament kann nur schwatzen, und es wurde nur deshalb geschaffen, um den Zentralausschuss der Sowjets, in dem die Bolschewiki wahrscheinlich ebenso die Mehrheit bekommen würden, wie sie sie in der Leitung der Petrograder und Moskauer Sowjets bekommen haben, die entscheidende Bedeutung zu nehmen. Somit sind alle Ventile der friedlichen Entwicklung der Revolution geschlossen.

„Ihr werdet euch gegenseitig schlachten“, so malte Ninon, der Sozialist-Revolutionär, der Bürgermeister von Moskau, die Perspektive der Weiterentwicklung der Revolution, als die Koalition mit den Kadetten abgelehnt wurde. Die Blinden, sie sehen nicht, wie sie an der Verwirklichung dieser Perspektive schnell arbeiten.

Rückwärts! rückwärts! Don Rodrigo!

Die neue Regierung ist keinesfalls eine Wiederholung der alten. Es gibt überhaupt keine Wiederholungen in der Geschichte. Was vorerst in die Augen fällt, ist die Teilnahme der Vertreter des Großkapitals, der Trotjakow und Konowalow an der Regierung. Konowalow ist der Handels- und Industrieminister der ersten Regierung. Er hat das Amt verlassen, als Skobelew im Monat Mai als Minister der Arbeit im Sowjet erklärt hat, er werde eventuell den ganzen Profit der Kapitalisten konfiszieren. Als Konowalow zum Protest gegen diese Drohungen von seinen Auftraggebern abberufen wurde, erklärte er: „Die Sozialisten sollen zeigen, wie sie sich selbst Rat verschaffen.“ Jetzt kehrt der Vertreter des Großkapitals als Triumphator zurück. Die „Sozialisten“ haben nicht nur keinen Rat gefunden, sondern sie haben dem russischen Volke und der Welt verkündet: Ohne den Kapitalisten werden wir nicht fertig.

So bringt Herr Konowalow gleich seinen Freund Trotjakow mit und diesen Vertreter des Großkapitals ernennt Kerenski im Einvernehmen mit der kleinbürgerlichen Demokratie zum Leiter des ökonomischen Beirates bei der Regierung. Das Ministerium der Finanzen übernimmt Professor Bernacki. Er wird nicht demagogische Anschläge auf die Profite unternehmen. Gott behüte! Bevor er in das Ministerium der Finanzen eintrat, schrieb er dem Moskauer Pulverblatt, der „Ruskofo Slowo“, ohne Erhöhung der indirekten Steuern ginge es in einem an Kapital so armen Lande wie Russland nicht. Von den Vertretern der Kadetten Smirnow, Kartschew und Kitschkin, ist der letzte dadurch bekannt, dass er als Regierungskommissar in Moskau so wirtschaftete, dass der Moskauer Sowjet seine Abberufung fordern musste.

Wer soll als Gegengewicht dieser ausgesprochen kapitalistischen Minister dienen? Der rechte Sozialist-Revolutionär Awksientew, der in das verantwortungsvolle Amt des Ministers der Landwirtschaft, das der in agrarischen Fragen beschlagene Tschernow verließ, nur seine „rhetorischen Pferdekräfte“ hereinbringt, um mit Marx zu sprechen? Oder soll Herr Kerenski als der Vertreter der revolutionären Volksmassen gelten? Das Amt des Inneren befindet sich in den Händen des Menschewiks, Rechtsanwalts Nitzitins, der bisher nur eins gelernt hat: wie man auf den Willen der Arbeitermassen pfeift. Der Revisionist Prokopowitsch, unfähig als Schriftsteller, die Personifizierung der Unfähigkeit als Handelsminister, soll jetzt die Brotkarte des russischen Volkes lösen.

Als Arbeitsminister figuriert aber der Arbeiter Gwodiew, dessen Namen allein schon ein Programm ist: ein bis in die Puppen opportunistisch verseuchter Arbeiter, der noch zur Zeit des seligen Zarismus an die zarische Polizei appellierte, um mit ihrer Hilfe die Arbeiter Petrograds, entgegen dem Willen ihrer Mehrheit, in die Kriegsindustriekomitees zu treiben.

Die starken Persönlichkeiten im Kabinett sind die Vertreter des Kapitals, der Weiterführung des Krieges, die auch die Mehrheit besitzen. Die Schwachen, Schwankenden, das sind die Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie, der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks, von denen kein einziger verantwortlicher Vertreter im Kabinett sitzt. Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im Kabinett. Um das zu verdecken, ernannte die Petrograder Agentur kurzerhand den Kriegsminister Perchowski und den Marineminister Verderewski zu Sozialisten, was sie niemals waren, obwohl sie gewisse demokratische Allüren an den Tag legen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

20. Oktober.

Während der Parteitag zu Würzburg klar und deutlich ausgesprochen hat, dass eine Einigung mit der Opposition nur unter der einen Bedingung, der bedingungslosen Unterwerfung, möglich ist, während gerade diese Tagung für jedermann deutlich den

Abgrund gezeigt hat, der zwischen Regierungssozialisten und Klassenkämpfern gähnt, bringt es der eine Theoretiker der Unabhängigen fertig, noch immer von der Wiedervereinigung nicht nur als eines Wunsches, sondern als einer Notwendigkeit zu reden. In einem seiner Artikel heißt es:

„Trotz der starken Differenzen, die heute die beiden Fraktionen trennen, gehören beide schließlich doch ein und derselben Bewegung an. Diese Zugehörigkeit kann man der Masse der Mitglieder im gegnerischen Lager nicht bestreiten, so sehr man an einzelnen Personen Anstoß nehmen mag. Sie ist auch deshalb nicht außer Betracht zu lassen, weil die Arbeiterschaft Kämpfe zu führen hat, die jenseits des Gebietes der politischen Streitfragen liegen und jederzeit Vertreter beider Richtungen zusammenführen können. Wir haben mit noch anderen Gegnern zu tun als mit anders gesinnten Sozialisten.“

Nicht Klassengegner, sondern zänkische Brüder, so sehen sich Abhängige und U Uns soll es recht sein

Feuilleton

Vor 400 Jahren.

Die lutherische Priesterschaft schickt sich gegenwärtig an, das Jubiläum der deutschen Reformation zu feiern. Die Priesterschaft fast allein, denn das Kriegsgetümmel, das unser Bürgertum in Atem hält, verhindert das große Gepränge öffentlicher Feste, die der 31. Oktober sicher gebracht hätte, wenn er in friedliche Zeiten gefallen wäre. So könnte denn die deutsche Arbeiterklasse an diesem Tage auch vorübergehen. Sie könnte es, wenn nicht die Erinnerung an jene große Zeit ihr auch bei der Orientierung in der Gegenwart einigen Dienst leisten könnte. Freilich wird sie dann nicht in dem Mönchsgezänk und den theologischen Tüfteleien die Quelle der Belehrung suchen dürfen, sondern in den Klassenkämpfen, die damals das Reich durchwühlten und zu deren geistigen Resultaten die Reformation der Papstkirche in die Landes-, resp. Fürstenkirche gehört.

Es war die Zeit, in der das Mittelalter zu Grabe getragen wurde und der Kapitalismus wie Herkules in der Wiege seine ersten Taten vollbrachte. War das Uhrwerk des Mittelalters auch nur träge abgelaufen, so hatte es doch nicht stillgestanden. Die feudale Wirtschaftsweise hatte einen Zersetzungsprozess durchgemacht. Das Gleichgewicht der Klassen, Adel, Kirche, Bauern, Bürger war zerstört. Die Unterdrückungsmaßregeln der Feudalherren gegenüber den leibeigenen Bauern hatten zur Entvölkerung des platten Landes, zum Wachstum der Städte geführt. Ein sich allmählich steigender Wohlstand in den Städten und die Prunksucht der Höfe und des Adels hatten den Handel genährt. Die gesellschaftliche Machtstellung des Handelskapitals, das sich in den Schnittpunkten der Handelsstraßen von Italien her, dem Rhein entlang und nach Norden und den Slawenländern hinüber, festgesetzt hatte, wuchs mit dem sich in seinen Händen konzentriertem Reichtum.

Es nahm den Kampf auf mit dem Adel, der die Straßen unsicher machte, indem es die größeren Fürsten unterstützte, besonders durch die Ausrüstung moderner Heere. Dieses neuere Heerwesen, dem das Rittertum zum Opfer fiel, hatte als Voraussetzung einen hochentwickelten Bergbau, der in der Tat damals schon in seiner Vollendung alles andere Gewerbe weit hinter sich ließ. In ihm konzentrierte sich die erste Industriearbeiterschaft wie der kapitalistische Manufakturbetrieb, der in der Weberei sich stark entwickelte und in einzelnen Zentren Massen zusammenfasste, deren Bedarf wiederum auf die Entwicklung der Landwirtschaft fördernd einwirkte. Die Geldwirtschaft durchdrang immer tiefer den ganzen Wirtschaftskörper und reizte alte ausbeuterische Instinkte an, reizte vor allem den verkommenen Adel zu immer schärferer Anspannung der Erpresserschrauben, die im System der Hörigkeit mit seinen Fronen und dem Rattenkönig von Abgaben zur Verfügung standen.

Die Bauernschaft, geschunden und gebrandschatzt von ihren edlen Herrn und den städtischen Wucherern, versank ins Elend. Das Land entvölkerte sich; die Bauern suchten in den Landsknechtsheeren und den Städten Zuflucht

In den Städten hatten sich die Gewerbe immer enger in ihre Zunftschranken eingezwängt, wodurch die Masse des rechtlosen, armseligen Plebejertums beständig wuchs. Klassenkämpfe von außerordentlicher Heftigkeit tobten innerhalb der Stadtmauern. Das fast unbeschränkte Regiment hatten die Patrizier, die reichen Handelsherrn inne, die es mit wechselndem Glück, aber schließlich Erfolg gegen den Ansturm der Zünfte verteidigen mussten. In den Gewerben lagen Meister und Gesellen miteinander in schwerem Kampfe. Die Gesellenaufstände wurden mit mittelalterlicher Grausamkeit niedergeschlagen und geahndet. Die amorphe Masse des rechtlosen Volkes nahm an all diesen Kämpfen als das ewig unruhige Element teil.

Im Reich suchte die kaiserliche Gewalt den Rest ihrer alten Herrlichkeit zu sichern. Sie lag in ständiger Fehde mit den nach vollkommener Unabhängigkeit nach außen und absoluter Herrschgewalt nach innen strebenden Fürsten. In diesen Gegensatz nahm das Handelskapital Partei, je nachdem es seinen Interessen besser durch eine starke Zentralgewalt, die versprach, aus dem Reiche ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu machen (Fugger), oder innerhalb der engeren Landesgrenzen gewahrt sah. Todfeind der Fürsten war der niedere Adel, der deshalb bereit war, dem Kaiser die Schlachten zu schlagen, wenn dieser nur seine Ungebundenheit nicht antastete. Die Städte wiederum schlugen sich mit den Rittern, aber sie trotzten gegenüber den Fürsten auf ihr reichsunmittelbares Recht, ihre Unabhängigkeit.

Zu diesem wirren Knäuel sich kreuzender Interessen kam die stets wachsende Gegnerschaft gegen das Papsttum. Man darf seinen Blick nicht vor den kulturellen Leistungen der katholischen Kirche verschließen. Als die internationale geistige Macht des Mittelalters hatte sie die Reste der klassischen Kultur nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches herübergerettet. Sie pflegte die Wissenschaften und schönen Künste, wenn sie sie auch wie eine Stiefmutter betraute. Sie stellte den Kaisern und Fürsten die Rechtsgelehrten, Diplomaten und Verwaltungsbeamten. In den Klöstern schuf sie Musterwirtschaften, die die Landwirtschaft mächtig förderten. Sie hatte die Armenpflege in ihrer Hand.

Aber je länger, je mehr bildete sich die Kirche zu einem riesigen Ausbeutungsinstitut heraus. Verschwendung, Pracht und sittenloses Treiben der Kirchenfürsten sog den Wohlstand der ganzen Christenheit auf. Dazu kamen die ständigen Kämpfe zwischen geistlicher und weltlicher Macht, die ungeheure Kosten verursachten. Als es dann in Spanien, Frankreich und England gelang, eine starke Zentralgewalt zu schaffen, die der Kirche das Ausbeutungsgebiet erfolgreich streitig machte, als die Geldquelle in Italien infolge der beständigen Kämpfe der Stadtrepubliken mit und gegen ausländische Heere, mit und gegen das Papsttum versiegte, blieb Deutschland die einzige Domäne für die kirchlichen Ausbeutungsgelüste und dieses Gebiet wurde nunmehr auf das tollste gebrandschatzt. Neben den kirchlichen Zehnten kamen immer neue, schamlosere indirekte Steuern auf. Mit Pfründen und Bischofssitzen, die an den Meistbietenden vergeben wurden, trieb die Kirche einen Schacher, der zum Himmel stank, und der nicht wenig zur Stärkung des großen Handelskapitals beitrug, das ihn zum Teil in den Händen hatte. Dazu kam dann die päpstliche Prellerei mit den Reliquien und dem Ablasshandel, dieser ein Kompagniegeschäft zwischen dem Papst und dem Erzbischof von Mainz, dem ewig geldbedürftigen Albrecht von Hohenzollern.

Auf dem gewaltigen Grundbesitz der Kirche aber wurde die feudale Ausbeutung mit derselben Rücksichts- und Gewissenlosigkeit getrieben, wie auf den Domänen der weltlichen Macht. Die Mönche verkamen daher immer mehr in Faulheit, Genuss und Sittenlosigkeit, und die Pfaffen waren im ganzen Volke tief verhasst, umso mehr als die Buchdruckerkunst der

Kirche das Bildungsmonopol aus der Hand gerissen hatte und der antipäpstlichen Propaganda eine scharfe Waffe lieferte.

Mächtig gefördert wurden wirtschaftlicher und geistiger Fortschritt durch, die großen Entdeckungen der Zeit. Den Anstoß dazu hatte die Verlegung des Landweges nach dem Orient durch die Türken gegeben. Die in Kleinasien angesiedelten Mönche waren vertrieben worden. Aus ihren Sammlungen erneuerte sich die Bekanntschaft mit der klassischen Kunst der Griechen. Die lebensfreudige Kunst der Renaissance verfeinerte Lebensauffassung und Luxus der höheren Klassen. Die Entdeckung Amerikas erweiterte den Gesichtskreis und gab der Naturwissenschaft einen gewaltigen Anstoß. Die reichen Schätze an Edelmetall, die aus den neuentdeckten Ländern nach Europa strömten, dazu die gesteigerte Ausbeutung der heimischen Erzgruben führten eine scharfe Entwertung des Geldes herbei, die wiederum den allgemeinen Zersetzungsprozess der Gesellschaft förderte. Das ganze Reich befand sich so in einer gewaltigen Gärung mit stark revolutionären Strömungen, als Luther auftrat.

(Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der 75 „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 44/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 3. November 1917.

Nr. 44

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Das Programm der Verständigung.

Stockholm ist heute eine Episode, die vollkommen der Vergangenheit angehört. All die Hoffnungen, die sich an den Namen Stockholm klammerten, die in völliger Verkennung der historischen Kräfte und Möglichkeiten täglich die große Erlösung von dort erwarteten, sind zu Schanden geworden, wie wir es vorausgesagt haben. Äußerlich ist die Konferenz gescheitert an der Passverweigerung für die Abgeordneten der Ententesozialisten. Aber keine Regierung hätte ernstlich auf dieser Weigerung beharren können, wenn ebenso ernstlich der Wille gewesen wäre, die Pässe zu erzwingen. Die innere Unmöglichkeit aber, eine Verständigung der Regierungssozialisten aller Lager herbeizuführen, solange die Regierungen selbst zu einer solchen Verständigung nicht bereit waren, stand diesem Willen im Wege, und das Gelüste der Renaudel und Vandervelde, in Stockholm durch Entrüstungsreden über Scheidemann und Kompagnie die eigene Reputation aufzufrischen, genügte nicht für eine ernsthafte Machtprobe. Das heißt, solange die Waffen keine Entscheidung gebracht haben oder innere Nöte nicht zum Nachgeben zwingen, bleiben alle Versuche einer Verständigung der Sozialpatrioten mit dem Ziele einer Verständigung der feindlichen Mächte aussichtslos. Ebenso aussichtslos sind aber auch alle Friedensprogramme, hinter denen keine Macht steht und die sich deshalb nur an den guten Willen der Regierungen wenden.

Das gilt ganz besonders von dem Friedensmanifest, das dieser Tage vom holländisch-skandinavischen Komitee herausgegeben wurde und wie die eingefrorenen Waldhornklänge des Münchhausenschen Postillons an die vergessene Melodie von Stockholm erinnert. Selbstverständlich ist das Programm pazifistisch. Insoweit haben wir nicht nötig, uns mit ihm auseinanderzusetzen, denn wenn das Komitee pathetisch erklärt, die Ersetzung des Systems der Gewalt durch die Herrschaft des Rechts sei zwar gestern noch eine Utopie gewesen, heute eine Notwendigkeit, so verwechselt es eine moralische Forderung mit historischem Zwang der Dinge. Über die Wirksamkeit moralischer Kräfte im kapitalistischen Konkurrenzkampf sind sich unsere Leser aber vollkommen im Reinen. Dagegen sind die praktischen Vorschläge von Interesse, weil sie deutlich zeigen, was bei der Arbeit der patriotischen Friedensdoktoren herauskommt. Wir geben den entscheidenden Teil hier wieder:

1. Allgemeine Bedingungen.

Keine Annexionen, d. h. vollständige Räumung aller besetzten Gebiete in Europa und in den Kolonien; Rückgabe dieser Gebiete an den Staat, dem sie vor dem Kriege gehört haben; vollständige Wiederherstellung der politischen Freiheit, des territorialen Besitzstandes und der Unabhängigkeit, die diese Staaten während des Krieges ganz oder zum Teil eingebüßt haben. Im Interesse eines dauernden Friedens schließt die Anwendung dieses Prinzips die Möglichkeit freundschaftlicher Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, unter Berücksichtigung des Willens der in Frage kommenden Bevölkerungen keineswegs aus.

Keine Kontributionen. Die Anwendung dieses Grundsatzes schließt nicht den Ersatz von Auflagen und Requisitionen aus, die entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention während des Krieges erhoben worden sind.

Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete mittels eines internationalen Fonds, wenn diese Intervention im Interesse schwer geschädigter Staaten für notwendig erachtet wird.

Lösung der internationalen Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten; internationale Reglementierung der nationalen Autonomie, deren Aufrechterhaltung durch einen internationalen Gerichtshof gesichert werden soll; die aus mehreren Nationalitäten zusammengesetzten Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt, die hauptsächlich von einer bestimmten Nationalität bewohnten Gebiete werden als politisch autonome Distrikte dieser Bundesstaaten konstituiert und ihre nationalen Minderheiten genießen dort kulturelle Freiheit.

Rechtssicherungen für die Arbeiter im Sinne der Beschlüsse von Leeds, Stockholm und Bern.

Allgemeine Amnestie für alle durch Kriegsursachen verursachten Verbrechen und Vergehen politischer Natur.

2. Besondere Bedingungen.

Vollständige politische und ökonomische Wiederherstellung Belgiens und kulturelle Autonomie Flanderns und Walloniens. Rückerstattung aller entgegen dem Völkerrecht erhobenen Steuern und Requisitionen.

Lösung der elsass-lothringischen Frage durch eine Volksabstimmung, die innerhalb eines vereinbarten Zeitraumes nach Friedensschluss vorzunehmen ist. Diese Volksabstimmung kann einheitlich oder geteilt sein, d. h. entweder den ganzen Umfang des umstrittenen Gebiets umfassen oder bezirkweise organisiert werden. Zur Urne zugelassen sind die Wähler, die die ständige Bevölkerung bilden, ohne Ausschluss jener, die Elsass-Lothringen während des Krieges verlassen haben und dahin zurückzukehren wünschen. Als Grundlage könnte die Wählerliste der letzten Wahl vor Kriegsausbruch dienen. Für die Freiheit der Abstimmung sind Sicherheiten zu schaffen.

Wiederherstellung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Serbiens, das mit Montenegro vereinigt und mit internationalen Mitteln wieder aufgerichtet werden soll. Serbien soll ebenso wie Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Gebiet und zum Hafen von Saloniki bekommen, die unter die Verwaltung der drei interessierten Staaten gestellt werden. Andererseits soll namentlich den Ansprüchen Bulgariens Genüge getan werden durch die Zuteilung des östlichen Mazedoniens bis zum Wardar, der die Verbindungslinie Serbiens mit dem Meer zu bleiben hat.

Errichtung eines freien und unabhängigen Polens mit Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und Autonomie der jüdischen und anderer Minoritäten.

Die polnischen Bezirke Österreichs und Deutschlands erhalten eine möglichst weitgehende Autonomie.

Territoriale Autonomie der Nationalitäten in Russland im Rahmen der föderativen Republik und Sicherung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereint bleibt.

Lösung der böhmischen Frage im Sinne einer Vereinigung der zusammenhängende Bezirke bewohnenden Tschechen zu einem Bundesstaat Österreich-Ungarns. Die südslawischen Völker Österreich-Ungarns sollen eine vollständige Gleichheit in wirtschaftlicher Beziehung erlangen und in einem einzigen Verwaltungsgebiet geeinigt werden.

Die italienischen Bezirke Österreichs, die nicht an Italien kommen, genießen kulturelle Autonomie.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichheit Irlands im Rahmen Großbritanniens.

Gütliche Lösung der nordschleswigschen Frage durch ein Einvernehmen der beteiligten Staaten auf Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragung der Bevölkerung.

Unabhängigkeit und territoriale Wiederherstellung Türkisch-Armeniens mit Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Internationale Lösung der Judenfrage: Personalautonomie in den Gebieten Russlands, Österreichs, Rumäniens und Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen wohnen; Schutz der Kolonisation in Palästina.

3. Feierliche Erklärungen.

Um den Frieden den Charakter der Dauer zu verleihen, sollen sich die vertragschließenden Parteien bereit erklären, die Gesellschaft der Nationen zu errichten auf Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichts und der allgemeinen Abrüstung, mit Aufhebung jedes Wirtschaftskrieges und der Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik.

Die Verwirklichung des Programms wäre das Produkt eines unentschiedenen Weltkrieges ohne jede Garantie gegen den Wiederausbruch eines neuen, ebenso furchtbaren Ringens. Keine der Bedingungen greift in das Wesen des kapitalistischen Staates ein, durch keine wird der imperialistische Charakter der modernen Wirtschaft angegriffen. Die Forderung der Rückgabe erobeter Kolonien bedeutet im Gegenteil die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik durch den Areopag von Stockholm. Da aber gerade die beiden am schärfsten konkurrierenden Kolonialmächte Deutschland und England aus inneren Gründen nicht dem Streben entsagen können, ihre Kolonien zu einem geschlossenen Kolonialreich zusammenzufassen, was bei England die Gier nach Südpersien, Mesopotamien und Arabien weckt, so würde diese „Lösung“ nur den alten Konfliktstoff konservieren, wie sie auch weder die Unabhängigkeit der Türkei noch die Chinas sicherstellen kann.

Lösung der internationalen Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten, heißt es. Darum wird die Volksabstimmung in Elsass-Lothringen gefordert, ohne dass gesagt wird, wie eine solche Abstimmung sichergestellt werden soll, ohne das Resultat zu beachten, dass die Abstimmung in jedem Falle auf die Stimmung der beiden Länder zueinander nach sich ziehen muss. Aber während hier die Volksentscheidung angerufen wird, während das deutsche Nordmarkenproblem durch gütliche Vereinbarung mit Dänemark gelöst werden soll, wird die „Errichtung eines freien und unabhängigen Polens mit Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung“ gefordert, eines Polens, das nur ein Herzogtum Warschau wäre.

Reine Politik vom grünen Tische aus ist die Lösung der Balkanfrage. Während nämlich im Allgemeinen ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte festgestellt werden kann, ist auf dem Balkankriegsschauplatz Bulgariens Sieg eine unbestreitbare Tatsache. Bulgarien wird sich um die Früchte seines Sieges keinesfalls bringen lassen. Darum ist die vom Komitee vorgeschlagene Lösung vollkommen utopisch, während die Balkanrepublik viel leichter zu erreichen wäre. Ebenso utopisch aber ist die Forderung der Autonomie Irlands. Das irische Problem ist viel weniger ein politisches als ein ökonomisches. England könnte sich sehr wohl auf dem Friedenskongress den Luxus einer schönen Geste gegenüber Irland leisten, ohne dass die Ausbeutung Irlands durch das englische Kapital irgendwie angetastet würde. Und die Forderung wirtschaftlicher Gleichheit Irlands im Rahmen Großbritanniens bleibt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine nichtssagende Phrase.

So ließe sich an jeder einzelnen Forderung die völlige Unfruchtbarkeit des ganzen Programms darlegen, weil es eine reine Gedankenkonstruktion ist, die die treibenden Kräfte in der kapitalistischen Gesellschaft nicht berücksichtigt, sie nicht einmal erkennt, und den Regierungen, den Bevollmächtigten der einzelnen imperialistischen Gruppen die Rolle anmutet, einen dauerhaften Frieden zu stiften, die sie schlechterdings nicht spielen können.

Die Welle der Volkserbitterung in Russland.

Seit einem Monat wälzt sich eine steigende Welle des Volkszornes durch Russland. Sie schäumt in den Arbeiterquartieren, sie verwüstet die Felder und brandet an die Front heran.

Russland geht barfuß herum; aber im Moskauer Rayon stehen die Lederfabriken still. Die kapitalistische Presse schäumt deswegen gegen die Arbeiter. Sie vergisst nur anzugeben, weshalb die Lederarbeiter streiken. Sie streiken, weil die Herren Fabrikanten in der Revolution, die der zarischen Selbstherrschaft ein Ende bereitet hat, die Selbstherrschaft des Kapitals proklamiert haben und über die Anstellung und Kündigung der Arbeiter selbst bestimmen wollen. Das wollten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Nirgends haben sie sich der Entlassung widersetzt, wo sie notwendig war, weil man den Betrieb nicht aufrechterhalten konnte, aber sie wollen nicht zulassen, dass kapitalistische Willkür über das Brot des Proletariats entscheide, dass es ihr erlaubt sei, politisch missliebige Arbeiter auf das Pflaster zu werfen. Aber die Herren im Hause geben nicht nach, und die Regierung der russischen Revolution schreitet nicht ein gegen die übermütigen Kapitalisten. Somit ruht die Arbeit in den Lederfabriken, die Arbeiter hungern, die Armee und die Bevölkerung leiden Mangel an Schuhen. aber die Kapitalisten hoffen dabei noch ein gutes Geschäft zu machen. Sie können ja angesichts des Mangels an Leder die Preise noch mehr erhöhen.

Der Herbst hat schon die langen Abenden gebracht. Petroleum ist in der russischen Kleinstadt und im Dorfe das einzige Beleuchtungsmittel. Ein großer Teil der russischen Eisenbahnen und Fabriken ist auf die Heizung mit Mineralölen eingerichtet. Die Armee bedarf Benzin. Aber die ausländischen und russischen Petroleumherren beginnen jetzt mit den Arbeitern denselben Kampf um das Herr-im-eigenen-Hause-System, wie die Lederfabrikanten. Das Resultat ist Streik in den Petroleumraffinerien von Baku, ein Streik, der sich auf dem vulkanischen Boden des kaukasischen Petroleumdistrikts leicht in eine stürmische Bewegung ausgießen kann.

Seit dem ersten Tage der Revolution gärt es in den Gruben des Donetzgebiets. Die Kapitalisten, die am Kriege Milliarden verdient haben, erklären jede Forderung der Arbeiter als unerfüllbar, die Regierung sendet eine Kommission nach der anderen, kommt jedoch nicht dazu, zusammen mit den Vertretern der Arbeiterschaft Satzungen über die Arbeitsbedingungen auszuarbeiten. Ja, sie greift nicht ein, wenn die Arbeiter mit Beweisen in der Hand zeigen, dass die Kapitalisten unter dem Vorwand des Mangels an Betriebsmitteln und Rohstoffen die Fabriken schließen, obwohl nichts, was für den Betrieb nötig ist, fehlt. So

streiken wieder Hunderttausend Arbeiter im Donetzgebiet, obwohl der Mangel an Kohle direkt katastrophalen Umfang annimmt.

Schon brach der Streik der Eisenbahner aus und wurde mit Mühe und Not im letzten Augenblick abgebrochen. Die bürgerliche Presse, die Organe des Sozialpatriotismus mit eingeschlossen, heult über den Verrat der Eisenbahner. Wie es aber zum Streik kam, das möge man aus dem Bericht des „Dielo Narod“ ersehen, des Zentralorgans der Sozialisten-Revolutionäre: „Sieben Monate schon warten die Eisenbahner geduldig auf die Erfüllung der Versprechungen über die Besserung ihrer Lage, über die Festsetzung eines neuen Lohntarifs. Sieben Monate schon wandert diese Frage von einer Kommission in die andere. Und die Eisenbahner hungern bis zu diesem Tage und warten auf Hilfe. Und ihre Not ist groß. Die Masse der Eisenbahner hat nach so langem Warten endgültig das Vertrauen zu allerhand Kommissionen verloren und dieses Wort allein genügt, um sie in Wallung zu bringen. Mit großer Mühe hielt die Leitung des Eisenbahnerverbandes die Mitglieder von spontanen, systemlosen separaten Aktionen einzelner Linien und Werkstätten zurück. Überall fand das Zentralkomitee die vollkommene Unterstützung der Linienkomitees. Aber die Geduld der Eisenbahner, die jedes Vertrauen zu Mahnungen und Versprechen verloren haben, war zu Ende. Von einer Werkstatt in die andere, von einer Linie auf die andere sprang die Welle der aktiven Entrüstung über.“

Schließlich wurde noch eine Kommission unter Leitung des Gehilfen des Ministers der Arbeit, Gwosdiws, gebildet, die einen Lohntarif ausarbeitete. Welch ungeheuren Luxus sie den Eisenbahnern zuerkannte, ergibt sich daraus, dass die Mindestlöhne für die nichtqualifizierten Arbeiter 140 Rubel, die Höchstlöhne für die bestqualifizierten Arbeiter keine 400 Rubel betragen, was bei der jetzigen Teuerung Hungerlöhne bedeute. Aber selbst diese Resultate der Arbeit der Kommission Gwosdiws wurden von der Regierung nicht akzeptiert, so dass es schließlich zum Streik kam, unter dessen Druck Herr Kerenski sich schließlich daran erinnerte, dass man mit Gewalt alleine nicht herrschen kann.

Noch schlechter ist die Lage im Dorfe. Dem Bauer hat die Revolution nichts gegeben. Sie verspricht ihm Land und Freiheit. Aber mit bloßen Versprechen lässt sich der Bauer schwerlich zufriedenstellen. Da hat ihm seine Erfahrung schon zu viel bittere Lehren hinterlassen. Nun sieht er, wie die reichen Bauern im Einvernehmen mit den Großgrundbesitzern sich an den Höchstpreisen für Getreide bereichern, während er Brot für teures Geld kaufen muss. An vielen Orten verlassen die Junker ihre Besitzungen aus Angst vor den Bauern. Aber wehe dem Habenichtes, der ihren Acker bestellen wollte. Die Soldatenfrauen können den Acker nicht bearbeiten, weil ihnen die Arbeitskraft fehlt, und die Kriegsgefangenen werden in erster Linie den Junkern zur Verfügung gestellt. Bisher zahlten die Junker den Kleinbauern und Landarbeitern, die ihnen aushalfen, in natura, mit Getreide. Seitdem aber der Rubel ununterbrochen im Werte fällt und man angesichts der Mangel an Produkten des Massenverbrauchs nichts kaufen kann, gehen die Junker zum Geldlohn über.

Die Regierung predigt den Bauern ununterbrochen Geduld bis zur konstituierenden Versammlung. Nun, die russischen Bauern haben wohl die Geschichte der französischen Revolution nicht gelesen, sie wissen nicht, dass der, der besitzt, niemals einem parlamentarischen Akt sein Besitz geopfert hat, sie könnten es zwar nicht historisch beweisen, dass die Nichtbesitzenden bisher immer von Parlamenten nur das zugebilligt bekommen, was sie schon selbst erobert haben, aber sie sehen, dass sie wegen jedes Aktes gegen die geheiligten Rechte des junkerlichen Besitzes mit Gefängnisstrafen belegt werden. Da sagen sie sich: Die Herren in der Stadt wollen uns wieder betrügen. Und so geht über halb Russland eine Welle der Bauernpogrome.

In den Gouvernements Tambow, Saratow, Kursk, Rjasanj, in Wolynien, Podolien usw. bemächtigten sich die Bauern des junkerlichen Grundbesitzes, sie plündern das Inventar,

wobei es oft unter den Teilnehmern der Junkerexpropriation selbst zu Kämpfen kommt. Oft wird das Signal zu den Junkerpogromen von Urlaubern gegeben, an einzelnen Stellen sollen kriminelle Elemente sich eingemischt haben, denen es natürlich nur daran liegt, im Trüben zu fischen. Die Regierung mobilisiert überall die Kosaken gegen die Bauern, wobei sie bei ihnen auf den sozialen Gegensatz spekuliert, in dem sie sich als Vertreter des wohlhabenden Bauerntums zu den armen plündernden Bauern befinden.

Die Szenen der „Beruhigung“ der Bauern durch die Kosaken, die sich z. B. im Bezirk Koslow abgespielt haben, erinnern vollkommen an die Strafexpedition des zarischen Regimes im Jahre 1905/06. Die Kosaken haben die Bauern niedergestochen, ihre Frauen vergewaltigt, so dass die Gefahr bestand, dass die Infanterieregimenter, die in der Nähe stationiert waren und von diesen Heldentaten der Schützlinge und Beschützer des Kerenskischen Regimes erfuhren, ihnen eine regelrechte Schlacht liefern könnten.

Kurz und gut: während bisher durchschnittlich 70 Fälle agrarischer Unruhen monatlich vorkamen, sind in der zweiten Hälfte des Monats September nicht weniger als 267 Fälle vorgekommen. Wir brauchen nicht erst zu betonen, dass bei diesen Unruhen eine Unmenge von Gütern vollkommen verwüstet wird, dass die Unruhen nicht imstande sind, irgendwelche planmäßige Einteilung des junkerlichen Bodenbesitzes herbeizuführen. Aber sie sind ein Symptom der unhaltbaren Lage. Die Agrarreform erfordert einen Plan für das ganze Reich. Würde die Provisorische Regierung den Grund und Boden konfisziert haben, würde sie lokale Bezirks- und Gouvernementsausschüsse gebildet haben, die provisorisch unter Leitung der Agronomen den Boden bewirtschaften könnten, bis die konstituierende Versammlung über die Besitzreformen beschließen würde, die Bauernunruhen könnten zum großen Teil verhütet werden. Jetzt wird das Getreide, das den Städten und der Armee fehlt, verbrannt, und Herr Kerenski mit seinem Tross, der Sozialistenrevolutionäre, die die Interessen der Bauern ebenso verraten haben, wie die Menschewiks die Interessen der Arbeiter, leisten sich den Luxus, noch einmal zu beweisen, dass der Grad der Bauernkultur in Russland niedrig ist.

Die Gärung im Proletariat und im Bauerntum fällt zusammen mit der steigenden Unzufriedenheit der Soldatenmassen, die zu Millionen im Hinterlande unnützlich gehalten wird, der vollkommen das Gefühl fehlt, dass sie zu irgendwelchem vernünftigen Zweck fern von der Heimat, von Frau und Kind gehalten wird. Die Soldaten mischen sich in die Hungerdemonstrationen der städtischen Bevölkerung oder gehen selbst auf der Suche nach den zurückgehaltenen Waren. Da die Händler größtenteils Juden sind, kommt es zu Judenpogromen.

Es sind schreckliche Tage, die Russland jetzt erlebt. Vom Westen stürmen die deutschen Heere, und im Lande herrscht volle Desorganisation. Aber wie schrecklich auch die Zuckungen sind, so muss man ein Sykofant der Konterrevolution sein, um nicht zu sehen, dass es ein Abwehrkampf der Volksmassen gegen die Maßnahmen der kleinbürgerlichen Regierung ist, ein Kampf, der vielleicht zur Bildung einer energischen revolutionären Regierung führen wird.

Die russische Revolution und die französische Presse.

Von Henri Guilbeaux. (Genf.)

Als vor sechs Monaten die Kunde von der russischen Revolution nach Frankreich kam – die französische Regierung erlaubte erst 24 Stunden später die Nachricht darüber zu verbreiten – da war die Freude allgemein. Die offiziellen Agenturen stellten die Sache nämlich so dar, als ob die Revolution auf Geheiß der „Verbündeten“ gemacht würde und Sir Buchanau, der englische Gesandte, habe sie zusammen mit Herr Miljukow inszeniert. Die zarische

Regierung, so erzählte man sich, war im Begriff, die Verbündeten zu verraten und mit den Deutschen einen Separatfrieden zu schließen, aber die tapferen Kadetten hielten Wacht, die Verschwörung wurde entdeckt und sie nötigten den Zaren abzudanken.

Das war die Quelle der Freude aller französischen Journalisten. Gustav Herve, dieser König der Hanswürste und Clowns der dritten Republik, besang in lyrischen Ergüssen die russische Revolution: „Was für ein Schlag für den Kaiser und seine Junker, was für ein Nachahmungsbeispiel für das deutsche Volk. Was ist Verdun, was ist Yser, was sogar die Schlacht an der Marne, der unvergessliche Sieg, im Vergleich mit diesem moralischen Siege, den jetzt eben die Entente in Petrograd feiert, in Vergleich mit diesem, seit der französischen Revolution größten historischen Ereignis der Weltgeschichte“. „Le Temps“, das repräsentativste Organ der französischen Imperialisten und das doch so lange und so innig dem Zaren zugetan war, schrieb mehr objektiv, aber nicht weniger siegesbewusst über die Ereignisse; die Namen Lwoff, Miljukow, Gutschkow, Schingareff wurden begrüßt und bejubelt. Einige Zeitungen haben nicht den Mut gehabt, den Zaren vom ersten Tag an zu verlassen, sie hofften in den Tiefen ihrer Herzen, dass die russische Revolution sich als eine Totgeburt entpuppen würde und dass Nikolaus Romanow wieder in Ehren an der Spitze der Monarchie stehen wird.

„Der Zar hat abgedankt: heil ihm! ... heil dem Monarchen, der, als er die heilige Erbschaft aus den Händen Alexander des Dritten übernahm, aus der Allianz mit Frankreich die Achse seiner äußeren Politik machte“. So schrieb „Gaulois“ und brachte den Besuch des Zaren in Paris, die Feste von Betheny und Compiègne in Erinnerung. „Figaro“ versuchte sich in demselben Ton und Art: „Wir müssen sagen, die Ereignisse selbst waren weniger pathetisch als der Ausdruck, den sie gefunden haben. Ein Monarch, der auf seine absolute Gewalt und seinen Thron verzichtet, um nur sein Vaterland nicht zu entzweien und ihm zum Siege zu verhelfen, der das alles tut mit so einer Selbstverleugnung und Güte, beherrscht seine Untertanen und sogar in seinem Unglück bleibt er der Herr ihrer Seelen“.

Aber kurz war die Freude. Nachdem man einige Wochen gelogen hatte, musste die französische Presse einen Teil der Wahrheit später doch sagen. „Le Temps“ gab ohne weiteres zu, dass die Revolution ein Werk der russischen Sozialisten war und dass das russische Volk sich erlaubt, nach Brot und Frieden zu schreien. Von diesem Moment an ändert man den Ton und man fängt an, die Sowjets scharf anzugreifen. Als der Sowjet sein Manifest über den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen veröffentlichte, hatte die Wut der bürgerlichen Presse keine Grenzen. „Der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen wurde zur Parole einer Bewegung, die mit Russland angefangen und sich den Weg über die ganze Welt sucht, um die schwachen demokratischen Stellen in Frankreich und England, in Italien und Amerika zu erreichen. Es ist wahrhaftig nicht nötig, sich die Sache näher anzusehen, um den Mechanismus und den Mechaniker zu erkennen.“

Die Wut stieg, als die russischen Revolutionäre die Konferenz in Stockholm zu organisieren versuchten, und sie wurde zur Tollwut, als die französische Presse den wachsenden Einfluss der Bolschewiks sah. „Russland wird patriotisch, oder es ist des Todes“, deklamierte „Figaro“. Was Herve anbelangt, der dagegen protestierte, dass man den Zaren verhaftete, so verlangte er, man solle den Arbeitern in Petrograd das Genick brechen: „Unsere Freunde, die Sozialpatrioten, müssen zum Kampfe gegen die Leninisten eine tatkräftige Minderheit bilden, eine revolutionäre Garde schaffen, die die konstituierende Versammlung überwachen soll und inzwischen die Provisorische Regierung schützt. Es ist unangenehm, zu diesen chirurgischen Mitteln in Bezug auf frühere Kampfesgenossen zu greifen, die mehr aus Dummheit als aus Bosheit sündigen.“

Aber unsere Journalisten begnügten sich mit der Zeit nicht mit den Klagen, sie arbeiteten einen Plan einer Verleumdungskampagne aus. Besonders zeichnete sich der Abgeordnete

Joseph Reinach aus. Man muss es ihm lassen, er ist wirklich wie geschaffen für ein solches Werk. Unter dem Pseudonym Polyb kommentierte er jeden Tag die militärischen Ereignisse. Während dieser täglichen, gefährlichen Arbeit entwarf er den Plan der Offensive gegen die russischen Revolutionäre. Besonders Lenin gefällt ihm nicht. „Ist Lenin ein ehrlicher Mann? Wer weiß es? Und wenn er es auch wäre, so wäre das Verbrechen dieses steinreichen Demagogen, der eine glänzende Kutsche fährt, noch abstoßender als das Verbrechen dieser zwei Schurken (es handelte sich um zwei russische Unteroffiziere, die irgendwelche militärische Geheimnisse verraten haben). Sie haben nur einen Aufklärungsversuch der Avantgarde zum Scheitern gebracht. Er aber hat sich vorgenommen, das russische Vaterland nach so vielen Opfern in einem Ozean von Schmutz zu ertrinken“. Und in dem nächsten Artikel schreibt Reinach: „Und der deutsche Agent Lenin, der Mann, der vom ersten Tag des Krieges sich „Anhänger der Niederlage“ nannte, dieser blasse Zar der Kanaille, in Manschetten mit Brillantenknöpfen, im Palais einer Tänzerin sich wälzend, redigiert von dort aus ein Organ des Verrates und terrorisiert die Überreste der Regierungsgewalt.“

Man kann sich die Freude des bürgerlichen Federviehs vorstellen, als die Nachricht über die Ereignisse des 16.–17. Juli, die blutigen Repressalien des Diktators Kerenski, die Verhaftungen unserer Kameraden der Bolschewiki, nach Frankreich kam. Wochenlang klang ihr grenzenloser Jubel und die Verherrlichung des momentanen Sieges der Konterrevolution. Längere Zeit sprachen sie überhaupt kein Wort über die wachsende Kraft der Bolschewiks. Als aber ein Teil der Genossen aus den Gefängnissen entlassen wurde und die Bolschewiks den Sieg in den Petrograder und Moskauer Sowjets errungen haben, da stieg die neue Welle der Beschimpfungen und Verleumdungen. An der Spitze ging der frühere Rebell und Antimilitarist Gustav Herve. „Ah, Lenin, Gorki und das ganze Geschmeiß der Verräter, der Doktrinäre, der Fanatiker, der Ignoranten, die diese Partei der Maximalisten und Pazifisten Russlands bilden, sie haben gut gearbeitet! Sie erreichten es, dass in kürzester Zeit die ruhmreiche russische Armee in eine Herde verwandelt wurde! Eine saubere Arbeit! Die Gesamtheit der Sowjets kann sich selbst gratulieren, besonders die Dummköpfe mit der sozialistischen Etikette, die Minderheitler wie die Mehrheitler, die in brüderliche Umarmung eben vor drei Tagen gegen die Todesstrafe für die Feiglinge, die Deserteure und die Verräter, protestierten.“ Und unser Nationalclown verlangt von seinen Freunden Kerenski und Burzew das Verbot von jeder Zeitung, die vom Klassenkampf und Frieden spricht, Standgerichte für die Streikenden und für alle Bolschewiks. Auch die Wiedereinführung des Galgens und der Knute ist ihm zum Leben absolut nötig.

Als Korniloff sein Attentat wagte, wurde er begrüßt und mit Vorschusslorbeeren bedacht, so dass man annehmen muss, dass die kapitalistische Presse nicht nur überzeugt war, dass der Generalissimus siegen wird, aber auch, dass die „guten“ Alliierten, die doch für Recht und Gerechtigkeit ... gegen die russische Revolution kämpfen, an der Anzettelung der Verschwörung fleißig mitgearbeitet haben. Die Presse konnte kaum ihre Enttäuschung und Trauer verhehlen, als die Verschwörung misslang. Und Gustav Herve weinte: „Den Chirurgen fehlt es an nötigen Instrumenten: die Operation aber, die er ausführen wollte, war nicht desto weniger die Einzige, die Russland und die Revolution retten konnte.“ Das ist das Verhältnis der Republik der französischen Plutokratie zur Revolution des russischen Proletariats und Bauerntums, wie es sich in der Presse abspiegelt.

Der Charakter der russischen Revolution von 1905.

(Schluss aus Nr. 41.)

Als am 26. Mai das ganze arbeitende Wien sich auf den Ruf der Studenten wie ein Mann erhob, um gegen die Entwaffnung der „akademischen Legion“ in die Schranke zu treten; als die Einwohnerschaft die Macht über die Stadt tatsächlich in ihre Hände bekam; als die auf der Flucht befindliche Monarchie jede Bedeutung verlor; als unter dem Drucke des Volkes die letzten Truppen aus der Stadt zurückgezogen wurden; als die Staatsgewalt Österreichs sich so als erbloses Gut erwies, – da war keine einzige politische Macht da, die das Staatssteuer hätte an sich bringen können.

Die liberale Bourgeoisie weigerte sich mit vollem Bewusstsein, sich einer Gewalt zu bedienen, die auf so räuberische Weise errungen worden war. Ihr einziger Traum war, dass der Kaiser, der sich nach Tirol gewandt hatte, in die verwaiste Residenz zurückkehren möge. Die Arbeiter hatten genug Mannhaftigkeit besessen, um die Reaktion zu zerschmettern; sie waren jedoch nicht organisiert und klassenbewusst genug, um deren Platz einzunehmen. Unfähig, selbst das Staatssteuer zu erfassen, war das Proletariat auch außerstande, zu dieser historischen Tat die bürgerliche Demokratie zu bewegen, die, wie das so oft mit ihr der Fall ist, sich im entscheidenden Moment gedrückt hatte. Im Ganzen ergab sich eine Situation, die ein Zeitgenosse sehr treffend mit folgenden Worten charakterisierte: „In Wien hatte tatsächlich die Republik etabliert, – leider aber wurde niemand dessen gewahr.“

In der Revolution, deren Anfang die Geschichte in das Jahr 1905 setzen wird, trat das Proletariat zum ersten Male unter eigenem Banner und im Namen eigener Ziele auf. Und zu gleicher Zeit steht es außer jedem Zweifel, dass keine einzige von den alten Revolutionen eine so große Menge von Volksenergie verschlungen und so geringe positive Ergebnisse gezeitigt hat wie die russische Revolution bis auf den heutigen Tag. Wir haben hier durchaus nicht die Absicht zu prophezeien, wie sich die Dinge im Laufe der nächsten Wochen oder Monate gestalten werden. Eins aber ist für uns klar: auch in Russland kann der Sieg jetzt nur auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes erreicht werden. Von diesem Klassenkampf gibt es kein Zurück zu der revolutionären Einheit der bürgerlichen Nation.

Die „Resultatlosigkeit“ der russischen Revolution ist nichts anderes als der vorübergehende Ausfluss ihres tiefen sozialen Gehalts. In dieser „bürgerlichen“ Revolution ohne revolutionäres Bürgertum wird das Proletariat durch den inneren Gang der Dinge zu der Führerschaft über die Bauernschaft und zu dem Kampfe um die Staatsgewalt getrieben. An dem politischen Stumpfsinn des Muschik, der bei sich auf dem Dorfe dem Baron den roten Hahn aufs Dach setzt, um sich seines Landes zu bemächtigen, daneben aber, wenn er im Waffenrock steckt, die Arbeiter füsiliert, zerschellte die erste Welle der russischen Revolution. Sämtliche Begebenheiten dieser letzteren lassen sich als eine Reihe der schonungslosesten Lehren betrachten, durch die die Geschichte dem Bauer das Bewusstsein einbläut von dem Bande, das zwischen seinen lokalen Landbedürfnissen und dem Problem der Staatsgewalt besteht. In der langwierigen und harten Schule der rauen Zusammenstöße und schweren Niederlagen werden die Voraussetzungen für den Sieg der Revolution ausgearbeitet.

„Bürgerliche Revolution“, schrieb Marx im Jahre 1862, „stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefasst, die Ektase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht und ein langer Katzenjammer erfasst die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse

Hic Rhodus, hic salta!
Hier ist Rhodus, hier springe!

(„Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.“)

Aus unserm politischen Tagebuch.

Die Bolschewikische Welle. Das „Djelo Naroda“, das Zentralorgan der ministeriellen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, schreibt über das Wachstum des bolschewikischen Einflusses:

„All die Unterdrückung, Verleumdung, blödsinnige Anklagen wegen Verrats, Anklagen, die man dann fallen lassen musste, die ganze Hetze, das alles hat die Bolschewikis mit dem Nimbus des Märtyrertums in den Augen der breiten Arbeitermassen umgeben. Alles das hat den Bolschewikis im arbeitenden Volke keinen schlechten, sondern einen guten Ruf erzeugt und für alles das zahlen jetzt wir – die Sozialisten-Revolutionäre. Der Bolschewismus ist stärker geworden. Das unterliegt keinem Zweifel. Das geschieht nicht so, wie es die bürgerliche Presse darzustellen sucht. Seine Erstarkung geht keinesfalls vor sich auf diese Weise, als ob es ihm gelingen sollte, die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiks sich zu unterwerfen, alle revolutionären Elemente aufzusaugen. Der Bolschewismus erstarkt auf Kosten der sich um die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks gruppierenden Volksmassen. Die Tatsache unterliegt keinem Zweifel. Das Petrograder Proletariat steht jetzt voll und ganz (poczi splosch) hinter den Bolschewikis. Die Wahlen in Petrograd haben das gezeigt. Zirka 200 000 Stimmen, das ist kein Spiel, das spricht eine überzeugende Sprache. Und jetzt die Provinz. Eben die letzten Tage bringen die Nachrichten über die Wahlsiege der Bolschewikis in Reval, Zarizin, Oriechow-Zujew, Iwanow-Wosniesienski, Twer und anderen Städten. Die Siege kann man nicht anders nennen als glänzend, da die Bolschewikis hier ein paar Mal über die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks zusammengenommen gesiegt haben. Aber das sind Siege in Arbeiterkreisen. Nun auch die Wahlen zum Moskauer Kreissestwo, Semstwowahlen in verschiedenen Kreisen des Gouvernements Perm gaben den Bolschewikis unerwartete Siege; Siege, denn wenn die Bolschewikis, die bisher unter den Bauern keine Anhänger hatten, ein Drittel der Mandate erobern, so kann man das nicht anders als Sieg nennen. ...

In den Arbeiterkreisen spricht man schon lange direkt und offen von der Diktatur, als einer entschiedenen Sache. Man spricht von dem Kampf um den Frieden, der dank den Bemühungen Terestschenkos eine Phrase, ein stinkender Leichnam wurde. Dort spricht man von der Todesstrafe. ... Dort spricht man von den empörenden Ernennungen der letzten Zeit, von Alexiejew (der zarische General, der nach der Schilderhebung Korniloffs von Kerenski zum Oberbefehlshaber ernannt wurde, obwohl er früher auf Forderung des Sowjets demissionieren musste. Redaktion.) Palezynski (Palczynski, der auf die Forderung des Sowjet wegen seiner arbeiterfeindlichen Tätigkeit aus dem Handelsministerium ausscheiden musste, wurde von Kerenski zum Gouverneur von Petrograd ernannt), Sawinko, Korniloff, dort spricht man von vielen, worauf uns unser Gewissen nicht erlaubt, irgendetwas zu antworten.“

So das „Djelo Naroda“ in einem Artikel gegen die Bolschewikis.

Lenin und Kaledin. Der Petrograder Sowjet überwies seine Vertretung auf der demokratischen Konferenz unter anderen unseren Genossen Lenin und Sinowief, welche der Organisation der Juliunruhen nicht nur auf Geheiß der deutschen Regierung, sondern sogar in ihrem Solde, angeklagt sind. Der Sowjet versetzte damit den schurkischen Verleumdern eine schallende Ohrfeige, Herr Kerenski, der ausgezeichnet weiß, dass die Anklage seiner Justizbeamten gewöhnliche Verleumdungen sind, dass zu ihrer Unterstützung das Justizministerium keine einzige Tatsache besitzt – es lässt jetzt sogar die Prokuristin Sumenson

unter Kaution frei, die den ganzen Geldverkehr mit Deutschland geregelt haben soll¹⁵ – steckte die Ohrfeige nicht ruhig ein, sondern gab die Ordre, Lenin und Sinowiew zu verhaften, falls sie sich in Petrograd zeigen sollten. Gleichzeitig läuft der Kosakengeneral Kaledin, gegen den ein Haftbefehl wegen Teilnahme an der Korniloffschen Erhebung erlassen wurde, nicht nur frei herum, sondern er verhandelt mit Herrn Kerenski.

Die Bolschewiki taten Herrn Kerenski keinen Gefallen, sie gaben ihm nicht die Möglichkeit, Lenin und Sinowiew zu verhaften. Aber die Arbeiter werden es Herrn Kerenski noch heimzahlen, dass er nicht in der Stunde der Gefahr, der Verwirrung, wie man anfangs annehmen konnte, sondern kühl, berechnend die Ehre der besten Männer des Proletariats besudelt. Als Eugen Richter, der Führer der deutschen Liberalen, schon sterbend in einem Artikel alte Führer der deutschen Arbeiterklasse besudelte, überschrieb Franz Mehring, der Historiker der Deutschen Sozialdemokratie, die Antwort öffentlich an ihn: Ein Strolch noch im Sterben. Herr Kerenski kokettierte mit dem Tode, wie er jetzt mit seiner Scheidung kokettiert. Er liegt nicht im Sterben. Wir können deshalb die Mehringsche Überschrift nicht wählen.

23. Oktober.

In der „Glocke“ sucht ein Dr. Schwandt die Neuorientierung der pseudosozialdemokratischen Partei weiterzutreiben. Er stürmt gegen den Programmsatz an, wonach die Religion Privatsache sein soll, und wünscht, dass die Arbeiter zur Religion zurückgeführt werden sollen. Das ist bezeichnend.

30. Oktober.

Prompt regen sich die Sozialpatrioten zu dem Friedensmanifest des holländisch-skandinavischen Komitees. Die Bulgaren machen den Anfang mit folgendem feierlichem Protest gegen die Absage an ihre Eroberungsabsichten:

Die Ausführungen des Manifestes des Holländisch-Skandinavischen Komitees über Mazedonien haben uns überrascht und mit tiefer Bestürzung erfüllt. Es verweigert Bulgarien die ältesten und wesentlich bulgarischen Gebiete Mazedoniens, ebendieselben auf deren Boden sich die Kämpfe für die Wiedergeburt Bulgariens abgespielt haben und die der Schauplatz so vieler blutiger Erhebungen in der Vergangenheit waren. Das neutrale Holländisch-skandinavische Komitee ermutigt ohne jeden Nutzen und praktischen Zweck für Serbien dessen verderbliches Verlangen nach dem bulgarischen Mazedonien, wie es seit 60 Jahren die schlimmsten Feinde der Balkanvölker getan haben. Die Masse des bulgarischen und serbischen Volkes auf dem Balkan hat dies schon um den Preis des grausamen Unglücks in diesem Kriege begriffen, und alles, was demokratisch denkt auf dem Balkan, hofft, dass die sozialistische Internationale, erleuchtet durch die Erfahrungen der Vergangenheit, verstehen wird, wieviel Unheil in einer solchen durch künstliche Mittel unterhaltenen Richtung verborgen ist, und dass sie, anstatt lebendige nationale Organismen zu zerstückeln, die Balkanvölker zu einer vernünftigen Annäherung ihrer Politik innerhalb der Grenzen ihrer berechtigten nationalen Ansprüche zu bringen imstande sein wird.

gez. Janko Sakyzoff.

31. Oktober.

¹⁵ * Wohl gemerkt: die Schergen des Herrn Kerenski geben diese arme unschuldige Frau frei, nachdem sie ihr die Gesundheit geraubt haben. Die „Rjetsch“ meldet nämlich, dass Frau Sumenson freigelassen wurde, weil ihr Leben bedroht ist. Würde der geringste Beweis bestehen, dass Frau Sumenson deutsches Geld den Bolschewiks geliefert hätte, dann könnte doch das Justizministerium auf ihre Gesundheit keine Rücksicht nehmen. Die Dreyfusiards fürchten das Leben einer unschuldigen bürgerlichen Frau auf sich zu nehmen: sie lassen sie frei, aber damit beweisen sie ihre eigene Schuld.

Im „Vorwärts“ lesen wir:

Die Werterhöhung der an der Wiener Börse gehandelten Aktien seit Kriegsausbruch bis zum 20. September d. J. beträgt insgesamt zirka 5600 Millionen Kronen. Die größten Steigerungen erfolgten bei den Aktien der Petroleumindustriegesellschaften mit durchschnittlich 361 Prozent und bei den Aktien der Seeschiffahrtsgesellschaften mit durchschnittlich 330 Prozent des Kurswertes vom 25. Juli 1914. Seit dem Stichtage der Berechnungen (20. September) sind die Kurse aller Papiere weiter in die Höhe gesetzt worden. Bis jetzt beliefen sich die Kapitalvermehrungen der Banken auf 266 Millionen Kronen Nom. im Emissionswerte von 451,4 Millionen und jene der Industrie- und Schiffahrtsgesellschaften auf 44 Millionen Kronen Nom. im Emissionswerte von 203,50 Millionen Kronen.

Von besonderem Interesse ist dabei die Kurssteigerung der Schifffahrtsaktien. Sie zeigt deutlich, wie „notwendig“ es war, dass die Regierungssozialisten grundsätzlich der Milliarden-Liebesgabe an die Reeder zustimmten.

Wir hassen jede halbe Lust,
Hassen alles sanfte Klimpern,
Sind uns keiner Schuld bewusst,
Warum sollten wir denn zimpern?
Seufzend niederblickt der Wicht,
Doch der Brave hebt zum Licht
Seine reinen Wimpern.

Immerman

Feuilleton

Vor 400 Jahren. (Schluss.)

In dieser gewählten Gesellschaft mussten natürlich alle „destruktiven Tendenzen“ einen guten Boden finden. Da nun die Kirche vollkommen das geistige Leben beherrschte, da alle gesellschaftlichen Anschauungen allein in religiösen Formen lebten und die Kirche als die Vormacht der Reaktion erschien, so musste jede revolutionäre oder reformatorische Strömung als Ketzerei gegen die Glaubenssätze der katholischen Kirche auftreten. Die lutherische Reformationsbewegung war weder die erste noch die entschiedenste. Vielmehr traten solche Ketzerbewegungen lange vor Luther überall dort auf, wo der Bau der feudalen Gesellschaftsordnung Risse bekam. Neben der lutherischen setzt sich in der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden die calvinische Reformation durch, die entsprechend der größeren Macht des Bürgertums viel entschiedener und demokratischer war. In Deutschland selbst sollte Luther scharf gekennzeichnet werden durch seinen Gegensatz zu Thomas Münzer, dem Führer des Thüringer Bauernaufstandes.

Münzer war ein Apostel der kommunistischen Bestrebungen, die sich auf den Kommunismus des Urchristentums stützten, in Wirklichkeit aber hier an der Schwelle des Kapitalismus schon der Ausdruck des Klassenstrebens des städtischen Proletariats waren. Als Prediger in Zwickau hatte er sie kennen gelernt die Auffassungen, die von verschiedenen Sekten getragen, über ganz Deutschland verbreitet waren und in den wandernden Gesellen und Predigern ihre Agitatoren und in fast allen Städten bis tief in die ländlichen Bezirke hinein ihre allen Verfolgungen trotzen Bekenner hatten.

Münzer übernahm die radikalsten Anschauungen dieser Sekten. Er huldigte einen durch Mystik verbrämten Pateismus, ließ ganz im Gegensatz zu dem buchstabengläubigen Luther nicht die Bibel als einzige Quelle der Offenbarung Gottes gelten, sondern die Vernunft, und schob die Bibel glatt beiseite, wo sie der Vernunft widersprach. Er räucherte gründlich alles Pfaffentum aus dem Gottesdienst. Gleichermaßen Gotteskinder waren ihm die Menschen an politischen Rechten gleich; die Klassenunterschiede sollte ein allgemeiner Kommunismus beseitigen. Klar erkannte er, dass sich die städtischen Proletarier und die Bauern nur durch eigene Kraft ihrer Unterdrücker erwehren könnten, und mit ungewöhnlicher Tatkraft organisierte er den Aufstand, wobei er den Lokalismus des Pfahlbürgers, der sich den Teufel um seinen Nachbarn kümmerte, wenn er sein Ziel erreicht sah, allerdings vergeblich zu überwinden suchte. Unter der Folter hat er das Ziel der Bewegung bekannt: „Ist ihr Artikel gewest und habens auf die Wege richten wollen: omnia sunt communia (alles ist gemeinsam) und sollte einem jeden nach seiner Notdurft geteilt werden, nach Gelegenheit. Welcher Fürst, Graf oder Herr das nicht hätte tun wollen, dazu ernstlich erinnert, denen sollte man die Köpfe abschlagen oder hängen.“

Münzersche Bewegung ging zu Grunde äußerlich wegen des erwähnten Lokalismus, der zum Verhängnis des ganzen Bauernkrieges wurde, und durch den verräterischen Bruch des Waffenstillstandes durch die Fürsten, der es diesen ermöglichte, das ganze Bauernheer bei Frankenhausen abzuschlachten. Die tiefere Ursache des Zusammenbruchs war die innere Schwäche der Bewegung; das Proletariat in den Städten hatte noch nicht die wirtschaftliche Bedeutung einer ausschlaggebenden Klasse, das Bauerntum war gerade im Begriff, diese Stellung zu verlieren und konnte aus sich selbst heraus keinen grundsätzlichen wirtschaftlichen Fortschritt entwickeln. Der gesellschaftliche Fortschritt lag bei den Kapitalisten und den Fürsten. Mit den Fürsten und durch sie brachte Luther seine Reformation zu Wege.

Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt Luthers Charakterbild in der Geschichte. Wird er von der einen Seite zu einem Ausbund der Hölle gestempelt, so hebt ihn die andere in den Himmel. Selbst bei Heine spukt noch das Bild, das die protestantischen Geistlichen von ihrem Meister entworfen haben. Nach einem Preislied auf Luther fasst Heine sein Urteil über ihn also zusammen: „Er war ein kompletter Mensch, ich möchte sagen ein absoluter Mensch, in welchem Geist und Materie nicht getrennt sind. ... Er hatte etwas Ursprüngliches, Unbegreifliches, Mirakulöses, wie wir es bei allen providentiellen Männern finden, etwas Schauerlich-Naives, etwas Tölpelhaft-Kluges, etwas Erhaben-Borniertes, etwas Unbezwingbar-Dämonisches.“

Seine Naivität mag gelten, wenn man sich seiner Lieder erinnert, seine Borniertheit ist offenbar nicht erhaben. Seine Unbezwingbarkeit liegt einmal begründet in der Unbezwingbarkeit der Fürsten, die hinter ihm standen, dann aber auch in der Waldursprünglichkeit seiner Sprache, die ihm vor allem die Zuneigung des Volkes einbrachte. Zimmermann, der Geschichtsschreiber des Bauernkrieges, hat zuerst wesentliche Züge zu Luthers Charakterbild geliefert, dessen Zeichnung dann Kautsky durch seine Forschungen vertieft hat. Gerade Luthers Charakter und das Wesen seiner Reformation werden bezeichnet durch sein Verhalten zu den Bauernkriegen.

Als Luther 1517 seinen Handel mit dem Ablasskrämer Tetzl anfang, war er sich der Tragweite seines Beginns durchaus nicht klar. Er hat später selbst gesagt: „Hätte ich in der Erste gewusst, da ich anfang zu schreiben, das ich jetzt erfahren und gesehen habe, so hätte ich fürwahr stille geschwiegen; denn ich wär nimmermehr so kühn gewesen, dass ich den Papst und schier alle Menschen hätte angegriffen und sie erzürnt. ... Aber Gott hat mich hinan geführt wie einen Gaul, dem die Augen geblendet sind, dass er die nicht sehe, so ihm zurennen.“ Weit entfernt, die Zeichen der Zeit zu erkennen, wird er von der inneren Logik des aufgenommenen Kampfes vorwärtsgetrieben von Wittenberg bis Worms. Die Entwicklung bis

zum Reichstag in Worms geht fast gradlinig. Wie sich sein Ungestüm den Beifall des ganzen Volkes gewinnt, so wendet er sich an das ganze Volk, und er ist radikal bis zum Appell an die Waffen. Und sein Auftreten in Worms vor Kaiser und Reich musste ihn bei allen, die nicht tiefer sahen, zum Helden machen. Sein Manneswort: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ wird ihm trotz allem für alle Zeiten Sympathien sichern.

Aber Münzer sah mit seinem politischen Blick durchaus richtig, wenn er höhnte: „Über deinem Rühmen möchte einer wohl entschlafen vor deiner unsinnigen Torheit, dass du zu Worms vor dem Reich gestanden bist. Dank hab der deutsche Adel, dem du das Maul also wohl bestrichen hast und Honig gegeben; denn er währte nicht anders, du würdest mit deinen Predigen behaimische Geschenke geben, Klöster und Stifte, welche du jetzt den Fürsten verheißest. So du zu Worms hättest gewankt, wärest du eher erstochen vom Adel worden als losgegeben, weiß es doch ein jeder.“ Gerade nach Worms entscheidet sich Luther endgültig für die Fürsten. Er wütet von nun an wider Karlstadt, den Führer des entschiedeneren Teils im Bürgertum, wider Münzer, den Führer der Proletarier und der Bauern. Er wird nicht müde, Münzer den Fürsten zu denunzieren; er verbietet dessen Schriften. Solange noch keine Entscheidung gefallen, redet er Bauern und Fürsten zu, sich zu vertragen. Die traurige Lage der Bauern erkennt er an und wünscht die Erfüllung ihrer wichtigsten Forderungen. Aber als die Fürsten sich zur Niederwerfung der Bewegung rüsten, da tritt der Mann Gottes tapfer hinter die Obrigkeit und treibt sie an: „Denn obgleich der Bauern noch mehr tausend wären, so sind es dennoch allzumal Räuber und Mörder, die das Schwert aus eigener Durst und Frevel nehmen, und wollen Fürsten und Herren und alles vertreiben, neu Ordnung machen in der Welt, dass sie von Gott weder Gebot, Macht, Recht noch Befehl haben, wie es Herrn itzt haben. Dazu sind sie treulos und meineidig an ihren Herrn.“

„Drum soll hie zuschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, und gedenken, dass nichts Giftigers, Schändlicheres und Teuflischeres sein kann, denn ein aufrührerischer Mensch. Steche, schlage, würge, wer da kann. Bleibst du darüber tot, wohl dir, seliglicheren Tod kannst du nimmermehr überkommen. Denn du stirbst im Gehorsam göttlichen Wortes und Befehls, Römer 13, und im Dienst der Liebe, deinen nächsten zu retten aus der Höllen und des Teufels Banden.“ Da wusste er nichts mehr von der Schinderei der Bauern durch die Mächtigeren: „Auch ist das keine Ursache, dass sie Herrn vertreiben wollen, denn lauter Mutwillen.“ Und als dann die Fürsten sich trunken sofften vor Blutdurst und grausamen Gelüsten, da greinte der fromme Mann: „Dass man mit den armen Leuten so gräulich fährt, ist ja erbärmlich. Aber wie soll man tun? Es ist not, und Gott will's auch haben, dass eine Furcht und Scheue in die Leute gebracht werde.“

So hatte Luther das Seine getan, um den Machthabern zum Siege zu verhelfen und selbst um die Ausgeburten ihrer Rachsucht zu bemänteln. Was die Fürsten an ihn kettete, was ihnen bei seiner Reformation in die Augen stach, das war die Aussicht auf die reichen Kirchenschätze, die sie in ihrer ewigen Geldnot gut brauchen konnten. Die Macht des Papsttums hatte Luther gebrochen. Aber weit entfernt, religiöse Freiheit für das Volk erkämpft zu haben, ließ er jetzt die Fürsten allein das Bekenntnis der Untertanen bestimmen. Die Reformation wurde zur Standarte der Fürsten in ihrem Kampfe gegen die Reichseinheit, der im 30-jährigen Krieg ausgetragen wurde und die Herrlichkeit des Heiligen römischen Reiches zu Grabe trug, und indem dem Volkstrotz das Genick gebrochen wurde.

Was ich denken werde? ...

Von Iwan Turgenjeff.

Was ich denken werde, wenn ich sterben muss – falls ich imstande sein werde, an irgendetwas zu denken?

Werde ich daran denken, wie schlecht ich mein Leben angewendet, wie ich es verschlafen und verträumt, wie unfähig ich gewesen, seine Gaben zu genießen?

„Wie? Das wäre schon der Tod? So schnell! Unmöglich! Ich habe ja noch nichts ausgerichtet hier im Leben... Ich schicke mich ja erst an, etwas auszurichten!“

Werde ich der Vergangenheit gedenken, im Geiste bei den wenigen hellen Augenblicken, bei den mir teuren Gestalten und Personen weilen?

Werden meine bösen Taten sich meiner Erinnerung aufdrängen, – und wird meine Seele den brennenden Schmerz zu später Reue empfinden?

Werde ich dessen gedenken, was meiner jenseits des Grabes harret? ... Ja, und harret meiner dort überhaupt etwas?

Nein ... Ich glaube, ich werde mich bemühen, gar nicht zu denken, und mich eifrigst mit irgendeiner Dummheit befassen, um meine Aufmerksamkeit von der mir drohenden, immer schwärzer mich umhüllenden Finsternis abzulenken.

In meiner Gegenwart beklagte sich einst ein Sterbender fortwährend darüber, dass man ihm keine Nüsse zu essen geben wollte, und nur dort, tief in seinen trüben Augen zitterte und bebte etwas, das an die zerbrochenen Flügel eines zu Tode verwundeten Vogels gemahnte.

August 1879.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 45/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 10. November 1917.

Nr. 45

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Weltlage und die russische Revolution.

Von Karl Radek.

1. Feinde ringsum.

Nach der Niederlage an der Südfront, die Eroberung von Riga und Jakobstadt, die Eroberung Ösels. Revolutionäre Kriegsschiffe werden von deutschen Torpedos in Grund und Boden gebohrt. „Dadurch wird ja hoffentlich der miserable Eindruck, den die Enthüllungen Michaelis und Capelles im Ausland gemacht haben, einigermaßen wieder ausgeglichen“ – schrieb aufatmend die „Chemnitzer Volksstimme“, ein führendes Organ der weiland sozialdemokratischen Partei, der Partei, in deren Namen August Bebel im Jahre 1905 erklärte, das deutsche Proletariat würde jeden Versuch seiner Regierung, die russische Revolution zu erdrosseln, die Spitze bieten. Und heute?

Die Provisorische Regierung bereitet sich auf den Umzug nach Moskau vor. Mögen dabei irrige Hoffnungen mitspielen, dass man in Moskau nicht nur von der deutschen Gefahr, sondern auch von dem Druck der Arbeitermassen sich freier fühlen würde.

Die deutsche Regierung tut, was nach ihrer Auffassung ihren Interessen entspricht. Die westliche Orientierung, d. h. der Wille zu einem Kompromiss mit England ist trotz aller Abweichungen und Gegenströmungen der vorherrschende Standpunkt in der deutschen Diplomatie geblieben, und er entspricht der Kriegslage. England hat die deutschen Kolonien in seinen Händen, es hat Mesopotamien erobert, es beherrscht das Weltmeer. Und wenn es bisher den Truppen des weltbeherrschenden Britanniens nicht gelungen ist, die deutsche Front im Westen zu durchbrechen, so gelang es auch Deutschland nicht, Frankreich eine Niederlage beizubringen, die es von der Seite Englands abdrängen könnte. Deutschland erstrebte einen Sonderfrieden mit Russland, um entweder dadurch England zu Friedensverhandlungen zu veranlassen oder die Möglichkeit zu bekommen, Truppen von der Ostfront auf die Westfront zu werfen. Dieser Plan misslang und musste misslingen.

Eine Kadettenregierung – und das waren im Grunde alle bisherigen provisorischen Regierungen – kann keinen Sonderfrieden mit Deutschland wegen ihrer Abhängigkeit von dem Ententekapital schließen, und eine Regierung der proletarischen und kleinbürgerlichen

Demokratie wird ihn nicht schließen können, weil sie die Bedingungen, unter denen Deutschland zu einem Sonderfrieden mit Russland bereit wäre, nicht akzeptieren könnte. Deutschland sucht also seinen Plan, der Freimachung von Kräften, die es an der Westfront braucht, auf dem Wege der Niederzwingung Russlands zu erreichen. Gelingt ihm der Plan, dann bekommt es nicht nur eine Hand zu neuen Schlägen frei, sondern auch den Weg zu einem Kompromiss mit England.

Die Eroberung Polens, Litauens und der Ostseeprovinzen kann natürlich die Ausderhandlung Belgiens, des Revolvers gegen England, die Ermöglichung des Baues der Kap-Kairo-Bahn durch Verzicht auf Ostafrika, die Verbindung Ägyptens mit Indien durch das Gebiet eines „befreiten“ Arabiens und Mesopotamiens nicht aufwiegen. Ein solcher „Verständigungsfrieden“ wird den vollen Sieg des britischen Imperialismus bedeuten, aber jedenfalls wird auch die deutsche Regierung irgendwas nach Hause bringen. Die östliche Orientierung, der Versuch, Russland zu einer gemeinsamen Politik gegen England zu gewinnen, ist zwar der einzige Weg, auf dem Deutschland sich gegen seinen historischen Rivalen behaupten kann, aber wie im proletarischen, so wird auch im weltpolitischen Kampfe nicht der Weg der besten gedanklichen Konstruktion gewählt, sondern der, der möglich ist: kann man sich nicht selbständig einrichten, so nimmt man mit der Rolle eines Juniorpartners in einem großen Geschäft vorlieb. Dieser durch die Kriegslage den Vertretern des deutschen Imperialismus suggerierte Gedanke ist schon so stark, dass er in der deutschen sozialpatriotischen Publizistik weitere Verbreitung findet.

„Heute fällt die Entscheidung über Friedensschluss oder Kriegsfortsetzung nicht mehr in Petersburg, sondern in London“, schrieb vor kurzem Ernst *Heilmann*, ein deutscher sozialpatriotischer Publizist, der nicht nur gut informiert ist, sondern dank seiner Mentalität wie ein Barometer jede Schwankung in der Atmosphäre anzeigt. Und welche Schlussfolgerungen zieht der Leiter der „Internationalen Korrespondenz“? „Den Verständigungsfrieden schließen können daher heute nur England und Deutschland, die beiden noch völlig ungebrochenen Riesenkämpfer ... Er müsste deshalb den Engländern eine volle Befriedigung ihrer Wünsche geben, damit sie dann gleichgültig gegenüber dem Schicksal ihrer Verbündeten, gegen Elsass-Lothringen, Polen, Riga, Triest, Valona werden, d. h. England müsste den Indischen Ozean als englisches Meer gesichert erhalten und die Landverbindung Kap - Kairo - Kalkutta gewinnen. Das deutsche Kaiserreich Westafrika und die Bildung einer Anzahl mit Deutschland lose verknüpfter Kleinstaaten an unserer Ostfront - Polen, Litauen, Kurland - würde dem englischen Plan kaum zuwiderlaufen“.

Es handelt sich hier gar nicht um die Kritik dieser Ausführungen, sondern um ihre symptomatische Bedeutung.

Und die Entente? Sie erklärt pathetisch, sie habe die Sonderfriedensvorschläge der deutschen Regierung sittenhaft abgelehnt. Wir glauben es ihr aufs Wort, falls wirklich welche Vorschläge gemacht worden sind. England hofft noch auf einen endgültigen Sieg über Deutschland und will deshalb einstweilen an einen Frieden gegen Russland nicht denken; Frankreichs bankerotte Staatslenker aber, die nicht mehr ein und aus wissen, können auf Elsass-Lothringen nicht verzichten und werden deshalb den Krieg solange führen, bis das französische Volk sie verjagt oder bis sie verröcheln. Aber kommt es einst zu Friedensverhandlungen, ohne dass sich die Kriegslage merklich verändert hat, so werden sie alle nicht nur territorial, sondern ökonomisch den Frieden auf Kosten Russlands schließen. Der Schwache zahlt die Kosten der „Verständigung“.

Einstweilen gießt die ganze Ententepresse Kübel Unrat auf die russische Revolution aus; einstweilen fordert die französische Presse - Artikel Clemenceaus, der „Depesche de Toulouse“, des „Petit Parisien“ - die Heranziehung der Japaner an der Ostfront, damit sie nicht nur den Deutschen Widerstand leisten, sondern auch helfen, die Bolschewiks zu

zählen. Für jede geringe Hilfeleistung fordert die Entente Riesenprofite, gebraucht jede Lieferung von Schuhen oder Kleidungsstücken zu politischer Erpressung. In der entscheidenden geheimen Sitzung des Vorparlaments bestand der Haupttrumpf Zeretellis für die Koalition mit den Kadetten in dem Hinweis darauf, dass die Entente einer sozialistischen Regierung keine Hilfe angedeihen lassen würde. Im Korniloffzuge befanden sich englische technische Truppen, die Gesandtschaften der Entente breiten ihre schützenden Hände aus über die Teilnehmer der Verschwörung. „Wir nahen uns dem Gipfel des Berges, dem Siege! Russland ist hinuntergestürzt“, erklärte unlängst Herr *Lloyd George*, „aber es hängt an einem Seil.“ Nun, es wird Herr *Lloyd George* und das ganze Ententekapital wenig kümmern, wenn sie Russland zum Siegesgipfel tot am Seile heraufziehen. Dann kann man sein Fell desto besser teilen.

(Schluss folgt.)

Der österreichische Parteitag.

Der erste Kriegsparteitag wird in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Zum ersten Male hat eine nennenswerte Anzahl von Vertrauensmännern öffentlich ihrem Gegensatz wider die Taktik des Parteivorstandes Ausdruck verliehen. Viel wichtiger aber als die von Delegierten unterzeichnete „Erklärung der Linken“ scheint die Stimmung der Arbeitermassen zu einer zielbewussten Kampftaktik zu drängen. Niemals hätte der sozialpatriotische Vorstand den Antrag der Genossen von Wien 20. angenommen, wenn er sich dessen nicht bewusst gewesen wäre, dass hinter dem Verlangen des Antragstellers auf energische Agitation für den Frieden, der Wille nach selbständigem Vorgehen im Falle der Ablehnung, der Wille zur Gründung einer *neuen* Partei stand. Der Vorstand kapitulierte vor den Willen der Massen, die organisatorische Einheit blieb gewahrt.

Schon die Begrüßungsworte Viktor Adlers deuteten darauf hin, dass man mit einem energischen Vorgehen der „Minderheit“ rechnete, und in der Tat war die Erklärung der vorgenannten Linken eine öffentliche Demonstration, vor deren Konsequenzen einem Teil der Unterzeichner zu grausen begann. Nur die Hälfte der allergetreuesten Opposition stimmte für einen ohnehin harmlosen Antrag Kiesewetter, welcher die Fraktion zu größter Energie mahnte. Die Linke zeichnete sich überhaupt weit mehr durch formvollendete Reden als durch Konsequenz aus. Einerseits identifizierte man sich mit den Unabhängigen Sozialisten Deutschlands und vermied es, da man auf dem Standpunkt des Sumpfes mit vollem Rechte steht, die Linksradikalen auch nur zu erwähnen, erklärte sich aber andererseits mit den internationalen Fraktionen des russischen Proletariats solidarisch. Der unprinzipielle Standpunkt kam bei der Begründung der Erklärung noch deutlicher zum Ausdruck, indem Max Adler die Landesverteidigung prinzipiell akzeptierte.

Mit Recht konnte Genosse *Janicek* der Opposition die Worte zurufen, dass die Resolution die Linke zur Mutter und einen von der Rechten zum Vater habe. Die Opposition wagte es auch selbstverständlich nicht, den Antrag Wien 20. auf Missbilligung gegen den Parteivorstand zu unterstützen und so haben nur zwei Mitglieder von den 218 Parteitagsdelegierten den Mut gefunden, wirklich in Opposition zu treten. Das loyale Verhalten der Linken wurde auch rückhaltlos von der Rechten anerkannt, indem man den Verfasser der Erklärung in den Parteivorstand berief. Trotz dieser allgemeinen Beschwichtigungstaktik – die Linke, die förmlich um Entschuldigung bittet, dass sie auf der Welt sei, die es auch ablehnt, sich als wirkliche Linke zu bekennen, die Sozialpatrioten, welche es ablehnen, als Rechte zu wirken und Frieden und Versöhnung predigen, sie sind einander wert.

Dennoch hat der Parteitag eine Verschärfung der vorhandenen Gegensätze hervorgerufen, und die Unkenrufe der äußersten Rechten gegen die Parteispalter, die nicht werden Halt machen können, wenn sie wirklich mit ihrer Erklärung vor die Arbeiter treten, entbehren nicht der Begründung. Die Masse des Proletariats hat die Opposition vorwärtsgetrieben. Die instinktiv unzufriedenen Arbeiter stellten sich unter die Führung der wenig radikalen intellektuellen „Linken“, ohne dieselben weitertreiben zu können.

So endete der Parteitag mit einem äußerlichen und innerlichen Misserfolg der „Opposition“. In den Vorstand wurde neben den oben erwähnten „Linken“ drei neue Sozialpatrioten gewählt, unter ihnen Renner, der am heftigsten befehdete Vorkämpfer des sozialimperialistischen Flügels. Der innerliche Misserfolg besteht darin, dass die Opposition nicht zu einer klaren Stellungnahme gelangte und die einander ideologisch und praktisch gegenüberstehenden zirka sechs Schattierungen mehr oder minder zur Taktik des Vorstandes hinneigen, keineswegs aber kann man die seltsamen, manche sogar, wie Abg. *Hildebrand*, national angehauchten Genossen als – Zimmerwalder betrachten.

Im Allgemeinen hat der Parteitag wohl vorhandene und im Entstehen begriffene Gegensätze zur Aussprache gebracht, besonders *Richters* Ausführungen waren sehr geschickt und formal ausgezeichnet, haben jedoch keine Klärung herbeigeführt. Neben wüsten Ausbrüchen des Antisemitismus, zu dem sich der Innsbrucker *Abram* bekannte, und des Ganghoferhelden aus Salzburg gefühlvollen Kriegserzählungen, haben auch manche Sozialpatrioten sich durch ziemlich zutreffende Auffassung der innerpolitischen Lage ausgezeichnet. *Renner* entwickelte hingegen, ohne nennenswerte Beteiligung, sein Programm von Österreichs Erneuerung. *Ellenbogen* bekämpfte fast alleine und in prinzipieller Weise die „Linke“. Der Antrag *Reichenberger* auf „prinzipielle Ablehnung der Kredite“ wurde mit großer Mehrheit zu Falle gebracht. Hingegen der Antrag der Jugendlichen auf freie Diskussion aller Parteimitglieder angenommen. Bei dieser Gelegenheit nahm die „Linke“ gegen die Auffassung der Linksradiكالen in der Jugendfrage und einem ihrer abwesenden Mitkämpfer entschieden Stellung. Ob der einhellig angenommene Antrag jemals durchgeführt werden wird, wer wagt es zu behaupten?

Nun entwickelte *Domes* ein Bild der Arbeiterrechtsverhältnisse und der Errichtung von Beschwerdeämtern, *Viktor Adler* sprach in üblicher Weise über Stockholm und plädierte für gegenseitige Amnestierung der Brüder in – der Internationale. Er sprach vom Brandstifter, den dingfest zu machen zwar erwünscht gewesen wäre, wenn man auch zunächst das Feuer löschen müsse. Als wenn der Brand je alle werden könne, wenn die Brandstifter mit brennender Lunte immer von neuem das Feuer unterhalten! Ein Antrag *Austerlitz* auf Entfallen der Debatte verhinderte eine prinzipielle Auseinandersetzung über diese Frage.

Das Ergebnis des Parteitages ist trotz aller Unklarheit eine Verstärkung des oppositionellen Massenempfindens, dem sich der alte sozialpatriotische Vorstand durch eine entgegenkommende Taktik anpassen will. Für uns Linkradikale besteht weiter die Aufgabe, nur auf uns selbst gestellt, unsere schwere Pflicht zu erfüllen, mit den schwankenden Elementen der „Linken“ wenn sie kämpfen wollen, *ohne* sie, wenn sie versagen, trotz ihrer und gegen sie, wenn sie widerstreben, und *Frieden schließen mit der Politik des 5. August und deren Trägern*.

Der Sozialistenkongress in Bordeaux.

Im „*Demain*“, dem in französischer Sprache erscheinenden Organ der Zimmerwaldisten, finden wir die folgende Besprechung des letzten französischen Parteitages:

Der heiße Wunsch der Mehrheitsrichtung war, die erdrückende Majorität zu erlangen. Zu diesem Zwecke hatte sie sich zu einigen, rein formalen Zugeständnissen an die sogen.

Minderheit verstanden, unter der Bedingung, dass sich diese von den Zimmerwalder Elementen trenne! Sie rechneten zugleich dabei auf das Parteizentrum, das sich bemühte, einen neuen Block zu schaffen. Was sind Prinzipien, was der Sozialismus, wenn nur die Einheit gerettet wird. Das ist der Grundgedanke des Parteizentrums.

Andererseits musste die Wahl Bordeaux zum Tagungsort des Kongresses die Absichten der Mehrheit und des Parteizentrums begünstigen. Fern von Paris entzog man sich der heißen, der Minderheit wie den Zimmerwaldern günstigen Atmosphäre. Man hinderte auch die besten Streiter, an den Arbeiten des Kongresses teilzunehmen. In der Tat kann nicht jeder das Opfer einer ganzen Woche bringen und die Kosten der Reise und des Aufenthaltes rechnen erheblich mit. So war unser Genosse *Loriot*, die Seele der Zimmerwalder Bewegung in Frankreich, der Lehrer im Seinedepartement ist, gezwungen, vom Parteitag fernzubleiben. Dafür wohnte die Mehrzahl der Parlamentarier dem Kongress bei und die Zimmerwalder Prinzipien wurden wenigstens teilweise von *Brizon* und *Raffin-Dugens* vertreten, die allerdings weit entfernt sind von linksradikalen Ideen.

Raffin-Dugens wiederholte in Bordeaux gewisse Erklärungen, die zeigen, wie stark die Haltung des Abgeordneten von der Isère vom Sozialpatriotismus beeinflusst ist, indem er aussprach, dass er nicht zögern würde, die Kriegskredite zu bewilligen, wenn ihre Annahme von seiner Stimme abhängen sollte. Von diesem Gesichtspunkte ließ er sich leiten, als ihn die Minderheit demonstrativ zu einem der Vorsitzenden des Parteitages vorschlugen. Die Resolution des Sozialpatrioten *Marquet*, die dem Rechte eines Zimmerwalders, wegen des politischen Charakters eines solchen Präsidium widersprach, wurde mit 1493 gegen 1369 Stimmen angenommen. Diese letzteren fielen auf eine Resolution des Zentrumsanhängers *Ellen-Provost*, nach der *Raffin-Dugens* im Namen des gleichen Rechts für alle Vertreter, dessen Ausübung keinen politischen Charakter habe, einer Sitzung präsidieren sollte. 85 Stimmen enthielten sich, 25 waren abwesend. Diese erste Abstimmung zeigte, dass die Sozialpatrioten unbestreitbar die Mehrheit hatten, trotz allem Optimismus gewisser Anhänger der Minderheit unmittelbar vor dem Kongress.

Die Fragen der Teilnahme am Ministerium, der Kreditbewilligung und des Krieges riefen eine lange Aussprache hervor, die sich kaum von den Debatten unterschied, die seit langen Monaten in den Sektionen und Organen der Partei gepflogen werden. Über alle diese Fragen, die die gesamte sozialistische Taktik in Kriegszeiten umfassen, haben Mehrheit und Minderheit fast die gleiche Auffassung. Am Vorabend des Kongresses schrieb ein Anhänger der Minderheit in der „Humanité“ wörtlich: „Wir wünschen kein Ministerium, in dem alle Nuancen der Auffassung klug abgewogen sind, sondern ein Ministerium, das einen festen Block der Linken bildet. Frankreich ist von der Demokratie nicht zu trennen. Wer die Demokratie angreift, greift Frankreich an. Die „heilige Einheit“ (union sacree, Burgfrieden) ist die Einheit zur Verteidigung Frankreichs, d. h. zur Verteidigung der Demokratie. Wer die Demokratie angreift, bricht die heilige Einheit, und wer die Demokratie verteidigt, festigt die heilige Einheit. Ein Ministerium der Linken, das einen Block als festes Bollwerk der Demokratie bildet, ist also in seinem Wesen ein Ministerium der heiligen Einheit. Das verlangen wir. Das zu fordern und verwirklichen ist die Aufgabe unserer Erwählten. Wer Demokratie sagt, sagt Freiheit.“

Die lange, von dem Sozialpatrioten Renaudel vorgelegte Resolution, die die Landesverteidigung, die Zusammenarbeit der Klassen und den Ministerialismus rechtfertigte, erhielt 1552 Stimmen. Die Resolution Pressemane, die Landesverteidigung und Internationalismus miteinander zu versöhnen suchte, erhielt 834, dieselbe Resolution mit dem Zusatz von *Brizon*, der sich gegen die Teilnahme am Ministerium und [für?] die Kreditverweigerung aussprach, sammelte 385 Stimmen auf sich. Endlich vereinigten sich 118 Stimmen auf die von der Genossin Saumoneau vorgelegte Resolution der Zimmerwaldisten, die rein und nett die Kriegskredite im Namen der sozialistischen Grundsätze verwarf. Man

kann sich darüber wundern, dass die Minderheit trotz aller formellen Konzessionen und trotz der Beschönigungen der Mehrheits- und der Zentrumsleute die Resolution Renaudel ablehnten. Das kommt daher, dass während der langen Tagung der Resolutionskommission heftige Kämpfe ausbrachen und dass die Sozialpatrioten die Minderheit zu teilen versuchten. Genosse *Longuet* verteidigte die Zimmerwalder ohne Zweifel, weil er sich der heftigen Angriffe erinnerte, die ihm seit Monaten von den Anhängern der Mehrheit gemacht werden, die weiter nach links gehen als ihre Führer.

Im Ganzen hat sich die Kräfteverteilung in der Partei kaum geändert. Es herrscht ein Gleichgewicht zwischen Mehrheit und Minderheit; vielleicht kann man sogar sagen, dass die Front der Minderheit von den „Poibus“ der Mehrheit leicht angeknabbert ist. Die Abstimmung zeigt den Einfluss des Zimmerwaldismus nicht, und doch ist er vorhanden. Eine gewisse Anzahl von Minderheitsanhängern liebäugelt mit dem Zimmerwaldismus, wenn sie nicht schon Zimmerwalder geworden sind. Und die Zusammensetzung des neuen Parteiausschusses zeigt diesen Einfluss: die Genossen *Maurin* und *Verfeuil*, die dem Zimmerwaldismus nahestehen, sind wiedergewählt und zum ersten Male zwei Zimmerwalder gewählt – Rechtszimmerwaldisten könnte man sie nennen (sie entsprechen also unseren Haaseleuten) – die Abgeordneten *Brizon* und *Bourderon*, die auf dem letzten Kongress kandidierten, aber auf die Forderung der Sozialpatrioten hin von der Minderheit fallen gelassen worden waren.

Eine wichtige Tatsache möchte ich noch festhalten, die der Sozialpatriot *Albert Thomas* aufdecken musste, dessen lange Rede nur von dem unerträglichen Schwätzer und Erbauer des Dampfers der Gesellschaft der Nationen, *Edgar Milhaud*, übertroffen wurde. Als *Thomas* über die Organisationen berichtete, zitierte er die Ziffern des Metallarbeiterverbandes, der von 23 000 auf 130 000 Mitglieder in einem Jahre gestiegen ist. Die Minderheit und die Zimmerwalder riefen: Dank *Merrheims* Arbeit! und der Ex-Kanonien- und Munitionsminister *Thomas* musste unserm Genossen *Merrheim* die Anerkennung aussprechen.

*

Der knappe Bericht zeigt den ganzen Jammer der französischen Partei. Uns Deutschen soll man noch einmal Mangel an Großzügigkeit vorwerfen nach der köstlichen Komödie wegen der Präsidentschaft *Raffin-Dugens*. Was die Achtelsopposition der Minderheit da an Verkleisterung geleistet hat, kann bei uns von keinem Hoch und keinem *Adolf Braun* übertroffen werden. Überhaupt diese Minderheit! Sie steht ganz und gar auf dem Boden unserer Scheidemänner. Sie ist für Teilnahme am Ministerium, ist blind für das Wesen des kapitalistischen Klassenstaates und schwelgt kritiklos in dem Glauben an die französisch-kapitalistische Demokratie. Was sie von den *Renaudel* und *Komp.* unterscheidet, ist allein die Tatsache, dass die Hauptleute der französischen Partei bedenkenlos jede Regierung unterstützt. Die Minderheit aber ängstigt sich vor der royalistischen Agitation, die sich an den Misserfolgen der Republik mästet und die offene Reaktion propagiert.

Selbst was sich Zimmerwalder nennt, ist zum guten Teil ein recht sonderbares Gewächs. Man sieht es an *Raffin-Dugens*, der ein grundehrlicher Mensch, aber politisch haltlos ist. Die Linksradiكالen waren auf dem Parteitag sehr schwach vertreten, aber wir wissen, dass er in der Arbeiterschaft stärker vertreten ist. Aber gerade in der klassenbewussten Arbeiterschaft ist die Enttäuschung über das radikale Renegatentum (*Briand*, *Guesde*) so stark, dass sich die Linksradiكالen nur schwer ihr Vertrauen gewinnen können. Neben der wirtschaftlichen Rückständigkeit Frankreichs rächt sich hier auch der Opportunismus, der in der französischen Partei seit je üppig ins Kraut geschossen war. Aber eine Besserung ist hier zu erwarten. Konnte doch der reaktionäre Abgeordnete *Dubois* in der Kammer klagend ausrufen „Um den 24. –26. Mai herum war die Situation an und hinter der Front und selbst in Paris äußerst ernst.“ Sie wird noch ernster werden.

Die Bolschewiks und das Vorparlament

In der ersten Sitzung des Vorparlaments, der Provisorische Rat der russischen Republik, legte Genosse Leo *Trotzki* im Namen der bolschewikischen Partei folgende Erklärung ab:

„Das offizielle Ziel der demokratischen Beratung, die von dem Zentral-Vollzugausschuss zusammengerufen wurde, war die Liquidierung des unverantwortlichen Regimes, das die Korniloffaffäre geboren hat, und die Bildung einer verantwortlichen Regierung, die imstande wäre, den Krieg zu beenden und die Zusammenberufung der Konstituierenden Versammlung zum festgesetzten Termin zu sichern. In Wirklichkeit wurde hinter dem Rücken der demokratischen Beratung, auf dem Wege der persönlichen Abmachungen zwischen Kerenski und dem Führer der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks Resultate erreicht, die den offiziell angegebenen Zielen vollkommen entgegengesetzt sind.

Es wurde eine Regierung gebildet, in deren Mitte und um sie herum offene und versteckte Korniloffanhänger sitzen und die führende Rolle spielen. Die Unverantwortlichkeit der Regierung ist jetzt gesetzlich und formell proklamiert. Der Rat der Republik wurde als beratende Institution errichtet. Im achten Monat der Revolution schafft sich die unverantwortliche Regierung einen Deckmantel in einer Neuausgabe der Bulgischen Duma. Die kapitalistischen Elemente bekamen in dem Provisorischen Rate eine Anzahl von Plätzen, auf die sie nach den bisherigen Wahlergebnissen nicht das mindeste Recht haben. Und nichtsdestoweniger sind es die Kadetten, die die Unverantwortlichkeit der Regierung sogar vor dem Vorparlament, das doch zu ihren Gunsten gefälscht wurde, durchgesetzt haben. Dieselbe Partei, die auf die Verantwortung der Provisorischen Regierung vor dem Vorsitzenden der Duma, dem Herrn Rodsjanko, drängte, setzt jetzt die Unverantwortlichkeit der Regierung vor dem Provisorischen Rate durch.

In der Konstituierenden Versammlung werden die kapitalistischen Elemente eine viel kleinere Rolle spielen als in dem Provisorischen Rate. Und wenn die Kapitalisten wirklich die Konstituierende Versammlung in einundeinhalb Monaten einberufen würden, hätten sie keine Ursache gehabt, heute die Unverantwortlichkeit der Regierung durchzusetzen. Der Sinn ihrer ganzen Taktik aber liegt einzig darin, den Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung zu verhindern. (Unruhe rechts. Rufe: Lüge.) Auf dem Gebiete der Produktion, der Lebensmittelversorgung, auf dem agrarischem Gebiete verstärkt noch die Politik der Regierung und der herrschenden Klassen, die durch den Krieg natürlich hervorgerufene wirtschaftliche Anarchie. Die Kapitalisten, die den Bauernaufstand provozieren (lebhaft Unruhe rechts. Rufe: Lüge!) die den Bürgerkrieg provozieren, wollen jetzt zu seiner Niederwerfung schreiten und stellen ihre Karte klar und offen auf den Hunger, der die Revolution und in erster Linie die Konstituierende Versammlung erwürgen soll.

Nicht weniger verbrecherisch ist die äußere Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Nach 40 Monaten des Krieges droht der Hauptstadt die tödliche Gefahr. Der Gedanke, den Deutschen die Hauptstadt zu übergeben, ruft keine Empörung bei der Bourgeoisie hervor. (Unruhe und Proteste.) Im Gegenteil, dieser Gedanke ist für sie ein natürliches Glied in der Kette ihrer ganzen Politik, die das Werk der Konterrevolution vorbereiten soll. Angesichts dieser Gefahr wird der Plan der Übersiedelung der Regierung nach Moskau ausgeheckt und stattzugeben, dass die Rettung des Landes nur durch die Beendigung des Krieges herbeizuführen ist, statt über die Köpfe aller imperialistischen Regierungen und diplomatischen Kanzleien, allen dank dem Kriege verblutenden Völkern den Vorschlag des sofortigen Friedens aufzuwerfen und auf diese Weise die Weiterführung des Krieges faktisch unmöglich zu machen, statt alles dessen schleppt die Provisorische Regierung auf Befehl der konterrevolutionären Kadetten und der alliierten Imperialisten, ohne Sinn, ohne Ziel, ohne Plan die Bürde des Krieges weiter, liefert neue Hunderttausende Soldaten und Matrosen dem zwecklosen Verderben aus, bereitet die Übergabe Petrograds und den Untergang der

Revolution vor, und während die Matrosen- und Soldaten-Bolschewiks zusammen mit anderen Soldaten und Matrosen infolge fremder Fehler und Verbrechen umkommen, verfolgt der sogenannte Kriegsoberbefehlshaber die bolschewikische Presse. Die führende Partei des Provisorischen Rates gibt sich bereitwillig als Deckmantel für diese Politik her.

Wir, die Fraktion der Bolschewiks, erklären, mit dieser Regierung des Volksverrats (lebh. Unruhe rechts und im Zentrum. Ruf: Schurke), mit diesem Rate des konterrevolutionären Hehlertums (Unruhe, Rufe: Raus! Nieder!)

Der Vorsitzende: Ich erteile dem Redner einen Ordnungsruf und bitte die Versammlung, der Erklärung ruhig zuzuhören. (Wir können nicht ruhig zuhören.)

- haben wir nichts Gemeinsames, spricht Trotzki weiter, wir haben nichts mit dieser für das Volk verderblichen Arbeit zu tun, die hinter den Kulissen geleistet wird. Die Revolution ist in Gefahr. In dem Moment, wo die deutschen Armeen Petrograd bedrohen, flieht die Regierung Kerenskis und Konowalows aus Petersburg, um aus Moskau eine Feste der Konterrevolution zu schmieden. Wir fordern die Moskauer Arbeiter und Soldaten zur Wachsamkeit auf. Indem wir den Provisorischen Rat verlassen (Unruhe im Zentrum) fordern wir alle Arbeiter, Soldaten und Bauern Russlands zur Wachsamkeit und Mut auf.

Rufe: Deutschen, nicht Russen.

Petrograd ist in Gefahr - spricht Trotzki weiter - die Revolution und das Volk ist in Gefahr. Die Regierung vertieft diese Gefahr und die herrschenden Klassen helfen ihr dabei. Nur das Volk selbst kann sich und das Land retten. Wir wenden uns an das Volk: Es lebe der sofortige, ehrliche und demokratische Frieden! Der ganze Grund und Boden den Bauern! Es lebe die Konstituierende Versammlung! (Beifall auf den Bänken der Bolschewiks.)

Dieser Erklärung schließen sich die Delegierten der zweiten Armee, der Delegierte der Eisenbahngewerkschaft, Mamajew, und die Delegierten der nationalen Gewerkschaften, Stutschko und Bulschij, an.

Nachdem die Erklärung verlesen war, stehen alle Bolschewiks auf und verlassen den Saal.

*

Zu dem Austritt der Bolschewiks aus dem Vorparlament nahm der Petersburger Arbeiterdelegiertenrat Stellung in einer besonderen Sitzung. Nicht nur der Vertreter der Sozialpatrioten, Liber, sondern auch Gen. Martow, der Vertreter der kleinen Gruppe der Menschewiki-Internationalisten, bekämpfte den Boykottbeschluss der Bolschewiks, indem er ausführte, es sei gefährlich, sich von der Demokratie zu isolieren und dem unverantwortlichen Walten Kerenskis freie Hand zu lassen. Genosse Trotzki und Kollonwaj hatten es leicht, diese Ausführungen zu entkräften. Nicht nur die Kadetten, sondern auch die Führer der rechten Menschewiks und der Sozialrevolutionären haben die Interessen der Demokratie endgültig verraten. Eine Bauernpartei, die ein Mitglied nicht ausschließt, das einen Bauernaufstand, im Interesse der Junker mit Waffengewalt unterdrückt, eine Arbeiterpartei, die ihre Vertreter in einem Ministerium belässt, dessen Vorsitzenden eines Komplotts mit der konterrevolutionären Generalität gegen die Arbeiter überführt worden ist, haben für die Demokratie ausgespielt. Von ihnen sich abzusondern, ihr Vertuschungsspiel durch eine unmissverständliche Tat den Massen zu denunzieren, bedeutet ihnen klaren Wein einschenken, und das ist Stärkung, nicht Schwächung der Revolution. Die Zeit der Diskussionen ist vorüber, die Zeit offenen Kampfes naht wieder.

Der Petrograder Sowjet stellte sich mit überwiegender Mehrheit auf die Seite der Bolschewiks, deren Resolution angenommen wurde.

Afrika und der Friede.

Von E. D. Morel.¹⁶

Das Problem.

Die Frage der künftigen Verteilung der Einflusszonen in Afrika und besonders der Mittel, mit denen die europäischen Mächte ihre Hoheitsrechte ausüben, ist eines der wichtigsten Probleme, über welche die Friedenskonferenz zu entscheiden haben wird. Der Charakter der Beschlüsse wird einen tiefen Einfluss auf die künftigen internationalen Beziehungen haben. Die Rolle, die Afrika während der letzten 30 Jahre als internationale Reibungsursache gespielt hat, ist von der öffentlichen Meinung Britanniens nicht vollkommen begriffen worden. Die Rolle, die Afrika in Zukunft als Ursache neuer internationaler Konflikte spielen kann, lässt sich nicht übertreiben, wenigstens dann, wenn die Beziehungen Europas und Afrikas nicht mit staatsmännischer Klugheit geknüpft werden.

Der afrikanische Kontinent ist dreimal so groß wie Europa. Seine nördlichen Küsten haben für die Mittelmeermächte immer eine große strategische Bedeutung gehabt, die im Hin und Her der internationalen Rivalitäten um die Südküsten Europas stieg oder fiel. Unter den neuen Bedingungen des Seekrieges gewinnt jede afrikanische Küste eine neue Bedeutung in den Beziehungen der Mächte. Aber selbst, wenn man durch dreijährigen Massenmord und Verwüstung zu einer moralischen Entseuchung des politischen Sumpfes Europas kommen sollte, so wird Afrika doch ein wesentlicher Faktor für das Leben der europäischen Völker bleiben. Tatsächlich wird Afrika für Europa ein viel unmittelbareres Interesse haben als früher. Denn Afrika kann mit einem ungeheuren natürlichen Magazin verglichen werden, das vor den Toren Europas liegt.

Alle Produkte, für welche die moderne europäische Industrie einen beständig steigenden Bedarf hat, Öle, Fette, Nahrungsmittel, kostbare Hölzer, Metalle, sind dort zu haben. Überdies sind die afrikanischen Völker mit unvergleichlichen Körperkräften ausgestattet. Die Muskeln der Afrikaner haben mit ihrer Arbeit aus den Südstaaten Nordamerikas die Baumwolllieferanten der ganzen Welt gemacht. Sie haben wesentlich zum Gedeihen der lateinischen Staaten Südamerikas beigetragen. Und unter den ungünstigsten Bedingungen haben sie eine beträchtliche Ausfuhr tropischer Rohprodukte aus Afrika ermöglicht. In den fünf Jahren, die dem Krieg vorausgingen, führte z. B. die Goldküste für 7 367 338 Pfund Sterling Kokosnüsse aus und Nigria in derselben Periode für 21 144 000 Pfund Sterling Palm- und Nussöl. Das sind die Landesindustrien, die in den Händen der Landeskinder selbst liegen, die auf eigener Erde als freie Produzenten arbeiten.

Für Europa ist das afrikanische Problem doppelter Art, politisch und moralisch. Soll Europa der Knochen bleiben, um den sich die europäischen Mächte streiten, eine Quelle wachsender Reibereien und Rivalitäten? Oder sollen die Regierungen unter dem Druck der Öffentlichkeit sich verständigen, um durch gemeinsame Arbeit, gemäß einer gerechten und gesunden Auffassung der Dinge, an den Reichtümern teilhaben, die Afrika für sie und die ganze Welt enthält? Und dann sollen die afrikanischen Rassen weiter, wie so oft in der

¹⁶ *Vorbemerkung der Redaktion.* In dem Bestreben, unsere Leser über die brennenden Fragen eingehend zu unterrichten, wie wir das in der polnischen und der orientalischen Frage taten, bringen wir hier eine Arbeit des Engländers E. D. Morel über die afrikanische Frage. Wir halten es dabei für nötig zu betonen, dass Morel, der kürzlich wegen versuchter Ausfuhr verbotener Schriften aus England von der englischen Regierung bestraft wurde, Pazifist ist. Pazifistische Auffassungen treten auch hin und wieder in dieser Arbeit auf. Wir stimmen dabei mit Morel nicht überein und werden gelegentlich in Fußnoten auch besonders unseren abweichenden Standpunkt kurz darlegen. Die Klarheit in der Auseinandersetzung des ganzen Problems gibt aber der Arbeit eine hohe Bedeutung und sichert ihr das Interesse der Leser.

Vergangenheit, mit hartem, grausamem Egoismus behandelt werden. Sollen diese riesigen Arbeitskräfte, die den Verkehr von Tag zu Tag erleichtern, weiter nur als „Material“ zur Bereicherung Europas benutzt werden, als bloße Hilfsmittel, die den Begierden der europäischen Politik und des europäischen Kapitalismus dienen?

Sollen die afrikanischen Völker dressiert, bewaffnet und in die Kompagnien gesteckt werden, um den europäischen Nationen zur Vertilgung ihrer europäischen Nachbarn zu dienen? Sollen die Gewalten des modernen Europas die Afrikaner weiter in ökonomischer und militärischer Sklaverei erhalten? Oder werden sich die europäischen Regierungen unter dem Druck einer erleuchteten öffentlichen Meinung die Behandlung der afrikanischen Rassen zu ändern, in der Erkenntnis, dass diese Rassen sowohl vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Humanität wie dem der politischen Klugheit, ein Recht auf eine Weise und erträgliche Regierung, die auf der Kenntnis und Fassungskraft ihrer Landespolitik, ihrer Bedürfnisse und ihrer unermesslichen Leistungsfähigkeit unter einer gerechten und weitsichtigen Leitung beruht?

Das politische und das moralische Problem, das Afrika an Europa stellt, sind eng miteinander verbunden. Ein afrikanisches Leiden, das durch eine schändliche europäische Verwaltung hervorgerufen ist, steckt das politische Leben Europas an. Der Versuch, die afrikanischen Rohprodukte für die eine oder die andere europäische Großmacht zu monopolisieren in ihrem alleinigen Interesse, wird auf die internationalen Beziehungen Europas zurückwirken. Die militärische Einziehung der afrikanischen Völker muss die Bewaffnung ganz Asiens zur Folge haben und das würde mit der Zeit die Zertrümmerung der „europäischen Zivilisation“ zur Folge haben. Wenn man durch verständige politische wirtschaftliche und Verwaltungsmaßregeln verhindern könnte, dass der größte Teil Afrikas eine Quelle beständiger internationaler Reihung sei, so würde eine der Ursachen wuchernder europäischer Krankheit verschwinden und eine der größten Gefahren für die Zukunft der europäischen Völker wäre damit ausgeschaltet.

Ich will hier versuchen diese Wahrheiten so kurz darzulegen, als es der verwickelte Gegenstand erlaubt, und eine Politik aufzuzeigen, die sowohl vom europäischen als auch dem afrikanischen Standpunkte aus für Europa, für Afrika und die ganze Welt eine bessere Zukunft vorbereiten kann.

Afrika und Europa.

Seit den ältesten Zeiten hat Afrika wesentlich auf die Geschicke Europas und der ganzen Menschheit eingewirkt. Es brachte die erstaunlichste Zivilisation hervor, die die Welt je gesehen hat. In der Tat war es ein afrikanisches Reich, das nacheinander Griechenland und Rom die Herrschaft über die alte Welt um das Mittelmeer herum streitig machte, indem es seine Macht über gewaltige Gebiete Südeuropas ausbreitete. In einer späteren Periode führte ein Reich halb arabischen, halb berbischen Ursprungs die Invasion nach Spanien, wo es während sieben Jahrhunderten eine Zivilisation aufrechterhielt, die in vieler Beziehung allem überlegen war, was Europa damals hervorbringen konnte.

Der Strom afrikanischer Menschheit, der jahrhundertlang von Afrika nach Amerika floss und seine Naturschätze bereicherte, hat mächtig dazu beigetragen, die europäischen Kolonien in große unabhängige Nationen zu verwandeln.

Als der Sklavenhandel über den Ozean aufhörte, war Afrika für einige Zeit weniger in die Welthandel verwickelt. Aber die Periode der Ruhe war kurz.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts begann Afrika wieder auf einen beträchtlichen Teil der europäischen Geschichte einzuwirken, und es spielte dabei eine unmittelbare und tiefgreifendere Rolle als je vorher. Seitdem war Afrika berufen, das Objekt für eines der Hauptinteressen im Leben aller Europäer zu spielen.

Dem Durchschnittsarbeiter und seiner Familie sind selbst die Namen der afrikanischen Flüsse und Berge unbekannt; für den Durchschnittspolitiker ist deren Existenz kaum mehr als eine Abstraktion. Und doch zählen die letzten 35 Jahre, in denen Europa den Einfall in Afrika vollzogen und der ganze Kontinent unter mehrere einander feindliche Mächte verteilt hat, zu den bewegtesten in der modernen Geschichte Europas. Und dieser Einfall, dieser Versuch, die afrikanischen Schätze unmittelbar durch das kapitalistische Europa auszubeuten, hat erheblich zu den Schwierigkeiten beigetragen, unter denen die europäischen Völker mit wachsender Heftigkeit zu leiden haben.

Im Verlaufe dieser Periode sind die europäischen Völker nicht ein, sondern oftmals hart am Kriege vorübergegangen; und die Konflikte wegen des Besitzes afrikanischer Gebiete oder der Ausbeutung gewisser Regionen Afrikas waren am häufigsten Ursachen dieser Gefahr.

Zu einem erheblichen Teile findet man in Afrika die mittelbaren und unmittelbaren Ursachen des gegenwärtigen Krieges. Die einander widerstrebenden Gelüste der europäischen Regierungen auf Afrika haben den Samen der Zwietracht gesät, der eine so traurige Ernte für Europa gebracht hat.

In demselben Maße als Afrika zur Entfesselung des Krieges beigetragen hat, wird es beitragen zu dem eventuellen Friedensvertrag, der dem Kriege ein Ende setzen wird in der Morgenröte der Hoffnung auf eine vernünftigeren Welt, wenn die Völker nicht wieder nach einigen Jahren in den Sumpf der Verbitterung patschen sollen. Die Zukunft eines ganzen Kontinents kann nicht durch die Zufälle militärischer Eroberungen, sei es in Europa, sei es auf diesem Kontinent selber entschieden werden.

Darum ist es wichtig, sich mit der Verteilung der europäischen Herrschaft in Afrika, wie sie vor dem Kriege bestand, vertraut zu machen, damit wir einen Blick auf die Ereignisse werfen können, die sie erzeugt, einige innerafrikanische Fragen untersuchen können, soweit sie von den europäischen Unternehmungen berührt werden und einige Faktoren der modernen Ausbeutung Afrikas durch die europäischen Regierungen aufzählen können.

Die Verteilung der europäischen Herrschaft in Afrika.

Zu Beginn des Krieges teilten sich die Engländer, Franzosen, Deutsche, Belgier, Portugiesen und Italiener in die umfassenden Herrschaftsrechte Europas in Afrika. Zahl und Ausdehnung der spanischen Besitzungen waren unbedeutend. Zwei afrikanische Gebiete hatten sich ihre Unabhängigkeit erhalten: Abessinien und Liberia, wenn auch die sogenannte Republik Liberia in hohem Maße Fiktion war. Die britischen Gebiete in Afrika, die vom Colonial-Office verwaltet werden, umfassen Nigeria, Britisch-Ostafrika, Uganda, die Sierra Leone, Nyassaland, die Goldküste und die Ashantiküste mit ihren inneren Gebieten, Gambia, Basutoland. Das bedeutendste dieser Gebiete ist Nigeria mit einem Flächeninhalt von 336 080 englische Quadratmeilen (d. h. so viel wie Deutschland, Italien und Holland zusammen) mit über 17 Millionen Einwohnern.

Basutoland, Swaziland und Bachualand gehören geographisch zur Südafrikanischen Union, aber das Colonial-Office kontrolliert ihre Verwaltung durch einen Generalinspektor. Die Südafrikanische Union ist ein Dominium, das sich selbst verwaltet, mit einem Flächeninhalt von 473 575 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von fast 6 Millionen. Sie umfasst die Kapkolonie, Natal, Transvaal und den Oranjefreistaat. Rhodesia steht unter der Kontrolle der Britisch-Südafrikanischen Kompagnie. Dieser Liste dürfen als rein englische Gebiete Ägypten und der Sudan zugefügt werden. Der Gesamtumfang von Britisch-Afrika erhöht sich so auf 3 517 322 Quadratmeilen, also mehr als ganz Europa, mit einer Bevölkerung von ungefähr 51 Millionen Einwohner, wovon einundeinhalb Millionen Europäer oder Mischvölker sind.

Die französischen Besitzungen in Afrika umfassen Algerien, Tunis, Westafrika, Französisch-Kongo, die Sahara, die Somaliküste, Madagaskar und Marokko mit einem Gesamtflächeninhalt von 4 573 570 Quadratmeilen und einer auf 36 Millionen geschätzten Bevölkerung.

Die deutschen Besitzungen umfassen Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und Togo mit einer Gesamtfläche von 1 022 100 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 12 497 470 Einwohnern.

Belgisch-Afrika umfasst den alten Freistaat Kongo, der 1908 von Belgien annektiert wurde, mit einer Bevölkerung, die im Verlauf der 25 Jahre leopoldinischer Verwaltung auf 9 Millionen gesunken ist, während die Oberfläche eine Million Quadratmeilen beträgt.

Zum Besitz Portugals rechnet sich Angola (und Kabinda), Portugiesisch-Ostafrika, Guinea und die Kokosinseln San Thome und Principe, insgesamt 723 382 Quadratmeilen.

Italienisch-Afrika umfasst Tripolis, Italienisch-Somali und die Erythrea. Spanien besitzt ein oder zwei Gebietsteile von der Westküste und an der Nord- und Westküste Marokkos.

Die natürliche Einteilung Afrikas.

Der größte Teil Afrikas ist zur Kolonisation durch weiße Rassen ungeeignet, d. h. die Europäer können dort keine Siedlungskolonien errichten. Diese Tatsache muss man immer vor Augen haben, wenn man das afrikanische Problem verstehen will. Man kann Afrika in drei Hauptgebietsgruppen einteilen:

1. Die Gebiete, wo das Klima und die anderen Naturbedingungen den Europäern gestatten, Kinder gesund aufzuziehen und die Grundlagen für eine europäische Kolonie im wahren Sinne des Wortes zu schaffen.

2. Die Gebiete, wo die klimatischen Bedingungen, obwohl die weiße Kolonisation weniger günstig, doch nicht ganz ungünstig sind, aber wo die Zahl der Ureinwohner, ihre Eigenschaften und Charaktere eine weiße Kolonisation verhindern.

3. Die Gebiete, wo aus klimatischen Gründen absolut keine Rede davon ist, dass sich eine europäische Kolonie entwickeln könnte. Das sind, wie gesagt, die ausgedehntesten Gebiete.

Daraus folgt, dass die Natur der direkten Aktion der Europäer in Afrika unüberschreitbare Grenzen gesetzt hat. Selbst in der Abteilung 1, der günstigsten des Kontinents, kann die Kolonisation nur teilweise durchgeführt werden. Keine weiße Kolonie kann sich in irgendeinem Teile Afrikas ganz auf sich allein stützen. Afrikaner oder eingewanderte Asiaten müssen mit gewissen Ausnahmen die schwerste Handarbeit übernehmen. Das Regierungsproblem wird deshalb immer verwickelter wegen der inneren Schwierigkeit des Zusammenlebens der beiden Nassen, zumal da die Eingeborenen stärker und fruchtbarer sind.

In der Abteilung 2 stellen sich der europäischen Kolonisation größere Widerstände in den Weg. Sie umfasst vor allem die Länder um das Mittelmeer, also Tunis, Tripolis, Ägypten, Algier und Marokko. Die eingeborene Bevölkerung ist verhältnismäßig dicht und kein weißes Proletariat könnte mit ihr konkurrieren. Außerdem, sei es wegen des Klimas, sei es wegen der Bodenbeschaffenheit oder aus beiden Gründen zugleich, können die Europäer keine festen Niederlassungen in großen Teilen dieser Gebiete schaffen. Ein großer Teil von Tunis und Tripolis ist Halbwüste, und obgleich die künstliche Bewässerung vor dem Kriege begann Wunder zu wirken, so ist doch die Zeit kaum abzusehen, wo diese Gebiete eine europäische Bevölkerung haben werden, die dort wirklich dauernd lebt.

Der Teil 3 des Kontinents ist das unermessliche Territorium im Innern der tropischen Zone und um sie herum, er wird ungefähr vom 18. nördlichen und 15. südlichen Breitengrad

begrenzt. Für 90 von 100 Europäern ist dort das Leben ein beständiger Kampf um die Gesundheit.

Und dort befindet sich auch die größte Reserve tropischer Produkte der Welt – Palmöl, Kautschuklianen, endlich verschiedene Edelhölzer von hohem Wert, Gummi, Harz, Öle und Textilpflanzen. Dort könnten eingeführte tropische Pflanzen im Überfluss gedeihen. Das ist der Lieblingsplatz für alle die tropischen Produkte, welche die moderne europäische Industrie in stets wachsenden Mengen verlangt.

Hier haben sich England, Frankreich und Deutschland in den letzten 30 Jahren Einflussphären geschaffen, manchmal durch Verträge mit den Häuptlingen der Eingeborenen, manchmal durch das Mittel der Gewalt. Dieser Teil Afrikas hat stets ein fruchtbares Feld abgegeben für alles, was in der europäischen Psychologie als schlecht und grausam gilt. Denn dort gibt es ein Menschenmaterial, das sich für eine gerechte und anständige Verwaltung erstaunlich erkenntlich zeigt, das aber auch eine gefügige Masse in den Händen der Sklavenhalter und Ausbeuter ist.

Vor entscheidenden Kämpfen.

Während die Provisorische Regierung die Flucht nach Moskau vorbereitet, während sie also den Willen bekundet, die Stadt aufzugeben, in der sich ein Drittel aller für die Verteidigung arbeitenden Metallarbeiter, über ein Drittel aller für die Verteidigung arbeitenden chemischen Arbeiter befinden, steht der Petrograder Sowjet unentwegt auf dem Standpunkt der Verteidigung Petrograds, dieses Herzens der russischen Revolution. Der Petrograder Sowjet fordert in seinem Beschluss die Garnison Petrograds zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Kampfesfähigkeit auf. Er bildet eine Verteidigungskommission, die die Vorbedingungen der Verteidigung, die persönliche Zusammensetzung der Kommandostellen prüfen soll, die darüber wachen soll, dass kein Teil der Garnison ohne strategische Notwendigkeit aus Petrograd weggeführt wird.

Der Plan der Regierung aus Petrograd zu flüchten, verfolgt offenbar konterrevolutionäre Zwecke. Gestützt auf die Kosaken, mit deren Führern die Regierung jetzt kokettiert, könnte sie versuchen, Petrograd von den Getreide- und Kohलगouvernements abzuschneiden und es auf diese Weise dem Hunger, der Kälte und den Kosakenlanzen auszuliefern.

Gleichzeitig machen die Führer des bankerotten Sozialpatriotismus alles, um die für den 2. November beschlossene Einberufung des Allrussischen Sowjetkongresses zu sabotieren.

In den Petrograder Arbeitermassen steigern alle diese Ereignisse die Unruhe und gleichzeitig den entschiedenen Willen zum Kampf. Man fühlt, dass jedes Ausweichen jetzt eine entschiedene Niederlage ohne Kampf bedeuten würde. Für den 3. November hat der Petrograder Sowjet eine Demonstration angesagt. Die Regierung Kerenskis hat sie verboten. Die bürgerlich-sozialpatriotische Mehrheit der Petrograder Kommunalversammlung und der bankerotte Vollzugsausschuss der früheren Sowjetmehrheit fordern die Massen auf, von der Demonstration abzusehen. Jeder Tag kann große Zusammenstöße bringen. Russland steht am Vorabend des Bürgerkrieges.

Ich merke, dass es, um sich bei Menschen beliebt zu machen, kein besseres Mittel gibt, als sich vor ihren Augen mit ihren Neigungen zu schmücken, in ihrer Grundsätze einzugehen, ihrer Fehler zu beschönigen und allem, was sie tun, Beifall zu zollen.

Die Klügsten sind gerade der Schmeichelei gegenüber die allerverblendesten und es gibt nichts so Abgeschmacktes, nichts so Lächerliches, das sie nicht hinunterschlucken, wenn es mit Lobeserhebungen gehörig gewürzt ist.

Moliere.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 46/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 17. November 1917.

Nr. 46

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Der Sieg der Bolschewiks.

Die Bolschewiks, die russischen Linksradikalen, haben gesiegt. Die Menschewiks, die feigen Opportunisten, die die Revolution an die Kapitalisten und die Ententemächte verrieten, sind an die Wand gedrückt, die Kerenskis, Tereschtschenko, Zeretelli gestürzt und gefangen gesetzt wie die Romanows. Lenin, der Geächtete, der Marat der russischen Revolution, ist aus seinen unterirdischen Zufluchtsstätten heraufgestiegen; er triumphiert. Damit ist an die Spitze der russischen Staatsmacht ein Mann von unbändigem revolutionärem Feuer getreten, ein eiserner Charakter von riesiger Energie, von unbeugsamer Konsequenz, ein Todfeind jedes zersetzenden Opportunismus. Getragen von dem Willen der Industriearbeiterschaft, die alle Schlachten der Revolution geschlagen, die in halbjährigen bitteren Enttäuschungen erfahren mussten, dass alleine rücksichtslose Klassenpolitik, allein die Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats die Revolution retten kann, getragen von den Hoffnungen des kriegsmüden Heeres, aller Elenden und Hungernden, gehen jetzt die Bolschewiks daran, den russischen Augiasstall zu reinigen, Russlands Wirtschaft wiederaufzurichten, der Welt den Frieden zu bringen.

Die Aufgabe, für welche die Menschewiks und die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre keine Lösung fanden, war vor einem halben Jahre ungeheuerlich, aber sie war lösbar, wenn sie mit entschlossener Kühnheit in die Hand genommen worden wäre. Inzwischen ist der Wirtschaftskörper Russlands von revolutionärem Fieber geschwächt, von den kapitalistischen Aasgeiern zerhackt, die militärische Kraft fast vollkommen gebrochen, das Verhältnis zwischen Stadt und Land vergiftet worden, die Kraft der Konterrevolution mächtig gewachsen.

Nicht aus der Glut der ersten revolutionären Begeisterung, welche die Feinde der Revolution paralytiert, im Volke aber Tatenlust, Hingabe und Aufopferungsfreudigkeit weckt, erhalten die Bolschewiks die Staatsmacht, sondern in der höchsten Not der Verzweiflung. Die russischen Jakobiner sind vor eine fürchterlichere Aufgabe gestellt, als ihre berühmten Vorgänger aus der französischen Revolution, eine Aufgabe, deren Lösung kaum glaublich erscheint.

Aber die Bolschewiks haben doch auch andere Machtmittel in der Hand als ihre Vorgänger. Erste Aufgabe jeder revolutionären Regierung ist die Stützung ihrer eigenen

Machtstellung. Ihrer unheilvollen Kompromisspolitik wegen war die verflossene Provisorische Regierung gezwungen, sich auf das Heer zu stützen. Das hieß aber, sich stützen auf die Generäle des Zaren, auf den Kadavergehorsam willensloser Truppen, bei der fortschreitenden Zersetzung des Heeres auf die Todesstrafe und das Niedermetzeln ganzer Regimenter. Das allein schon bedeutete, dass die Provisorische Regierung von vornherein ihr Geschick in die Hände der Militärpartei, der Konterrevolution legen musste. An dieser Halbheit schon musste sie zugrunde gehen, zerrieben von der Revolution, aus der heraus sie geboren, und der Reaktion, deren Machtmittel ihr Stütze sein sollten. Die Bolschewiks, die sich allein auf die breiten Massen des Volkes stützen können, die in allen anderen Klassen der Gesellschaft ihre Todfeinde haben, können es wagen, finden die Garantie ihrer Existenz in der Bewaffnung des gesamten Volkes, der grundlegende Maßregel jeder ganzen Revolution. Wie aus den Zeitungsmeldungen hervorgeht, ist damit schon begonnen worden, und durch diese Maßregel schafft sich die Revolution ein festes Bollwerk gegen die Angriffe der reaktionären Mächte.

Ungleich schwieriger ist die Bewältigung der wirtschaftlichen Neuordnung. Die Verkehrs- und die Agrarfrage sind zu lösen. Das Agrarprogramm der Bolschewiks mit der Hauptforderung: Das Land in die Hände seiner Bebauer! ist bekannt. Es ist kein sozialistisches Programm, da die Wirtschaft für den Sozialismus noch nicht reif ist. Auch in einem modernen kapitalistischen Lande würde die Agrarfrage die größten Schwierigkeiten bieten, weil der „antikollektivistische Bauernschädel“ ganz gewiss dem Sozialismus den heftigsten Widerstand entgegenstemmen würde und zwar wahrscheinlich nicht nur dadurch, dass sie an ihrem Besitztum kleben werden, sondern dass sie die ganze Volksernährung in Frage stellen. Demgegenüber versprechen nur die durchgreifendsten Maßregeln einen Erfolg, die zugleich den Versuch darstellen, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen ständiger Industriearbeiterschaft und landwirtschaftlicher Bevölkerung aufzuheben, indem ein ständiges Pulsieren zwischen Industrie und Landwirtschaft erzeugt wird, die Erziehung durch Arbeit praktisch durchzuführen und durch Maßregeln den Grund zu legen für die Entwicklung eines kräftigen, allseitig gebildeten Menschentums. Die größten Widerstände wecken die höchsten Leistungen. So wird es auch in Russland sein.

In ihrer jämmerlichen Sorge um ihre eigene Existenz hat die Provisorische Regierung zu dem schmachvollen Mittel gegriffen, Stadt- und Landbevölkerung gegeneinander aufzuhetzen, um aus der Zwietracht beider zu gewinnen. Ihre Mindestpreispolitik zu Gunsten der Agrarprodukte verschärfte die Teuerung, brachte den Großstädten den Hunger, trieb damit aber auch die Massen der Großstädte in das Lager der Bolschewiks und führte zum Sturz der Regierung. Die Preispolitik kam aber nur den Grundherren, nicht den Bauern zugute. Deshalb ist zu erwarten, dass die Befriedigung des Landhungers der Bauernschaft, die Aufhebung der sie drückenden Lasten und Steuern, die staatliche Unterstützung und Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen ein festes Band zwischen Bauern und Industriearbeiterschaft knüpfen wird. Nicht Hemmung der Revolution, sondern ihr Vorwärtstreiben kann allein die Revolution selber sichern gegen die Anschläge der Reaktion.

Die Versorgung der Großstädte aber hängt wesentlich von der Wiederherstellung und Sicherung des Eisenbahnverkehrs ab. Das ist allein möglich, wenn es der neuen Regierung der Bolschewiks gelingt, sich in kurzer Zeit über das ganze Land auszubreiten. Zu diesem Zwecke muss sie sich vor allem des Heeres versichern. Das heißt Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Soldaten, Wahl der Unterführer durch die Truppen selbst und Ersetzung der höheren Führer durch unbedingte Anhänger der neuen Regierung, Entwaffnung der unzuverlässigen Zarentruppen.

Verhältnismäßig leicht wird die wirtschaftliche Reorganisation in den Großstädten sein. Die Bolschewiks brauchen nur das Programm durchzuführen, dass sie früher schon dem Arbeiter- und Soldatenrat gegen die widerspenstigen Kapitalisten vorlegten: Verhaftung der

Direktoren der großen Werke, Stellung der Betriebe unter Staatsaufsicht, Einführung einer Werkdemokratie, weitgehende Sozialgesetzgebung, die vorzüglich dazu dienen muss, die erregten Massen zur Fortführung der Produktion zu veranlassen. Im Zusammenhang mit diesen Maßregeln stehen diejenigen, welche dem Staate die Grundlage geben: Beschlagnahme aller Güter der geflüchteten Besitzer, Einziehung des Kriegsgewinnes, starke Besteuerung der großen Vermögen.

Aber alle diese Bemühungen werden nur Erfolg haben, wenn es gelingt, den Frieden herzustellen. Dazu werden die Bolschewiks zunächst die Beziehungen zu den Ententemächten abbrechen, durch Veröffentlichung der Staatsdokumente die Imperialisten bloßstellen und auf alle Regierungen den stärkstmöglichen Druck zur Abschließung des Friedens ausüben. Da selbstverständlich die Bolschewiks keinen Frieden erstreben können, der die Ziele einer Imperialistengruppe sichert, wird der Erfolg ihrer Bemühungen wesentlich von dem Verhalten der übrigen Völker abhängen. So energisch wir davor warnen müssen, sich jetzt gemächlich Illusionen auf einen Frieden hinzugeben, der ganz von allein kommt, so bedeutet der Sieg der Bolschewiks doch die erste Realität, gegenüber der alle Konferenzen in Stockholm und anderswo, alle Parlamentsbeschlüsse und Ministerreden eitel Spreu sind.

Die Parlamentarisierung Deutschlands.

Alle Regierungen erleben eine Krise nach der anderen. Man könnte sagen, sie kommen aus der Krise nicht heraus. Ribot ging weg, Bartou kam. Boseli ist tot, es lebe Orlando. Bethmann-Hollweg war weg, es kam Michaelis, den der „Vorwärts“ als Übergang zum parlamentarischen System begrüßte, um jetzt seinen Abgang vom neuen als einen Übergang zu demselben parlamentarischen System zu begrüßen, das dem deutschen Volke den Weg zu allen Wohltaten der Welt eröffnen soll. Diese neue Ära soll mit dem Grafen Hertling eröffnet werden. Während Herr Michaelis zum Kanzler ernannt wurde, ohne dass er wusste, weswegen ihm dieses nicht erspart wurde, während bei seiner Ernennung die Väter des Volkes gar nicht gefragt wurden, ob sein Antlitz ihnen gefalle, sprach Herr Hertling mit den Vertretern der Volksvertreter und breitete ihnen seine Grundsätze aus. Und die Sozialpatrioten, die zuerst im „Vorwärts“ erklärten, der alte konservative Graf sei zwar ein ausgesucht edler Graf, aber für sie unannehmbar, sie erblicken in ihm jetzt einen neuen Übergang zum parlamentarischen System, d. h. zu der Erneuerung des Deutschen Reiches. Niemand wird in Zukunft wagen, die Regierung zu übernehmen, ohne dass der Reichstag um Zustimmung zur Kanzlerernennung befragt ist. Nun ist das alles eine Legende. Erstens hat Graf Hertling und nicht die Regierung die Vertreter der Parteien um ihre Meinung gefragt, und zweitens gehört ein vollkommener faktischer oder gemimter Unverstand dazu, um anzunehmen, dass sich eine Regierung durch einen Präzedenzfall binden lässt.

Aber legen wir uns einmal die Treuherzigkeit der Scheidemänner zu und nehmen wir an, dass in Deutschland ohne alle Kämpfe die Regierung auf ihr Recht der Bestimmung des Reichskanzlers verzichtet habe. Was dann? Dann werden eben die Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Zentrumsleute zusammen mit den Sozialpatrioten, oder, wenn sich die Konjunktur ändert, zusammen mit den Konservativen den Reichskanzler begutachten, bevor ihn der Kaiser ernennt. Nun legen wir uns noch eine größere Dosis der Naivität zu, und nehmen wir an, dass die Vertreter der Reichstagsmehrheit den Kanzler wirklich bestimmen und somit die Politik der Regierung. Was wird die Folge davon sein?

Hier sind doch keine Prophezeiungen nötig, es liegen Tatsachen in einer Reihe von Ländern vor, die ein festes Urteil erlauben. In Frankreich, England und Italien besteht das gelobte Land, das unsere Sozialpatrioten den deutschen Arbeitern erst vorzaubern. Und das Resultat? Entweder herrscht eine offene arbeiterfeindliche Koalition, die auf Schritt und Tritt die Interessen der Arbeiterklasse offen mit Füßen tritt, oder es bildet sich eine bürgerlich-

reformistische Koalition, die das in etwas versteckter Weise tut: Sie wirft den bestsituierten Arbeitern der Partei- und Gewerkschaftsbureaukratie, ein paar Knochen zu, für welchen Preis sie jede Arbeiterbewegung unterdrücken helfen. Das ist die Bedeutung des parlamentarischen Systems. Würde es heute in Deutschland bestehen, es würde in der Lage der Arbeiterklasse nicht das Geringste ändern. Weshalb Friedberg eine den Arbeitern günstigere Politik treiben sollte als die Beamtenregierung, die er bisher aufs nachdrücklichste beeinflussen konnte, wird man keinem Arbeiter erklären können. So stand die Sache schon vor dem Kriege. Jeder, der der Arbeiterklasse schon damals das Paradies einer parlamentarischen Regierung vorhielt, war ein gewöhnlicher Schwindler. Heute, nachdem der Krieg einen Berg von Lasten auf dem Rücken der Volksmassen aufgestapelt hat, jetzt, nachdem er die Herrschaft der Kartelle ins ungeheure gesteigert hat, jetzt, nachdem alle Wege zur friedlichen Lösung der ungeheuren sozialen Fragen verbarrikadiert und versperrt sind, mit dem faulen Zauber der Parlamentarisierung zu kommen, dazu gehört nicht nur Schwindelgenie, sondern auch eine Schwindlerunverfrorenheit.

Wie wollen Sie denn, Herr Scheidemann, den Arbeitern die Steuerlast abnehmen und der schweren Industrie auferlegen, wo sich doch Friedberg mit Ihnen gar nicht zu einem anderen Zwecke koalitiert, als damit Sie jede Politik der Regierung unterstützen? Herr Scheidemann weiß es sehr gut und darum hat er auf dem Würzburger Parteitag die Arbeiter schon darauf vorbereitet, dass es gilt, in der Zukunft mehr zu arbeiten, dass man keine großen Hoffnungen hegen könne usw. Das heißt: während bisher eine sozialistische Partei angesichts der drohenden Verschärfung des Elends die Massen zur Verschärfung der Kampfmethoden aufforderte, fordert jetzt die sozialpatriotische Partei sie auf, sich vorzubereiten darauf, dass aus der Koalition mit der Bourgeoisie eine Vergrößerung der Lasten entstehen wird, dass diese Koalition sie jedenfalls nicht mindern kann, dass es also gilt – das Schicksal zu ertragen.

Nicht die Parlamentarisierung der Regierung, nicht einmal ihre radikale Demokratisierung bildet die Rettung, sondern soziale Änderungen, die dem Volke nicht nur das Recht, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen, geben würden (Demokratie), sondern auch die materiellen Mittel dazu: *die Mittel der Produktion*.

Als wir Linksradiكالen vor dem Kriege erklärten, der Sozialismus sei die aktuelle Tagesfrage, die wirtschaftlichen Bedingungen seien für ihn reif, da rümpften die Zentrumsleute darüber die Nase. Wir fragen sie jetzt: welche Wege können sie nennen, die imstande wären, die furchtbare soziale Lage, die der Krieg hinterlassen wird, aus der Welt zu schaffen? Sie fühlen es selbst, dass es keine gibt. Wenn das ihr Ernst ist, dann sollen sie doch aufhören die Scheidemänner nur wegen der Tatsache anzugreifen, dass die Hertlingsche Parlamentarisierung keine Parlamentarisierung ist: dann gilt es den Massen zu sagen, dass auch die beste Parlamentarisierung ihnen so viel hilft, wie Weihrauch den Toten.

Die Weltlage und die russische Revolution.

Von Karl Radek.

2. Der Bankrott der internationalen Politik der Sowjet.

Die auswärtige Politik der führenden Parteien der Sowjets, der Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre war eine Politik der Unentschlossenheit. Sie wollten in einer Hand das Schwert führen, mit der anderen die Friedenspalme schwingen. Sie versprachen dem russischen Proletariat auf die Ententeregierungen einen entsprechenden Druck auszuüben, um so die Friedensverhandlungen zu beschleunigen. Das Resultat? Ein früherer russischer Diplomat, Baron Rosen, der frühere Gesandte in Tokio und Washington, schreibt in einem Brief an die Gorkische „Nowaja Schysn“: „Die von uns zugelassene Verschiebung der Besprechungen mit unseren Verbündeten, die zweideutige Haltung unserer Diplomatie in der

von ihr angenommenen Formel gegenüber (Friede ohne Annexionen und Kontributionen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker), brachten und bringen den wirklichen Interessen Russlands ungeheuren und unverbesserlichen Schaden.

Die Bedeutung Russlands fällt mit jedem weiteren Tage des Krieges in demselben Maße, wie der Staatsbankrott, der volle ökonomische Zerfall des Landes, ja die Zerstörung des Staates durch die steigende Welle der Anarchie mit schnellen Schritten nahen.“

Das ist ein Urteil eines konservativen Politikers, der zwar einen Frieden der Völker für eine vollkommene Utopie hält, der aber sieht, dass die russische Diplomatie nichts unternimmt, um auch den kapitalistischen Kompromissfrieden zu fördern. Aber was brauchen wir das Zeugnis des Diplomaten Rosen. Die „Iswiestja“, das Organ des Vollzugsausschusses der Sowjets, bringen in ihrer Nummer vom 3. Oktober einen Artikel über die auswärtige Politik Russlands während der Revolution, der eigentlich verdiente, ungekürzt abgedruckt zu werden. Wir müssen uns aber mit einigen Auszügen begnügen.

„Während der Tätigkeit der ersten provisorischen Regierung, d. h. als Miljukow ihr angehörte, bestand die Tätigkeit des Ministers des Äußeren in dem Versuch, die offen bekundeten revolutionären Losungen zu entkräften. Zur Zeit der ersten Koalition bis zum Rücktritt Zeretellis stand das Ministerium des Äußeren fest auf dem Boden der Deklaration (Friede ohne Annexionen usw.), obwohl es praktisch nichts zu ihrer Verwirklichung unternahm. In der dritten Periode stand die russische Diplomatie nicht so fest auf dem Standpunkt, wie sich das im Zwischenfall Nabokow und die Stockholmer Konferenz gezeigt hatte. Jetzt geht die Entwicklung weiter in derselben Richtung. ... Wir hören aus dem Munde des Ministers des Äußeren Worte, die nicht anders verstanden werden können als ein vollkommener Bruch mit allem dem, was erklärt wurde mit Unterschrift, unter anderem auch des Ministers des Äußeren.

Der allgemeine Eindruck, das allgemeine Ergebnis kann folgenderweise formuliert werden: Im März und April händigte die russische Revolution dem Ministerium des Äußeren ihr Programm zur Kenntnisnahme und Ausführung aus, aber das Ministerium hat es weder innerlich angenommen, noch energisch durchgeführt; wir hörten mehr von Versuchen, den Boden dieses Programms zu verlassen, als ihn zu verteidigen.“

Nach diesen allgemeinen Ausführungen suchen die „Iswiestja“ konkret zu zeigen, wie das alte diplomatische Personal des zarischen Russlands im Amte blieb und wie es nach alten Methoden der zarischen Diplomatie weder mit dem russischen Volke noch mit dem der Verbündeten in irgendwelche Fühlung trat. „Ein halbes Jahr der Revolution ist vorüber. Viel Zeit ist verloren gegangen. Die auswärtige Lage Russlands wird immer schwieriger. Nicht nur die Weiterführung des Krieges, sondern selbst der Friedensschluss droht sich zur Katastrophe auszuwachsen. Kann man noch länger dulden, dass unsere auswärtige Politik auch weiterhin ohne jeden Einfluss der Nation geführt wird?“ – so enden die „Iswiestja“ ihren Artikel. Und das „Djedo Naroda“, das Organ des Zentralkomitees der Sozialisten-Revolutionäre, erklärt im Anschluss an diesen Artikel, Terestschenko habe sich „als Gefangener der zweiklassigen Diplomaten des alten Regimes erwiesen“. „Der Versuch, die russische auswärtige Politik auf ein neues Gleis zu stellen, misslang ihm vollkommen und nach zwei, drei Schritten, die den Stempel des Dilettantismus trugen, fiel er ganz unter den Einfluss und die Leitung seiner nächsten Mitarbeiter. Deswegen nützte er gar nicht die erste Periode aus, bis zur Julioffensive, in der unser internationales Prestige nicht erschüttert war – weder durch die Niederlage in der Front noch durch die Spaltung der Demokratie – um das Interesse Russlands zu vertreten.“

Genug der Zitate. Wie oberflächlich auch die Analyse der auswärtigen Politik Russlands in den Organen ihrer bisher leitenden Parteien ist, sie enthält das vollkommene Eingeständnis eines vollen Bankrotts. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie, die bisher die Politik der Sowjets leiteten, die von der Arbeiterklasse die Unterstützung der Regierung forderten,

erklären jetzt der Arbeiterschaft und der Welt treuherzig, dass die Regierung, in der doch ihre Vertreter saßen, auch nicht den Finger gerührt habe, um das Friedensprogramm der Sowjets zu verwirklichen, ja, es auch um einen Schritt der Verwirklichung näher zu bringen. Sie weisen auf Terestschenko hin als den Schuldigen. Aber ganz davon abgesehen, dass diese Null die auswärtige Politik der russischen Revolution mit Zustimmung der Sozialpatrioten leitete und leitet, so ist es natürlich direkt komisch, eine Person zum Sündenbock für den Zusammenbruch eines Systems zu machen, hinter dem die ganze kleinbürgerliche Demokratie stand.

Das System aber bestand darin: wie die kleinbürgerliche Demokratie im Inneren sich an das Kapital anklammerte, die Rettung der Revolution in der Koalition mit dem Kapital sah, so wagte sie nicht einmal an den Druck auf die Verbündeten zu denken. Sagte doch ausdrücklich Zeretelli, man müsse bei jedem Schritt daran denken, dass er nicht zum Bruch mit den Alliierten führe. Als die Alliierten das merkten, verflog ihre Angst vor dem Einfluss der Revolution auf ihre eigenen Volksmassen. Die Revolution, die es nicht wagte, weder im Innern noch nach Außen als eine Rebellion gegen das Kapital aufzutreten, konnte natürlich die Volksmassen im Auslande gegen ihre Regierungen nicht mobilisieren.

Die russische Revolution blieb isoliert und wurde zur Puppe in den Händen des Ententekapitals. Jetzt versteht das „Djelo Naroda“ gut, dass die von der Entente abgerungene Offensive dem Prestige der russischen Revolution einen Todesstoß versetzte. Eine Revolution, die ihre Söhne mit Gewalt zum Kampf gegen ihre Brüder und für die Interessen des Kapitals treibt, die die Todesstrafe gegen die Soldaten einführt, die Artillerie gegen Arbeiter mobilisiert, sie kann keine Lohe bilden, nach der sich hoffend die Augen der Volksmassen richten. Nachdem die russische Revolution als Sturmbock der Entente eine Niederlage erlitten hat, wurde sie zum Jagdwild der Deutschen. Hindenburg könnte Kerenski eine Prämie bezahlen, weil erst die Offensive Kerenskis ihm erlaubte, ohne jedes Risiko die Bataillone Deutschlands gegen Russland zu mobilisieren.

Nun, nachdem die auswärtige Politik der russischen Sozialpatrioten den vollkommensten Bankerott praktisch erlitten hat, ziehen sie jetzt die Fahne ein, unter der die russische Revolution auf die Weltbühne trat. Der Ruf: Friede ohne Annexionen, Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Phrase, sagten die Bolschewiks vom ersten Tage an. Nachdem die Sozialpatrioten ihn zur Phrase praktisch gemacht haben, liquidieren sie ihn auch theoretisch, formell. Sie nützen die kurze Zeit, wo sie noch im Namen des Zentralausschusses der Sowjets sprechen können, bevor ihnen der Kongress der Sowjets dieses Recht nehmen wird, sie senden Skobelew nach Paris zur Konferenz der Entente, und da sie, die Sklaven der Entente, zu ihrer Konferenz nicht zu dem Zwecke gehen, um die Massen zu wecken, sondern um „diplomatisch“ zu wirken, so geben sie ihm ein Friedensprogramm mit auf den Weg, das die volle Preisgabe des Friedens-, und wenn nötig, des Kriegsprogramms der Revolution bedeutet.

Herr Shobelew soll sich bei den Ententeregierungen dafür einsetzen, dass die Ententeregierungen sich bereitfinden zu einem Kompromissfrieden. Der Friedensvorschlag der bankerotten Sowjetführer geht stillschweigend nicht nur an allen alten Errungenschaften des britischen Imperialismus, an Irland, Indien, Ägypten vorbei, sondern berührt mit keinem Wort Mesopotamien, die wichtigste Eroberung Englands in diesem Kriege. Dafür ist es – in ausgleichender Gerechtigkeit – besorgt um den deutschen kolonialen Besitz, dessen Zurückgabe es fordert. Wir werden auf dieses „Programm“ nachher eingehen, wenn es uns im russischen Original vorliegen wird. Einstweilen genügt es, seinen Charakter festzustellen: Im Namen der russischen Revolution wird ein imperialistisches Kompromissprogramm verkündet, das die Regierungen durchführen sollen.

Wer den Kopf eingebüßt hat, soll nicht den Verlust der Haare beklagen, sagt ein russisches Sprichwort. Nachdem die russische kleinbürgerliche Demokratie zum Werkzeug der Konterrevolution im Innern wurde, wie kann sie nach Außen als Werkzeug der Revolution auftreten? Die russischen Sozialpatrioten stellten sich jetzt offen und bestimmt auf eine Linie mit Sr. Heiligkeit, dem römischen Papst, mit den Exzellenzen des kleinstaatlichen Sozialpatriotismus, dem königlichen Minister Branting und Stauning, dem Berater der holländischen Königin, Troelstra, ja sogar mit den Herolden des Verständigungsfriedens aus der Wilhelmstraße und dem Ballplatz. Sie mögen uns nur belachen wegen unseres Programms des revolutionären Völkerfriedens. Ihr Programm ist utopisch. Das zeigt doch die Aufnahme der Papstnote durch die Entente. Reell ist in ihm nur der Verzicht auf das revolutionäre Erstgeburtsrecht der Revolution.

3. Die Schicksalsstunde der russischen Revolution.

Die russische Bourgeoisie arbeitet seit dem ersten Tag der Revolution daran, der russischen Revolution einen Stoß ins Herz zu versetzen. Die Entente schaut der Todesgefahr, in der sich die russische Revolution befindet, mit geteilten Gefühlen zu. Sie ist betrübt durch das Ausscheiden eines Kriegsverbündeten, der dem Kapital der Entente mit dem Blut seiner Söhne die Zinsen für die Anleihen zahlte, aber gleichzeitig freut sie sich über die Niederlagen der verhassten Revolution. Der Verleumdungsfeldzug der Ententepresse gegen die russische Revolution bereitet den Boden für einen gemeinsamen Kreuzzug der heiligen kapitalistischen Allianz gegen sie.

Die russische Revolution ist eine Auflehnung der proletarischen Massen gegen die kapitalistische „Ordnung“. Könnte sie sie vernichten, sie würde es eher heute als morgen tun. Darum geziemt es ihr nicht zu flennen, gegen die auf ihr Haupt fallenden Schläge zu „protestieren“, was auch unnütze Zeitvergeudung ist. Sich zu wehren, die Leidenschaft der Volksmassen zu entfachen, die Feuerflammen des proletarischen Klassenkampfes in den Himmel steigen zu lassen, als Rufe um Hilfe: eilt, die Gefahr ist groß! – dazu fordern wir sie auf. Es ist möglich, dass die Hilfe nicht zeitig genug kommt. Dann werden auf dem Grabmal der russischen Revolution die alten Worte zu lesen sein: „O Freund! eile nach Sparta und sage, dass wir seinen Gesetzen getreu, hier verscharrt liegen.“

Es ist möglich, dass der Krieg der russischen Revolution den Tod bringt. Es ist möglich, dass der Friede des kapitalistischen Kompromisses ihren Henkern die Hände gegen sie frei machen wird. Aber weder der Krieg an und für sich, ist ihr Tod, noch der Friede an und für sich ist ihr Retter. „Kommt der Friede als Machwerk, als Ergebnis einer Verständigung der kapitalistischen Regierungen, dann wird er der russischen Bourgeoisie, den Ententemächten die Hände frei machen, damit alle am anderen Tage über das russische Proletariat herfallen und den gemeinsamen Feind der ‚Ordnung‘ in Europa in Blutströmen ersticken“ – schrieb im August Spartakus in einem Artikel, zu dem wir noch zurückkehren werden.

Die Krise naht der Lösung.

Von N. Lenin.

Die Ereignisse in Russland, die sich schnell überholen, haben auch untenstehenden Artikel aus der Feder des Gen. Lenin überholt, trotzdem bringen wir ihn, da er die Verhältnisse vor dem letzten Umschwung schildert und unseren Lesern manches bietet, die Lage in Russland besser beurteilen zu können. Red.

In Russland ist die Revolution zweifelsohne an den Wendepunkt angelangt.

In einem Bauernlande, unter einer revolutionären, republikanischen Regierung, die von den Parteien der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks unterstützt wird, von Parteien,

die noch vor kurzem die Mehrheit des Kleinbürgertums hinter sich hatten, wächst jetzt ein Bauernaufstand. Es ist unglaublich, und doch ist es Tatsache.

Uns Bolschewiks wunderte diese Tatsache nicht, wir sagten immer, dass die Politik der berühmten Koalition mit der Bourgeoisie eine Politik des imperialistischen Krieges, eine Politik der Beschützung der Kapitalisten und Junker vor dem Volke ist. In Russland existiert, dank dem Verrat der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks, neben der Regierung der Sowjets eine Regierung der Kapitalisten und Junker. Ist es zu verwundern, dass in Russland bei dem grenzenlosen Elend, das die Weiterführung des imperialistischen Krieges dem Volke gebracht hat, bei all den Folgen des Krieges, ein Bauernaufstand losbrach und wächst?

Wo ist da Platz für Verwunderung, wenn die Gegner der Bolschewiks, die Führer der offiziellen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, die die „Koalition“ immer unterstützte, derselben Partei, die noch vor wenigen Tagen oder wenigen Wochen die Mehrheit des Volkes beherrschte, – der Partei, die heute noch die „neuen“, linken Sozialisten-Revolutionäre, die sich überzeugt haben, dass die Politik der Koalition ein Verrat an den Interessen des Bauerntums ist, beschimpft und bekämpft – wenn diese Führer der offiziellen Sozialisten-Revolutionäre, am 29. September in einem redaktionellen Leitartikel des „Dielo Naroda“, ihres offiziellen Organs, folgendes schreiben:

... „Bis jetzt wurde fast nichts zur Beseitigung der sklavischen Verhältnisse, die bis jetzt noch auf dem Lande, besonders in Zentral-Russland herrschen, getan. Das Gesetz über die Neuordnung der Argrarverhältnisse auf dem Lande, das längst schon der Provisorischen Regierung vorgelegt wurde und sogar das Fegefeuer des Juristischen Beirats glücklich passierte, ist irgendwo in den Tiefen der Kanzleien hoffnungslos verschwunden. Sind wir nicht im Recht zu behaupten, dass unsere republikanische Regierung noch bei weitem nicht frei von den alten zarischen Regierungssitten ist und dass die Stolypinschen Methoden in den Manieren der revolutionären Minister noch weiterleben?“

So schreiben die offiziellen Sozialisten-Revolutionäre. Beachtet doch eins: die Anhänger der Koalition sind genötigt zuzugeben, dass nach sieben Monaten der Revolution in einem Bauernlande fast nichts getan ist „zur Beseitigung der Sklaverei“ der Bauern, zur Befreiung von den Junkern.

Die Sozialisten-Revolutionäre sind es, die genötigt sind, ihren Kollegen, den Herren Kerenski und seine ganze Bande von Ministern, als Politiker vom Schlage Stolypins zu beschimpfen.

Könnte man denn ein besseres Zeugnis aus dem Lager unserer Gegner finden, das beweist, nicht nur, dass die Politik der Koalition zusammengebrochen ist, nicht nur, dass die Sozialisten-Revolutionäre, die in ihrer Mitte einen Kerenski dulden, zum Niveau einer volksfeindlichen, einer bauernfeindlichen, einer konterrevolutionären Partei gesunken sind, sondern auch, dass die russische Revolution an einem Wendepunkt angelangt ist?

Ein Bauernaufstand in einem Bauernlande gegen eine Regierung des Sozialisten-Revolutionärs Kerenski, gegen die Menschewiks Nikitin und Gwozdiew, gegen die anderen Minister – Vertreter des Kapitals und der Junker! – das ist die Lage. Die Niederwerfung dieses Aufstandes durch Militär, auf Geheiß der republikanischen Regierung – das ist die Konsequenz dieser Lage! Kann man angesichts dieser Tatsachen ein ehrlicher Anhänger der proletarischen Sache sein, und gleichzeitig verneinen, dass die Krise reif ist, dass die Revolution am Wendepunkt ist und dass der Sieg der Regierung über die Bauern das Begräbnis der Revolution, der Triumph der Konterrevolution wäre?

* * *

Es ist klar, dass, wenn in einem Bauernlande, nach sieben Monaten einer demokratischen Republik, es zu einem Bauernaufstand kommen konnte, dies ein unwiderlegbarer Beweis

eines allgemeinen Zusammenbruches der Revolution, einer tiefen Krise, einer Offensive der Konterrevolution „bis zum Äußersten“ ist.

Das ist vollkommen klar. Angesichts der Tatsache eines Bauernaufstandes haben alle anderen Symptome, auch wenn sie gegen eine Zuspitzung der allgemeinen Krise sprechen würden, überhaupt keine Bedeutung. Aber alle Symptome weisen im Gegenteil daraufhin, dass eine tiefe Krise zur Lösung heranreift.

Nach der Agrarfrage hat für das innenpolitische Leben Russlands, für das Kleinbürgertum besonders, die nationale Frage eine sehr große Bedeutung. So sehen wir auch, dass auf der Demokratischen Beratung, die doch von den Herren Zeretelli u. Co. präpariert wurde, die „nationale“ Kurie ihrem Radikalismus nach nur der der Gewerkschaften nachgibt: sie steht an der zweiten Stelle, an der dritten stehen die Arbeiter- und Soldatenräte, die, dem Prozent der Stimmen nach (40 auf 55), gegen die Koalition abgegeben wurden. Aus Finnland führt die Regierung Kerenski, die Regierung der Niederzwingung des Bauernaufstandes, die revolutionären Armeen weg, um die reaktionäre finnische Bourgeoisie zu stützen. In der Ukraina mehren sich die allgemeinen Konflikte wie die Konflikte der ukrainischen Regimenter mit der Regierung von Tag zu Tag.

Nehmen wir weiter die Armee, die in Kriegszeiten eine besonders große Rolle in dem Staatsleben spielt. Hier sehen wir die vollkommene Abwendung der finnländischen Armee und der baltischen Flotte von der Regierung. Wir hören den Bericht des Offiziers Dubasow, keines Bolschewiks, der im Namen der ganzen Front spricht, und viel entschiedener als die Bolschewiks darüber spricht, dass die Soldaten den Krieg nicht weiterführen werden.

Wir lesen die Regierungsberichte darüber, dass die Stimmung unter den Soldaten „nervös“ ist, und dass man für die „Ordnung“ nicht bürgen kann, d. h. man ist nicht sicher, ob sich die Soldaten zur Niederknüppelung der aufständischen Bauern missbrauchen lassen werden. Wir sehen endlich die Abstimmung in Moskau, wo von 17 000 Soldaten 14 000 für die Bolschewiks stimmten. Überhaupt ist diese Wahlabstimmung zu den Rayonskommunalversammlungen eines der beweiskräftigsten Symptome der Tiefe des Umschwunges in der allgemeinen Stimmung.

Dass Moskau viel kleinbürgerlicher ist als Petrograd, ist allgemein bekannt. Dass das Moskauer Proletariat viel nähere Beziehungen zu den Bauern, mehr bäuerliche Sympathien hat, viel intimer die Bauernstimmung widerspiegelt, ist eine alte und bewiesene Tatsache. Und ausgerechnet in Moskau fallen die Stimmzahlen für die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiks von 70 Prozent im Juli auf 18 Prozent im Oktober. Das Kleinbürgertum ist gegen die Koalition, das Volk ist gegen die Koalition, hier ist jeder Zweifel unmöglich. Die Kadetten steigen von 17 Prozent auf 30 Prozent, sie bleiben nichtsdestoweniger die Minderheit, eine hoffnungslose Minderheit, obwohl offenbar die rechten Sozialisten-Revolutionäre und die rechten Menschewiks sich zu ihnen geschlagen haben. Und die „Rußkija Wiedomosti“ verzeichnen, dass die Stimmzahl der Kadetten absolut gefallen ist. Sie hatten 67 000 Stimmen gegenüber der 62 000 von jetzt. Nur die Bolschewiks haben einen Stimmenzuwachs: von 34 000 auf 82 000. Sie bekamen 47 Prozent aller Stimmen.

Dass wir zusammen mit den linken Sozialisten-Revolutionären jetzt die Mehrheit in den Sowjets, in der Armee und im Lande haben, unterliegt keinem Zweifel.

Zu den Anzeichen, die nicht nur eine symptomatische, sondern eine ganz reelle Bedeutung besitzen, gehört auch die Tatsache, dass die Armee der Eisenbahner und der Postbeamten, die eine ungeheure Rolle in dem ökonomischen wie politischen Leben des Landes spielen, in einem scharfen Konflikt mit der Regierung verbleibt, wo sogar die menschewikischen Sozialpatrioten mit ihrem Minister Nikitin nicht zufrieden sind und die offiziellen Sozialisten-Revolutionäre Kerenski u. Ko. „Stolypinsche Gestalten“ nennen.

Es ist klar, dass, wenn eine solche Unterstützung der Regierung seitens der Menschewiks und der Sozialisten-Revolutionäre eine Bedeutung hat, so ist es eine negative.

* * *

Ja, die Führer des Zentral-Vollzugausschusses treiben eine regelrechte Politik der Verteidigung der Bourgeoisie und der Junker. Und es unterliegt keinem Zweifel, dass die Bolschewiks, die sich in die Falle der konstitutionellen Illusionen, des Glaubens an die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, der Erwartung des Kongresses aller Sowjets usw. fangen ließen, dass solche Bolschewiks nur armselige Verräter an der Sache des Proletariats wären.

Die Niederzwingung des Bauernaufstandes durch eine Regierung, die sogar das „Dielo Naroda“ mit Stolypin vergleicht, zu dulden, heißt die Revolution zu verderben. Sie faseln von der Anarchie, von der Gleichgültigkeit der Massen. Die Massen sollen nicht gleichgültig den Wahlen gegenüber sein, wenn das Bauerntum zu einem Aufstand greifen muss und die revolutionäre Demokratie die Niederwerfung des Aufstandes duldet. Die Niederwerfung des Aufstandes in diesem Momente zu dulden, heißt die Erlaubnis zur Fälschung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu geben, die noch schlimmer, noch unverschämter sein wird, als das schon bei den Wahlen zu der Demokratischen Beratung und zum Vorparlament der Fall war.

Die Krise naht der Lösung. Die ganze Zukunft der russischen Revolution steht auf dem Spiele. Die Krise naht der Lösung.

An unsere Abonnenten!

Es war uns für diesmal nicht möglich, das weiße Papier, das unsere Abonnenten gewohnt sind, zu bekommen; der Papiermangel, der sich immer fühlbarer macht, war zum Teil auch schuld daran, dass wir einige Male nur im verminderten Umfange erscheinen konnten. Unser Bestreben soll es stets bleiben, das geistige Band nicht zerreißen zu lassen.

Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 47/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 24. November 1917.

Nr. 47

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Imperialismus und Demokratie.

Anscheinend gibt es keinen größeren Gegensatz als zwischen diesen beiden politischen Grundrichtungen. Der Imperialismus ist die Politik des modernen Kapitals, das Weltmacht nötig hat für seine Expansion. Deshalb bedeutet Imperialismus zugleich die politische Herrschaft dieses Kapitals; nur wenn es unumschränkt über alle Hilfsquellen des Staates gebieten kann, über die Menschen, über die Regierungsgewalt, über Armee, Industrie und Diplomatie, wenn es das alles in den Dienst seiner Weltmachtziele stellen kann, nur dann ist der Imperialismus als System möglich. Aber Herrschaft des modernen Kapitals, des Großkapitals, des Finanzkapitals ist Herrschaft der Wenigen über die Masse; eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten, umkreist von einem Tross von Aktionären und Direktoren, im engen Verband mit den Spitzen des Militärs, des Beamtentums, des Grundbesitzes beherrscht Gesellschaft und Staat. Das ist die ökonomische Grundlage des Imperialismus.

Demokratie ist in Allem der völlige Gegensatz dazu. Demokratie ist Herrschaft des Volkes, also Eigenherrschaft des Volkes über sich selbst, d. h. diejenige politische Organisation, durch die das Volk seine eigenen Interessen versorgen kann. Das Ziel ist nicht Weltmacht, sondern die eigene Wohlfahrt, nicht auf das Ausland, sondern auf das Inland gerichtet, nicht militärische Eroberung, sondern friedliche Produktion. Also in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil von Imperialismus.

So ist es auch meistens mehr oder weniger klar empfunden. Aber trotzdem haben sich Erscheinungen gezeigt, die gleichsam einen Zusammenhang, eine Verwandtschaft erzeugen. In der Gesellschaft sind die Gegensätze nie einfach und unvermittelt; auch wenn sie noch so klar sind, so kommt immer etwas anderes hinein, das den Gegensatz verwirrt, verwischt und scheinbare oder wirkliche Zusammenhänge produziert. Wer das nicht bedenkt – d. h. nicht dialektisch zu deuten weiß, nicht mit Maß und Vernunft zu unterscheiden weiß – sieht sich plötzlich vor Tatsachen gestellt, die seine Denklinie verwirren und sein Handeln unsicher macht, ja ihn bisweilen völlig purzeln lassen.

Es war der selige englische Politiker Joe Chamberlain, der erste große bewusste Imperialist, der diese Verwandtschaft zum Angelpunkte seiner Politik machte – er war ja auch ein Radikaler, bevor er Imperialist wurde, und er ist daher der Vorgänger aller jener Modernen,

die aus Demokraten oder Sozialdemokraten zu Klopffechtern des Imperialismus wurden. Chamberlain sagte: Imperialismus und Demokratie gehören zusammen als zwei Seiten derselben Politik. Aus der Beherrschung fremder Weltteile zieht England große Gewinne (Handelsgewinne nannte Chamberlain sie), seine Industrie blüht, und davon bekommen die Arbeiter auch ihren Teil, z. B. in der Gestalt gut eingerichteter Sozialgesetze, Alterspensionen u. dergl.; diese Weltpolitik ist also im Interesse der Arbeiter und muss von den Arbeitern als demokratische Politik unterstützt werden. In dürren Worten kommt es darauf hinaus: Arbeiter und Bourgeoisie vereinigen sich, um Fremdvölker auszubeuten und zu teilen, wobei natürlich der Bourgeoisie der Löwenteil, den Arbeitern ein Knochen zufällt.

Für das England vor 30 Jahren wäre das noch eine verständliche Politik, denn das Risiko dieser Ausbeutung war damals noch nicht groß. Wenn jetzt ähnliche Gedankengänge in anderen Ländern auftauchen, liegt die Sache wesentlich anders. Denn neben den versprochenen Vorteilen liegen handgreiflich die Gefahren: Streit zwischen den verschiedenen Mächten, Krieg, Tod, Verwüstung und Untergang der Kultur. Angesichts der Praxis des Weltkrieges könnte man also glauben, dass das Thema Imperialismus und Demokratie jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung stehen könne. Aber gerade umgekehrt ist es jetzt aktueller als je. Und zwar nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen.

Der Imperialismus ist die Politik, die alle Volkskraft in den Dienst des Streben nach Weltmacht stellt. In diesem gewaltigen Ringen der Mächtegruppen muss die regierende Klasse in der Tat alle Kräfte, die im Volke liegen, materielle wie geistige, intellektuelle wie sittliche, zu ihrer Verfügung haben und anspannen. Aber diese liegen in den Menschen; die Menschen muss man haben. Und es genügt nicht, dass sie gehen; sie müssen willig, begeistert gehen. Dass die Menschen willig, teilweise sogar begeistert in den Krieg zogen, in fast allen Ländern, das war im Anfang des Krieges die große freudige Überraschung für die Bourgeoisie. Über die Ursachen wollen wir hier nicht reden, sondern über die Konsequenzen. Es gilt nun nachher, da die erste Begeisterung verschwunden und geduldiges Ausharren nötig ist, die Bereitschaft der Massen, ihr Ganzes für die Kriegsziele einzusetzen, zu erhalten, zu heben, zu stärken. Und dazu gibt es kein besseres Mittel als den Massen etwas zu bieten, das etwaige Missstimmung aufheben könnte, das ihnen das Gefühl gibt, einen Gewinn aus den Kriegsoffern heimzubringen, das als Verkörperung der schönen Worte der Klassensolidarität gelten kann. Dazu ist nichts tauglicher als demokratische Zugeständnisse.

Allgemeiner gesagt: eine großzügige imperialistische Politik muss auch die Massen für sich gewinnen, ihre Bereitschaft kaufen, indem sie den Massen etwas verspricht oder gibt. Geldwertiges kann sie nicht geben, denn sie kostet selbst zu viel; den Massen gibt sie Armut und Hunger; also gibt sie etwas Ideelles, Politisches, Papiernes, etwas Demokratie. Denn wollen die Massen nicht mit, werden sie widerspenstig, unwillig, so hört alles auf. Natürlich gibt die herrschende Klasse so etwas nicht oder nur selten in breitdenkender Großmut im Voraus, nur wenn sie die Notwendigkeit fühlt, wenn sie wegen früherer Versprechungen nicht länger umhinkann oder wenn die Missstimmung allzu groß wird. Und dann natürlich nicht so, wie es unseren Zielen künftiger Machtergreifung durch das Proletariat, sondern wie es ihren Zielen, Bekämpfung der Missstimmung, entspricht. Denn nicht das proletarische Interesse, sondern ihr eigenes Interesse ist Ziel und Zweck der Reform. Man wird also immer sehen, dass diese demokratischen Reformen in den Einzelheiten so veranschaulicht werden, dass der Schein bestehen bleibt und das innere demokratische Wesen möglichst gebändigt und aufgehoben wird. Also das Ziel im Grunde: im Scheine bedeutende Konzessionen, die in der Tat möglichst wenig bedeuten, zu machen.

Allerdings kann der Form nach doch ein bedeutender Fortschritt darin liegen. Denn die Haltung des Proletariats in dem Weltkrieg hat viele alte Befürchtungen der herrschenden Klasse zerstreut. Ihr Misstrauen gegen die Massen, der sie immer Angst vor einem zu demokratischen Wahlrecht einflößte, ist erheblich geschwunden; sie fürchtet den Sozialisten

nicht mehr. Einer patriotischen Oppositionspartei wagt sie wohl das Wahlrecht oder ein größeres Mitbestimmungsrecht zu geben; in den wichtigen Fragen der imperialistischen Politik überhaupt weiß sie, dass sie auf eine solche Partei rechnen darf. Die Bourgeoisie gibt dem Proletariat die Demokratie, weil die Führer des Proletariats darauf verzichtet haben, die Demokratie als Waffe gegen die Bourgeoisie anzuwenden.

So ist z. B. während des Krieges in Holland ein allgemeines Wahlrecht zu Stande gekommen, damit hat die holländische Bourgeoisie sich die treue Ergebenheit der Arbeiter hinter Troelstra usw. gesichert und einen Freibrief bekommen für ihre Politik, die den Arbeitern das schlimmste Elend gebracht hat. So wird es voraussichtlich auch in Schweden gehen. Unsererseits wurde ja immer hervorgehoben, dass auch vorher im Interesse der Bourgeoisie, im Auftrage der Bourgeoisie regiert wurde; dass eine andere Sorte ihrer Männer auftritt, macht für uns keinen wesentlichen Unterschied. Man darf darauf rechnen, dass auch andere Länder etwas ähnliches zeigen werden. Überall muss der Imperialismus die Demokratie, scheinbar seinen größten Antagonisten, in seinen Dienst stellen. Es ist allerdings eine Demokratie danach, aber es zeigt jedenfalls, dass der Imperialismus sich nicht ganz sicher fühlt.

Der Bürgerkrieg in Russland.

In den Tagen vom 4. bis 7. November siegte in Petrograd die revolutionäre Arbeiterklasse und die Garnison, der Petrograder Arbeiter- und Soldatendelegiertenrat riss die Macht an sich, der allrussische Sowjetkongress, dessen Zusammentritt die Regierung verhindern wollte, fand statt und er proklamierte die Übergabe der Gewalt an die Sowjets, des Grund und Bodens an die Bauern und die Einleitung der Friedensverhandlungen. Die Garnisonen und Sowjets in ganz Nordrussland und Finnland wie die baltische Flotte traten auf seine Seite. Dasselbe fand in allen Arbeiterzentren statt. Über die Lage an der Front und über die Lage in den Dörfern des großen Russland fehlen jede zuverlässige Nachricht.

Der ins Auge springende Fehler bei der Beurteilung der neuen Revolution, die am 7. ds. in Petrograd siegte, ist, dass die europäische Presse diesen Sieg als Putsch, als Staatsstreich behandelt. Dieser Sieg war kein Putsch der bolschewikischen Partei, die irgendwelchen günstigen Zusammentreffen von Ereignissen ausnützend sich der Gewalt bemächtigte, um durch eine ungünstige Wendung in den Abgrund geworfen zu werden. Die Kämpfe, die zur Machtergreifung in Petrograd führten, waren das Resultat der gänzlichen Aussichtslosigkeit, in der sich die Arbeiter- und Soldatenmassen sowie das Bauerntum befanden. Weder eine Aussicht auf die Lösung der Bodenfrage, noch die geringste Aussicht, dass die Regierung den Kriegshyänen das Handwerk legen würde, noch eine Aussicht auf den Frieden, das war die Situation und das trieb die Massen. Man erinnere sich doch, dass seit dem Korniloff-Aufstand und insbesondere seit der demokratischen Konferenz und ihrem Fiasko in voller Öffentlichkeit der Kampf um die Gewalt von den größten Sowjets Russlands angekündigt worden ist, dass offen Vorbereitungen getroffen waren. Ein Putsch wird in den unterirdischen Gängen der Konspiration vorbereitet, eine Massenrevolution kann nicht konspiriert werden.

So offen wie am hellen Tage das Petrograder Proletariat und die Petrograder Garnison zum Kampfe anrückten, so offen auf der Hand liegen auch ihre Aussichten und die ihr drohenden Gefahren. Sie ist die Revolution der Arbeiterklasse, die in sieben Monaten der bisherigen Revolutionsentwicklung jedes Vertrauen zur Bourgeoisie verloren hat. Dies war die Stimmung nicht nur der Petrograder Arbeiter, sondern der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter in ganz Russland. Die Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre, die gegen diese Stimmung ankämpften, die das Bündnis mit der Bourgeoisie aufrechterhalten wollten, haben in den letzten Monaten in der Arbeiterklasse vollkommen den Boden verloren. Und so kann

man sicher sein, dass der siegreiche Aufstand in Petrograd überall die Arbeiter zu den Waffen rufen wird.

Die Revolution in Petersburg war eine Soldatenrevolution. Würde Kerenski sich auch nur auf einen Teil der Armee stützen können, er würde nicht Petrograd, das Zentrum der Autorität und der Macht, verlassen haben. Die Petrograder Garnison ging zu den Bolschewiks über, weil sie jedes Vertrauen, dass die Regierung den Frieden vorbereiten oder den Kampf organisieren könnte, verloren hatte. Die Stimmung an der Front wird in überwiegendem Maße dieselbe sein, wie in Petrograd. Die Soldatenmasse will in viel höherem Grade den Frieden als die Bolschewiks, die als politische, revolutionäre Partei nicht jeden Frieden unterzeichnen können.

Dem Petrograder Aufstand ging eine Welle der Bauernbewegung voraus, die von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse als wilde Pogrome dargestellt worden sind, die aber in ihrem sozialen Kern den Aufstand des Bauerntums gegen die Junker und die sie stützende Regierung darstellt. Diese Aufstände, die mit Waffengewalt unterdrückt worden sind, bedeuten den faktischen Bruch der Bauern mit der Regierung. Sie gaben die Möglichkeit der Verbindung des Proletariats mit den Schichten des besitzlosen und armen Bauerntums. Die Armee bildet, als Organisation, die linken Sozialisten-Revolutionäre, als Partei die Verbindung zwischen den bolschewikischen Proletarier und dem revoltierenden Bauerntum. Das sind die Kräfte der Revolution und auf sie stützen sich ihre Aussichten.

Gegen sie stehen die Junker, die Kapitalisten, die Bureaukratie und die bürgerliche Intelligenz bis zu den Kreisen der rechten Menschewiks und der rechten Sozialisten-Revolutionäre. Die Annahme, sie könnten sich stillschweigend einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung unterwerfen, ist völlig grundlos. Es war von vornherein klar, dass sie alles aufbieten werden, um die Arbeiterregierung zu stürzen. Die Frage war nur, wann, wie und wo sie an die Arbeit gehen würden. Ihre Aussichten, an der Spitze eines Teils der Frontarmee gegen die Bolschewiks zu marschieren und sie niederzuwerfen, halten wir für gering, obwohl das letzte Ausbleiben der Nachrichten aus Petrograd den Schluss zulässt, dass schon Kämpfe zwischen den revolutionären und konterrevolutionären Truppen ausgebrochen sind. Wohl steht auf der Seite der Konterrevolution die Generalität und das Offizierkorps mit ihrer strategischen und taktischen Routine. Auf der Seite der Bolschewiks nur eine kleine Anzahl junger Offiziere. Aber der Generalität fehlt jede, die Massen anfeuernde Losung, sie ist von ihnen getrennt durch den plebejischen Hass und das Misstrauen der Unterdrückten zu den Unterdrückern. Ein Aufstand nur eines Teiles der Armee mit der Generalität an der Spitze gegen die Regierung des Friedens wird kaum imstande sein, der Arbeiterrevolution ein Ende zu bereiten.

Größer ist die Gefahr, die vom Südosten droht. Die Kosaken werden unter der Leitung des Generals Kaledin versuchen, das Kohlen- und Erzgebiet von Donetz abzuschneiden, die Bahnverbindungen und somit Lebensmittelfuhr zu stören. Sie tun es, nicht nur, weil sie von jeher die Hunde jeder Reaktion sind, sondern aus sozialen Gründen. Die Kosaken sind in ihrer Mehrheit reiche Bauern, sie bilden in ihren Gebieten eine Minderheit der zugewanderten Bevölkerung den Kleinbauern gegenüber, denen sie jede Rechte absprechen. Sie fürchten, es könnte bei der Agrarreform ein Teil ihres Besitzes diesen armen Bauern zugesprochen werden. Aber damit ist auch gesagt, dass die Kosaken auf ihrem Territorium nicht frei handeln können. Indem sie gegen die Arbeiterrevolution die Waffen erheben, rufen sie gegen sich an Ort und Stelle die ihr verwandten Kräfte in Bewegung.

Ungeheuer sind die Gefahren, die die Arbeiterrevolution bedrohen, ungeheuer die Schwierigkeiten der sie Herr werden soll. Inmitten eines agrarischen Landes, einer jungen Arbeiterklasse, ohne die administrativen Fähigkeiten, die nur eine langjährige organisatorische Arbeit geben kann, sucht sie mit bewaffneter Hand einer Welt von Feinden

das Land strittig zu machen, dem Geschicke in die Zügel zu fallen. Sie sucht dem Kapital in Russland das Gesetz zu diktieren. Es wäre lächerlich, den Sieg der Konterrevolution nahen zu sehen. Die russische Arbeiterklasse hat eine revolutionäre Energie, wie sie das Proletariat in keinem anderen Lande bisher entfaltet hat. Das Wichtigste ist, die Konterrevolution kann zwar momentan siegen, aber sie ist nicht imstande den Massen irgendetwas zu geben. Wenn eine siegreiche Arbeiterrevolution an Brotmangel scheitern könnte, so muss die Konterrevolution an ihm scheitern. Eine kapitalistische Regierung, in deren Händen der ganze Staatsmechanismus versagt, die gegen sich die Bauern, die Arbeiter und die Soldaten hat, sie kann sich nicht halten und darum kann sie überhaupt nicht siegen.

Die Frage steht so: siegen die Bolschewiks, dann werden sie versuchen durch die eiserne Diktatur der Arbeiter und Bauern das Los der Massen zu erleichtern, alle ihre Kräfte in demokratische Organisationen zusammenzufassen, sie werden versuchen zu einem ehrlichen Frieden zu gelangen. Siegt momentan die Konterrevolution, so wird sie das ganze Land gegen sich haben, sie wird nicht verhindern können, dass es sich in ein Flammenmeer verwandelt, dass die Armee von der Front zurückflutet, dass sie alle Kulturzentren zerstampft und vernichtet.

Zwei Friedensprogramme.

Von Karl Radek.

1.

Der Stockholmer Friedenskongress konnte nicht stattfinden, weil die Regierungen der Entente noch zu keinem Kompromiss bereit sind. Und da die Knechte tanzen, wie die Herren pfeifen, so konnten die Sozialpatrioten sich nicht zusammenfinden. Nun hatten die neutralen ehrlichen Makler aus Holland, Schweden, Dänemark und Norwegen Zeit, sich an den Konferenztisch zu setzen und aus den sich ausschließenden Standpunkten der sich bekämpfenden Sozialpatrioten einen gemeinsamen Standpunkt, ein gemeinsames Friedensprogramm auszuarbeiten. Das Dokument wird ohne jeden Einfluss bleiben. Es steht hinter ihm kein Wille zum Kampfe. Entschließen sich aber die Regierungen zu einem Kompromissfrieden, so brauchen sie den Rat der Herren Troelstra, Branting und Stauning nicht. Trotzdem verdient das Friedensprogramm des Stammtisches von Klara Västra, Kyrkogatan besprochen zu werden, weil es das Wesen der „Verständigungspolitik“ von Stockholm zeigt.

Die Herren neutralen Makler sagen ehrlich und offen, dass sie auf dem Boden des Status quo „mit Korrekturen“ stehen. Diese Offenheit ist sehr zu loben. Worin die Korrekturen bestehen, sagen sie auch klar. Sie richten sich nach der militärischen Lage. Russland ist der schwächste Teil, also unternehmen sie vorerst Korrekturen an seinem Leibe. Sie knöpfen ihm Polen und Finnland ab. Frankreich bekommt zwar Elsass-Lothringen nicht, aber das Volk von Elsass-Lothringen soll selbst über seine Zugehörigkeit entscheiden. Dafür belassen die guten Neutralen Galizien und Posen den bisherigen Besitzern, wie auch die südslavischen Bezirke und fordern für all die nationalen Splitterteile nur die Autonomie. Von den englischen Eroberungen in Asien und Afrika wird kein Wort gesprochen, wie es überhaupt für alle kleinbürgerlichen Friedensprogramme charakteristisch ist, dass sie die kolonialen und überseeischen Fragen, die Fragen der Wege des Weltverkehrs in souveräner Unkenntnis der treibenden Kräfte und der Objekte vollkommen aus dem Auge lassen und an Europa herumdoktern. Die belgische Frage hat für Deutschland keine selbständige Bedeutung, sie ist nur die Frage des Kampfes gegen England.

Indem die Skandinavier-Holländer kein Wort von der Wiedergabe Bagdads, der Teile Arabiens, die jetzt England beherrscht, sprechen, dafür aber die Unabhängigkeit Belgiens

fordern, stellen sie sich unter der Maske der Anerkennung des Status quo auf den Boden eines glatten Sieges des Englischen Imperialismus. Der Schrei der Entente-Prese, dass sie das Programm Deutschlands eigentlich durchführen, bedeutet dagegen nichts. Die Entente ist der Meinung, dass nur der Säugling, der kräftig schreit, auch redlich ernährt wird. Indem das skandinavisch-holländische Programm die Bildung eines mitteleuropäisch-vorderasiatischen Staatenkomplexes außerhalb der Frage stellt (durch die Unterbrechung der Verbindung Bulgariens mit Österreich und offene oder stillschweigende Anerkennung der Abtrennung Armeniens und Mesopotamiens) so ist das Stockholmer Programm objektiv das Programm des siegreichen Englands, mag es sonst den andern Ententemächten unangenehm sein. Damit sagen wir natürlich nicht, dass die neutralen Sozialpatrioten bewusst den Sieg des englischen Imperialismus fördern wollten. Sie haben doch alle zukünftigen Fragen „gelöst“, indem sie noch einmal alle sakrosankten Formeln der Abrüstung und der Gesellschaft der Nationen proklamierten. Aber durch solche Lufterschütterungen, kann man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Diese mythischen Produkte sind einstweilen keine Wirklichkeit, sondern Instrumente des politischen Schwindels der Regierungen, die mit dem Hinweis auf einen wunderschönen dauerhaften Frieden, den unsere Urenkel in der schönen Gesellschaft der Nationen genießen werden, uns über die Aussicht auf den vierten Winterfeldzug zu verträsten suchen. Und der korrigierte Status quo der Herren Troelstra und Branting würde einstweilen, bis zum Eintritt des goldenen Zeitalters, in dem die deutschen und englischen Imperialisten friedlich auf einer völkerrechtlichen Weide grasen werden, den Sieg des englischen Imperialismus bedeuten. Das Schicksal des Friedensprogramms des skandinavisch-holländischen Komitees ist kein zufälliges. Entweder baut man ein Kampfesprogramm der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung, oder geht auf die Jagd nach einer Korrektur des Status quo.

Im letzteren Falle muss sich diese Korrektur nach der Sachlage richten, man muss mit der militärischen Lage rechnen. Und wie sehr die Branting und Troelstra überzeugt sind, dass sie ein „gerechtes“ Programm herausdestilliert haben, so haben sie ein Programm geschaffen, das nur zeigt, wie sich die Weltkarte im Kopfe des Philisters gestaltet, in dessen Gehirn aus der Lektüre seines Leibblattes ein Bild auch des militärischen Kräfteverhältnisses sich gebildet hat. Wie der „gesunde Menschenverstand“ gewöhnlich nichts anderes ist als die Auffassung des Philisters von der Sachlage, so ist ein „gerechtes und realistisches Friedensprogramm“ eines opportunistischen Sozialdemokraten nur eine Spiegelung seiner unmaßgeblichen Auffassung der Militärlage.

* * *

Davon geben weder die Leute des holländisch-skandinavischen Komitees, noch die russischen Sozialpatrioten sich keine Rechnung, wie die im Gorkischen Organ gleichzeitig mit den „Iswestia“ das Stockholmer Programm freundlichst „als Grundlage“ begrüßt haben. Sie hätten eigentlich jede Ursache dieses Programm auf das Entschiedenste abzulehnen, weil sie doch selbst gleichzeitig ein ganz entgegengesetztes angenommen haben. In der Instruktion für Skobelew haben sie doch auf alle nationalen Streitobjekte die Formel des Selbstbestimmungsrechtes angewendet.

Die Lösung des Komplexes der nationalstaatlichen Fragen durch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker steht im strikten Gegensatz zu den Korrekturen des skandinavischen Komitees. Sie ist eine Lösung im Prozess der sozialen Revolution, und es ist von vorneherein klar, dass diese programmatische Lösung für die skandinavischen Sozialpatrioten unakzeptabel ist, weil sie auf dem Boden des Burgfriedens und des Reformismus stehen. Ebenso widerspricht die Praxis der russischen Sozialpatrioten, ihr Bündnis mit der eigenen wie der Entente-Bourgeoisie, diesem Programm der Revolution. Wie kommt es also, dass sie es anwenden? Nun, sie wenden es nur zum Scheine an. In allen (mit einer Ausnahme) Fragen, wo sie überzeugt sind, dass eine solche Lösung unannehmbar wäre

für die kapitalistischen Staaten, verzichten sie eben auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes. Teils tun sie es offen, teils stillschweigend. Sie belassen die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns ganz offen in dem alten Staatsverbände, sie sprechen mit keinem Worte von dem Schicksal der Polen in Österreich wie in Deutschland, sie schweigen über die alten wie die neuen Eroberungen Englands. Aber selbst wo sie das Prinzip anwenden, geschehen mystische Dinge.

Statt generell anzugeben, wie das Prinzip in Konkreto angewendet wird, suchen sie verschiedene Modalitäten für seine Anwendung, die zu den verschiedensten politischen Konsequenzen führen können. In Elsass-Lothringen lassen sie einfach die Bevölkerung abstimmen und damit fertig. In Mazedonien lassen sie einstweilen die Autonomie im Staatsverbände Bulgariens genießen und führen erst dann die Abstimmung durch, was natürlich Bulgarien die Möglichkeit gibt, sehr nachdrücklich „die Stimmung“ der Volksmassen zu bearbeiten. In Armenien nehmen sie noch verwickeltere Prozeduren vor, wobei nicht einmal klar ist, welcher Staat den Armeniern die Autonomie gewähren soll: ob Russland oder die Türkei.

Alle diese Künste zeigen, dass die Verfasser den bisherigen Herren des Schicksals der strittigen Gebiete Zugeständnisse machen wollen. Aber wie in der Behandlung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich eine vollkommene Zweideutigkeit und Unklarheit zeigt, so desto mehr in der Behandlung der anderen Fragen. Die Verfasser des Sowjetfriedensprogramms fordern die Neutralisierung der Seewege, die die Zugänge zu den Binnenmeeren bilden. Daneben fordern sie die Neutralisierung des Suez- und Panamakanals. Warum schweigen sie von Gibraltar, ohne dessen Neutralisierung der neutrale Suezkanal ohne weiteres durch die Engländer geschlossen werden konnte? Tun sie es, weil sie wissen, dass England niemals auf die Beherrschung Gibaltars verzichten wird, ohne dass es dazu gezwungen wird? Solche Fragen kann man an die Verfasser des Sowjetprogramms eine ganze Anzahl stellen. Aber die bisherigen genügen vollkommen, um zu zeigen, dass das Programm der bisherigen Leiter des Sowjets keinesfalls die Konkretisierung seines ursprünglichen Programms darstellt, des Rufes: Friede ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Nur der letzte Teil dieses Programms unterscheidet sich von den pazifistischen Programmen des Bürgertums.

Indem die innerhalb sieben Monaten vollkommen bankerotten sozialpatriotischen Führer dieses Programm zum Programm machten, das sie auf diplomatischem Wege verwirklichen wollen, mussten sie das revolutionäre Prinzip des Selbstbestimmungsrechts entweder völlig aufheben oder so verklausulieren, dass seine Anwendung vollständig unklar bleibt: nur in einem Falle, wo sie in ihm eine Brücke zwischen dem deutschen und dem französischen Kapitalismus sehen, wenden sie es wirklich an. In wirtschaftlicher Hinsicht bleibt das Programm vollkommen auf dem Boden des bürgerlichen Freihandels stehen, und wo es versucht die Perspektive der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten zu zeichnen, gerät es in vollkommene, nicht nur pazifistische Konfusion, sondern ureigene Konfusion seiner Verfasser: so wenn sie gleichzeitig Abrüstung und Miliz fordern. Man muss annehmen, dass sie dabei ihr Ideal aus den Petrograder Verhältnissen geschöpft haben, wo eine Miliz existiert, die vollkommen abgerüstet ist.

3.

Das Programm der russischen Sozialpatrioten, die sich in Europa immer noch als Führer der Sowjets betrachten, obwohl sie schon lange die Mehrheit in den Sowjets verloren haben, ist ein Kompromissprogramm, wie das des skandinavischen Komitees, nur mussten seine Verfasser angesichts des revolutionären Milieus, in dem sie wirken, etwas mehr revolutionär scheinende Losungen hineinbringen, die sie jedoch sofort durch entsprechende Klauseln unschädlich machten. Aber um eine Kompromisspolitik zu treiben, genügt noch nicht ein

gutes oder schlechtes Kompromissprogramm. Es ist noch ein Partner nötig, der zu einem Kompromiss bereit wäre. Die Tragikomik der Friedensprogramme der Sowjets wie der skandinavischen Peacemakers besteht aber darin, dass sie mit ihrem Aufruf zum Kompromiss keine Gegenliebe gefunden haben.

Wir sprechen nicht einmal von den Angriffen der verschiedenen sozialpatriotischen Parteien, die dagegen protestieren, dass der Standpunkt, den jede von ihnen einnimmt, nicht genügende Berücksichtigung gefunden hat, obwohl bei einem Programm, das die sozialistischen Parteien zum gemeinsamen Kampfe vereinigen soll, ihre Zustimmung zu ihm nicht ohne Bedeutung ist. Es handelt sich darum, dass es nicht die geringsten Anzeichen dafür gibt, dass die Neigung zu einem Kompromissfrieden bei der Entente wachse. Auf die Ankündigung, dass der Sowjet auf der Pariser Ententekonferenz sein Programm durch Skobelew einbringen wird, antwortete die Entente vorerst mit der Verschiebung der Konferenz. Dann erklärte Herr Bonar Law im Namen der englischen Regierung, die Konferenz werde sich nicht mit den Kriegszielen, sondern mit der Verstärkung der Kriegführung beschäftigen und die französische Madame Anastasie schnitt den Bürger Skobelew, obwohl er ein eleganter und salonfähiger Mann ist und die revolutionäre Mähne in der kurzen Ministerzeit eingebüßt hat. Die Zensur verbot den Abdruck des Sowjetprogramms in der französischen Presse.

Das sind Zeichen, die darauf hinweisen, dass sich die Entente nicht so sehr beeilt, das Programm der Skobelew zu akzeptieren. Niemand kann zweifeln, dass nur die Niederlage Deutschlands auf dem inneren oder äußeren Kriegsfelde seine Regierung dazu bringen könnte, die elsass-lothringische Frage einem Plebiszit zu unterwerfen. Nicht nur Kühlmann sagt: Niemals! sondern auch Scheidemann, der doch durch sein Auftreten der Regierung den zukünftigen Kompromiss vorbereiten soll. Ja selbst in Russland, wo die Niederlagen, die Revolution und der Zustand der Armee die Bourgeoisie für einen Kompromissfrieden geneigter machen müsste, riefen die beiden Kompromiss-Friedensprogramme eine Flut von Schmähungen hervor.

Die „Njetsch“ fragte mit vollem Recht die russischen Sozialpatrioten: Ihr fordert die Neutralisierung des Suez- und Panamakanals? Was wollt ihr tun, wenn England und Amerika, was sicher anzunehmen ist, es ablehnen wird? Wollt ihr den Separatfrieden mit Deutschland oder den Separatkrieg mit der ganzen Welt? Diese Frage steht bei jedem Kompromissprogramm. Stellt man ein Kompromissprogramm auf, so muss man wissen, was man tut, wenn der Kompromiss nicht zustande kommt. Die Sozialpatrioten Russlands haben ein Kompromissprogramm zusammengebraut, ohne zu wissen, was sie tun werden, falls es abgelehnt wird. Bankerott als soziale Kraft, beginnen sie eine Abenteuerpolitik zu treiben. Sie haben die dreimal verkrachte Koalitionspolitik wieder zusammengeleimt und treiben jetzt durch die Aufrollung der Kriegszielfragen, einen Keil in sie hinein. Sie tun es, weil sie in den Arbeiter- und Bauernmassen den Eindruck erwecken wollen, dass sie irgendetwas zur Herbeiführung des Friedens unternehmen. Aber der Bankerott dieses Versuchs wird ihre Lage nur verschlechtern.

Die objektive Situation, die Unmöglichkeit eines praktischen Kompromisses äußert sich in der Schwindelhaftigkeit des Friedensprogramms der Leute, die auf dem Wege des Kompromisses der Welt den Frieden bringen wollen.

„Die Hoffnung auf die Revolution ist ebenso bankerott, wie die auf den Sieg“, – schrieb dieser Tage in der Gorkischen Zeitung Raf Grigorief, einer der Anhänger Martows, des Hamlets der russischen Revolution. Darum Kompromiss. Wir aber sagen: Zeigt doch den Weg zum Kompromiss, den die Regierungen gehen wollen!

Afrika und der Friede.

Von E. D. Morel.

Es ist schwer, das Problem Afrikas vom Gesichtspunkte der künftigen Organisation Europas aus zu behandeln, ohne einen kurzen Abriss der Beziehungen Afrikas zu Europa in der heutigen Zeit zu geben.

Man kann sagen, dass die annexionistische Periode einesteils mit dem Wiedererwachen der kolonialen Bestrebungen in Frankreich nach der Niederlage von 1870, andererseits mit der kapitalistischen Expansion und der Missionsbewegung, die der großen Entdeckungszüge durch Afrika im letzten Abschnitt des 19. Jahrhunderts folgten.

Es mag interessant sein, darauf hinzuweisen, dass, wenn auch die Betätigung der Europäer in Afrika mehrere hundert Jahre zurückgeht, doch die europäischen Regierungen im Allgemeinen mit drei besonderen Ausnahmen nur sehr behutsam an politische Abenteuer über die Küstengebiete hinaus, herangingen.

Mit dem Wiedererwachen der kolonialen Leidenschaften in Frankreich wurde die zweite Periode in der modernen afrikanischen Geschichte eröffnet, die Periode der politischen Aufsaugung, direkter Interventionen und internationaler Aufteilung. Die Balgerei um Afrika begann. Von ihrer Basis, dem Senegal ausgehend, führten die Franzosen zahlreiche politische und militärische Expeditionen in das Gebiet des Niger, indem sie sich vom Innern nach der Küste wandten und die englischen Niederlassungen an der Küste von ihrem Handel mit dem Innern abzuschneiden drohten, was deren Wert beträchtlich mindern musste. Sie fielen in Tunis ein und stürzten sich von Algier aus in die Sahara, wobei sie zugleich nach Westen zu Südmarokko blockierten. Von Liberville, ihrer Basis, im Mündungsgebiet des Gabon aus, stießen sie nach dem Kongo vor. Madagaskar erklärten sie den Krieg, sie marschierten nach der Hauptstadt, besetzten die ganze Insel und führten die Königin weg. Das alles ward in zehn Jahren durchgeführt, eine erstaunliche Leistung.

In dieser Zeit nahm Afrika gewaltige Proportionen in den Augen englischer Staatsmänner an. Durch den französischen Erfolg im Westen alarmiert, ergriff die britische Regierung verschiedene Maßregeln, um diesem Vorgehen entgegenzuwirken und solange es noch Zeit war, einzuschreiten, vorzüglich in der reichsten westlichen Region, dem Nigerdelta und dem Unterlauf dieses großen Flusses entlang. Einer Gruppe von Kaufleuten wurden bestimmte Vorrechte eingeräumt und sie schlossen unter dem Namen der königlichen Nigerkompagnie mit Hunderten von Potentaten an beiden Ufern des Niger und namentlich mit den mächtigen Emiren von Sokito, Bornu und Katsema Verträge ab. Das Gebiet heißt heute Nordnigeria. [Nordnigeria?]

Eine entsprechende Tätigkeit folgte im Osten den Taten der Entdecker und Verwaltungsbeamten wie Thomson und Sir Harry Johnston und dem Diplomaten wie Sir John Kirk, der am Hofe des Sultans von Sansibar danach strebte, seine Herrschaft über den ganzen Kontinent auszudehnen. Die Kaiserliche Kompagnie von Britisch-Ostafrika wurde gegründet und riesige Gebiete im Innern bis an die großen Seen heran, fielen unter die britische Oberherrschaft. Im Süden führte der erste große Konflikt zwischen Engländern und Buren zum Siege der letzteren. Aber die Entdeckung der Diamanten und später des Goldes und das Auftreten von Cecil Rhodes, sollte die Dinge entscheidend ändern. Im Norden wurde die Verwaltung Ägyptens eine Quelle wachsender Verwicklungen, und das dumpfe Rollen des Gewitters, das den Sudan bedrohte, kam den Nil herab.

Eine dritte Großmacht – Deutschland, trat nun in den Tanz ein. Die deutschen Entdecker hatten eine bedeutende Rolle in der geographischen Erforschung gespielt und die Tradition der Hansestädte wachte wieder auf. Eine Kolonialpartei entstand in Deutschland. Bismarck stand ihren Zielen verachtend und missmutig gegenüber. Aber diesmal waren die Ereignisse

stärker als der Kanzler, und bald war er in ein Schriftduell mit Lord Granville wegen Angra-Pequena, des Schlüssels zu Deutsch-Südwestafrika, wegen Kamerun und Ostafrika verwickelt. Die Verteilung der Ansprüche der französischen, englischen und deutschen Regierung auf Afrika hat die diplomatische Welt Europas mit dem Geschrei erbitterter Kämpfe erfüllt. Zuweilen wurden diese Kämpfe von den Vertretern der beteiligten Mächte auf afrikanischem Boden ausgetragen, und die örtlichen Rivalitäten der eifrigen Beamten wurden verschärft durch das größte Übel der Eingeborenen, die sektierischen Feindschaften der rivalisierenden Religionen. Das Blut der Eingeborenen färbte den Boden von Uganda im Verlauf der Kämpfe zwischen der „französischen Partei“, die sich aus französischen katholischen Paters und der „englischen Partei“, die sich aus englischen protestantischen Missionaren zusammensetzte.

Mitten in diesem Durcheinander erschien der düstere Schatten Leopolds des Zweiten auf der Bühne. Angezogen von der Entdeckung des Kongolaufes durch Stanley, gründete er die Internationale Afrikanische Gesellschaft, ließ er den Entdecker nach Brüssel kommen und ließ ihn im Namen der Gesellschaft Verträge entlang den Ufern des mächtigen Stromes und seiner Nebenflüsse abschließen. Indem er seinen tiefen Abscheu über den Sklavenhandel der arabischen Mischvölker aussprach, deren Raubzüge im Ostteile des Kongostaates durch verschiedene Forscher offenbar geworden war, appellierte er an die Menschenfreunde Europas wegen der Zustimmung zu seiner Initiative, die nach ihm die moralische und materielle Erneuerung der traurigen Lage Afrikas bringen sollte.

Als Stanley mit den Verträgen in der Tasche zurückkehrte, ersuchte der König die Weltmächte, die Gesellschaft als „Freien und unabhängigen afrikanischen Staat“ anzuerkennen. In dieser Epoche war das Hauptziel der britischen Regierung, Frankreich wegen seiner Differenztarife, die überall den britischen Handel durchkreuzten, vom Kongo abzuhalten. Lord Granville traute Leopold dem Zweiten nicht und unterstützte die portugiesische Regierung, welche gegenüber dem König Gegenansprüche auf Grund der alten historischen Ausbeutungsrechte Portugals erhob. Aber Frankreich und Deutschland unterstützte aus verschiedenen Gründen das sogenannte philanthropische Unternehmen des Königs Leopold, das auch die britischen Missionsgesellschaften und das britische Handelsministerium begünstigten, die dann ihre Hilfe bereuten, als es zu spät war. Der Erfolg war, dass der König Leopold in Afrika eine Domäne erhielt, so groß wie Europa ohne Russland.

Das Jahrhundert sollte nicht zu Ende gehen ohne eine neue Reihe dramatischer Ereignisse: die Eroberung des Sudan durch England, den Jamesonzug und dem zweiten Burenkrieg, der die Folgen jenes Einfalles war und dem wieder die Selbstverwaltung, das Geschenk Campell-Bannermanns folgte, und die Gründung der Südafrikanischen Union. Es kamen weiter der Konflikt mit Frankreich wegen der Ankunft Marchands in Fachoda und die Schlussanstrengung Frankreichs, die ägyptische Frage zu lösen und seine früheren Irrtümer auszugleichen. Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts sehen das Ende der französisch-englischen kolonialen Aufschließungsarbeit, den italienischen Einbruch in Tripolis, das Verschwinden des freien Kongostaates und das Auftreten Belgiens als einer afrikanischen Macht.

Afrika war fast ganz aufgezehrt. Das Mahl schien zu Ende zu gehen, ohne dass die Mächte darüber wirklich zu Schlägen gekommen waren. Aber Marokko und Abessinien waren noch nicht aufgesogen. Marokko war für die verschiedenen Formen der europäischen „friedlichen Durchdringung“ leichter zugänglich. Was die Aufsaugung des übrigen Restes Afrikas nicht geleistet hatte, das vollendete die Marokkofrage. Sie lieferte einen guten Haufen Brennstoff für den Weltbrand, der die europäischen Völker verzehren sollte.

So war die Vergangenheit – und die Zukunft? Was kann man tun, um zu verhindern, dass Afrika der Zankapfel unter den europäischen Mächten bleibt und neue Streitfälle hervorbringt, soll es weiter verderbenschwangere Keime über Europa ausstreuen? Das ist das afrikanische Grundproblem, wie es sich dem Europa von morgen darstellt.

Die Gefahren von Afrika.

Wie ich schon gezeigt habe, sind es die unermesslichen nicht kolonisierbaren Gebiete Afrikas, die am nächsten stehen für die industriellen Interessen Europas. Ihre Rivalität wegen des Besitzes dieser Gebiete hat diese schweren Konflikte unter den Mächten erzeugt, die bei mehr als einer Gelegenheit die europäischen Völker während der letzten 30 Jahre auf Handbreite an den Krieg herangebracht haben.

Wenn sich die europäischen Völker als Vertreter der mehr oder weniger primitiven Millionen Afrikaner, die jene Gebiete bewohnen, betrachteten und nicht als ihre Ausbeuter, so müsste sich die Politik, die sie ihren Regierungen erlauben könnten auf gewisse Grundsätze stützen. Aus Unwillen über das oberflächliche Geschwätz, das von der entgegengesetzten Auffassung ausgeht, können die europäischen Völker, deren Regierungen es unternommen haben, die farbigen Rassen zu leiten, nicht ihre Hände von der moralischen Verantwortung, die aus jener Tatsache entspringt, reinwaschen, und das in ihrem eigenen Interesse. Diese Verantwortung trifft nicht die Regierungen allein. Die Völker haben teil daran. Die Demokratie muss sie sich vor Augen stellen und mit ihr kämpfen. Und wenn man sie recht versteht, so laufen die Interessen der Millionen Afrikaner gleich mit denen der europäischen Demokratien, gerade, soweit ihr Militarismus berechtigt ist, obwohl er oft in Konflikt kommen kann mit den Interessen einzelner Leute und gewisser europäischer Gruppen.

Wenn die europäische Verwaltung in dem nicht kolonisierten Afrika von dem Gefühl des Schutzes inspiriert werde, von welchen wesentlichen Prinzipien müssten sie sich dann leiten lassen? Es sind 6 an der Zahl:

1. Die Erde den Landeskindern von selbst vorbehalten, die allein befähigt sind, ihre Schätze zu heben. Der Grund und Boden muss den europäischen Ausbeutern verweigert werden (das ist die Hauptgefahr) und in den Gegenden, wo die europäischen Boden-, Eigentums- und Erbsetze teilweise eingepascht sind, muss er gegen das Vordringen einer Klasse berechtigter Besitzer in die Gemeinden der Eingeborenen verteidigt werden. Ich bediene mich des Ausdruckes *Besitzer*, welcher das Recht des Bodenverkaufs einschließt, das gegen die Gebräuche der Eingeborenen verstößt und das zur Enteignung der Klasse des Volkes führen muss.

2. Aufrechterhaltung der Institutionen der Eingeborenen vor der zerstörenden Ansteckung durch Europa, die unvermeidlich und unerbittlich ist, Stärkung und Vervollkommnung dieser Institutionen, damit sie Widerstandskraft gegenüber jener Ansteckung erhalten.

3. Aufrechterhaltung des Handelsprinzips, das heißt des Rechtes auf Kauf und Verkauf in den ökonomischen Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern, oder mit anderen Worten: Aufrechterhaltung des Rechts der Eingeborenen auf den Besitz der Natur- oder Kulturprodukte ihres Bodens.

4. Regelung des Handels dahin, dass Monopole unmöglich werden, die verhindern, dass die Eingeborenen einen angemessenen Marktpreis für ihre Produkte erhalten, und dahin, dass jeder Handel verhindert oder eingeschränkt werde, sobald er als nachteilig für die Eingeborenen angesehen werden muss.

5. Verhinderung aller künstlichen Beschränkungen des Handels wie die Differentialtarife.

6. Forderung der Gewerbe der Eingeborenen.¹⁷

Diese Prinzipien sind beständig in Gefahr. Am Ende des Krieges werden alle Völker unter einer erschreckenden Schuldenlast keuchen. Die herrschenden Klassen müssen diese Bürde erleichtern. Man wird versuchen die Rohprodukte der tropischen Welt schleunigst in bare Münze einzuschmelzen. Das ist die Gefahr, die dem nichtkolonisierbaren Afrika droht. Halte man sich diese Gefahr beizeiten vor Augen. Fasst die afrikanischen Probleme klar ins Auge und vor allem Westafrikas, des Teils Afrikas mit den reichsten entfalteteten und noch gebundenen Schätzen, wer verhindern will, dass Afrika für die Sünden Europas büßen soll. Und es wird gut sein sich zu erinnern, dass für den Kampf gegen Enteignung und Ausbeutung mehr nötig ist als eine rein negative Stellungnahme. Es muss ihr eine Politik entgegengestellt werden, die auf Wahrheit beruht und auf Kenntnis der Dinge aufgebaut ist.

Feuilleton

An der Grenze.

Von J. L. Perez. (Aus dem Jiddischen.)

An der Grenze zwischen Ja und Nein, Sein und Nichtsein, begegnete der scheidende Sommer dem kommenden Winter.

- Weshalb siehst du so schlecht aus? - fragt der Winter seinen Gegner, der vor ihm steht, auf schwankenden Beinen, mit matten, halberloschenen Augen und fahlem Antlitz.

- Du wirst auch einst nicht besser aussehen! - antwortete der Sommer seufzend.

- Alles hat ein Ende, - philosophierte der Winter.

- Das Rädchen dreht sich, - stimmte der Sommer bei.

Sie schweigen eine Weile, dann fragte der Winter:

- Und dort, was gibt's da Neues?

- Nicht ruhig - antwortete der Sommer, - nicht ruhig.

- Die Bäume?

- Auch sie! Der Teufel weiß, was sie zu tuscheln haben! Tag und Nacht nur ein Sichbiegen, ein Flüstern. Das Flattern der leichtsinnigen Blätter gefällt mir auch nicht; auch sie werden gefährlich, Verbündete offenbar! Auch sie in wärender Bewegung. ...

- Faulen sollen sie - ruft der Winter.

Und es erhebt sich ein Sturm und jagt durch die Welt. ... Von seinem Hauche werden die Blätter trocken, faulen und fallen müde von den Zweigen. ... und dünne Zweige fallen. Es knackt, ein schwaches Zweiglein bricht vom Baume, fällt herunter und wälzt sich am Erdboden zusammen mit den faulen Blättern.

- Und die Teiche? - fragt der Winter.

- Sind mit ihnen einig! Rauschen und murren ... es ist ihnen zu enge in der Welt ... eine Welle drängt die andere, eine Woge rauscht der andern zu: rührt euch, rührt euch! Heraus auf den Sand, auf den freien Strand, zum frischen Gras ... was ist Grenze, es gibt keine Grenze!

Wahnsinnige! eine Welle will ganz hoch hinauf, man drängt und hebt sie auf den Schultern hoch ... sieh, was gibts dort und erzähle...

¹⁷ Das sind alles Grundsätze, die unter der Herrschaft des Kapitalismus undurchführbar sind. Den Wölfen predigt man vergebens den Vegetarismus. D. Red.

Manchesmal siedet und kocht es wie in einer Hölle ...

- Ketten! - gibt der Winter den Befehl ... und gefesselt werden die freien Teiche ... zuerst überzieht sie eine dünne, kalte Haut, aber sie wächst, diese Haut, sie wird dicker und härter, erdrückt alles, erstirbt alles ... still wird's ringsum, man hört kein Rauschen mehr, kein Murmeln ...

Ruhig, starr, tot ...

Die Vögel fliegen in Schrecken davon, es wird noch stiller, noch trauriger ...

- Und die alte Hexe, die Erde, was tut sie?

Sie lebt, ... schmückt sich, ... kokettiert, wendet die Menschengenossen vom Himmel ab, dass sie lieber nach ihrer Schönheit sehen, ihren Reizen.

- Totengewänder! befiehlt der Winter und die Erde wird bedeckt mit weißen, weißen Totengewändern und erstarrt in ihnen.

Sie stirbt - zeitweilig.

Christus.

Von Iwan Turgenjeff.

Ich sah mich als Jüngling, fast noch als Knaben in einer niedrigen Dorfkirche. ... Die dünnen Wachskerzen nahmen sich wie kleine rote Flecken aus vor den alten Heiligenbildern.

Ein kleiner regenbogenfarbener Schein umgab jedes dieser Flämmchen ... Es war dunkel und düster in der Kirche ... Doch stand eine Menge vor mir.

Lauter blondhaarige Bauernköpfe. Von Zeit zu Zeit beugten sie sich, fielen nieder und erhoben sich wieder - gleich reifen Ähren, wenn der sommerliche Wind wie eine langsam dahinflutende Welle über sie hinstreicht.

Mit einem Male trat von hinten jemand auf mich zu und stellte sich neben mich.

Ich wandte mich nicht um; aber ich fühlte sogleich, dass dieser Mensch - Christus sei.

Rührung, Neugier und Furcht bemächtigten sich meiner auf einmal. Ich bezwang mich ... und sah meinen Nachbar an.

Ein Gesicht wie das aller andern - es glich ganz und gar allen andern Menschengesichtern. Die Augen blickten ruhig und aufmerksam ein wenig empor, gen Himmel. Die Lippen sind geschlossen, aber nicht zusammengepresst: es ist, als ruhe die Oberlippe auf der Unterlippe; der nicht starke Bart ist in der Mitte geteilt. Die Hände sind gefaltet und rühren sich nicht. Auch durch seine Kleidung unterscheidet er sich nicht von den andern.

„Wie kann das nur Christus sein!“ dachte ich. „Ein so einfacher, so ganz einfacher Mensch! Es ist unmöglich!“

Ich wendete mich ab ... Doch kaum hatte ich den Blick von diesem einfachen Menschen abgewandt, als es mir wieder war, als stände Christus neben mir.

Noch einmal tat ich mir Gewalt an ... und erblickte wieder dasselbe Gesicht, das allen andern Menschengesichtern glich - dieselben gewöhnlichen, wenn auch unbekanntenen Züge.

Plötzlich ward es mir so schwer ums Herz und ich kam zu mir. Erst da begriff ich, dass gerade solch' ein Antlitz, das allen Menschengesichtern gleicht - das Antlitz Christi sei.

Dezember 1878.

Noch führen wir Krieg!

Von Iwan Turgenjeff.

Welch' geringfügiger Umstand vermag bisweilen den ganzen Menschen umzustimmen!

In tiefe Gedanken verloren wanderte ich einst über die Landstraße dahin.

Bange, schwere Empfindungen bedrückten mir die Brust; es hatte sich meiner eine tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigt.

Ich hob den Kopf ... Vor mir zog sich zwischen zwei hohen Pappelreihen schnurgerade die Straße in die Ferne.

Und über diese Straße hüpfte, von der hellen Sommersonne vergoldet, zehn Schritt vor mir im Gänsemarsch eine ganze Spatzenfamilie – verwegen, ergötzlich, voll Selbstvertrauen!

Namentlich einer von diesen Spatzen kollerte etwas abseits mit vorgestrecktem Kropf und unter ausgelassenem Zwitschern so keck dahin, als forderte er die ganze Welt in die Schranken. Ein wahrer Held!

Und mittlerweile kreiste hoch am Himmel ein Habicht, der vielleicht dazu ausersehen war, just diesen selben Helden aufzufressen.

Ich sah mir das an, schüttelte mich, lachte helle auf – und augenblicklich waren die traurigen Gedanken verschwunden: Mut. Keckheit, Lebenslust waren wieder in meine Seele eingekehrt.

Mag doch auch über *meinem* Haupte ein Habicht kreisen ...

Noch führen wir Krieg – hol mich der Teufel!

November 1879.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 48/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 1. Dezember 1917.

Nr. 48

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Zur Friedenskundgebung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte.

In der Sitzung des Kongresses am 8. November gab Genosse Lenin folgende Erläuterung zum Texte der bekannten Friedenskundgebung:

„Wir schlagen dem Kongress vor, die Kundgebung anzunehmen. Wir wenden uns ebenso an die Regierungen, wie an die kriegführenden Völker, denn eine Kundgebung, die sich nur an die Völker wenden würde, könnte die Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Die Friedensbedingungen, die während des Waffenstillstandes besprochen, sollen nun der Konstituierenden Versammlung zur Sanktionierung vorgelegt werden.

Die lange Frist haben wir vorgeschlagen, damit die Völker möglichst lange von der blutigen Schlächtereieruhen.“

Als einer der Delegierten darauf hinwies, dass es ein Widerspruch ist, wenn man in der Kundgebung bestimmte Friedensbedingungen proklamiert und zugleich sagt, dass man bereit sei auch andere Friedensvorschläge zu diskutieren, erwiderte Lenin:

„Wir wollen einen gerechten Frieden und schrecken nicht vor einem revolutionären Krieg zurück. Es ist möglich, dass die Regierungen uns keine Antwort geben werden, alle aber sollen wissen, dass wir keine Ultimate den Regierungen stellen, die ihnen erleichtern würden, eine verneinende Antwort auf unseren Vorschlag zu geben. Wir sind bereit, einen jeden ihrer Vorschläge zu erwägen, d. h. aber nicht, dass wir bereit sind, jeden Vorschlag anzunehmen. Es gibt Friedensvorschläge, für die wir bis zu Ende kämpfen werden, es gibt aber auch solche, derentwegen wir vielleicht den Krieg nicht führen wollen werden. Wir tun alles, um den Frieden zu beschleunigen und alles, um die Friedensbedingungen aller Kriegführenden zu erfahren. Wir sind bereit alle diese Bedingungen zu erwägen.“

Zu den anderen Punkten der Kundgebung übergehend, weist Lenin darauf hin, dass der Punkt, der sich auf die Aufhebung der Geheimverträge bezieht, nur diejenigen Verträge im Auge hat, welche Annexionen und Kontributionen bezwecken, nicht aber die Handelsverträge, die letzteren bleiben in Kraft. Lenin kommt dann auf den Waffenstillstand zurück. Er unterstreicht, dass der Waffenstillstand allen Völkern vorgeschlagen sein wird. Die

Frist ist so lange bemessen, damit den Volksvertretern in allen Ländern die Möglichkeit gegeben sei, die Friedensbedingungen auszuarbeiten. Sollte seitens der kriegführenden Länder ein Vorschlag auf kürzere Waffenstillstandsfrist gemacht werden, so muss die zukünftige Regierung auch diesen Vorschlag annehmen.

Der Bürgerkrieg in Russland.

Von Karl Radek.

1. Wie er gekommen ist.

In der Hauptstadt des revolutionären Russlands hat eine neue Revolution gesiegt. Die provisorische Regierung, die seit den Märztagen trotz aller ihrer Umwandlungen dieselbe Politik trieb und dieselben Klassen vertrat, wurde davongejagt, eine neue wird aus den Vertretern anderer Klassen gebildet, aus der Mitte der Arbeiter- und Soldatenräte. Die neue Revolution ist ebenso durch die sieben Monate Revolution und durch den Klassenkampf der ersten vorbereitet, wie der Märzausbruch durch die vorhergehende Geschichte des Zarismus vorbereitet war. Sie kam nicht vom Himmel und wurde nicht geboren durch eine Verschwörung der Bolschewiki. Nie war eine Revolution so sehr in voller Öffentlichkeit vorbereitet, angezeigt als die, die Kerenski und seine Mameluken aus Petrograd verjagt hat.

Die Märzrevolution stellte den Sieg der Arbeiter und Soldaten (also in ihrer Mehrheit Bauern) nicht nur über den Zarismus, sondern auch über die Bourgeoisie dar. Nicht im feudalbureaukratischen Interesse allein, sondern auch im Interesse der kapitalistischen Bourgeoisie stürzte sich der Zarismus in diesen Krieg. Die Bourgeoisie sah in seinen Kriegsfolgen ihr ureigenstes Werk, sie war der Träger des Kriegswillens. Indem die Volksmassen im März 1917 den Sturz des Zarismus herbeiführten, handelten sie getrieben von Not und Kriegsmüdigkeit, von Sehnsucht nach dem Frieden. Der Mechanismus des Zarismus war zu alt und morsch, die Kräfte des russischen Kapitalismus zu jung und klein, als dass sie imstande waren, die Volksmassen in dem Grade an den Wagen des Imperialismus zu ketten, wie es in Europa der Fall ist, wo nicht nur die bessere Organisation des Staates ihm erlaubt, den Massen selbst die ungeheuren Kriegslasten erträglicher zu machen, sondern wo die Entwicklung der letzten vierzig Jahre in der Arbeiterklasse eine starke, mit dem Kapitalismus durch ihre Interessen verbundene Oberschicht gebildet hat, um schon gar nicht von den Bauern zu reden, die zu einem bewussten Teil der kapitalistischen Nation wurden.

Der Zusammenbruch des Zarismus war der Zusammenbruch des imperialistischen Krieges in Russland und somit der Bourgeoisie, die der Hauptfaktor des Krieges war. Gesiegt haben im Kampfe Klassen, die kein Interesse an der Fortführung des Krieges hatten. Aber der Sieg über den Zarismus kam nach einer zu kurzen Periode des Kampfes – so verfault war der Zarismus, dass ihn ein Windstoß umstürzen konnte – als dass die am Umsturz beteiligten Klassen sich im Klaren sein konnten über ihre eigenen Kampfesziele. Die großen Massen der Arbeiter, Soldaten und Bauern waren todmüde vom Kriege: das zeigte schon die Millionendesertion der Soldaten unter dem Zarismus. Den Sieg der Revolution begrüßten die Soldaten an der Front als einen Schritt zum heiß ersehnten Frieden. Aber den bewussten Kampf um den Frieden hat vor dem Sieg der Revolution nur ein kleiner Teil der Arbeiter geführt, die Revolution als der Kampf um den Frieden wurde nach ihrem Siege in dem Bewusstsein der Volksmassen zurückgedrängt, zuerst durch die inneren Aufgaben des revolutionären Umbaus, der Abschüttelung der Fesseln des Absolutismus und dann durch die Verteidigung dieser jungen Errungenschaften vor den feindlichen Heeren. Dies alles war nicht nur durch den äußeren Zwang der Lage bewirkt, sondern in erster Linie durch die Tatsache, dass die Aufgabe der sofortigen Liquidierung des Krieges eine gegen die Bourgeoisie gerichtete war, während unter der Herrschaft des Zarismus die Bourgeoisie sich

politisch selbst in den Augen der Arbeiterklasse nicht in diesem Maße kompromittiert haben konnte, als dass auf den Sturz der zarischen Regierung sofort – wenn auch nur vorübergehend – die Herrschaft der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums kommen konnte.

Ihr Wesen den Volksmassen enthüllen, kann nur eine direkt herrschende Klasse, was die russische Bourgeoisie bisher nicht war. Die Volksmassen waren weder organisiert noch politisch befähigt zur Übernahme der Gewalt, und so notwendig vom ersten Augenblick das Drängen der revolutionären Arbeiterpartei war: nehmt die Macht! – dieses Drängen bildete allmählich die Kraft, die jetzt die Macht übernimmt – die erste Phase der Revolution war notwendigerweise die der Herrschaft der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie hat der Revolution bis zu ihrem Siege entgegengearbeitet. Als die Revolution siegte, stellte sie sich an ihre Spitze, um zu versuchen ihre radikale Entwicklung zu verhindern, ja sie zum eigenen Fußschemel zu machen. Die Geschichte der Revolution von März bis auf den heutigen Tag ist nichts anderes als die Entwicklung dieser Bestrebungen der Bourgeoisie und der gegen sie gerichteten Tendenzen. Alle vier Formationen der provisorischen Regierung waren in verschiedenen Formen und Maßen Organe dieser Bemühung der kapitalistischen Bourgeoisie, der Arbeiter- und Bauernmasse Russlands nicht nur die bisherigen sozialen und politischen Erfolge zu rauben, sondern sie weiterhin als willenloses Werkzeug des imperialistischen Krieges zu missbrauchen.

Die erste provisorische Regierung, die bis zum Sturz Miliukows im Mai Russland beherrschte, war eine Regierung nicht nur der liberalen Bourgeoisie, sondern sogar des fortschrittlichen Junkertums, eine bewusste Regierung des Imperialismus, ein bewusstes Werkzeug des Ententekapitalismus. Sie wollte die konstitutionelle Monarchie, nicht die Republik; sie wollte die soziale Neuordnung Russlands, in erster Linie die Lösung der Bauernfrage, verschieben, bis sich die Wellen der Revolution im Sande verlaufen und man mit den Volksmassen leichter fertig werden würde. Während sie, um die Massen irrezuführen, auf Annexionen und Kontributionen äußerlich verzichtete, einen demokratischen Frieden anzustreben vorgab, erklärte sie in den Noten an die Verbündeten, dass sie die alte Politik fortsetzen will.

Diese direkte unverhüllte Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie zeigte sich für die Dauer unmöglich. Eine Demonstration der Petrograder Arbeiter und Soldaten genügte, um den Rücktritt des offenen Imperialisten Miliukow zu erzwingen; Gutschkow war schon gescheitert an dem Versuch, die Demokratisierung der Armee aufzuhalten. Die Bourgeoisie konnte ihr Regime nur aufrechterhalten, wenn es ihr gelingen würde, die Machtorgane der Arbeiter und Soldaten zu Unterstützungsorganen ihrer kapitalistischen Regierung zu machen. Das gelang ihr vollkommen, weil die in diesen Organen zusammengefassten Volksmassen trotz ihres wachsenden Misstrauens zur Bourgeoisie sich noch unfähig fühlten, alleine die komplizierte und vollkommen zerrüttete Staatsmaschine in die eigene Hände zu nehmen, weil sie noch nicht die Hoffnung verloren hatten, dass die Bourgeoisie, wenn unter Kontrolle der Sowjets gestellt, genötigt werden könnte, die Politik des Friedens und der Demokratie zu der ihrigen zu machen.

Die alte Auffassung des kleinbürgerlichen Sozialismus in Russland, dass, weil die Revolution in ihren endgültigen Resultaten den Boden des Kapitalismus nicht verlassen kann, sie auch nur zusammen mit der Bourgeoisie zu Ende geführt werden kann, siegte. Die Führer der kleinbürgerlichen Mehrheit der Sowjets, die Menschewiks und Sozialisten-Revolutionäre, traten in die Regierung ein, in der Kerenski bisher teils als kleinbürgerlicher Geißel der kapitalistischen Bourgeoisie, teils als ihr Kontrolleur saß; sie traten ein, um die Kontrolle im großen Maßstabe auszuführen, um die Lösung der Aufgaben des sozialpolitischen Umbaus und des Friedens in die Hand zu nehmen. Die Arbeit, die die kleinbürgerlichen Sozialisten in der Regierung leisteten, genügte, um in den kapitalistischen Elementen der Regierung großen

Unmut zu erregen, aber sie konnte die Richtung der Politik der Regierung nicht ändern. Alle sozialpolitische Initiative der kleinbürgerlichen Sozialisten wurde gelähmt durch den Widerstand der kapitalistischen Minister und durch die Rücksicht auf die von ihnen repräsentierten Interessen.

Weder der Kampf gegen die Kriegswucherer, noch der Kampf gegen die Junker konnte in Angriff genommen werden. Noch mehr! In der für die Geschichte entscheidenden Frage des Friedens wurden die kleinbürgerlichen Elemente der Regierung von den kapitalistischen automatisch ins Schlepptau genommen. Sie wollten mit der russischen Bourgeoisie nicht brechen, weil sie ohne ihre Hilfe nicht an den Sieg der Revolution glaubten. Die Bourgeoisie wiederum wollte mit dem Ententekapital nicht brechen, weil sie ohne seine Hilfe weder der Revolution noch dem deutschen Kapital gegenüber bestehen zu können glaubt. Die Friedensaktion durfte also nur in Unterredungen mit den Vertretern der Entente bestehen: von irgendwelchem Druck musste abgesehen werden, da hinter jedem energischen Schritt das Gespenst des Bruches mit der Entente und des Separatfriedens stand. Diese vollkommene Passivität den Alliierten gegenüber konnte nicht lange aufrechterhalten werden. Der Sklave wurde von seinem Herrn zur Offensive gedrängt, die natürlich mit einer Niederlage enden musste, da man eine in revolutionäre Umbildung begriffene Armee, eine Armee, die sich nach dem Frieden sehnt, für eine Offensive wegen imperialistischer Ziele nicht mit dem nötigen seelischen Schwung erfüllen kann. Die sozialistischen Minister trugen die volle Verantwortung für diese Politik in den Augen der Massen, die jetzt in immer größerem Maße und immer schnellerem Tempo nicht nur gegen die Koalition mit der Bourgeoisie, sondern auch gegen die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie erbittert wurden.

In den Julidemonstrationen, die einsetzten, als die Kadettenminister die Regierung fluchtartig verließen, um die Verantwortung für die Niederlage den Sozialistenministern zuzuschieben, suchte die Petrograder Arbeiterschaft und Garnison, die sich inzwischen um das Banner der Bolschewiks sammelten, die kleinbürgerlichen Führer zu überreden, die Macht zu übernehmen. Aber diese schreckten vor der Aufgabe zurück und unterdrückten die Bewegung in Blut, halfen der Bourgeoisie, die Verantwortung für die Niederlage der verbrecherischen Offensive den Warnern und Mahnern zuzuschieben. Nachdem sie sich von den Massen der Arbeiterschaft getrennt haben, nachdem sie diese Massen den konterrevolutionären Mächten ausgeliefert haben, wurden sie aus den Kontrolleuren der bürgerlichen Regierung zu ihren Handlangern. Äußerlich konstituierte sich die Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie als Diktatur eines kleinbürgerlichen Auch-Sozialisten, Kerenski, der alle wichtigen Staatsfunktionen in seinen Händen vereinigte und die anderen kleinbürgerlichen, wie kapitalistischen Minister als Laufburschen behandelte; aber Kerenski war selbst, wie die Enthüllungen über die Verschwörung Kornilows augenscheinlich zeigen, selbst nur eine Puppe in den Händen der Generalität und der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Zusammen mit der Generalität plante er die Unterdrückung der Arbeiterräte, die Beugung des revolutionären Petrograds unter das Joch des Kriegszustandes; zusammen mit den Kapitalisten und den Junkern schmiedete er Ketten für das Bauerntum und das Proletariat. Als durch Missverständnisse und Konkurrenzgefühle der Bruch zwischen Kerenski und der Generalität eintrat und diese aus dem Häuschen zu plaudern begann, zeigte sich mit voller Klarheit, dass seine Herrschaft nichts anderes als die Kulisse und ein Werkzeug der Herrschaft der Konterrevolution war. Der Anstrengung der revolutionären Arbeiterklasse, ihrem einmütigen Auftreten, gelang es fast ohne Blutvergießen den Aufstand Kornilows zu liquidieren. Im ganzen Lande hatten die revolutionären Arbeiter- und Soldatenorganisationen die Macht ergriffen. Noch mehr: der Eindruck des gescheiterten Kornilowschen Aufstandes auf die Kräfte der Konterrevolution war so lähmend, dass die Demokratie zum letzten Male die Macht auch im Zentrum, ohne ein Tropfen Blut zu vergießen, übernehmen konnte. Da

zeigte sich, dass der Zusammenhang eines Teiles der Führer der kleinbürgerlichen Demokratie mit dem Kapital, der Mangel des Vertrauens in die Kräfte der revolutionären Volksmassen bei dem andern Teil so groß war, dass sie die Koalition mit der Arbeiterklasse ablehnten, die Koalition mit der kapitalistischen Bourgeoisie schlossen. Wiederum wurden nicht nur die Kadetten, sondern die direktesten Vertreter der Großindustrie zu Herren der Lage.

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Die Unverantwortlichkeit der Provisorischen Regierung wurde zum Gesetz erhoben, im Vorparlament, in dem künstlich der Bourgeoisie und den Verrätern der Bauern die Mehrheit der Sitze verschafft wurde, wurde ein Gegengewicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen. Das Spiel konnte beginnen. Es begann ein Feldzug gegen die Sowjets: der Sowjet in Taschkent wurde probeweise auseinandergejagt. Und als die Bauern, die sieben Monate lang auf Grund und Boden gewartet hatten, sich ihn schließlich mit Gewalt anzueignen begannen, da setzte ein regelrechter Kreuzzug gegen sie ein, unter dem Vorwande, es handle sich um den Kampf gegen Pogrome: als ob die Geschichte jemals ruhige und zivilisierte Bauernaufstände, ja überhaupt solche der Unterdrückten gegen die Unterdrücker gesehen hätte.

Die Regierung der Revolution wurde in der offenkundigsten zynischsten Weise eine Regierung der Konterrevolution. Und trotzdem war sie der offenen Konterrevolution noch ungenügend konterrevolutionär. Die Rodsianko und Gutschkow, die Generäle Alexejew, Brussilow und Russkij proklamierten offen in Moskau den Rückkehr des Zaren. Rodsianko forderte die Bourgeoisie auf, auf die Straßen zu gehen. In der Presse wurde die Diktatur Kornilows gefordert. Eine Kornilowiade in zehnfachem Umfange bereitete sich offen vor, ohne dass die neue Regierung Kerenskis auch nur einen Finger rührte. Wie konnte die gute Mutter gegen die Frucht vorgehen, die sie in ihrem Leibe trug.

Im Innern der Vormarsch der Konterrevolution und nach Außen? Zum ersten Male sprach der Minister des Äußeren der russischen Revolution offen über die Kriegs- und Friedensziele im Vorparlament. Und was wusste er über den Weg zum Frieden zu sagen? Nichts, als dass Russland ein Herz und eine Seele mit den Alliierten sei, die den Frieden nicht wollen. Selbst den Menschewiks ergriff ein Entsetzen, als sie die Rede Tereschtschenkos hörten, denn sie zeigte, dass nicht die geringste Hoffnung bestand, dass diese Regierung auch nur das Geringste tun könnte, um den Augenblick der Friedensverhandlungen näherzurücken. Aber vielleicht ist sie imstande, auf dem Wege des militärischen Sieges dem Krieg ein Ende zu bereiten? Es genügt, diese Frage zu stellen, die Antwort geben die Tatsachen: eine Niederlage nach der anderen, der Zerfall der Armee, die heute ohne Schuhe, ohne warme Winterkleidung in den Schützengräben den Krankheiten, dem Hunger und den deutschen Granaten ausgeliefert ist.

Nach der Niederlage bei Riga erblickte sich die Volksmasse Aug in Auge mit der Gefahr der Einnahme Petrograds, des Herzens der russischen Revolution. Die baltische Flotte, der Hort der Revolution, ging in den Tod mit zusammengebissenen Zähnen, um Petrograd zu decken. Auf den Kommandobrücken standen die bolschewikischen Matrosenvertreter neben den Kommandierenden, denn sonst hätte die Flotte kein Vertrauen zu den Kommandanten. Aber auf der Kommandobrücke der russischen Revolution standen weiter die Kornilowleute, die Helfer der Konterrevolution, zu denen die Arbeiter und Soldatenmassen nicht das geringste Vertrauen haben oder haben können.

Wo beginnt die Verteidigung der russischen Revolution und wo die konterrevolutionären Machenschaften im Interesse des russischen und des Ententekapitals? Wie kann man sicher sein, dass, wenn Truppenteile aus Petrograd weggeführt werden, sie aus strategischen und nicht aus politisch-konterrevolutionären Gründen entfernt werden, um die Hauptstadt der Revolution den Mächten der Konterrevolution auszuliefern? Eine dumpfe Resignation ergriff

ein Teil der Volksmassen, eine verzweifelte Stimmung den anderen. Man fühlte: entweder übernimmt man die Macht und bestimmt die Politik der Revolution, dann kann man sie verteidigen, oder man darf die Flotte und die Armee selbst zur Verteidigung Petrograds nicht anfeuern; dann trägt man die Verantwortung für die ganze Entente politik, ohne wirklich der Verteidigung zu dienen. Wenn es in der ersten Zeit der Revolution hieß: wenn wir die Macht haben, verteidigen wir Russland, fühlte man jetzt lebendig: man muss die Macht nehmen, um Russland verteidigen zu können.

„Die russische Revolution ist in eine Sackgasse geraten. Nach welcher Richtung des sozialen Lebens wir uns auch wenden mögen, überall dasselbe Bild. Überall stellt das Leben die größten Aufgaben, aber nirgends finden sie ihre Lösung. Es ist eine Lage entstanden, aus der es nur zwei Auswege gibt: entweder sich für nichts nützlich anzusehen, auf alles spucken, am Ofen hockend auf einen Kornilow warten, der kommen wird, um mit eiserner Faust die ‚Ordnung‘ einzuführen, oder durch eine heroische Anstrengung das Gewebe des Bonapartismus zu zerreißen, das die revolutionäre Initiative der Massen hemmt, noch einen Schritt auf dem Wege der Vertiefung der Revolution und ihrer Ausbreitung zu tun.“ In diesen am 6. November niedergeschriebenen Worten des Organs des Helsingforser Sowjets war die Situation Russlands Anfang November mit vollem Recht gezeichnet.

„Der Verzicht auf den Aufstand ist ein Verzicht auf die Machtübernahme durch die Sowjets, er bedeutet die Hoffnung auf die gute Bourgeoisie setzen, die die Einberufung der Konstituierenden Versammlung zugesagt hat. Entweder Übergang zu den Liberalen und den Sowjets oder Aufstand. Ein drittes gibt es nicht. Entweder die unnützen Hände auf die leere Brust kreuzen und treuherzig auf die Konstituierende Versammlung warten, bis Rodzianko u. Komp. Petrograd aufgeben und die Revolution erdrosseln wird – oder Aufstand. Ein drittes gibt es nicht“ – schrieb N. Lenin im „Raboczyj Put“. Der Petrograder Sowjet und der Kongress der nordrussischen Sowjets stellten sich unter der unerschrockenen Führung Leo Trotzky's auf diesen Standpunkt. Gegen sie wie gegen die Bolschewiki-Partei begann nicht nur die kapitalistische Presse, nicht nur die menschewikisch-sozialrevolutionäre Presse der Lakaien der Bourgeoisie eine wilde Kampagne. Die sogen. Menschewiks-Internationalisten, die ihren Internationalismus bisher nur dadurch bewiesen, dass sie durch keine Schandtät ihrer Parteimehrheit sich von ihr trennen ließen, begannen unter Zustimmung der gewesenen Bolschewiks, der gewesenen Menschewiks und der gewesenen Sozialrevolutionären, kurz der heutigen kopf- und charakterlosen Gruppe der Schriftsteller der „Nowaja Schysn“ eine Desorganisationsarbeit, sie begannen Misstrauen in den Reihen des Proletariats zu säen.

Es ist ein Abenteuer, zur Offensive überzugehen im Moment, wo die Konterrevolution eine solche beginnt – schrien sie. Als ob es nicht ein Verbrechen wäre, untätig auf den Anschlag der Konterrevolution zu warten und den Staatsmechanismus inzwischen in den Händen Kerenskis zu lassen, damit ihn die Kornilowleute ohne Schwertstreich in die Hände bekommen. Es ist ein Abenteuer, den Bürgerkrieg zu entfachen im Moment, wo die Deutschen nahen – schrien sie, als ob die Revolution, die sie angeblich verteidigen wollen, nicht durch einen Bürgerkrieg gesiegt hätte, während die deutschen Truppen an die Pforten Russlands klopfen. Es ist ein Abenteuer – schrien sie, ein paar Wochen vor dem Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung einen Aufstand zu riskieren; als ob sie nicht wüssten, dass die siegreiche Konterrevolution den Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung verhindern wird, dass, falls sie die Konstituierende Versammlung einberufen würde, nachdem sie die Bauernbewegung niedergeworfen, sie die Sowjets auseinandergejagt hätte, – eben kam die Nachricht von der Sprengung des Sowjets in Kaluga durch die Kosaken – die Wahlen bei vollkommener Atomisierung der revolutionären, bei Zusammenfassung der konterrevolutionären Kräfte stattfinden und der Konterrevolution das Ruder in die Hand geben würden.

Wenn jemals in der Geschichte das Wort George Sands: „Kampf oder Tod, blutiger Krieg oder Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt“ – volle Gültigkeit hatte, so in der Situation, in der sich die russische Arbeiterklasse befindet.

Entweder galt es zuzusehen, wie die Kräfte der Revolution zersprengt und verpulvert werden, wie die Soldaten, von Hunger und Kälte getrieben, durch keinen Glauben an irgendwelchen Volkszweck des Krieges, an die Möglichkeit einer organisierten Beendigung des Krieges zurückgehalten, von der Front in Millionen zurückfluten, raubend und sengend, weil sie nichts zu essen haben, oder es galt die Karte zu schlagen auf die Gefahr hin, dass sie verloren wird. Es galt, die Macht zu ergreifen, die Kräfte der Volksmassen zu sammeln, versuchen, einen ehrlichen Frieden zu erlangen.

Die Arbeitermassen von Petrograd und ihre Vorhut, die Bolschewikische Partei, sie haben es gewagt. und wie der Kampf auch ausgehen mag, sie werden mit Ulrich Hutten sagen:

Ich hab gewagt mit Sinnen
Und trag des noch kein Reu!“

Notizen zur Bewegung.

Nach dem Demain.

Von E. D. Gumbel.

Amerika. In St. Louis wurden antimilitaristische Resolutionen mit 20 000 gegen 2000 Stimmen angenommen. In Newyork mit 4000 gegen 200. Willkür der Zensur, Passverweigerungen, Verbot von sieben sozialistischen Zeitschriften, Verhaftungen und Verurteilungen von Kriegsgegnern. Zwei Professoren der Kolumbia Universität wurden vor ein Universitätsgericht gestellt, weil sie gegen die Versendung von Truppen nach Flandern protestiert hatten.

England. Die Beerdigung des Sinn-Feiners Ashe, der beim Hungerstreik gestorben, wuchs zu einer großen Demonstration.

Frankreich. Die Sitzungen der Gesellschaft für dokumentarische und kritische Studien zum Krieg wurden verboten. Ebenso Versammlungen der syndikalistischen Jugend des Seine-Departements. Der Verband des Lehrer- und Lehrerinnenvereins protestiert in einer Broschüre: „Man versucht uns als politische Agenten der niedrigsten Art zu verwenden.“ Sechs Anarchisten wurden wegen Verbreitung pazifistischer Broschüren zu Gefängnis verurteilt. Auf dem Parteitag in Bordeaux erhielt eine Resolution der Zimmerwalder, die Kredite zu verweigern, nur 118 von 3000 Stimmen.

Italien. Franz Mehrings Geschichte Der Sozialdemokratie ist auf Italienisch erschienen. Bisher sind 60 000 Soldaten desertiert.

Schweden. Die Zimmerwalder Partei hat drei Mandate verloren. Sie zählt nunmehr 12 Abgeordnete. Die Sozialpatrioten haben 229 000 Stimmen, die Linke hat 69 000 Stimmen bekommen. Vom 6. bis 12. September tagte die 3. Zimmerwalder Konferenz. Vertreten waren die Unabhängige Partei Deutschlands, Österreichs, die Bolschewisten, die internationalen Menschewisten, die Parteien in Finnland, Polen, Rumänien, Schweiz, the socialist propaganda ligue, the unites national brotherhood (Amerika), die Jungsozialisten Dänemarks, Norwegens, Schwedens und drei Vertreter der internationalen Kommissionen. Aus Frankreich, Italien und England kamen Zustimmungstelegramme. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

25. November

Bei der Eröffnung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte waren im Ganzen 560 Delegierte anwesend, wovon über die Parteiangehörigkeit mehr als 512 Angaben vorliegen. Es waren: Bolschewiks 250, Menschewiks (Rechte) 60, Menschewiks (Internationalisten) 14, Sozialisten-Revolutionäre (Rechte) 90, Sozialisten-Revolutionäre (Linke) 69, Nationale Sozialisten-Parteien 6, Anarchisten 3, Parteilose 20. Im Ganzen 512. Von dieser Anzahl verließen den Kongress die Menschewiks, Sozialpatrioten, Internationalisten (wie groß dieser Teil war, haben wir keine Angaben). Wenn wir auch annehmen, dass alle Menschewiks-Internationalisten den Saal verließen, so macht das im Ganzen die Zahl 164, es bleiben also 348 Delegierte plus die 18, die nicht registriert waren, wahrscheinlich parteilose Delegierte, da die Parteiangehörigen sich immer sorgfältig registrieren lassen. Von den Parteilosen ist dagegen nicht bekannt, dass sie den Kongress boykottiert hatten. Es ist also anzunehmen, dass an den Arbeiten des Kongresses ca. 400 Delegierte teilnahmen. Der Beschluss, die Staatsgewalt zu übernehmen, wurde mit allen gegen 12, bei 2 Stimmenthaltungen, angenommen. Die Friedenskundgebung erweckte einstimmigen Beifall.

26. November.

Das Kommen und Gehen auf der weltpolitischen Bühne hört nicht auf und ist noch nicht zu Ende. In Frankreich ist Clemenceau ans Ruder gekommen. In einer Kammersitzung hat Herr Clemenceau sein Programm verlesen; es ist ein Programm des Chauvinismus, voll großer Worte, Versprechungen und, wie es nicht anders sein kann, ein Gelübde, den Krieg bis zu Ende siegreich durchzuführen, was mit anderen Worten heißt: den Krieg fortzusetzen bis zum gänzlichen Zusammenbruch nicht nur Frankreichs, sondern ganz Europas. Das neue Bemerkenswerte an seinem Programm war seine Kampfansage an die Pazifisten, nicht dass der Kampf gegen den Pazifismus an sich etwas Neues ist, der Kampf wird schon während des ganzen Krieges nicht nur in Frankreich geführt, aber dass diese Kampfansage öffentlich zum Programm erhoben wird von einem Ministerpräsidenten, das ist das Bemerkenswerteste. Sie bedeutet eine Verschärfung des Kampfes gegen den Frieden. Ob die Pazifisten, die den Frieden anstreben, siegen werden in diesem Kampfe, oder ob Clemenceau über sein eigenes Programm stürzen wird, muss die Zeit lehren. Jedenfalls werden die Zimmerwaldisten alles aufbieten, um einen Ministerpräsidenten zu stürzen, der nur den Zusammenbruch aller Völker durch die Verwirklichung seines Programms als Ziel seiner Regierung hat.

26. November.

Der Oberbefehlshaber der russischen Armee, General Duchonin, hat, wie die „Wiener Freie Presse“ meldet, auf wiederholte dringende Aufforderung der Petersburger Regierung an die Befehlshaber der feindlichen wie der alliierten Heere ein formuliertes Angebot eines Waffenstillstandes gerichtet.

Gleichzeitig meldet die Petersburger Telegraphenagentur:

Trotzki hat eine Erklärung an die Botschafter der Alliierten erlassen, die im Wesentlichen den gleichen Wortlaut hat. Die Erklärung an den französischen Botschafter lautet wie folgt:

„Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, Ihnen mit diesen Zeilen mitzuteilen, dass der Kongress der Generalräte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten ganz Russlands am 8. November (26. Oktober a. St.) eine neue Regierung der Republik ganz Russlands gegründet hat, die den Rat der Volksbeauftragten darstellt. Wladimir Ilitsch Lenin ist zum Vorsitzenden der Regierung bestimmt worden. Die Politik ist meiner Sorgfalt anvertraut, der ich zum Beauftragten der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt bin.“

Indem ich Ihrer Aufmerksamkeit, Herr Botschafter, folgenden von dem Kongress der Generalräte der Abgeordneten gebilligten Wortlaut unterbreite, der die Vorschläge für einen Waffenstillstand und für einen demokratischen, auf dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Völker und ihres Rechts, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen, begründeten Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen enthält, habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, das genannte Schriftstück als amtlichen Vorschlag eines sofortigen Waffenstillstandes an allen Fronten und eines Vorschlags sofortiger Friedensverhandlungen anzusehen. Die Regierung der Republik ganz Russlands macht diesen Vorschlag allen Völkern und ihren Regierungen.

Wollen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung der vollkommensten Hochachtung von Seiten der Regierung der Generalräte dem französischen Volk übermitteln, das sich nicht wird enthalten können, nach Frieden zu verlangen, wie übrigens alle kriegführenden, ausgebluteten und durch die Gemetzel erschöpften Völker.

Der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten. L. Trotzky.“

Jetzt also ist das Hindernis beseitigt (das nichtoffizielle Angebot), das den Regierungen der Mittelmächte bisher verhinderte Stellung zu nehmen zu dem russischen Friedensvorschlag. Dieses Angebot der russischen Arbeiter- und Bauernregierung ist der bedeutendste Schritt, der bis jetzt getan worden ist, um dem Frieden näherzukommen. Über die Aussichten dieses Angebots können wir nichts Näheres sagen.

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Der Leichenbesorger.

Von Puschkin.

Die letzte Habe des Leichenbesorgers Adrian Prochoroff wurde auf den Leichenwagen gelegt und ein Paar Mietspferde zogen sie zum dritten Male von der Bassmannaja nach der Nikitskaja, wohin der Leichenbesorger mit seinem ganzen Haushalt verzog. Nachdem er seinen alten Laden geschlossen, nagelte er eine Mitteilung an die Tür, des Inhalts, dass das Haus zu verkaufen oder zu vermieten sei und wanderte dann zu Fuße nach seiner neuen Wohnung. Als er sich dem gelben Häuschen näherte, das so lange seine Phantasie beschäftigt und das er endlich für eine bedeutende Summe gekauft, war der alte Leichenbesorger erstaunt, dass ihm das Herz nicht vor Freude pochte. Als er die neue Schwelle überschritt und sein neues Heim in großer Unordnung fand, seufzte er bei der Erinnerung an die alte Hütte, wo durch achtzehn Jahre alles in der größten Ordnung gehalten worden, und er schalt seine beiden Töchter und das Mädchen für Alles wegen ihrer Saumseligkeit und fing an, selbst Hand anzulegen.

Bald war die Ordnung hergestellt. Der Schrein mit dem Heiligenbilde, der Schrank mit dem Geschirr, der Tisch, das Sofa und das Bett nahmen die für sie bestimmten Winkel in dem Hinterzimmer ein; in die Küche und das Wohnzimmer wurde des Meisters Handwerkzeug gestellt – Särge von allen Farben und Größen – und die Schränke wurden mit Trauerhüten, Mänteln und Fackeln angefüllt. Über dem Tor prangte bald ein Schild, das einen korpulenten Kupido mit umgekehrter Fackel in der Hand darstellte, und darunter befand sich die Inschrift: „Hier werden verkauft und geschmückt einfache und bemalte Särge, auch werden Särge verliehen und alte ausgebessert.“

Die Mädchen zogen sich in ihr Zimmer zurück und Adrian setzte sich, nachdem er seine Wohnung inspiziert, ans Fenster und befahl den Samowar zurecht zu machen.

Der gebildete Leser weiß, dass sowohl Shakespeare als Walter Scott ihre Totengräber als fröhliche, lustige Gesellen darstellten, um durch den Kontrast unsere Phantasie kräftiger anzuregen. Aus Hochachtung vor der Wahrheit, können wir jedoch ihrem Beispiel nicht folgen, und so sehen wir uns genötigt, einzugestehen, dass der Charakter unseres Leichenbesorgers vollkommen seinen finsternen Berufe entsprach. Adrian Prochoroff war in der Regel mürrisch und gedankenvoll. Nur von Zeit zu Zeit wurde sein Schweigen unterbrochen, aber wohl nur zu dem Zweck, um seine Töchter auszuzanken, wenn er sie unbeschäftigt fand und sie zum Fenster nach den Passanten hinausblicken sah, – oder wenn seine Ware zu einem unerwarteten Preise von denen verlangt wurde, welche das Unglück – bisweilen auch das Glück – hatten, derselben zu bedürfen.

So geschah es, dass Adrian, am Fenster sitzend und seine siebente Tasse Tee nippend, wie gewöhnlich in melancholische Grübeleien versunken war. Er dachte an den strömenden Regen, welcher vor acht Tagen gerade in dem Moment sich einstellte, als mit dem Begräbnis des verabschiedeten Brigadiers begonnen wurde. Viele Trauermäntel waren infolgedessen zusammengeschrumpft und viele Hüte verdorben. Er sah ein, dass Ausgaben unvermeidlich waren, denn sein alter Vorrat an Traueranzügen befand sich in einem jämmerlichen Zustande. Er hoffte, eine hübsche runde Summe an dem Begräbnis der alten Frau des Kaufmanns Truschin zu verdienen, welche sich nun schon nahezu ein Jahr am Rande des Grabes befand. Aber die alte Dame lag auf der Rasgulai-Straße im Sterben, und Prochoroff fürchtete, dass ihre Erben trotz ihres Versprechens es verabsäumen würden wegen der Ferne zu ihm zu schicken und dass sie sich mit den nächsten Leichenbesorger einigen könnten. Diese Grübeleien wurden unverhofft gestört durch ein dreimaliges freimaurerartiges Klopfen an der Tür.

„Wer ist da?“ fragte der Leichenbesorger.

Die Tür ging auf und es trat ein Mann herein, in welchem er auf dem ersten Blick einen deutschen Handwerker erkannte, der sich mit fröhlicher Miene dem Leichenbesorger näherte.

„Verzeihen Sie, verehrtester Herr Nachbar,“ sagte er in jenem russischen Dialekt, den wir nicht ohne ein Lächeln anhören können; „verzeihen Sie, dass ich Sie mit meinem Besuche belästige ... Ich bin Schuhmacher, mein Name ist Gottlieb Schulze und ich wohne dort in dem Häuschen, das ihren Fenstern gerade gegenübersteht. Morgen feiere ich meine silberne Hochzeit und ich komme, Sie und Ihre Fräulein Töchter einzuladen, freundschaftlich mit uns zu speisen.“

Die Einladung wurde wohlwollend angenommen. Der Leichenbesorger bat den Schuhmacher sich zu setzen und eine Tasse Tee zu trinken, und dank dem herzlichen Charakter des Gottlieb Schulze plauderten sie bald in vertrautester Weise miteinander.

„Wie geht's mit Ihrem Geschäft?“ fragte Adrian.

„Äh!“ antwortete Schulze. „So, so; ich kann nicht klagen, obgleich ja meine Ware anderer Art ist als die Ihrige; ein lebendiger Mensch kann sich ohne Schuhe behelfen, aber ein Toter kann einen Sarg nicht entbehren.“

„Sehr wahr!“ bemerkte Adrian; „indes, wenn der Lebende nichts hat, womit er seine Stiefel bezahlen soll, so kann man's ihm nicht übelnehmen, wenn er barfuß geht, aber ein toter Bettler bekommt einen Sarg umsonst.“

In dieser Weise plauderten sie eine Weile. Endlich stand der Schuhmacher auf und verabschiedete sich von dem Leichenbesorger und erneuerte seine Einladung.

Am folgenden Tage Punkt zwölf Uhr kamen der Leichenbesorger und seine Töchter aus dem Tor des neugekauften Hauses geschritten und begaben sich zum Nachbar Schulze. Ich will weder den russischen Kaftan des Adrian Prochoroff, noch den europäischen Schmuck Akulinas und Darjas beschreiben – in dieser Beziehung weiche ich von der jetzt herrschenden Mode der Romanschreiber ab. Indes halte ich es doch nicht für überflüssig zu bemerken, dass

beide jungen Damen gelbe Hüte und rote Schuhe trugen, was sie nur bei feierlichen Gelegenheiten taten.

Die kleine Wohnung des Schuhmachers war mit Gästen angefüllt, welche hauptsächlich aus deutschen Handwerkern, ihren Frauen und ihren Gesellen bestanden.

Von russischen Beamten war nur einer zugegen, der Este Jurko, ein Nachtwächter, der es trotz seines niedrigen Berufes verstanden hatte, sich das besondere Wohlwollen seines Wirtes zu erwerben. Er hatte in dieser seiner Eigenschaft fünfundzwanzig Jahre gedient, treu und ehrenvoll, wie der Postillon Pogorelskis. Der Brand von 1812, welcher die Hauptstadt zerstörte, vernichtete auch sein gelbes Wächterhäuschen. Aber sobald der Feind vertrieben war, erschien ein neues an seiner Stelle. Es war grau mit kleinen weißen dorischen Säulen und Jurko begann wieder mit grauem Waffenrock und der Axt vor demselben auf- und abzuschreiten. Fast alle Deutschen, welche in der Nähe des Nititstki-Tores wohnten, kannten ihn, und einige von ihnen hatten sogar die Nacht von Sonntag auf Montag unter seinem Dache zugebracht.

Adrian machte sich sofort mit ihm bekannt, wie mit einem Manne, den er früher oder später vielleicht notwendig hatte, und als die Gäste an der Tafel ihre Sitze einnahmen, saßen sie nebeneinander. Herr und Frau Schulze und ihr Töchterchen, das siebenzehnjährige Lottchen waren, während sie mit den Gästen speisten und sich unterhielten, der Köchin bei der Bedienung behilflich. Das Bier floss in Strömen, Jurko aß für vier. Adrian gab ihm nichts nach; seine Töchter jedoch hielten auf Anstand. Die in deutscher Sprache geführte Unterhaltung wurde immer lauter. Plötzlich bat der Wirt um einige Augenblicke Aufmerksamkeit, und den Pfropfen von einer versiegelten Flasche ziehend, rief er mit lauter Stimme auf russisch:

„Auf die Gesundheit meiner wackeren Luise!“

Der sogenannte Champagner schäumte. Der Wirt küsste zärtlich das frische Gesicht seiner vierzigjährigen Lebensgefährtin und die Gäste tranken geräuschvoll die Gesundheit der wackeren Luise.

„Auf die Gesundheit meiner liebenswürdigen Gäste!“ rief der Wirt, eine zweite Flasche entkorkend.

Und seine Gäste dankten ihm und wieder klirrten die Gläser. Jetzt folgte Toast auf Toast. Die Gesundheit jedes Gastes wurde besonders getrunken; man toastete auf Moskau und ein ganzes Dutzend deutscher Städtchen, sie tranken die Gesundheit aller Corporationen im Allgemeinen und jeder einzelnen im Besonderen; sie tranken auf den Meister und auf die Gesellen. Adrian trank mit einer solchen Ausdauer und kam in eine so gehobene Stimmung, dass er selbst einen sogenannten heiteren Toast brachte. Plötzlich erhob einer der Gäste, ein dicker Bäcker, sein Glas und rief aus:

„Auf die Gesundheit derer, für welche wir arbeiten – namentlich auf unsere spezielle Kundschaft!“

Dieser Vorschlag wurde wie alle andern, fröhlich und einstimmig angenommen. Die Gäste begannen sich gegenseitig zu begrüßen, der Schneider machte dem Schuhmacher seine Verbeugung, der Schuhmacher dem Schneider, der Bäcker beiden; alle zusammen dem Bäcker usw.

Inmitten dieser gegenseitigen Verbeugungen rief Jurko, sich an seinen Nachbar wendend:

„Holla, Väterchen! Trinke auf die Gesundheit deiner Toten!“

Alle lachten, aber der Leichenbesorger betrachtete sich als beleidigt und wurde mürrisch. Niemand beachtete ihn, die Gäste fuhren fortzuzechen, und die Glocken hatten bereits zur Vesper geläutet, als alle vom Tische aufstanden.

Erst in später Stunde trennten sich die Gäste, die meisten in gehobener Stimmung. Der dicke Bäcker und der Buchbinder, dessen Gesicht wie in roten Saffian gebunden schien, führten Jurko zwischen sich zu seinem Häuschen, in diesem Fall das russische Sprichwort wahr machend: „Eine bezahlte Schuld bringt Ehre.“

Der Leichenbesorger kam betrunken und wütend nach Hause.

„Warum, ich frage, warum,“ rief er laut, „warum ist mein Gewerbe nicht so ehrenhaft als das irgendeines andern? Ist denn etwa ein Leichenbesorger der Bruder eines Henkers? Was hatten die Heiden über mich zu lachen? Ist ein Leichenbesorger etwa ein christlicher Hanswurst? Ich hatte die Absicht, sie zu einem Schmause einzuladen, ihnen ein Fest zu geben; aber jetzt können sie lange darauf warten! Und statt ihrer werde ich diejenigen einladen, für welche ich arbeite – meine rechtgläubigen Toten.“

„Was, Väterchen,“ sagte das Mädchen, das ihm die Stiefel auszog, „wovon schwatzezt du denn? Mache das Kreuzzeichen! Die Toten zu einem Schmause einladen! Entsetzlich!“

„Bei allen Teufeln, ich lade sie ein,“ fuhr Adrian fort. „Ich werde sie sofort, gleich morgen einladen. Bitte, kommt meine Wohltäter, kommt und bankettiert morgen Abend mit mir, ich werde euch aufwarten mit dem, was Gott mir beschert hat.“

Mit diesen Worten taumelte der Leichenbesorger ins Bett und begann bald zu schnarchen.

Es war noch dunkel, als Adrian geweckt wurde. Die Frau des Kaufmanns Truschin war während der Nacht gestorben und ein besonderer Bote war auf einem Pferde mit dieser Nachricht zu ihm geschickt worden. Der Leichenbesorger gab ihm als Trinkgeld ein Zehnkopekenstück, kleidete sich in aller Eile an und fuhr in einer Droschke nach Rasgulai. An dem Tor des Hauses, in welchem die Verstorbene lag, war bereits Polizei aufgestellt; Handelsleute gingen ein und aus, wie Raben, welche eine Beute wittern. Die Verstorbene lag auf einem Tische, gelb wie Wachs, aber durch die Verwesung noch nicht entstellt. Verwandte, Nachbarn und Freunde standen herum. Sämtliche Fenster waren geöffnet; hell brannten die Kerzen, Geistliche lasen Gebete ab. Adrian näherte sich Truschins Neffen, einem jungen Kaufmann in modischem Rock, und gab ihm die Versicherung, dass der Sarg, die Kerzen, das Leichentuch, sowie alle andern zum Begräbnis notwendigen Gegenstände sofort mit größter Pünktlichkeit und ohne Fehler geliefert werden sollten.

Der Erbe dankte ihm zerstreut und sagte, wegen der Kosten würde er nicht feilschen, und er verlasse sich in allem auf seine Gewissenhaftigkeit.

Der Leichenbesorger schwur, wie gewöhnlich, dass er ihn nicht überteuern würde, wechselte einen bedeutsamen Blick mit seinen Arbeitern und entfernte sich, um die nötigen Anordnungen zu treffen.

Der ganze Tag verging mit Hinundherfahren zwischen Rasgulai und dem Nikitski-Tore. Als gegen Abend alles in Ordnung war, trennte er sich von seinen Kutschern und kehrte zu Fuß nach Hause zurück. (Schluss folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 49/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 8. Dezember 1917.

Nr. 49

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Die Lehren der russischen Revolution.

Die erste Periode der russischen Revolution ist abgeschlossen. Zum ersten Male seit der Pariser Kommune haben die Arbeiter, vereinigt mit den kleinbürgerlichen Klassen, die Herrschaft in den Händen.

Als im Frühjahr der Zarismus zusammenbrach, woher kam dann die neue Regierung? Die Massen hatten den Sieg errungen, die Arbeiter und die Soldaten, die miteinander fraternisierten: nur von ihnen anerkannte Führung konnten die Führung, die Gewalt übernehmen. Das war die parlamentarische Opposition; die Männer, die in der Duma als isolierte Minoritäten gekämpft hatten, waren dadurch den Massen bekannt – einige Bürgerliche, einige Sozialisten-Revolutionäre (eine bauernsozialistische Partei) wie Kerenski, einige Menschewiks (opportunistische Sozialdemokraten) wie Tscheidze und Zeretelli, denn radikale Sozialdemokraten, Bolschewiks, gab es in der Duma nicht; die waren vorher deportiert worden. Diese Dumaopposition trat als provisorische Regierung auf. Nun zeigte sich bald, dass der bürgerliche Teil der neuen Regierung andere Ziele hatte als der proletarisch-bäuerliche. Die Herren Miljukow und Gutschkow wollten den Zar beseitigen, um den imperialistischen Krieg energischer führen zu können; sie riefen dadurch Anfang Mai eine Volksdemonstration gegen sich empor, vor der sie weichen mussten. Von dieser Zeit an bildeten die Sozialpatrioten Kerenski, Tscheidze, Skobelef usw. die Regierung Russlands.

Nun ist anscheinend Russland hier kein gutes Beispiel für andere Länder. Dort war diese Richtung zur Herrschaft gekommen, weil sie unter dem Zarismus eine scharfe Opposition (wenigstens mit Worten) geführt hatte. Aber in andern Ländern führen sie keine Opposition, haben sie das Vertrauen der Massen längst verscherzt, werden also durch eine Revolution nicht obenauf kommen. Aber dafür werden andere parlamentarische Wortoppositionelle als Männer des Volksvertrauens auftreten. Und dafür gilt dann ähnliches.

Die Zeit der Revolution ist eine Zeit der Klärung und Entwicklung der Klassegegensätze. Drei Klassen standen in Russland neben- und gegeneinander: die Bourgeoisie (mit den Landjunkern), offiziell nicht in der Regierung vertreten, aber in dem Beamtentum und den Offizieren mächtig; das Proletariat, zu einem bedeutenden Teil klassenbewusst (vor allem in Petrograd), das sich schon längst um die Partei der Bolschewiks scharte, deren namhafteste Führer Lenin, Zinowief (deren sich nachher Trotzki anschloss) bald aus dem Exil

zurückkehrten; und das Bauertum, als Soldatenmasse einflussreich, das den mehr kleinbürgerlich denkenden Menschewiks und den Sozialisten-Revolutionären (Kerenski, Tschernoff) ihr Vertrauen schenkte.

Wenn früher eine Revolution losbrach, waren die Massen ein paar Tage Meister und konnten dann gebieterisch auftreten. Aber sobald sie in die Werkstätten und Vororte zurückgekehrt waren, war ihre organisierte Massenkraft verschwunden und handelten die eingesetzten Herrscher nach eigenem Belieben. Um dies zu verhindern, schufen sich die Massen in Petrograd und das übrige Russland sofort ein Organ (nach dem Beispiel des Arbeiterdeputiertenrates von 1905), in den Arbeiter- und Soldatenräten, den Sowjets, die immer beisammen blieben und als Vertreter der Volksmasse gelten konnten. Der Petrograder Sowjet, nachher das Zentralkomitee der Sowjets Russlands, bildete eine Art Parlament, in dem die Bolschewiks eine bedeutende Minorität bildeten und die Majorität eine treue Gefolgschaft der sozialpatriotischen Minister bildeten, die oft in ihre Mitte kamen, um Reden zu halten.

Die provisorische Regierung hat die Taktik befolgt, sich auf eine Koalition der „revolutionären“ Klassen stützen zu wollen. Sie wollte nicht für Proletariat und Bauern gegen die Bourgeoisie und Junker handeln, sondern wo Gegensatz und Kampf auftraten, vermitteln und schlichten.

Es zeigte sich aber bald, dass damit nicht viel zu erreichen war. Der Gegensatz der Klassen war zu scharf, um sie zu vertuschen. Die Bourgeoisie wollte Krieg führen und Kriegsgewinne einheimsen, sie wollte die Wiederherstellung der Ordnung, d. h. die Massen machtlos und geduldig in den Fabriken arbeitend, ohne politische Ansprüche; sie schimpfte auf die „sozialistische“ Regierung, die nur zur Anarchie führte. Aber die Massen waren gleich unzufrieden: sie litten unter Teuerung und Spekulation, und vor allem unter dem Krieg, sie wollten Frieden. Die proletarische Bauernmasse wollte Land. Die Regierung konnte natürlich keine dieser Parteien befriedigen, und indem sie vor jedem energischen Eingriff zurückschreckte, konnte sie die unhaltbaren Zustände nur verschlimmern. Das Kriegselend war groß wie überall. Aber dabei litt das Proletariat am meisten. Äußerlich zwischen den Klassen stehend, ließ die Regierung sich in hohem Maße durch bürgerliche Politiker, durch Kadetten und Oktobristen beeinflussen. Sie wagte nicht, die eigenen Kapitalisten scharf bei der Börse zu nehmen und musste sich daher für ihren Geldmangel an die Ententeregierungen wenden. Diese sagte nur Geld zu im Austausch für eine militärische Offensive. Bis dahin war an der Ostfront praktisch Waffenstillstand gewesen; der Nimbus einer ersten proletarischen Macht des Völkerfriedens umstrahlte das revolutionäre Russland. Als aber Kerenski auf Geheiß der Ententeregierungen die Julioffensive begann, verschwand der Glorienschein.

Für die innere Politik hatte die Offensive verhängnisvolle Folgen. Die Kerenskieregierung stellte sich damit auf die Seite der Bourgeoisie, übergab den Generälen die Macht, die Disziplin der Armee gewaltsam wieder herzustellen, zettelte auf Anlass einer spontanen Volksdemonstration in Petrograd eine schmachliche Verfolgung seiner verhasstesten Kritiker, der Bolschewiks, an und inaugurierte damit eine Periode der Konterrevolution, in der die Reaktion der Bourgeoisie immer dreister den Kopf erhob. Diese Konterrevolution wurde von der Koalitionsregierung direkt und indirekt auf Umwegen und unmittelbar gefördert. Indirekt, indem sie die bürgerliche Ordnung instand zu halten, wieder herzustellen oder zu schützen suchte. Der alte Regierungsapparat blieb intakt, die alten Tschinowiks, die alte Militärzensur, die alten Generäle wurden an ihren Stellen belassen, die Todesstrafe zur Aufrechterhaltung der Militärdisziplin wurde wieder eingeführt, die Bauern wurden verhindert, das Land zu nehmen, das sie brauchten, die Kosaken wurden die demonstrierenden Massen geschickt.

Aber auch direkt, indem Kerenski und Kornilow verabredeten, die Proletarier Petrograds durch Aufhebung der errungenen Freiheiten zu provozieren und dann gewaltsam

niederzuschlagen – was nur deshalb misslang, weil die Herren untereinander Streit bekamen. Indem Kerenski und sein Kreis, die menschwistische und sozialistisch-revolutionären Führer, sich immer mehr an die Bourgeoisie anlehnten, wurde der Hass und der Widerstand der Arbeiter- und Soldatenmassen gegen sie stets größer, bis diese am 7. bis 8. November die Kerenskiregierung wegfegten und die ganze Regierungsgewalt selbst in die Hände nahmen.

Sieben Monate sind so nutzlos vorübergegangen – nicht nutzlos insoweit sie nötig waren, um die Massen aufzuklären. Aber doch nutzlos, ja schlimmer, vom Standpunkt des ökonomischen Lebens aus. Denn während nach drei Jahren Krieg das Wirtschaftsleben in die schlimmste Unordnung gekommen war, Hungersnot und Mangel überall drohten, ist in diesen 7 Monaten nichts getan zur Wiederherstellung. Der zaristischen Lotterwirtschaft ist eine sozialpatriotische Lotterwirtschaft gefolgt, und am Schluss war die Not schlimmer als je. Das ganze Wirtschaftsleben war aus den Fugen, die Produktion ungenügend, Mangel an allem, eine völlige bankerotte Wirtschaft. Woher kam das? Waren die führenden Leute unfähig, Ordnung zu schaffen? Nicht an einem Mangel persönlicher Tüchtigkeit lag es, sondern an dem politischen Standpunkt, mit zwei entgegengesetzten Klassen regieren zu wollen. Aber auch hier ist eine weitere Frage nötig, um zu der Grundursache zu kommen. Waren diese Leute von vornherein so vernarrt in die Bourgeoisie, dass sie dabei das Proletariat vergaßen? Ihre alte theoretische Lehre sagte ihnen doch, dass nur der Sozialismus, der im Interesse des Proletariats, aber gegen das Interesse der Bourgeoisie ist, Rettung bringen konnte?

Die Antwort ist, dass der Sozialismus für sie eine schöne Phrase war, der nur in weiter Ferne eine nebelige Realität entsprach. Sie träumten davon, später, wenn alles dazu reif und schön bereit war, durch ebenso schöne Reformen den Sozialismus anzubahnen: als weise Taten kluger Sozialpolitiker. Aber jetzt unter den Folgen des Krieges, mit so rückständigen, „unreifen“ Zuständen ginge das nicht. Einstweilen sei der Sozialismus unmöglich, also nur Kapitalismus, kapitalistische Ordnung, möglich, und deshalb sei eine Neuordnung und Wiedergesundung des Wirtschaftslebens nicht ohne tätige Mithilfe der Bourgeoisie, des bürgerlichen Organisationstalents möglich. Sie beachten nicht, dass jedes scharfe Eingreifen zur Steuerung der Not gegen die herrschende Klasse gerichtet sein musste, also einen Schritt zum Sozialismus darstellt. Der Weg zum Sozialismus wird angebahnt in solchen Zeiten der Verwirrung und des Bankrotts, wenn nur durch die rücksichtslosesten Maßnahmen ein Beginn von Ordnung und Organisation in die Wirtschaft gebracht werden könne.

Davon haben die meisten Politiker der alten Sozialdemokratie keine Ahnung. Sozialismus ist ihnen kluge Konstruktion von oben. Misstrauen in der Fähigkeit des Proletariats, selbst die Produktion im eigenen Interesse zu regeln, lässt sie zurückschauern vor einer Aufgabe, von der sie ganz gut wissen, dass sie ihre persönlichen Kräfte übersteigt. Daher suchen sie denn Hilfe bei der Bourgeoisie, mit dem Erfolg, den wir jetzt in Russland sahen.

Ungeheuer schwer ist die Aufgabe, vor der unsere Genossen und Freunde in Russland stehen. Aber sie haben einiges, das ihnen hilft: klare Erkenntnis des neuen Sozialismus und Vertrauen in die schöpferische Kraft der arbeitenden Massen.

Deutsche Reformen.

Herr v. Gerlach schreibt in der „Welt a. Montag“:

Seitdem das Triumvirat Hertling-Payer-Friedberg nach manchen bangeren Zweifelsstunden glücklich in Amt und Würden gelangt ist, blüht wieder einmal der Optimismus bei den Mehrheitsparteien. Der „Vorwärts“ versichert im Sperrdruck, Deutschland habe eine Umgestaltung seiner inneren Verhältnisse vollzogen, die es „in gleicher Schulterhöhe mit den

anderen Völkern stellt“. Und die fortschrittliche „Hilfe“ erklärt sogar triumphierend im Anschluss an eine Betrachtung über die Entwicklung in Russland:

„Wie ruhig vollzieht sich demgegenüber in Deutschland die politische Entwicklung, die an Ausmaß des Schrittes eine Revolution bedeutet, in der Art des Verlaufes aber den Namen einer staatlichen Reformation verdient“.

Wir Deutschen sind doch wirklich glückliche Leute. England musste durch Cromwells Blutkur gehen, um die Königsherrschaft durch die Parlamentsherrschaft zu ersetzen. Frankreich vergoss Ströme Blutes im inneren Kriege, ehe es durch die große Revolution und ihre Nachfolgerinnen die Herrschaft der Demokratie unerschütterlich begründete. Russland windet sich schon seit Monaten in Zuckungen, die den Volkskörper schier zu zerreißen drohen, um von dem schlechten Alten loszukommen und ein gutes Neues herzustellen. Bei uns aber genügt es, dass ein kluger alter Herr aus Süddeutschland drei Tage mit einigen parlamentarischen Führern verhandelt, ehe er sein Amt antritt, um die „deutsche Revolution“ zur Tat werden zu lassen. Das beim Zahnziehen bisher unerreichte Ideal der Schmerzlosigkeit ist beim Accouchieren unserer Revolution mühelos zur Wirklichkeit geworden. Wir haben wahrhaftig allen Grund, uns zu beglückwünschen.

Wollen nur hoffen, dass nicht demnächst Enttäuschungen zu verzeichnen sind.

Was ist denn eigentlich bisher erreicht? Zunächst doch nur Personalkonzessionen. Staatsrechtlich steht noch alles, wie es immer gestanden hat.

Von einer grundsätzlichen Einführung des parlamentarischen Regimes kann gar nicht die Rede sein. Graf Hertling ist sein schärfster Gegner. Er verweigert sogar das bescheidene Zugeständnis einer Abänderung jenes Artikels 9 der Reichsverfassung, der Reichstagsabgeordnete vom Sitz im Bundesrat ausschließt. Allerdings, Graf Hertling war vorsichtig genug, sich eine Mehrheit zu sichern, ehe er das ihm ohne jede Mitwirkung des Parlaments angebotene Amt annahm. Aber wird sich sein Nachfolger derselben Weisheit befleißigen? Noch bestehen die überragenden Kronrechte in voller Kraft. Und doch lässt sich der neue Zustand, der uns „in gleicher Schulterhöhe“ mit den sich selbst regierenden Völkern bringen würde, nur durch grundsätzliche Minderung der Kronrechte in Verbindung mit einer entsprechenden Mehrung der Parlamentsrechte durchsetzen.

Mit der Demokratisierung sieht es gerade so trübe aus wie mit der Parlamentarisierung. Die preußische Wahlreform wird von Woche zu Woche verschoben. Und was über ihren Inhalt verlautet, muss alles andere eher als hoffnungsvoll stimmen. Vom Reichstagswahlrecht für Preußen scheint nicht die Rede zu sein. Und was an Verbesserungen des Wahlrechts geplant ist, das soll durch Vermehrung der Rechte des Herrenhauses wieder „kompensiert“ werden. Mit der einen Hand gibt man, mit der anderen nimmt man.

So sieht die preußisch-deutsche „Revolution“ in Gestalt einer Reformation aus!

Aber selbst, wenn man das preußische Wahlrecht wirklich ernsthaft verbesserte, so blieben noch anderthalb Dutzend anderer deutscher Staaten mit miserabilem Wahlrecht übrig, die zum größten Teil an eine Verbesserung ihres Wahlrechtes gar nicht denken, sie manchmal sogar, wie z. B. Sachsen, in schärfster Form ablehnen. Es bleibt vor allem die Anomalie der beiden Großherzogtümer Mecklenburg bestehen, deren staatsrechtliche Zustände meines Wissens sich nur mit denen von Afghanistan vergleichen lassen.

Die „Neuorientierung“ ist vor nunmehr dreieinhalb Jahren verheißen worden. Was hat sie praktisch außer der Aufhebung des Jesuitengesetzes bisher gezeitigt? Man denke nur an das klägliche Schicksal, das den Beschlüssen des Verfassungsausschusses – nebenbei bemerkt, existiert dies mit so ungeheurem Tamtam in die Welt gesetzte Gebilde überhaupt noch? – zuteilgeworden ist. Nicht einmal der selbstverständliche Beschluss ist von der Regierung

ausgeführt worden, wonach Offiziersernennungen der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers bedürfen und so der parlamentarischen Kritik unterliegen sollen.

Nichts haben wir bekommen. Pardon - wir haben Hertling, Payer und Friedberg bekommen.

Graf Hertling ist ein alter, erfahrener Herr, der politisch sehr weit rechts steht. In Bayern hat er zum Wohlgefallen des rechten Flügels des Zentrums regiert. Von irgendwelchem Reformeifer hat er selbst in jüngeren Jahren keine Proben abgelegt. In seiner politischen Grundstimmung ist er mit Herrn Michaelis nahe verwandt, nur, dass er ihm um das Stück Weltklugheit überlegen ist, um das die katholische Kirche ihrer evangelischen Schwester voraus zu sein pflegt.

Herr von Payer ist ein alter Herr, der in jüngeren Jahren Demokrat war. Seitdem er sich in der Blockzeit mit den Konservativen verbündete und mit Feuereifer beim Vereinsgesetz den Verzicht der demokratischen Grundforderung vom Recht auf die Muttersprache vertrat, ist von demokratischer Politik bei ihm nichts mehr zutage getreten. In einer der letzten Sitzungen des Zentralausschusses seiner Partei zeichnete er sich durch die Schärfe aus, mit der er gegen den kleinen pazifistischen Flügel der Fortschrittler Stellung nahm. Charakteristisch für ihn war außerdem die Verleugnung der parlamentarischen Immunität zu Ungunsten Liebknechts.

Herr Friedberg ist ein alter Herr, der sich besonders dadurch hervorgetan hat, dass er seine nationalliberale Fraktion im Abgeordnetenhaus immer wacher für das Pluralwahlrecht und gegen das Reichstagswahlrecht hat kämpfen lassen. Mit Wohlbehagen reproduzierte die „Kreuzzeitung“ erst dieser Tage die Rede, die er Anfang Oktober auf dem nationalliberalen Vertreterstage in Hannover gegen eine rasche preußische Wahlreform gehalten hat. Bei welcher Gelegenheit er erklärte, die „vollständige Demokratisierung“ des Wahlrechts bedeute den „teilweisen Ausschluss der besten bürgerlichen Elemente“.

Dieser selbe Herr Friedberg ist jetzt in das preußische konservativ-bureaucratische Ministerium delegiert worden, um dort die alsbaldige „vollständige Demokratisierung“ durchzusetzen. Mit welcher Leidenschaft er wohl seine Kollegen, die bisher so treulich das bestehende Dreiklassenwahlrecht vertreten haben, zur „Demokratisierung“ bekehren wird!

Allerdings hieß es zunächst, dass ihm ein fortschrittlicher Abgeordneter als Wahlrechtshelfer im Ministerium an die Seite gestellt werden sollte. Dove, Mommsen und Fischbeck wurden nacheinander für diesen Posten genannt. Sie sollten sich mit dem bescheidenen Ressort des Handelsministers abfinden. Aber selbst von dieser Personalkonzession ist alles wieder stille geworden. Der fortschrittliche Minister scheint ganz sachte wieder unter den Tisch geglitten zu sein. Er hätte wohl zu viel Parlamentarismus bedeutet.

Dabei scheint mir, dass im preußischen Ministerium dem ungeheuren offenen und noch mehr dem versteckten Widerstand gegen die Wahlreform gegenüber wenigstens ein nackensteifer und überzeugter Wahlreformfreund unerlässlich gewesen wäre. Weshalb haben Fortschrittler und Sozialdemokraten nicht darauf bestanden, das entscheidende Ministerium des Innern statt mit dem beliebigen konservativen Bureaukraten Drews mit einem Manne wie Fischbeck besetzt zu sehen? Herr Fischbeck bietet wegen seiner unsozialen Grundanschauung viel Anlass zur Kritik.

Die bisherigen Personalgarantien für die Durchsetzung der deutschen „Revolution“ sind etwas mager. Trotzdem kommt die „Kölnische Zeitung“ und erklärt in einer augenscheinlich hochhoffiziösen Notiz:

„Der von Hindenburg angestrebte neue Burgfriede soll - und das ist gewissermaßen die Gegenleistung der Parteien an die Regierung - nunmehr zur Tat werden. In diesem Sinne ist auch bereits zwischen Regierung und Parteien eine Vereinbarung dahin getroffen worden,

dass beim Zusammentritt des Reichstages große außen- und innenpolitische Auseinandersetzungen vermieden werden, dass die Parteien sich vielmehr damit begnügen, in kurzen Erklärungen ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Reichskanzlers zum Ausdruck zu bringen, und dass alsdann mit möglichster Beschleunigung die Annahme der Kreditvorlage ohne besondere Debatte erfolgen soll. Die ersten Tage der neuen Reichstagsverhandlungen sollen nach dem Wunsch der Parteien und der Regierung das Bild großer nationaler Geschlossenheit gegenüber dem Auslande und dem Inlande geben. Außerhalb des vereinbarten Programms sollen alle weiteren Wünsche der Sozialdemokraten und anderen Parteien bis nach dem Kriege zurückgestellt werden.“

Also Schweigen und Geldbewilligen – das ist die Parole für die deutsche „Revolution“! Damit haben wir glücklich die „Schulterhöhe der anderen Völker“ erreicht.

Das deutsche Volk soll „alle weiteren Wünsche bis nach dem Kriege zurückstellen“. Denn es hat ja Hertling, Friedberg und Payer erreicht. Ist das nicht eine kolossale Errungenschaft?

Man rechnet wieder einmal mit der sprichwörtlichen Bescheidenheit der Deutschen in innenpolitischen Dingen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Recht. Ein paar Leute mit exzessiven Ansprüchen wird es allerdings doch vielleicht geben, die Hertling, Payer, Friedberg, Schweigen und Geldbewilligen als Gesamtergebnis der deutschen Revolution nicht gerade imponierend finden. Aber über solche Nörgler geht man wohl am besten zur Tagesordnung über.

Die ersten Schritte der Arbeiterregierung.

Von dem Augenblick, wo der Kongress der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte die Übernahme der Staatsregierung beschloss, stand die junge Regierung der Arbeiter und Bauern vor einer Reihe offener und versteckter Feinde.

Kerenski entkam, um außerhalb Petrograds Kanonen und Bajonette gegen die Volksregierung aufzusuchen – und hier trat das Gespenst eines Bürgerkrieges, also eines Brudermordens, auf. Es galt, entweder vor dieser grauenhaften Perspektive zurückzuschrecken und die Frucht eines langen Kampfes und glänzenden Sieges, zu denen die ganze Entwicklung der russischen Revolution mit unwiderstehlicher Kraft führte, an die notorischen Verräter der Volkssache abzutreten – dabei mit der tiefsten Überzeugung, dass man dadurch selber einen Verrat an der Demokratie und dem Sozialismus verübt – oder den begonnenen Kampf mit aller Energie und Konsequenz durchzuführen bis zum endgültigen Siege, eventuell bis zum eigenen Untergang.

Die junge Regierung konnte nicht, durfte nicht schwanken. Sie organisierte ihre Kriegskraft, sie übergab das Kommando an Oberst Muravjeff, einen Offizier, der sich zu ihrer Verfügung gestellt hat und der über die nötige Energie und Willenskraft zu verfügen scheint. Sein erfolgreiches Auftreten gegen Kerenski, dessen Truppen er bei Zarskoje Selo schlug, ist bereits aus den Telegrammen bekannt. Gleichzeitig übernahm er auch die Sicherung der Ordnung in der Stadt, wobei er in allen Stadtbezirken Militärposten aufstellte und dieselben durch ein Telephonnetz mit der ganzen Stadt und untereinander verband. Strengste Maßregeln traf er gegen etwaige Marode und Gewalttaten. Nach allen Angaben herrscht in Petrograd seit mehreren Tagen vollständige Ordnung, nach der Meinung einiger neutraler Zeugen sogar bessere Ordnung als vor dem Aufstande.

Aber nicht nur Kerenski mit seinen Kosaken traten gegen die Arbeiterregierung auf. Der ganze Mechanismus des alten bureaukratischen Staates – diese Hydra mit tausend Köpfen, die von dem zarischen Regime geschaffen, durch die Gutschkow-Miljukowsche Clique sanktioniert und dank der Kerenskischen Pseudodemokratie unangetastet am Staatsmechanismus kleben und wirtschaften durfte, diese seit jeher verhöhnte und verachtete

Tschinovnikbande erhob sich jetzt gegen die Regierung der Sowjets und versuchte die Staatsmaschine durch Boykott zum Stillstand zu bringen. Alle Ministerien, mit Ausnahme des Kriegs- und Marineamtes, alle sogenannte soziale Institutionen, die durch die Bourgeoisie zur Unterstützung der Regierung und des Krieges gebildet waren, wurden auf einmal leer: von höheren bis zu untersten Beamten, kein Mensch erschien zur Arbeit. Freilich erwies es sich bald, dass es auch in diesen Institutionen eine Menge Leute gibt, die mit den Sowjets und ihrer Regierung solidarisch sind, sie wurden aber von ihrer Obrigkeit, den höheren Beamten, terrorisiert und wagten nicht, sich offen zur neuen Regierung zu bekennen.

Gegen diesen Boykott trat der Volkskommissarenrat (so heißt offiziell die neue Regierung) energisch auf. Die einzelnen Minister forderten die Beamten ihrer Ministerien auf, am bestimmten Tage die Arbeit aufzunehmen; tun sie das nicht, werden sie als entlassen betrachtet. Gleichzeitig wandte sich die Regierung an Gewerkschaften und die Vereine der Handels- und Industrieangestellter mit dem Aufruf, ihr zu Hilfe zu kommen und allerlei Spezialisten, Buchhalter, Bankangestellte, Kontoristen Monteure usw. zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zwecke wurden sofort Anmeldebureaus in den Lokalen der Gewerkschaften eröffnet.

Neben diesem Boykott seitens der Staatsbeamten drohte die Gefahr, dass die Bourgeoisie etwas ähnliches auf dem Gebiete des Handels- und der Industrie versuchen könnte. Um dem vorzubeugen, beschloss der Verein der Handelsangestellten sich jedem Versuche eines böswilligen Schlusses der Geschäfte zu widersetzen und, wo nötig, den Handel auch wider den Willen der Kaufleute fortzusetzen. Gegen Boykott seitens der Banken erließ die Regierung eine Verordnung, dass alle Banken vom 31. Oktober (13. November) ab von 10 bis 2 Uhr geöffnet werden müssen, widrigenfalls die Direktoren verhaftet werden. „Alle Gerüchte – heißt es in diesem Dokument – über die Konfiskation der Kapitalien, die die Bourgeoisie verbreitet, sind falsch. Es werden keine anderen Maßregeln vorgenommen, außer den, die die Interessen der Bankkunden durch strenge Kontrolle über die Tätigkeit der Banken garantieren.“

Aber es gab noch einen und vielleicht den gefährlichsten Feind in Petrograd selbst. Das waren die sozialistischen Dissidenten, die den Kongress der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte verließen und unter dem Schutz ihrer sozialistischen Immunität zum offenen Aufstand gegen die neue Regierung aufriefen. Die Sozialpatrioten Menschewiks und die Sozialisten-Revolutionäre mit ihrem Bundistischen Anhang, die im Sowjet die Schlacht schändlich verloren hatten, fingen nun an, in ihrer Presse (parallel und ganz einstimmig mit der reaktionären Presse) die neue Regierung mit Unrat zu bewerfen und alle, wer nur hören wollte, zum Ungehorsam und Kampf gegen dieselbe zu hetzen. (Schluss folgt.)

Aufruf des Zentral-Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

An alle Mitglieder der Partei und alle arbeitende Klassen Russlands!

1.

Es ist allgemein bekannt, dass auf dem zweiten allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte die Delegierten der Bolschewiks die Mehrheit hatten.

Diese Tatsache ist für das Verständnis der soeben in Petrograd, Moskau, wie in ganz Russland stattgefundenen siegreichen Revolution grundlegend. – Gerade diese Tatsache wird von den Anhängern des Kapitalismus und ihrer unbewussten Helfershelfer immer vergessen und umgangen. – Sie versuchen somit die Bedeutung, welche die russische Revolution für die ganze Welt hatte, zu untergraben. – Es handelt sich nämlich um folgendes: die ganze Macht

soll von den Arbeiter- und Soldatenräten gehandhabt werden. – In Russland soll es keine andere Regierung, außer der Regierung der Sowjets geben. – In Russland ist die Macht durch den Sowjet erobert worden und der Übergang der Regierung von einer Sowjetpartei zur anderen, kann durch einen einfachen Beschluss der Sowjets, durch eine einfache Neuwahl der Delegierten erfolgen.

Der zweite allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte sprach sich in seiner Mehrheit für die Partei der Bolschewiks aus. Demgemäß repräsentiert nur eine Regierung der Sowjets. Es ist allen bekannt, dass das Zentral-Komitee der Bolschewiks ein paar Stunden vor der Bildung der neuen Regierung und bevor die Liste seiner Mitglieder dem zweiten Allrussischen Arbeiterrat vorgelegt wurde, drei der bekanntesten linken Sozialisten-Revolutionäre, die Genossen Kakow, Sairo und Karelin einlud und ihnen die Beteiligung an der neuen Regierung vorgeschlagen hat. Es tut uns sehr leid, dass obige Genossen unseren Vorschlag ablehnten. – Wir betrachten ihre Ablehnung als unzulässig für Revolutionäre und Anhänger der Arbeitermassen und sind jederzeit bereit, die linken Sozialisten-Revolutionäre in die Regierung aufzunehmen. Aber wir stellen fest, dass wir als Mehrheitspartei auf dem Allrussischen Arbeiterrats-Kongress das Recht und die Pflicht vor dem Volke haben, eine Regierung zu bilden.

Es ist allen bekannt, dass das Zentral-Komitee unserer Partei dem Arbeiterrats-Kongress eine rein bolschewikische Liste der Volkskommissäre vorgeschlagen und dass der Kongress diese Liste angenommen hat. – Darum sind die Gerüchte, dass die bolschewistische Regierung nicht die Regierung der Sowjets ist, absolut erlogen und können nur von Feinden des Volkes, von Feinden der Sowjets verbreitet werden. Im Gegenteil, nur die Regierung der Bolschewiks kann jetzt, nach dem zweiten Allrussischen Kongress, bis zur Bildung der neuen Regierung durch das Exekutivkomitee der Sowjets als die Regierung der Sowjets gelten.

2.

In unserer großen Partei fanden sich – trotz des proletarisch-revolutionären Charakters unserer Politik – einzelne Genossen, die die nötige Widerstandsfähigkeit im Kampfe mit dem Feinde nicht besaßen. – Die Aufgaben, vor denen jetzt unsere Partei steht, sind wirklich unermesslich, die Schwierigkeiten außergewöhnlich groß. Und einige unserer Parteigenossen, die früher verantwortungsvolle Posten einnahmen, wankten vor dem Druck der Bourgeoisie und haben unsere Reihen verlassen.

Die Bourgeoisie und alle ihre Helfershelfer jubeln, groß ist ihre Schadenfreude, laut freuen sie sich über unseren angeblichen Zusammenbruch und prophezeien den Niedergang der bolschewikischen Regierung. Genossen, glaubt nicht all' diesen Lügen, die Genossen, die unsere Reihen verlassen haben, haben wie Deserteure gehandelt, indem sie nicht nur die ihnen anvertrauten Posten verließen, sondern auch gegen die Bestimmung unseres Zentral-Komitees, die ihnen zur Pflicht machte, wenigstens die Beschlüsse der Petrograder und Moskauer Parteiorganisationen abzuwarten, gehandelt haben.

Wir verurteilen aufs entschiedenste diese Desertion. Wir sind fest überzeugt, dass alle klassenbewusste Arbeiter, Soldaten und Bauern, die unserer Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, ebenso entschieden diese Haltung verurteilen werden.

Wir haben aber erklärt, dass diese Haltung einiger Leute, die an der Spitze der Partei stehen, die Einheit der Massen, die unserer Partei folgen, auch nicht für einen Augenblick beeinträchtigen und unsere Partei ins Wanken bringen kann.

Erinnert euch Genossen, dass zwei dieser Deserteure, KamiNEW und Sinowjew, schon vor dem Aufstande in Petrograd wie Deserteure und Streikbrecher aufgetreten sind, denn sie haben nicht nur in der entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees am 10. Oktober gegen den Aufstand gestimmt, sondern sind auch nach dem Beschluss des Zentralkomitees mit einer

Agitation gegen den Aufstand vor den Parteimitgliedern aufgetreten. Es ist allgemein bekannt, dass die Zeitungen, die sich fürchten, auf die Seite der Arbeiter zu treten und mehr zur Bourgeoisie halten, – z. B. die „Nowaja Schynsn“ – zusammen mit der bürgerlichen Presse ein Geschrei erhoben über den „Zusammenbruch“ unserer Partei, über die „Niederlage“ des Aufstandes usw.

Die Wirklichkeit hat schnell die Lügen und Verleumdungen der einen, die Zweifel, das Wanken und den Kleinmut der anderen widerlegt. Der „Sturm“ aber, den man aus Anlass des Schrittes der Kamienews und Sinowjews und den angeblichen Folgen dieses Schrittes für den Aufstand, erhoben hat, wurde zum Sturm in einem Glase Wasser, und der großartige Aufschwung der Massen, der grenzenlose Heroismus der Millionen von Arbeiter, Soldaten und Bauern in Petrograd, Moskau, an der Front, in den Schützengräben und auf dem Lande hat die Deserteure beiseitegeschoben, so leicht wie ein rasender Schnellzug Späne wegschleudert.

Schämen sollen sich alle Kleinmütigen, alle Zögernden, alle Zweifelnden, alle diejenigen, die auf den Leim der Bourgeoisie gegangen sind oder die dem Geheul der bewussten und unbewussten Helfershelfer der Bourgeoisie nachgegeben haben.

In den Massen der Petrograder und Moskauer Arbeiter und Soldaten, ebenso wenig wie unter den Arbeitern ganz Russlands, ist ein Schatten von Zögern zu bemerken. Nein. Unsere Partei steht fest und unerschüttert zu den Interessen aller Arbeitenden, vor allem der Arbeiter und ärmeren Bauern.

Die bürgerliche Presskanaille und diejenigen, die von der Bourgeoisie umgarnt sind, werfen uns vor, dass wir unversöhnlich sind, dass wir die Macht mit anderen Parteien nicht teilen wollen. Genossen, das ist nicht wahr. Wir schlugen und schlugen den linken Sozialisten-Revolutionären vor, die Macht mit uns zu teilen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn sie es abgelehnt haben. Wir führten mit ihnen Unterhandlungen auch nach dem Schluss des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatendelegiertenräte, wir haben ihnen allerlei Konzessionen gemacht, wir gingen sogar soweit bis zum evtl. Einverständnis Vertreter eines Teiles der Petrograder Stadtduma zuzulassen; der Duma, dieses Nest der Kornilowjada der doch in erster Linie vom Volke weggefegt wird, wenn die Hallunken von Kornilowanhänger, die Söhne der Kapitalisten und Grundbesitzer, die Fähnriche noch einmal versuchen werden, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen, wie sie es vorigen Sonntag versucht haben, und wie sie es wieder versuchen wollen. (Das beweist die Enthüllung über die Verschwörung Puritschkowitschs und die bei ihm gestern vorgefundenen Dokumente.) Unsere Nachgiebigkeit aber wurde von den Herren, die hinter den linken Sozialisten-Revolutionären stehen und durch sie im Interesse der Bourgeoisie handeln, als eine Schwäche unsererseits gedeutet, die sie ausgenutzt haben, um uns heute Ultimata zu stellen. Auf die Beratung am 3. November haben die Herren Abramowitsch und Martow mit folgendem Ultimatum geantwortet: keine Unterredung so lange unsere Regierung die Verhaftungen und Zeitungsverbote aufrecht erhält.

Unsere Partei wie die Exekutive des Vollzugsausschusses der Sowjets lehnten dieses Ultimatum, das von Anhänger Kaledins, der Bourgeoisie, Kerenskis und Kornilows stammt, ab. Die Puritschkewitsch-Verschwörung und das Erscheinen (am 5. November) einer Delegation eines Teiles der 17. Armee in Petrograd, die mit einem Aufmarsch gegen Petrograd drohte (eine lächerliche Drohung, denn die Avantgarde dieser Kornilowleute ist bereits geschlagen worden und bei Gatschino geflohen, der andere Teil weigerte sich überhaupt, gegen die Sowjets zu marschieren) alle diese Ereignisse haben bewiesen, von wem eigentlich diese Ultimata der Herren Abramowitsch und Martow stammen.

Mögen die Arbeitermassen ruhig und fest bleiben! Niemals wird unsere Partei solchen Ultimata der Minderheit der Sowjets, einer Minderheit, die sich von der Bourgeoisie

einschüchtern ließ und faktisch in der Tat ungeachtet aller ihrer guten Vorhaben, als Drahtpuppe in den Händen der Kornilowleute auftraten, nachgeben.

Wir halten an dem Prinzip der Sowjetregierung, d. h. einer Regierung der Mehrheit des letzten Allrussischen Kongresses, fest, wir waren und sind bereit, die Macht mit der Sowjetminderheit zu teilen unter der Bedingung einer loyalen Verpflichtung dieser Minderheit, sich der Mehrheit zu unterwerfen und das Programm, das der zweite Allrussische Kongress angenommen hat, und das in allmählichen, aber entschlossenen Schritten zum Sozialismus führt, durchzuführen.

Aber Ultimata seitens Gruppen und Grüppchen von Intellektuellen, hinter denen keine Massen, dafür aber Kornilow- und Sawinkowleute, die Fähnrichschulen usw. stehen, werden von uns nicht beachtet.

Mögen also die Arbeiter ruhig und fest bleiben. Unsere Partei, die Partei der Sowjetmehrheit steht fest und entschlossen zu der Sache ihrer Interessen, und hinter unserer Partei stehen Millionen von Arbeitern in den Städten, Soldaten in den Schützengräben, und Bauern auf dem Lande, die bereit sind, um jeden Preis den Sieg des Friedens und des Sozialismus zu verwirklichen!

Das Zentral-Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei.

Aus unserm politischen Tagebuch.

3. Dezember.

Nachdem der Reichstag zusammengekommen war, um den neuen Reichskanzler zu begrüßen und die neue Milliarden-Kreditvorlage zu bewilligen, was alles planmäßig von statten gegangen ist, sind sie schon wieder auseinanderggegangen, ohne dass etwas Bemerkenswertes vorgekommen ist; die üblichen Monitas wurden vorgebracht. Der Sozialpatriot David hatte den Mut zu behaupten, dass unsere russischen Genossen nicht gesiegt hätten, wenn die Mehrheitspolitiker der deutschen Sozialdemokratie eine andere Politik als die des 4. August eingeschlagen hätten; die russische Revolution ist den deutschen Sozialpatrioten zu verdanken.

4. Dezember.

Die in dem Farbenkonzern vereinigten Werke beabsichtigen, ihr Aktienkapital um 170 Millionen zu erhöhen. Das ist weiter nicht bemerkenswert; bemerkenswert ist, dass die neuen Aktien zum Kurse von 107 Prozent natürlich nur an die Aktionäre herausgegeben werden sollen, während der wirkliche Kurs der beteiligten Werke zwischen 330 und 490 Prozent ist. Den Aktionären wird auf diese Weise die Kleinigkeit von 500 Millionen Mark geschenkt, nur weil der Aufsichtsrat nicht imstande ist, auf andere Weise den „Kriegssegens“ unterzubringen. Außerdem sollen die erst am Ende des Jahres einzuzahlenden neuen Kapitalien am Gewinn des laufenden Jahres schon beteiligt sein, wodurch wiederum ein schöner Extraprofit von ca. 25 Millionen für die notleidenden Aktionäre herausspringt. Kommentar hierzu ist wohl überflüssig.

<p>In der letzten Nummer ist durch ein technisches Versehen das Feuilleton umstellt worden, wir bringen es deshalb nochmals in richtiger Reihenfolge. [In der letzten Ausgabe ergänzt. d. Hrsg.]</p>
--

Arbeitermarsch.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Formt aus vielen, vielen Einen,

hebt den Mut der bange Kleinen,
lässt das Schwerste leicht erscheinen,
zeigt die Ziele uns, die reinen,
näher, schärfer ohne Schatten,
als wir auf dem Korn sie hatten

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Nahn im Takt wir einige hundert,
ist da keiner, der sich wundert;
nahn im Takt wir einige tausend,
wird sein Ohr schon mancher recken,
nahn im Takt wir hunderttausend –
Ja, dies Dröhnen wird sie wecken!

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Macht.
Wenn in solchem Takt wir schreiten,
fest von Norges Uferweiten
bis zum höchsten Katarakte,
kommen alle wir im Takte –
schwinden Herren, schwinden Knechte,
helfen jedem wir zum Rechte!

Björnson

Geschichte nimmt die Dinge nur en gros;
Wenn wir sie im Detail vor Augen sähen
Wie viel der Krieg arm macht, wie wenig froh,
So würden wir fortan den Kriegsruhm schmähen,
Der so viel Korn vergeudet bloß um Stroh.
Um etwas mehr Gebiet und mehr Trophäen.
Das Trocknen einer Träne ist wahrer Ehre
Näher, als das Vergießen blut'ger Meere.

Byron

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl
Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 50/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 15. Dezember 1917.

Nr. 50

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Eine dringende Notwendigkeit.

Von Peter Unruh.

In Russland hat die Revolution der Bolschewiks gesiegt. Was immer den Bolschewiks an Schwierigkeiten noch entgegenstehen mag: die Tatsache, dass sie die pseudosozialistischen Elemente der Regierung Kerenskis mit wuchtigem Stoß aus dem Sattel setzten und mit kühnen, energischen Schritten den Weg zum Frieden betraten, hat die Bahn frei gemacht für das weitere Vordringen der sozialen Revolution bis zum endgültigen Siege des Sozialismus. Unerhört Großes ist in wenigen Wochen vollbracht worden; unerhört Gewaltiges, dem nichts in der Weltgeschichte an die Seite zu stellen ist. Man denke: Das in den Ketten des finstersten Zarismus ächzende Russland hat eine Demokratie erhalten, die auf dem weiten Erdenrund ihresgleichen nicht hat. Die Knute ist dem Zarismus und seinen Henkersknechten entwunden. Der Rat der Arbeiter und Soldaten lenkt die Geschicke des Landes.

Die russische Demokratie, die dem Volke nicht von oben her beschert wurde, hat den Zarismus und seine Verkappungen in der Versenkung der historischen Bühne auf Nimmerwiedersehen verschwinden lassen und sie stählt ihre Macht von Tag zu Tag und benutzt sie zu dem einzigen Zwecke, zu dem eine proletarische Demokratie überhaupt taugt und an dem sie einzig ihre historische Daseinsberechtigung zu erproben hat: als Hebel der sozialen Revolution. Und so hat folgerichtig der politisch-militärische Sieg der Bolschewiks die soziale Umwälzung mit sich gebracht, und mögen die ökonomischen Verhältnisse Russlands, im Unterschiede zu den ökonomischen Verhältnissen des westlichen Europas und der Vereinigten Staaten Nordamerikas, für den Sozialismus heute noch nicht reif sein, so wird die durch die Revolution geschaffene Neuordnung des russischen Wirtschaftslebens durch den Reifeprozess gewaltig gefördert werden. Auf diesem Wege gibt es kein Halten mehr. Russland steht unmittelbar im Kampfe um den Sozialismus, und es kennt je länger je mehr nur *einen* Feind: den Imperialismus, wo und in welcher Gestalt er auch auftreten, ob er sich ihm in den politischen Formen freundlich oder feindlich nahen mag.

Nur durch den außerrussischen Imperialismus kann die russische Revolution abgewürgt werden. Ihr eigentlicher Feind steht schon längst nicht mehr im Innern des Reiches, sondern vor seinen Toren. Die Kaledins sind nichts mehr als die Drahtpuppen in den Händen des Ententekapitals. Und es gibt auf dem ganzen Erdenrund keinen Imperialismus, der mit der

russischen Revolution in Frieden und Eintracht leben könnte. Und umgekehrt. Es kann für die soziale Revolution auf die Dauer keinen Frieden mit dem Imperialismus geben.

Wie aber war es möglich, dass die russische Revolution so schnell ihren Fortgang nahm? Einzig und allein deshalb, weil in Russland eine selbständige Partei der Linksradiكالen war, die vom ersten Augenblick an das Banner des Sozialismus entfaltete und im Zeichen der sozialen Revolution kämpfte. Freilich, zu allerhöchster Anerkennung durch den Zarismus hat sie es nie gebracht. Ihre Führer waren gehetzt und verfolgt. Viele von ihnen lebten in der Verbannung, waren deportiert oder ausgewiesen. Hunger und Not, Verfolgung und Kerker haben sie nicht geachtet, die heute dem russischen Proletariat den Frieden bringen. Ihrer Organisation beitreten, hieß von vornherein auf ein ruhiges Leben verzichten, hieß ein Leben voller Kampf und Mühen auf sich nehmen, hieß die Sache des Sozialismus über alles stellen, über Weib und Kind, über Gut und Leben. Bolschewik sein, hieß in Wahrheit ein Kämpfer sein. Und nun haben alle Verfolgungen, alle furchtbare Leiden, alle im Stillen gehegte Hoffnungen, alle wilden Empörungen ihre Früchte gezeitigt.

Aber nur im Feuer dieses Kampfes konnte der Wille zu Stahl erhärten, der jetzt aller namenloser Schwierigkeiten Herr zu werden strebt. Es gab keinen Augenblick des Ausruhens, der stillen Beschaulichkeit auch für den letzten der Anhänger, es war nichts damit getan, wenn man seinen Namen in die Mitgliederliste eintragen ließ, seine Parteisteuer entrichtete und sein Mitgliedsbuch in Ordnung hielt. Der Kampf forderte anderes und mehr. Es galt unter Einsetzung des Lebens Anhänger zu gemeinsamer Aktion zu werben. Lest es in Gorkis „Mutter“ nach!...

Und der Gedanke der Revolution zündete von Herz zu Herz, von Hirn zu Hirn und erschuf die Armee der Todesmutigen, die sich um ihr Banner scharten und die Zarenbande vertrieben, die Tore der Gefängnisse erbrochen, die Brüder, die in ihrem Namen in den Verließen schmachteten, befreiten und auf den Zinnen von Petrograd die rote Fahne hissten. Und nun weht sie stolz über dem von Blut durchtränkten Russland, und die Augen von Millionen armer, zerquälter Menschen blicken hoffnungsvoll zu ihr empor, denn sie ist zum Signal und Symbol des Friedens geworden.

Muss es heute noch auseinandergesetzt werden, weshalb die „Arbeiterpolitik“ sich so hartnäckig für die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei einsetzte, weshalb sie den Kompromiss von Gotha brandmarkte? Und hat sie nicht tausendmal Recht behalten? Sind die Unabhängigen den Weg gegangen, auf den die Gruppe „Internationale“ sie durch ihren Beitritt hoffte, drängen zu können. Die „Arbeiterpolitik“ hat den Schritt der Gruppe „Internationale“ von vornherein verurteilt; aber sie ist keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, dass die in Gotha vertretenen Mitglieder der Gruppe „Internationale“ in der besten Absicht und aus wohlerwogenen Gründen handelten. Wenn die Gruppe in der Folge wiederholt in schiefe Lagen kam, wenn sie in der allgemeinen Beurteilung mitverantwortlich gemacht wurde für die unsozialistische Politik der Unabhängigen, so ist das die zwar bedauernswerte, aber unvermeidliche Konsequenz jenes Schrittes gewesen. Wir können nicht glauben, dass die Gruppe „Internationale“ mit der Haltung der Unabhängigen auch nur in einem einzigen Falle einverstanden gewesen wäre. Wir können nicht glauben, dass sie sich identifizierte mit dem jämmerlichen Versagen eines Dittmann, mit den Erklärungen Haases zur russischen Revolution, mit der Haltung der Fraktion in der Kieler Affäre, und neuerdings mit der Rede Ledebours zur Kreditverweigerung. Wir können nicht glauben, dass die Gruppe „Internationale“ durch ihr Schweigen über die Haltung der Unabhängigen ihre Zustimmung ausdrücken wollte.

Wir können uns dieses Schweigen nur erklären aus der einen Tatsache, dass die Gruppe kein Publikationsorgan mehr hat,¹⁸ wengleich für sie auch die Spalten der Presse der Unabhängigen, vor allem der „Leipziger Volkszeitung“ offenstanden. Wir nehmen immer noch an, dass ihre Führer diesen Blättern kritische Artikel angeboten haben und dass sie nur aus etwelchen Gründen nicht veröffentlicht wurden. Denn wir können nicht glauben, dass die Gruppe „Internationale“ ihren eigenen Leitsätzen in einem ähnlichen Maße untreu geworden wären, indem die Sozialpatrioten das Erfurter Programm unter die Füße stampften. Oft genug hat an der Spitze des Spartacus jener Punkt aus den Leitsätzen gestanden, dass in der Internationale der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung liege. Konnte man für die Haltung der Gruppe „Internationale“ in Gotha bei wohlwollendem Suchen immerhin noch Gründe finden, so ist heute jeder Schein von Berechtigung für das Zusammengehen mit der Unabhängigen dahin.

Eine mehr als halbjährige Praxis hat die Auffassung, dass die Unabhängigen zu einer entschiedenen Politik getrieben werden könnten, als Illusion enthüllt. Eingetreten ist nur, was von vornherein zu befürchten stand, dass das Ansehen der Unabhängigen durch den Beitritt einer großen linksradikalen Gruppe, die die Namen der Besten zu ihren Anhängern zählt, in einem verhängnisvollen Maße gesteigert werden könne, und dass jener Kompromiss nur der Beginn eines neuen Zersetzungsprozesses sein müsse. War die internationale Situation zurzeit des Gothaer Kongresses seit dem Ausbruch der russischen Revolution gegen früher schon gänzlich verändert, so ist sie es jetzt, nach dem Sieg der Bolschewiks, erst recht. Heute gebietet die internationale Lage die Gründung einer eigenen linksradikalen Partei als dringendste Notwendigkeit. Weite Kreise der Gruppe „Internationale“ sind längst von den Gefahren überzeugt, die den Kompromiss von Gotha für eine linksradikale Bewegung in Deutschland mit sich bringen müsste. Der in der „Arbeiterpolitik“ abgedruckte Artikel des Stuttgarter „Sozialdemokrat“ ist nur ein Symptom unter vielen. Das lässt uns hoffen, dass endlich auch die führenden Elemente der Gruppe das Erfordernis des Augenblicks erfassen und sich öffentlich von der Partei der Unabhängigen lossagen werden.

Wir haben jedenfalls den festen Willen, alles daranzusetzen, um in Deutschland den Boden zu schaffen für eine linksradikale Partei. Wir fordern daher unsere Freunde aus der Gruppe „Internationale“ auf, angesichts eines bald neun Monate sich hinschleppenden Versagens der Fraktion und Partei der Unabhängigen, angesichts einer die Zukunft der linksradikalen Bewegung in Deutschland aufs äußerste gefährdenden korrumpierenden Wirkung des Gothaer Kompromisses, sowie aus den anderen angedeuteten Gründen: sich unverzüglich von den Pseudosozialisten der Unabhängigen öffentlich loszusagen und eine eigene linksradikale Partei zu gründen, mit den Führern, um ein Wort der Genossin Zetkin aus der ersten Nummer der Zeitschrift „Internationale“ zu gebrauchen, wenn sie wollen, ohne sie, wenn sie nicht wollen!

Arbeiterkoalitionen und Arbeiterkämpfe.

Aus Karl Marx, Das Elend der Philosophie.

„Der Streik der Arbeiter ist illegal, und es ist nicht nur das Strafgesetzbuch, welches das verkündet, sondern auch das ökonomische System, die Notwendigkeit der bestehenden Ordnung. ...“

¹⁸ Es ist selbstverständlich, dass die „Arbeiterpolitik“ der Gruppe „Internationale“ in jedem Augenblick als Publikationsorgan zur Verfügung gestanden hätte und noch steht. Wir haben das mehr als einmal betont.

Red. der „Arbeiterpolitik“.

Dass jeder einzelne Arbeiter freie Verfügung über seine Person und seinen Arm hat, kann geduldet werden, aber dass die Arbeiter mittelst Koalitionen dem Monopol Gewalt antun sich erfrechen, kann die Gesellschaft nicht zugeben.“ (*Proudhon, Bd. 1.*)

Herr Proudhon will uns einen Artikel des Strafgesetzbuches als ein allgemeines und notwendiges Resultat der Verhältnisse der bürgerlichen Produktion auftischen.

In England sind die Koalitionen durch eine Parlamentsakte autorisiert, und es war das ökonomische System, welches das Parlament gezwungen hat, diese Autorisierung von Gesetzeswegen zu verkünden. Als im Jahre 1825 das Parlament unter dem Minister Huskisson die Gesetzgebung abändern musste, um sie mehr und mehr mit einem aus der freien Konkurrenz hervorgegangenen Zustand der Dinge in Einklang zu setzen, musste es notwendig alle Gesetze abschaffen, welche die Koalitionen der Arbeiter verboten. Je mehr die moderne Industrie und die Konkurrenz sich entwickeln, desto mehr Elemente treten auf, welche die Koalitionen hervorrufen und fördern, sobald die Koalitionen eine ökonomische Tatsache geworden sind, von Tag zu Tag gewinnend, kann es nicht lange dauern, bis sie auch eine gesetzliche Tatsache werden.

Somit beweist der Artikel des Code penal höchstens, dass die moderne Industrie und die Konkurrenz unter der Konstituante und dem Kaiserreich noch nicht genügend entwickelt waren.

Die Ökonomen und die Sozialisten (d. h. die damaligen, die Fournisten in Frankreich, die Owenisten in England) sind sich über einen einzigen Punkt einig: die Koalitionen zu verurteilen. Nur motivieren sie ihre Verurteilung verschieden. Die Ökonomen sagen zu den Arbeitern: koaliert euch nicht. Indem ihr euch koaliert, hemmt ihr den regelmäßigen Gang der Industrie, verhindert ihr die Fabrikanten, den Bestellungen nachzukommen, stört ihr den Handel und beschleunigt das Eindringen der Maschinen, die eure Arbeit zum Teil überflüssig machen und dadurch euch zwingen, einen noch niedrigeren Lohn zu akzeptieren. Übrigens ist euer Tun umsonst; euer Lohn wird stets durch das Verhältnis der gesuchten Hände zu den angebotenen Händen bestimmt werden. Und es ist ein ebenso lächerliches, wie gefährliches Beginnen, euch gegen die ewigen Gesetze der politischen Ökonomie aufzulehnen.

Die Sozialisten sagen zu den Arbeitern: koaliert euch nicht, denn was werdet ihr schließlich dabei gewinnen? Eine Lohnsteigerung? Die Ökonomen werden euch bis zur Evidenz beweisen, dass auf den Gewinn von wenigen Pfennigen, den ihr günstigstenfalls dabei für eine gewisse Zeit erzielen könnt, ein dauernder Rückschlag folgen wird. Geschickte Rechner werden euch beweisen, dass ihr Jahre braucht, um mittelst der Lohnerhöhung nur die Kosten herauszuschlagen, die ihr zur Organisation und Erhaltung der Koalitionen ausgeben musstet. Wir, in unserer Eigenschaft als Sozialisten, sagen euch, dass, abgesehen von dieser Geldfrage, ihr darum nicht minder die Arbeiter sein werdet, wie die Meister stets die Meister bleiben, nach wie vor, darum keine Koalitionen, keine Politik; denn sich koalieren, heißt das nicht Politik treiben?

Die Ökonomen wollen, dass die Arbeiter in der Gesellschaft bleiben, wie dieselbe sich gestaltet hat und wie sie sie in ihren Handbüchern gezeichnet und besiegelt haben.

Die Sozialisten wollen, dass sie die alte Gesellschaft beiseitelassen, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können, die sie ihnen mit so vieler Vorsorge ausgearbeitet haben.

Trotz beider, trotz Handbüchern und Utopien, haben die Arbeiterkoalitionen keinen Augenblick aufgehört, mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie sich zu entwickeln und zu wachsen. Das ist heute so sehr der Fall, dass der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des

Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt die umfangreichsten und bestorganisierten Koalitionen.

In England hat man sich nicht auf partielle Koalitionen beschränkt, die keinen anderen Zweck hatten als einen augenblicklichen Streik, und mit demselben verschwanden. Man hat dauernde Koalitionen geschaffen, Trades Unions, die den Arbeitern in ihren Kämpfen mit den Unternehmern als Schutzwehr dienen. Und gegenwärtig finden alle diese lokalen Trades Unions einen Sammelpunkt in der Assivication of United Trades, deren Zentralkomitee in London sitzt und bereits 80 000 Mitglieder zählt. Diese Streiks, Koalitionen und Trades Unions traten ins Leben gleichzeitig mit den politischen Kämpfen der Arbeiter, die gegenwärtig unter dem Rahmen der Chartisten eine große politische Partei bilden.

Die ersten Versuche der Arbeiter sich untereinander, zu assoziieren, nehmen stets die Form von Koalitionen an.

Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes – Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um den Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maße, als die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen, zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes: Das ist so wahr, dass die englischen Ökonomen ganz erstaunt sind, zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Ökonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampfe – ein veritabler Bürgerkrieg – vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an.

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, konstruiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.

Mit Bezug auf die Bourgeoisie haben wir zwei Klassen zu unterscheiden: die, während derer sie sich unter der Herrschaft des Feudalismus und der absoluten Monarchie als Klasse konstituierte, und die, wo sie bereits als Klasse konstituiert ist, die Feudalherrschaft und die Monarchie umstürzte, um die Gesellschaft zu einer Bourgeoisiegesellschaft zu gestalten. Die erste dieser Phasen war die längere und erforderte die größeren Anstrengungen. Auch das Bürgertum hatte mit partiellen Koalitionen gegen die Feudalherrschaft begonnen.

Man hat viel Untersuchungen angestellt, um den verschiedenen historischen Phasen nachzuspüren, welche die Bourgeoisie von der Stadtgemeinde an bis zu ihrer Konstituierung als Klasse durchlaufen hat. Aber wenn es sich darum handelt, sich genau Rechenschaft abzulegen über Streiks, Koalitionen und die anderen Formen, unter welchen die Proletarier vor unseren Augen ihre Organisation als Klasse vollziehen, so werden die einen von einer wirklichen Furcht befallen, während die anderen eine transzendente Geringschätzung an den Tag legen.

Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also

notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muss eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionselementen ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten.

Heißt dies, dass es nach dem Sturz der alten Gesellschaft eine neue Klassenherrschaft geben wird, die in einer neuen politischen Gewalt gipfelt? Nein.

Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse, wie die Bedingung der Befreiung des dritten Standes, der bürgerlichen Ordnung, die Abschaffung aller Stände war.

Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten, bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.

Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine totale Revolution bedeutet. Braucht man sich übrigens zu wundern, dass eine auf den *Klassengegensatz* begründete Gesellschaft auf den brutalen Widerspruch hinausläuft?

Man sagt nicht, dass die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre.

Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die *gesellschaftlichen Evolutionen* aufhören *politische Revolutionen* zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:

„Kampf oder Tod; blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt.“

(George Sand.)

Die ersten Schritte der Arbeiterregierung.

(Schluss.)

Für die Regierung bestand die Alternative: entweder, nach dem Wortlaut der sozialistischen Programme, die Pressfreiheit zu wahren und allen Anhängern Kerenskis, Kornilows oder Kaledins diese mächtige Waffe gegen die Volksregierung zu geben – und das in dem Augenblick des offenen Krieges gegen diese Herren – oder die Stimme dieser Helfershelfer der Reaktion bis zur Wiederherstellung der Ordnung zu unterdrücken und die schwere Arbeit der Organisierung der neuen Staatsmacht unter Ausschluss dieser Gegenwirkung fortzusetzen. Bei dieser Wahl konnte die Arbeiterregierung nicht schwanken. Sie unterdrückte alle Zeitungen, die offen zur tätigen Bekämpfung der Regierung anriefen: es waren darunter fast alle bürgerlichen Zeitungen und einige sozialpatriotische. Die Moskauer bürgerliche Zeitung „Rußkija Vedomosti“, das Organ der Kadettenpartei, welche ihren Kampf gegen die Diktatur der Demokratie in loyalen Formen führte, wurde nicht geschlossen.

Die sozialdemokratische Partei der Bolschewiks, die an der Spitze dieser großen Volksbewegung steht, hat nie die Herrschaft für sich angestrebt: die Idee, die sie sich die ganze Zeit den sozialistischen Führern der Demokratie einzupauken bemühte, war: die ganze Macht an die Sowjets, d. h. an die Organisation der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Dass an der Spitze dieser Organisation sozialistische Parteien stehen und unter allen Umständen stehen bleiben,

das war teilweise Tatsache, teilweise vorausgesetzt. Es konnte doch keinem vernünftigen Menschen in den Sinn kommen, dass irgendeine „sozialistische“ Partei die Arbeitermassen gerade in dem Augenblick verlässt, wo diese Masse an das Staatsruder kommt, d. h., wo diese Masse des Beistandes der sozialistischen Ideologen am meisten bedarf.

Diese bolschewikische Idee fand Widerhall in den breitesten Massen, nicht weil die Bolschewiks so wunderbare Agitatoren und Prediger sind, sondern einfach, weil die ganze Entwicklung des Klassenkampfes während der Revolutionsmonate die ganze Politik der kleinbürgerlichen Demokratie (Kerenski und Konsorten) und der Bourgeoisie (Miljukow usw.) die Massen dazu trieben, selber die Macht zu ergreifen und die Streitfragen der Revolution selber zu lösen. Die Bolschewiks waren nur jener Kern, um den herum sich die Bewegung organisierte und von dem heraus die Forderungen formuliert wurden.

Es war auch ganz natürlich, dass gleich beim Eingreifen der Macht durch den Kongress der Sowjets die Bolschewiks eine Koalitionsregierung vorschlugen. Aber die beleidigten Sozialpatrioten, die den jähen Übergang von Mehrheit zur nichtigen Minderheit nicht hatten verdauen können, zogen vor, sich nicht mit der Arbeitermasse, sondern mit Kerenski und Tereschtschenko solidarisch zu erklären, und verließen den Kongress. Aber auch nachher versuchten die Bolschewiks zu einer Verständigung zu kommen. Jedoch man bot ihnen so naive (oder freche) „Friedens“-Bedingungen, dass man darüber kaum ernst diskutieren konnte. So wurde vorgeschlagen, dass die neue Arbeiterregierung sich auflöst, die revolutionäre Armee sich dem Kerenski unterwirft, die Arbeiterschaft entwaffnet wird – und dann wird eine neue Regierung gebildet, jedoch ohne Bolschewiks, dagegen garantiert man eine Amnestie den aufrührerischen Sowjetmännern.

Um etwas ähnliches der siegreichen Regierung anzubieten, muss man entweder am Gehirne beschädigt sein, oder sich auf etwas anderem, uns Unbekanntes, stützen. Eins ist klar: solange die militärische Macht der Konterrevolution nicht gebrochen ist, wird der Boykott seitens der sozialpatriotisch-bürgerlichen Koalition nicht aufhören, wird der Kampf fort dauern, wird es zu keinem Koalitionsministerium kommen.

Die Arbeiterregierung hat es wohl verstanden, dass man mit dem Kampfe gegen die Konterrevolution die Massen nicht befriedigen kann, dass man sofort energisch an die Verwirklichung des Kampfprogramms treten muss. Dementsprechend entfaltete sie ihre positive, schaffende Arbeit in drei Richtungen: 1. Schritte zur Herbeiführung des Friedens, 2. Lösung der Agrarfrage, 3. Reformen der Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

In der Friedensangelegenheit, die in Russland zu einer Nationalfrage geworden ist, wurde bis jetzt nur das bekannte Manifest des Kongresses der Sowjets veröffentlicht. Es stehen jetzt auf der Tagesordnung weitere und zwar konkrete Schritte seitens der Regierung selbst. Die lassen nicht lange auf sich warten. Zur Ordnung der Agrarverhältnisse erließ die Regierung ein Dekret betreffend die Übergabe des ganzen staatlichen, kirchlichen und privaten Grund und Bodens an die Bauernkomitees, bis die Frage rechtlich durch die Konstituierende Versammlung gelöst wird. Endlich, was die Arbeiterfrage anbetrifft, ist vor allem das Dekret über den Achtstundenarbeitstag zu bemerken. Daneben ist eine gründliche Reform der Versicherung gegen alle Zustände, die den Arbeitern den Erwerb unmöglich machen, verkündet. Auch ist ein Schriftstück von Kommissaren für Volksaufklärung zu erwähnen, in welchem eine weitgehende Demokratisierung des Schulwesens in Aussicht gestellt wird.

Wenn wir diese „ersten Schritte“ der Arbeiterregierung kurz zusammenfassen, so sind sie in drei folgenden Sätzen zu formulieren:

1. Unversöhnlicher Kampf gegen alle Elemente, die die revolutionäre Organisationsarbeit der Volksregierung auf dem Wege der Gewalt zu vernichten suchen.

2. Entgegenkommende Stellung zu allen sozialistischen Parteien, die ehrlich mitwirken wollen und einen ihren Kräften entsprechenden Anteil an der Regierungsarbeit zu nehmen bereit sind.

3. Sofortiger Aushau der Grundlagen einer echt demokratischen Umbildung aller gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse und Institutionen, damit die breitesten Massen des Volkes durch reelle Arbeit der Regierung mit derselben in innigste Verbindung kommen und sie wirklich als ihre eigene Regierung fühlen.

Inwiefern diese kolossale Aufgabe der neuen Regierung gelingt, - ist schwer vorauszusagen. Das ist eine Gleichung mit mehreren Unbekannten. An Energie und guten Willen scheint es ihr nicht zu fehlen: aber das ist nur die Hälfte des Nötigen. Wird es den Sowjetleuten gelingen, die große Masse für die nationale Sache mitzureißen, ihr Glauben an eigene Kräfte einzufloßen, ihre schaffende Tatkraft auf das höchste zu spannen, - dann werden sie Kolossales leisten können. Wird dagegen die Masse nach dem Siege sich wieder beruhigen und die Last des Regierens an den Rat der Volkskommissare übergeben, dann ist die Sache verloren. Denn diese Regierung kann ihre Kraft nur, wie Antheus, aus der Berührung mit der Erde-Volksmasse schöpfen.

Der Bruch in der menschewikischen Partei Russlands.

In Nr. 204 der „Rabotschaja Gezeta“, des Organs der Menschewiks, wird ein interessantes Referat über die am 3. November stattgefundene Sitzung der menschewikischen Fraktion des Rates der Republik, des Z.-V.-A., des Kongresses und des Petrograder Sowjets des A. und S.-D.-R., in Gegenwart der Mitglieder der T.-C. der S.-D.-A.-P.-R. (Vereinigten). Die Führer der Menschewiks äußerten sich für den Bürgerkrieg.

Weinstein: Der Bürgerkrieg ist ein Faktum, die Ausgleichstaktik ist leblos. In Moskau hat sie es zu keinem Resultat gebracht. Denn die Demokratie kann den Bolschewismus, auch mit Militärgewalt, nicht unterdrücken, dies werden an ihrer Stelle andere tun und mit dem Bolschewismus werden sie die Revolution und das Proletariat zertreten. Es gelang uns jetzt in Petrograd, ein Zentrum zu bilden, das Komitee der Rettung. Wir müssen um dasselbe alle Kräfte der Demokratie gruppieren.

Sarezkaja spricht im Namen der Minderheit des Z.-K.: Die Vereinbarung mit der Bourgeoisie wurde durch die sozialdemokratische Bewertung der Revolution diktiert. Eine Vereinbarung mit den Bolschewiks bedeutet Anerkennung der sozialen Revolution. Gegenüber der bolschewikischen Regierung sind unsere Aufgaben *dieselben, wie gegenüber dem Zarismus.*

Vergeblich warnte der Vertreter der Majorität des Z.-K., Dan, indem er darauf hinwies, dass Versuche, die Arbeiter- und Bauernrevolution mit Gewalt zu unterdrücken, zum Siege der Konterrevolution führen würden. „In den ersten Tagen der Verschwörung konnte man hoffen, dass sie mit Militärgewalt liquidiert werden könnte, jedoch der Versuch ihrer Unterdrückung scheiterte. Der Angriff auf Petrograd hat die Verteidigung Petrograds *zur Sache des Proletariats gemacht*, die sozialistische Partei kann nicht an der *Niederdrückung der Arbeiterklasse teilnehmen.*“

Ein anderer Vertreter der Mehrheit des Z.-K., Abramowitsch, erklärte, dass für die breiten Massen die Revolution und der Sozialismus in der Form des Bolschewismus erscheine, andere kennen sie nicht. „Indem wir diese Illusionen zerschmettern, zerschmettern wir auch den Glauben an die Revolution. Wir können an der Unterdrückung des Ausstandes keinen Anteil nehmen, nicht aus moralischen Rücksichten, sondern infolge ihrer politischen

Unzweckmäßigkeit, da wir durch die Niederdrückung des Bolschewismus die Soldaten zur Reaktion und zum Antisemitismus stoßen.“

Die Mehrheit der Versammlung hat dem Z.-K. für die von ihm in der Frage der Vereinbarung mit den Bolschewiks angenommene Stellung ihren Tadel ausgesprochen. Mit allen Stimmen, gegen 15, bei 3 Stimmenenthaltungen, nahm man folgende Resolution an: „Die Versammlung billigt das Verhalten der Mitglieder des Z.-K., welche infolge Meinungsverschiedenheit ausgetreten sind, und schlägt dem Z.-K. vor, seine Stellungnahme zu ändern, worauf die 11 Mitglieder wieder in das Z.-K. eintreten sollen.“

Träume und Taten.

Die Petrograder französische Zeitung „L'entente“, deren Name genügend über ihre politische Stellung belehrt, bringt einen Artikel unter obiger Überschrift, den wir hier wiedergeben:

Wir sind von der Außenwelt abgeschnitten.

Die revolutionäre Regierung, welche die Macht in Petrograd ergriffen hat, folgt dem Beispiel aller revolutionären Regierungen und macht alles, was sie kann, um sich zu befestigen.

Die Regierung Kerenskis unterhandelte und unterhandelt.

Die Leninsche – auch wenn sie unterhandelt – handelt gleichzeitig, wie praktische Menschen, die wissen, dass nur der nicht irrt, der nichts tut, dagegen der Tätige – freilich auch irren, dabei aber auch gewinnen und sein Ziel erreichen kann.

Der Unterschied zwischen den beiden Regierungen ist der:

Die Regierung Kerenskis sucht und zaudert. Die der Lenin und Trotzki stürmt und handelt.

Die Letztere nennt man eine Regierung der gewalttätigen Aneigner und Verschwörer, und das mit Unrecht.

Gewalttätige Aneigner – ja – wie alle revolutionären Regierungen, die über ihre Gegner triumphieren.

Verschwörer – o, nein!

Und die „Prawda“ hat Recht, wenn sie in der Nummer vom 14. November gegen die Anklage seitens Kerenskis Freunde, man hätte sich verschworen, um die Macht zu ergreifen, energisch protestiert.

Nein, sie haben nicht konspiriert.

Im Gegenteil, offen, kühn, ohne ihre Worte zu verschleiern, ohne ihre Ziele zu verheucheln, ohne ihre Tätigkeit zu verheimlichen, verbreiteten sie ihre Agitation, verstärkten sie ihre Propaganda in den Fabriken, in den Kasernen, an der Front, in der Provinz, überall, wobei sie das Datum des Aufstandes und des Sturmes gegen die Staatsmacht vorausbestimmten.

Sie – Verschwörer? Ach was, nie im Leben!

Und die, welche das behaupten, haben wahrscheinlich nichts gesehen, nichts gelernt, nichts gehört. Während dieser langen Monate waren sie von ihrem Traum ergriffen, wie es Kerenski tat, der seinem Traum vom Ruhme: in die Geschichte als Retter der Revolution, der Freiheit und des Rechtes ohne Gewalt, ohne Zwangsmaßregeln, ohne Todesstrafe einzutreten – alles bis auf die elementarste Verteidigung seines Winterpalastes geopfert hat.

Und jetzt, nach dieser großen Probe, welche dem Lande sein Dasein kosten kann, werden wenigstens jetzt die Leute, in deren Händen Russlands Los gefallen ist, endlich begreifen, dass

den Regierungen das Recht des Träumens nicht zusteht? Nur den Dichtern ist dieses Recht beschieden.

Die Regierungen haben nur eine Pflicht, und sie heißt: handeln. Gewiss, wenn es nicht zu spät ist.

*

Soweit das Blatt. Wir überlassen es dem Verfasser, das Bild Kerenskis zu idealisieren; aber die Charakteristik zweier politischer Methoden ist ganz richtig. Kerenski und Konsorten haben monatelang gesprochen, verhandelt, geschachert und die Revolution zu der Krise am 7. November gebracht. Die neue Regierung hat wenig Worte gesagt, aber sie hat schon Taten hinter sich. Das Staatsruder darf nicht aus der Hand der Männer der Tat gerissen werden und an willenslose, hysterische Träumer überliefert werden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

8. Dezember.

„Eine neue Gelegenheit“ schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, um die Verständigung nach Westen anzubahnen, ist der Brief Lord Lansdownes. Dieser Brief, eine Art englische Erzbergeriade, spricht sich bekanntlich für eine Revision des englischen Kriegsprogramms, für die Herabschraubung der Ansprüche des englischen Imperialismus aus, um den Weg der Verständigung zu ebnen. Wer soll sich verständigen? Die beiderseitigen Regierungen natürlich. Und worüber sollen sie sich verständigen? Über die rationellste Verteilung des Felles der kleinen Bären von Nationen, die das Opfer des Krieges geworden sind. „Eine neue Gelegenheit“, sagt die „Leipziger Volkszeitung“, um zum allgemeinen Frieden zu gelangen. Schau, schau! Der allgemeine Friede auf Kosten der kleinen Nationen! Der allgemeine Friede von Regierungsgnaden! Ein erneuter Appell an die Regierungen, dass sie den Frieden, den allgemeinen Frieden schließen sollen. Und das in diesem Augenblick! Im Augenblick des Siegens und Ringens der russischen Revolutionäre gegen die imperialistischen Regierungen zunächst der Entente. Sieht denn das Zentralorgan der tapferen Unabhängigen gar nicht, dass es bei der Verständigung der imperialistischen Regierungen auch um die russische Revolution geht? Aber was kümmert die Unabhängigen die russische Revolution! Sie wollen den Frieden, den „allgemeinen“ Frieden. Und die Regierungen sollen ihn bringen. Das ist die Lehre, die das Zentralorgan der Unabhängigen aus den Kämpfen der russischen Revolutionäre gezogen haben. „Eine neue Gelegenheit“, dieser Brief des englischen Lords, in der Tat – aber für die Unabhängigen, dass sie nach so vielen Verrätereien wiederum einen Verrat an der russischen Revolution begehen können. Und eine solche Gelegenheit lässt kein echter Unabhängiger, der den Frieden im Westen von den imperialistischen Regierungen abhängig machen muss, ungenützt verstreichen.

9. Dezember.

Für Montag, den 26. November, hatte die Berliner Gewerkschaftskommission sich endlich bereitgefunden, Versammlungen einzuberufen. Sieben Versammlungen mit der Tagesordnung: Die Volksernährung und die mangelhafte Verteilung der Nahrungsmittel, sowie Diskussion, waren einberufen. Die Referate wurden gehalten von Bauer, Braun, Hoch, Hirsch, Molkenbuhr, Robert Schmidt und Wels. Wie es früher war, so jetzt erst recht: Die Gewerkschaftsversammlungen wurden möglichst „rein“ gehalten, und darum werden die Redner bestimmt, die die Meinung der Vorstände kundgeben, nicht nach der Stimmung der Mitglieder wird gefragt, die soll, wenn möglich erst von dem Referenten gemacht werden, damit „alles klappt“. Diesmal kam es anders, als die Herren erwartet hatten. In der Versammlung, wo Braun als Referent bestimmt war, wollten die Arbeiter ihm erst gar nicht anhören, doch fand eine Einigung statt, und Braun wurde eine Redezeit von einer Stunde

gewährt. In den anderen Versammlungen zeigte sich, während der Referent sprach, in immer steigendem Maße das Misstrauen der Arbeiter. In der Diskussion fielen dann auch die dieser Stimmung der Arbeiter entsprechenden Worte. Die von den Referenten vorgeschlagene Resolution wurde nicht angenommen.

Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden sozialen Misere ist.

Engels: Die Lage der arbeitenden Klassen Englands. (1845.)

*

Die Besten müssen springen in den Riss der Zeit,
nur über ihren Leibern schließt er sich,
nur ihre Leiber sind der seltne Samen,
aus dem der Völkerfreiheit üppige Pflanze
grünend hervorschießt, eine Welt befruchten.

Feuilleton

Der Leichenbesorger.

Von Puschkin.

Es war Mondschein. Der Leichenbesorger hatte glücklich das Nikitski-Tor erreicht. Bei der Himmelfahrtskirche rief ihn unser Freund Jurko an, und als er den Leichenbesorger erkannte, wünschte er ihm eine gute Nacht. Es war schon spät. Der Leichenbesorger näherte sich bereits seinem Hause, als es ihm plötzlich war, als ob jemand auf dasselbe zugeht, das Top öffnete und in demselben verschwand.

„Was mag das bedeuten?“ dachte Adrian. „Wer verlangt schon wieder nach mir? Sollte es ein Dieb sein? Besuchen vielleicht Verliebte meine törichte Töchter? Das bedeutet Unheil!“

Und der Leichenbesorger war nahe daran seinen Freund Jurko zu Hilfe zu rufen. In demselben Augenblick näherte sich eine andere Person dem Tor und wollte eintreten, aber als sie bemerkte, dass Adrian sich eiligst näherte, blieb diese Person stehen und erhob den dreieckigen Hut. Adrian glaubte, das Gesicht zu erkennen, vermochte es aber in seiner Eile nicht genauer zu prüfen.

„Sie kommen zu mir,“ sagte Adrian atemlos, erweisen Sie mir die Freundlichkeit einzutreten.“

„Keine Umstände, Freund!“ sagte der Fremde mit hohler Stimme; „geh voran und zeige deinen Gästen den Weg!“

Es blieb Adrian keine Zeit Umstände zu machen. Das Tor stand offen, Adrian schritt die Treppe hinan, die fremde Person folgte ihm. Es war Adrian, als ob in seinen Zimmern Leute hin- und hergingen.

„Was ist das für eine verteufelte Geschichte,“ dachte er und stürzte hinein. – Aber hier ließen ihn seine Beine im Stich.

Das Zimmer war mit Toten angefüllt. Der Mond schien durch die Fenster und erhellte ihre gelben und blauen Gesichter, die eingesunkenen Lippen, die trüben, halbgeschlossenen Augen und die dünnen vorstehenden Nasen. ... Mit Schauern erkannte Adrian Leute in ihnen, welche von ihm begraben worden; und in dem Gaste, dem er vorausgeschritten, den Brigadier, der während des strömenden Regens beerdigt worden. Alle, Männer wie Frauen,

versammelten sich, umringten den Leichenbesorger, verbeugten sich und begrüßten ihn, – alle, mit Ausnahme eines armen Burschen, der vor Kurzem umsonst begraben worden und der scheu und sich seiner Lumpen schämend es nicht wagte vorzutreten, sondern abseits in einem Winkel stand. Die anderen waren anständig gekleidet; die Frauen trugen Hauben mit Bändern; diejenigen von den Männern, welche dem Staate gedient hatten, befanden sich in Uniform, aber ihre Gesichter waren unrasiert; die Kaufleute trugen ihre Sonntagsröcke.

„Siehst du, Prochoroff,“ sagte der Brigadier, „im Namen dieser auserlesenen Gesellschaft sind wir alle auf deine Einladung hin auferstanden. Nur diejenigen sind zu Hause geblieben, welche ganz in Stücke zerbröckelt sind, oder welche keine Haut mehr, sondern nur noch ihre bloßen Knochen hatten; aber auch so konnte einer von ihnen nicht zurückbleiben – so sehlich wünschte er dich zu sehen ...“

In diesem Augenblick drängte sich ein kleines Skelett durch die Menge und näherte sich Adrian. Sein Schädel lächelte den Leichenbesorger liebevoll an und alte Linnenfetzen hingen hier und da um ihn, wie auf einer Stange, während die Knochen seiner Füße in seinen hessischen Stiefeln klapperten wie der Stößel in einem Mörser.

„Erkennst du mich nicht, Prochoroff?“ sagte das Skelett.

„Erinnerst du dich nicht des ehemaligen Gardesergeanten, des Peter Petrowitsch Kurilkin, – desselben, den du im Jahre 1799 deinen ersten Sarg verkaufstest – und noch dazu einen aus Fichtenholz statt aus Eichenholz!“

Mit diesen Worten streckte der Tote seine knöchigen Arme nach ihm aus. Aber Adrian nahm alle seine Kräfte zusammen schrie auf und stieß ihn von sich.

Peter Petrowitsch strauchelte, fiel und ging in Stücke.

Ein Gemurmel der Entrüstung lief durch die Versammlung der Toten. Sie erhoben sich für die Ehre ihres Genossen, – überschütteten Adrian mit Schimpfreden und Drohungen, und der arme Wirt, durch ihr Geschrei ganz betäubt und fast zu Tode gepresst, verlor seine Geistesgegenwart, fiel selbst über die Gebeine des ehemaligen Gardesergeanten und verlor das Bewusstsein.

Das Sonnenlicht erhellte schon längst das Bett, auf welchem der Leichenbesorger lag. Endlich schlug er die Augen auf und erblickte vor sich die Magd, welche auf die Kohlen des Samowars blies. Adrian erinnerte sich mit Grausen all der Ereignisse des vorherigen Tages: Truschin, der Brigadier, der Sergeant tauchten vor ihm auf. Schweigend wartete er, dass das Mädchen ihn anreden und ihm das Ergebnis der nächtlichen Abenteuer berichten würde.

„Wie du dich verschlafen hast, Väterchen Adrian Prochorowitsch,“ sagte Axinja, indem sie ihm seine Kleider reichte. „Deine Nachbarn, der Schneider und der Nachtwächter kamen mit der Meldung, dass heute der Namenstag des Polizeinspektors sei; aber du geruhest weiter zu schlafen, und wir mochten dich nicht wecken.“

„Und kamen sie zu mir von der verstorbenen Frau Truschin?“

„Verstorben? Ist sie denn tot?“

„Dumme Gans! Hast du mir denn nicht selbst geholfen, die Sachen für ihr Begräbnis in Ordnung zu bringen.“

„Bist du denn von Sinnen, Väterchen? Oder ist der Dunst von dem gestrigen Gelage noch nicht verflogen?“ Welches Leichenbegängnis war denn gestern? Du hast den ganzen Tag bei dem Deutschen bankettiert, kamst betrunken nach Hause, warfst dich auf dein Bett und hast bis zu dieser Stunde, wo die Glocken bereits zur Messe geläutet, fest geschlafen.“

„Wirklich?“ sagte der Leichenbesorger erfreut.

„Natürlich,“ antwortete Axinja.

„Na, wenn es sich so verhält, dann mach' schnell den Tee zurecht und rufe meine Töchter.“

Charakterköpfe des Bolschewikschen Umsturzes.

Von P. Orlovsky.

W. I. Lenin.

Im Jahre 1903, als die bekannte Spaltung in der russischen Sozialdemokratie entstand, wurde seitens der Menschewiks der Ausdruck „die eiserne Faust Lenins“ lanziert. Der Ausdruck ist gut: es ist wirklich ein Mann mit der eisernen Faust – ein willenskräftiger, zäher Charakter, der vor keinem Widerstande zurückweicht, sich durch keine Misserfolge entmutigen lässt, zu seinem Ziele unermüdlich und beharrlich geht.“

Er ist ein Mann mit eiserner Faust, mit eisernem Charakter und mit eisernen Nerven.

In einem anderen Milieu wäre aus ihm ein hervorragender Gelehrter, ein tüchtiger Staatsmann, ein unermüdlicher Pionier der Sache, der er sich gewidmet hätte. In Russland, wo alles Ehrliche und Tüchtige notwendigerweise oppositionell wurde, konnte er nur ein Revolutionär werden, und dabei nur ein linksstehender Revolutionär. Denn jeden Gedanken muss er konsequent bis zu den letzten Schlüssen durchdenken und jedes Handeln bis zu Endresultaten treiben.

Und so wurde er Sozialdemokrat. Der Name, den ihm sein im Jahre 1889 hingerichteter Bruder hinterließ, erleichterte ihm den Zutritt zu der Partei, aber das war auch kaum nötig. Durch seine Begabung, durch seine Kenntnisse und durch seine Energie erreichte er bald die führende Stellung in der Partei.

Es waren Jugendjahre der russischen Sozialdemokratie. Die Partei existierte eigentlich noch nicht. Der erste Versuch, die zerstreuten sozialdemokratischen Organisationen zu einer Partei zu sammeln, endete mit der Verhaftung der Kongressdelegierten. Die Bewegung und die Organisation waren in Russland noch zu schwach, die Polizeiverhältnisse zu schwer, als dass man im Lande selbst ein tatkräftiges Zentrum bilden könnte. Das verstand Lenin, der die Jahre 1897 bis 1899 im Exil in Sibirien verbrachte, und nach einer Verständigung mit seinen damaligen Freunden Martoff und Potressoff, begaben sich alle drei, samt einigen anderen Genossen, nach dem Auslande und gründeten dort, zusammen mit Plechanoff, Axelrod und Sassulitsch die Zeitung „Iskra“ (Der Funke).

Nun begann die Periode des Aufbaues unserer Partei, und ohne die Verdienste anderer Genossen zu vermindern – man muss gestehen, dass diese Periode unter dem Zeichen Lenins stand, dass er die Seele dieser Bewegung war. Die Idee bestand in der Bildung einer Partei auf dem Wege systematischer Propaganda, zu welchem Zwecke das Blatt dienen sollte. Der Bau der Partei geschah von oben, aber gleichzeitig entstand eine spontane Massenbewegung von unten, welche in den Iskra-Komiteen Organisationszentren und Vertretungsorgane fand. Dieser Organisationsplan, gegen den manche Gegner der „Iskra“, später auch einige der Redakteure selbst (nach der Spaltung, als die Leute ihre eigne Arbeit zu diskreditieren begannen), hat sich in der Revolution vom Jahre 1905 als vollständig richtig erwiesen: die Massenbewegung der Arbeiter ging überall unter dem Zeichen der Sozialdemokratie und der „Iskra“.

Aber vor dieser ersten Revolution kam es zur Spaltung der Partei. Es war „eine alte Geschichte“ – zwei Psychologien, hinter denen zwei große Gruppen des Proletariats standen: die Fabrikarbeiter und die Arbeiterschaft der Kleinbetriebe, – eine Teilung, die auch in manchen europäischen Arbeiterorganisationen entstand. Dass Lenin, das Haupt des revolutionären Flügels wurde, das konnte man leicht vorhersehen. Er nahm den Kampf gegen den Opportunismus mit der ihm eigenen Energie auf.

Ganz wie in Deutschland, ging die Mehrzahl der Intellektuellen in das opportunistische Lager. Dieser Prozess geht wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der russischen Sozialdemokratie seit 1903 bis heute. Der Sieg der Bolschewiks am 7. November hat diese Scheidung besonders klar ans Licht gebracht: Die Masse der sozialistischen Intelligenz hat sich mit der bürgerlichen Intelligenz zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse vereinigt, nur weil an der Spitze der Arbeiterbewegung die verhassten Bolschewiks und die apokalyptische Bestie – Lenin – stehen. Das hat nur das alte Wort Lenins bestätigt, dass die sozialistische Intelligenz, die fast ausschließlich aus der bürgerlichen Klasse stammt, in ihrer Masse dem Bürgertum nähersteht als der Arbeiterklasse.

Die Revolution vom Jahre 1905 hat Lenin die Rückkehr nach Russland ermöglicht. Aber nur kurze Zeit konnte er dort ganz legal wohnen. Schon im Frühjahr 1906 begann die Reaktion und im Juli desselben Jahres fühlte sie sich so stark, dass sie auch die zweite Duma auseinanderjagte und das Wahlgesetz änderte. Lenin, der überhaupt nicht so leicht jemanden traut, umso weniger den Gegner, nahm seine Maßregeln vor und ließ sich in Finnland unweit von Petrograd nieder. Von dort aus entwickelte er seine, energische Tätigkeit bis April 1907, wo er mit anderen zum fünften Parteitag nach London fuhr, um nicht mehr nach Russland zurückzukommen. Nur die neue Revolution hat ihm die russische Grenze wieder eröffnet.

Wie alle großen, charakterfesten Leute, wird Lenin entweder heiß geliebt oder stark gehasst. Für seine Gegner ist er ein Ungeheuer, für das nichts Heiliges existiert, das aus lauter Wollust im Blute wadet und ehrgeizig nach der Staatsgewalt strebt. Für seine Anhänger dagegen, und besonders für die Arbeiter, ist er beinahe ein Götze. Er ist wirklich ein Mann, der Männer und Massen fortreißen kann. Kein großer Redner in ästhetisch-technischem Sinne des Wortes, spricht er doch mit solcher Überzeugungskraft und solchem Aufschwung, dass Tausende von Menschen rasend werden.

Der Kontakt mit der Masse regt ihn auf und er besitzt das Geheimnis, seine eigene Überzeugung und seinen Glauben der Masse mitzuteilen. Dabei ist seine Rede schlicht, frei von jeglicher Ornamentation, sachlich und klar. Das sind keine Bilder, die aus seiner Rede emporströmen, das sind Taten.

Aber dieses Ungeheuer, das mit „eiserner Faust“ jeden Widerstand niederschmettert und nach „nach Blut lechzt“, sieht ganz anders aus, wenn man mit ihm zusammen am Arbeitstisch sitzt und Pläne entwirft, Handschriften durchliest, oder etwaige praktische Fragen bespricht. Keiner ist so willig, fremden Rat zu folgen, wenn der Rat gut ist, keiner erlaubt so gutmütig seine Handschriften zu redigieren und zu „modifizieren“, keiner unterwirft sich so gerne der Majorität. Aber nur, wenn er überzeugt ist, dass dadurch die Interessen der Partei und der Arbeiterklasse keinen Schaden erleiden.

Sonst steht er fest bei seinen Forderungen, auch wenn es zum Bruch mit den besten Freunden kommen sollte.

„Frangas, non flectes“ (brechen, nicht biegen) – das ist von ihm gesagt.

Einen solchen Charakter braucht jetzt die russische Arbeiterklasse, wenn sie ihre historischen Forderungen erfüllt sehen will. Denn es gilt einen ungeheuren Kampf durchzumachen, gegen seine Freunde aufzutreten, seine verblindeten Brüder zu überzeugen, wo nicht – zu überwältigen. Und dazu bedarf man wirklich einer eisernen Faust, eisernen Willens, eiserner Nerven.

Der Riese.

Aus dunklen Tiefen
tagesempor,

sonnenhungrig
ringt der Riese.
Seine Schläfen triefen
von Schweiß.
Mühsalheiß
durchs Trümmertor,
quaderwälzend,
schicksaltrotzig bricht er sich Bahn.
Ehern die Stirn,
Muskeln von Stahl,
in seinen Adern kreisen
der Menschheit Sehnsucht und Qual.

Aus seinen Augen zucken
unlöschliche Strahlen des Lichts,
und ob sie mit goldenen Händen
ihn niederdrücken und schänden,
der Riese lässt sich nicht ducken
und wächst mit gewaltigen Rucken
aus dem verachteten Nichts.

Henckel.

Verantwortlich: Frau Ahrens: Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl
Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 51/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 22. Dezember 1917.

Nr. 51

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Ein Wendepunkt.

Ein Wendepunkt ist in der deutschen Geschichte eingetreten. Was während vieler Jahrzehnte als Grundlage der Demokratisierung Deutschland betrachtet wurde, das allgemeine Wahlrecht für Preußen, ist jetzt der Verwirklichung nahe. So jubeln vor Allem die freisinnigen und sozialpatriotischen Blätter. Aber ist ihr Jubel nicht berechtigt? Von unserer eigenen Seite - der linksradikalen - ist doch in früheren Jahren wiederholt erklärt worden, dass die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen eine grundlegende Umwälzung bedeuten würde.

Und nun wird es kommen, in ganz anderer Weise, als man damals dachte; als Geschenk von oben, als Anerkennung des patriotischen Verhaltens der Arbeiterklasse. Wie werden hier die alten sozialdemokratischen Grundsätze zu Schanden, dass neue Rechte, dass Demokratie nur durch das Volk selbst erobert, erzwungen werden könne! Wie haben die Cunow und Lensch aufs neue Gelegenheit, eine Revision des alten dogmatischen Marxismus zu proklamieren!

Allerdings, etwas sonderbares ist daran. Als Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit kommt die Reform reichlich spät. Da hätte sie vor drei Jahren kommen sollen.

Angesichts der Umwälzungen, die in Russland stattgefunden haben, muss man sich vielleicht die Worte Bismarcks erinnern: Artigen Kindern gibt man nichts.

Woher früher der heftige Widerstand gegen diese Wahlreform? Weil, sagten wir, erstens eine Demokratisierung Preußens die Grundlage der Junkerherrschaft untergräbt, und die Junkerherrschaft ist die Sicherung der Kapitalherrschaft. Weil zweitens, sagten wir, allgemeines Wahlrecht, das die politische Macht in die Hände der Massen legt, diese Massen zu Herrschern des Landes macht, zu Bestimmern ihres eigenen Loses, sobald sie ihre richtigen Leute zu wählen weiß.

Gilt das nun alles nicht mehr? Da wir nun sehen, dass die herrschenden Klassen allgemeines Wahlrecht für Preußen geben wollen, wirft das nicht all unsere früheren Argumente und Anschauungen um? Darauf ist zu antworten: *Die Umstände haben sich verändert.* Erstens: die deutsche Arbeiterklasse hat sich seit Kriegsbeginn gut patriotisch gezeigt. In dieser höchsten Probe zeigte sich, dass der Sozialismus Phrase war; und die

Arbeiter entpuppten sich als brave Kleinbürger, die immer *nur* durch Organisation ihre Lebenslage hatten verbessern wollen. Die Bourgeoisie sieht jetzt das Proletariat schon mit andern Augen an. Das Kapital fühlt sich nicht mehr so bedroht. Viel vernünftiger dünkt es ihm jetzt, die Arbeiter fest an sich zu binden. Die spießbürgerlichen, besser gestellten Schichten unter der Führung der Scheidemänner, will es an sich fesseln. Was hat es jetzt zu fürchten von hundert Scheidemännern im Parlament? Schließlich sieht es ein, dass ein bürgerlich gesinnter Arbeiterkern (ähnlich wie in England vor fünfzig Jahren) dem Kapital viel festeren Schutz bietet als eine gewalttätige Junkerklasse.

Bedroht aber die Demokratie nicht die Grundlage der Kapitalherrschaft? Als abstrakte Möglichkeit, ja. Aber in der praktischen Wirklichkeit hat das allgemeine Wahlrecht nirgends zur Herrschaft des Proletariats geführt. Es dient dazu, den Parlamentarismus zu demokratisieren; aber der Parlamentarismus bringt Verhältnisse mit sich, die eine Abschüttelung der Kapitalherrschaft auf diesem Wege unmöglich machen. Die politische Macht des Staates, die Herrschaft über die Machtmittel der Staatsgewalt liegt immer mehr in den Händen kleiner Gruppen mächtiger Personen, die außerhalb der Kontrolle des Parlaments stehen. Und im Parlament sind es nicht die Massen, sondern die Führer, die handeln und beschließen – Führer, die nur zu oft andere Interessen bekommen als die Massen. Wirkliche Volksherrschaft, die eine Beseitigung der Kapitalherrschaft bedeutet, wirkliche Selbstherrschaft der Massen, Selbstregelung ihrer Angelegenheiten ist ganz etwas anderes als Parlamentsherrschaft und kann durch Vertreter im Parlament nie bewirkt, noch viel weniger verwirklicht, höchstens unterstützt werden. Allgemeines Wahlrecht bedeutet im besten Falle mehr Volksvertreter, vielleicht mehr Volksdemagogen, vielleicht auch mehr Volkskämpfer und mehr sozialistische Volksaufklärung.

Damit ist zugleich gesagt, was der „Wendepunkt“ bedeutet. In der Tat ein Wendepunkt, in der Richtung des Sozialismus.

Ein neues Recht hat seinen Wert nicht in seinem formellen Inhalt, sondern in der Weise, wie es errungen wurde, und da das preußische Wahlrecht nicht errungen worden, sondern ein Geschenk von oben ist, ist es auch dementsprechend zu bewerten.

Ein Bekenntnis.

In der Nummer 34 der „Glocke“ zieht Herr Wilh. Jansson vom Leder gegen einen Artikel des Herrn Hans Vorst, Auslandsmitarbeiter des „Berl. Tagebl.“, den er in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ veröffentlicht. Herr Vorst wendet sich gegen die auswärtige Politik des deutschen Reiches, die keine Klarheit über die Kriegsziele geschaffen hat. Vorst verlangt klare Ziele; entweder hätte diese Politik sich für einen deutschen Frieden erklären sollen, d. h. Deutschland die Vorherrschaft in der Welt sichern, oder ein großzügiges Friedensprogramm aufstellen müssen. Da dieser Vorwurf nicht nur den auswärtigen Politiker des Deutschen Reiches trifft, ist es kein Wunder, wenn Herr Jansson, von den Mehrheitspolitikern, dagegen losdonnert. Er lehnt das eine als ein „nie gutzumachendes Unheil“ ab und das andere bezeichnet er als zwecklos. Er schreibt:

„Und nun stelle man sich vor, eine kriegführende Regierung wollte ein detailliertes Friedensprogramm vorlegen, etwa keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nach Lage der Dinge könnte das bestenfalls Stoff zu Zeitungsartikeln und Versammlungsreden geben; praktische politische Ergebnisse wäre aus dem Grunde nicht davon zu erwarten, weil einstweilen noch nur *das Schwert* realpolitischen Wert hat.

Das ist die eine große und ausschlaggebende Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen: Der Krieg wird mit militärischen, nicht mit politischen Mitteln und

Methoden entschieden. So lange die endgültige Entscheidung aussteht, ist jedes Friedensprogramm verurteilt, durch die militärischen Ereignisse überholt zu werden. Noch vor vier Wochen konnte daran gedacht werden, Italien gewisse Konzessionen im Rahmen der Angebote Österreich-Ungarns vom Frühjahr 1915 zu machen. Wer heute der Donaumonarchie das zumuten würde, riskierte ausgelacht zu werden. Jede militärische Entscheidung verändert die Situation auch dann, wenn man sich über gewisse große Prinzipienfragen des einmal kommenden Friedens klar und einig ist. Im Sommer 1917 war der sogenannte ‚Scheidemannfrieden‘ deutscherseits eine realpolitische Möglichkeit, ob er es in einem Jahre ist, vermag heute niemand zu sagen. Die Gegner haben ihn abgelehnt, weil sie mehr vom Kriege erhoffen; wenn der Krieg ihnen weniger bringt, ist es ihre eigene Schuld.

Die Tatsache, dass der Krieg durch sich selbst entschieden wird, macht unsere Friedenspropaganda nicht überflüssig; sie ist vielmehr notwendig, um die Völker für die Friedenszeit vorzubereiten, ihren Blick auf die kommenden gemeinsamen Interessen zu lenken und sie des Hasses langsam zu entwöhnen. Mehr darf von ihr nicht erwartet werden.

Heilmann hat einmal erklärt, er gehe zu Hindenburg, was ihm von pseudoradikaler Seite sehr verübelt wurde. Aber die Methoden Hindenburgs leisten doch die größere Friedensarbeit und bieten mehr Verlass, als die jener Rundherumpolitiker, die ihre Stellung zu den Kriegsproblemen öfter wechselten als ihr Hemde.“

Diese Ausführungen decken sich vollständig mit dem Programm der Sozialpatrioten und bestätigen, was wir immer von ihnen gesagt haben. Nur selten wird es so offen von einer den führenden Leuten ausgesprochen, wie es hier geschieht. Wilh. Jansson ist einer der Leiter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und steht also mit an der Spitze. Das Friedensprogramm: Friede ohne Annexionen, ohne Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, ist für Herr Jansson nur Stoff zu Zeitungsartikeln und Versammlungsreden; dieses Programm dient ihm nur zu Propagandazwecken. Wahrlich, so offen haben die Sozialpatrioten noch nicht gesagt, was sie von ihrem eigenen Programm halten, nämlich dass sie es nur gebrauchen, um die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Was dann geschehen soll, wenn sie dies erreicht haben, geht ganz klar und deutlich aus denselben Ausführungen hervor: „da der Krieg weder durch den Diplomaten, noch durch die Zeitungsschreiber entschieden wird, sondern durch die Soldaten, ist es allemal richtig, auf die Hindenburgsche Karte zu setzen.“

Da Herr Jansson den sogenannten „Scheidemannfrieden“ zum alten Rumpel wirft, indem er von den militärischen Ereignissen überholt ist, bekennt er ja gleichzeitig, dass dieses *Propagandamittel* nicht mehr zieht, also muss ein neues gefunden werden, und da versucht er es auf der entgegengesetzten Seite, um, wenn dies auch nicht mehr zieht, wieder ein anderes zu ergreifen. So suchen diese ehemaligen Sozialdemokraten stets ihre entsprechenden Mittel. Von Sozialismus ist bei ihnen nichts mehr zu spüren, nicht mal konsequent handeln sie, weil sie es nicht können und dürfen, die konsequente Handlung würde nämlich den Arbeitern die Augen öffnen, welch Geistes sie sind, und darum müssen sie stets ihre Mittel und Haltung „öfter wechseln, als ihre Hemden.“

Die Friedenspropaganda erscheint Herr Jansson aber dennoch nicht als ganz überflüssig, nur soll sie ihm dazu dienen die *Völker* für die – Friedenszeit vorzubereiten und sie „des Hasses langsam zu entwöhnen. *Mehr darf von ihr nicht verlangt werden.*“ Sie soll also dazu benutzt werden, um alles wieder ins alte Gleis zu bringen, damit kein Streit und kein Zank in den Arbeiterorganisationen entsteht, damit alles wieder nach der alten Pfeife tanzt – worauf ihnen die „Führer“ schon früher aufgespielt haben, damit diese „Führer“ ihr immerhin sehr beschauliches Dasein weiterführen können – was dann umso leichter gehen wird, nachdem

sie das Tanzen nach der Heilmannsche Methode gelernt haben, und den Arbeitern bis dahin die Augen nicht aufgegangen sind, durch mehr solche offenen Bekenntnisse, die so klar und deutlich die Methoden der Sozialpatrioten kennzeichnen.

Aus den Lehrjahren des russischen Proletariats.

Ein Kapitel zur Zerstörung einer sozialpatriotischen Legende.

Als in Russland die Revolution siegreich ihr Haupt erhoben hatte, beeilten sich die Sozialpatrioten unter der Führung ihres Managers Scheidemann, der Haltung der deutschen Sozialdemokratie das Hauptverdienst an diesem Siege zuzuschreiben. Ohne die Kriegsbereitschaft der deutschen Sozialdemokratie keine deutschen Siege, ohne die deutschen Siege keine russische Revolution, das war die verblüffend einfache Logik dieser Leute. Scheidemann als Vater der Revolution – in Russland. Scheidemann als Lehrmeister des proletarischen Klassenbewusstseins – in Russland. Der große Scheidemann als Neugestalter des alten Europa!

Wissen es die sozialpatriotischen Redner nicht besser oder wollen sie es nicht wissen? Wissen sie nichts mehr von den jahrzehntelangen Riesenkämpfen des russischen Proletariats, über die in der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands, in der Presse, auf Parteitagungen und auf internationalen Kongressen rühmlichst berichtet wurde, auf die selbst ein Scheidemann in früheren Jahren in seinen Agitationsreden hinwies. Haben sie schon die Bewegungen der Jahre 1905 und 1906 vergessen, die dem Zarismus den ersten, lebensgefährlichen Stoß versetzten? Wissen sie nichts mehr von dem unermüdlichen Ringen der russischen Arbeiterklasse in den Schreckensjahren der Konterrevolution, von den Wirkungen der Lenametzereien und der Pogrome? Und ist ihr Gedächtnis so schwach, dass sie sich schon nicht mehr der Streiks der russischen Arbeiter am Vorabend des Krieges erinnern, der Streiks in Petersburg, Moskau und im Kaukasus, an denen sich Hunderttausende russischer Proletarier beteiligten? Und sind die zahllosen Nachrichten über Streiks in Russland während der ersten Kriegsjahre ihnen gar nicht zu Gesicht gekommen? Und endlich: Ist den deutschen Sozialpatrioten nicht das Martyrium russischer sozialistischer Dumaabgeordneter bekannt geworden, die jahrelang für ihre Überzeugung und die rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klassenkampfpolitik litten?

Wahrhaftig! der letzte russische Arbeiter hatte schon vom Beginn der Arbeiterbewegung in Russland vielmehr proletarisches Klassenbewusstsein als gewisse Führer der Arbeiterbewegung sich bis heute angeeignet haben. Gewiss, es gibt Lehrmeister des internationalen Proletariats, und man braucht ihre Namen heute, nachdem sie bereits Großes vollbracht haben und um das Größte noch kämpfen, den deutschen Arbeitern nicht mehr zu nennen. Die Scheidemänner aber sind in der Schule des Sozialismus noch sehr weit zurück. Wir veröffentlichen zur Widerlegung der sozialpatriotischen Legende von der Vaterschaft an der russischen Revolution ein Kapitel aus den Lehr- und Kampfjahren des russischen Proletariats. Das Kapitel ist aus dem Buche Pashitnows über die Lage der arbeitenden Klassen in Russland, dem 40. Band, der bei Dietz erschienenen Internationalen Bibliothek entnommen, die den Vertretern des deutschen Sozialpatriotismus gewiss nicht unbekannt sein wird. Die Arbeiter mögen daraus ersehen, was es mit der sozialpatriotischen Legende auf sich hat, sie werden ihr entgegentreten können, wo immer und in welcher Gestalt sie ihnen auch begegnen mag.

Folgendes ist also bei Pashitnow auf Seite 276 bis Seite 279 zu lesen:

Die Streiks am Beginn des 20. Jahrhunderts.

Das Jahr 1899 brachte Russland eine dauernde Handelskrise mit allen ihren Folgen: Große Arbeitslosigkeit, Sinken der Arbeitslöhne und Verschlimmerung aller Arbeitsverhältnisse,

zugleich aber auch eine Unzufriedenheit und politische Gärung in der breiten Arbeitermasse, die am schärfsten in den Massenstreiks und Generalstreiks der Jahre 1902 und 1903 zum Ausdruck kamen. Die Jahre 1900 bis 1904 sind überhaupt reich an wirtschaftlichen und politischen Kämpfen. Der Bericht der Delegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands an den internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam (1904) äußert sich über diese Streikbewegung folgendermaßen:

Im ganzen weiten Russland, von Archangelsk bis zum Kaukasus, von Petersburg bis zu den entlegensten Gegenden Sibiriens, gibt es keinen einzigen irgendwie bedeutenden Industrie- und Handelsplatz, der keinen Streik in seinen Mauern gesehen hätte. Und es gibt keinen Arbeitszweig, von den Fabrik-, Werk-, Berg- und Eisenbahnarbeitern bis zu den Fuhrleuten und Lastträgern, den Arbeitern in den Torfsümpfen, den Landarbeitern, dessen Vertreter nicht versucht hätten, auf dem Wege des Streiks ihre ökonomische Lage zu verbessern.

Bei dem Vergleich mit der vorangegangenen Periode darf das fortgesetzte Streben der Arbeiter nicht unerwähnt bleiben, ihre Streiks ohne Gewalttaten, Zerstörungen von Fabrikgebäuden, Brandstiftungen usw. zu führen.

Von den in diesem Bericht angeführten Streiks wollen wir einige der charakteristischen erwähnen. Am 3. Oktober 1900 streikten die Grubenarbeiter des Donezbeckens. Sie forderten die Wiedereinführung des früheren Arbeitslohnes, der zwei Monate vor dem Streik herabgesetzt worden war. Kosaken wurden herbeigerufen. Es kam zu einer förmlichen Schlacht, die damit endete, dass die Arbeiter das Kontor zerstörten, die Papiere vernichtete und die Scheiben zerschlugen. Eine zweite Kosakenkompanie umringte zirka 300 Arbeiter und ließ sie Spießruten laufen. Und trotz alledem endete der Streik mit teilweisem Erfolg. Auf einigen Gruben wurde der frühere Lohn eingeführt, auf den anderen wieder nicht so stark reduziert, wie man zuerst beschlossen hatte. An dem Streik hatten etwa 1000 Arbeiter teilgenommen.

Im Januar 1901 fanden Arbeiterausstände in Jakutsk, in den Goldgruben an der Lena (1700 Arbeiter) und in Boidobin (800 Arbeiter) statt. Wieder ging Petersburg den anderen Städten voran. Das Manifest (1901) rief eine Menge von Streiks hervor, die natürlich Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär zur Folge hatten. Die Arbeiter der Obuchowerke errichteten sogar Barrikaden und verteidigten sich mit äußerster Energie gegen den Ansturm des Militärs. Die Arbeiter hatten 6 Tote und 8 Schwerverwundete zu verzeichnen. Die Anstifter wurden mit Verlust aller Rechte in Zwangsbataillone gesteckt.

Am 6. Juni brach ein Streik in den Eisenbahnwerkstätten der Stadt Saratow aus. Der unmittelbare Grund für den Streik war das System von willkürlichen Strafen und die Herabsetzung der Akkordlöhne um fast 50 Prozent. Der Streik, an dem sich 3000 Arbeiter beteiligten, hatte teilweisen Erfolg. Dieser Streik hat insofern historischen Wert, als im Zusammenhang mit ihm ein Streik in den Tambowschen Eisenbahnwerkstätten und ein neuer Streik am 17. August desselben Jahres in Saratow stehen. Seit diesem Streik wurden die Streiks in den Eisenbahnwerkstätten immer häufiger. Im Oktober 1901 streikten in Tiflis 4000 Arbeiter für die Erringung des Achtsturentages und Erhöhung des Lohnes. Nach 15 Tagen endete der Streik ohne Erfolg. An dem Streik in den Krasnojarsker Eisenbahnwerkstätten, der am 13. September 1902 begann, beteiligten sich 1500 Arbeiter. In den Werkstätten der Wladikaukasischen Eisenbahn in Rostow am Don begann der Streik am 4. November 1902, der auch in den anderen Fabriken der Stadt, in den Eisenbahnwerkstätten von Tichoresk und Noworostysk Widerhall fand. Auch den Generalstreik 1903 in Kiew begannen die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten. Am 23. März 1903 streikten die Arbeiter aller Eisenbahnwerkstätten in Warschau, am 20. Juni 1903 in Borissoglebsk, am 25. Februar 1904 in der Wagenfabrik von Twer.

Von den übrigen Streiks sind, außer den Streiks in Rostow am Don 1902 und den Generalstreiks in Südrussland 1903, auf die wir noch später zurückkommen werden, noch folgende zu erwähnen: der Streik von 5000 Arbeitern der Wotkinschen Werke; er hatte zum Ziel die Erringung des Achtstundentages und Erhöhung des Akkordlohnes. Die Arbeiter nahmen den Verwalter fest und befreiten einige Arbeiter; 35 von ihnen wurden aber auf administrativem Wege mit Ruten gezüchtigt.

Am 23. Januar 1903 forderten die Arbeiter der Cadenfabrik Steglitz in Petersburg die Verkürzung des Arbeitstages von 15 und 13 Stunden und die Erhöhung des Akkordlohnes. Auf Befehl des Stadthauptmannes wurden alle 3000 Arbeiter entlassen.

Während der Streiks in den staatlichen Betrieben am 13. März 1903 richtete die Regierung ein förmliches Blutbad an. Der Streik brach aus wegen der Einführung veränderter Regeln in den neuen Abrechnungsheften. Die „Strafabzüge wurden erhöht, für die Verletzung der neuen Regeln drohte man den Arbeitern sogar mit Gefängnis. Als nun die Deputierten der Arbeiter verhaftet wurden, forderten 5000 Arbeiter die Entlassung ihrer Kameraden. Die Antwort war, dass ohne weiteres auf die Arbeiter gefeuert wurde. Das Resultat dieses Regierungssieges waren 69 Tote und 100 Verwundete. Am folgenden Tage wurde zwar die Arbeit wieder aufgenommen, aber die Hefte wurden zurückgezogen.

Am 9. September 1903 begann in Moskau der große Streik fast aller Buchdrucker und Buchbinder der Stadt. Der Streik wurde rechtzeitig vom Buchdruckerverband vorbereitet. Eine Woche vor dem Streik wurden regelmäßige Versammlungen abgehalten, in welchen die Forderungen ausgearbeitet wurden: Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden (auf 8 Stunden bei Nacht), Erhöhung des Arbeitslohnes um 30 Prozent, progressiv wachsender Lohn für die Lehrlinge und Laufburschen, gleicher Akkordlohn und gleiche Arbeitsverhältnisse in allen Druckereien, Abschaffung der Strafen für Verspätung, Einführung von Arbeitsvorständen, Abschaffung der Vermittler zwischen Arbeitern und Unternehmern. Anerkennung der neuen Bedingungen durch die Unterschrift aller Unternehmer und des Fabrikinspektors. An dem Streik beteiligten sich 15 000 Arbeiter. Sie erzielten den Zehnstundenarbeitstag und Lohnerhöhungen von 20 - 50 Prozent.

Die wichtigsten Streiks dieser Epoche sind aber die Generalstreiks in Rostow am Don und im Südrussland 1903. Der Streik in Rostow war von besonderer Bedeutung, weil ihn Tag für Tag große Monstermeetings von 15 000 bis 20 000 Arbeitern begleiteten.

„Die Streiks von Rostow eröffneten neue Wege und neue Methoden, für die sozialdemokratische Organisation, die ihrer Intensität nach bei weitem alles übertrafen, was früher zugänglich schien.“ (Berichte, Seite 23.)

Dieser Streik war ein Vorspiel zu den Generalstreiks im Kaukasus, Jelissawetograd, Odessa, Kiew, Nikolajew und Jekaterinoslaw, an denen tausende von Arbeitern teilnahmen und die das ganze wirtschaftliche Leben in seinen Grundpfeilern erschütterten.

„Eigenartig“, schreibt der oben erwähnte Bericht, „sahen die großen Städte während der Streiks aus. Alle Läden, Kontore, Bäckereien, Werkstätten waren geschlossen, die Pferde- und Trambahnbetriebe waren eingestellt, nirgends waren Kutscher zu sehen, Keine Zeitungen erschienen. Auf den Stationen standen die Züge, Berge von Waren bedeckte die Perrons! Die Dampfer lagen regungslos auf den Reeden der Hafenstädte, kein Brot, kein Fleisch war zu haben, es gab keine elektrische oder Gasbeleuchtung. Auf den Gassen war am Abend alles finster und die Wohnungen waren, nur kärglich mit Kerzen beleuchtet. Ja, die Straßen waren nicht einmal gekehrt. Eine völlige Stockung in Handel und Industrie war eingetreten. Dafür aber herrschte in der Stadt ein aufgeregtes politisches Leben.“

Die Forderungen der Arbeiter waren fast überall die gleichen: achtstündiger Arbeitstag, die Erhöhung des Lohnes um 20 bis 70 Prozent und die Festsetzung eines Minimallohnes, Abschaffung von Strafen, anständige Behandlung. Diese Streiks brachten den Arbeitern große wirtschaftliche Erfolge. Doch liegt nicht darin alleine ihre Bedeutung. In den Streiks hatte das russische Proletariat seine Kraft, seine Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes kennen gelernt. Und es wusste die einzigen richtigen Schlüsse daraus zu ziehen und anzuwenden.

Aus unserm politischen Tagebuch.

18. Dezember.

Die Unabhängigen lassen grundsätzlich keine Gelegenheit vorübergehen, sich zu ohrfeigen. Sie markieren krampfhaft irgendwelche Gegensätze zu den Sozialpatrioten; Gegensätze, die etwa so tiefgehender Natur sind, wie die zwischen Hasen und Kaninchen. Zum Beispiel hat der Sozialpatriot Hirsch im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Wahlrechtsrede gehalten, über die sich die „Leipziger Volkszeitung“ mächtig lustig macht. Herr Hirsch hat nämlich nach alter sozialdemokratischer Sitte den Diplomaten spielen wollen und hat dabei einen Einfall gekriegt, einen richtigen Einfall, Er sagte sich nämlich: die Konservativen und ihr Tross wollen keine Wahlreform; natürlich nicht. Die Regierung aber und ihr Tross will eine Wahlreform; natürlich. Also spiele ich die Regierung gegen die Konservativen aus und suche dabei die Regierung zu stützen, was immerhin nicht schaden kann. So sagt sich der weise Herr Hirsch. Natürlich sieht er nicht, dass es kein Mittel auf der Welt gibt, um die Regierung und die Konservativen aufeinander wild zu machen, keins! Nun passierte es Herrn Hirsch aber, dass er sich der Regierung etwas reichlich annahm. Er sagte nämlich: „Das Ansehen der Krone wäre unwiederbringlich verloren, wenn sie jetzt vor den preußischen Junkern die Waffen strecken müsste.“ Ja, ja, wenn man sich auf's diplomatische Parkett begibt! Und welch' ein Gaudio für die Unabhängigen! Hört, was die „Leipziger Volkszeitung“ dazu sagt: „Mit etwas anderen Worten hatte das ja gestern schon der Vizepräsident des preußischen Ministeriums, Herr Friedberg gesagt. In seinem Munde, dem eines Nationalliberalen, mochte das leidlich klingen; aber die Sorge des Republikaners Hirsch um das Ansehen der Krone wird kaum sonderlichen Eindruck machen. Wie mögen die Herren Heydebrand und v. d. Osten innerlich gefeixt haben!“ Damit hat der unabhängige Pfeil den republikanischen Hirsch tödlich getroffen und ein enormer Gegensatz zwischen Sozialpazifisten und Sozialpatrioten ist wieder einmal festgestellt worden. Denn diese Sorge um die Krone – nein, so was kann keinem Unabhängigen passieren. Nein? Wirklich nicht?

Wenn man der „Leipziger Volkszeitung“ glauben darf, hat der Unabhängige Ledebour letzthin im Reichstag feierlichst erklärt: Wenn Europa in Zukunft der amerikanischen Konkurrenz gegenüber standhalten will, so bleibt nur ein Mittel: die Vereinigten Staaten von Europa! Herr Ledebour gehört nicht zu denen, die nicht wissen, was sie sagen. Es ist aber rührend, wie besorgt dieser Unabhängige Sozialist um das Wohlergehen des europäischen Kapitals ist. Und wiederum haben die Herren Heydebrand und v. d. Osten allen Grund zu feixen. Herrn Hirschs Sorge um die preußische Krone, Herrn Ledebours Sorge um das deutsche Kapital: es ist so Hose wie Jacke. Wir aber zählen Herrn Hirsch nicht zu den Republikanern und Herrn Ledebour nicht zu den Sozialisten. Denn wir sind für reinliche Scheidung und möchten die nicht stören, die nun mal zusammengehören. Es ist doch auch kein Zufall, dass aus dem Stall der Haasen und Hirsche fortwährend hinüber- und herübergewechselt wird.

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“!

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens

Aus dem Roman des bekannten englischen Dichters geben wir im Folgenden ein paar Kapitel wieder, die von unsern Lesern gewiss mit Interesse verfolgt werden; sie schildern in packender Weise die Verhältnisse kurz vor und den Ausbruch der großen französischen Revolution des Jahres 1789.

Monsieur le Marquis in der Stadt.

Monseigneur, einer der großen Herren von Macht und Einfluss bei Hofe, gab in seinem großen Hotel in Paris seine alle vierzehn Tage wiederkehrende Audienz. Monseigneur befand sich in seinen inneren Gemächern, in dem Allerheiligsten für das Gedränge von Verehrern in der Reihe der Vorzimmer. Monseigneur war im Begriff, seine Schokolade zu sich zu nehmen. Monseigneur konnte mit Leichtigkeit gar vielerlei zu sich nehmen, und einige wenige Unzufriedene behaupteten, er zehre ziemlich rasch Frankreich auf; aber die Morgenschokolade konnte nicht einmal ohne die Hilfe von vier starken Männern, außer dem Koch, über die Lippen Monseigneurs gelangen.

Ja. Es gehörten vier Männer dazu, all vier von goldenen Tressen strahlend und der Oberste derselben außerstande, mit weniger als zwei goldenen Uhren in der Tasche zu leben, nach dem schönen und geschmackvollen Beispiel Monseigneurs, alle vier dazu angestellt, die glückselige Schokolade bis an Monseigneurs Lippen zu bringen.

Ein Lakai brachte die Schokoladenkanne in die erhabene Gegenwart; ein zweiter quirlte sie zu Schaum mit dem kleinen Instrument, das er zu diesem Zwecke bei sich trug; ein dritter überreichte die Serviette; ein vierter (der mit den beiden goldenen Uhren) schenkte die Schokolade ein. Unmöglich konnte Monseigneur einen dieser Bedienten der Schokolade entbehren und seine hohe Stellung unter dem bewundernden Himmelsgewölbe behaupten. Einen schwarzen Flecken hätte es auf sein Wappenschild geworfen, wenn seiner Schokolade schmählich genug nur drei Leute aufgewartet hätten; von zweien wäre er gestorben.

Monseigneur war vergangene Nacht bei einem kleinen Souper gewesen, wo das Lustspiel und die große Oper in reizender Weise vertreten waren. Monseigneur war fast alle Nächte in bezaubernder Gesellschaft bei kleinen Soupers. So höflich und empfänglich war Monseigneur, dass Lustspiel und große Oper bei ihm viel mehr Einfluss als die langweiligen Geschichten von Staatsangelegenheiten und Staatsgeheimnissen hatten, als die Bedürfnisse und Nöte ganz Frankreichs. Ein glückliches Verhältnis für Frankreich, wie das stets so ist bei allen gleichbegünstigten Ländern! Wie es immer war für England (um ein Beispiel zu nehmen) in den vielbeklagten Tagen des lustigen Stuarts, der es verkaufte.

Monseigneur hatte einen wahrhaft edlen Begriff von allgemeinen Staatsgeschäften und dieser war, jeglich's in seiner Weise seinen Weg gehen zu lassen; und von besonderen Staatsgeschäften hatte Monseigneur den andern edlen Begriff, dass sie alle seinetwegen da wären zur Vergrößerung seiner Macht und Bereicherung seiner Tasche. Von seinen allgemeinen und besonderen Genüssen und Freuden hatte Monseigneur die wahre edle Meinung, dass die Welt ihretwegen da sei. Der Text seines Buches (von dem Original nur in einem einzigen Worte abweichend, was nicht viel bedeuten will) lautete: „die Erde und ihre Fülle sind mein, sagt Monseigneur.“ Trotzdem entdeckte Monseigneur langsam, dass seine Privat- und Staatsangelegenheiten in eine gemeine Verwirrung gerieten; und er hatte sich für beide einen Generalpächter zum Kompagnon genommen. Für die Staatsfinanzen, weil Monseigneur durchaus nichts mit denselben ausrichten konnte und sie daher jemanden

verpachten musste, der mit ihnen fertig ward; für die Privatfinanzen, weil Grundpächter reich waren und Monseigneur, nachdem Generationen in großem Luxus und großer Verschwendung gelebt hatten, arm wurde. Demgemäß hatte Monseigneur seine Schwester aus einem Kloster genommen, solange es noch Zeit war, dem Tod im Schleier, der billigen Tracht, die sie tragen konnte, zu entgehen, und hatte mit ihrer Hand einen sehr reichen Generalpächter, der arm an Ahnen war, beglückt. Dieser Generalpächter, ausgerüstet mit einem vorschriftsmäßigen Rohrstock, mit einem goldenen Apfel oben darauf, befand sich jetzt unter den Wartenden in den Vorzimmern; demütig verehrt von den Menschen – immer mit Ausnahme von höheren Menschen vom Geblüt Monseigneurs, der ebenso wie die eigene Gemahlin auf ihn mit der großartigsten Verachtung herabblickte.

Der Generalpächter war ein glanzvoller Mann. Dreißig Pferde standen in seinen Ställen, vierundzwanzig Bediente saßen in seinem Palaste, sechs Frauen bedienten seine Gemahlin. Als einer, der keinen andern Beruf vorschützte, als zu rauben und Beute zu machen, wo er konnte, war der Generalpächter – wie viel immer seine ehelichen Verhältnisse zur Sittlichkeit im Allgemeinen beitragen mochten – wenigstens die größte Wirklichkeit unter allen den Personen, die heute im Hotel Monseigneurs auf Audienz warteten.

Denn die Gemächer, obgleich sie einen schönen Anblick darboten und mit jeder Verschiedenheit von Dekoration ausgeschmückt waren, welche Geschmack und Kunst jener Zeit ersinnen konnten, waren in Wahrheit betrachtet keine gesunde Sache; in Bezug auf die Vogelscheuchen in Lumpen und Nachtmützen anderswo (und nicht so weit weg, dass die Warttürme von Notre-Dame, von beiden Extremen fast gleich weit entfernt, sie nicht beide hätten sehen können) wären sie eine ausnehmend unbehagliche Sache gewesen – wenn das in Monseigneurs Palast überhaupt hätte jemandes Sache sein können. Offiziere ohne militärische Kenntnisse; Schiffskapitäne, die nie ein Schiff gesehen hatten; Beamte, die keinen Begriff von Geschäften hatten; Geistliche mit eherner Stirn in der schlimmsten Welt weltlich gesinnt, wollüstigen Blicks, lockerer Zunge und noch lockeren Lebenswandels; alle für ihren Beruf vollständig unfähig, alle der frechsten Lüge schuldig, indem sie behaupteten, ihrem Berufe anzugehören, aber alle in näherem oder fernem Grade Standesgenossen Monseigneurs und deshalb in alle Staatsstellen gepfropft, bei denen etwas zu verdienen war, konnten dutzendweise abgezählt werden. Leute, die mit Monseigneur oder dem Staat in keiner unmittelbaren Verbindung standen, aber ebenso wenig mit irgendetwas, was echt und wirklich war, und die nie in ihrem Leben versucht hatten, ein wahres irdisches Ziel auf geradem Wege zu errichten, waren in Überfluss vorhanden. Ärzte, die sich große Vermögen mit Geheimmitteln für eingebildete Krankheiten, die es nicht gab, erworben, lächelten in den Vorzimmern Monseigneurs ihre hochgeborenen Patienten an.

Projektmacher, die jegliches Mittel zur Heilung der kleinen Krankheiten, an welchen der Staat litt, erfunden hatten, mit Ausnahme des Mittels, ernstlich ans Werk zu gehen, um eine einzige Sünde an der Wurzel auszurotten, betäubten bei der Audienz Monseigneurs mit ihrem betörenden Geschwätz jedes Ohr, dessen sie habhaft werden konnten. Ungläubige Philosophen, welche die Welt mit Worten neu erschufen und babylonische Türme aus Karten erbauten, um den Himmel damit zu erstürmen, sprachen in dieser glänzenden, bei Monseigneur versammelten Gesellschaft mit ungläubigen Chemikern, die sich mit Goldmachen beschäftigten. Feine Herren von der feinsten Erziehung, welche in jener merkwürdigen Zeit – wie auch jetzt noch – erkannt ward an ihren Früchten der Gleichgültigkeit gegen alles, was wert ist, die Teilnahme des menschlichen Herzens in Anspruch zu nehmen, befanden sich in dem Hotel Moneigneurs in dem musterhaften Zustande geistiger Erschöpfung. Was die Häuslichkeit betrifft, welche diese verschiedenen angesehenen Leute in der vornehmen Welt von Paris verlassen hatten, so wäre es den Spionen unter der versammelten Anbetern Monseigneurs – die eine gute Hälfte der ganzen feinen Gesellschaft ausmachten – schwer geworden, unter den Engeln dieser Sphäre ein einziges

Weib zu entdecken, das sich durch ihr Aussehen oder ihr Benehmen als Mutter bekannt hätte. Überhaupt war über den bloßen Akt hinaus, einem solchen kleinen Störenfried das Leben zu geben – womit der Name Mutter lange noch nicht verdient ist – in der modischen Welt ist so etwas gar nicht bekannt. Bauernfrauen behielten die unmodischen Bälger bei sich und zogen sie auf, und reizende Großmütter von sechzig Jahren kleideten sich und soupierten, als ob sie zwanzig wären.

Der Aussatz der Unwirklichkeit entstellte jedes Menschenkind, das bei Monseigneur auf Audienz wartete. In den vordersten Vorzimmern befand sich ein halbes Dutzend Ausnahmemenschen, welche seit einigen Jahren eine unbestimmte Ahnung hatten, dass die Welt im Allgemeinen eher schief ginge. Um sie wieder auf den geraden Weg zu bringen, waren die Hälfte desselben Dutzend Mitglieder einer phantastischen Sekte von Konvulsionären geworden und überlegten eben jetzt bei sich, ob sie nicht auf der Stelle mit schäumenden Munde und Gebrüll in Epilepsie verfallen sollten – um damit zu Monseigneurs Leitung für die Zukunft einen außerordentlich verständlichen Wegweiser zu setzen. Außer diesen Derwischen gab es noch drei andere, Mitglieder einer andern Sekte, welche die Welt mit einem Kauderwelsch von dem „Zentrum der Wahrheit“ bessern wollte und behauptete, die Menschheit wäre aus dem Zentrum der Wahrheit herausgekommen – was nicht vielen Beweises bedurfte – aber noch nicht aus der Peripherie, und damit sie nicht aus der Peripherie hinausfliege und sogar wieder in den Mittelpunkt komme, müsse man fasten und Geister zitieren. Diese Leute hatten demnach einen lebhaften Verkehr mit der andern Welt – und verrichteten damit außerordentlich viel Gutes, das man nur leider nie zu sehen bekam.

Aber der Haupttrost war, dass die ganze Gesellschaft im Hotel Monseigneurs tadellos angezogen war. Wenn man nur hätte sicher sein können, dass der Tag des Gerichts ein Galatag sein werde, so hätte jeder der Versammelten in alle Ewigkeit die Prüfung bestanden. Ein solches Frisieren und Pudern und Pomadisieren des Haares und so kunstvolles Schminken und Malen, so tapfere Degen für das Auge und so zartes Huldigen des Geruchsinnens musste sicherlich alles Mögliche in alle Ewigkeit im besten Glanze erhalten. Die feinsten Herren von der feinsten Erziehung trugen an ihren Uhren niedliche Kleinodien, welche klimpern, wie sie sich schläfrig bewegten; diese goldenen Fesseln läuteten wie liebliche Glöckchen; und mit diesem Läuten und dem Rauschen von Brokat und Seide und feinem Linnen ging ein Regen durch die Luft, welches St. Antoine und seinen nagenden Hunger weit hinweg wehte.

Kostüm war der eine unfehlbare Talisman und Zauber, der jegliches Ding auf seinem Platze erhalten musste. Jedermann war für eine Maskerade kostümiert, die nie aufhören sollte. Vom Tuilerienpalaste durch Monseigneur und den ganzen Hof, durch die Kammern, die Gerichtshöfe und die ganze Gesellschaft (mit Ausnahme der Vogelscheuchen) stieg die Maskerade bis zum Henker herab, der, um den Zauber nicht zu brechen, frisiert, gepudert, in goldbetresstem Rock, Schuhen und weißseidenen Strümpfen sein Amt verrichten musste. An Galgen und Rad – das Beil war eine Seltenheit – verrichtete Monseigneur Paris, wie nach bischöflichem Brauche seine Kollegen aus der Provinz, Monseigneur Orleans und die andern, ihn nannten, in diesem schmucken Aufzuge sein Amt. Und wer unter der Gesellschaft an Monseigneurs Audienztag in diesem 1780sten Jahre unseres Herrn hätte zweifeln können, dass ein System, das seine Wurzel in einem frisierten und gepuderten Henker im Tressenrock, Schuhen und weißseidenen Strümpfen hatte, nicht selbst die Sterne überdauern würde!

Nachdem Monseigneur seine vier Leute ihrer Lasten entledigt und seine Schokolade zu sich genommen hatte, ließ er die Flügeltüren des Allerheiligsten auf tun und trat hinaus. O, die Unterwürfigkeit, die krummen Rücken und schmeichelnden Gesichter, die Servilität, die niedere Kriecherei, die jetzt zu sehen waren! Was das Demütigen, körperlich und geistig, betrifft, so blieb in dieser Hinsicht nichts für den Himmel übrig – was einer von den vielen Gründen gewesen sein mag, warum die Anbeter Monseigneurs ihn niemals belästigten.

Mit einem Worte der Verheißung hierhin und einem Lächeln dorthin, einem geflüsterten Wort für einen glücklichen Sklaven und einem Gruß mit der Hand für einen andern wandelte Monseigneur leutselig durch seine Gemächer bis in die entlegene Region der Peripherie der Wahrheit. Dort kehrte Monseigneur um und ging desselbigen Weges zurück, schloss sich im gehörigen Verlauf der Zeit wieder ein in sein Allerheiligstes mit den Schokoladengeistern und ward nicht mehr gesehen.

Nachdem das Schauspiel vorüber war, wurde das Regnen in der Luft fast zu einem kleinen Sturm und die lieblichen Glöckchen läuteten die Treppe hinunter. Bald blieb von dem ganzen Gedränge nur ein einziger Herr zurück und dieser, mit dem Hute unter dem Arm und der Tabaksdose in der Hand, ging langsam an den Spiegeln vorüber hinaus.

„Ich widme Euch dem Teufel!“ sagte dieser Herr, indem er in der letzten Tür stehen blieb und das Gesicht dem Allerheiligsten zukehrte.

Damit schüttelte er den Tabak von seinen Fingerspitzen, als ob er den Staub von seinen Füßen geschüttelt hätte und ging ruhig die Treppe hinab.

Er war ein Mann von ungefähr sechzig Jahren in schönen Kleidern, von stolzem Benehmen und mit einem Gesicht, gleich einer schönen Maske. Ein Gesicht von durchsichtiger Blässe; jeder Zug in demselben deutlich ausgeprägt, ein feststehender Ausdruck auf demselben. Die Nase, sonst tadellos geformt, hatte über jedem Nasenflügel eine kleine Vertiefung. In diesen beiden Vertiefungen ging die einzige kleine Veränderung vor sich, welche das Gesicht überhaupt jemals zeigte. Sie veränderten manchmal die Farbe und sie erweiterten und zogen sich manchmal zusammen durch etwas wie ein schwaches Pulsieren; dann verliehen sie dem ganzen Gesicht einen Ausdruck der Falschheit und Grausamkeit. Betrachtete man es genauer, so entdeckte man, dass dieser Ausdruck durch die Linien des Mundes und die viel zu gerade und dünne Abgrenzung der Augäpfel unterstützt ward. Dennoch war das Gesicht in der Wirkung, die es hervorbrachte, eines schönes Gesicht und ein merkwürdiges Gesicht. (Fortsetzung folgt.)

An unsere Abonnenten!

Unsere Postabonnenten ersuchen wir, um keine Unterbrechung in der Zustellung zu erleiden, das Abonnement bei der Post rechtzeitig zu erneuern.

Expedition der „Arbeiterpolitik“.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik 52/1917

Arbeiterpolitik

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

2. Jahrg.

Bremen, den 29. Dezember 1917.

Nr. 52

Redaktion und Expedition: Aumunderstraße Nr. 23.

Erscheint wöchentlich einmal.

Einzel-Nummer 20 Pfg.

Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährl. 2,50 M. o. Bestellgeld

Um den Sozialismus.

Von Peter Unruh.

1.

Die Massen der sozialistischen Arbeiter haben sich an den Gedanken gewöhnt, dass die Verwirklichung des Sozialismus erst in einer ganz fernen Zukunft möglich sei. Wir werden den Sozialismus doch nicht mehr erleben, vielleicht, dass unsere Kinder und Enkel sich des Glückes, das der Sozialismus über die Menschheit bringen wird, erfreuen werden – so erklären sie resigniert. Diese Auffassung, die sicher nicht zur Hebung der proletarischen Kampfkraft beigetragen hat, fand ihre Begründung in den Verhältnissen, die die Arbeiter sich, und das zum Teil mit betäubender Geschwindigkeit und Wucht, entwickeln sahen.

Doch bevor wir an die Untersuchung dieser Verhältnisse gehen, wollen wir bemerken, dass die ganze Auffassung mit sozialistischer Denkweise nichts zu tun hatte. Sie stellte sich den Sozialismus vor als ein zu irgendeiner Zeit fertig dastehendes Gebilde. Sie verschloss den Arbeitern die Einsicht, dass der Sozialismus ein allmählich Werdendes ist, dass selbst die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ein gesellschaftlicher Prozess ist und dass es unmöglich ist, den Kampf um die politische Macht von der Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu trennen. Jene Auffassung also ist unsozialistisch, mechanisch. Unsere Auffassung dagegen ist sozialistisch, organisch. Aus unserer Auffassung folgt aber auch, dass der Kampf der Arbeiter um die politische Macht und damit um den Sozialismus nie aufhören kann, bis das Ziel erreicht ist. Er wechselt wohl seine Formen, aber nicht seinen Inhalt. Jeder Formenwechsel aber bringt unter Umständen eine Verzögerung, unter Umständen jedoch auch eine Beschleunigung im Kampfe mit sich. Für die deutsche Arbeiterklasse z. B. ist der Übergang von der Nurparlamentarischen und Nurgewerkschaftlichen Kampfform zu linksradikaler Taktik ein langwieriger schmerzlicher Prozess.

Wie kommt es nun, dass die sozialistischen Arbeiter Deutschlands den Sozialismus als so fernliegend betrachten mussten? Es ist eigentümlich: einerseits vollzog sich die ökonomische Entwicklung Deutschlands mit einer so rapiden Geschwindigkeit, dass ihre Reife für den Sozialismus in wenigen Jahrzehnten erreicht ward. Wir werden das noch in einem besonderen

Artikel behandeln. Andererseits aber blieb die politische Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse und verhältnismäßig weit hinter dem ökonomischen Stand der Dinge zurück. Und eben diese Erscheinung gilt es zu erklären.

Der Imperialismus entwickelte jene ungeheure Konzentration aller am Kapitalismus interessierten Kräfte, schuf jene gewaltigen Unternehmerorganisationen als gesellschaftlichen Reflex der Konzentration des Kapitals, bildete jene gigantischen Formen des Militarismus und der staatlichen Bürokratie aus, die heute den Ententekapitalisten so gründlichst verhasst sind, weil sie in all diesem die starken, durch keine imperialistisch-kapitalistischen Methoden überwindbaren Bollwerke des deutschen Kapitals sehen. Auf die deutschen Arbeiter wirkte diese Entwicklung zunächst ungeheuer lähmend. Sie musste es, weil sie im Kapital, im Staat, in der Großbourgeoisie ein unausgesetztes Wachstum an Macht, nirgends eine Stelle zum Angriff sahen. Auf den Parteitag der Sozialdemokratie, in der sozialdemokratischen Presse, trat diese Wirkung immer unverhüllt hervor. Sie konnte auch durch das Kraftmeiertum der sozialdemokratischen Flugblattsprache, die in den letzten Jahren besonders von Konrad Hänisch kultiviert wurde, nur schlecht verhüllt, auf keinen Fall aber beseitigt werden. Der Fall Hänisch selbst zeigte dieses Kraftmeiertum in seiner ganzen Hohlheit.

Ihren prägnantesten Ausdruck aber fand sie in der offiziellen Verabschiedung der Massenaktionen als eine Kampfmittels zur proletarischen Offensive auf dem Parteitag zu Mannheim und in der Erklärung der deutsche Sozialdemokratie zur Frage des Kampfes gegen den Krieg auf dem Internationalen Kongress zu Kopenhagen. Was damals Ledebour namens der deutschen Sozialdemokratie vor aller Welt kundtat, zeigte den inneren Bankrott dieser Partei als Kampforganisation gegen den Imperialismus und war nur eine Vorbereitung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August 1914 und der Haltung, die die Unabhängigen noch heute beobachten. Der Antrag der Engländer und Franzosen, bei drohender Kriegsgefahr in den beteiligten Ländern den Generalstreik zu proklamieren, fiel bekanntlich durch die von Ledebour abgegebene Erklärung ins Wasser, dass ein solcher Antrag für die deutsche Sozialdemokratie unannehmbar sei, weil sie sich sonst politisch unmöglich machen werde. Und noch heute wehren sich die Unabhängigen bei jeder drohenden Gefahr mit Händen und Füßen dagegen, dass ihnen die Verantwortung für diese oder jene Arbeiterunruhen an die Fraktionsfräcke gehängt wird.

Wir glauben ihnen ihre Unschuld aufs Wort, aber wir wissen auch, dass in diesem ängstlichen Gebaren lediglich der defensiv-untätige Geist der Sozialdemokratie seine traurige Urständ feiert. Man nehme Kautskys jammervoll unehrliches Buch über den politischen Streik zur Hand, und man wird denselben Geist herumstolzieren sehen. Es ist klar, dass diese parteioffizielle Haltung der Sozialdemokratie in den materiellen und psychischen Verhältnissen der Mehrheit der organisierten Arbeiter begründet sein musste. Es war das allgemeine Gefühl der Ohnmacht, verbunden mit den durch die Prosperitätsjahre erzeugten sozialen Differenzierungen, die gewisse Arbeiterschichten auf ein erhöhtes wirtschaftliches Niveau hoben, während andere Schichten umso tiefer herabgedrückt, der vielseitigsten Konkurrenz durch den Zuzug vom Lande, durch die Frauen und Jugendlichen, durch ausländische, billige Kräfte ausgesetzt wurden: es war die Erstarkung und Konzentrierung auf Seiten der großkapitalistischen Bourgeoisie und die Schwächung und Zerrüttung unter den Arbeitern, die zu der die ganze letzte Epoche vor dem Kriege charakterisierenden Mut- und Kampfllosigkeit der organisierten Massen führte.

Der Kriegsausbruch hat die Macht der Bourgeoisie in noch gewaltigen Dimensionen erscheinen lassen, und die deutschen Arbeiter, nicht daran gewöhnt, die Schwächen der Bourgeoisie zu erkennen, die nur in der Praxis des Klassenkampfes selbst erkennbar werden, standen rat- und fassungslos dem Machtgebot des Imperialismus gegenüber. Der deutschen Arbeiterklasse fehlten die Erfahrungen des Kampfes. Sie muss sie sich in schwerem Ringen

und Durchbringen erst schaffen. Infolge der Kampfllosigkeit erschien den deutschen Arbeitern der Sozialismus als ein so fernes, für sie nicht mehr erreichbares Ziel.

Es ist nicht von ungefähr, dass die deutschen Arbeiter sich mit der Praxis des Organisierens und des Parlamentarismus, mit der, alle fünf Jahre sich wiederholenden politischen Betätigung des Wahlzettelschwenkens begnügten und infolgedessen keinen Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus sahen. Sind die objektiven Verhältnisse in Deutschland etwa noch nicht für den Sozialismus reif, dass man hier von ihm nur als einem weltfernen Ideal sprechen kann? Wir müssen das näher untersuchen.

2.

Der Sozialismus setzt die ökonomische Reife des Kapitalismus und die politische Reife des Proletariats voraus. Von der ökonomischen Reife des Kapitalismus soll zunächst die Rede sein. Wann ist der Kapitalismus für den Sozialismus reif? Das ist die Frage.

Die Sozialimperialisten erklären: Der Kapitalismus hat noch längst nicht die höchste Stufe seiner Entwicklung erklommen. Vor zwei Jahrzehnten glaubten wir bereits, dass der Kapitalismus keiner höheren Entwicklung mehr fähig sei, und doch hat gerade seitdem die Ära des Imperialismus eingesetzt, eine Epoche, die ganz ungeahnte Kräfte des Kapitalismus sowohl, als auch der Bourgeoisie hervorgebracht hat. Seitdem haben wir die Syndikate und Kartelle, die Trusts, seitdem die Kolossalfunktion der Großbanken, die Ableitung der Kapitalmassen über alle Gebiete der bewohnten und unbewohnten Erde, seitdem die Konzentrierung der Unternehmervgewalt in den Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden, die Industrialisierung der Landwirtschaft, das Emporschießen der Aktiengesellschaften als der typischen Form des konzentrierten, an ökonomischer und sozialer Kraft stetig wachsenden Kapitals, seitdem die Bildung ganz neuer sozialer Schichten, insbesondere des in der Industrie beschäftigten Beamtenkörpers, seitdem die gewaltige Steigerung der Staatsgewalt, ihrer Militär- und Bürokratieorganisationen. Der Körper, den wir die bürgerliche Gesellschaft nannten und den wir bereits im Absterben wähten, hat sich als überaus lebensfähig erwiesen. Da wir uns damals so gewaltig irrten: wer bürgt uns dafür, dass wir uns nicht aufs Neue irren, wenn wir nunmehr die Stunde des Kapitalismus für gekommen halten?

Kündigen sich nicht schon jetzt neue Formen des Kapitalismus in den Staatsmonopolen an? Wird der Kapitalismus dadurch nicht eine erneute Steigerung seiner Lebensfähigkeit erfahren? Und bedeutet die imperialistische Expansion nicht eine notwendige Vorbereitung auch der entlegensten Teile der Erde für den Sozialismus? Die Entwicklung des Kapitalismus ist noch nicht abgeschlossen. Und darum ist es unsinnig, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Vielmehr müssen wir die weitere Entwicklung des Kapitalismus unterstützen, um so die Periode der Vorbereitung für den Sozialismus abkürzen zu helfen. Das allein ist historisch gedacht und historisch gehandelt. So sagen die Sozialimperialisten. Und so sind sie unter die Aufrüster- und Kolonialschwärmer gegangen. Die Sozialpatrioten sind nur ihre verzerrten Karikaturen.

Auch die Sozialpazifisten, die jetzigen Unabhängigen, halten den Kapitalismus noch nicht für reif. Sie gefallen sich in der Rolle jenes griechischen Weltweisen, der da lehrte, dass die größte Weisheit darin besteht, dass man weiß, dass man nichts weiß. Aber die Unabhängigen hüten sich wohl, die Konsequenzen des Sozialimperialisten-Standpunktes zu ziehen. Akzeptieren die Sozialimperialisten den Kapitalismus mit allen seinen imperialistischen Forderungen, erkennen sie klar das kriegerische Wesen des Imperialismus, so suchen die Sozialpazifisten den Imperialismus nach ihren gefühlvollen Friedenswünschen umzubiegen. Sie sagen: der Kapitalismus ist zwar noch nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt, aber sein Weg geht nicht über noch größere kriegerische Katastrophen, sondern über die Friedensgefülle der Abrüstungen und der internationalen Schiedsgerichte. Nicht erneute Unterdrückung wird der Kapitalismus den Völkern bringen, sondern das

Selbstbestimmungsrecht. Es wird eine Ära des friedlichen Imperialismus einsetzen und sie wird auch der Arbeiterklasse ein gastlich Dach bereiten. Und dann wird es den Arbeitern ein Leichtes sein, die politische Macht in die Hand zu nehmen. Aber erst muss dieser Zustand der Abrüstung und der Schiedsgerichte, des Selbstbestimmungsrechts der Völker erreicht sein: das ist die für den Sozialismus notwendige Vorstufe.

Sozialimperialisten und Sozialpazifisten stimmen darin also völlig überein, dass sie den Kapitalismus in seiner jetzigen Form noch nicht für reif halten.

Nun hat die Auffassung von der Reife des Kapitalismus als der für den Sozialismus notwendigen Vorstufe die sonderbarsten Vorstellungen gezeitigt. Die Anarchisten stellen es beispielsweise so dar, dass Marx gelehrt habe, der Kapitalismus müsse sich sozusagen erst austoben und dann, wenn er auf dem Gipfel seiner Entwicklung angelangt sei, schlage er eines schönen Tages, mit „Naturnotwendigkeit“, einen Purzelbaum und gelange als Sozialismus wieder in den Tälern, wo die Menschen wohnen, an. Die haben unterdessen geduldig geharrt, bis dass die Zeit des Kapitalismus erfüllet ward und nehmen ihn nunmehr, nachdem er sich in den Sozialismus überschlagen hat, als ein Gnadengeschenk des Himmels unter Zimbel- und Paukenklang entgegen. Das, sagen die Anarchisten, habe Marx die Arbeiter gelehrt. Nun weiß jedoch jeder, der auch nur zwei Zeilen von Marx mit Verstand gelesen hat, dass davon nicht die Rede sein kann.

Wohl aber hat Marx nachgewiesen, dass zwar der Kapitalismus die Vorbedingungen des Sozialismus in sich entwickelt, dass gleichwohl der Arbeiterklasse das größte Stück der Arbeit an der Herbeiführung des Sozialismus zu tun übrig bleibt. Solchermaßen hat er die Arbeiter vor einer doppelten Illusion bewahrt: einmal, dass sie die ökonomischen Kräfte des Kapitals einfach zu ignorieren brauchten, um auf dem Blutacker des Kapitals das Lustzelt des Sozialismus zu errichten, womit er den utopischen Sozialismus überwand, und zum andern, dass sie den Kapitalismus sich selbst zu überlassen brauchten in der heilsfrohen Zuversicht, dass er, eine gigantische Wiederholung der unbefleckten Empfängnis, eines Tages den Heiland Sozialismus aus sich heraus gebären werde, womit er jeden andern Sozialismus überwand, der von dem Klassenkampf nichts wissen wollte. Marx hat auf diese Weise die Einheit gefunden zwischen den dem Kapitalismus von Naturwegen innewohnenden Kräften und dem historischen Handeln der Menschen.

Aber das Handeln der Menschen, der Klassenkampf, ist ihm als die Grundlage alles historischen Fortschritts erschienen, und er selbst hat sein ganzes Leben in den Dienst dieses Kampfes gestellt. Die Anarchisten irren also sehr, wenn sie Marx die Absurdität vom Kapitalismus als einer den Sozialismus mit „Naturnotwendigkeit“ produzierenden Selbstgebärmaschine andichten. Was hier sein Wesen treibt, ist ein missverständlicher Marxismus, für den Marx nicht verantwortlich ist und um dessen Sein oder Nichtsein sich der Kapitalismus nicht kümmert. Immerhin aber spukt auch in den Köpfen der Anarchisten eine vertrackte Vorstellung von der Reife des Kapitalismus. Die Sache ist aber so, dass die Anarchisten fürchten, die Menschen möchten, vom Marxismus infiziert, nur umso später zum Sozialismus gelangen. Es geht ihnen also nicht schnell genug. Und das ist immer noch sympathischer als die Krähwinkerei der sozialpazifistischen Landstürmer. Indessen, ob zu langsam oder nicht: mit dem Sozialistischen Bunde, so gut er als Embryo des Sozialismus gemeint sein mag, wird man das Tempo auch nicht beschleunigen. Im Gegenteil, man wird es höchstens verlangsamen, sofern Arbeiter jemals in Massen auf diese Bündnerei eingehen und dadurch ihre Kraft dem Klassenkampf entziehen sollten. Schließlich ist das historische Handeln der Arbeiterklasse, wie es der Marxismus versteht, doch etwas anderes als die Gründung von sozialistischen Eldorados inmitten der Brandungen kapitalistischer Ausbeutung.

Ist also der Kapitalismus reif? Und woran erkennt man seine Reife? Die Frage harrt immer noch der Beantwortung.

Tragik oder Unvernunft?

Untenstehenden Artikel des Genossen *Mehring* entnehmen wir der „Leipziger Volkszeitung“. Der Artikel Steins erhob nicht nur Bedenken gegen das Vorgehen der Bolschewiks, trotzdem Stein doch auch nicht besser informiert wird, sondern er desqualifizierte geradezu die bolschewikische Richtung und ihr Vorgehen. Dass die Bolschewiks die Macht alleine an sich reißen wollen, wie Stein in seinem Artikel behauptet, haben wir unseren Lesern durch verschiedene Artikel, u. a. in dem Aufruf des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, genügend widerlegt.

In ihrer Nummer 293 vom 17. des Monats druckt die „Leipziger Volkszeitung“ – nicht ohne Vorbehalt – einen Artikel A. Steins ab, der lebhaftere Anklagen gegen die Politik der Bolschewiks enthält. Es kann weder, noch soll bestritten werden, dass dieser Artikel ein Echo der lebhaften Sorgen ist, die Lenins und Trotzki's Vorgehen allerdings in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie erregt hat und noch immer erregt. Es kann auch weder, noch soll versucht werden alle Bedenken zu zerstreuen, die in dieser Beziehung entstanden sind, denn dazu fehlt uns das tatsächliche Material. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat ja schon in der Vorbemerkung der Redaktion zu A. Steins Artikel die „sehr mangelhaften Informationen“ hervorgehoben, die wir über die russischen Zustände besitzen.

Zu einer gewissen Vorsicht des Urteils drängt schon die Tatsache, dass der einzige Missgriff der Bolschewiks, den wir vom deutschen Standpunkt aus mit einiger Sicherheit beurteilen können, eher von einer zu großen Vertrauensseligkeit als von einem rücksichtslosen Terrorismus zeugt. Wir meinen ihren Konnex mit den Scheidemännern, der die prinzipientreuen Sozialdemokraten zuerst kopfscheu gegen die Bolschewiks machte. Jedoch hat auch hier die genauere Aufklärung zu ihrer wesentlichen Entlastung geführt, wie ja die „Leipziger Volkszeitung“ an anderer Stelle derselben Nummer darlegt,¹⁹ an deren Spitze sich der Artikel A. Steins befindet.

Was nun diesen Artikel anbetrifft, so macht schon seine Überschrift unseres Erachtens der bürgerlichen Auffassung ein zu großes Zugeständnis. Von jeher ist der revolutionäre Terrorismus mit dem reaktionären Argument bekämpft worden, dass eine demokratische Partei, die in den Besitz der Macht gelange, damit anfange, „den Grundsätzen der Demokratie ins Gesicht zu schlagen“. Diese nachgerade etwas wohlfeile Beweisführung sollte man doch billig den bürgerlichen Gegnern überlassen. Will man das augenblickliche Problem der Bolschewiks in eine kurze Formel fassen, so lautet es nicht: Demokratie oder Diktatur?, sondern: Tragik oder Unvernunft? Das heißt mit anderen Worten? Haben die Lenin und Trotzki, die sich seit langen Jahren oder selbst Jahrzehnten als tapfere und einsichtsvolle Vorkämpfer des Proletariats bewährt haben, plötzlich ihre Vernunft verloren, oder sind sie gerade durch ihre und ihrer Anhänger revolutionäre Energie in eine tragische Lage geraten,

¹⁹ In der Reichstagsitzung vom 24. November behauptete Scheidemann in einer Polemik gegen Haase, dass Herr Dr. Helphand-Parvus von einem Boten *aufgefordert* ist, sofort zu den Bolschewiks nach Stockholm zu kommen. Dieses hat den Auslandsvertreter der Bolschewiks veranlasst, folgendes Telegramm an Haase zu richten: „Heute Expressbrief auf Ihren Protest gegen Scheidemannsche Erklärung im Reichstag betr. Bolschewiks. *Orlowsky*.“ Die P. T.-A. meldet inzwischen: dass der Sekretär der internationalen Sektion des Arbeiter- und Soldatenrates *Karl Radek* in der „*Prawda*“ kategorisch die Erklärung Scheidemanns dementiere, dass die Auslandsdelegation des Zentralkomitees der Bolschewiks den Deutschen Dr. Helphand (Parvus) zu einer Verhandlung eingeladen habe. Weder die Delegation noch irgendeines ihrer Mitglieder habe Parvus nach Petersburg *eingeladen*. Parvus sei dorthin vielmehr als Vertreter der deutschen Mehrheitssozialisten gekommen, deren Grüße er überbrachte.

die sie zwingt, manches zu tun und manches zu unterlassen, was sie nicht tun oder was sie nicht unterlassen würden, wenn sie freie Herren ihrer Entschlüsse wären?

Nun zitiert A. Stein eine Erklärung Losowskis, worin wörtlich gesagt wird, dass Lenin und Trotzki, „entgegen aller Vernunft“ handelten und als Marxisten nicht mit den objektiven Verhältnissen rechnen wollten, die ihnen, angesichts der drohenden Gefahr des Zusammenbruchs die sofortige Einstellung des Kampfes innerhalb der revolutionären Demokratie zum gemeinsamen Kampf gegen die Gegenrevolution zur Pflicht machten. Marxisten werden sich aber erinnern, dass ähnliche Vorwürfe in einer ähnlichen Situation schon gegen – Marx selbst gerichtet worden sind. 1848 standen Marx und Engels in einem noch wesentlich ackerbautreibenden Lande an der Spitze der revolutionären Partei, deren Sieg an die Voraussetzung einer entwickelten Großindustrie und eines modernen Massenproletariats geknüpft war. Sie haben aber taube Ohren gehabt für die Aufforderung, verschmolzen mit anderen demokratischen oder sozialistischen Parteien den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, und wenn sie auch nicht zur Macht gelangt sind, so haben sie doch – jede Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ beweist es – für den Fall ihres Sieges „nur ein Mittel ins Auge gefasst, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären Terrorismus.“

Haben sie deshalb mit den „objektiven Verhältnissen nicht zu rechnen verstanden“, um eine Redewendung zu gebrauchen, die wieder bedenklich nach echt bürgerlicher Phraseologie schmeckt? O, doch, sie wussten nur, dass sich mit einer Revolution nicht so bequem und einfach, wie mit dem Einmaleins „rechnen“ lässt. Als sie im Anfange der fünfziger Jahre ein Wiedererwachen der Revolution erwarteten, schrieb Engels an Wedemeyer:

In der Praxis werden wir immer darauf reduziert sein, vor allem auf resolute Maßregeln und absolute Rücksichtslosigkeit zu drängen. Und da liegt das Pech. Mir ahnt so was, als ob unsere Partei, dank der Ratlosigkeit und Schlawheit aller anderen, eines schönen Morgens an die Regierung forciert wird, um schließlich doch die Sachen durchzuführen, die nicht in unserem, sondern im allgemein revolutionären und spezifisch kleinbürgerlichen Interesse sind; bei welcher Gelegenheit man dann, durch den proletarischen Populus getrieben, durch seine eigenen, mehr oder weniger falsch gedeuteten, mehr oder weniger leidenschaftlich im Todeskampf vorangedrängten, gedruckten Aussprüche und Pläne gebunden, genötigt wird, kommunistische Experimente und Sprünge zu machen, von denen man selbst am besten weiß wie unzeitig sie sind. Dabei verliert man dann den Kopf – hoffentlich nur physisch gesprochen – eine Reaktion tritt ein; und bis die Welt imstande ist, ein historisches Urteil über so etwas zu fällen, gilt man nicht nur für eine Bestie, was Wurst ist, sondern auch für bete (dumm), und das ist viel schlimmer.

Diese Gesichtspunkte sollten wir nicht aus den Augen verlieren, wenn wir – bei unzureichender Kenntnis der Sachlage – über Handlungen der Bolschewiks urteilen, die uns unrichtig, unzeitig und selbst verhängnisvoll erscheinen, vielleicht auch alles das sind. Möglich, dass ihr Sieg nur den Gipfel einer Tragödie bedeutet. Sicher, dass ihre revolutionären Kämpfe nicht damit enden werden, ein Spott der Philister zu werden.

Proletarische Diktatur oder bürgerliche Demokratie.

Von B. Minesmann.

Nachdem die „Leipz. Volksztg.“ A. Stein als Kenner der russischen Verhältnisse empfiehlt, bringt sie einen Artikel von ihm „Demokratie oder Diktatur“ betitelt. Der Artikel soll zunächst

beweisen, wie sehr die Taktik der Lenin- und Trotzkygruppe in dem jetzigen Moment falsch sei und soll ferner für eine Koalition „aller wahrhaft sozialistischen und demokratischen Elemente“ Stimmung machen. Er beweist aber, dass man ein sehr schlechter Kenner der russischen Verhältnisse und zugleich ein sehr guter Opportunist vom reinsten Wasser sein kann.

Aber es ist zu bemerken: Die Revolution der russischen Arbeiter und Soldaten ist insofern eine spezifisch russische Frage, als sie sich territorial in Russland abspielt. Als Problem kann diese Revolution der Revolutionen unmöglich vom russischen Standpunkt, sondern muss vom internationalen, und zwar von international-proletarischem Standpunkte betrachtet werden und müssen diese Betrachtungen – wenn sie überhaupt angestellt werden – nur auf der Theorie und Praxis des internationalen Klassenkampfes des Proletariats in allen Ländern fußen. Die Aufgaben, die Ziele und die Tragweite der russischen Revolution müssen bei der Phase des entwickelten Kapitals, in der wir uns befinden, von unabsehbaren Folgen für das internationale Proletariat werden. Sie werden es auch, ganz gleich, ob es den „internationalen“ Sozialpatrioten genehm oder unangenehm, erwünscht oder unerwünscht ist.

Sehen wir nun die Dinge so an, so ist der spezifisch russische Standpunkt, wenn er überhaupt möglich ist, der nebensächliche, der mit Gewalt angewendete, dominierend ist allein der Standpunkt des internationalen Sozialismus. Er und nur er allein ist maßgebend.

Anstelle des internationalen Sozialismus setzt Stein eine lendenlahme, wesenslose, in den Kammern der klassischen Philosophie geborene, von ihrem echten proletarisch-revolutionären Inhalt losgelöste Demokratie und muss sich von einem bürgerlichen Demokraten (Hans Vorst, im „Berl. Tgbl.“ vom 10. Dez.) ins Stammbuch schreiben lassen, dass die Kämpfe, die augenblicklich mit einer ungeheuren Anspannung von Energie auf allen Seiten in Russland ausgefochten werden, keine demokratischen, sondern Klassenkämpfe sind. Im Blutstrom der russischen Revolution soll und wird die Neuwelt ihre Windeln waschen.

Ebenso wie die blutigsten Klassenkämpfe schließlich doch zur Versöhnung der Klassen führen müssen, führt die Diktatur des Proletariats zur wahren Demokratie. Nach Stein soll aber die „wahre Demokratie“ die Diktatur des Proletariats herbeiführen. In einer Situation, wie sie jetzt die russische Revolution durchmacht, sind harte diktatorische Maßnahmen nicht zu entbehren. Dies gibt die „L. V.“ in ihrer Empfehlungsnotiz für Stein zu. Nach Stein aber sollen die russischen Arbeiter und Soldaten für die Wiedereinführung der Todesstrafe, für die Auferstehung der Kasernendisziplin und für die Wiederbelebung des Kadavergeistes des russischen Zarismus an der Front, für die Einsperrung der Bolschewiki, jener Partei, deren große Verdienste um die Mobilisierung der revolutionären Kräfte des Proletariats er selbst preist, verbluten, und ihr Leben dafür einsetzen, dass die Produktion auch fernerhin ihre Anarchiewirtschaft treibt, dass die Wucherer und Kriegsspekulanten das russische Volk fortgesetzt aussaugen und Miljukoff und Konsorten ihren unverschämten Lügenfeldzug gegen die revolutionäre Demokratie weiterführen.

Das russische Proletariat und die armen Bauern sollen behutsam die demokratische Front nicht durchbrechen, während sie bereits dreimal vom Bürgertum gesprengt wurde. Das russische Proletariat soll eine neue Art von einem revolutionären Burgfrieden akzeptieren, während ihm von allen Seiten: der demokratischen Front nämlich – der Krieg erklärt wurde. Nach Stein sollen die armen Bauern den Grund und Boden den Besitzern zunächst belassen und alsdann den Besitzern plausibel machen, dass die Besitzer sich selbst zu Grabe tragen sollen, will sagen, die Bauern sollen so lange ruhig warten, bis die Großgrundbesitzer Stein zuliebe die Konstituante zusammenrufen werden, eine Konstituante, die doch keineswegs im Interesse der Grundbesitzer sein kann, wenn man die jetzige revolutionäre Stimmung der russischen Massen in Betracht zieht. Nach Stein soll die Petersburger Stadtduma bestehen bleiben, weil sie aus „demokratischen“ Wahlen hervorgegangen ist, während sie schon lange

nicht mehr im Geringsten die Stimmung der Petersburger Bevölkerung wiedergibt und dies im Namen der absoluten Demokratie, eines sozusagen demokratischen Imperativs, während der größten weltgeschichtlichen Revolution, wo das ganze Bürgertum geschlossen dem Proletariat feindlich gegenübersteht.

Nachdem die Gesinnungsgenossen Steins, die Menschewiks, acht Monate hindurch eine Koalition mit dem Bürgertum und somit mit der Reaktion, dem Imperialismus und den zaristischen Generälen gepredigt haben, nachdem sie acht Monate durch die Unterstützung der Regierung Miljukows, Konowalows, Gutschkows und Tereschtschenkos die Revolution verraten und verschachert haben, nachdem sie durch die moralische Unterstützung, die sie den sozialistischen Geißeln in der kapitalistischen Regierung gewährt haben, die ausständigen Bauern und Arbeitern zusammenschließen halfen, nachdem sie, um die demokratische Front nicht zu sprengen, die revolutionäre Front unterminiert und gesprengt haben und den Kornilows, Kaledins und den anderen zaristischen Knechten die weitestgehenden Vollmachten ausstellten und sich damit dem reaktionären Bürgertum auslieferten, nachdem das Bürgertum die Koalition sprengte, um die Kastanien, die das revolutionäre Proletariat aus dem Feuer holte, alleine zu genießen – jetzt erst, als die Bolschewiks durch ihre bewaffnete Erhebung die Macht an sich gerissen haben, jetzt erst predigt Stein „eine rein sozialistische Koalition“.

Die Gesinnungsgenossen Steins, die Menschewiki, haben Hunderttausende von revolutionären Soldaten in der Julioffensive hingegeben, ohne die Forderung auf Veröffentlichung der Kriegsziele der Ententemächte durchzusetzen. Sie haben monatelang die Forderung des revolutionären Proletariats, die ganze Arbeit der S.- und A.-Räten als Ausfluss von anarchistischen Bestrebungen mit allen Mitteln bekämpft und jetzt, als die sozialpatriotischen Offiziere ohne Truppen geblieben sind, jetzt erst, als das revolutionäre Feuer der bolschewistischen Massen die menschewistischen Köpfe erleuchtete, jetzt möchte Stein den Ehebruch mit dem Proletariat gutmachen, dem Bürgertum untreu werden und er würde gerne die bereits bestehende Macht des Sowjets usurpieren und die Diktatur des Proletariats gutheißen. Da aber die internationalen Kapitalisten, die ihnen verkauften Seelen und deren unbewussten Helfershelfer täglich erzählen, dass in Russland augenblicklich keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Lenin-Trotzki-Diktatur bestehe, so zieht Stein, ausgerüstet mit den alten Waffen der Menschewiki, mit Protesten, Resolutionen und Manifesten von bolschewistischen Menschewiks ins Feld, um die bolschewistische Gefahr zu bekämpfen.

Wie sieht nun die bolschewistische Gefahr aus? Hans Vorst, der doch über die Verhältnisse in Russland, wenn nicht menschewistisch, so doch gut unterrichtet ist, schreibt im „Berl. Tagebl.“ Nr. 645 wie folgt:

„Seitdem (ersten Kongress) aber haben sich die Verhältnisse doch wesentlich geändert. Entscheidend ist dafür die Einigung, die zwischen dem Ende November in Petersburg tagendem Bauernkongress und dem Zentral-Exekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte zustande gekommen ist. Auf Grund dieser Einigung ist das Zentral-Exekutivkomitee durch 108 Vertreter des Bauernkongresses, ferner durch 100 Vertreter der Armee und der Flotte, durch 50 Vertreter der vereinigten Gewerkschaften ergänzt worden. An dieser Einigung hat auch die mächtige Organisation des Eisenbahnverbandes, mit einer Abkürzung Wickshel genannt die im Verlauf der Revolution eine große Rolle gespielt hat und der Verband der Post- und Telegraphenangestellten teilgenommen. Alle diese Institutionen haben sich auf den Boden des zweiten Arbeiter- und Soldatenkongresses ganz Russlands gestellt, jenes Kongresses, der die Organisation der Arbeiter- und Bauernregierung in die Hand genommen hatte, das heißt, sie haben sich im allem wesentlichen dem bolschewistischen Regierungsprogramm angeschlossen.“

Dieser Kongress tagte wie bekannt bei Ausbruch der Novemberrevolution und sind doch zu jener Zeit außer den Bolschewiki, die linken Sozialrevolutionäre und die sog. „Internationalisten“ (die linken Menschewiki) in den Sowjets stark vertreten gewesen. Die Tatsache, dass die Bolschewiki Sinowjew und Kamenjew die Regierung Lenins verlassen haben, beweist nur, dass diesen verdienten Genossen die nötige Widerstandsfähigkeit im Kampfe mit dem Feinde fehlte. Sie wankten vor dem Druck der Bourgeoisie und groß ist daher die Freude und der Jubel in den Reihen der Bourgeoisie. Aber das russische Proletariat glaubt nicht dem Lügenfeldzug der Bourgeoisie, wie es früher nicht an das Märchen von dem deutschen Gelde, mit dem Lenin, Trotzki, Radek und andere bestochen sein sollten, glaubt, es weiß, dass die Bourgeoisie diesen Feldzug führte, um sein Vertrauen zu seinen bewährten Führern zu untergraben.

Das russische Proletariat weiß, dass nur ein rücksichtsloser Klassenkampf es befreien kann, wie ebenfalls die armen russischen Bauern wissen, dass sie von Miljukow, Gutschkow und Konowalow den Boden und die Freiheit nicht erhalten werden. Das russische Proletariat wird seine Deserteure verurteilen, wie es die Menschewiki-Oborontzy (Vaterlandsverteidiger) und die von Plechanow geführte Gruppe Jedinstwo verurteilt hatte, was die Wahlen zur Konstituante zur Genüge bewiesen haben. Das Proletariat hat nicht die Menschewiks, die im Interesse der Vaterlandverteidigung den Burgfrieden predigten zu seinen Vertretern in seiner Nationalversammlung erkoren, sondern die Bolschewiks, die während der ganzen Zeit des Krieges das Proletariat gesammelt haben und zum Kampfe gegen den Zarismus und die Bourgeoisie organisiert und gerufen haben.

Stein müsste als Kenner der russischen Verhältnisse wissen, dass, nachdem sich der zweite allrussische Kongress der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte in seiner Mehrheit für die Partei der Bolschewiks aussprach und damit die Bildung der neuen Regierung den Bolschewiks übertrug, das Zentralkomitee der Bolschewiks ein paar Stunden vor der Bildung der neuen Regierung und bevor die Liste seiner Mitglieder dem zweiten allrussischen Arbeiterrat vorgelegt wurde, drei der bekanntesten linken Sozialisten-Revolutionäre, die Genossen Kakow, Karelin und Sairo einlud und ihnen die Beteiligung an der neuen Regierung vorgeschlagen hat. Diese Genossen lehnten leider die Beteiligung ab, und es wurde darauf eine rein bolschewistische Liste der Volkskommissare vorgeschlagen und vom Kongress angenommen. Solches weiß aber der gute Kenner der russischen Verhältnisse A. Stein nicht, wie er auch nicht weiß, dass seine Gesinnungsgenossen noch unlängst harte diktatorische Maßnahmen gegen die Bolschewiks stillschweigend (durch die Nichtabberufung ihrer Mitglieder aus der Regierung Kerenskis) gebilligt haben.

Wir können unsere Darlegung nicht besser schließen als mit den Schlussworten des Ausrufes des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Da heißt es: Mögen also die Arbeiter ruhig und fest bleiben, unsere Partei, die Partei der Sowjetmehrheit steht fest und entschlossen zu der Sache ihrer Interessen, und hinter unserer Partei stehen Millionen von Arbeitern in den Städten, Soldaten in den Schützengraben und Bauern auf dem Lande, die bereit sind, um jeden Preis den Sieg des Friedens und des Sozialismus zu verwirklichen.“

Gewerkschaftsfragen.

Von Fl. Geyer.

Wie die Tarifverträge zustande kommen, ist allgemein bekannt. Vor Ablauf der Tarifffrist bringt die Gewerkschaftspresse gewöhnlich einige Artikel über Anträge aus Mitgliederkreisen. Sie tut dabei so, als wenn sie damit einverstanden ist. Die Mitglieder sind dann der Meinung, dass diesmal etwas ordentliches herausbrät. Aber, o Schreck! Kurze Zeit vor den Tarifberatungen wird gewöhnlich schon zum Rückzug geblasen. Man soll ja nicht zu

viel verlangen und hübsch bescheiden sein. Auch tauchen aus der Verbandsbureaukratie die bekannten Warner auf. Alles ist gespannt. Ein paar Tage nach Beginn der Verhandlungen bringt die Gewerkschaftspresse einige kurze Notizen, worin sie den Mitgliedern kundgibt, wie schwer es der Führerschaft wird, etwas herauszuholen. Wie den Anträgen des Verbandes, die der Unternehmer gegenüberstehen. Und dann, ja dann gibt's wieder einmal lange Gesichter. Ein Kompromiss ist zustande gekommen, und die Arbeiter sehen sich in ihren Hoffnungen getäuscht.

Ähnlich sind auch die Verhandlungen bei den sog. Teuerungszulagen verlaufen. Ein Teil des Unternehmertums hat dabei eine Naivität an den Tag gelegt, dass man staunen muss. Ein Beweis, wie wenig Verständnis es von der Not der Arbeiter während des Krieges hat. Wer eben Geld genug hat, verlebt auch jetzt noch gute Tage. Um endlich dem langen Hin- und Herreden ein Ende zu bereiten, haben die Kapitalisten günstigenfalls einige Mark mehr bewilligt als sonst. Aber wohlverstanden, nur während der Kriegsdauer. Und das soll ein Ausgleich in diesen schweren Zeiten sein! Übrigens hat sich das Unternehmertum dabei schadlos gehalten. Es verteuert seine Erzeugnisse und macht noch Geschäfte. Und die Verbandsbureaukratie? Sie erklärt, nicht mehr herauszuholen zu können. So stehen die Mitglieder vor vollendeter Tatsache und alle Gegenrede ist vergeblich. Und so etwas nennt sich Demokratie, Volksherrschaft!

Wie wird es nach dem Kriege aussehen? Niemand vermag es zu sagen, wie die Dinge nach dem Kriege im Wirtschaftsleben sich gestalten. Und damit sieht es wahrhaft schlecht aus. Es sei denn, dass durch rücksichtsloses staatliches Eingreifen gegen den Wucher und durch Freigabe beschlagnahmter Nahrungsmittel und Rohmaterialien die Kosten der Lebensunterhaltung erträglicher werden. Mit einer Rückkehr in die alten Friedensverhältnisse ist nicht zu rechnen. Dazu fehlt es an jeglicher Vorbedingung. Jahre können vergehen, bevor Deutschland wieder zu einigermaßen leidlichen Verhältnissen gelangt. Die Schwere der Zeiten, wird, abgesehen von den Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffungen für die aus dem Felde Heimkehrenden, noch lange nach dem Kriege bemerkbar werden. Und der notwendige Ausgleich zwischen der Teuerung und den unzureichenden Löhnen droht zu schweren Auseinandersetzungen zu führen. Darauf deuten gewisse Bestrebungen der durch materielle und ideelle Kriegsgewinne gewaltig erstarkten Unternehmerverbände hin. Und wie wird sich die Verbandsbureaukratie zu diesen Tatsachen stellen? Sie wird so tun, als wenn sie Abhilfe schaffen will. Sie wird bremsen und die Mitglieder der Zeiten Schwere kosten lassen. Wer sich nicht biegt, der fliegt.

Deshalb ist es eine Notwendigkeit eine Einheitsorganisation zu schaffen. Jede Organisation, die aus einer Zweiteilung besteht, ist für eine wahrhafte Interessenvertretung der Arbeiter schädlich. Nur vereinte Kraft führt hier wie überall zum Ziel!

Werbt Abonnenten für die „Arbeiterpolitik“

Feuilleton

Zwei Stätte.

Von Charles Dickens.

Der Besitzer desselben ging die Treppe hinunter in den Hof, stieg in seinen Wagen und fuhr fort. Während der Audienz hatten nicht viele von den Versammelten mit ihm gesprochen; er hatte einen kleinen freien Raum um sich gehabt und Monseigneur hätte wärmer gegen ihn sein können. Unter diesen Umständen tat es ihm fast wohl, das gemeine Volk vor seinen Pferden Platz machen und oft kaum dem Überfahrenwerden entgegenzusehen. Seine Kutsche

fuhr, als ob er auf einen Feind losstürmte, und sein wütendes Jagen vermochte den Herrn weder zu einer Miene noch zu einem Worte des Tadels veranlassen. Selbst in dieser tauben Stadt und in diesem stummen Zeitalter war manchmal die Klage laut geworden, dass in den engen Straßen ohne Fußweg die rücksichtslose Patriziergewohnheit schnellen Fahrens das gewöhnliche Volk in Gefahr brachte, die gesunden Glieder oder gar das Leben zu verlieren. Aber wenige kümmerten sich so sehr darum, um ein zweites Mal daran zu denken und in dieser Weise, wie in allen andern, überließ man es dem großen Haufen, sich aus seiner Not zu finden, so gut er konnte.

Mit wildem Rasseln und Klappern und einer unmenschlichen Rücksichtslosigkeit, die man heutzutage nicht gut begreift, jagte der Wagen durch die Straßen und um Ecken herum, während Weiber laut schreiend vor ihm auseinanderstoben und Männer einander bei dem Arm packten und Kinder aus dem Wege rissen. Endlich, beim Umbiegen um die Straßenecke bei einem Brunnen kam einem der Räder etwas in den Weg, ein lauter Schrei ertönte aus dem Volke und die Pferde stiegen und schlugen aus.

Wenn letzteres nicht gewesen wäre, hätte der Wagen wahrscheinlich nicht gehalten; oft schon waren Wagen weitergefahren und hatten ihre Verwundeten liegen lassen, und warum auch nicht? Aber der erschrockene Diener sprang hastig herunter und zwanzig Hände hatten die Zügel der Pferde gefasst.

„Was ist geschehen?“ fragte Monsieur und sah ruhig aus dem Wagen heraus.

Ein langer Mann in einer Nachtmütze hatte ein Bündel unter den Hufen der Pferde hervorgerissen, hatte es auf den Unterbau des Brunnens gelegt, kniete in dem Schmutze und der Nässe der Straße nieder und heulte darüber wie ein wildes Tier.

„Pardon, Monsieur le Marquis!“ sagte ein zerlumpter Mann mit unterwürfiger Gebärde, „es ist ein Kind“.

„Wozu macht er diesen abscheulichen Lärm? Ist es sein Kind?“

„Entschuldigen Sie, Monsieur le Marquis – es ist recht traurig – ja.“

Der Brunnen stand in einiger Entfernung; denn die Straße öffnete sich, wo er stand, auf einen kleinen freien Platz von fünfzehn oder zwanzig Schritt Breite. Wie der lange Mann plötzlich vom Erdboden aufsprang und auf den Wagen zugelaufen kam, legte Monsieur le Marquis einen Augenblick die Hand an den Degen.

„Tot!“ schrie der Mann in wilder Verzweiflung, indem er beide Arme gen Himmel erhob und den vornehmen Mann mit starrem Blick ansah. „Tot!“

Die Menge drängte sich um den Wagen und heftete die Blicke auf Monsieur le Marquis. In den vielen Augen, die ihn ansahen, zeigte sich nichts als Neugier und Spannung; kein Drohen und kein Zorn. Das Volk sagte auch nichts; nach dem ersten Schrei war es stumm und blieb auch so. Die Stimme des unterwürfigen Mannes, der gesprochen hatte, war in ihrer übermäßigen Unterwürfigkeit tonlos und matt. Monsieur le Marquis ließ seine Blicke über sie hinwegschweifen, als ob sie alle nichts als Ratten wären, eben aus ihren Löchern hervorgekrochen.

Er zog die Börse.

„Ich kann mich nicht genug wundern,“ sagte er, „dass ihr Leute euch selbst und eure Kinder nicht mehr in Acht nehmt. Einer oder der andere von euch ist immer im Wege. Wie kann ich wissen, welchen Schaden ihr meinen Pferden getan habt? Hier gebt ihm das.“

Er warf ein Goldstück hinaus, dass der Diener es aufhebe und alle Häuse wurden lang, um zu sehen, wo es hinfiel. Der lange Mann schrie wieder in einem Tone, der nicht aus Menschenbrust zu kommen schien: „Tot!“

Die rasche Ankunft eines andern Mannes, dem die übrigen Platz machten, unterbrach ihn. Als der Arme diesen sah, fiel er schluchzend und weinend an seine Brust und wies auf den Brunnen, wo einige Frauen die kleine Leiche umstanden und sich scheu und sanft darum bewegten. Aber sie waren so stumm wie die Männer.

„Ich weiß alles, ich weiß alles,“ sagte der zuletzt Angekommene. „Fasst euch, mein Gaspard! Besser für das arme kleine Wesen, so zu sterben, als zu leben. Es ist in einem Augenblick ohne Schmerz gestorben. Hätte es eine Stunde so glücklich leben können?“

„Ihr seid ein Philosoph, Freund,“ sagte der Marquis mit einem Lächeln. „Wie heißt ihr?“

„Ich heiße Defarges.“

„Was seid ihr?“

„Monsieur le Marquis, Weinschenk.“

„Hier nehmt, Philosoph und Weinschenk,“ sagte der Marquis und warf ihm ein Goldstück hin, „und vertut es nach Belieben. Kutscher, fahr' zu!“

Ohne die versammelte Menge eines Blickes zu würdigen, lehnte sich Monsieur le Marquis in den Wagen zurück, und es sollte eben weiter gefahren werden mit der Miene eines vornehmen Herrn, der zufällig etwas ganz Gemeines zerbrochen und bezahlt hatte und das Geld entbehren konnte, als seine Seelenruhe plötzlich dadurch gestört wurde, dass ein Geldstück in den Wagen flog und klimpernd auf den Boden fiel.

„Halt!“ sagte Monsieur le Marquis. „Halt, Kutscher! Wer hat geworfen?“

Er blickte nach der Stelle, wo Defarges, der Weinschenk, noch vor einer Sekunde gestanden hatte; aber der unglückliche Vater kniete auf dieser Stelle suchend auf dem Pflaster, und die Gestalt, welche neben ihm stand, war eine brünette, starke Frau, welche strickte.

„Ihr Hunde!“ sagte der Marquis, aber ruhig und mit unverändertem Gesicht, außer um die Vertiefung über den Nasenflügeln: „Ich würde ohne Anstand über jeden von euch wegfahren und ihn von der Erde vertilgen. Wenn ich wüsste, welcher Lump geworfen hat, und wenn er nahe genug wäre, wollte ich ihn mit den Rädern meines Wagens zermalmen.“

So gedrückt waren diese Menschen und solange und so schlimme Erfahrung hatten sie von dem, was ein solcher Mann innerhalb des Gesetzes und über dasselbe hinaus ihnen antun konnte, dass sich kein Mund, keine Hand, nicht einmal ein Auge regte. Unter den Männern nicht bei einem einzigen. Aber die strickende Frau erhob die Augen und sah dem Marquis fest ins Gesicht. Es war nicht seiner Würde gemäß, das zu beachten; verachtungsvoll schweifte sein Blick über sie und alle die andern Ratten weg, und er legte sich wieder in den Wagen zurück und gab wieder den Befehl: „Fahr zu!“

Er fuhr fort, und andere Kutschen fuhren ebenfalls in rascher Aufeinanderfolge vorüber; der Minister, der Staatsprojektenmacher, der Generalpächter, der Arzt, der Jurist, der Geistliche, die große Oper, das Lustspiel, der ganze Maskenball im bunten, ununterbrochenen Zuge fuhren vorüber. Die Ratten waren aus ihren Löchern hervorgekrochen, um das Schauspiel anzusehen und sie sahen ihm stundenlang zu, wobei Soldaten und Polizei oft zwischen sie und das Schauspiel traten und eine Kette bildeten, hinter welche sie sich verkrochen und durch sie lugten.

Der Vater hatte schon längst die kleine Leiche aufgehoben und war damit davongeschlichen als die Frauen, welche sie mitleidig umstanden hatten, wie sie auf dem Unterbau des Brunnens lag, noch dort saßen und dem Rieseln des Wassers und dem Vorbeifahren des Maskenballes zusahen – als das eine Weib, das, vor allen andern bemerklich, strickend gestanden hatte, immer noch mit dem ruhigen Ausharren des Schicksals fortstrickte. Das Wasser des Brunnens rinnt dahin, der Tag verrinnt in den Abend, soviel Leben in der Stadt verrinnt in den Tod, nach der Regel, „Zeit und Flut warten auf niemand.“ Die Ratten

schliefen dicht zusammengedrängt wieder in ihren dunklen Löchern, der Maskenball saß im hellen Kerzenschein beim Souper und jegliches Ding ging seines Weges.

Stricken.

Das Trinken im Weinschank Monsieur Defarges hatte heute früher als gewöhnlich begonnen. Schon sechs Uhr morgens sahen bleiche Gesichter, die durch die vergitterten Fenster blickten, drinnen andere Gesichter hinter ihrem Maße Wein sitzen. Monsieur Defarge schenkte in den besten Zeiten einen sehr dünnen Wein, aber heute schien er ungewöhnlich dünn zu sein. Übrigens sauer oder säuernd, denn er brachte in den Gästen eine melancholische Stimmung hervor. Keine lustige bacchanalische Flamme sprang aus den gekelerten Trauben Monsieur Defarges hervor, wohl aber lag in den Hefen ein im Dunkeln fortglimmendes Feuer versteckt.

Es war schon der dritte Morgen, seitdem das frühe Trinken in dem Weinschank Monsieur Defarges angefangen hatte. Begonnen hatte es Montag, und heute war Mittwoch. Es war aber mehr frühes Kopfszusammenstecken als Trinken gewesen, denn viele hatten seit dem Öffnen des Ladens dort zugehört und geflüstert und herumgestanden, die, um ihre Seele zu retten, nicht das kleinste Stück Geld auf den Ladentisch hätten legen können. Sie galten jedoch ebenso viel an dem Ort, als ob sie ganze Fässer Wein hätten bestellen können, und sie schlichen von einem Platz und von einer Ecke zur andern, Worte anstatt Wein mit gierigen Blicken verzehrend.

Trotz ungewöhnlich zahlreichen Besuchs war der Besitzer des Weinschanks nicht sichtbar. Er ward nicht vermisst, denn niemand, der über die Schwelle kam, sah sich nach ihm um, niemand fragte nach ihm, niemand wunderte sich, nur Madame Defarge auf ihrem Platz zu sehen, neben sich einen Teller voll abgegriffener kleiner Münze, so sehr ihres ursprünglichen Gepräges verlustig geworden, als die Menschen, aus deren zerrissenen Taschen sie gekommen war.

Die Spione, die in den Weinschank hineinguckten, wie sie jeden Ort, hoch oder niedrig, vom Königspalast bis zum Kerker beguckten, bemerkten vielleicht ein gespanntes Warten und eine vorherrschende Zerstretheit. Das Kartenspiel ging nicht flott, die Dominospieler bauten nachdenklich Türme mit den Steinen, Gäste malten mit vergossenem Wein Figuren auf den Tisch, und selbst Madame Defarge stach mit ihrem Zahnstocher in dem Muster auf ihrem Ärmel herum, und sah und hörte etwas Unhörbares und Unsichtbares, was noch in weiter Ferne war.

So war St. Antoine in dieser Weinangelegenheit bis Mittag. Es war hoher Mittag, als zwei bestaubte Männer durch seine Straßen und unter seinen baumelnden Laternen hingingen. Der eine war Monsieur Defarge, der andere ein Straßenarbeiter in einer blauen Mütze. Über und über mit Staub bedeckt und verdurstet traten die beiden in den Weinschank. Ihre Ankunft hatte eine Art Feuer in der Brust St. Antoinnes angezündet, das sich rasch weiter verbreitete, wie sie durch die Straßen gingen, und in Augen und auf Gesichtern an den meisten Türen und Fenstern glänzte. Aber niemand folgte ihnen, und niemand sprach, als sie in den Weinschank traten, obgleich die Augen eines jeden auf ihn ruhten.

„Guten Tag, ihr Herren!“ sagte Monsieur Defarge.

Das war vielleicht ein Signal, um das allgemeine Schweigen zu brechen. Denn im Chor antworteten die Anwesenden: „Guten Tag!“

„Es ist schlechtes Wetter, ihr Herren!“ sagte Defarge kopfschüttelnd.

Darauf sah jedermann seinen Nachbar an, und dann schlugen alle die Augen nieder und blieben stumm sitzen. Nur einer nicht, der aufstand und hinausging.

„Frau,“ sagte Defarge laut zu Madame Defarge. „Ich bin eine Anzahl Meilen mit diesem guten Straßenarbeiter, namens Jacques, gewandert, ich traf ihn - zufällig - anderthalb

Tagereise von Paris. Er ist ein guter Mensch, dieser Straßenarbeiter, dieser Jacques. Gib ihm zu trinken, Frau!“

Ein zweiter stand auf und ging hinaus. Madame schenkte dem Straßenarbeiter namens Jacques ein, der eine blaue Mütze vor der Gesellschaft abnahm und trank. Aus der Brust seiner Bluse holte er ein großes Stück schwarzes Brot; von diesem biss er von Zeit zu Zeit ein Stück ab und kaute und trank vor Madame Defarges Ladentisch. Ein dritter stand auf und ging hinaus.

Defarge trank ebenfalls ein paar Schluck Wein – aber weniger als der Fremde, als ein Mann, dem das Getränk keine Seltenheit ist – und wartete bis der andere gefrühstückt hatte. Er sah niemand von den Anwesenden an, und niemand sah ihn jetzt an; nicht einmal Madame Defarge, die ihren Strickstrumpf wieder genommen und strickte.

„Seid ihr fertig mit eurem Frühstück Freund?“ fragte er dann.

„Ja, ich danke euch.“

„Nun, so kommt! Ich will euch das Zimmer zeigen, das für euch bestimmt ist. Es wird euch vortrefflich passen.“

Aus dem Weinschank auf die Straße, von der Straße in einen Hof, vom Hofe eine steile Treppe hinauf, von der Treppe in eine Dachkammer – dieselbe Dachkammer, wo vormals ein weißköpfiger Mann auf einer niedrigen Bank gesessen, emsig mit Schuhmacherarbeit beschäftigt.

Jetzt war kein weißköpfiger Mann dort; aber wohl die drei Männer, welche einzeln den Weinschank verlassen hatten. Doch zwischen ihnen und dem weißköpfigen Mann in der Fremde bestand die eine Verbindung, dass sie durch die Spalten in der Wand ihn einmal betrachtet hatten.

Defarge machte die Tür sorgfältig zu und sprach in gedämpftem Tone: „Jacques eins, Jacques zwei, Jacques drei! Dies ist der Zeuge, den ich, Jacques Nummer vier, bestellt habe. Er wird euch alles erzählen. Sprecht, Jacques fünf!“

Der Straßenarbeiter, mit der blauen Mütze in der Hand, wischte seine sonnenverbrannte Stirn damit und sagte: „Wo soll ich anfangen, Monsieur?“

„Fange beim Anfang an,“ war Defarges nicht unverständige Antwort.

„Ich sah ihn also,“ fing der Straßenarbeiter an, „vor einem Jahr im Sommer unter dem Wagen des Marquis an der Kette hängen. Seht, wie es war. Ich lasse meine Arbeit an der Straße liegen, die Sonne geht unter, der Wagen des Marquis fährt langsam die Höhe hinauf, er hängt an der Kette – so!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.